



OLAV TEICHERT
DIE SOZIALISTISCHE
EINHEITSPARTEI
WESTBERLINS
UNTERRICHTUNG
DER STEUERUNG
DER SEW DURCH DIE SED

Olav Teichert

Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins

Untersuchung der Steuerung der SEW durch die SED

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel als Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.) angenommen.

Erster Gutachter: Prof. Dr. Eike Hennig
Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Friedhelm Boll

Tag der mündlichen Prüfung

26. Oktober 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

Zugl.: Kassel, Univ., Diss. 2010
ISBN print: 978-3-89958-994-8
ISBN online: 978-3-89958-995-5
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-9957>

© 2011, kassel university press GmbH, Kassel
www.upress.uni-kassel.de

Printed in Germany

Für meine Familie

Mein Dank gilt allen, die mir mit Rat und Tat zur Seite standen.

Monika Bielinski, Prof. Dr. Friedhelm Boll, Maurice Bonkat, Oliver Bubel, Siegfried Burmester, Dr. Martin Dodenhoeft, Prof. Dr. Jens Flemming, Dr. Henning Hansen, Prof. Dr. Eike Hennig, Dr. Michael Herms, Dr. Gunter Holzweißig, Prof. Dr. Dietmar Hüser, Prof. Dr. Eckhard Jesse, Prof. Dr. Gerhard Kirchner, Dr. Katja Kuhn, Prof. Dr. Dr. Erwin Lautsch, Dr. Norbert Madloch, Boris Mijatovic, Prof. Dr. Patrick Moreau, Prof. Dr. Urs Müller-Plantenberg, Prof. Dr. Hans-Peter Niedermeier, Jenny Niederstadt, Erich Pätzold, Gerhard Plooge, Dr. Sebastian Prinz, Brigitte Rathmann, Ute Räuber, Jörg Rietesel, Rosa Roth, Monika Schmidt, Kurt Schober, Eberhard Schröder, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Dr. Jochen Staadt, Tanja Teichert, Dr. Alexander Vatlin, Walter vom „ND“, Günter Weiser, Prof. Dr. Manfred Wilke, Dr. Reiner Zilkenat, Elsbeth Zylla.

Ebenso möchte ich an dieser Stelle der Hanns-Seidel-Stiftung danken, die meine Promotion ideell wie finanziell gefördert hat und damit erst ermöglichte.

Kassel, im Winter 2010

Olav Teichert

Inhalt

Dank.....	3
Einleitung	7
1. Problemstellung.....	7
2. Aufbau.....	9
3. Begriffe.....	11
4. Forschungsstand.....	13
5. Quellen.....	17
Erstes Kapitel: Entstehung	19
1. Die SED in Berlin: 1945 bis 1950.....	19
2. Die SED in Westberlin: 1950 bis 1958	39
3. Die SED in Westberlin: 1958 bis 1961	51
4. Gründung der SED-W und SEW: 1961 bis 1971	63
Zweites Kapitel: Entwicklung.....	99
1. Wahlkämpfe und Parteitage: 1972 bis 1980	99
2. Wahlkämpfe und Parteitage: 1981 bis 1990	137
Drittes Kapitel: Anleitung und Steuerung	173
1. Westapparat.....	173
2. Finanzierung	187
3. Medienkomplex	199
Viertes Kapitel: Bündnisbeziehungen	211
1. 1960er Jahre: APO.....	211
2. 1970er Jahre: Neue Linke	241
3. 1980er Jahre: Friedensbewegung	263
Schluss.....	307
Verzeichnisse.....	311
a) Abkürzungen.....	311
b) Tabellen	313
c) Abbildungen	314
d) Bildnachweis	314
Quellen und Literatur.....	315
Anhang	335

Einleitung

1. Problemstellung

Die historischen Wurzeln der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) gehen zurück auf die Westberliner Kreisorganisationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die sich 1946 gegründet hatten und der SED-Bezirksleitung Berlin unterstanden. Der Kalte Krieg und die deutsche Teilung erzwangen eine sukzessive Abkopplung des Westberliner Apparates von der Mutterpartei SED. Die offizielle Trennung erfolgte 1962 mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands-Westberlin (SED-W), die sich 1969 in SEW umbenannte.

Die SEW ließ nie einen Zweifel daran, dass sie sich ideologisch an der SED ausrichtete, betonte jedoch Zeit ihres Bestehens ihre Eigenständigkeit. Nach außen und gegenüber ihren Mitgliedern verwiesen die Führungskader der SEW darauf, eine unabhängige und nicht der SED weisungsgebundene Westberliner Partei zu sein.¹ Wiederholt betonte die Partei, dass die Kontakte zur SED nicht das Maß der guten, freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bruderparteien überschritten, eine „Anleitung oder gar Finanzierung der SEW durch die SED gebe es nicht“². Für einen Großteil der Westberliner Bevölkerung waren die Beteuerungen der SEW unglaublich. Viele Indizien sprachen für die Vermutung, dass es sich bei der SEW um eine weitgehend aus Ostberlin gesteuerte Partei handelte. Lange Zeit fehlten jedoch stichhaltige Beweise. Licht ins Dunkel kam erst im Zuge des Zusammenbruchs des SED-Regimes, mit dem auch die SEW ihrem Niedergang entgegensteuerte. Presseveröffentlichungen sowie eine parteiinterne Untersuchungskommission der SEW veranlassten 1990 schließlich den Parteivorstand zuzugeben, dass die Partei ihre zentralen Aufgaben und Arbeitsbereiche mit der SED abgestimmt hatte.³

Bislang wurde das Ausmaß der Beeinflussung der SED auf die SEW nicht ausreichend wissenschaftlich untersucht. Die Anleitung der SEW konnten lediglich einige wenige exemplarische Einzelfallstudien aufzeigen. Allenfalls streiflichtartig wird die SEW auch in denjenigen Arbeiten behandelt, die sich speziell mit dem Interventionsapparat der SED beschäftigen. Eine Gesamtbetrachtung, die auch nach dem Mauerfall neu zugängliche Quellen berücksichtigt, fehlt. Bei der Parteigeschichte der SEW selbst handelt es sich um ein nahezu unbearbeitetes Forschungsfeld. Der Fokus des Interesses war vornehmlich auf den größeren Bruder DKP ausgerichtet. Die dort gewonnenen Erkenntnisse lassen sich in verallgemeinerter Form auf die SEW anwenden, die spezifischen Eigenarten dieser Partei können dadurch jedoch nicht erklärt werden.

¹ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 64.

² Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 39.

³ Vgl. Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 6.

Aus diesen Erörterungen ergibt sich die Forschungsfrage: Welchen Einfluss nahm die SED auf die SEW? Die Arbeitshypothese ist, dass die SEW vollkommen abhängig war von der SED und über eine konspirative Apparatstruktur die SEW in ihren zentralen Arbeits- und Aufgabengebieten durch die SED vollständig gesteuert und kontrolliert wurde. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die SEW ein Interventionsapparat war, der für die SED eine wichtige Handlungsoption in Westberlin darstellte.

Für die Untersuchung der vorangestellten These ergeben sich eine Reihe im Rahmen dieser Arbeit zu beantwortender Fragen. Grundsätzlich zu klären ist:

1. Wie und in welchem Umfang wurde die SEW kontrolliert und gesteuert?
2. In welcher Weise sicherte die SED ihren Einfluss auf die SEW?
3. Was versprach sich die SED von der SEW als Interventionsapparat?

Die Grundlage, um die Richtigkeit der Arbeitshypothese zu belegen, bildet im Wesentlichen das parteiinterne Aktenmaterial aus den Archiven sowie fallweise Zeitzeugeninterviews. Eine auch nur stichprobenartige, erste Analyse der Archivalien lässt nur wenig Zweifel bestehen, dass es sich bei der SEW um einen von der SED gesteuerten Apparat handelte. Hierzu finden sich zahlreiche, stichhaltige Nachweise, jedoch ist das Archivmaterial zum Teil äußerst heterogen und weist Bestandslücken auf, so dass es die Beziehung zwischen SED und SEW über die Zeit in unterschiedlicher Intensität widerspiegelt. Das zu lösende Problem besteht in erster Linie darin, die Beweiskette in eine nachvollziehbare Gesamtbetrachtung zu überführen, um nicht in einer bloßen Aufzählung und Aneinanderreihung von Einzelbeispielen zu verharren.

Es stellt sich die Aufgabe, einerseits die Entwicklung und die Tätigkeiten der SEW darzustellen und andererseits diese – soweit dies durch das vorhandene Aktenmaterial möglich ist – mit den jeweiligen Vorgaben der SED zu verbinden. Es gilt, den instrumentellen Charakter der SEW vollends nachzuweisen, um davon ausgehend eine abschließende Beurteilung vornehmen zu können.

2. Aufbau

Die besondere Beziehung zwischen der SED und der SEW basiert auf der gemeinsamen Geschichte. Dieser wird im ersten Kapitel nachgegangen, wodurch die Ursprünge der Anleitung deutlich werden. Dass die Anleitung vielfältige Formen und Facetten hatte, beschreibt das zweite Kapitel, das die programmatiche und innerparteiliche Entwicklung der SEW bis 1991 aufzeigt. Das dritte Kapitel stellt den Ostberliner SED-Anleitungsapparat dar sowie den Umfang seiner Unterstützung, von der die SEW abhing. Um den instrumentalen Charakter zu verdeutlichen, den die SEW für die SED besaß, werden im vierten Kapitel die Aktivitäten der Bruderpartei im außerparlamentarischen Gebiet dargestellt und analysiert. Im Einzelnen sieht der Aufbau der vier Kapitel wie folgt aus:

Das erste Kapitel widmet sich den Etappen der Entstehung der SEW. Die Untersuchung beginnt mit der Darstellung der Gründung der SED in Berlin 1946 und der Spaltung der Stadt. Das darauf folgende Unterkapitel schildert die Rolle und die Aktivitäten der Westberliner SED-Kreisorganisationen und gibt einen Einblick in die deutschlandpolitischen Überlegungen des SED-Regimes. Ebenfalls analysiert werden die Hintergründe, die zur Umbildung des Westberliner SED-Apparates 1959 sowie zur Gründung der SED-W im Jahr 1962 führten. Der letzte Abschnitt des ersten Kapitels schildert die Fortentwicklung und Aufgaben der SED-W bis zu ihrer Umbenennung in SEW im Jahr 1969.

Das zweite Kapitel zeigt die Entwicklung der SEW auf. Die Betrachtungssachse bilden die Parteitage der SEW und ihre Rolle bei den Wahlen in Westberlin. Innerparteiliche Prozesse und Krisen werden parallel dazu eingeordnet und dargestellt. Das Kapitel ist unterteilt in die Zeit der 1970er und 1980er Jahre. Diese beiden Unterkapitel geben jeweils zu Beginn Auskunft über die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, mit denen sich die SEW auseinanderzusetzen hatte. Das Kapitel endet mit dem Niedergang der SEW und deren Auflösung im Jahr 1991.

Das dritte Kapitel beginnt mit einer Darstellung des Aufbaus und der Funktionsweise des SED-Anleitungsapparats in Ostberlin. Daran angeschlossen ist eine zusammenfassende Aufstellung der von der SED für ihre Bruderpartei geleisteten Unterstützungsmaßnahmen. Gesondert davon wird in einem weiteren Unterkapitel die Finanzierung der SEW durch die SED betrachtet. Abschließend erfolgt eine eingehende Darstellung des Medienkomplexes der SED, den diese für die SEW zur Herstellung ihrer Parteizeitung „Die Wahrheit“ aufbaute.

Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit den Aktivitäten der SEW und ihrer Bündnispolitik im außerparlamentarischen Bereich in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren. Untersucht wird die Beziehung der SED-W/SEW zu den in den jeweiligen Jahrzehnten besonders aktiven und hervorstechenden Bewegungen und Gruppen. Gezeigt wird, wie die SED-W in den 1960er Jahren in der APO-Bewegung Fuß fasste, wie sie sich in den 1970er Jahren zur Neuen Linken stellte und welche Rolle sie innerhalb der Friedensbewegung in den 1980er Jahren einnahm.



Erster Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands-Westberlin (SED-W) am 21. Mai 1966. V.l.n.r.: Else Dibbern (SED-W), Artur Starewicz (PVAP), Hans Mahle (SED-W), Georgij Popow (KPdSU), Gerhard Danelius (SED-W), Kurt Hager (SED) und Erich Ziegler (SED-W) (Foto: Karl-Heinz Schubert, Landesarchiv Berlin).

3. Begriffe

Demokratischer Zentralismus

Die Organisationsprinzipien von SED, SED-W und SEW fußten auf dem von Lenin geprägten Konzept einer revolutionären Partei, einer Partei neuen Typus. Das wesentliche Element dieses Konzeptes war der Demokratische Zentralismus.⁴ In der Realität bedeutete dies das Durchstellen von Anweisungen der Parteispitze an die nachgeordneten Gliederungen, die einer ständigen Rechenschaftslegung über ihre Tätigkeit unterworfen waren. Der Demokratische Zentralismus ermöglichte eine straffe Führung und eine strenge Disziplinierung der Partei. Durch vorgefasste Beschlüsse und Entscheidungen manipulierte und lenkte die Führung die Basis in ihrem Sinne. Ein Abweichen von den Vorgaben wurde als ernsthafter Verstoß gegen die eingeforderte Geschlossenheit der Partei betrachtet. Derartiges bestrafte die SED-W/SEW-Führung mit einer Rüge, einer Funktionsenthebung oder gar mit Parteiausschluss.⁵ Ein damaliges SEW-Mitglied brachte dieses Vorgehen mit den Worten auf den Punkt: „Die oben bestimmen, wen die unten wählen!“⁶

Diesem autoritär-zentralistischen Führungsprinzip der SED-W/SEW unterwarfen sich die Mitglieder freiwillig. Alle miteinander verband ihr Glaube an die Lehre des Marxismus-Leninismus. Ein SEW-Schulungsheft beschreibt dies wie folgt: „Die marxistisch-leninistische Partei von neuem Typus ist ein freiwilliger Kampfbund Gleichgesinnter – ein Bund von Kommunisten, die sich organisieren, um auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus und mit der Kraft ihres gemeinsamen Willens und Handelns die Arbeiterklasse in der Erfüllung ihrer historischen Mission zu führen. Die Mitglieder dieser Partei zeichnen sich durch Unversöhnlichkeit gegenüber dem Kapitalismus und durch unverbrüchliche Treue zum proletarischen Internationalismus aus. Die marxistisch-leninistische Partei neuen Typus ist der bewusste und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und die höchste Form ihrer Klassenorganisation.“⁷

⁴ Zu den marxistisch-leninistischen Organisationsprinzipien sowie zu den Mitgliederpflichten der SEW vgl.: Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1980, S. 27-41.

⁵ Vgl. Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 42-45, 82-85; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 421 f.; Eberhard Schröder: „... und nicht vergessen ...“. Ein persönlicher Beitrag zur Bewahrung der Geschichte der SEW, Berlin 2005, S. 21; Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 360 f.

⁶ Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 360. Vgl. ergänzend dazu: Beschlussprotokoll der Sekretariatssitzung des Vorstandes SED-W vom 18.5.1965, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 100; Bundesminister des Innern (Hg.): Die Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966, Bonn 1967, S. 47, enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/10.02/181.

⁷ Zit. nach Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1980, S. 29.

West-Berlin und Westberliner Kommunisten

Aus Gründen der Schreibeffizienz und zum besseren Leseverständnis wird in dieser Arbeit der Begriff „Westberlin“ verwendet. In der Zeit des Kalten Krieges signalisierte die Schreibweise, ob man ein Anhänger oder Gegner der von der SED verfochtenen Auffassung war, dass nur der westliche Teil Berlins einen gesonderten rechtlichen Status besäße. Die Gegner dieser Auffassung verwendeten zumeist den Begriff „West-Berlin“. Da aber das in dieser Arbeit zitierte Schriftgut der SED/SED-W/SEW ausschließlich die Bezeichnung „Westberlin“ enthält, wird dieser Schreibweise der Vorzug gegeben. Im „Gegenzug“ dafür wurden die Zitate der neuen deutschen Rechtschreibung angepasst.

Ferner anzumerken ist, dass alle Unterstreichungen von Textpassagen, wie sie gelegentlich in manch einem Zitat in dieser Arbeit vorkommen, ausschließlich die original vorhandenen Kennzeichnungen in den Schriftstücken wiedergeben.

Neben den Begriffen „Westberliner SED-Mitglieder“, „SED-W-Mitglieder“ und „SEW-Mitglieder“ wird in dieser Arbeit der zusätzliche Sammelbegriff „Westberliner Kommunisten“ verwendet, der dasselbe meint.

4. Forschungsstand

Es gibt nicht viele Publikationen, die sich explizit mit der SEW auseinandersetzen. Eine der wenigen Gesamtbetrachtungen über die Partei schrieb Eric Waldman mit seinem Buch „Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik“ aus dem Jahr 1972.⁸ Er vertrat die These, dass die SEW der verlängerte außenpolitische Arm der Sowjetunion und von Moskau gesteuert worden sei. Waldman argumentiert vor allem anhand der Ideologie und Programmatik der SEW und zieht den Vergleich mit den Zielen kommunistischer Parteien, insbesondere der KPdSU. Darüber hinaus gibt er einen sehr guten Einblick in die innere Struktur der SEW, untersucht die soziale Zusammensetzung der Führungsorgane, skizziert die Biographien der wichtigsten Partefunktionäre, versucht die Finanzierung der Partei offenzulegen und schildert die Zusammenarbeit mit der Studentenbewegung. Als Belege dienen ihm die offiziellen Parteidokumente der SEW und Insiderinformationen, deren Herkunft er offen lässt. Der direkte Nachweis seiner These gelang ihm aufgrund der fehlenden parteiinternen Dokumente nicht, weshalb er auch übersieht, dass nicht die KPdSU, sondern die SED den maßgeblichen Einfluss auf die SEW ausübte.

Im Mai 1979 reichte Reimar Osswald seine Diplomarbeit mit dem Titel „Die SEW – ein Anhänger der SED?“ an der Freien Universität Berlin ein.⁹ Diese Arbeit befindet sich in der Bibliothek des Otto-Suhr-Instituts und wurde von ihm für die öffentliche Einsichtnahme gesperrt.

Schulungshefte der SEW über die marxistisch-leninistische Lehre, Reden von Partefunktionären und programmatiche Aussagen waren das Ausgangsmaterial für eine Studie des Westberliner Verfassungsschutzes.¹⁰ Die 1980 erschienene Untersuchung ging der Frage nach, ob die politischen Ziele und Tätigkeiten der SEW in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz stehen. Die Analyse, die unter anderem auch auf Argumente des KPD-Verbotsurteils zurückgreift, ist sehr gut nachzuvollziehen und lässt in ihrem Gesamturteil keinen Zweifel, dass es sich bei der SEW um eine verfassungsfeindliche Partei handelte.

Hiernach folgten eine Reihe von Aufsätzen, die sich mit der Entwicklung der SEW beschäftigten. So erarbeitete Peter Müller für das Parteienhandbuch von Richard Stöss eine kenntnisreiche Darstellung über die Entstehungsgeschichte der SEW sowie über ihre Programmatik und Bündnispolitik für die Zeit bis Ende der 1970er Jahre.¹¹ Zu Beginn der 1990er Jahre wird die SEW nochmals zum Thema in den Aufsätzen von Patrick Moreau¹² und Gerd Friedrich Nüske.¹³ Beide

⁸ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972.

⁹ Vgl. Reimar Osswald: Die SEW – ein Anhänger der SED, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Mai 1979.

¹⁰ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1980.

¹¹ Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2241-2273.

¹² Vgl. Patrick Moreau: Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 46-47/1990, S. 38-53.

Autoren schildern ausführlich den 1989 einsetzenden Niedergang der SEW und zeigen den in den Jahren zuvor in der Partei entstandenen Zwiespalt zwischen Bündnistreue zur SED und KPdSU-Reformanstößen auf. Moreau stützt seine Darstellung über das sich seit Ende der 1980er Jahre zusätzliche Spannungsverhältnis zwischen Führung und Mitgliedern der SEW unter anderem auf Insiderinformationen, während Nüske sich interne und zum Teil unveröffentlichte Parteimaterialien bezieht.

Durch die im Zuge des Mauerfalls geöffneten DDR-Archive und die Aufhebung der Sperrfrist nahmen die Publikationen über die Wege des deutschen Kommunismus bzw. über das Experiment des „real existierenden Sozialismus“ deutlich zu.¹⁴ Einen der vielen Betrachtungsschwerpunkte bildete die DKP und deren Abhängigkeit vom SED-Apparat. Ausgehend von den dort gewonnenen Erkenntnissen wurden Parallelen zur SEW gezogen, ohne jedoch die Partei selbst einer eigenständigen Untersuchung zu unterziehen.¹⁵

Eine erste Studie, die sich mit der SEW auseinandersetzt und auf die neu zugänglichen Quellen zugreift, ist die von Jenny Niederstadt 1998 geschriebene Diplomarbeit.¹⁶ Ihre Untersuchung konzentriert sich auf die Einflussnahme der SED auf das Zentralorgan der SEW „Die Wahrheit“ in den 1980er Jahren. Mithilfe einer Vielzahl von Akten aus dem Bundesarchiv und Zeitzeugeninterviews stellt die Autorin fest, dass die Zeitung der SEW insbesondere aufgrund der finanziellen Abhängigkeit vollkommen den Instruktionen der SED unterworfen war. Über ihre eigentliche Fragestellung hinaus beleuchtet Niederstadt die konspirative Arbeit der Führungsebenen zwischen SED und SEW, zeigt die Mechanismen und Quellen der Finanzierung auf und vermittelt ein tiefergehendes Verständnis für die internen Funktionsmechanismen der Partei und die Denkweisen ihrer Mitglieder. Zugleich räumt sie ein, dass „eine umfassende Auswertung des Aktenmaterials in Bezug auf die SEW noch zu leisten“¹⁷ ist.

¹³ Vgl. Gerd Friedrich Nüske: „Mehr Niederlagen als Siege“ – Das Ende der SEW, einer deutschen kommunistischen Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 123-145.

¹⁴ Grundlegende Erkenntnisse lieferten insbesondere die beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, die anhand von Zeitzeugenbefragungen, der Vergabe von Forschungsaufträgen und öffentlichen Veranstaltungen einen Beitrag zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit leisteten. Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), 9 Bände, Baden-Baden 1995; Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), 8 Bände, Baden-Baden 1999.

¹⁵ Vgl. Hans-Peter Müller: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 1923.

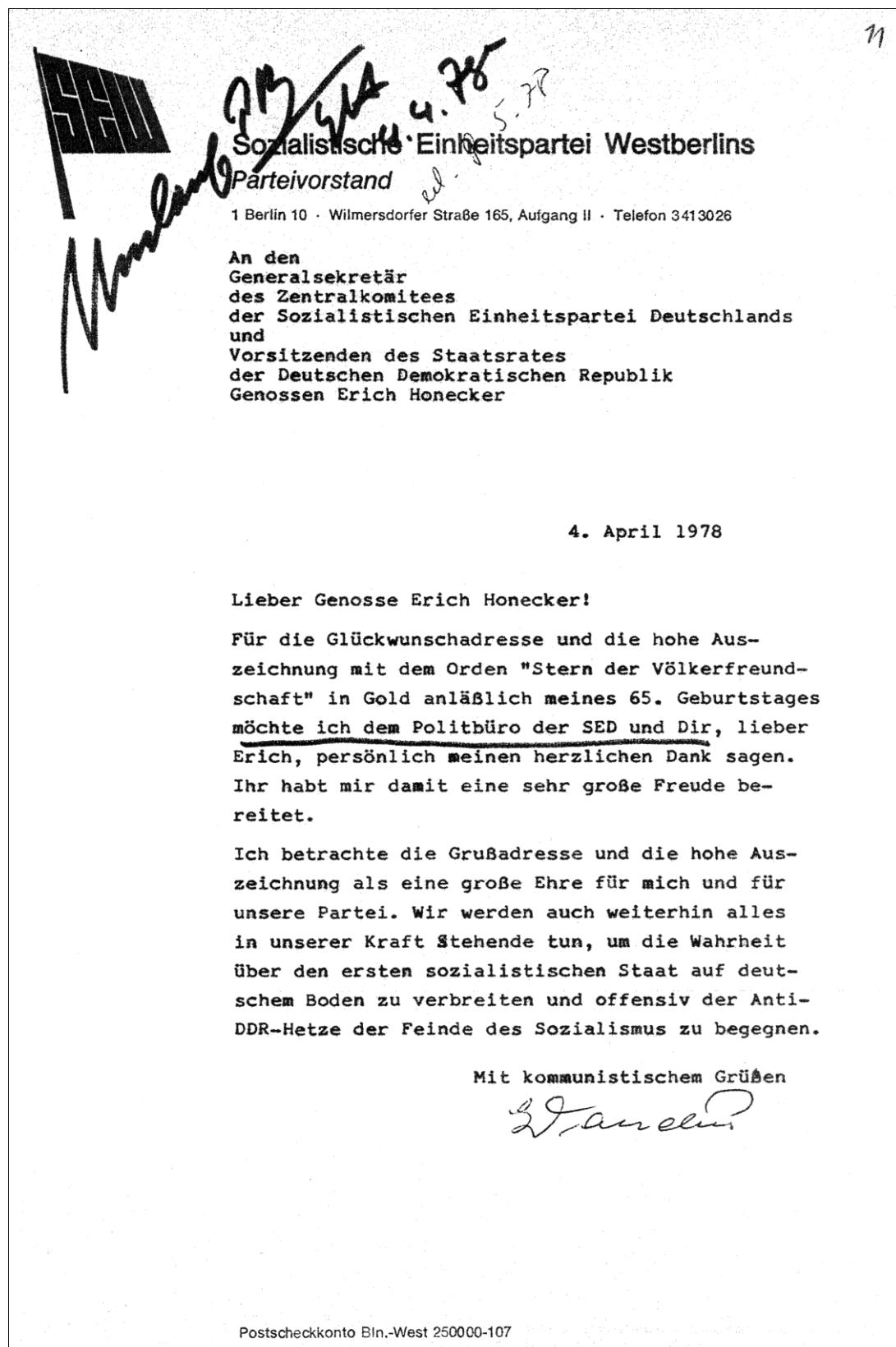
¹⁶ Vgl. Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997.

In etwas abgeänderter Form wurde die Arbeit von Niederstadt 1999 veröffentlicht. Vgl. „Erbitten Anweisung!“. Die West-Berliner SEW und ihre Tageszeitung „Die Wahrheit“ auf SED-Kurs, Berlin 1999.

¹⁷ Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 13.

Im Jahr 2009 veröffentlichte Thomas Klein seine Forschungsarbeit zur SEW.¹⁸ Im Zentrum seiner Untersuchung steht die Frage, welche Wirkungskraft die Kommunisten in der Westberliner Binnenpolitik entfalten konnten. Betrachtungsschwerpunkt bilden die 1960er und 1970er Jahre und hierbei insbesondere die Beziehungsverhältnisse der SEW zur APO und zur Neuen Linken. Thomas Klein geht es in seiner Untersuchung vor allem darum, all diejenigen Zeithistoriker in die Schranken zu verweisen, die versuchen, den Mythos einer „unterwanderten Republik“ zu kolportieren. In seinem Kapitel über die 1960er Jahre, das knapp ein Drittel seines Buches einnimmt, zeigt er differenziert und überzeugend, dass die Kommunisten und das MfS die Studentenbewegung weder maßgeblich steuern konnten, noch für deren Niedergang ursächlich verantwortlich waren.

¹⁸ Vgl. Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009.



5. Quellen

Im Landesarchiv Berlin (LAB) befinden sich die partiinternen Dokumente der Westberliner SED-Kreisorganisationen, der Westberliner Leitung und der SED-W für die Zeit von Anfang der 1950er bis Ende der 1960er Jahre. Die Bestände enthalten Sitzungsbeschlüsse der einzelnen Gliederungen, Informationsberichte, Kaderunterlagen und Verträge. Ferner befinden sich im Landesarchiv die Bestände der Berliner SED-Bezirksleitung, die bis zur ersten Hälfte der 1960er Jahre für die Anleitung der SED-W zuständig war. Da allerdings nach dem Mauerbau und mit der Gründung der SED-W im Jahr 1962 die Beziehungen zur Mutterpartei SED konspirativ organisiert wurden, sind Schriftstücke, die darüber Auskunft geben, ab dieser Zeit nur spärlich und ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gar nicht mehr vorhanden. Das gesamte weitere partiinterne Material der SED-W/SEW für die Zeit der 1970er und 1980er Jahre ist höchstwahrscheinlich im Zuge der Auflösung der Partei 1989/1990 vernichtet worden.

Eine weitere wichtige Quelle für die Recherche bilden die Archivbestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO). Im SAPMO gelagert sind hier die umfangreichen Bestände des ehemaligen Zentralen Parteearchivs (ZPA) der SED. Neben vielen und zum Teil umfassenden Informationsberichten über die SED-W/SEW sowie Beschlüssen des Politbüros enthält das Archiv zahlreiche Hausmitteilungen der verschiedenen Abteilungen wie auch Schreiben zwischen der SED und ihrer Bruderpartei in Westberlin. Von zentraler Bedeutung sind hierbei die Bestände der Westabteilung, der ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Anleitung der SED-W/SEW oblag.

Die Bestände der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) bilden eine zusätzliche Grundlage. Aufgabe des MfS war es, die Bruderpartei vor der Infiltration durch westliche Agenten zu schützen sowie Informationen abzuschöpfen und auszutauschen.¹⁹ Die Zusammenarbeit erfolgte mit Wissen und Zustimmung der SED-W/SEW-Führung über einen kleinen Kreis von Vertrauensleuten. Über diesen Informationsaustausch („Fragespiegel“) finden sich bei der BStU wenige, aber aufschlussreiche Akten insbesondere für die Zeit der 1960er Jahre, die einen Einblick in die Vorgehensweise der SED-W/SEW liefern. Ebenso enthalten in den Beständen sind Informationsberichte beispielsweise über Parteitage, Delegationsfahrten und sonstige Vorgänge und Veranstaltungen. Besonders hilfreich für die Recherche war die Tatsache, dass das MfS zudem sämtliche Pressemeldungen westdeutscher und Westberliner Zeitungen zur SEW sammelte und archivierte. Zudem fanden sich Berichte des Verfassungsschutzes und der Westberliner Polizei.

Wie diese Bestandübersicht bereits andeutet, ist das Archivmaterial heterogen und lückenhaft. Selten findet man ein Materialbündel, das einen Vorgang im Gesamtzusammenhang widerspiegelt. Oftmals handelt es sich um einzelne und verstreute Schriftstücke, die Themenkomplexe lediglich

¹⁹ Vgl. Hanna Labrenz-Weißen: Die Hauptabteilung II. Spionageabwehr (MfS-Handbuch, Teil III/7), 2. Auflage, Berlin 2001, S. 24 f., 62 f.

anreißen. Nicht zuletzt stand dies im Zusammenhang mit der praktizierten Geheimhaltung, die in Bezug auf die Beziehung zwischen SED und SEW überaus ausgeprägt war.

Heterogen ist auch die Qualität, sprich der Informationsgewinn des Materials einzuschätzen. Neben halboffiziellen und mit Phrasen durchsetzten Dokumenten finden sich Notizen, Berichte und Schreiben, die – wenngleich ebenfalls und ausnahmslos ideologisch geprägt – eine realitätsnahe Einschätzung der Sachlage und stichhaltige Fakten liefern.

Nicht alle Aktenbestände waren zum Zeitpunkt der Recherche von den Archiven aufgearbeitet und die darin enthaltenen Schriftstücke mit einer durchgehenden Blattnummerierung versehen. Dies gilt zum einen für sämtliche beim Berliner Landesarchiv eingesehenen Bestände und zum anderen für einige Teilbestände des SAPMO.

Zur besseren Auffindung und Nachvollziehbarkeit beginnen die Quellennachweise soweit möglich, vorhanden und sinnvoll mit der Titelüberschrift des Schriftstücks. Danach folgen in Klammern Absender/Verfasser, Empfänger und Datum. Bei Aktenbeständen, die keine Blattnummerierung aufweisen, sind die Quellennachweise am Ende mit „nicht paginiert“ gekennzeichnet. Bei den Archivalien des Berliner Landesarchivs wird aus oben besagten Gründen darauf verzichtet. Dies gilt ebenso für Akten des SAPMO, die in ihrer Signatur die Kennzeichnung „vorl.“, also vorläufig tragen.

Neben der systematischen Sichtung der relevanten Bestände in den drei aufgeführten Archiven führte der Autor Gespräche mit einigen Zeitzeugen, die dazu dienten, das Quellenmaterial einer kritischen Einschätzung zu unterziehen. Besonders namentlich erwähnt seien in diesem Zusammenhang die folgenden Personen: Dr. Reiner Zilkenat (ehemals SEW-Mitglied und Mitarbeiter der Zeitschrift „Konsequent“), Siegfried Burmester (ehemals SEW-Mitglied und Geschäftsführer der DHG-Ost-West), Eberhard Schröder (ehemals SEW-Mitglied und Redakteur der Zeitung „Die Wahrheit“), Dr. Norbert Madloch (ehemals Mitarbeiter der SED-Westabteilung), Dr. Michael Herms (ehemals Funktionär der FDJ), Erich Pätzold (SPD-Mitglied und damals Innensenator) und Dr. Jochen Staadt (SED-Forschungsverbund). Ein schriftlicher Informationsaustausch fand unter anderem statt mit Prof. Dr. Urs Müller-Plantenberg (Mitbegründer des Chile-Komitees 1970) und Elsbeth Zylla (Friedensaktivistin).

Erstes Kapitel: Entstehung

1. Die SED in Berlin: 1945 bis 1950

Als das nationalsozialistische Reich 1945 zusammenbrach, begann die Sowjetunion ihren machtpolitischen Einfluss auf die von ihr eroberten Gebiete Deutschlands auf- und auszubauen. Zu diesem Zweck „wurden geschulte kommunistische Funktionäre [...] aus der Sowjetunion nach Deutschland eingeflogen, um den Gang der Entwicklung zu beeinflussen.“¹ Als eine von drei Initiativgruppen traf als erste die „Gruppe Ulbricht“ in Deutschland ein.² Die Gruppe bestand aus zehn Personen, zu ihnen gehörten unter anderem Walter Ulbricht, Wolfgang Leonhard und Hans Mahle. Die Exil-Kommunisten landeten am 30. April 1945 in der Nähe von Frankfurt an der Oder. Am 2. Mai betraten sie Berlin – dem Tag, als die Stadt gegenüber der sowjetischen Armee kapitulierte. Die Gruppe Ulbricht, deren Zusammensetzung sich im Laufe der Zeit veränderte, hatte den Auftrag, das Terrain für eine kommunistische Vorherrschaft vorzubereiten.

Eine der Aufgaben der „Gruppe Ulbricht“ lag in der administrativen und gouvernementalen Absicherung Berlins im Sinne Moskaus. Bis zum Einzug der Westalliierten in Berlin im Juli/August 1945 war die Sowjetunion alleinige Besatzungsmacht, die die gesamte öffentliche Gewalt der Stadt oblag. Dieses Zeitfenster von knapp zwei Monaten nutzten die Kommunisten unter Führung und mit Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD; Bildung ab 9. Juni 1945), um den Berliner Verwaltungsapparat sowie maßgebliche Institutionen neu zu errichten, Schlüsselpositionen mit Vertrauensleuten zu besetzen und damit die Kontrolle der Stadt zu sichern.³ Gleiches galt für den Aufbau des Magistrats, der am 17. Mai 1945 seine Arbeit aufnahm. „Von den achtzehn Magistratsmitgliedern gehörten (nach Zulassung politischer Parteien im Juni 1945) sechs der KPD, drei der SPD und zwei der CDU an, sieben galten als parteilos. Als Beirat für kirchliche Angelegenheiten fungierte ein Pfarrer. Am Jahresende 1945 waren die CDU-Mitglieder aus dem Magistrat entfernt; es amtierten weiterhin 18 Stadträte, unter ihnen sechs Kommunisten, fünf Sozialdemokraten und sieben Parteilose. Diese Zusammensetzung macht[e] deutlich, in welche politische Richtung der Magistrat wirken sollte. Zugleich war damit sichergestellt, dass bei Auseinandersetzungen innerhalb des Kollegiums eine kommunistische Mehrheit gewahrt blieb, da unter den nicht parteigebundenen Mitgliedern des Kollegiums einige mit den Kommunisten sympathisierten.“⁴ Zum Oberbürgermeister bestimmten die Kommunisten den

¹ Eckhard Jesse: Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung in das politische System, Berlin 1997, S. 21.

² Walter Ulbricht (1893-1973) leitete die KPD-Initiativgruppe für Berlin, Anton Ackermann (1905-1973) die Gruppe für Sachsen und Gustav Sobottka (1886-1953) die für Mecklenburg-Vorpommern. Vgl. Katja Kuhn: „Wer mit der Sowjetunion verbunden ist, gehört zu den Siegern der Geschichte.“ Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Spannungsfeld von Moskau und Ostberlin, Phil. Diss., Mannheim 2002, S. 50 f.

³ Bereits während der letzten Kriegshandlungen hatte das sowjetische Militär in den eroberten Stadtteilen deutsche Bürgermeister eingesetzt. Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 15.

⁴ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 16.

parteilosen Architekten Arthur Werner, der ihnen als Galionsfigur diente. Die Direktive Ulrichts lautete: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“⁵

Am 10. Juni 1945 erteilte der sowjetische Oberbefehlshaber Marschall Shukow mit dem Befehl Nr. 2 die Erlaubnis zur Bildung von Parteien, Gewerkschaften und Organisationen. Von diesem Befehl, der für die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) galt, waren die Westalliierten überrascht worden. Ihrerseits zogen sie mit einer entsprechenden Zulassung in den von ihnen besetzten Zonen einige Zeit später nach. Der Grund, dass die Sowjets derart frühzeitig und im Alleingang die Voraussetzungen für politische Aktivitäten der Deutschen in der SBZ schufen, lag auf der Hand: Sie besaßen einen Gestaltungsvorsprung auf die entstehende Parteienlandschaft und erhofften sich davon, ausgehend von Berlin als Zentrum, Einfluss auf die weitere Entwicklung in ganz Deutschland nehmen zu können.⁶

Mit maßgeblicher Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht gingen die deutschen Kommunisten bereits am 11. Juni 1945 mit ihrem Gründungsauftruf an die Öffentlichkeit. Wenige Tage zuvor waren Ulbricht, Sobottka und Ackermann nach Moskau geflogen und hatten – zusammen mit dem Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und instruiert von der sowjetischen Führung – den Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) erarbeitet.⁷ Kurz darauf, am 15. Juni, gründete sich in Berlin die ebenfalls von der SMAD zugelassene Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), am 26. Juni die Christlich Demokratische Union (CDU) und am 5. Juli die Liberal-Demokratische Partei (LDP). Vorsitzender der Berliner KPD wurde Waldemar Schmidt, der zugleich stellvertretender Oberbürgermeister war und später zum Ostberliner Polizeipräsident avancierte. Bei den Berliner Sozialdemokraten übernahm Hermann Harnisch die Führung.⁸

Der Gründungsauftruf der KPD war äußerst gemäßigt gehalten; das Wort „Sozialismus“ tauchte darin nicht auf. Die Führungsspitze versprach sich davon, den Akzeptanzkreis der KPD in der Bevölkerung und gegenüber anderen Parteien vergrößern zu können. Verbunden mit dem Gründungsauftruf war zudem ein Aktionsprogramm, das die Forderung enthielt, eine Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu schaffen. Auf Betreiben der Kommunisten kam dieses Bündnis, zunächst bestehend aus KPD, SPD, CDU und LDP, am 14. Juli 1945 für die Sowjetische Besatzungszone zustande.⁹ Nur wenige Jahre sollten vergehen, bis dieser „Block“ schließlich – frei nach dem Motto „Einbinden und Neutralisieren“ – gleichgeschaltet wurde und

⁵ Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln-Berlin 1955, S. 365. Über die die Arbeit und Struktur der Parteizentrale der KPD in Berlin vgl. Manfred Wilke (Hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 17 f.

⁶ Vgl. Klaus Schroeder: Westapparat und Westpolitik der KPD/SED nach 1945, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 7/1999, S. 50-52.

⁷ Vgl. Andreas Malycha: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 6.

⁸ Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln-Berlin 1955, S. 378; Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 40 f.

⁹ Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 19 f.; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1980, S. 10-13.

fortan als Deckmantel zur Absicherung der kommunistischen Herrschaft in Ost-Deutschland fungierte.¹⁰

Zunächst jedoch setzten die Kommunisten andere Prioritäten. Nach der Gründung der KPD im Juni 1945 ging es darum, die eigenen Parteistrukturen schnellstmöglich aufzubauen, zu stärken und zu festigen. Das Angebot zur sofortigen organisationspolitischen Vereinigung, wie es zu Beginn der Zentralkomitee – das Führungsorgan der SPD in der SBZ unter Leitung von Otto Grotewohl – vorgeschlagen hatte, und welches anfänglich in weiten Teilen der SPD grundsätzlich befürwortet worden war, lehnten die Kommunisten zunächst ab.¹¹ Stattdessen verständigten sich KPD und SPD am 19. Juni 1945 auf die Bildung von Arbeitsausschüssen, in denen ein Zusammenschluss beider Organisationen für einen späteren Zeitpunkt vorbereitet werden sollte. Mithilfe dieser taktischen Schachzüge wie auch aufgrund ihrer raschen Erfolge beim Parteiaufbau dürfte bei den Kommunisten die Erwartung vorgeherrscht haben, die KPD zur dominierenden Kraft, zur führenden „revolutionären“ Partei der Arbeiterschaft in der SBZ formieren zu können. Verlassen konnten sie sich bei diesem Unternehmen auf die uneingeschränkte Unterstützung Stalins: Die Kommunisten „wurden bevorzugt bei der Zuteilung von Papier und Druckmaschinen, bei der Zuweisung von Gebäuden, bei der Benzinvergabe und nicht zuletzt bei der Lebensmittelversorgung.“¹²

Schon im Herbst 1945 hatte sich die Situation verändert. Es wurde deutlich, dass „die Arbeiterschaft und andere Bevölkerungskreise in der Sowjetischen Besatzungszone weitgehend zur SPD tendierten – die SPD erreichte in kurzer Zeit in dem sowjetisch besetzten Gebiet und in Berlin eine Mitgliedschaft von ungefähr 700.000, während die KPD weniger als ein Drittel dieser Zahl für sich verbuchen konnte – und der Ausgang der Novemberwahlen in Österreich ebenfalls die Unfähigkeit der Kommunisten zeigte, die Massen für sich zu gewinnen“¹³. Dies führte dazu, dass bei vielen Mitgliedern und Funktionären der SPD der Wunsch nach einer sofortigen Bildung einer Einheitspartei aufgrund der eigenen Stärke und des damit verbundenen Selbstbewusstseins erheblich an Attraktivität verlor und sich Widerstand regte. Die KPD hingegen, die ihre machtpolitische Position gefährdet sah, stellte jetzt die Weichen konsequent auf einen raschen Zusammenschluss mit der SPD um. Was folgte, war die „Sechziger-Konferenz“ am 20./21. Dezember 1945, bei der die ostzionale SPD-Führungsspitze – unter Einwirkung der SMAD – auf

¹⁰ Vgl. Ralph Jessen: Partei, Staat und „Bündnispartner“. Die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur, in: Matthias Judt (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Bonn 1998, S. 37-40; Andreas Malycha: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 7; Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 77 f.

¹¹ Vgl. Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994, S. 45 f.

¹² Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994, S. 44.

¹³ Eric Waldman: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 59. Ende 1945 hatte die KPD in der SBZ und Berlin rund 375.000, in den drei Westzonen um die 130.000 Mitglieder. Vgl. Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik, Köln 1990, S. 65.

das Ansinnen der Kommunisten einschwenkte.¹⁴ Damit wuchsen die Spannungen zwischen Vereinigungsbefürwortern und -gegnern innerhalb der SPD. Zusehends mehr Sozialdemokraten „fühlten sich vom unverhüllten Machtstreben der KPD und seinen desillusionierenden Begleitumständen abgestoßen.“¹⁵ Viele von ihnen schlossen zwar weiterhin die Möglichkeit eines Zusammenschlusses nicht vollends aus, ihrer Ansicht nach sollte sich dies jedoch in einem länger währenden und vor allem gesamtdeutschen Prozess entscheiden. Diese strategische Option, der Kurt Schumacher – Vertreter der SPD in den Westzonen und Gegenspieler Otto Grotewohls – von vornherein eine deutliche Absage erteilt hatte, wurde mit der daraufhin einsetzenden Spaltung der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Ost und West Anfang der Jahres 1946 obsolet.¹⁶

Zusammen mit der sowjetischen Militärregierung der SBZ war die KPD inzwischen dazu übergegangen, ihre Vorstellungen gegen jegliche Widerstände der ostzonalen SPD durchzusetzen und den Entscheidungsdruck hinsichtlich einer Verschmelzung der Parteiorganisationen zu „forcieren“. Erich Ollenhauer (SPD) berichtete, dass „nach ganz vorsichtigen Schätzungen in der Zeit vom Dezember 1945 bis zum April 1946 mindestens 20.000 Sozialdemokraten gemaßregelt, für kürzere oder auch sehr lange Zeit inhaftiert, ja sogar getötet“¹⁷ wurden. Der Zentralausschuss der SPD in der Ostzone, dessen Hoffnung endgültig erloschen war, „mit Unterstützung der westzonalen SPD der kommunistischen Einheitskampagne eine gesamtdeutsche Sozialdemokratie entgegensetzen zu können“¹⁸, entschied sich am 11. Februar 1946 für das Zusammengehen mit den Kommunisten.¹⁹ Grotewohl und andere sozialdemokratische Funktionäre fügten sich den kommunistischen Vorgaben, wobei sie vielleicht auch der Illusion erlagen, dass bei einem Zusammenschluss beider Parteien ein dominanter sozialdemokratischer Einfluss erhalten bliebe.²⁰ Die Zwangsvereinigung²¹ fand ihren Abschluss auf dem „Vereinigungsparteitag“ am 21./22. April 1946, bei dem die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vollzogen wurde. In den folgenden Jahren wurden sozialdemokratische und missliebige kommunistische

¹⁴ Vgl. George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: *Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin*, Berlin 1997, S. 26.

¹⁵ Wolfgang Ribbe: *Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte*, Berlin 2002, S. 22.

¹⁶ Vgl. Andreas Malycha: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997, S. 14 f.; Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant: *Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik*, Köln 1990, S. 65.

¹⁷ Redemanuskript Ollenhauers von 1961, zit. nach Wilfried Loth: *Stalins ungeliebtes Kind*, Berlin 1994, S. 50.

¹⁸ Andreas Malycha: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997, S. 15.

¹⁹ Andreas Malycha: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997, S. 15; Gerhard Keiderling/Percy Stulz: *Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin*, Berlin 1970, S. 91 f.

²⁰ Vgl. Wolfgang Ribbe: *Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte*, Berlin 2002, S. 22.

²¹ Vgl. Werner Müller: *SED-Gründung unter Zwang – Ein Streit ohne Ende? Plädoyer für den Begriff „Zwangsvereinigung“*, in: *Deutschland Archiv*, Nr. 24/1991, S. 52-58; Wilfried Loth: *Stalins ungeliebtes Kind*, Berlin 1994, S. 44-55; Beatrix Bouvier: *Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD und die Folgen für die Sozialdemokratie*, in: Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff (Hg.): *Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg. Zur historischen Einordnung der Zwangsvereinigung*, Essen 1998, S. 85-93.

Funktionäre aus Schlüsselpositionen der SED entfernt und die Partei sehr rasch zu einer kommunistischen Kaderpartei umgestaltet.²²



„Vereinigungsparteitag“ von KPD und SPD und Gründung der SED am 21. April 1946 im Admiralspalast. V.l.n.r.: Max Fechner, Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht (Foto: Landesarchiv Berlin).

Die Bildung der SED-Bezirksorganisation für Groß-Berlin gestaltete sich im Gegensatz zu den Zusammenschlüssen in Ostdeutschland anders. Im Juni 1945 waren hier die Westsektoren der Stadt gemäß den Londoner Protokollen von den Westmächten besetzt worden und am 11. Juli 1945 übernahm die Interalliierte Militärkommandantur (künftig: Alliierte Kommandantur) die Kontrolle über Groß-Berlin.²³ Unter dem Schutz der Westalliierten und mit der Unterstützung der von sowjetischer Seite nicht lizenzierten Presse nahm unter den Berliner Sozialdemokraten der Unmut gegen die in der SBZ betriebene Vereinigung zur Jahreswende 1945/1946 zu und es formierte sich ein Kreis von Funktionären, der gegen ihren Bezirksvorstand und den Zentralausschuss Widerstand leistete.²⁴ Am 23. Februar 1946 brachte die Kreisvertreterkonferenz

²² Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 23; Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln-Berlin 1955, S. 451 f.; Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994, S. 139-144, 195, 217; Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2245.

²³ Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 26-31.

²⁴ Hierzu gehörten unter anderem Karl Germer, Gustav Klingelhöfer, Franz Neumann, Arno Scholz, Klaus-Peter Schulz, Otto Suhr und Curt Swolinzky. Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 90.

der Reinickendorfer SPD auf maßgebliches Betreiben ihres Vorsitzenden Franz Neumann die Idee einer Urabstimmung auf den Weg, bei der die Mitglieder über die Vereinigung entscheiden sollten. Der Antrag wurde am 1. März 1946 auf der Funktionärskonferenz im Admiralspalast (späteres Metropol-Theater), bei der rund 2.000 Berliner Sozialdemokraten anwesend waren, eingebracht. Nach Tumulten und verbalem Schlagabtausch zwischen Vereinigungsbefürworten – unter ihnen Otto Grotewohl und Carl Moltmann (Landesleiter der SPD in Mecklenburg) – und Gegnern wie Franz Neumann, Curt Swolinsky (Kreisvorsitzender in Tempelhof) und Karl Germer („unangepasstes“ Mitglied des Zentralausschusses) wurde der Durchführung einer Urabstimmung mehrheitlich zugestimmt. Der Zentralausschuss und Berliner Bezirksvorstand versuchten daraufhin weiter mit Propagandaoffensiven, taktischen Tricks und administrativen Maßnahmen wie Parteiausschlussverfahren gegenzusteuern. Dennoch gelang der Oppositionsfaktion mithilfe eines Aktionsausschusses die Umsetzung der Urabstimmung, die allerdings lediglich in den Westsektoren Berlins am 31. März 1946 durchgeführt werden konnte. Für den Ostsektor hatte die sowjetische Besatzungsmacht eine Genehmigung verweigert und unterband Zu widerhandlungen konsequent.²⁵

Den Westberliner Sozialdemokraten wurden am 31. März 1946 zwei Fragen gestellt: „Bist du für den sofortigen Zusammenschluss beider Arbeiterparteien? [Ja/Nein] Bist du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und Bruderkampf ausschließt? [Ja/Nein]“. Von den insgesamt 32.547 wahlberechtigten Sozialdemokraten in den zwölf Bezirken der Westsektoren der Stadt beteiligten sich knapp 73 Prozent. Auf die Frage nach einem sofortigen Zusammenschluss beider Arbeiterparteien stimmten 2.937 (= 12,36 Prozent der abgegebenen Stimmen) mit „Ja“ und 19.529 (= 82,21 Prozent der abgegebenen Stimmen) mit „Nein“. Bei der zweiten Frage hingegen sprachen sich 62,1 Prozent der abstimgenden Sozialdemokraten für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten aus. Ungültig waren 5,5 Prozent der Stimmen.²⁶

Nach dieser eindeutigen Entscheidung konstituierte sich am 7. April 1946 in der Zehlendorfer Zinnwaldschule (Amerikanischer Sektor) ein unabhängiger Berliner Landesverband der SPD neu, der sich zu dem Abstimmungsergebnis bekannte und dem sich alle Westberliner Kreisorganisationen anschlossen. Der Fortbestand einer eigenständigen SPD in Berlin war gesichert. Zugleich wurde damit dem SPD-Bezirksvorstand und dem Zentralausschuss in den Westsektoren die organisationspolitische Basis entzogen. Noch am selben Tag beschloss eine

²⁵ Ausführlich hierzu vgl. Harold Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone, Köln 1990, S. 109-148. Vgl. ebenso Manfred Teresiak: Vor 50 Jahren. Verschmelzung von KPD und SPD. Das Beispiel Berlin, in: Deutschland Archiv, Nr. 29/1996, S. 224 f. Vgl. ergänzend hierzu den von der KPD verfassten Bericht über die Berliner Funktionärskonferenz der SPD am 1. März 1946 im Admiralspalast, abgedruckt in: Ernst Goder u. a. (Hg.): Die SED in Berlin. Dokumente zur Vereinigung von KPD und SPD, Bd. 4, Berlin 1995, S. 17-19.

²⁶ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1980, S. 15 f.; Eric Waldman: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 61.

Gruppe von Mitgliedern des alten SPD-Bezirksvorstandes, die dem Zentralausschuss und Otto Grotewohl verpflichtet blieb, ihre (Rest-) Organisation mit der KPD zu fusionieren.²⁷

Am 13. April 1946 traf ein vom Zentralausschuss „organisierter“ und hauptsächlich mit Ostberliner Delegierten beschickter SPD-Bezirksparteitag die offizielle Entscheidung zum Zusammenschluss. Einen Tag später, am 14. April, bestätigten die Vertreter der Bezirksorganisationen von KPD und SPD auf einer gemeinsamen Tagung die Verschmelzung und wählten Hermann Matern (KPD) und Karl Litke (SPD) zu den Vorsitzenden der Berliner SED-Parteiorganisation. Mit der Zusammenführung verlor die Berliner SPD einen beachtlichen Teil ihrer Mitglieder an die SED, vor allem im Ostsektor. In den Westsektoren hingegen beschränkte sich „die SED-Mitgliedschaft im Wesentlichen auf das Reservoir der nach Kriegsende wiedergegründeten Kreisvereinigungen der KPD“²⁸, die schlichtweg in „SED“ umbenannt wurden.²⁹

Jenseits von Parteitagsbeschlüssen lag die Entscheidung über die Anerkennung der SED in den Händen der Besatzungsmächte. In der Alliierten Kommandantur hatten der britische und der amerikanische Vertreter ein Veto eingelegt, woraufhin die Sowjetunion massiv protestierte. Die Westalliierten wollten mit ihrem Verbot Druck auf die sowjetische Besatzungsmacht und die Kommunisten ausüben, „um die politische Arbeit der SPD auch im sowjetischen Sektor wieder möglich zu machen.“³⁰ Eine Einigung kam allerdings erst im Alliierten Kontrollrat zustande, der schließlich die Kommandantur anwies, mit Wirkung vom 28. Mai 1946 die SED und die SPD in den vier Sektoren Berlins zuzulassen.³¹

Die Ereignisse um die Berliner SPD verdeutlichten das kommunistische Dominanzstreben. Davon betroffen waren auch die beiden bürgerlichen Parteien CDU und die LDP, die sich ebenfalls – im Schutz der Westmächte – dem ostzonalen Einfluss entziehen und im ersten Halbjahr 1948 eigenständige Parteistrukturen in den Westsektoren Berlins aufbauen konnten.³² Ähnlich wie bei den Parteien und doch anders verhielt es sich im Fall des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), der als Einheitsgewerkschaft in der SBZ gegründet worden war und rasch zum Instrument

²⁷ Vgl. Andreas Malycha: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 16; Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 23.

²⁸ Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2242.

²⁹ Vgl. Andreas Malycha: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 16; Harold Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone, Köln 1990, S. 152-160; Siegfried Heimann: Die Wiedergründung der Berliner SPD 1945 und die Behauptung als selbständige Sozialdemokratie im Jahre 1946, in: SPD (Hg.): Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Berlin, Berlin 1996, S. 14 f.

³⁰ Siegfried Heimann: Die Wiedergründung der Berliner SPD 1945 und die Behauptung als selbständige Sozialdemokratie im Jahre 1946, in: SPD (Hg.): Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Berlin, Berlin 1996, S. 14.

³¹ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1980, S. 17; Andreas Malycha: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 16.

³² Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 20-22.

der Kommunisten wurde.³³ Wiederum nur in Berlin und nur in der Berliner Sektion des FDGB gelang es hier den demokratischen Kräften, sich gegen die kommunistische Steuerung aufzulehnen; es kam 1948 zur Ausgründung der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation (UGO), die von den Westalliierten als Rechtsnachfolger des FDGB anerkannt und zum unmittelbaren Vorläufer des DGB-Landesverbandes in Westberlin wurde.³⁴ Neben dem FDGB gab es noch mehrere Organisationen, die alsbald im Fahrwasser der Kommunisten fuhren. Zu denjenigen, die von den Westalliierten im weiteren Verlauf nicht verboten wurden und die bis zum Mauerfall in Westberlin fortbestanden, gehörte die Freie Deutsche Jugend (FDJ), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Demokratischer Frauenbund Berlin (DFB) und Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF). Der Einfluss der SED in diesen Neben- bzw. Vorfeldorganisationen³⁵ machte sich insofern bezahlt, als dass diese in ihrem Sinne agierten, womit sich Druck gegenüber den demokratischen Parteien aufbauen ließ; dies reichte von Wahlwerbung, Straßendemonstrationen bis hin zu Kulturveranstaltungen.

Die ersten und bis 1990 einzigen freien Wahlen für ganz Berlin nach dem Krieg erfolgten im Oktober 1946. Die Grundlage und Voraussetzung für die Wahl der Stadtverordneten und der Bezirksverordneten in den zwanzig Berliner Verwaltungsbezirken bildete eine von der Alliierten Kommandantur erlassene vorläufige Verfassung sowie eine Wahlordnung, die vom Magistrat am 13. August 1946 beschlossen worden waren.³⁶ Die SED zeigte sich relativ siegesgewiss, ihre Funktionäre redeten sich ein, die Arbeiterschaft geschlossen hinter sich zu wissen, eine Niederlage war nicht vorstellbar. Diese Selbsttäuschung bestand fort, obwohl man wusste, dass sich die SED in den im September 1946 durchgeführten Gemeindewahlen in der SBZ nur durch Trickserei, Behinderung und Einschüchterung anderer Parteien mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht die Mehrheit hatte sichern können.³⁷ In Berlin hingegen stellte sich die Situation anders dar; hier gab es die Westmächte, die freie Wahlen – zumindest für die Westsektoren – garantierten, und es gab die SPD, die gemeinsam mit CDU und LDP – ungeachtet sonstiger politischer Divergenzen – einen scharfen Wahlkampf gegen die Kommunisten führte. Die Stimmung gegen die SED – im Volksmund auch als Russenpartei bezeichnet – brachte der Vorsitzende der Berliner Sozialdemokratie, Franz Neuman, auf den Punkt, der im August 1946 auf dem Landesparteitag

³³ Vgl. Manfred Scharrer: Die Anfänge des FDGB. Gewerkschaftliche Monatshefte, 2/1992, S. 123-138.

³⁴ Der FDGB existierte im Westteil Berlins fort und war dort zuständig für die Einbindung und Organisation der Westberliner Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn. Vgl. Artikel von Michael Kubina: SED und der FDGB, sowie Karlheinz Kuba: FDGB Groß-Berlin (1945-53), in: Dieter Dowe/Karlheinz Kuba/Manfred Wilke (Hg.): FDGB-Lexikon. Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945-1990), im Internet: http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/rahmen/lexikon_frame.html, Stand: 2009.

³⁵ Gemeinsam war den kommunistischen Neben- und Vorfeldorganisationen, dass sich ihre Mitgliedschaft auch aus Nicht-Kommunisten zusammensetzte, dass jedoch die Kommunisten stets die entscheidenden organisatorischen Funktionen innehatten und die Kontrolle ausübten, dass diese Organisationen Bündnisse mit den Kommunisten praktizierten und dass Kritik am Sowjetkommunismus Tabu war. Während in Nebenorganisationen (FDJ) die kommunistische Ausrichtung und Steuerung offensichtlich war, bemühten sich die Kommunisten, Vorfeldorganisationen (VVN, DFB, DSF) überparteilich erscheinen zu lassen und ihren dort maßgeblichen bestimgenden Einfluss zu verschleiern. Vgl. Wolfgang Rudzio: Die Erosion der Abgrenzung, Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988, S. 19-21.

³⁶ Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 60.

³⁷ Vgl. Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln-Berlin 1955, S. 454-466.

erklärte: „Am 20. Oktober muss sich der Berliner entscheiden, ob er wie im vergangenen Jahr und in den letzten zwölf Jahren weiter diktatorisch regiert werden will oder mit der SPD eine neue Zukunft auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus wünscht.“³⁸ Tatsächlich errang die SPD, obwohl sie „im Sowjetischen Sektor während der Wahl massiv behindert wurde“³⁹, einen grandiosen Erfolg. Bei einer Wahlbeteiligung von 91,4 Prozent erreichten die Sozialdemokraten einen Stimmenanteil von 48,7 Prozent und gingen als stärkste Kraft hervor. Sie zogen mit 63 Sitzen in die neue Stadtverordnetenversammlung ein. Die CDU erhielt 22,2 Prozent (29 Sitze) und die LDP 9,3 Prozent der Stimmen (12 Sitze). Für die SED geriet die Berlinwahl zum Debakel. In keinem Sektor der Stadt lag sie vor der SPD und erhielt lediglich 19,8 Prozent der Stimmen (26 Sitze).⁴⁰ Die Stadtverordnetenversammlung wählte am 5. Dezember 1946 unter ihrem Vorsteher Otto Suhr (SPD) den neuen Magistrat. Neuer Regierender Oberbürgermeister und Nachfolger von Arthur Werner wurde der Sozialdemokrat Otto Ostrowski. Da die vorläufige Verfassung die Beteiligung aller Parteien an der Stadtverwaltung bestimmte, war wiederum die SED – trotz ihrer Wahlschlappe – mit Heinrich Acker (stellvertretender Bürgermeister), Waldemar Schmidt (Stadtrat für Arbeit) und Erich Lübbe (Städtische Betriebe) im Magistrat vertreten.⁴¹

³⁸ Der Sozialdemokrat (West-Berlin) vom 19. August 1946, zit. nach Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 106.

³⁹ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 60.

⁴⁰ Soweit nicht gesondert in dieser Arbeit ausgewiesen, beziehen sich die Wahlergebnisse der Parteien immer auf die Wahl der Stadtverordnetenversammlung beziehungsweise auf das Abgeordnetenhaus. Die hierbei von der SED/SED-W/SEW erzielten Wahlergebnisse weichen von dem Durchschnittsanteil ihrer Wahlergebnisse bei den stets gleichzeitig stattfindenden Bezirksverordnetenversammlungen nur geringfügig ab. Sämtliche in dieser Arbeit verwendeten Wahlergebnisse beruhen auf den Datensätzen des Statistischen Landesamtes Berlin: Wahlergebnisse ab 1919 und Wahldatenbank ab 1946, im Internet: <http://www.wahlen-berlin.de>, Stand: 2009.

⁴¹ Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 60-62; Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 110; Karl Wilhelm Fricke: Die SED diesseits der Mauer. Reorganisation der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 24/2. Dezemberheft 1962, S. 373; Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2242.



Die Ansprache von Franz Neumann am 16. Oktober 1946 auf einer Wahlkundgebung der SPD in der „Neuen Welt“, Hasenheide, Bezirk Neukölln (Foto: Landesarchiv Berlin).

Eine andere Erblast sorgte jedoch für weitaus größere Probleme: Noch immer hatten SED-Funktionäre „auf etlichen Posten Schlüsselstellungen der Verwaltungen, u. a. als stellvertretende Abteilungsleiter, inne.“⁴² Die SED war nicht gewillt sich nach den verlorenen Wahlen mit dem Verlust ihrer bis dahin bestehenden gubernementalen Führungsrolle in der Stadtregierung und in den Bezirksverwaltungen abzufinden.⁴³ In Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht betrieb sie eine rigide Haushaltspolitik in den Verwaltungen, um ihre dortige Position zu wahren beziehungsweise auszubauen.⁴⁴ „Da die Alliierten in allen personalpolitischen Fragen mitsprachen, verschanzte sich die SED hinter dem Vetorecht der Sowjets“⁴⁵, so dass Veränderungen auf diesem Gebiet geradezu unmöglich wurden. Beispielhaft verdeutlichte sich dies anhand der „Bürgermeisterkrise“: Um das Problem der von Kommunisten besetzten Verwaltungsstellen zu lösen, hatten sich – ohne die SPD-Zentrale in Kenntnis zu setzen – Ostrowski und der stellvertretende Polizeipräsident Johannes Stumm am 22. Februar 1947 mit der Berliner SED-Führungsspitze, Karl Litke, Karl Maron und Hermann Matern, getroffen. Es kam zu einer Übereinkunft, bei der sich die SED bereit erklärte, vier Posten abzutreten. Die Kommunisten

⁴² Dorothea Führe: Die französische Besatzungspolitik in Berlin von 1945 bis 1949. Déprussianisation und Décentralisation, Berlin 2001, S. 142.

⁴³ Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2242.

⁴⁴ Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S.2243.

⁴⁵ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S.62.

forderten dafür im Gegenzug von der SPD, die Durchführung eines gemeinsamen Arbeitsprogramms und die Unterlassung öffentlicher Polemik.⁴⁶ Als die SPD-Führungsspitze von der Begegnung erfuhr, fühlte sie sich übergangen und es entstand erheblicher parteipolitischer Wirbel. Ostrowski hatte das Vertrauen der Stadtverordnetenversammlung verloren und, um einer drohenden Abwahl zu entgehen, trat er am 17. April 1945 zurück. Die Führung der Geschäfte des Oberbürgermeisters nahm daraufhin die Bürgermeisterin Louise Schroeder (SPD) wahr. Am 25. Juni 1947 wählte die Stadtverordnetenversammlung mit überwältigender Mehrheit und gegen die Stimmen der SED den Sozialdemokraten Ernst Reuter zum neuen Oberbürgermeister. Wiederum hatte die SED zuvor mit dem Angebot gelockt, die Wahl Reuters zu akzeptieren, wenn sich die SPD auf ein gemeinsames Arbeitsprogramm verpflichten würde. „Als die Sozialdemokraten dazu nicht bereit waren, mobilisierte die SED [...] den sowjetischen Stadtkommandanten, der den [...] gewählten Oberbürgermeister [Reuter] nicht bestätigte.“⁴⁷ Aufgrund dieser Patt-Situation fungierte weiterhin Louise Schroeder als Oberbürgermeisterin, die jedoch im August 1948 schwer erkrankte und daher vom Bürgermeister Ferdinand Friedensburg (CDU) vertreten wurde.⁴⁸

Der Gang der Ereignisse in und um Berlin stand unmittelbar im Zusammenhang mit der Frage, ob sich die Siegermächte über eine gesamtdeutsche Lösung einig werden würden. Eine positive Antwortung rückte ab 1947 in immer weitere Ferne. „Die Schaffung der Bizone (Januar 1947), die Verkündung der Truman-Doktrin⁴⁹ (März 1947) und die geplante Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan (Sommer 1947) einerseits sowie die Durchführung der Bodenreform bzw. des Volksentscheids in Sachsen (September 1945/Juni 1946), die Gründung der SED (April 1946) und die Schaffung der Deutschen Wirtschaftskommission in der SBZ (Juni 1947) andererseits verdeutlichen die Tendenz zur separaten Entwicklung in den Westzonen und in der Ostzone.“⁵⁰ Immer stärker traten die Systemgegensätze offen zu Tage. Bei den Westmächten überwog mittlerweile das Misstrauen gegen Stalins Verhandlungstaktiken. Seine Bekundungen, dass er für ein neutrales, demokratisches Gesamtdeutschland eintreten würde, hielt man in Anbetracht seiner bisherigen totalitären Praktiken zur Sicherung der sowjetischen Vorherrschaft in Osteuropa für unglaublich. Vielmehr waren die Westmächte überzeugt, dass er ganz Deutschland das sowjetische Ordnungsmodell aufzwingen wolle und daher eine für alle Seiten zufriedenstellende Einigung nicht mehr zu erzielen wäre.⁵¹ Die Westmächte favorisierten jetzt die Bildung eines

⁴⁶ Vgl. Dorothea Führe: Die französische Besatzungspolitik in Berlin von 1945 bis 1949. Déprussianisation und Décentralisation, Berlin 2001, S. 146 f.

⁴⁷ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 62.

⁴⁸ Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S.62 f.

⁴⁹ Am 12. März 1947 hielt der US-Präsident Truman eine Rede vor dem amerikanischen Kongress, „in der er zur Unterstützung der Freiheit der Völker gegen die Gefahr totalitärer Unterdrückung aufrief (die so genannte ‘Truman-Doktrin’)\“. Zit. nach Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994, S. 83.

⁵⁰ Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 14.

⁵¹ Nach bisherigen Erkenntnissen spricht vieles dafür, dass dies tatsächlich Stalins Absicht war. Vgl. Klaus Schroeder: Westapparat und Westpolitik der KPD/SED nach 1945, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 7/1999, S. 50 f.; Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994, S. 98.

westdeutschen Staates, dem eine Währungsreform vorausgehen sollte. Die Kompromissunfähigkeit zwischen Ost und West führte zum Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im November/Dezember 1947 (25.11. bis 15.12.1947). Nur wenig später, am 20. März 1948, verließen die Sowjets den Alliierten Kontrollrat und am 16. Juni 1948 beendeten sie auch ihre Beteiligung an der Alliierten Kommandantur, deren Funktion seitdem allein von den Vertretern der drei Westalliierten aufrecht erhalten wurde.⁵²

Stalin, der die in dieser Zeit vorangetriebenen Vorbereitungen zur Errichtung eines westdeutschen Staates als Bruch der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland betrachtete, vertrat die Ansicht, dass die Westmächte mit diesem Vorgehen ebenso auch ihre Ansprüche auf Berlin verwirkt hätten.⁵³ Unter diesem Vorwand forderte er sie auf, aus der Stadt abzuziehen. Um Druck auszuüben, ließ er alle Landverbindungen zwischen Berlin und den Westzonen ab März 1948 zunächst stückweise und schließlich ab dem 24. Juni 1948 vollständig blockieren; „gleichzeitig wurde die Versorgung der Westsektoren mit Energie und Lebensmitteln aus dem Ostsektor und der sowjetischen Zone eingestellt.“⁵⁴ Es war dies die Erste Berlin-Krise. Den Westmächten – nicht gewillt, der sowjetischen Okkupationspolitik nachzugeben – gelang es jedoch, durch die Installation einer Luftbrücke die Versorgung der Stadt langfristig sicherzustellen. Ein sowjetischer Offizier schilderte, er hätte damals den Eindruck gehabt, dass die Versorgungsflugzeuge der Westalliierten „absichtlich tief über Karlshorst hinweg[flogen], um uns [die Sowjets] zu beeindrucken. Eines befand sich über uns, ein zweites verschwand hinter dem Horizont, und ein drittes tauchte gerade auf. So ging es ohne Unterbrechung, eins nach dem anderen, wie am Fließband.“⁵⁵ Mit der Möglichkeit, Westberlin aus der Luft am Leben zu erhalten, hatte Stalin nicht gerechnet. Sein Plan, die Westsektoren der Stadt der SBZ einzuverleiben, war damit gescheitert; die Sowjets beendeten die Blockade schließlich am 12. Mai 1949.⁵⁶

Noch Monate vor der Blockade und mit Blick auf die Londoner Außenministerkonferenz gegen Ende des Jahres 1947 startete die SED mit Unterstützung ihrer Massenorganisationen und auf Nachdruck der SMAD im November 1947 eine „Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden“. Hierbei handelte es sich um eine groß angelegte Kampagne, mit der die Kommunisten versuchten, die Bevölkerung in Ost und West mithilfe des Themas „Deutsche Einheit“ zu ködern und für die sowjetischen Zielsetzungen zu gewinnen, die insbesondere darin bestanden, „die Weststaatengründung doch noch zu verhindern oder zumindest zu verzögern.“⁵⁷ Sie diente zugleich dazu, Stalins Verhandlungsposition gegenüber den Westalliierten zu stärken sowie die

⁵² Die Alliierte Kommandantur übte seitdem ihre Funktion de facto als eine Dreibächteinstanz aus, auch wenn sie theoretisch weiterhin ein Viermächte-Organ blieb. Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 77 f.

⁵³ Vgl. Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994, S. 115-124.

⁵⁴ Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994, S. 121 f.

⁵⁵ Interview mit Askold W. Lebedew am 23. August 1994, zit. nach George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 102.

⁵⁶ Vgl. ausführlich hierzu Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 77-83.

⁵⁷ Klaus Schroeder: Westapparat und Westpolitik der KPD/SED nach 1945, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 7/1999, S. 57.

Handlungsweisen des von ihm beauftragten SED-Regimes zu legitimieren.⁵⁸ Die SED hob einen „Ständigen Ausschuss“ (Dezember 1947 bis März 1948) aus der Taufe, initiierte umfangreiche Propagandaaktionen und ließ am 6./7. Dezember 1947 in Ostberlin einen gesamtdeutschen Volkskongress durchführen.

Am 17./18. März 1948 erfolgte ein zweiter Volkskongress. Ein Exekutivorgan, der „Deutsche Volksrat“ (März 1948 bis Okt. 1949) wurde installiert sowie ein „Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands“ in Gang gebracht (23. Mai bis 13. Juni 1948); in der SBZ wie auch in Ostberlin waren währenddessen nach und nach Landes-, Orts- und Kreisausschüsse entstanden. Die verordnete Bewegung blieb nahezu ausschließlich auf Ostdeutschland beschränkt. In Westberlin und Westdeutschland fasste sie letztlich nicht Fuß.⁵⁹ So hatten sich zwar anfänglich – wie im Ostsektor Berlins – in nahezu allen Bezirken der Westsektoren der Stadt „Volksausschüsse“ gebildet, allerdings war deren Existenz von nur kurzer Dauer. Die Westberliner Bevölkerung wie auch die westzonalen Parteien lehnten jegliche Beteiligung am „Volkskongressrummel“ strikt ab. Entsprechend blieb die Zusammensetzung der Volksausschüsse in den Westberliner Bezirken nahezu ausschließlich auf SED-Mitglieder beschränkt. „So schrieb die SED-Kreisleitung Wedding an den Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck: „Von einer organisierten Volkskongressbewegung im Bezirk kann bisher nicht gesprochen werden. [...] Die im Dezember [1947] und Januar [1948] unternommenen Versuche zur Bildung eines bezirklichen Komitees führten zu keinem wirklichen Erfolg, da sich der Kreis der Beteiligten zu 90 % auf Parteimitglieder beschränkte.“⁶⁰ Zum Erliegen kamen die Westberliner Volksausschüsse schließlich, als die amerikanische und französische Militärregierung im Mai 1948 jegliche Tätigkeit der Volkskongressbewegung untersagten; einige FDJ- und SED-Aktivisten wurden daraufhin vorübergehend inhaftiert.⁶¹

Neben der Blockade, die ab Juni 1948 vollständig wirksam wurde, traf die Sowjetunion zusammen mit der SED innerhalb der Stadt Vorkehrungen, um sich die Vorherrschaft in Westberlin zu sichern. Dies auch deshalb, weil man die nächsten freien Wahlen, die laut vorläufiger Verfassung gegen Ende des Jahres 1948 stattfinden sollten, aus Furcht vor einer erneuten Wahlniederlage unbedingt verhindern wollte. Da das unverhohlene Machtstreben der

⁵⁸ Vgl. Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994, S. 97; George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 103 f.

⁵⁹ Die insgesamt niederschmetternde Bilanz, die die Volkskongressbewegung in ihrer Westarbeit auswies, bedeutete nicht ihr Ende. Vielmehr führte sie die SED in der SBZ fort, um einerseits die nationale Propaganda zu unterstützen und andererseits die institutionellen und legitimatorischen Voraussetzungen für einen ostdeutschen Separatstaat zu schaffen. Nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 wurde die Volkskongressbewegung in das neu geschaffene Exekutiv- und Bündnisorgan „Nationale Front“ überführt. Vgl. Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 13-30; Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994, S. 151-157.

⁶⁰ SAPMO-BArch, NY 4036/762, Bl. 99 (Nachlass Wilhelm Pieck/Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden), zit. nach Gerhard Keiderling: Unterschriften für die Einheit. Die erfolglose Volkskongressbewegung, in: Berlinische Monatschrift, Heft 5/1998, S. 49.

⁶¹ Vgl. Dorothea Führe: Die französische Besatzungspolitik in Berlin von 1945 bis 1949. Déprussianisation und Décentralisation, Berlin 2001, 353 f.; Tätigkeitsbericht des Ständigen Berliner Ausschusses für Einheit und gerechten Frieden vom 13.12.1948, in: BArch, DA 1/3351, Bl. 114.

Kommunisten auf massiven Widerstand der Westberliner und der Westalliierten traf, führte dies in der Konsequenz zur Spaltung der Stadt in Ost- und Westberlin.⁶²

Einen in diesem Zusammenhang bedeutsamen Schritt bildete der SMAD-Befehl 111/1948, der am 24. Juni 1948 wirksam wurde und mit dem die Sowjetunion versuchte, die in der SBZ anstehende Währungsreform auch für die Westsektoren Berlins gültig werden zu lassen. Zwar hatten sich die Westalliierten für die Einführung der SBZ-Währung für ganz Berlin bereit erklärt, akzeptierten aber nicht, dass das Währungsgesetz durch die SMAD erlassen und damit die Zuständigkeit der Alliierten Kommandantur übergegangen bzw. ausgehebelt werden sollte. Da sich die Sowjetunion zu einem Einlenken nicht bereitfand, kam es gegen Ende Juni 1948 zu separaten durchgeföhrten Währungsreformen mit der Folge, dass in Westberlin bis zum 20. März 1949 zwei Währungen im Umlauf waren.⁶³

Wie im Bereich der Wirtschaft und Währung vollzog sich die Teilung der Stadt auf vielen weiteren Ebenen. Sie betraf die städtischen Einrichtungen, Polizei, Feuerwehr, Universitäten und insbesondere auch die Verwaltung. Die Magistratsdienststellen „sahen sich angesichts starker Behinderungen im Ostsektor gezwungen, ihren Sitz in die Westsektoren zu verlegen. Viele Angestellte im öffentlichen Dienst sind in Ost-Berlin aus politischen Gründen entlassen worden, darunter allein zwanzig gewählte Bürgermeister und Stadträte sowie 1.000 Verwaltungsangestellte in nachgeordneten Dienststellen. So gut es ging versuchte man, sie in den Westsektoren unterzubringen, wobei kommunistischen Angestellten nahegelegt wurde, sich im Ostsektor eine Arbeitsstätte zu suchen.“⁶⁴

Die letzte Etappe in Richtung Teilung der Stadt leiteten die Sowjets mit der Umsetzung ihres Plans „Sturz des Magistrats“ ein.⁶⁵ Die SED spielte hierbei wiederum eine tragende Rolle. Sie ging erstmals im Juni 1948 und ab August 1948 zielstrebig dazu über, mit befohlenen Demonstranten, Schlägertrupps und in Zusammenarbeit mit sowjetischen Offizieren die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung Groß-Berlins, die ihren Sitz im Ostsektor – im Neuen Stadthaus, in der Parochialstraße 1-3 (zuvor Sitz der Städtischen Feuersozietät) – hatte, zu beeinträchtigen bzw. zu verhindern. Es kam dabei auch zu tödlichen Angriffen auf Stadtverordnete der SPD, CDU und LDP, wobei die Polizei des Ostsektors unter Leitung des von den Sowjets eingesetzten Polizeipräsidenten Paul Markgraf in das Geschehen nicht eingriff. Den vorläufigen Höhepunkt dieser fortlaufenden Störaktionen bildete die von der SED erneut organisierte Besetzung des Neuen Stadthauses am 6. September 1948. Dieser „Sturm auf das Stadthaus“ führte zum Auszug der Stadtverordnetenversammlung und zur Verlegung ihres Sitzes in den britischen Sektor (zuerst

⁶² Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 63; George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 103.

⁶³ Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 71-77.

⁶⁴ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 65. Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2244.

⁶⁵ Vgl. Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994, S. 127 f.

in das Gebäude der Technischen Universität, später ins Schöneberger Rathaus).⁶⁶ Die SED boykottierte von nun an die Stadtverordnetenversammlungen und nahm den Umzug zum Anlass, um am 30. November 1948 den amtierenden Magistrat von Groß-Berlin für abgesetzt zu erklären. Im Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße in Ostberlin wurde eine „außerordentliche Stadtverordnetenversammlung“ einberufen, die sich aus 23 Mitgliedern der SED-Fraktion sowie etwa 1.616 Delegierten kommunistischer Organisationen (Demokratischer Block) zusammensetzte.⁶⁷ Sie setzte ihren eigenen neuen „Provisorischen demokratischen Magistrat“ ein und wählte das SED-Mitglied Friedrich Ebert zum Oberbürgermeister.⁶⁸ Mitglieder des provisorischen Magistrats, der nur von der sowjetischen Besatzungsbehörde als neue Stadtregierung offiziell anerkannt wurde, waren vor allem SED-Stadtverordnete und Delegierte der kommunistisch kontrollierten Ostberliner Massenorganisationen. Die Mitglieder des eigentlichen und legitimen Berliner Magistrats, die nicht der SED angehörten, wurden vertrieben – zum Teil gewaltsam wie beispielsweise Ernst Reuter und Louise Schroeder – beziehungsweise erhielten Hausverbot. Seinen neuen Sitz fand der (West-) Berliner Magistrat daraufhin im Rathaus Schöneberg, in dem nun auch schon die Stadtverordnetenversammlung residierte. Als dann schließlich am 1. Dezember 1948 der ordentlich amtierende Oberbürgermeister Dr. Friedensburg seine Amtsräume in Ostberlin betreten wollte, wurde ihm durch die Polizei des Sowjetsektors der Zutritt verweigert. Die Trennung der Verwaltungsbehörden war damit vollzogen und Berlin faktisch gespalten.⁶⁹

Die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, die seit dem „Sturm auf das Stadthaus“ in Abwesenheit der SED-Fraktion im britischen Sektor tagte, hatte am 8. Oktober 1948 beschlossen, die verfassungsmäßig anstehenden Wahlen zu den städtischen Körperschaften am 5. Dezember 1948 in ganz Berlin durchführen zu lassen. In Anbetracht einer absehbaren Wahlniederlage wollte sich die SED um keinen Preis erneut einem freien Votum der Berliner stellen. Mit verordneten Aufmärschen rief sie zum Wahlboykott auf; alle Werktätigen sollten sich stattdessen am Wahlsonntag zu einem Aufbautag in Ostberlin einfinden. Fadenscheinig diffamierten die Kommunisten die Wahlen als antidemokatisch und gaben vor, dass dadurch die Spaltung der

⁶⁶ Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 63-66; SED-Putsch in Berlin gescheitert. Lage verschärft sich – Magistrat arbeitet weiter, in: Die Neue Zeitung vom 28. August 1948, im Internet: <http://www.bics.be.schule.de/son/verkehr/blockade/presse1/gb0088.htm>, Stand: 2009.

⁶⁷ Vgl. Siegfried Heimann: Eine Stadt – zwei Oberbürgermeister, in: Historischen Kommission beim Landesvorstand der Berliner SPD (Hg.): 64 Prozent für die SPD – Erinnerung an eine Wahl vor 50 Jahren, Berlin 1999, S. 3.

⁶⁸ Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2244.

⁶⁹ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1980, S. 19.

Stadt noch vertieft bzw. endgültig besiegt werden würde.⁷⁰ Mit Sondereinsätzen kommunistischer Trupps, nicht selten aus Brandenburg und Sachsen kommend, versuchte die SED zudem „die Wahlversammlungen der drei demokratischen Parteien durch Zwischenrufe und Missfallensäußerungen zu stören“⁷¹, des Nachts deren Wahlplakate abzureißen „und kleine Handzettel mit SED-Parolen an Häuserfronten, Schaufenstern und Zäunen anzubringen.“⁷² Fünf Tage vor den Wahlen, am 30. November 1948, erklärte Wilhelm Pieck (SED) auf einer kommunistisch organisierten Kundgebung vor rund 80.000 Teilnehmern Unter den Linden: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen sich ihre Metzger selber. Das sind keine Wahlen, sondern das ist der größte Schwindel, der unter den Maschinengewehren der amerikanischen und britischen Truppen vor sich gehen soll, durch das die Berliner Bevölkerung wie Schlachtvieh zur Wahlurne getrieben werden soll.“⁷³ Um dieser Propaganda Nachdruck zu verleihen, hatte schließlich der sowjetische Stadtkommandant, Generalmajor Alexander Kotikow, der Bevölkerung im Ostsektor die Teilnahme an den Wahlen schlachtweg verboten.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 5. Dezember 1948 erfolgten somit nur in den drei Westsektoren Berlins. Die Wahlbeteiligung lag bei 86,3 Prozent und das Ergebnis war eindeutig: Die SPD errang mit 64,5 Prozent der abgegebenen Stimmen einen überragenden Sieg; die CDU erhielt 19,4 Prozent und die LDP 16,1 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ernst Reuter (SPD) wurde neuer Oberbürgermeister und bildete einen Allparteienmagistrat.⁷⁴

Bereits Anfang des Jahres 1949 hatten sich die Sowjets und mit ihnen die SED offenbar damit abgefunden, dass die Blockade aufgehoben werden müsse, um den Prestigeverlust nicht noch weiter zu vergrößern. In Anbetracht der Tatsache, dass es nicht gelungen war, Westberlin der SBZ einzuverleiben, und da die Präsenz der Westalliierten fortbestand, befürchtete die SED laut eines amerikanischen Geheimdienstberichtes, dass ihre Organisation dort nach dem Ende der Blockade einen raschen Mitgliederschwund erleiden und möglicherweise gar verboten werden könnte. In der SED gab es daher Überlegungen und Vorbereitungen, um in Westberlin zur illegalen Arbeit überzugehen. Der Bericht verwies darauf, dass vorsorglich „alle Bestände, Geräte, Akten und anderes entbehrliches Parteidienstmaterial“ aus den Westsektoren in Lager im Ostteil der Stadt geschafft⁷⁵ wurden. „Personen, die man für die Arbeit im Untergrund geeignet hielt“⁷⁶, wären

⁷⁰ Vgl. Manfred Rexin: Die Teilung der Stadt – Eine Text- und Tondokumentation, in: Historischen Kommission beim Landesvorstand der Berliner SPD (Hg.): 64 Prozent für die SPD – Erinnerung an eine Wahl vor 50 Jahren, Berlin 1999, S. 15; Gerhard Keiderling: Die Wahl vom 5.12.1948 aus der Sicht der SED, in: Historischen Kommission beim Landesvorstand der Berliner SPD (Hg.): 64 Prozent für die SPD – Erinnerung an eine Wahl vor 50 Jahren, Berlin 1999, S. 26; Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 193 f.

⁷¹ Peter Köhrer: Die letzten Stunden vor der Wahl, in: Die Neue Zeitung vom 4. Dezember 1948, im Internet: <http://www.bics.be.schule.de/son/verkehr/blockade/presse2/gb0101.htm>, Stand: 2009.

⁷² Peter Köhrer: Die letzten Stunden vor der Wahl, in: Die Neue Zeitung vom 4. Dezember 1948, im Internet: <http://www.bics.be.schule.de/son/verkehr/blockade/presse2/gb0101.htm>, Stand: 2009.

⁷³ O-Ton-Rede von Wilhelm Pieck vom 30. November 1948, zit. nach Manfred Rexin: Die Teilung der Stadt – Eine Text- und Tondokumentation, in: Historischen Kommission beim Landesvorstand der Berliner SPD (Hg.): 64 Prozent für die SPD – Erinnerung an eine Wahl vor 50 Jahren, Berlin 1999, S. 19.

⁷⁴ Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S.66 f.

⁷⁵ George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 92.

ausgewählt und geheime Kommunikationseinrichtungen geschaffen worden. Zu den Aufgaben dieses illegalen Parteiapparats hätte gehört, „die ‘bürgerlichen’ Parteien‘ und Massenorganisationen zu unterwandern.“⁷⁶

Angesichts der antikommunistischen Stimmung der Westberliner waren die Sorgen der SED nicht unberechtigt. Diskussionen um ein Verbot der SED in Westberlin gab es auch in den folgenden Jahren immer wieder. Da jedoch die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit nach Artikel 21 des Grundgesetzes dem Bundesverfassungsgericht oblag, und dieses „wegen alliierter Vorbehaltklauseln in Westberliner Angelegenheiten nicht tätig werden“⁷⁸ durfte, gab es juristisch kaum Möglichkeiten, wirksam gegen die SED vorzugehen. Die Existenzsicherheit der SED in den Westsektoren lag ausschließlich in den Händen der Westalliierten und die wollten an ihrer Entscheidung zur Zulassung der Partei, die 1946 von allen vier Mächten in der Alliierten Kommandantur gefasst worden war, festhalten, „da andernfalls der von westlicher Seite gegen den sowjetischen Standpunkt verteidigte Viermächte-Status von Groß-Berlin tangiert worden wäre.“⁷⁹

In Berlin galt zunächst noch die vorläufige Verfassung, die 1946 von den vier Alliierten erlassen worden war. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung war von den Alliierten beauftragt worden, bis zum 1. Mai des Jahres 1948 eine endgültige Verfassung auszuarbeiten. In der Diskussion über den Verfassungsentwurf während dieser Zeit waren die fundamental unterschiedlichen Auffassungen und Interessen zwischen der SED und den übrigen Parteien hervorgetreten, wie beispielsweise in Fragen der Gewaltenteilung. Allerdings hatten die Kommunisten auch eine Reihe von – ihrer Ansicht nach – „fortschrittlichen“ Artikeln befürwortet.⁸⁰ Abgesehen davon bestand die eigentliche Hauptforderung der SED darin, dass im Artikel 1 der zukünftigen Verfassung festgeschrieben werden sollte: „Die Stadt Berlin ist die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ... Die Gesetze der Republik sind für die Stadt verbindlich.“⁸¹ Verständlicherweise war dies von den demokratischen Parteien strikt abgelehnt worden. Am 22. April 1948 hatte die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich einen Verfassungsentwurf beschlossen. Die SED hatte ihre Zustimmung verweigert und entsprechend war das Veto der sowjetischen Besatzungsmacht erfolgt, womit das Verfassungsvorhaben zum Stillstand kam. Erst nachdem die Sowjets die Alliierte Kommandantur verlassen hatten, die Spaltung der Verwaltung vollzogen war und die Neuwahlen im Dezember 1948 ein neues Stadtparlament legitimierten, konnte man sich erneut mit dem

⁷⁶ George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 92 f.

⁷⁷ George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 93.

⁷⁸ Willi Kinnigkeit: Polit-Abende im Westernkino an der Mauer. Nach dem Verbot ihres Parteitages setzt die SED-Westberlin zu einer neuen Propaganda-Attacke an, in: Süddeutsche Zeitung vom 2.3.1966, Nr. 52, S. 3, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 81.

⁷⁹ Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2248.

⁸⁰ Artikel der Berliner Verfassung, die von der SED als „fortschrittlich“ betrachtet wurden, nachzulesen bei Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 294. Vgl. hierzu ebenso: Bemerkungen zum Programm-Entwurf (der SEW) vom 23.3.1970, in: SAPMO-BArch, DY 30/SED vorl. 26715.

⁸¹ Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 133.

Verfassungsentwurf beschäftigen. Am 4. August 1950 wurde der Verfassungsentwurf mit Nachträgen und Abänderungen verabschiedet. Ebenso beschlossen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat am selben Tag ihre Selbstauflösung, um den Weg frei für Neuwahlen zu machen.

Die neue Verfassung verlieh Westberlin den Status eines Landes und bestimmte, dass nun das Abgeordnetenhaus (vormals Stadtverordnetenversammlung) einen Senat (vormals Magistrat) mit einem Regierenden Bürgermeister (vormals Oberbürgermeister) an der Spitze zu wählen hatte. Die Alliierte Kommandantur, an der die Sowjets nicht mehr beteiligt waren, genehmigte am 29. August 1950 den Verfassungsentwurf mit der Auflage, diesen dahingehend zu korrigieren, dass der besondere besatzungsrechtliche Status Berlins gewahrt bleibe. Dies betraf unter anderem die Zurückstellung der Absätze 2 und 3 des Artikels 1, in denen es hieß: „Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland“, und „Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik Deutschland sind für Berlin bindend.“ Am 1. Oktober 1950 trat die Verfassung in Kraft. Zwar galt sie formal für ganz Berlin, war aber de facto nur in Westberlin durchzusetzen.⁸²

Die im Zusammenhang mit der Verfassungsgebung ausgeschriebenen Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen waren für den 3. Dezember 1950 anberaumt. In den Monaten zuvor hatten die demokratischen Parteien nochmals wiederholt versucht, die Kommunisten zur Zulassung von Wahlen in ganz Berlin zu bewegen. Die Sowjets bzw. die SED erklärten sich dazu bereit unter der Bedingung, dass zuvor alle Besatzungsmächte die Stadt verlassen haben müssten.⁸³ Auf das Angebot wollten sich allerdings weder die Westberliner noch die Westalliierten einlassen. In Anbetracht der noch nicht allzu lange zurückliegenden Blockade und des mittlerweile entflammten Krieges in Korea glaubte niemand mehr, dass Stalin und seine Handlanger tatsächlich von außen nur zuschauen würden, wie die SED bei freien Wahlen in ganz Berlin ihre Macht verlöre. Da eine Einigung nicht zustande kam, erfolgten die Wahlen am 3. Dezember 1950 wiederum nur in Westberlin. Und erneut beteiligte sich die SED nicht daran; stattdessen rief sie die Westberliner vergeblich zum Boykott der Wahlen auf.⁸⁴ Die SPD erhielt 44,7, die CDU 24,7 und die FDP (vormals LDP)⁸⁵ 23,1 Prozent der abgegebenen Stimmen (Sitze: SPD: 61, CDU: 34, FDP: 32). Der neu gebildete Senat wurde von allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien (SPD, CDU und FDP) getragen und Ernst Reuter (SPD) als Regierender Bürgermeister von Berlin bestätigt.

Am 29. September 1953 starb Ernst Reuter. Kurz darauf zerbrach der Senat. Am 22. Oktober 1953 wählte das Abgeordnetenhaus Walter Schreiber (CDU) zum Regierenden Bürgermeister von

⁸² Vgl. Forschungsinstitut der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. (Hg.): Dokumente zur Berlin-Frage. 1944-1966, München 1987, S. 130, 153 f.; Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 67 f., 84-91; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1980, S. 7 f.

⁸³ Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 219-223.

⁸⁴ Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2244.

⁸⁵ Die Liberalen im Westteil Berlins (LDP) hatten sich zur Jahreswende 1948/1949 mit der Freien Demokratischen Partei (FDP) der Westzone zusammengeschlossen und übernahmen deren Namen.

Berlin; Schreiber stand einem CDU-FDP-Senat vor. Als am 5. Dezember 1954 die nächsten Wahlen in Westberlin anstanden, beteiligte sich die SED daran erstmals wieder seit 1946.

Abbildung 1: SED/SED-W/SEW gesteuerte Neben- und Vorfeldorganisationen in Westberlin

Freie Deutsche Jugend (FDJ) 1947 Zulassung in Westberlin 1969 Umbenennung in „Freie Deutsche Jugend Westberlins“ (FDJ-W) 1980 Umbenennung „Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht“ (SJV-KL) Mitgliederzahl: 1964: 1000 1983: 800 1971: 500 1988: 550 1976: 700 1989: 200 1979: 700 1981: 700 Mitgliederzahl der Pionierorganisation: 250-300 Publikation: Signal Geschäftssitz: Allerstraße 35	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) 1947 Gründung der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ 1949 Umbenennung in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ (DSF) 1988 Umbenennung in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin“ (DSF-W) Mitgliederzahl: 1964: 4500 1982: 500 1989: 1200 Publikation: DSF-Journal Geschäftssitz: Kurfürstendamm 72 (Majakowski-Galerie)	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 1948 Zulassung in Westberlin 1976 Umgründung zur „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin – Verband der Antifaschisten“ (VVN-VdA) Mitgliederzahl: 1982: 300 1983: 500 1988: 500 Publikation: Der Mahnruf Geschäftssitz: Boddinstraße 12
Ständiger Arbeitsausschuss für Frieden, nationale und internationale Verständigung, Westberlin (SAFIV) 1961/1962 Gründung Publikation: Informationsdienst Geschäftssitz: Wielandstraße 22	Demokratischer Frauenbund Berlin (DFB) 1948 Zulassung in Westberlin Mitgliederzahl: 1964: 2500 1982: 600 1988: 500 Publikation: Im Blickpunkt der Berlinerin Geschäftssitz: Westfälische Straße 37	Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten (ADS) 1971 Gründung an Universitäten und Hochschulen 1983 Konstituierung zur einheitlichen Studentenorganisation Mitgliederzahl: 1973: 1000 1980: 700 1974: 1500 1981: 600 1976: 1400 1982: 500 1977: 1200 1983: 350 1978: 1100 1987: 350 1979: 800 Publikation: ads-Info

Quelle: Eigene Zusammenstellung/Darstellung beruht auf folgenden Quellen: Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 103-106; Bundesminister des Innern (Hg.): Die Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966, Bonn 1967, S. 49; VSB für 1971, S. 66 f.; VSB für 1973, S. 66; VSB für 1974, S. 73; VSB für 1975, S. 72; VSB für 1976, S. 74, 85; VSB für 1977, S. 75, 84; VSB für 1978, S. 80, 89; VSB für 1979, S. 68, 76; VSB für 1980, S. 70; VSB für 1981, S. 74; VSB für 1982, S. 43; VSB für 1983, S. 40; VSB für 1984, S. 40 f.; VSB für 1985, S. 42 f.; VSB für 1986, S. 37 f.; VSB für 1987, S. 27; VSB für 1988, S. 81; VSB für 1989, S. 102; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Der Sozialistische Jugendverband Karl Liebknecht. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeit des Sozialistischen Jugendverbandes (SJV) Karl Liebknecht mit der verfassungsmäßigen Ordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1982, S. 18 f., 31 f., 117-121. Zusätzliche Quellen: Bericht vom 14.9.1964, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 78; Information über der SEW nahestehende Organisationen (2.12.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Material für die Konsultation zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik der SEW am 3. Dezember 1981 (von IPW, Dezember 1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED vorl. 37065; Information über einen Meinungsaustausch mit Genossen der SEW über die Jugend- und Studentenpolitik und die Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 in Berlin (von IPW, 31.5.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Material für den Meinungsaustausch mit Genossen der SEW zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik sowie zur Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 (von IPW, Mai 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und PB, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Notgemeinschaft für eine freie Universität (Hg.): Die „Aktionsgemeinschaft von Sozialisten und Demokraten“ (ADSsen), 6. Folge, September 1980, S. 3-15; Information über die 1. Delegiertenkonferenz der Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten (ADS) Westberlin vom 12. bis 14. Oktober 1984 in Westberlin, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/305, Bl. 1-5; Information über die Teilnahme einer Delegation des Zentralrates der FDJ an der 4. Delegiertenkonferenz der Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten (ADS) Westberlin am 17. und 18. Oktober 1987 in Berlin (West) (von Zentralrat der FDJ), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42707; Schreiben von Rettner an Erich Mückenberger vom 25.1.1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42686.

2. Die SED in Westberlin: 1950 bis 1958

Die Spaltung Berlins, die sich zu Beginn 1950er Jahre manifestierte, hatte für die zwölf Westberliner Kreisorganisationen der SED keine unmittelbaren organisatorischen Konsequenzen. Sie blieben nach wie vor Teil der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin und wurden von dort direkt angeleitet. Schwierigkeiten bereitete den Kreisorganisationen vor allem das rapide Absinken der Mitgliederzahl. Noch im Juli 1950 hatte die Parteiorganisation in Westberlin 16.198 Mitglieder, 1952 waren es bereits nur noch etwa 7.500. Neben der Tatsache, dass etliche aus Unzufriedenheit aus der Partei austraten, erklärte sich der Schwund damit, dass rund 2.200 Westberliner SED-Mitglieder, die in der DDR arbeiteten, in die dortigen Betriebsparteiorganisationen integriert wurden.¹

Für die Berliner Bezirksleitung der SED war das Aufgabenfeld aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten in der geteilten Stadt äußerst kompliziert. Während sie einerseits in Ostberlin damit begann den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ in der im Oktober 1949 gegründeten DDR vorzubereiten, versuchte sie andererseits in Westberlin, in der „Hochburg des Klassengegners“, für den ostdeutschen Staat zu werben.² In den Westsektoren der Stadt herrschte in der Bevölkerung und in den Medien aufgrund der Teilung ein aggressiv antikommunistisches Klima, das sich noch verschärfte, weil die SED weiterhin offen damit drohte, Westberlin – den, wie sie es nannte, „Brückenkopf“ des „amerikanischen Imperialismus“ – der DDR einverleiben zu wollen.³ Entsprechend hatten die SED-Anhänger im Westteil der Stadt einen schweren Stand und waren dort Drangsalierungen und Repressalien ausgesetzt. Ihre Wirkungsmöglichkeiten wurden zudem dadurch begrenzt, dass der Senat, die führenden politische Kreise und die Staatsanwaltschaft die Kommunisten in Westberlin massiv unter Druck setzten, ihre Aktivitäten – wie Veranstaltungen, Versammlungen oder Kundgebungen – ver- und behinderten.⁴ Zur Verteidigung der Rechte derjenigen Personen, die aufgrund des Kommunismusverdachts in die Mühlen der Justiz geraten

¹ Vgl. Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/1996, S. 85 f.

² Vgl. Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/1996, S. 85.

³ Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2245 f.

⁴ Vgl. Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009, S. 37-44; Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/1996, S. 86, 89 f.; Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2245; Arbeitskreis Soziale Frage und Arbeiterbewegung (Hg.): Historische Altlasten, in: Westberliner Info, Heft 4/1988, S. 14-18; Informationsbericht der SED Bezirksleitung Groß-Berlin „Zur Lage in Westberlin“ vom 3.1.1959 (Anlage im PB-Protokoll vom 13.1.1959), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/676, Bl. 166.

waren, gründete die Ärztin Anneliese Groscurth⁵ am 28. August 1951 den „Groscurth-Ausschuss“, dem unter anderem auch der für die SED arbeitende Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul angehörte.⁶

Verstärkung erhielten die Westberliner Kreisorganisationen durch die Nationale Front, einem von der SED für die Westarbeit geschaffenen Exekutivorgan. Die Nationale Front schickte immer wieder Hunderte von hauptamtlichen Instrukteuren und freiwilligen Helfern nach Westberlin wie auch in die Bundesrepublik, „um die ‘Hetz’ der ‘imperialistischen Kriegstreiber’ zu ‘entlarven’ und den ‘nationalen Widerstand’ gegen die ‘angloamerikanischen Imperialisten und ihre deutschen Helfershelfer’ zu entfachen.“⁷ Zusätzliche Hilfestellung kam von Seiten der Bezirksleitung. Im Rahmen der von ihr betriebenen „Gesamtberliner Arbeit“ koordinierte sie die Verschickung von Aktivisten aus den Ostberliner Kreis- und Massenorganisationen der SED nach Westberlin, um die dortigen Kreis- und Nebenorganisationen bei ihren Unternehmungen und Aktionen gezielt zu unterstützen.⁸

Zu den weitgehend vergeblichen Versuchen der Kommunisten, Unzufriedenheit unter den Westberlinern zu schüren und eine Protestbewegung zu generieren, gehörte die im Frühjahr 1950 gestartete Unterschriftensammlungsaktion zur Ächtung der Atomwaffen im Rahmen des Stockholmer Appells. Der Appell war im März 1950 vom „Ständigen Komitee der Weltfriedensbewegung“ – einer von Moskau dominierten (Tarn-) Organisation und bald darauf umbenannt in „Weltfriedensrat“ – ausgerufen worden. Das Ziel dieser von der Sowjetunion weltweit in Gang gebrachten Interessenkampagne war, die Einstellung pazifistisch gesinnter Demokraten gegen die USA auszurichten. Die Federführung zur Umsetzung in Westberlin und Westdeutschland oblag der SED. In Westberlin kam die Kampagne zum Stockholmer Appell aufgrund des Widerstandes insbesondere von Politikern und Behörden rasch zum Erliegen. Einen vermeintlichen Höhepunkt bildete die Demonstration am 18. Juli 1950 im Westteil der Stadt, bei der

⁵ In der Zeit des Nationalsozialismus waren Georg Groscurth, der Ehemann von Anneliese Groscurth, wie auch sein Freund Robert Havemann Mitglieder der Widerstandsgruppe „Europäische Union“. Georg Groscurth wurde verhaftet, 1943 am Volksgerichtshof von Roland Freisler unter Mitwirkung von Hans-Joachim Rehse (Besitzer) zum Tode verurteilt und 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet. Anneliese Groscurth hielt die Freundschaft zu Havemann aufrecht, engagierte sich nach dem Krieg als Friedensaktivistin und geriet unter Kommunismusverdacht. Anfang der 1950er Jahre verlor sie ihre Anstellung als Ärztin beim Charlottenburger Gesundheitsamt und bekam den Status als Hinterbliebene eines politisch Verfolgten aberkannt, was zur Einstellung finanzieller Entschädigungsleistungen führte. Vgl. Bernd Florath: Die Europäische Union, in: Johannes Tuchel (Hg.): Der vergessene Widerstand. Zu Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur, Göttingen 2005, S. 114-139.

⁶ Die Aktenbestände des „Groscurth-Ausschusses“ befinden sich im Berliner Landesarchiv. Vgl. beispielsweise Auszüge des Schriftverkehr des Ausschusses, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2032; LAB, C Rep. 908, Nr. 84 u. 85. Vgl. ergänzend hierzu Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 300 f.

⁷ Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994, S. 170.

Die nationale Front hatte spätestens im Jahr 1958 ihre Arbeit nach Westberlin weitgehend eingestellt und ihre dortigen Ausschüsse aufgelöst. vgl. Kurze Einschätzung des Standes der Parteiarbeit in Westberlin (15.12.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1015, Bl. 338; Zur Lage in Berlin und zu den Aufgaben der Berliner Parteiorganisation für eine grundlegende Wende in ihrer Tätigkeit (Anlage im PB-Protokoll vom 13.1.1959), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/627, Bl. 120.

⁸ Vgl. Informationsbericht – Nr. 69. Betr.: Arbeit der Partei in Westberlin (22.12.1957), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1013, Bl. 131 f.; Information über den Wahlkampf in Westberlin (25.11.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1015, Bl. 209-213.

sich schätzungsweise mehrere tausend Personen (Kommunisten, Sympathisanten und Friedensaktivisten) zusammenfanden. Die Westberliner Polizei schritt dagegen ein und verhaftete eine Vielzahl der Demonstranten, unter ihnen Robert Havemann (Vorsitzender des Groß-Berliner Friedenskomitees, Volkskammerabgeordneter und Funktionär des Kulturbundes).⁹

Das Jahr 1950 war gekennzeichnet durch den Ausbruch des Koreakrieges und im Zuge dessen lag die Befürchtung nahe, dass die SED ihre auf Westberlin bezogenen Aktionen für einen Umsturz nutzen könnte. Dass eine derartige Vorstellung nicht ganz unbegründet war, zeigte sich anhand des ersten „Deutschlandtreffens der Jugend“, das vom 27. bis 30. Mai 1950 in Ostberlin stattfand. Anlässlich der Veranstaltung hatte der FDJ-Vorsitzende Erich Honecker ursprünglich geplant, tausende uniformierte „Blauhemden“ nach Westberlin marschieren zu lassen. Dieses Vorhaben wurde schließlich kurzfristig auf Anordnung Moskaus gestoppt, weil Stalin kein Interesse hatte, wegen Westberlin mit den Westmächten erneut in Streit zu geraten. Damit blieb das Deutschlandtreffen, an dem schätzungsweise 600.000 Jugendliche aus der DDR und dem sozialistischen Ausland teilnahmen, auf Ostberlin beschränkt. In Westberlin hatte man bereits Monate zuvor den Kommunisten das Werben für dieses Treffen unter Strafandrohung verboten.¹⁰

Geschickt war die SED vor allem darin, das öffentliche Aufbegehren in punkto „Frieden“ zu instrumentalisieren. Dies zeigte sich anhand der gegen Ende 1950 spontan entstandenen und parteiübergreifenden „Ohne-uns-Bewegung“ (auch „Ohne-mich-Bewegung“ genannt), die sich gegen die anbahrende Wiederbewaffnung der Bundesrepublik richtete und an deren Aktionen sich die Kommunisten hefteten. Aus den weitgehend unkoordinierten Protesten heraus entwickelte sich Anfang 1951 eine „Volksbefragungsbewegung“. Den Bürgern sollte die Frage gestellt werden: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?“ Die SPD und die Gewerkschaften, die mit der „Ohne-uns-Bewegung“ sympathisierten, stemmten sich massiv gegen die Befragungsaktion, da ihnen wohl auch bewusst geworden war, dass ihnen die Kampagne entgleiten und den Kommunisten als Steilvorlage dienen könnte. Tatsächlich hatte die SED den Ball längst dankbar aufgenommen, denn mittlerweile waren die Kommunisten in Westberlin zur organisatorisch stärksten Kraft für das Vorantreiben der Volksbefragungsaktion geworden. Mit maßgeblicher Unterstützung des Landesverbandes der FDJ Groß-Berlin und der Nationalen Front hatten sie in einzelnen Westberliner Stadtteilen und Betrieben „Friedenskomitees“ zur Organisation des Volksbegehrens

⁹ Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 249, 298; Sekretariat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hg.): Vom Deutschen Volkskongress zum Nationalkongress. National Kongress der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Berlin 25.-26. August 1950), Berlin 1950, S. 120 f.; Bundesminister des Innern (Hg.): Moskaus getarnte Helfer. Die Aktivitäten sowjetisch gesteuerter internationaler Einwirkungsorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1986, S. 13-20. Vgl. ergänzend Michael Herms: Hinter den Linien. Die Westarbeit der FDJ 1945-1956, Berlin 2001, S. 204-209; Michael Lemke: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961, Köln u. Weimar u. Wien 2001, S. 51-54.

¹⁰ Vgl. Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 62; George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin. Berlin 1997, S. 147; Arbeitskreis Soziale Frage und Arbeiterbewegung (Hg.): Historische Altlasten, in: Westberliner Info, Heft 4/1988, S. 15 f.

gegründet. Zuerst am 24. April 1951 in Westdeutschland und am 1. Juni 1951 in Westberlin zogen die Regierenden die Reißleine, verboten die Befragungsaktion und erklärten die „Friedenskomitees“ für illegal. Trotz des Verbotes konnten aber dennoch rund 110.000 Unterschriften in Westberlin gesammelt werden, von denen sich die überwiegende Mehrheit der Befragten (angeblich 86,7 Prozent) gegen die Remilitarisierung ausgesprochen hatten. In der DDR, in der die Nationale Front die Befragungsaktion vom 3. bis 5. Juni 1951 nahezu flächendeckend durchführte, soll die Zahl sogar bei 96 Prozent gelegen haben. Die Umfrageergebnisse fügten sich nahtlos in die Propagandalinie der SED ein.¹¹ Über die 1950er Jahre hinaus hielten die Kommunisten ihre Beschwörungen nach nationaler Einheit und einem gerechten Friedensvertrag aufrecht, was angesichts der vorausgegangenen Ereignisse vollkommen irreal war. In Wahrheit bestand das Ziel von Stalin und seinen Helfershelfern einzig und allein darin, „ihre zahlreichen Gegner zu täuschen und all jene Menschen für die eigene Politik zu mobilisieren, die tatsächlich an den Ernst dieser Forderungen glaubten.“¹²

In den Jahren 1950 bis 1952 gab es eine Anzahl weiterer kommunistischer Einzelaktionen (unter vorherrschender Beteiligung der FDJ), die von der Westberliner Polizei jedes Mal aufgelöst wurden: So erfolgte beispielsweise am 1. September 1950 eine von der FDJ organisierte Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus, an der rund 1.000 Personen teilnahmen, und am 10. September 1950 versammelten sich Anhänger der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zu einem Demonstrationszug. Im Juni 1951 versuchten mehrere hundert Anhänger der FDJ zweimal die Pfaueninsel zu besetzen, um dadurch gegen ihre militärische Nutzung durch die Amerikaner zu protestieren, und am 15. August 1951 marschierten rund 10.000 ostdeutsche FDJ-Mitglieder nach Westberlin ein, um für die während dieser Zeit in Ostberlin stattfindenden „3. Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ (5. bis 19. August 1951) zu werben. In der Zeit von März bis August 1952 erfolgten weitere Kundgebungen der Kommunisten, die sich diesmal gegen die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages richteten. Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmern erfolgten beispielsweise am 24. April 1952 in Reinickendorf und Wedding und am 1. Mai 1952 in der Weddinger Brunnenstraße.¹³

Der bisher beschriebene Aktionismus verhalf der SED zu keinem nennenswerten Resonanzerfolg. Auch ihr hauptamtlicher Apparat, der 1952 in den zwölf Westkreisen immerhin

¹¹ Vgl. Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 75 f., 122 f.; Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 257 f., 299; Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994, S. 176; Karl A. Otto: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze, in: Reiner Steinweg (Hg.): Unsere Bundeswehr? Zum 25-jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution (Friedensanalysen 14), Frankfurt am Main 1981, S. 70-79.

¹² Jochen Laufer: Volksaufstand gegen die Siegermacht? Die Sowjetunion und der 17. Juni 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 23/2003, S. 27.

¹³ Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 259, 261; Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 62; Arbeitskreis Soziale Frage und Arbeiterbewegung (Hg.): Historische Altlasten, in: Westberliner Info, Heft 4/1988, S. 16-18.

385 Kader umfasste, konnte daran nichts ändern.¹⁴ Die Kommunisten waren in Westberlin vollkommen isoliert. Realitätsfern, weil ideologisch verblendet, stellte die SED-Bezirksleitung selbstkritisch fest, dass „die Arbeit in den Westkreisen ‘hinter den objektiven Möglichkeiten zurückgeblieben’ war. Die Ursachen sah man in den ‘vorhandenen Tendenzen des Sektierertums’, der ‘schwachen Verankerung der Partei in der Industriearbeiterschaft Westberlins’ und der ‘mangelnden Zuversicht in den Sieg der Sache der Arbeiterklasse’.“¹⁵

Das Politbüro war sich der miserablen Lage der Westberliner Parteorganisation ebenfalls durchaus bewusst, Vorrang jedoch hatte der „Aufbau des Sozialismus“ im eigenen Land. Um die Arbeit in Westberlin dennoch nicht zu vernachlässigen, beschloss Ulbricht 1952/1953 innerhalb der Bezirksleitung ein „Westberliner Büro“ („Westberlinbüro“) einzurichten.¹⁶ Das Westberlinbüro, das später auch unter der Bezeichnung „A-Stelle“ und „Abteilung West“ firmierte, war quasi das Abbild einer verkleinerten Bezirksleitung mit eigenen Abteilungen und entsprechenden Fachkräften, die relativ abgeschottet vom übrigen Apparat agierte, aber selbstverständlich den Vorgaben der SED-Führungsgremien verpflichtet blieb. Das Westberlinbüro der Bezirksleitung war fortan zuständig für die Koordination und Anleitung der Westberliner Kreise vor Ort.¹⁷ Als dafür verantwortlicher Sekretär in der Bezirksleitung wurde Bruno Baum¹⁸ eingesetzt.

Mit der Einrichtung des Westberlinbüros ließ sich allmählich – neben der bloßen Wiedergabe außenpolitischer Positionen der DDR – ein zweiter Schwerpunkt im propagandistischen Auftreten

¹⁴ Vgl. Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/1996, S. 86.

¹⁵ Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/1996, S. 85 f.

¹⁶ Die Entstehung des Westberlinbüros ließ sich nicht exakt datieren. Laut Ellerbrock beschloss das Politbüro am 2. Mai 1952 die Einrichtung. Ein Bericht der SED-Bezirksleitung hielt dagegen fest, dass ein solcher Beschluss am 12. August 1953 erfolgte. Vgl. Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/1996, S. 86; Bericht des Büros der SED Bezirksleitung Groß-Berlin über die „Einschätzung der Wahlen am 7. Dezember 1958“ vom 13.12.1958 (Anlage im PB-Protokoll vom 16.12.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/670, Bl. 33.

¹⁷ Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Die SED diesseits der Mauer. Reorganisation der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 24/2. Dezemberheft 1962, S. 374. Im Januar 1959 setzte sich das Westberlinbüro aus 43 Mitarbeitern zusammen: 4 Abteilungsleiter, 3 Sektorenleiter, 30 Instrukteure und 6 politische Mitarbeiter. Hinzu kam die Redaktion der „Wahrheit“ mit insgesamt 12 Angestellten (1 Chefredakteur, 6 Redakteure, 2 Vertriebsmitarbeiter und 3 technische Kräfte). Vgl. Politische und technische Mitarbeiter der Abteilung West (von Abteilung Leitende Organe A, 5.1.1959), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1015, Bl. 11.

¹⁸ Baum, Bruno (3.2.1910-13.12.1971): Geboren in Berlin; 1924-28 Ausbildung zum Elektriker; 1926 Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD); 1927 KPD; 1929 Roter Frontkämpferbund; 1934/35 Internationale Lenin-Schule in Moskau; 1935 zusammen mit Erich Honecker und Edwin Lautenbach verhaftet; 18 Monate U-Haft in Moabit; 1937 Verurteilung zu 13 Jahren wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“; 1937-1943 Zuchthaus Brandenburg; 1943-1945 KZ Auschwitz (Mitglied der internationalen Parteileitung); 1945 KZ Mauthausen (Leiter des Internationalen Komitees des Krankenlagers); 1945/46 KPD/SED; 1945-1949 Sekretär für Kultur und Erziehung; 1946-1951 Mitglied der KPD/SED-Landesleitung Berlin; 1949-51 Stadtrat für Wirtschaft beim Magistrat Groß-Berlin; 1951-59 Sekretär der SED-BL Groß-Berlin, dort 1953-1959 für die Arbeit nach Berlin (West) zuständig; 1959/60 Bereichsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel; ab 1960 Mitgl. der SED-Bezirksleitung Potsdam, dort Sekretär für Wirtschaft und Leiter des Büros für Industrie und Bauwesen; 1965 Karl-Marx-Orden; 1970 Vaterländischer Verdienstorden. Vgl. unter Stichwort „Bruno Baum“ in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoths/Dieter Hoffmann (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon (digitale Ausgabe), Berlin 2001.

der Kommunisten in den Westsektoren der Stadt erkennen. Auch mit Blick auf die 1954 anstehenden Wahlen begannen die Westberliner Kommunisten zunehmend, sich sozialen Fragen – gegen Preis- und Mieterhöhungen, Verelendung und Arbeitslosigkeit – zuzuwenden. Darüber hinaus bemühten sie sich schon seit längerem vergeblich um die Einrichtung von „Erwerbslosenkomitees“, die keinen Zulauf fanden, und organisierten immer wieder auch Konferenzen zu politischen Themen mit kaum nennenswerten Resonanzerfolgen.¹⁹ Einer der wenigen Bereiche, in denen die Kommunisten mit anderen in einem größeren Rahmen gemeinsam agierten, waren vor allem Aktionen mit antimilitaristischem und antifaschistischem Charakter, beispielsweise anlässlich der Veranstaltungen von Soldatenbünden, so im Fall des „Stahlhelms“ am 17. Januar 1954 und 12. Dezember 1955 wie auch bei der „Bärendivision“ am 28. Mai 1955.²⁰ Zudem, wenngleich erst gegen Ende der 1950er Jahre, erfreuten sich die von der SED organisierten Delegationsfahrten in die DDR einer gewissen Nachfrage bei den Westberlinern.²¹

Die Kommunisten traten dennoch auf der Stelle und sie hatten in Westberlin keinerlei Chance, über den eigenen, eng begrenzten Kreis hinaus Sympathisanten für sich zu gewinnen. Vor allem die spontan entstandenen Aufstände der Bevölkerung in der DDR um die Zeit des 17. Juni 1953, die von der SED mithilfe der sowjetischen Armee blutig niedergeschlagen wurden, verstetigten die zwischen den Westberlinern und Kommunisten bestehende Eiszeit. Dass es sich bei diesem gescheiterten Volksaufstand um eine Inszenierung westlicher Agenten und Provokateure gehandelt haben soll, wie dies die SED lauthals propagierte, verdeutlichte die Scheinheiligkeit des Regimes.²² In Westberlin kam es daraufhin zu Ausschreitungen gegen Einrichtungen der SED und Protestaktionen.²³

Erneut von sich reden machte die SED, als sie im Mai/Juni 1954 nochmals versuchte, eine Volksbefragung ins Leben zu rufen. Diesmal wollte sie die Westberliner bewegen, gegen die Einbindung Westdeutschlands in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu stimmen. Die Durchführung der Befragung war nicht zugelassen; bereits in Westberlin unter

¹⁹ Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 298, 324 f., 340, 367 f.; Landesleitung Groß-Berlin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands/Abteilung Agitation (Hg.): Für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Material für Agitatoren, Nr. 15, Berlin (wahrscheinlich 1952), S. 7-9; Arbeitskreis Soziale Frage und Arbeiterbewegung (Hg.): Historische Altlasten, in: Westberliner Info, Heft 4/1988, S. 18.

²⁰ Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 325, 336 f.; Schröder, Eberhard: „... und nicht vergessen ...“. Ein persönlicher Beitrag zur Bewahrung der Geschichte der SEW, Berlin 2005, S. 11 f. Vgl. ergänzend unter den Stichworten „12. Dez. 1955“ und „28. Mai 1955“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

²¹ Vgl. Kurze Einschätzung des Standes der Parteiarbeit in Westberlin (15.12.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1015, Bl. 338 f.

²² Ausführliche Informationen zum 17. Juni 1953 finden sich im Internet unter: <http://www.17juni53.de>, Stand: 2009. In Ergänzung zu der umfangreichen Literatur zu dieser Thematik vgl. beispielsweise die Schilderungen von Volker Oelschläger: Ich glaube nichts mehr. Der 17. Juni 1953 in den Akten, in: Sigrid Grabner, Hendrik Röder, Thomas Wernicke (Hg.): Potsdam 1945-1989. Zwischen Anpassung und Aufbegehren, Berlin 1999, S. 41-49.

²³ Vgl. Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln, 2006, S. 110.

kommunistischer Beteiligung gebildete Ausschüsse für einen „Volksentscheid“ wurden vom Innensenator der Stadt kurzerhand verboten.²⁴

Die SED, die beschlossen hatte, sich erstmals seit 1946 wieder an den für den 5. Dezember 1954 anberaumten Wahlen zu beteiligen, mobilisierte im Vorfeld hunderte von Wahlhelfern in der DDR und verschickte sie zum Unterstützungseinsatz nach Westberlin.²⁵ Etliche dieser Propagandisten griff die Westberliner Polizei auf, um sie wieder gen Osten abzuschieben. Die SED rührte darüber hinaus die Werbetrommel, indem sie in Westberlin bekannte Personen und Persönlichkeit für sich sprechen ließ, darunter Johannes R. Becher, Arthur Werner (Berlins erster Oberbürgermeister nach 1945), Robert Havemann, Helene Weigel (Schauspielerin) und Anneliese Groscurth (Friedensaktivistin).²⁶ In ihrem Wahlkampf warben die Kommunisten vor allem mit ihren seit Jahren beständig wiederholten Beteuerungen, dass sie für ein neutrales, entmilitarisiertes Gesamtdeutschland einträten und mit ihrer Hilfe die Teilung Berlins überwunden werden könnte. Ihr Slogan lautete: „Soll Berlin Hauptstadt eines einigen und friedliebenden Deutschlands oder Frontstadt der amerikanischen und westdeutschen Militaristen werden?“²⁷ Dass diese von der SED allseits propagierte Einheit Berlins und Deutschlands nur in Verbindung mit kommunistischer Vorherrschaft zu bekommen sein würde, darin waren sich die meisten Westberliner aufgrund ihrer unmittelbaren Erfahrungswelt sicher. Entsprechend fiel auch das Wahlergebnis aus. Die SED errang insgesamt 2,7 Prozent der abgegebenen Stimmen (= 41.375 Wählerstimmen); im Bezirk Wedding waren es immerhin 4,3 Prozent. Mit ihrem Ergebnis lag die SED noch hinter der rechtskonservativen Deutschen Partei (DP), deren Wahlkampfveranstaltungen sie im Vorfeld zu stören versucht hatte.²⁸ Die DP – von der SED als eine neofaschistische Partei bezeichnet – erhielt 4,9 Prozent und zog in sechs der zwölf Westberliner Bezirksverordnetenversammlungen mit Abgeordneten ein. Wahlsieger war wieder einmal die SPD mit 44,6 Prozent. Ihr folgte die CDU mit 30,4 und die FDP mit 12,8 Prozent der abgegebenen Stimmen. Im Anschluss an die Wahl wurde Otto Suhr (SPD) zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt und ein SPD-CDU-Senat gebildet. Otto Suhr leitete diesen bis zu seinem Tod am 30. August 1957. Sein Nachfolger Willy Brandt (SPD) stellte sich 1958 der Abgeordnetenhauswahl in Westberlin.

Die SED hatte bei den Wahlen im Dezember 1954 kein einziges Mandat errungen. Zwar konnte noch niemand wissen, dass sie auch bei allen zukünftigen Wahlen nie die von ihr als „reaktionär“ bezeichnete Fünf-Prozent-Hürde überspringen und noch nicht einmal mehr die 2,7 Prozent bei

²⁴ Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 326 f.; Vgl. ergänzend unter den Stichworten „03. Mär. 1954“, „25. Mai 1954“, „27. Jun. - 29. Jun. 1954“ und „24. Jul. 1954“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

²⁵ Vgl. Bestätigung von Maßnahmen zur verstärkten Führung des politischen Wahlkampfes in Westberlin (18.10.1954), enthalten im PB-Protokoll vom 19.10.1954, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/379, Bl. 23 f.

²⁶ Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 338; Arbeitskreis Soziale Frage und Arbeiterbewegung (Hg.): Historische Altlasten, in: Westberliner Info, Heft 4/1988, S. 18.

²⁷ Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 338.

²⁸ Vgl. Arbeitskreis Soziale Frage und Arbeiterbewegung (Hg.): Historische Altlasten, in: Westberliner Info, Heft 4/1988, S. 19.

diesen Wahlen erreichen würde. Das Wahlergebnis der SED machte aber bereits deutlich, dass die Kommunisten für eine längere Zeit in Westberlin in einer absoluten Minderheitenposition verbleiben würden. Dies dürfte mit dazu beigetragen haben, dass der auf sie ausgeübte Druck von Politik und Behörden in den darauf folgenden Jahren allmählich nachließ. Veranstaltungen, Versammlungen und Propaganda konnten mit der Zeit mehr und mehr ungestört durchgeführt werden, auch weil die Kommunisten ihren zum Teil barschen Tonfall zunehmend entschärften.²⁹

Um die Isolation zu durchbrechen konzentrierte sich die SED wiederum verstärkt auf den außerparlamentarischen Bereich. Eine scheinbar günstige Gelegenheit bot sich ihr mit der „Paulskirchenbewegung“.³⁰ Diese Bewegung war zur Jahreswende 1954/1955 in Westdeutschland aus Anlass des anstehenden NATO- und WEU-Beitritts der BRD im Rahmen der Pariser Verträge entstanden. An ihr beteiligten sich Personen und Persönlichkeiten der verschiedensten Weltanschauungen, an ihre Spitze stellten sich die SPD und der DGB. Die Bewegung richtete sich nicht nur gegen die Einbindung in das westliche Verteidigungsbündnis, sondern setzte sich ein für Neutralität und gegen Wiederbewaffnung beider Teile Deutschlands, getragen von der Hoffnung, dadurch die Frage der Wiedervereinigung weiterhin offenhalten zu können. Zwar hatte die Bewegung einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten eine klare Absage erteilt, wurde aber dennoch von diesen in ihren Aktionen unterstützt. Auch in Westberlin fasste die Paulskirchenbewegung Fuß und es kam zu Kundgebungen, Demonstrationen und Unterschriftensammlungen, an denen unter anderem Mitglieder der SPD, der SED, der Gewerkschaften, der FDJ, der Jusos und der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken gemeinsam teilnahmen. Die SED bemühte sich, die Stimmung zusätzlich anzuheizen, indem sie in Ostberlin mehrere Großkundgebungen über ihr Exekutivorgan Nationale Front gegen die Pariser Verträge und die Politik Adenauers organisierten ließ.³¹ Trotz der Proteste hielt der Bonner Bundestag an seiner Entscheidung fest und ratifizierte schließlich am 27. Februar 1955 die Pariser Verträge. Der Widerstand war damit gebrochen und die Paulskirchenbewegung versiegte rasch.

Eine weitere Möglichkeit, um den Massen näher zu kommen, bot sich den Kommunisten, als sich im Frühjahr 1957 die Pläne der Bundesregierung konkretisierten, die Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen auszurüsten. Dies entfachte vielfachen Protest. Beispielhaft dafür war die „Göttinger Erklärung“, in der sich am 12. April 1957 achtzehn namhafte Wissenschaftler, denen später zahlreiche weitere Intellektuelle folgten, öffentlich gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik aussprachen. Daraufhin gewannen die Anti-Atom-Proteste im Folgejahr erstmals den Charakter einer Massenbewegung und entwickelte sich zur Kampagne „Kampf dem Atomtod!“

²⁹ Vgl. Arbeitskreis Soziale Frage und Arbeiterbewegung (Hg.): Historische Altlasten, in: Westberliner Info, Heft 4/1988, S. 18.

³⁰ Den Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen bildete eine Kundgebung am 29. Januar 1955 in der Frankfurter Paulskirche unter dem Motto: „Rettet Einheit, Frieden und Freiheit! Gegen Kommunismus und Nationalismus!“ Vgl. Karl A. Otto: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze, in: Reiner Steinweg (Hg.): Unsere Bundeswehr? Zum 25-jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution (Friedensanalysen 14), Frankfurt am Main 1981, 89-91.

³¹ Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 341-343.

Während dieser Zeit bildeten sich in den meisten westdeutschen Großstädten „Anti-Atom-Ausschüsse“.³² In Westberlin entstand am 3. April 1958 zunächst ein unter Beteiligung von achtzehn Jugend- und Studentenverbänden gegründeter Aktionsausschuss gegen den Atomtod, ihm folgte am 11. April die Gründung eines Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod!“ Beide Gremien verweigerten den Westberliner Kommunisten die Mitarbeit. Dessen ungeachtet beteiligten sich die Mitglieder der SED und ihrer Nebenorganisationen an den Aktionen der Ausschüsse, so beispielsweise am Schweigmarsch der rund 5.000 Menschen durch das Zentrum Westberlins am 15. April 1958, an den Atom-Mahnwachen auf Straßen und Plätzen und an der Kundgebung in der Kongresshalle am 24. April mit etwa 1.200 Personen.³³ Bis zum Ende des Jahres flaute die Bewegung allmählich ab, da eine in Hamburg und Bremen anvisierte Volksbefragungskampagne vom Bundesverfassungsgericht am 30. Juli 1958 verboten wurde und die SPD daher auch in Westberlin ihre Beteiligung zunehmend zurückzog.³⁴ Nochmals in die Schlagzeilen geriet die Bewegung, als am 3. und 4. Januar 1959 die Delegierten der studentischen Anti-Atom-Ausschüsse aus der Bundesrepublik und Westberlin in den Räumen der FU einen Kongress abhielten. Abgesehen von der Tatsache, dass sich die Teilnehmer gegen eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen wandten, war vor allem bemerkenswert, dass darüber hinaus eine große Mehrheit eine Resolution verabschiedete, in der zu Friedens- und Konföderationsverhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten aufgefordert wurde. Der Kongress rüttelte damit am Bonner Tabu, die DDR als Verhandlungspartner und souveränen Staat anzuerkennen. Als Befürworterin in der Anerkennungsfrage hatte Ulrike Meinhof (Mitglied der illegalen KPD) die Diskussion auf diesem Studentenkongress angeführt und sich gegen Helmut Schmidt (Wehrexperte der SPD-Bundestagsfraktion) durchgesetzt. Die SPD nahm die Vorgänge des Studentenkongresses zum Anlass, der versiegenden Anti-Atom-Bewegung die weitere Unterstützung zu versagen.³⁵

Um den zurückgebliebenen Rest der Aktiven der Anti-Atom-Bewegung kümmerte sich hingegen intensiv die Westberliner SED, der es schließlich im Herbst 1961 gelang, in den Bezirklichen Anti-Atom-Ausschüssen eine Plattform durchzusetzen. Inhalt dieser Plattform waren „die Forderungen

³² Vgl. Hubertus Knabe: MfS und Friedensbewegung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 303.

³³ Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 406-409; Einschätzung einiger Grundprobleme des Wahlkampfes in Westberlin (28.10.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1013, Bl. 334. Vgl. ergänzend unter den Stichworten „15. Apr. 1958“ und „24. Apr. 1958“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

³⁴ Vgl. Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Rotbuch Verlag 1979, Berlin, S. 54; Wilfried von Bredow: Zusammensetzung und Ziele der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 24/1982, S. 6.

³⁵ Vgl. Ansgar Skriver: Von der Schülermitverwaltung zur Kampagne „Kampf dem Atomtod!“ Der Berliner Studentenkongress gegen Atomrüstung 1959 und die Auseinandersetzungen des „Gespräche“-Kreises mit der „konkret“-Gruppe, in: Ulrich Herrmann (Hg.): Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Weinheim und München 2002, S. 387-404.

Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 184 f. Vgl. ergänzend unter Stichwort „3. Jan. 1959 - 4. Jan. 1959“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

nach Verständigung und Lösung aller strittigen Fragen durch Verhandlungen auf internationaler und nationaler Ebene, allgemeine und vollständige Abrüstung, Anerkennung beider deutscher Staaten, Schaffung eines neutralen Status für Westberlin und Abkehr von der Politik des kalten Krieges³⁶. Der zentrale Ausschuss entschied daraufhin in Abstimmung mit Willy Brandt die Selbstauflösung. Die bezirklichen Ausschüsse hingegen schlossen sich auf der Grundlage der von ihren Vertretern unterzeichneten Plattform zum „Ständigen Arbeitsausschuss für Frieden, nationale und internationale Verständigung, Westberlin“ (SAFIV) zusammen.³⁷ Als Vorsitzender des SAFIV, dessen Teilnehmerkreis sich aus etwa 80 Personen und Persönlichkeiten verschiedenster Schichten und Organisationen zusammensetzte, fungierte der Regisseur Erich Engel, später der Arzt Hans Sarkander. Der Ausschuss war eine Vorfeldorganisation, die den Anschein von Eigenständigkeit und Unabhängigkeit erwecken sollte, tatsächlich jedoch verdeckt kontrolliert und gesteuert wurde von Mitgliedern der Westberliner Parteiorganisation (Bruno Kuster, Heinz Dehn u. a.). Die Westberliner SED benutzte den SAFIV als zusätzliches Propagandasprachrohr und Sammlungsbewegung der „Friedenskräfte“.³⁸

³⁶ Weitere Entwicklung einer selbständigen Friedensbewegung in Westberlin (7.11.1961), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 102.

³⁷ Vgl. ebenda.

³⁸ Vgl. Vorschläge über die Entwicklung eines selbständigen Westberliner Friedensgremiums (von Bruno Kuster, 3.10.1959), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 102; Schreiben von Danelius an Verner (16.1.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030; Bericht über die Tätigkeit und die Beratung des SAFIV am 28. April 1962 im Victoria-Studienhaus, in: ebenda; Weitere Maßnahmen unserer Partei in der letzten Etappe des Wahlkampfes bis zum 17. Februar 1963 (30.1.1963), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2034; Konzeption für das weitere Auftreten der Friedensbewegung in Westberlin (19.1.1965), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 102; Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 346-350.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der SED/SED-W/SEW 1946 bis 1989 in Westberlin

Jahr	Abgeordnetenhaus								Bezirksverordnetenversammlung	
	Wahlberechtigte	Erststimmen			Zweitstimmen			Stimmen		
		Wahlbeteiligung	absolut	in Prozent	Wahlbeteiligung	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	
1946										
Berlin (West)	1 453 016	91,4	179 124	13,7				178 977	13,8	
Berlin (Ost)	854 106	93,8	233 458	29,8				233 311	29,9	
Berlin	2 307 122	91,4	412 582	19,8				412 288	19,8	
1948	1 586 461	86,3								
1950	1 664 221	90,4								
1954	1 694 896	91,8	41 375	2,7				42 873	2,8	
1958	1 757 842	92,9	31 572	2,0				31 420	1,9	
1963	1 748 588	89,9	20 929	1,3				20 820	1,3	
1967	1 718 435	86,2	29 925	2,1				29 761	2,0	
1971	1 652 916	88,9	33 845	2,3				32 685	2,3	
1975	1 579 924	87,8	25 105	1,8				25 535	1,9	
1979	1 533 728	85,4	13 968	1,1	85,4	13 744	1,1	14 273	1,1	
1981	1 514 642	85,2	7 957	0,6	85,3	8 176	0,6	8 615	0,7	
1985	1 507 276	83,6	8 002	0,6	83,6	7 731	0,6	8 047	0,6	
1989	1 532 870	79,6	10 539	0,9	79,6	6 875	0,6	7 739	0,6	

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Datensätzen des Statistischen Landesamtes Berlin: Wahlergebnisse ab 1919 und Wahldatenbank ab 1946, im Internet: <http://www.wahlen-berlin.de>, Stand: 2009.

3. Die SED in Westberlin: 1958 bis 1961

Westberlin war ein Stachel im Fleisch der DDR, den die Kommunisten beseitigen wollten. Ab 1957 verstärkte die SED-Führung in Ostberlin ihre Bemühungen, den sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow davon zu überzeugen, zu Gunsten der DDR eine Klärung in der Berlin-Problematik herbeizuführen. Auf dem V. Parteitag der SED vom 10. bis 16. Juli 1958 gewann das Vorhaben an Kontur und Schärfe. Eindringlich hob die SED den Sondercharakter Westberlins hervor. Man betonte, dass diese Teilstadt nicht zur Bundesrepublik gehöre, und dass die Aufrechterhaltung des „imperialistischen Besatzungsregimes“ angeblich rechtswidrig sei.¹ Walter Ulbricht wurde dann noch deutlicher. Auf einer Kundgebung im Friedrichstadtpalast am 27. Oktober 1958 definierte er: „Ganz Berlin liegt auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Ganz Berlin gehört zum Hoheitsbereich der Deutschen Demokratischen Republik“². Ulbricht mahnte, dass – wie er sich ausdrückte – den Friedenskräften in Westberlin eine entscheidende Bedeutung zukäme, um den Spannungsherd zu entschärfen. Wen er mit den Friedenskräften gemeint haben könnte, ließ er offen. Gedacht haben dürfte er dabei in erster Linie an seine Westberliner Genossen. Dass er sich dennoch nicht allein auf deren Tatkraft verlassen wollte, sollte sich nur einen Monat später zeigen. Hatte es sich bislang um mehr oder weniger alt bekannte Bekundungen des SED-Regimes gehandelt, trat im November 1958 die Sowjetunion in Aktion und das Thema Westberlin erhielt weltpolitische Bedeutung.

Am 27. November 1958 richtete Chruschtschow ein Ultimatum an den überraschten Westen. Darin erklärte er „die im Zweiten Weltkrieg abgeschlossenen Protokolle über die Vier-Mächte-Verwaltung Berlins und die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen für ungültig, sprach von einer rechtswidrigen Besetzung Westberlins und einem ‘ernsten Missbrauch der Besetzungsrechte’ durch die Westmächte mit dem Ziel, der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Ländern Schaden zuzufügen.“³ Chruschtschow stellte die Forderung an die Westalliierten, Westberlin zu entmilitarisieren und in eine selbständige politische Einheit – eine Freie Stadt – umzuwandeln. Hierzu lagen bereits detailliert ausgearbeitete Pläne in den Schubladen der Führungsetagen von KPdSU und SED vor.⁴ Eine „Freie Stadt“, so ließ Chruschtschow weiter blumig verlautbaren, könnte „zu einem Zentrum der friedlichen, fruchtbaren Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschland werden, und das würde zur allmählichen Annäherung der beiden Teile des Landes als der ersten Etappe auf dem Wege zur Wiedervereinigung beitragen“⁵. Chruschtschow gab den Westalliierten eine Frist von sechs Monaten, um – gemäß den

¹ Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 412.

² Zit. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 414.

³ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S.115.

⁴ Vgl. Michael Lemke: Die Berlin-Krise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 104 f., 154 f.

⁵ Zit. nach Carola Stern: Die Berlin-Krise als politisches Manöver. Worauf will Chruschtschow hinaus?, in: SBZ-Archiv, Nr. 24/25. Dezember 1958, S. 382 f.

sowjetischen Vorstellungen – übereinzukommen. Andernfalls, so drohte er, würde die Sowjetunion mit der DDR einen Vertrag abschließen, „der dieser die volle Souveränität und Kontrolle über die Zufahrtswege von und nach Berlin, zu Lande, zu Wasser und in der Luft übertrage.“⁶

Das Chruschtschow-Ultimatum war nicht nur ein Versuch, die Westalliierten aus Westberlin hinauszudrängen und damit die Teilstadt zum Vorteil der Kommunisten zu neutralisieren. Zugleich ging es auch immer darum, die DDR als Vertrags- und Verhandlungspartner zu etablieren, sie dadurch aufzuwerten und für sie die internationale Anerkennung herbeizuführen. Der sowjetische Erpressungsversuch mit Westberlin als Faustpfand verlor jedoch rasch an Brisanz und kam zum Erliegen. Denn in den nach dem Ultimatum in Angriff genommenen Verhandlungen zeichnete sich ab, dass weder der Westen nachgab, noch die Sowjetunion willens war, ihre Drohung eines separaten Friedensvertrages mit der DDR in die Tat umzusetzen.⁷ Ihre Freie-Stadt-Planungen gaben SED und KPdSU schließlich Ende 1962 auf, ließen jedoch die Propaganda für das Konzept noch einige Zeit laufen. Ab 1964 wurde der Begriff Freie Stadt ersetzt; man bezeichnete Westberlin fortan als eine „selbständige“ und später auch als „besondere politische Einheit“. Das kommunistische Lager unterstrich damit seine Auffassung vom eigenständigen Status Westberlins, betrachtete nun jedoch die Arbeit an der Verfestigung dieses Zustandes als ein langfristig ausgerichtetes Projekt. An der Verwirklichung einer Eigenständigkeit besonders interessiert blieb die Führungsspitze der SED, die insgeheim nie ihr Ziel aufgab, die Teilstadt schrittweise vom Westen zu lösen, um diese irgendwann der Hauptstadt der DDR einzuerleben zu können.⁸

Nur knapp zwei Wochen nachdem Chruschtschow sein Ultimatum gegenüber dem Westen ausgesprochen hatte, fanden am 7. Dezember 1958 Wahlen in Westberlin statt. Die Westberliner SED musste quasi in letzter Minute ihren Wahlkampf auf diese neue Propagandalinie ausrichten.⁹ Unterstützt wurde sie durch mehrere tausend Wahlhelfer, die im Vorfeld der Wahlen täglich von Ost- nach Westberlin einströmten und vor der unlösbaren Aufgabe standen, die sowjetische Drohkulisse den Bürgern schmackhaft zu machen.¹⁰ Der Westberliner SED-Apparat verfügte zu dieser Zeit über circa 200 hauptamtliche Mitarbeiter und hatte insgesamt rund 6.600 Mitglieder mit

⁶ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 115 f.

⁷ Vgl. Eric Waldman: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 39 f.; Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2247; Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 100 f.

⁸ Vgl. Eric Waldman: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 40; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 386; Jochen Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 61-66; Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 99-107, 202 f.

⁹ Vgl. Entwurf Wahlauftruf der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (3.9.1958), in: PB-Protokoll vom 9.9.1958, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/649, Bl. 6. 31 f.

¹⁰ Vgl. Bericht des Büros der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin über die „Einschätzung der Wahlen am 7. Dezember 1958“ vom 13.12.1958, in: PB-Protokoll vom 16.12.1958, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/670, Bl. 27 f.

Beispielsweise kamen am 2., 3. und 4.12.1958 jeweils rund 7.000 Wahlhelfer aus Ostberlin im Westteil der Stadt zum Einsatz. Vgl. Einsatz nach Westberlin (5.12.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1015, Bl. 312.

einem Durchschnittsalter von etwa 60 Jahren.¹¹ Einer der SED-Spitzenkandidaten bei den Wahlen war Hans Modrow, der für seine Partei im Westberliner Bezirk Tiergarten antrat.¹²

Das Wahlergebnis am 7. Dezember 1958 war für die SED niederschmetternd. Gegenüber 1954 büßte sie nahezu 10.000 Wählerstimmen ein und erhielt mit ihrer „Liste 6“ lediglich 2 Prozent (= 31.572 Stimmen). Die SPD erreichte mit ihrem Spitzenkandidaten Willy Brandt, der nach dem Tod von Otto Suhr im Oktober 1957 das Amt des Regierenden Bürgermeisters übernommen hatte, mit einem Endergebnis von 52,6 Prozent die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Der Koalitionspartner CDU unter Franz Amrehn kam auf ein Ergebnis von 37,7 Prozent der Stimmen, die FDP hingegen scheiterte und bekam lediglich 3,8 Prozent. Aufgrund der politischen Krise im Zusammenhang mit dem Chruschtschow-Ultimatum setzte Willy Brandt seine Große Koalition mit der CDU fort. Eine Oppositionspartei im Abgeordnetenhaus gab es somit nicht.

Die Schuld für das katastrophale Wahlergebnis schob das Politbüro auf die Berliner Parteiorganisation, die daraufhin einer gründlichen Revision unterzogen wurde.¹³ Ein Informationsbericht vom 15. Dezember 1958, der auf dem Schreibtisch von Albert Norden landete, führte die fehlende Akzeptanz der SED auf die organisatorischen Schwächen der Bezirksleitung und den desolaten Zustand des Westberliner Apparates zurück. Der Verfasser (Name unleserlich) machte darin gleich zu Beginn klar, dass die Westberliner Parteiorganisation ihre Aufgabe, die Bevölkerung für die Politik der SED zu gewinnen, allein nicht lösen könne. Als Begründung verwies er auf die starke Überalterung der SED-Mitglieder. Beispielsweise läge das Durchschnittsalter im Kreis Kreuzberg bei 63 Jahren, jeden Monat im Jahr 1958 habe der dortige Kreissekretär auf sechs Trauerfeiern gesprochen. Weiterhin war zu lesen: „Ein großer Teil der Parteimitglieder sind Rentner, von denen viele von den Erinnerungen an die Kämpfe der KPD in der Zeit vor 1933 leben und der Politik der Partei jetzt manchmal schwer folgen können und zum Sektierertum neigen.“¹⁴ Als Hauptschwäche der Westberliner Organisation hieß es im Bericht, dass von den in Arbeit stehenden Genossen fast alle in Klein- und Mittelbetrieben arbeiten würden und es deshalb nur ganz kleine oder gar keine Betriebsparteiorganisationen in den entscheidenden Konzernbetrieben gäbe: In „DeTeWe [Deutsche Telefonwerke] mit über 3.000 Mann Belegschaft haben wir einen Genossen“¹⁵. Nachfolgend wendete sich der Berichterstatter der Betrachtung der Arbeit der SED-Bezirksleitung zu. Er schrieb: „Gegenwärtig ist die Arbeit zwischen dem demokratischen Sektor [(Ostberlin)] und dem Westen in der Bezirksleitung völlig getrennt und die Tätigkeit in Westberlin zum Spezialgebiet einer kleinen Gruppe, die sich mit dem Schleier der Konspiration umgibt,

¹¹ Vgl. Bericht des Büros der SED Bezirksleitung Groß-Berlin über die „Einschätzung der Wahlen am 7. Dezember 1958“ vom 13.12.1958, in: PB-Protokoll vom 16.12.1958, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/670, Bl. 26; Kurze Einschätzung des Standes der Partiarbeit in Westberlin (15.12.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1015, Bl. 338.

Zur Jahreswende 1958/1959 umfasste der hauptamtliche Apparat der SED in Westberlin 206 Personen: Dazu zählten die Sekretäre und Vorsitzenden der Kontrollkommission (62 Personen), die Instrukteure und politischen Mitarbeiter (124) sowie die technischen Kräfte (20). Vgl. Politische und technische Mitarbeiter der Abteilung West (von Abteilung Leitende Organe A, 5.1.1959), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1015, Bl. 11.

¹² Vgl. „Das war wie eine Ohrfeige“, in: Der Spiegel vom 19.2.1990, S. 26.

¹³ Vgl. PB-Protokoll vom 16.12.1958, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/670, Bl. 5 f.

¹⁴ Einschätzung der Lage in Westberlin (an Norden, 15.12.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.02/120, Bl. 1.

¹⁵ Einschätzung der Lage in Westberlin (an Norden, 15.12.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.02/120, Bl. 2.

geworden. Vom Büro der Bezirksleitung tritt in Westberlin nur der Genosse Baum in Erscheinung. Der Genosse Kiefert hat zu den Wahlen in Westberlin nicht gesprochen. Auch die Abteilungen der Bezirksleitung sind völlig getrennt. Es gibt die Bezirksleitung und die A-Stelle (Westberlin). Auf unsere Frage an den Abteilungsleiter für Agitation und Propaganda der A-Stelle, Genossen Müller, in welcher Form sich die Zusammenarbeit mit der Abteilung Agitation und Propaganda vollzieht, erklärte er: Wir haben einen gemeinsamen Plan, – womit er ausdrücken wollte, dass es keine gemeinsame Arbeit gibt. Die Genossen der Kreisleitung Kreuzberg und Wedding bestätigten uns, dass zur Anleitung und Teilnahme an der Arbeit von der Bezirksleitung nur dafür besonders eingesetzte Instrukteure der A-Stelle erscheinen. Die übrigen Mitarbeiter der Bezirksleitung nehmen an der politischen Anleitung der Arbeit in Westberlin nicht teil. Während der Westberliner Wahlen war eine solche Lage, dass die über 30 qualifizierten Mitarbeiter der Abteilung Agitation und Propaganda sich mit dieser Wahl fast nicht beschäftigten, sondern dass das zentrale Ereignis im Mittelpunkt ihrer Arbeit die Feier des zehnjährigen Bestehens des Berliner Magistrats war. Obwohl es in der Abteilung Agitation und Propaganda erfahrene Genossen für Betriebsagitation, schriftliche und Sichtagitation gibt, die der Westberliner Arbeit viel Nutzen bringen könnten, sind diese offensichtlich bisher nie herangezogen worden, denn sie waren den Mitarbeitern der Westberliner Kreisleitungen nicht einmal mit Namen bekannt. Dieser Dualismus in der Arbeit wirkte sich auch so aus, dass am letzten Sonntag vor der Wahl eine ganze Reihe Wahlhelfer aus den Betrieben des demokratischen [(Ostberliner)] Sektors von Westberlin für den Festzug zur Feier des zehnjährigen Bestehens des Magistrats abgezogen wurden.¹⁶ Abschließend unterbreitete der Berichterstatter einige Verbesserungsvorschläge: „Das Allerwichtigste ist, systematisch für lange Zeit bei denselben Menschen zu arbeiten, um ein persönliches Vertrauensverhältnis zu schaffen. Die Agitation zu den Wahlen hat hauptsächlich daran gelitten, dass sie zu allgemein war und keine wirkliche Beziehung zu den Menschen herstellte. Es waren ohne Zweifel mit großer Einsatzbereitschaft in den letzten Wochen vor der Wahl täglich hunderte und schließlich tausende Agitatoren unterwegs, aber die Arbeit beschränkte sich überwiegend auf die Verteilung von Flugblättern und Zeitungen. Es waren auch vielfach nicht die qualifiziertesten Genossen eingesetzt, sondern Studenten und Schüler. [...] Die Fahrten von Delegationen von Westberlinern in die DDR sind zu verstärken. Zur Organisation sind auch Genossen aus dem demokratischen Sektor und aus der Republik heranzuziehen. Die Kreisleitung Wedding hat mit solchen Fahrten die größten Erfolge in ihrer Agitationsarbeit erzielt. [...] Die Argumentation und Agitation für Westberlin muss von den dort tatsächlichen Verhältnissen ausgehen. Wenn das ‘Neue Deutschland’ im Leitartikel zur Einschätzung der Wahlen schreibt, dass die Note den Westberlinern nicht bekannt war, weil sie diese nicht erhalten haben, trifft das nur bedingt zu. Es wurden sicherlich hunderttausende Exemplare des Wortlautes verbreitet. Der Mangel bestand vielmehr nach unserer Beobachtung darin, dass die Note nicht richtig erläutert und kommentiert wurde.“¹⁷

¹⁶ Einschätzung der Lage in Westberlin (an Norden, 15.12.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.02/120, Bl. 2 f.

¹⁷ Einschätzung der Lage in Westberlin (an Norden, 15.12.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.02/120, Bl. 3-5. Vgl. ergänzend hierzu: Bericht über die am 11.12.1958 stattgefunden Bürositzung der Bezirksleitung Groß-Berlin (13.12.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1015, Bl. 331-335.

Im Januar und Februar des Jahres 1959 begann das Politbüro, die Bezirksleitung personell umzubesetzen und die Arbeit in und nach Westberlin neu zu organisieren. Dass Ulbricht gerade jetzt sein Interesse am Westberliner Apparat intensivierte, lag vor allem daran, dass er für den Fall, würde eine „Freie Stadt“ tatsächlich Realität werden, mit einer gut aufgestellten und angeleiteten Parteiorganisation vor Ort aufwarten wollte.¹⁸ Die Überprüfung der Arbeit der Bezirksleitung, die nach dem Wahldebakel vom Politbüro vorgenommen worden war, hatte nicht nur die organisatorischen Schwierigkeiten der Abstimmung deutlich werden lassen, sondern auch offengelegt, dass ein Teil der Mitglieder der Berliner Parteiorganisation die Überzeugung vertrat, dass das schlechte Wahlergebnis auf das Ultimatum von Chruschtschow zurückzuführen sei. Derartige Ansichten betrachtete das Politbüro als vollkommen inakzeptabel und als Ausdruck eines unzureichenden Vertrauens in die politische Führung. Schon allein deshalb „musste“ der Berliner Apparat auf Linie gebracht werden.¹⁹

Der erste Schritt betraf die personelle Umbesetzung und erfolgte auf der Tagung des Politbüros am 20. Januar 1959. Der Erste Sekretär der Bezirksleitung, Hans Kiefert, degradierte zum Stellvertreter (Zweiter Sekretär). Seinen Posten und damit die Leitung über die Berliner SED (Erster Sekretär) übernahm Paul Verner, der in Personalunion zugleich Sekretär des ZK und Kandidat des Politbüros (verantwortlich für Westpropaganda) war. Neuer Sekretär für Agitation und Propaganda der Bezirksleitung wurde Erich Selbmann. Aus der Bezirksleitung abberufen wurden Willi Kuhn (Zweiter Sekretär der Bezirksleitung), Erich Hönisch (Sekretär für Agitation und Propaganda) und Bruno Baum (Sekretär für die Arbeit nach Westberlin und Leiter des Westberlinbüros).²⁰ Den Posten von Baum erhielt der in der Westarbeit überaus erfahrene Gerhard Danelius. Ferner setzte das Politbüro fest, dass Hans Mahle ebenfalls Mitglied der Bezirksleitung und neuer Chefredakteur des 1955 ins Leben gerufenen Westberliner SED-Parteiblattes „Die Wahrheit“ werden sollte. Sein Auftrag war, die „Wahrheit“ zu einer Tageszeitung auszubauen.²¹

Der zweite Schritt erfolgte einen Monat später und führte zur Reorganisation der Arbeit nach Westberlin. Das Politbüro beschloss am 23./24. Februar 1959 innerhalb der Berliner Parteiorganisation eine Westberliner Leitung einzurichten. Diese Leitung war konzipiert als „eine

¹⁸ Die anberaumten Maßnahmen der SED im Hinblick auf den Abschluss eines Friedensvertrages zwischen der DDR und der Sowjetunion legten diese Schlussfolgerung nahe. Vgl. PB-Protokoll vom 24.2.1959, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/683, Bl. 6-12.

¹⁹ Vgl. Stenografische Niederschrift der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED vom 15. bis 17. Januar 1959, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/214, Bl. 245-250; Bericht über die am 11.12.1958 stattgefundene Bürositzung der Bezirksleitung Groß-Berlin (von Organisationsabteilung, 13.12.1958) und kurze Einschätzung des Standes der Partiarbeit in Westberlin (von Organisationsabteilung, 15.12.1958), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/1015, Bl. 331-335 bzw. 336-339; Zur Lage in Berlin und zu den Aufgaben der Berliner Parteiorganisation für eine grundlegende Wende in ihrer Tätigkeit (Anlage im PB-Protokoll vom 13.1.1959), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/627, Bl. 89-130; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 356.

²⁰ Vgl. PB-Protokoll vom 20.1.1959, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/629, Bl. 1 f.

Das Westberlinbüro („A-Stelle“), das mittlerweile als „Abteilung West“ bzw. „Westabteilung“ firmierte, dürfte daraufhin zum „Korrespondenzbüro“ der Wahrheit umformiert worden sein. Vgl. hierzu das Kapitel „Medienkomplex“ in dieser Arbeit.

²¹ Vgl. PB-Protokoll vom 24.2.1959, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/683, Bl. 6-9.

der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin nachgeordnete“²² und weisungsgebundene Instanz. Sie erhielt die Zuständigkeit für die Anleitung der Kreis-, Wohn- und Betriebsorganisationen der SED in Westberlin. Zudem übertrug man ihr die Koordinationshoheit über die Unterstützungsmaßnahmen der Bezirksleitung der SED und ihren Massenorganisationen, wodurch ihr faktisch die in Westberlin tätigen Nebenorganisationen unterstellt wurden.²³

Die Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz bestätigte am 28. Februar/1. März 1959 einstimmig die Beschlüsse des Politbüros. In seiner Antrittsrede vor den Delegierten fasste der neue Erste Sekretär Paul Verner die nächsten Ziele der Berliner Parteiorganisation wie folgt zusammen. Zum einen bestehe die Aufgabe darin, Ostberlin „in den nächsten Jahren auf allen Gebieten so anziehend zu gestalten“, dass es ‘tief nach Westberlin hineinwirkt‘.²⁴ Zum anderen sollte die Massenaufklärung in Westberlin wirkungsvoller gestaltet werden, wozu die Westberliner Leitung dienen sollte. Deren zukünftige Aufgaben umschrieb Paul Verner mit den Worten: „Die [neue Westberliner] Leitung tritt in der Öffentlichkeit auf, nimmt zu allen wesentlichen Fragen der Westberliner Senatspolitik Stellung und zwar nicht in der Rolle einer Oppositionspartei, sondern in der Rolle der führenden und größten Partei in ganz Deutschland, die nun einmal die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist.“²⁵

Die offizielle Installation der Westberliner Leitung erfolgte durch einmütigen Beschluss der im Gesellschaftshaus „Neue Welt“ (Westberlin) tagenden 385 Delegierten der zwölf Westberliner Kreisorganisationen am 26. April 1959.²⁶ Die Westberliner Leitung bestand zunächst aus 16 Mitgliedern (hauptamtlich) und 5 Kandidaten (ehrenamtlich). Die Position des Ersten Sekretärs der Westberliner Leitung übernahm das Mitglied der Bezirksleitung Gerhard Danelius, Zweiter Sekretär wurde Erich Ziegler, Kandidat der Bezirksleitung und vormals Leiter der SED-Parteiorganisation im Bezirk Wedding (Westberlin).²⁷

²² Senator für Inneres Berlin (Hg.): Östliche Untergrundarbeit gegen Westberlin, Erster Nachtrag, Berlin 1960, S. 29.

²³ Vgl. hierzu beispielhaft: Richtlinien und Maßnahmen zur Vorbereitung des 1. Mai 1960 (von Westberliner Leitung, 28.3.1960), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 101; Vorlage über Maßnahmen zur Einflussnahme auf den Jugendmonat der SPD im Oktober 1960 (von FDJ/Bezirksleitung Berlin/Abt. Westberlin, 26.9.1960), in: ebenda; Richtlinien zu den Betriebsrätewahlen in Westberlin (von Westberliner Leitung, 11.1.1961), in: ebenda; Linie zum 1. Mai 1961 (von Westberliner Leitung, 24.3.1961), in: ebenda.

²⁴ Referat von Verner auf der 2. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED Groß-Berlin am 28.2.1959, zit. nach Josef Schmittke: Wechsel in der Berliner SED-Leitung, in: SBZ-Archiv, Nr. 6/25. März 1959, S. 82.

²⁵ Referat von Verner auf der 2. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED Groß-Berlin am 28.2.1959, zit. nach Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 358.

²⁶ Vgl. unter Stichwort „26. Apr. 1959“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

²⁷ Weiter Mitglieder der Westberliner Leitung waren unter anderem Horst Schmitt, Hans Mahle, Emil Redmann und Bruno Kuster. Vgl. Eberhard Schröder/Reiner Zilkens: Der I. Parteitag der SED-W im Mai 1966, in: Konsequent, Sonderband 2/1987, S. 99; Karl Wilhelm Fricke: Die SED diesseits der Mauer. Reorganisation der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 24/2. Dezemberheft 1962, S. 374; Bestätigung der Vorschläge für die neu zuwählende Westberliner Leitung (von Abt. Organisation u. Kader/Otto Seidel an das Büro der Bezirksleitung/Hans Kiefert, 23.5.1960), in: BStU, ZA, MfS HA II 30424, Bl. 357 f.

Die Westberliner Leitung führte nahtlos den bisherigen Kurs der SED fort und stimmte alle „Fragen von prinzipieller Bedeutung“²⁸ mit dem Büro der Bezirksleitung ab. Bis auf weiteres bildete die Forderung nach einer freien, entmilitarisierten Stadt den propagandistischen Schwerpunkt. Die Kommunisten versuchten zu vermitteln, dass nur ein neutrales Westberlin den Frieden dauerhaft sichern könnte und dass dies der Bevölkerung ausschließlich Vorteile einbrächte. Zum Teil heftige Kritik der Westberliner SED richtete sich gegen die ihrer Ansicht nach „rechte“ Politik des Regierenden Berliner SPD-Bürgermeisters Willy Brandt sowie gegen dessen Partei, die mit Godesberg im November 1959 vom Marxismus abgerückt war.²⁹ Die insgesamt durchsichtige, weil einseitig auf die Vorzüge des DDR-Sozialismus ausgerichtete Argumentation der SED und ihr plumper Holzhammerstil, wie er in ihrem Westberliner Parteiorgan „Die Wahrheit“ zum Ausdruck kam, erbrachte ihr keinerlei Sympathiewerte. Und auch das Gefüge der Partei hatte sich kaum verbessert. In einem internen Bericht hieß es dazu: „Die Zahl der Mitglieder ist vom Jahre 1948 von 35.647 bis zum 31.3.1960 auf 6.209 zurückgegangen. Von den 6.209 Mitgliedern sind in den 252 WPO [Wohnparteiorganisationen] 4.181 Mitglieder erfasst. 1.264 Mitglieder und Kandidaten sind in 48 Parteiorganisationen der Eisenbahnbetriebe erfasst. 694 Mitglieder und Kandidaten sind in 72 Betriebsparteiorganisationen [(BPO)] privatkapitalistischer Betriebe erfasst. Ein gewisser Fortschritt in der Stärkung der Kampfkraft der Partei kommt darin zum Ausdruck, dass sich die Zahl der Mitglieder und Kandidaten in den BPO der privatkapitalistischen Betriebe gegenüber 1959 um rund 100 erhöhte. 1959 waren 598 Mitglieder und Kandidaten in 66 BPO privatkapitalistischer Betriebe organisiert. Somit ist eine Steigerung von 6 Betrieben zu verzeichnen. [...] Bei der Einschätzung der Kampfkraft der Partei muss die altersmäßige Zusammensetzung der Partei berücksichtigt werden. [...] Das Durchschnittsalter der Genossen liegt bei ca. 54 Jahren. [...] Es muss klar gesagt werden, dass ein nicht geringer Teil der alten Genossen nicht mehr in der Lage ist, die Politik und Taktik der Partei in der gegenwärtigen Periode richtig zu erkennen und anzuwenden. [...] Die Abonnentenzahl [der Parteizeitung „Die Wahrheit“] konnte vom letzten Jahr von 7.015 auf 9.166, mit dem Stand vom 20. April 1960, erhöht werden.“³⁰

Ab April 1960 eröffnete die SED in Ostberlin erneut einen Propagandafeldzug, bei dem wiederum die nationale Frage benutzt wurde, um Westdeutsche für ihren Kurs zu gewinnen. Im Hinblick „auf das im Mai 1960 geplante, jedoch nicht zustande kommende Treffen der Großen Vier in Paris, auf dem der Genfer Meinungsaustausch über die europäischen und deutschen Fragen weitergeführt werden sollte“³¹, richtete das ZK der SED einen offenen Brief an die Arbeiterschaft Westdeutschlands. In diesem „Deutschlandplan des Volkes“ gab sie vor, die Wiedervereinigung

²⁸ Protokollnotiz von Danelius am 19. Juni 1959, zit. nach Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 367.

²⁹ Im Godesberger Grundsatzprogramm wurden darüber hinaus die Kommunisten und ihr Regime in scharfer Form verurteilt. So hieß es dort: „Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal. Sie vergewaltigen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit und der Völker. [...] Auf dem Rücken ihrer Völker errichten sie eine wirtschaftliche und militärische Macht, die zur wachsenden Bedrohung der Freiheit wird.“ Zit. nach Wolfgang Rudzio: Die Erosion der Abgrenzung, Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988, S. 35.

³⁰ Einschätzung der Kampfkraft und der Fortschritte der Parteiorganisationen in Westberlin sowie der noch vorhandenen Hemmnisse (Entwurf vom 20.5.1960), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

³¹ Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 378.

Deutschlands auf dem Wege der Konföderation herstellen zu wollen. Dieser Plan der SED entstand als Pendant auf einen im März 1959 von der SPD erlassenen Deutschlandplan. Die Sozialdemokraten hatten mit ihrem Dokument „ein mit konkreten Vorschlägen unterlegtes Diskussionsangebot für ein wiedervereinigtes Deutschland“³² vorgelegt, verbunden mit der Bedingung, persönliche und staatsbürgerliche Freiheiten zu gewährleisten. Da derartige Demokratievorstellungen Ulbricht fern lagen und offensichtlich war, dass eine Wiedervereinigung für ihn „nur als schrittweise Annäherung zweier souveräner deutscher Staaten unter sozialistischen Vorzeichen in Frage“³³ käme, blieben seine Konföderationsvorschläge im Westen ohne große Resonanz.³⁴ Wiederum als propagandistisches Vehikel agierte die Westberliner Leitung, die sich auf ihrer Delegiertenkonferenz der Westberliner Kreise am 28. und 29. Mai 1960 den „Deutschlandplan des Volkes“ als Arbeitsgrundlage und „Kampfprogramm der Werktätigen Westberlins“ linientreu zu eigen machte.³⁵ Darüber hinaus wählten die Delegierten eine jetzt 36 Personen umfassende Leitungsmannschaft mit Gerhard Danelius als ihrem Ersten Sekretär.³⁶

Dem „Deutschlandplan des Volkes“ ließ Ostberlin im Juli 1961 den in ähnlicher Manier gestrickten „Deutschen Friedensplan“ folgen. Jedoch dürften all diese Verlautbarungen im Grunde nicht viel mehr gewesen sein als letzte taktische Schachzüge, um die westdeutsche Kompromissbereitschaft zu testen.³⁷

Für das SED-Regime war die Situation prekär. Tag für Tag verließen die Menschen die DDR, wuchs das ökonomische und soziale Gefälle zwischen beiden deutschen Staaten. Für Ulbricht und seine SED-Parteigenossen, die ihre Macht erhalten, ihren Herrschaftsbereich stabilisieren und die Anerkennung der DDR herbeiführen wollten, gab es nur den Ausweg, am 13. August 1961 Ostdeutschland hermetisch abzriegeln. Sie spererten damit die Bürger ein und verwehrten zudem ab dem 22. August 1961 den Westberlinern für mehrere Jahre die Einreise in die DDR.

Die Abriegelung schürte die Wut der Westberliner auf das SED-Regime und auf seinen Ableger im freien Teil der Stadt. Auf einer Protestkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus am 14. August verurteilte der Regierende Bürgermeister Brandt das Vorgehen der SED in scharfer Form. Die Anhänger des Westberliner Apparates forderte er dazu auf, sie sollten ihre

³² Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 378.

³³ Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 378.

³⁴ Vgl. Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 104.

³⁵ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 378 f. Vgl. ergänzend dazu unter dem Stichwort „28. Mai - 29. Mai 1960“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

³⁶ Die neu gewählte Westberliner Leitung setzte sich zusammen aus der engeren Leitung (neun hauptamtliche Mitglieder), der erweiterten Leitung (zehn hauptamtliche Mitglieder) und 17 ehrenamtlichen Mitgliedern. Der erweiterten Leitung gehörten an vier Erste Kreissekretäre (Wedding, Schöneberg, Neukölln und Reinickendorf), ein Mitglied der FDJ-Bezirksleitung für Westberliner Arbeit, der Erste Kreissekretär der FDJ-KL Wedding, ein Mitglied des DFB, ein Parteisekretär für Siemens-Betriebe Spandau, ein Mitarbeiter der Bezirksleitung für Schul- und Kulturfragen sowie der stellvertretende Leiter der Polit-Abteilung für Reichsbahnfragen. Vgl. Bestätigung der Vorschläge für die neuzuwählende Westberliner Leitung (von Abt. Organisation u. Kader/Otto Seidel an das Büro der Bezirksleitung/Hans Kiefert, 23.5.1960), in: BStU, ZA, MfS HA II 30424, Bl. 357 f.

³⁷ Vgl. Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 254 f.

Mitgliedsbücher zerreißen.³⁸ Wenige Stunden später begann die Belegschaft der Westberliner SED-Druckerei Druckhaus Norden GmbH mit einem Streik. Unter den Bedingungen der Ächtung erstellten die Westberliner Kommunisten daraufhin ihre Parteizeitung „Die Wahrheit“ heimlich; in der hektographierten Ausgabe, die am 15. August erschien, bezogen die Kommunisten trotzig Stellung zum Mauerbau und verteidigten diesen – getreu dem SED-Jargon – als „berechtigte Schutzmaßnahme“ und als „unausbleibliche Folge der verderblichen Politik der Atomkriegs- und Frontstadtpolitiker“. Da die Westberliner den „Brandherd im eigenen Haus“ leider nicht selbst ausgetreten hätten, so stand dort geschrieben, musste dieser „von außen eingedämmt und unter Kontrolle“ gebracht werden. Ferner appellierte die Kommunisten an die Vernunft der Bürger, warnten vor Grenzprovokationen, plädierten für eine „Freie Stadt“ wie auch für einen deutschen Friedensvertrag und forderten im Kern die Anerkennung der DDR.³⁹

Der Unmut der Westberliner auf die Kommunisten erreichte einen neuen Höhepunkt, als in Ostberlin am 19. August Einheiten der SED-Betriebskampfgruppen die SPD-Kreisbüros in den Stadtbezirken Friedrichshain und Prenzlauer Berg besetzten. Um weiteren Repressalien vorzubeugen, löste der Landesvorstand der Westberliner Sozialdemokratie am 23. August sämtliche Kreisbüros in Ostberlin auf und entband seine dortigen Mitglieder von ihren Parteipflichten.⁴⁰ Zudem ordnete der Westberliner Innensenator Lipschitz am 24. August 1961 an, alle Parteibüros und die Druckerei der Westberliner SED „bis zur Wiederherstellung der Freizügigkeit in Berlin“ schließen zu lassen.⁴¹ Die Umsetzung der Anordnung erfolgte unter großem Polizeiaufgebot am nächsten Tag. Als Grundlage diente § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes, „zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“. Diesen Paragraphen machten sich der Senat, die Behörden und die Polizei auch in den kommenden Monaten zunutze, um die Aktivitäten der SED zu unterbinden. Durch Fürbitten bei den westlichen Alliierten und auf juristischem Weg, unterstützt durch den Rechtsanwalt Kaul, bemühte sich die Westberliner Leitung der SED fast ein Jahr um die Wiederherstellung ihrer „verfassungsmäßigen Rechte“ und die Freigabe ihrer „widerrechtlich

³⁸ Vgl. Eberhard Schröder: „.... und nicht vergessen ...“. Ein persönlicher Beitrag zur Bewahrung der Geschichte der SEW, Berlin 2005, S. 16.

³⁹ Zit. nach Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 385. Vgl. ebenda, S. 382-385, 387.

⁴⁰ Vgl. Siegfried Heimann: Die Sonderentwicklung der SPD in Ost-Berlin 1945-1961, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band II/3: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S.1648-1688; Stefan Wolle: Die SPD in Ostberlin (1946-1961), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band II/4: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S.2941-2993; Andreas Malycha: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 16; Karl Wilhelm Fricke: Die SED diesseits der Mauer. Reorganisation der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 24/2. Dezemberheft 1962, S. 374.

⁴¹ Vgl. Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1/1996, S. 92; Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2245.

versiegelten“ Büros.⁴² Erst am 13. Juni 1962 wurde die Anordnung des Innensenators durch eine Entscheidung des Westberliner Oberverwaltungsgerichts aufgehoben.⁴³ Im Parteiorgan der Westberliner SED „Die Wahrheit“ hieß es dazu: „Das Gericht sah sich zu der Feststellung gezwungen, dass die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in Westberlin eine ordnungsgemäß zugelassene Partei ist.“⁴⁴ Der Westberliner Senat schraubte daraufhin seine Drangsalierungen schrittweise zurück. Die Kommunisten konnten sich nun wieder weitgehend ungehindert betätigen, ihre Arbeitsräume und Druckerei nutzen sowie ihre Zeitung verteilen.⁴⁵ Gegen Ende 1962 wurden ihnen zudem erstmals wieder Versammlungsräume in öffentlichen Gebäuden überlassen und ihnen die Möglichkeit der Plakatierung an öffentlichen Anschlagssäulen eingeräumt. Dennoch blieb die Situation für die Kommunisten schwierig, denn sie waren zum Teil erheblichen Schikanen seitens der Bevölkerung ausgesetzt. So erzwangen in direkter Reaktion auf den Mauerbau Arbeiter unter Streikandrohung in schätzungsweise dreißig Betrieben die Entlassung von Kommunisten. Beschimpfungen, Anpöbelungen sowie Drohungen waren zumindest in der ersten Zeit nicht selten und auch tätliche Angriffe erfolgten. Darüber hinaus kam es mehrmals vor, dass Parteibüros demoliert oder in Brand gesetzt wurden. Wenngleich diese Auswüchse mit den Jahren abnahmen, galt dies nicht für den Boykott der von der DDR betriebenen S-Bahn, durch den die Westberliner dauerhaft ihre Ablehnung des SED-Regimes zum Ausdruck brachten.⁴⁶

⁴² Unsere Forderung an die Westkommandanten. Wiederherstellung von Recht und Gesetz in Westberlin!, in: Die Wahrheit vom 23.9.1961, S. 1 f. Vgl. unter Stichwort „2. Jun. 1962“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009; Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1/1996, S. 93; Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 359.

⁴³ Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Die SED diesseits der Mauer. Reorganisation der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 24/2. Dezemberheft 1962, S. 374.

⁴⁴ Senatsterror gegen SED gesetzeswidrig, in: Die Wahrheit vom 20.6.1962, S. 1.

⁴⁵ Laut MfS erging erst 1965 eine Anweisung an die Westberliner Polizei, nach der ihr untersagt wurde, gegen die Verkäufer der Parteizeitung „Die Wahrheit“ nicht weiter vorzugehen. Nur für den Fall, dass ein Westberliner Bürger gegen den Verkauf der Zeitung protestiere, sei daraufhin noch der Verkäufer vorübergehend in Schutzhaft zu nehmen, dann aber wieder zu entlassen und ihm die Zeitungen zurückzugeben. Vgl. Informationsbericht vom 23.8.1965, in: BStU, ZA, MfS AS 306/80 Bd. 18, Bl. 113.

⁴⁶ Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Die SED diesseits der Mauer. Reorganisation der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 24/2. Dezemberheft 1962, S. 375 f.; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 382-390.

Zum Boykott der S-Bahn vgl. ausführlich: Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln, 2006, S. 126-149.

Zu den Ereignissen und Drangsalierungen aus SED-Sicht vgl.: Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 497, 509 f., 524; Den Brandstiftern das Handwerk legen!, in: Neues Deutschland vom 10.7.1962, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 305; Neuer Anschlag auf Westberliner SED-Kreisbüro, in: Neues Deutschland (Datum unbekannt), in: ebenda, Bl. 300; Senatspolizei deckte Nazischläger, in: Neues Deutschland vom 11.11.1962, in: ebenda, Bl. 297. Vgl. ergänzend: Schreiben von Kaul an Generalstaatsanwalt des Kammergerichts Berlin-Charlottenburg vom 18.12.1962, in: DY 30/IV 2/2.028/57, Bl. 333; Mordanschlag auf Friedenskämpfer, in: Die Welt vom 11. September 1963, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 294; Schreiben von Danelius an Verner vom 23.9.1963, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.



Danelius, Gerhard (2.4.1913-18.5.1978):

Geboren in Berlin; Vater war Bauklempner; zwei seiner vier Geschwister und die Eltern wurden in Auschwitz ermordet; lernte von 1927-1929 den Beruf eines Expedienten in einer Wäschefabrik in Berlin, 1927 KJVD; Mitarbeiter der Zeitung „Rote Fahne“; 1929 KPD; 1930-1933 Orgleiter der Roten Jungfront im Unterbezirk Prenzlauer Berg, Pankow, Weissensee (zu dieser Zeit erwerbslos); 1933 erfolgte seine erste Verhaftung durch die SA, seiner zweiten Verhaftung konnte er durch Emigration nach Frankreich entgehen; lebte 15 Monate in der Emigration; 1934 erfolgte nach Aussprache mit der Parteiführung die Rückkehr nach Berlin, um wieder an der illegalen Arbeit teilzunehmen; 1934-1942 Bügler und Transportarbeiter; 1934-1945 illegale Arbeit in den Gruppen Jaeschke, Jakubowski, Husemann und Saefkow; 1942-1945 lebte er illegal in Berlin; 1945-1946 Bezirksvorsteher in Karow beim Bezirksamt Pankow; anschließend Sekretär des SED-KV Berlin-Mitte, 1948 Vorsitzender des SED-KV Berlin-Tempelhof, 1949 1. Sekretär der SED-KL Berlin-Friedrichshain; 1950/51 Studium an der SED-Parteihochschule (PHS); anschließend Instrukteur des ZK der SED beim KPD-PV; 1956-59 erneut 1. Sekretär der SED-KL Berlin-Friedrichshain; 1959/1960 Mitglied der Kommission für gesamtdeutsche Arbeit beim Politbüro. Vorsitzender dieser Kommission war das Politbüromitglied Albert Norden; 1959-62 Mitarbeiter, Mitglied u. Sekretär für Berlin (West) der SED-BL Groß-Berlin; 1962-1966 1. Sekretär der Westberliner Leitung der SED; 1966 Parteivorsitzender der SED-W; 1969 Parteivorsitzender der SEW; 1961 Vaterländischer Verdienstorden in Silber; Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus; 1973 Stern der Völkerfreundschaft (UdSSR); Karl-Marx-Orden.

Vgl. tabellarischer Lebenslauf von Danelius (Februar 1973), in: SAPMO-BArch, DY 30/SED vorl. 26715; unter Stichwort „Gerhard Danelius“ in: Müller-Enbergs, Helmut/ Wielgoths Jan/ Hoffmann, Dieter (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon (digitale Ausgabe), Berlin 2001; Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 291-294.

4. Gründung der SED-W und SEW: 1961 bis 1971

Mit dem Mauerbau stellten die Ostberliner SED-Partei- und Massenorganisationen ihre Arbeit nach Westberlin weitgehend ein.¹ Die hermetische Abriegelung wertete die Westberliner Leitung auf und sie begann aktiv und zielstrebig damit, ihre Rolle als Kompetenzapparat für Westberlin einzunehmen. Die Westberliner Leitung war jetzt der entscheidende Brückenkopf und zuständig für die einheitliche und koordinierte Anleitung der Kreis- und Nebenorganisationen.² Diese Veränderungen fasste Danelius in einem Schreiben an Verner im Dezember 1961 mit folgendem Satz zusammen: „Seit dem 13. August [...] wurden zur Methode der Ausarbeitung der Politik in der gewählten [Westberliner] Leitung und zur Methode der direkten Anleitung von Leitung zu Leitung übergegangen.“³

Für die Aufrechterhaltung der organisatorischen Zusammenarbeit mit der Bezirksleitung sorgten eine Handvoll Personen, die zum innersten Führungszirkel des Westberliner Apparates gehörten. Sie erhielten Sondergenehmigungen, die ihnen den Übertritt nach Ostberlin problemlos ermöglichten.⁴ Die einfachen Mitglieder des Westberliner Parteiapparates bekamen eine Besuchsgenehmigung wie auch die Erlaubnis in die DDR dauerhaft umzuziehen nur in

¹ Die Westkommission der SED-Bezirksleitung Berlin stellte hierzu in einem vertraulichen Dokument 1964 fest: „Mit dem 13.8.1961 veränderte sich die Arbeit nach Westberlin grundlegend. Die meisten Parteien, Organisationen und Institutionen [der DDR] beendeten ihre Aufgabenstellung nach Westberlin. Die gesamtpolitische Arbeit in Westberlin liegt in den Händen des Vorstandes der SED Westberlin. Mit ihm sind auch alle Aufgaben zu koordinieren, die irgendwelche Maßnahmen in Westberlin vorsehen. Arbeit nach Westberlin leisten noch der Bezirksvorstand des FDGB und solche Organisationen wie die Handelskammer und Industrie- und Handelskammer zur Vorbereitung und Durchführung der Leipziger Messe.“ Einige Probleme der Westarbeit in Berlin (SED-Bezirksleitung Berlin/Westkommission, 14.8.1964), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2031.

² Die entscheidenden organisatorischen Führungsfunktionen in den Neben- und Vorfeldorganisationen FDJ, VVN, DFB und DSF waren mit Kommunisten besetzt, die zugleich auch zum engeren Führungskreis des Westberliner Parteiapparates gehörten. Diese Neben- und Vorfeldorganisationen wurden durch die Westberliner Leitung bzw. durch die spätere SED-W/SEW angeleitet und gesteuert. Vgl. beispielhaft hierzu die Beschlussprotokolle des Sekretariats der SED-W vom 5.1.1965, 19.1.1965, 3.11.1965 und 28.12.1965, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 100.

³ 10. Bericht über die Lage in Westberlin (von Danelius an Verner, 21.12.1961), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

⁴ Vgl. Aussprache des MfS mit Gen. Fritz Schulz vom Parteivorstand der SED-Westberlin am 17.9.1966, in: BStU, ZA, MfS HA II 16574, Bl. 215.

Laut MfS-Akten reiste beispielsweise der Chefredakteur der Parteizeitung „Die Wahrheit“ im Jahr 1968 fast jeden zweiten bis dritten Tag in die DDR beziehungsweise nach Ostberlin. Lange Zeit dürfte auch Horst Schmitt „gependelt“ sein, dessen Frau und Tochter erst 1977 von Ost- nach Westberlin übersiedelten. Vgl. Handakte zu Hans Mahle, in: BStU, ZA, MfS HA II/6 1776, Bl. 89-91; Auskunftsbericht über Horst Schmitt vom 18.5.1978, in: BStU, ZA, MfS HA II 30424, Bl. 3.

Ausnahmefällen. Die Vorentscheidung auf Bewilligung der einzelnen Anträge traf die Westberliner Leitung, die Endentscheidung die Berliner SED-Bezirksleitung.⁵

Danelius war der Gewährsmann für die Entgegennahme und Umsetzung von SED-Instruktionen im Westberliner Apparat. Abgesehen von seinen Fahrten⁶ nach Ostberlin, um sich dort mit den Parteioberen zu besprechen, stand er mit der SED-Führungsspitze in einem permanenten Briefwechsel, für dessen reibungslose Überbringung ein konspirativer Kurierdienst sorgte. Auf diesem Weg unterrichtete Danelius seine Parteioberen beständig über die gegenwärtige Stimmung in Westberlin und die Lage der ihm dort unterstehenden Parteiorganisation. Die Schreiben von Danelius, die dieser nach dem 13. August an Verner und Ulbricht schickte, waren getragen von seiner Überzeugung, dass die Verwirklichung einer „Freien Stadt“ nicht mehr lange auf sich warten lassen werde. Er ging davon aus, dass dies auch die Westberliner zunehmend erkannt hätten, und illustrierte das mit zahlreichen Einzelbeispielen, angefangen von der Wiedergabe von Meinungsäußerungen partiointerer Besprechungen von SPD-Mitgliedern bis hin zu einer von ihm selbst vorgenommenen Umfrage bei Speditionsfirmen. Gleichzeitig räumte er aber auch ein, dass die von ihm diagnostizierte Einsicht der Westberliner in die „Unausweichlichkeit der Freistadt-Lösung“ nicht auf Sympathie beruhe. In einem Schreiben von Danelius an Verner vom 9. September 1961 hieß es: „Das Typische in Westberlin – und das trifft für alle Schichten der Bevölkerung zu – ist eine wachsende Angst. Die Menschen haben Angst davor, dass die Politik des Senats zu militärischen Aktionen führen kann, sie haben Angst vor den ‘Russen’, sie haben

⁵ Vgl. beispielsweise Protokoll des Sekretariats der SED-W vom 26.3.1963, in: LAB, C Rep. 902 Nr. 2030; Auszug aus der Aktennotiz über die Absprache mit Gen. [unkenntlich] am 13.11.1968, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 227. Hinsichtlich der Umzugsanträge erklärte Danelius gegenüber Verner: „Wenn wir Umzugsanträge positiv entscheiden, dann handelt es sich für gewöhnlich um alleinstehende Genossen, die pflegebedürftig sind, oder die aus anderen Gründen ihren Lebensabend bei ihren Kindern oder Verwandten in der DDR verbringen wollen.“ Schreiben von Danelius an Verner vom 1.4.1964, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2045.

⁶ Die Akteneinsicht erlaubte keine Übersicht über die genaue Zahl von persönlichen Kontakten und Besprechungen zwischen Danelius und den SED-Parteioberen in Ostberlin. Wie dieses Kapitel dennoch zeigt, gehörte das Überqueren der Grenze zum selbstverständlichen Alltag seiner Arbeit. Seinen Wohnsitz verlegte Danelius erst Anfang Januar 1962 von Ost- nach Westberlin. Da er bis Ende 1962 Mitglied der Berliner SED-Bezirksleitung war, dürfte es gerade in dieser Zeit noch zur beständigen Aussprache, insbesondere mit Paul Verner, gekommen sein. Darüber hinaus nahm er immer wieder an Beratungen teil und führte Abstimmungsgespräche mit Ulbricht, insbesondere im Rahmen von Politbürositzungen. Soweit sich dies aus den Akten herleiten ließ, nahmen Führungskräfte der Westberliner Parteiorganisation das letzte Mal am 26.9.1972 an einer Sitzung des Politbüros teil. Hierbei zugegen waren Danelius, Ziegler, Schmitt und Ahrens. Ein Aktenbeleg aus den 1970er Jahren enthielt zudem den Hinweis, dass für Danelius ein Dauerparkplatz im Keller des ZK-Hauses zur Verfügung stand. Vgl. Schreiben von Ziegler an Danelius vom 19.1.1962, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 114; Karl Wilhelm Fricke: Die SED diesseits der Mauer. Reorganisation der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 24/2. Dezemberheft 1962, S. 376; PB-Protokoll vom 26.9.1972, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1414, Bl. 1, 6; Schreiben von Häber an Otto Schlichtling (Verw. d. Wirtschaftsbetriebe) vom 18.11.1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715. Ergänzend hierzu erfolgt eine beispielhafte Zusammenstellung von Beratungsgesprächen in Ostberlin im Beisein von Danelius. Vgl. 17. Tagung des Zentralkomitees vom 3. bis 5. Oktober 1962 (stenografisches Protokoll der Tagung), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/283, Bl. 130-134; Protokoll der Gemeinsamen Beratung des Politbüros der SED und des Politbüros der KPD am 19.2.1963 (stenografisches Protokoll), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/229 (gesamte Akte); PB-Protokoll vom 19.3.1963, in: SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2/871, Bl. 1f., 4; PB-Protokoll vom 7.1.1964, in: SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2A/1010, Bl. 3f., 22-34; PB-Protokoll vom 27.10.1964, in: SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2/959, Bl. 1, 4, 53-60; PB-Protokoll vom 22.2.1966, in: SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2/1046, Bl. 1 f.

Angst vor der DDR und vor der SED. Viele sagen: 'Es muss endlich verhandelt werden, um zu einer friedlichen Lösung zu gelangen, um endlich wieder Ruhe und Sicherheit wieder [sic] herzustellen.'⁷ Neben Argumentationsvorschlägen, wie dieser Angst der Westberliner von Seiten der SED zu entgegnen sei, gab Danelius auch immer wieder Einblicke in den Zustand des ihm unterstehenden Apparates. So spielte beispielsweise der XXII. Parteitag der KPDSU (17. bis 31. Oktober 1961), mit dem Chruschtschow seine zweite Entstalinisierungswelle eingeleitet hatte, eine Rolle. Danelius schrieb im Dezember 1961: „Es gibt eine nicht geringe Zahl Mitglieder unserer Partei, die das Wesen der Diskussion um den Personenkult und seine schädlichen Folgen nicht begreifen. Gerade alte Genossen sagen: Stalin hat den Faschismus besiegt und man muss seiner Rolle Gerechtigkeit widerfahren lassen.“⁸ Beschwichtigend fuhr er dann jedoch fort, dass auf den Mitgliederversammlungen der Westberliner SED wieder „Klarheit“ geschaffen worden wäre und dass von wenigen Ausnahmen abgesehen die „Hetz“ gegen die Parteiführung und insbesondere gegen den Genossen Ulbricht keinen Boden finden würde. In Bezug auf den Mauerbau berichtete Danelius weiter, dass sich im „Großen und Ganzen die Parteorganisation nach dem 13. August als fest und stabil erwiesen“⁹ habe; insgesamt seien seitdem 191 Abgänge und 126 Zugänge zu verzeichnen gewesen; die Partei hatte zu diesem Zeitpunkt 5.586 Mitglieder (Stand: 31.12.1961).¹⁰ Im Hinblick auf die Gemütslage der Partei führte er weiter aus, dass zwar „die Genossen optimistisch und siegesgewiss“¹¹ wären, sie „jedoch die Lösung des Westberlinproblems ausschließlich von außen“¹² erwarten würden. Viele Genossen, so schrieb er offen, „sind nicht davon überzeugt, dass die Möglichkeit besteht, die Arbeiter und andere Schichten der Bevölkerung Westberlins für unsere Politik zu gewinnen.“¹³

Abgesehen von einer gewissen Passivität, die sich in den Reihen der Partei zeitweise ausbreitete, avancierte hingegen das „Grenzproblem“ zu einer langfristigen und gravierenden Bürde. Schon im Dezember 1961 schrieb Danelius, dass viele Genossen deprimiert seien, „dass sie infolge der Schutz- und Sicherungsmaßnahmen von Partei und Regierung nicht mehr wie früher in die Hauptstadt der DDR können. Sie sagen, die DDR ist doch ihre politische Heimat und verstehen nicht, dass Westdeutsche ungehindert die Staatsgrenze passieren können, aber Mitglieder unserer Partei, genau wie die andere Bevölkerung Westberlins, gegenwärtig von den Verwandten, Bekannten und Freunden in der Hauptstadt getrennt sind.“¹⁴ Noch mehrmals sprach Danelius bei Verner und Ulbricht vor und versuchte vergeblich, die Besuchsregelung großzügiger zu gestalten, denn der Unmut über das Reiseverbot wuchs.¹⁵ In einem persönlichen Gespräch, das

⁷ 7. Schriftlicher Bericht über die Lage in Westberlin nach den Sicherungsmaßnahmen durch Partei und Regierung (von Danelius (Sekretariat in Westberlin), 9.9.1961), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 16 f.

⁸ 10. Bericht über die Lage in Westberlin (von Danelius an Verner, 21.12.1961), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

⁹ 10. Bericht über die Lage in Westberlin (von Danelius an Verner, 21.12.1961), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹⁰ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner vom 22.4.1963, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2034.

¹¹ 10. Bericht über die Lage in Westberlin (von Danelius an Verner, 21.12.1961), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹² 10. Bericht über die Lage in Westberlin (von Danelius an Verner, 21.12.1961), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹³ 10. Bericht über die Lage in Westberlin (von Danelius an Verner, 21.12.1961), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹⁴ 10. Bericht über die Lage in Westberlin (von Danelius an Verner, 21.12.1961), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹⁵ Vgl. Information über die Tätigkeit der Partei, über die Lage und Stimmung in Westberlin (von Westberliner Leitung, 17.8.1962), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

mit Danelius 1962 stattfand, gab Ulbricht zur Antwort: „Wir können für die Partei [in Westberlin] keine Ausnahme machen. Wenn wir das tun, dann hat der Senat den besten Wahlschlager gegen Euch. Man kann Ausnahmen machen, aber nicht als generelle Regelung. Ihr werdet weiterkommen, wenn die Westberliner Bevölkerung sieht, dass ihr ein Teil der Westberliner Bevölkerung seid und mit ihr lebt.“¹⁶ Im Jahr 1963 schrieb Danelius an Verner, dass die Besuchsfrage in den Grundorganisationen das alles überragende Thema sei. Langjährige Mitglieder würden deshalb die Partei verlassen, andere ihre Beiträge nicht bezahlen oder aber ihre aktive Teilnahme verweigern.¹⁷ Das Problem blieb somit bestehen und wohl erst Anfang 1966 erfolgte eine gewisse ordentliche Regelung hierfür.¹⁸

Gründung der SED-W

Nach dem Mauerbau bestanden in Ostberlin noch keine genauen Vorstellungen, wie es mit dem SED-Apparat in Westberlin weitergehen sollte. Dass man sich allerdings Gedanken machte, zeigte ein Schreiben von Danelius im August 1961, das mit den Worten endete: „Lieber Paul [Verner], sage mir bitte recht bald Bescheid, welche Entscheidung über die Veränderung der Struktur der Westberliner Leitung und der Kreisleitungen sowie über die Fragen des Gehaltes getroffen wurden. Je schneller wir die Entscheidung herbeiführen, umso besser für die politische Arbeit der Partei in Westberlin. Wenn Du den Wunsch hast, mich in dieser Frage zu sprechen, so sage bitte dem Kurier Bescheid.“¹⁹ Die als erstes in Angriff genommene Maßnahme der Führungsspitze in

¹⁶ Protokoll eines Gesprächs am 25.10.1962 zwischen Danelius, Verner und Ulbricht, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹⁷ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner vom 4.4.1963 und 22.4.1963, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2034; Schreiben von Danelius an Verner und Ulbricht vom 31.7.1963, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹⁸ Aus den Akten des MfS ließ sich entnehmen, dass zumindest seit Herbst 1966 mehrere hundert Westberliner pro Monat auf Vorschlag der SED-W befristet in die DDR einreisten. Nicht alle der Einreisenden gehörten der SED-W an. Abgesehen von parteidienstlich bedingten Einreisen dürfte es sich hierbei vor allem um Verwandtschaftsbesuche und Studienfahrten gehandelt haben. Laut einer Aktennotiz des MfS kam diese Regelung wie folgt zustande: Anfang des Jahres 1966 trafen sich in der Bezirksleitung der SED Verner und Ziegler mit mehreren Personen des MfS (unter anderem Bruno Beater und Gerhard Harnisch). Verner „hörte sich die Probleme an und war damit einverstanden, dass die Westberliner in die Hauptstadt [Ostberlin] einreisen, die von der Partei (SEW) vorgeschlagen werden. Daraufhin fand anschließend eine Aussprache in dem sogenannten Schlauch in der GÜSt Friedrichstraße statt [...]. Dabei wurden keine konkreten Festlegungen getroffen, nur das festgelegt [sic], dass Bdl (II) mit der damaligen HPF [Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung] diese Angelegenheit in Gang bringen soll und organisieren sollte. [...] Bei dieser Aussprache im Schlauch bat der Gen. Ziegler (SEW), dass die einreisenden Westberliner, die durch die Partei vorgeschlagen werden, ohne Zollkontrolle und gebührenfrei einreisen sollten. Alle Anwesenden [...] waren mit dieser Maßnahme einverstanden und daraufhin wurde die Angelegenheit organisiert. Infolgedessen gab es eine Anweisung der HA Passkontrolle und Fahndung, die bei uns vorliegt.“ Aktennotiz über die Aussprache mit dem Gen. Schirrmeister von der Abteilung XII (Archiv) am 11.12.1970, in: BStU, ZA, MfS HA II 16574, Bl. 120 f. Vgl. Ordnung über die Abfertigung von Westberliner Bürger, die auf Grund einer Sonderregelung ohne Grenzübertrittsdokumente in die Hauptstadt der DDR einreisen (von Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung, 22.9.1966), in: ebenda, Bl. 195-197; Tätigkeitsberichte der Verwaltung für Staatssicherheit Groß-Berlin/BdL II für die Jahre 1966-1968 und 1972, in: BStU, ZA, MfS HA II 30281, Bl. 1-15; Bundesminister des Innern (Hg.): Die Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966, Bonn 1967, S. 49, enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/10.02/181.

¹⁹ 7. Schriftlicher Bericht über die Lage in Westberlin nach den Sicherungsmaßnahmen durch Partei und Regierung (von Danelius (Sekretariat in Westberlin), 9.9.1961), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 19.

Ostberlin bestand darin, dass sie den hauptamtlichen Mitarbeiterstamm der Westberliner SED um 50 Prozent auf nun rund 115 Personen reduzierte. Dies war gegen Ende des Jahres 1961 erreicht. Daraufhin widmete man sich der Gehaltsfrage, wobei man sich dann recht schnell dazu hatte durchringen können, dass die Westberliner Funktionäre ihr Gehalt zukünftig wohl jetzt überwiegend in DM erhalten sollten. Die ersten Überweisungen – „ordnungsgemäß“ entrichtet von der Westberliner Leitung – auf die in Westberlin hierzu eingerichteten Lohn- und Gehaltskonten der Mitarbeiter und Kreisleitungen dürften ab März/April 1962 geflossen sein. Die Mitarbeiter waren angehalten, sich „bei den in Frage kommenden Krankenkassen“ zu versichern; die Höhe des Gehaltes lag im Durchschnitt bei circa 500 DM.²⁰ Parallel dazu klärte sich auch langsam die Frage, welche grundsätzlichen strukturellen Veränderungen vorzunehmen seien. Danelius gehörte zu denjenigen, die bereits im Dezember 1961 den Gedanken ins Spiel brachten, den Westberliner Apparat zu einer „selbständigen“ Parteiorganisation umzuwandeln.²¹ Man kam überein, eine Kommission aus Mitgliedern des Sekretariats der Bezirksleitung und der Westberliner Leitung zu bilden, um für das Politbüro Vorschläge über den Status der Partei in Westberlin zu entwickeln. „Im Hinblick auf den kommenden Status Westberlin als Freie, entmilitarisierte und neutrale Stadt“, so stand geschrieben, „ist es erforderlich [...] ein Programm und ein Statut zu formulieren, das davon ausgeht, dass die SED in Westberlin selbständig ihre Politik ausarbeitet [...] Programm und Statut müssen zum Ausdruck bringen, dass sich unsere Partei in Westberlin ausschließlich von den Lebensinteressen der Mehrheit der Bevölkerung leiten lässt“²². Verantwortlich für die Ausarbeitung waren Danelius und Verner. Sie wirkten auf den Entwurf der Kommission ein und übernahmen die Abschlusskorrektur entsprechend den Vorgaben Ulbrichts. Die Kommission, die sich aus den „Genossen“ Hans Kiefert, Erich Ziegler, Horst Schmitt und Bruno Kuster zusammensetzte, begann mit ihrer Arbeit gegen Ende Februar 1962.²³

Ebenfalls zur selben Zeit verstärkte die Westberliner Leitung ihre Bemühungen, ihren Apparat auf Trab zu bringen. Darüber hinaus begann die Westberliner Leitung mit den Vorbereitungen und der Kandidatenauswahl im Hinblick auf die für Anfang 1963 angesetzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus.²⁴ Man wollte die „Kampfkraft“ der Organisation stärken, offensiver in der Öffentlichkeit auftreten, die Überzeugungsarbeit intensivieren, neue Abonnenten für „Die Wahrheit“

²⁰ Vgl. Vorlage für das Büro der Bezirksleitung. Schlussfolgerungen aus dem Bericht an das Büro der Bezirksleitung über „die Lage in Westberlin“ (9.2.1962), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Schlussfolgerungen aus dem Bericht an das Büro der Bezirksleitung über „die Lage in Westberlin“ (Westberliner Leitung, 19.2.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030; Vorschläge an die Kommission des Büros der Bezirksleitung für die Stellung der Westberliner Parteiorganisation im Hinblick auf den kommenden Status Westberlins als Freie, entmilitarisierte und neutrale Stadt (Westberliner Leitung, 2.3.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030.

²¹ Vgl. 10. Bericht über die Lage in WB (von Danelius an Verner, 21.12.1961), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

²² Vorlage für das Büro der Bezirksleitung. Schlussfolgerungen aus dem Bericht an das Büro der Bezirksleitung über „die Lage in Westberlin“ (9.2.1962), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

²³ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner vom 23.10.1962, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1031; Vorschläge an die Kommission des Büros der Bezirksleitung für die Stellung der Westberliner Parteiorganisation im Hinblick auf den kommenden Status Westberlins als Freie, entmilitarisierte und neutrale Stadt (von Westberliner Leitung, 2.3.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030.

²⁴ Vgl. Arbeitsplan der Westberliner Leitung für das 1. Halbjahr 1962 (von Westberliner Leitung an Verner, 25.1.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030; Vorlage für das Büro der Bezirksleitung. Schlussfolgerungen aus dem Bericht an das Büro der Bezirksleitung über „die Lage in Westberlin“ (9.2.1962), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

werben und neue Mitglieder für die gemeinsame Sache gewinnen.²⁵ Unter anderem sollte hierfür die Erziehungsarbeit der Mitglieder verbessert und, unterstützt durch das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, ein Schulungszentrum in Westberlin „zur Vermittlung marxistisch-leninistischer Kenntnisse und Erfahrungen der gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung in den sozialistischen Staaten“ geschaffen werden.²⁶ Zur inneren Festigung erfolgten ferner im ersten Halbjahr 1962 ausgehend von den Grundorganisationen bis hin zu den Kreisleitungen Parteiwahlen, wobei man stets darauf achtete, dass die entsprechenden Organe mit zuverlässigen und der Leitung verpflichteten Personen besetzt wurden.²⁷ Gleiche Aufmerksamkeit wurde den Nebenorganisationen FDJ, VVN, DSF und DFB gewidmet.²⁸

Den Abschluss der Parteiwahlen bildete die „Delegiertenkonferenz der Westberliner Parteiorganisationen“ am 2. und 3. Juni 1962, an der 350 Delegierte mit beschließender und 30 mit beratender Stimme teilnahmen. Die Delegierten der Kreise wählten an diesem Tag die aus 35 Mitgliedern bestehende Westberliner Leitung, eine aus drei Mitgliedern bestehende Revisionskommission sowie erstmals eine eigene aus fünf Mitgliedern bestehende Partei-Kontrollkommission (später umbenannt in Schiedskommission).²⁹ Die Hauptaufgabe der Partei-Kontrollkommission bestand darin, „mit dazu beizutragen die Feindarbeit aufzudecken, parteifeindliche Elemente zu entlarven und aus der Partei zu entfernen.“³⁰ Zum Abschluss wurde das Sekretariat gewählt, das sich aus 11 Mitgliedern – einschließlich des Chefredakteurs der Parteizeitung „Die Wahrheit“, des Ersten Sekretärs der Freien Deutschen Jugend und des Vorsitzenden der Partei-Kontrollkommission zusammensetzte.³¹ Eine Entsprechung dieser Struktur fand sich auch in den 12 Kreisorganisationen wieder, in denen wenige Wochen zuvor die Parteiwahlen durchgeführt worden waren. Auch hier war jeweils eine Leitung sowie ein Sekretariat von den Kreisdelegierten gewählt worden. Die Sekretariate der Kreise bestanden aus sechs bis

²⁵ Vgl. Arbeitsplan der Westberliner Leitung für das 1. Halbjahr 1962 (von Westberliner Leitung an Verner, 25.1.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030.

²⁶ Vgl. Vorlage für das Büro der Bezirksleitung. Schlussfolgerungen aus dem Bericht an das Büro der Bezirksleitung über „die Lage in Westberlin“ (9.2.1962), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Arbeitsplan der Westberliner Leitung für das 1. Halbjahr 1962 (von Westberliner Leitung an Verner, 25.1.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030.

²⁷ Vgl. Vorschläge an die Kommission des Büros der Bezirksleitung für die Stellung der Westberliner Parteiorganisation im Hinblick auf den kommenden Status Westberlins als Freie, entmilitarisierte und neutrale Stadt (von Westberliner Leitung, 2.3.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030.

²⁸ Vgl. Arbeitsplan der Westberliner Leitung für das 1. Halbjahr 1962 (von Westberliner Leitung an Verner, 25.1.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030.

²⁹ Vgl. Plan zur politischen und organisatorischen Vorbereitung und Durchführung der Delegierten-Konferenz der Westberliner Parteiorganisationen am 2. und 3. Juni 1962“, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 102.

³⁰ Schlussfolgerungen aus dem Bericht an das Büro der Bezirksleitung über „die Lage in Westberlin“ (von Westberliner Leitung, 19.2.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030.

³¹ Vgl. Vorschläge an die Kommission des Büros der Bezirksleitung für die Stellung der Westberliner Parteiorganisation im Hinblick auf den kommenden Status Westberlins als Freie, entmilitarisierte und neutrale Stadt (von Westberliner Leitung, 2.3.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030.

sieben Genossen, einschließlich des Ersten Sekretärs der FDJ und des Vorsitzenden der Parteikontrollkommission.³²

Auf der Delegiertenkonferenz gab es noch keine offiziellen Bekundungen im Hinblick auf die Gründung einer Partei, obwohl – wie dargestellt – hinter den Kulissen die Beratungen darüber bereits auf Hochtouren liefen. Als Grundlage für die weitere Arbeit übernahmen die Delegierten das „Nationale Dokument“ (eigentlicher Titel: „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“), welches vom ZK der SED einige Wochen zuvor veröffentlicht worden war. Das Nationale Dokument verkörperte im Kern die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR, beschwore die Formel der Koexistenz beider deutscher Staaten und wartete mit einer neuen Teilvariante des Konföderationsplanes auf.³³ Deutlicher als jemals zuvor formulierte die SED mit diesem Papier, „dass eine deutsche Wiedervereinigung nur unter sozialistischem Vorzeichen denkbar wäre.“³⁴

Auf der Delegiertenkonferenz der Westberliner Parteiorganisationen verkündet Danelius, dass das „Nationale Dokument“, für die „gesamte Partei und alle Werktätigen Westberlins eine hervorragende Waffe im Kampf um eine Wende der Politik in Westberlin zugunsten der Verständigung, der Entspannung und des Friedens“³⁵ sei. Noch immer war die Rede von der gemeinsamen bzw. gesamten Partei, was sich jedoch bald ändern sollte.

In den folgenden Monaten nahm die Idee, eine vermeintlich eigenständig arbeitende Westberliner SED zu gründen, zunehmend konkrete Formen an. Dieser Trennung des Westberliner Parteiapparates von seiner Mutterpartei SED, wie sie sich im November 1962 schließlich vollziehen sollte, dürften insbesondere zwei Motive zugrunde gelegen haben. Zum einen schien wohl das Politbüro noch im Oktober 1962 davon überzeugt, dass ein wie auch immer gestalteter deutsch-deutscher Friedensvertrag und auch die Umwandlung Westberlins in eine freie und neutrale Stadt kommen werde.³⁶ Insofern stellte eine unabhängig erscheinende Westberliner SED eine Versinnbildlichung dieser außenpolitischen Vision dar.³⁷ Zum anderen vollzog sich in der SED eine verstärkte Hinwendung zur inneren Konsolidierung ihres Herrschaftsbereiches, mit der

³² Vgl. Vorschläge an die Kommission des Büros der Bezirksleitung für die Stellung der Westberliner Parteiorganisation im Hinblick auf den kommenden Status Westberlins als Freie, entmilitarisierte und neutrale Stadt (von Westberliner Leitung, 2.3.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030.

³³ Vgl. Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 228 f., 279; Detlef Nakath: Deutschlandpolitik, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 311.

³⁴ Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 334.

³⁵ Kommuniqué der Delegiertenkonferenz der Westberliner Parteiorganisationen am 2.6.1962, zit. nach Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 391.

³⁶ Vgl. Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 190 f.; Diskussion der Mitglieder des Politbüros zur Erklärung der Westberliner Leitung über die Zukunft Westberlins als Freie Stadt (24.10.1962), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Protokoll eines Gesprächs am 25.10.1962 zwischen Danelius, Verner und Ulbricht, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

³⁷ Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2247.

eine relative Abkehr ihrer bis dahin eher offensiven Deutschlandpolitik einherging.³⁸ Diesbezüglich und im Hinblick auf ihren VI. Parteitag (15. bis 21.1.1963) war ein neues Programm und Statut in Vorbereitung; umfassender Aufbau des Sozialismus und die Durchsetzung der internationalen Anerkennung der DDR waren zentrale Eckpunkte.³⁹ Diesen auf den ostdeutschen Staat fokussierten SED-Kurs wollte Ulbricht nicht mehr in gleicher Form von seiner Parteiorganisation in Westberlin übernommen sehen. Wörtlich sagte Ulbricht gegenüber Danelius: „Wir ändern nicht den Passus in unserem neuen Statut. Selbstverständlich kann in der DDR nur der Mitglied der Partei sein, der Bürger der DDR ist und aktiv am Aufbau des Sozialismus teilnimmt. Bei Euch ist eine andere Lage. Also muss man entsprechende Maßnahmen durchführen.“⁴⁰ Die dortigen Kommunisten sollten sich entsprechend der Verhältnisse in Westberlin anpassen und agieren, sie sollten sich als eine Alternative zu den Etablierten darstellen, um so letztlich die Bevölkerung an den DDR-Sozialismus heranzuführen.

Die Zeit wurde langsam knapp. Man war nicht nur gewillt, eine „eigenständige“ Partei zu gründen, sondern auch mit dieser bereits bei den kommenden Wahlen in Westberlin, die im Februar 1963 stattfinden sollten, anzutreten. Das bedeutete aber, dass bis Ende November 1962 endgültige Maßnahmen vorzunehmen waren, weil danach die Kommunisten mit der Unterschriftensammlung auf den amtlichen Listen für die Wahlen beginnen mussten.⁴¹

Eine der wohl entscheidenden und abschließenden Besprechungen für die Gründung einer Westberliner SED fand am 25. Oktober 1962 zwischen Danelius, Verner und Ulbricht statt. Ulbricht erklärte lapidar: „Ihr müsst schon im Hinblick auf den Friedensvertrag ein neues Statut ausarbeiten. Ich bin damit einverstanden, dass Ihr Euch Sozialistische Einheitspartei Westberlin nennt und dass das oberste Organ die Delegiertenkonferenz in Westberlin ist. Ihr habt nicht Schuld, dass es zwei deutsche Staaten gibt und dass Berlin gespalten ist. Also muss man von der Lage in Westberlin ausgehen und die Delegiertenkonferenz vorbereiten. [...] Ich bin dafür, dass Ihr das Statut ausarbeitet, und dass das neue Statut dann beschlossen und die Delegiertenkonferenz einberufen wird.“⁴² Die weiteren Ausführungen, die Ulbricht auf dieser Besprechung machte, waren Versuche, den Westberliner Genossen Argumentationshilfen für ihr Wirken und den anstehenden Wahlkampf zu geben. Die Hilflosigkeit und die den Kommunisten innewohnende Schämäre wurden dabei überdeutlich: „Ohne dass ihr die Frage klärt der Grenze, der Existenz von zwei deutschen Staaten, der Lage in Westberlin und des Auswegs, und vor allem der Perspektive, werdet ihr in Westberlin

³⁸ Vgl. Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 181; Hans Schimanski: Das neue Parteistatut, in: SBZ-Archiv, November 1962, S. 342; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1980, S. 42 f.; Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): DDR-Handbuch, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1985, S. 286 f.; Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2248.

³⁹ Vgl. Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 200 f.

⁴⁰ Protokoll eines Gesprächs am 25.10.1962 zwischen Danelius, Verner und Ulbricht, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

⁴¹ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner vom 23.10.1962, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1031.

⁴² Protokoll eines Gesprächs am 25.10.1962 zwischen Danelius, Verner und Ulbricht, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

weder an- noch weiterkommen. Diese Fragen müssen Tag und Nacht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen, wobei die besonderen Interessen der Westberliner geklärt werden müssen. [...] Also wichtig ist bei der Darlegung des Kräfteverhältnisses und der Perspektive, immer wieder zu beweisen, dass nur die Kräfte des Friedens und des Sozialismus, aber nicht die Kräfte der Aggression und des Krieges eine Perspektive haben. Die Hauptfrage ist, wir müssen die Menschen von der Perspektive begeistern. Das ist kompliziert, das ist schwierig, aber so muss man die politische Massenarbeit anlegen. Es ist notwendig, dass die Mitglieder der Westberliner Leitung sich zwei, drei Tage hinsetzen, auf ein, zwei Seiten die Argumente zu den brennenden Fragen ausarbeiten, und dann muss die Argumentation in den Mitgliederversammlungen verlesen und diskutiert werden. Das ist notwendig, um eine einheitliche Diskussion zu schaffen, die dann aufgrund der Erfahrungen schöpferisch weiterentwickelt werden kann. Wir empfehlen den Genossen von Eisler⁴³ zu lernen, wie man argumentiert und sich auseinandersetzen muss. Die Regierung und die SED in der DDR müssen staatsmännische Erklärungen abgeben. Das ist richtig und notwendig. Ihr müsst immer ausgehen von der Hauptidee, wie Journalisten arbeiten, und nicht nach dem SED-Stil in der Deutschen Demokratischen Republik. Seht Euch genau an, wie Eisler argumentiert. Man muss saftige Formulierungen finden, die Aufsehen erregen und den Gegner zwingen, sich mit Euch auseinanderzusetzen. Dann werdet ihr eine wirksame Propaganda entwickeln und beweisen, warum man SED wählen muss. [...] Völlig wegkommen müssen wir von alten Methoden der Agitation. Die Argumentation muss vereinfacht werden, primitiv sein, entsprechend dem Erkenntnisprozess und Bewusstseinsstand der Volksmassen. Man muss die Arbeiter fragen: Was wollt ihr? Wollt ihr die Liquidierung des Sozialismus oder des Kapitalismus? Wollt ihr, dass die Yankees wieder nach Kuba kommen? Daraus wird nichts.“⁴⁴

Am 6. November 1962 fuhr Danelius erneut nach Ostberlin, um im Politbüro der SED als Berichterstatter seinen Statut-Entwurf zur Westberliner SED vorzustellen.⁴⁵ Dem Entwurf hatte Danelius ein Anschreiben beigefügt, in dem es hieß: „Persönliche Verschlussache [...] Vorlage an das Politbüro [...] Betr.: Statut der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins. [...] Das Statut der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins baut auf dem noch gültigen Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf und berücksichtigt in der Präambel und in den Statutenbestimmungen die Lage in Westberlin.“⁴⁶ Das Politbüro gab die Weisung, den Statut-Entwurf der SED-W zu überarbeiten; verantwortlich hierfür waren Gerhard Danelius wie auch Paul Verner.⁴⁷ Das augenfälligste Ergebnis dieser Überarbeitung bestand in der Namensgebung. Anstatt der Bezeichnung „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ entschied man sich für „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands-Westberlin“ (SED-W). Mit einem Statut, das inhaltlich stark an der Mutterpartei ausgerichtet war, und der Fortführung des Parteinamens bewahrte die

⁴³ Gerhart Eisler war seit 1956 stellvertretender Vorsitzender und ab 1962 Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR.

⁴⁴ Protokoll eines Gesprächs am 25.10.1962 zwischen Danelius, Verner und Ulbricht, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

⁴⁵ Vgl. PB-Protokoll vom 6.11.1962, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/856, Bl. 1 f.

⁴⁶ Schreiben von Danelius an Politbüro vom 3.11.1962, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/932, Bl. 6.

Der von Danelius diesem Schreiben an das Politbüro beigelegte Entwurf des Statuts befindet sich in derselben Akte. Vgl. Entwurf. Statut der SEW (2.11.1962), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/932, Bl. 8-30.

⁴⁷ Vgl. PB-Protokoll vom 6.11.1962, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/932, Bl. 4.

SED-W – trotz formaler Eigenständigkeit – ihre Kontinuität zur SED.⁴⁸ Mit dieser vorsichtigen Abspaltungstaktik – die maßgeblich auf die Einwände und Hinweise des Rechtsanwaltes Kaul zurückzuführen gewesen sein dürften⁴⁹ – konnten die Kommunisten darauf „vertrauen, dass die Westalliierten die seinerzeit von allen vier Mächten in der ‘Alliierten Kommandantur’ gefasste Entscheidung, die SED in ganz Berlin zuzulassen, nicht einseitig zurücknehmen würden, da anderenfalls der von der westlichen Seite gegen den sowjetischen Standpunkt verteidigte Viermächte-Status von Groß-Berlin tangiert worden wäre.“⁵⁰ Beim Anschein einer Neugründung einer kommunistischen Partei in Westberlin hätte die Gefahr eines Verbotes seitens der Westalliierten bestanden.

Am 15. November 1962 wurde der Statut-Entwurf zur Kenntnisnahme für die Parteimitglieder in der Parteizeitung „Die Wahrheit“ veröffentlicht.⁵¹ Unter Ausschluss der Öffentlichkeit fanden sich knapp eine Woche später, am 24. November, die Delegierten der Westberliner Kreise auf konspirativem Weg im Reichsbahnausbesserungswerk Tempelhof zur Parteigründung zusammen;⁵² die Benutzung offizieller Räumlichkeiten war den Kommunisten von der Westberliner Verwaltung verweigert worden.⁵³ In Anlehnung an die Anregungen Ulrichts stimmte Danelius mit einem Referat seine Parteimitglieder auf die neue Situation ein. Einerseits schimpfte er auf die „rechtssozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer“⁵⁴, die Schuld an der Spaltung Deutschlands und Berlins wären, andererseits pries er die Westberliner SED, denn einzig mit ihr wäre die „Schaffung demokratischer Verhältnisse im Innern und normaler friedlicher Beziehungen zu allen Staaten, insbesondere zur DDR“⁵⁵ möglich. Im Anschluss daran verabschiedeten die 325 Delegierten einstimmig eine programmatische „Erklärung an die Westberliner Bevölkerung“ im Hinblick auf die Freistadtlösung, einen an den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt gerichteten Brief, der ihn zu Verhandlungen mit der DDR aufforderte, sowie das neue Statut, mit dem die Gründung der SED-Westberlin vollzogen war. Die „Erklärung an die Westberliner Bevölkerung“ wie auch der Brief an Brandt, den ihm die SED-W auf Weisung Ostberlins erst Monate später übergab, hatten zuvor, wie eben auch das Statut, alle Ebenen der Korrektur über Verner, Ulricht und

⁴⁸ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1980, S. 42 f.

⁴⁹ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner vom 26.11.1962, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1031.

⁵⁰ Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2248.

⁵¹ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner am 12.11.1962, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1031; Die Wahrheit vom 15.11.1962 (Sonderbeilage).

⁵² Vgl. „Westberliner SED auf Konspirationskurs“, in: Die Welt vom 27.11.1962, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 296.

⁵³ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner vom 26.11.1962, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1031.

⁵⁴ Schreiben von Danelius an Verner vom 26.11.1962, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1031.

⁵⁵ Schreiben von Danelius an Verner vom 26.11.1962, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1031.

Politbüro durchlaufen.⁵⁶ Höchstes Organ der Partei wurde mit Verabschiedung des Statuts die im Turnus von zwei Jahren tagende Delegiertenkonferenz. Entsprechend den statutarischen Bestimmungen wählten die Delegierten in großer Einträchtigkeit den Vorstand, der institutionell etwa dem ZK der SED entsprach, und der alle drei Monate zur Beratung zusammenkommen sollte. Er setzte sich zusammen aus 36 Mitgliedern und 5 Kandidaten, unter ihnen auch die Spitzenfunktionäre der Nebenorganisationen.⁵⁷ Der Vorstand seinerseits setzte das Redaktionskollegium für die Zeitung „Die Wahrheit“ ein, welche mit dem neuen Statut nun zum Organ des Parteivorstandes der SED-W wurde.⁵⁸ Ebenso wählte er „zur politischen Leitung“ sowie „zur Organisierung der Kontrolle der Durchführung der Parteibeschlüsse“ ein Sekretariat bestehend aus sechs Mitgliedern. Zum Ersten Sekretär der SED-W ernannten die Delegierten wiederum Gerhard Danelius, dem damit die politische Führung der Partei oblag und der bis zu seinem Tode 1978 diese Position beibehielt. Zweiter Sekretär und somit verantwortlich für die „organisatorische Führung“ und Kaderfragen wurde Erich Ziegler. Die weiteren Mitglieder des Sekretariats waren Horst Schmitt, Hans Mahle, Wilhelm Tesch und Bruno Kuster.⁵⁹ Das tragende Prinzip für den organisatorischen Aufbau der Partei blieb wie gehabt der „demokratische Zentralismus“.

Mit der Gründung der SED-W am 24. November 1962 war die Herauslösung der Westberliner Kreisverbände aus der SED offiziell vollzogen. Von diesem Zeitpunkt ab stellte sich die Westberliner Parteiorganisation gegenüber der Öffentlichkeit als eine von Ostberlin unabhängige kommunistische Partei dar. Ihr „Endziel“ sah sie „in der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“, verkündete sie in ihrem Statut. Sie versicherte in der Präambel, dass sie auf dem Boden der Westberliner Verfassung von 1950 stehe. Zugleich verdeutlichte sie aber auch ihre Nahziele: Die SED-W „kämpft in der gegenwärtigen Etappe für den Abschluss eines deutschen Friedensvertrages, für die Beseitigung des NATO-Stützpunktes Westberlin und die Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt.“⁶⁰ Wenige Tage später berichtete Danelius an Verner: „Wir haben den Eindruck, dass die Delegierten verstanden haben, dass das veränderte Statut der historischen Entwicklung der gegenwärtigen Lage und der Perspektive Westberlins als Freie Stadt Rechnung trägt.“⁶¹

Die SED-W befand sich 1962 mitten im Wahlkampf. Viel Überredungsarbeit kostete es die Westberliner Führung, um die auf Teilen der Mitgliedschaft lastende Apathie und den

⁵⁶ Vgl. PB-Protokoll vom 20.11.1962, DY 30/ J IV 2/ 2/ 858, Bl. 9; Erklärung (Konzept) der Westberliner Leitung „Das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben Westberlins als entmilitarisierte, neutrale und Freie Stadt“ und Politbüro-Diskussion am 24.10.1962 über die Erklärung, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; PB-Protokoll vom 24.10.1962, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/854, Bl. 1, 5; Schreiben von Danelius an Verner vom 28.11.1962, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; An die Westberliner Bevölkerung. Erklärung der Delegiertenkonferenz der SED-W, in: Die Wahrheit vom 4.12.1962, S. 1 f.

⁵⁷ Zum Vorstand gehörten unter anderem Gerhard Danelius, Else Dibbern, Harry Flichtbeil, Bruno Kuster, Emil Redmann, Gerhard Stolle, Wilhelm Tesch und Hans Mahle. Vgl. Schreiben von Danelius an Verner vom 26.11.1962, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1031.

⁵⁸ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 392.

⁵⁹ Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Die SED diesseits der Mauer. Reorganisation der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 24/2. Dezemberheft 1962, S. 375.

⁶⁰ Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands-Westberlin (1962), in: Die Wahrheit (Sonderbeilage) vom 8.12.1962.

⁶¹ Schreiben von Danelius an Verner vom 26.11.1962, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1031.

„Illegalitätsfimmel“, wie es Danelius nannte, zu überwinden, und die SED-W insgesamt in der Öffentlichkeit „offensiv“ auftreten zu lassen.⁶² Das vordringlichste „Kampfziel“ der SED-W bestand darin, die Westberliner Bevölkerung zu überzeugen, dass der Senat mit der DDR verhandeln sollte. Ergänzt wurde dies mit der Werbung für eine entmilitarisierte, neutrale und Freie Stadt und für einen deutsch-deutschen Friedensvertrag.⁶³ Auf diesen „Kurs des Friedens, der Entspannung und Verständigung“⁶⁴ schwor die Westberliner Führung die Mitglieder ein, „alle anderen Fragen kommunaler Natur, des Lohnkampfes und Abwehr der Notstandsgesetzgebung“⁶⁵ waren dieser Linie unterzuordnen. Im gleichen Tenor war der Wahlaufspruch der SED-W gehalten, mit dem sie Anfang Januar 1963 an die Öffentlichkeit ging. Beschllossen worden war diese Flugschrift vom Vorstand der SED-W, ausgearbeitet von Danelius, korrigiert von Verner sowie Norden und über die Weihnachtsfeiertage konzeptionell erdacht von Ulbricht.⁶⁶

Ihren Wahlkampf betrieb die SED-W mit einem Aufwand, tatkräftig unterstützt durch Fernsehen und Rundfunk der DDR.⁶⁷ Zu Beginn des Jahres 1963 gab Danelius einen Überblick: Vom Wahlaufspruch seien 200.000, von einer eigens gefertigten 16-seitigen Wahlillustrierten 100.000 und vom Statut der SED-W ebenfalls 100.000 Exemplare verteilt worden. Ferner seien 544.000 Wählerbriefe der SED-W-Kandidaten an die Westberliner versandt und Plakatwerbung an 77 Großflächen der U-Bahnhöfe und an Litfassssäulen in Auftrag gegeben worden. Einen besonderen Auftrieb erhielt die SED-W-Propaganda, als im Januar 1963 Chruschtschow anlässlich des VI. Parteitages der SED nach Ostberlin kam. In dessen Verlauf verabredete der sowjetische Ministerpräsident mit dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt ein Treffen, das dieser jedoch im letzten Moment – aus Rücksicht auf seinen Koalitionspartner CDU, der mit Rücktritt drohte – platzen ließ. Die Kommunisten arrangierten stattdessen für den 18. Januar 1963 ein Gespräch zwischen Chruschtschow und Danelius sowie weiteren ausgesuchten Personen und Persönlichkeiten. Die SED-W verfertigte darüber eine Sonderausgabe ihrer Parteizeitung „Die Wahrheit“ in einer Auflagenhöhe von 100.000 Stück nach dem Motto: Der Osten ist verständigungs- und verhandlungsbereit, der Westen nicht.⁶⁸

Die Westberliner, die bislang alle Drohungen, die Blockade und den Mauerbau überstanden hatten, waren weder für eine „Freie Stadt“ noch den Abzug der Westalliierten zu gewinnen. Entsprechend endeten die Wahlen am 17. Februar 1963 für die SED-W erneut mit einer herben Niederlage. Gegenüber 1958 verlor sie nochmals über 10.000 Stimmen und erhielt magere 1,3

⁶² 5. schriftlicher Bericht über die Lage in Westberlin nach den Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (von Danelius, 23.8.1962), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

⁶³ Arbeitsplan der Westberliner Leitung für das 1. Halbjahr 1962 (von Westberliner Leitung an Verner, 25.1.1962), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1030.

⁶⁴ Beschluss-Protokoll der Sekretariatsitzung vom 15.10.1962, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1031.

⁶⁵ Beschluss-Protokoll der Sekretariatsitzung vom 15.10.1962, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1031.

⁶⁶ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner vom 21.12.1962, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1031; Schreiben von Verner an Ulbricht vom 8.1.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 26.

⁶⁷ Vgl. Joseph K. Witsch (Hg.): Die SED bei den Westberliner Wahlen, in: SBZ-Archiv, Nr. 4/2. Februarheft 1963, S. 51.

⁶⁸ Vgl. Weitere Maßnahmen unserer Partei in der letzten Etappe des Wahlkampfes bis zum 17. Februar 1963 (von Danelius, 30.1.1963), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2034; Joseph K. Witsch (Hg.): Die SED bei den Westberliner Wahlen, in: SBZ-Archiv, Nr. 4/2. Februarheft 1963, S. 50.

Prozent (= 20.929 Stimmen). Ihr Anteil in den einzelnen Bezirken lag zwischen 0,7 und 1,9 Prozent, wobei ihr Stimmenverlust in den Arbeiterbezirken am größten war.⁶⁹ Die SPD errang einen phänomenalen Sieg, kam auf 61,9 Prozent der abgegebenen Stimmen und gewann alle 80 Direktmandate. Die CDU erlitt eine empfindliche Niederlage, gegenüber den letzten Wahlen sank ihr Anteil von 37,7 auf jetzt nur noch 28,8 Prozent der Stimmen. Die FDP hingegen erhielt 7,9 Prozent und zog damit nach fünf Jahren Abwesenheit wieder ins Parlament ein.⁷⁰ SPD und FDP bildeten eine Regierungskoalition, die für viele Jahre bestand hatte. „Eine für 22 Uhr am Wahltag angesetzte Pressekonferenz verschob der SED-Spitzenkandidat Danelius um mehrere Stunden, dann sagte er, die Westberliner hätten „gegen ihre eigenen Interessen gewählt“, große Teile der Arbeiterschaft seien als Opfer „der Wahldemagogie Willy Brandts auf die Politik der Revanchistenhetze und des Antikommunismus des Senats hereingefallen“⁷¹. Zwei Tag später fuhr Danelius nach Ostberlin, um dem Politbüro Bericht zu erstatten.⁷²

Passierscheinabkommen

Erstmals seit dem Mauerbau durften für die Zeit vom 19. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 Westberliner ihre Verwandten in Ostberlin besuchen; mehr als eine Million Menschen machten davon Gebrauch. Möglich machte dies das Passierscheinabkommen, das am 17. Dezember 1963 von Vertretern des Westberliner Senats und der DDR unterzeichneten worden war. Nur drei weitere Passierscheinabkommen in den Jahren 1964, 1965 und 1966 folgten, und erst mit Inkrafttreten des Viermächteabkommens 1972 kam schließlich eine dauerhafte Besuchsregelung zustande.⁷³

Den einzelnen Passierscheinabkommen gingen jeweils schwierige Verhandlungen voraus, wobei die SED die Besuchsgenehmigung als „Faustpfand“⁷⁴ – so Danelius einmal intern wörtlich – nutzte, um ihre Interessen durchzusetzen. Die SED wollte erreichen, dass die Bundesrepublik die DDR als Vertragspartner und damit als einen souveränen Staat anerkennt und dass der Westberliner Senat in Verhandlungen mit der DDR eintritt, um somit den von ihr propagierten selbständigen politischen Status der Teilstadt nachzuweisen. Mit den Passierscheinabkommen, die das SED-Regime stets als Bestätigung seiner Auffassungen in Richtung „Normalisierung der Beziehungen“⁷⁵ interpretierte, begann die Bundesregierung, die hinter den Entscheidungen des Westberliner Senates stand,

⁶⁹ Vgl. Joseph K. Witsch (Hg.): Die SED bei den Westberliner Wahlen, in: SBZ-Archiv, Nr. 4/2. Februarheft 1963, S. 50.

⁷⁰ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 392.

⁷¹ Joseph K. Witsch (Hg.): Die SED bei den Westberliner Wahlen, in: SBZ-Archiv, Nr. 4/2. Februarheft 1963, S. 50.

⁷² Vgl. PB-Protokoll vom 19.3.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/952, Bl. 10, 94-110.

⁷³ Ausführlich zu den Passierscheinabkommen vgl. Steffen Alisch: „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, München 2004, S. 81-135.

⁷⁴ Schreiben von Danelius an Verner vom 3.9.1962, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

⁷⁵ Schreiben von Danelius an Verner vom 14.12.1963, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2034.

allmählich, von ihrem seit den 1950er Jahren praktizierten harten Kurs der Nicht-Anerkennung abzurücken.⁷⁶

Danelius hatte in den Monaten vor dem ersten Passierscheinabkommen verschiedentlich Ulbricht beziehungsweise Verner gebeten, das Faustpfand Besuchsgenehmigung zusätzlich auch zur Aufwertung des Ansehens der SED-W einzusetzen. Schon im September 1962 regte Danelius an, ob nicht eine kleine, befristete Regelung machbar wäre, um mit diesem „Vorgeschmack“⁷⁷ die Westberliner dazu zu bewegen, ihre Stimme bei den Wahlen im Februar 1963 der SED-W zu geben.⁷⁸ Und im Sommer 1963 fragte er, ob nicht „der Vorstand der SED-Westberlin mit ganz konkreten Vorstellungen über den Verhandlungsgegenstand zwischen Senat und Regierung der DDR“⁷⁹ auftreten sollte. Das Politbüro machte diesbezüglich keinerlei Konzessionen und wollte, dass ausschließlich Ostberlin die Zügel für die Verhandlungen in der Hand behielt, und nicht, dass die SED-W als eine Art Zwischenhändler auftrat. Die Westberliner Kommunisten waren weder in die Verhandlungen zwischen Senat und DDR-Regierung involviert, noch wurden sie von ihren Ostberliner Genossen im Vorfeld unterrichtet. Das Wissen über den Gang der Ereignisse entnahm Danelius quasi aus der Zeitung. Im Hinblick auf das Zustandekommen des Passierscheinabkommens blieb die Rolle der SED-W beschränkt auf die eines 1) Propagandisten und 2) Informanten:

Zu 1) Insbesondere in der Zeit, als sich im Dezember 1963 für die Passierscheinfrage eine Einigung zwischen der BRD, dem Senat und der DDR abzeichnete, rührten die Westberliner Kommunisten nochmals kräftig die Werbetrommel. Den Anstoß dafür gab das Interview von Ulbricht, das dieser kurz zuvor der Zeitschrift „Stern“ gegeben hatte. Ulbricht stellte darin wieder einmal die Möglichkeit einer Konföderation zwischen zwei Staaten in Aussicht und präsentierte sich beziehungsweise die DDR erneut als einen jederzeit gesprächsbereiten Verhandlungspartner. Im Anschluss an dieses „Stern“-Interview und im Hinblick auf die Passierscheinverhandlungen ließ daraufhin die Westberliner Leitung Sonderausgaben der „Wahrheit“ drucken und organisierte mehr als ein Dutzend Foren und Versammlungen.

Zudem schickte man Genossen in Veranstaltungen von Haffner, Bahr, Scholz, Amrehn, Albertz und von Gewerkschaften, SPD, CDU und FDP, um dort Ulbrichts Offerte zur Diskussion zu stellen.

⁷⁶ Vgl. Axel Werbke: Völkerrechtliche Praxis der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1965, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Band 27/1967, S. 215-217; Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 205 f.

⁷⁷ Schreiben von Danelius an Verner vom 3.9.1962, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

⁷⁸ Ähnlich argumentierte Danelius im November 1966. Intern plädierte er gegenüber Verner, für die Zeit der Festtage (Weihnachten und Neujahr) eine neue Passierscheinregelung zu vereinbaren. Danelius schrieb an Verner: „Sorge macht mir die Frage einer neuen Passierscheinübereinkunft zu den Festtagen. Ich verstehe zwar den Standpunkt der Regierung der DDR, die Verhandlungen und Verträge auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Anerkennung der DDR wünscht, dennoch möchte ich Deine Aufmerksamkeit darauf lenken, dass angesichts der Tatsache der Übereinkünfte von 1963, 1964 und 1965 zwischen Senat und Regierung der DDR unsere Argumentation auf wenig Verständnis stößt. Meine Ansicht ist folgende: Sollte es nicht zu einer neuen Übereinkunft kommen, so würde das den rechtsradikalen Elementen in Westberlin Auftrieb geben und unseren Wahlkampf erheblich erschweren. Ich sage das so offen, um keinen Zweifel darüber zu lassen, dass Passierscheinübereinkünfte uns nutzen und den Antikommunisten schaden.“ Schreiben von Danelius an Verner vom 21.11.1966, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

⁷⁹ Schreiben von Danelius an Verner vom 31.7.1963, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89. Vgl. Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 31.7.1963, in: ebenda.

Ferner folgten SED-Mitglieder einer Einladung des Liberalen Deutschen Studentenbundes und der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken, um dort ihre Positionen zu erläutern. Danelius stellte in diesem Zusammenhang mit Genugtuung fest, dass zum ersten Mal seine „Genossen auch in gegnerischen Veranstaltungen auftreten“⁸⁰ konnten, „ohne dass es dem Gegner gelang, mit seiner antikommunistischen Hetze eine sachliche Auseinandersetzung zu verhindern und die Versammlungsteilnehmer gegen unsere Genossen aufzubringen.“⁸¹ Diese Darlegungen passten ins Stimmungsbild, denn mittlerweile – im Dezember 1963 – waren zunehmend mehr Westberliner der Ansicht, dass man den restriktiven Kurs aufgeben und eine Vereinbarung mit der DDR treffen müsse.⁸²

Zu 2) Danelius informierte seine obersten Chefs Ulbricht und Verner beständig und stets umfangreich über die Lage in Westberlin und gab Anregungen.⁸³ Einen Schwerpunkt seiner Berichterstattung bildete die Wiedergabe der Stimmung innerhalb der SPD. Zwar war er über deren innerparteilichen und internen Diskussionsstand stets gut informiert,⁸⁴ die von ihm daraus vorgenommenen Interpretationen und Schlussfolgerungen jedoch waren, bedingt durch seine kommunistische Überblendung, nicht selten stark deformiert.⁸⁵ Weitaus interessanter waren Berichte über Gespräche, die Danelius oder seine Vertreter mit dem „politischen Gegner“ führten.⁸⁶ So war es beispielsweise im Fall von Herrn Dr. Grothe, der als Dozent für Politik und Philosophie direkt dem Kultursenator Tiburtius (CDU) unterstellt war. Ohne offiziellen Auftrag, jedoch mit Wissen von Tiburtius, Albertz und einigen Abgeordneten, besuchte er am 10. September 1962 Danelius und fragte ihn, ob er es für sinnvoll halte, wenn bestimmte, nicht offizielle Stellen oder Beauftragte des Senats und der Regierung der DDR über offenstehende Fragen diskutieren würden. Danelius sagte, dass er nicht im Namen der DDR sprechen könne, „sondern nur in der

⁸⁰ Schreiben von Verner an Ulbricht vom 16.12.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 47.

⁸¹ Schreiben von Verner an Ulbricht vom 16.12.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 47.

⁸² Vgl. Schreiben von Verner an Ulbricht vom 16.12.1963, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 45-49. Einen ähnlichen Aktivismus unter Regie des Politbüros entfaltete die SED-W auch im Vorfeld des darauf folgenden Passierscheinabkommens 1964. Vgl. Schreiben von Danelius an Verner vom 17.2.1964, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2045; Planungen für einen Bürgerausschuss (6.3.1964), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 102.

⁸³ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner (vom 4.7.1963, 9.12.1963 und 14.12.1963), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2034.

⁸⁴ Vgl. beispielsweise Schreiben von Danelius an Verner vom 12.2.1964, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

⁸⁵ In einem seiner Berichte von April 1963 verstieg sich Danelius beispielsweise zu der Aussage, dass Brandt das Ziel habe, „unter den nach dem 13. August 1961 entstandenen Bedingungen eine neue Offensive im Kalten Krieg gegen die DDR zu entwickeln.“ Material zur Lage in Westberlin (von Danelius, 16.4.1963), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2034.

⁸⁶ Vgl. Gedächtnis-Protokoll über eine Unterredung der Genossen Gerhard Danelius, Erich Ziegler und Emil Redmann mit dem SPD-Funktionär Kurt Neubauer, Mitglied des Landesvorstandes und Landesausschusses der Westberliner SPD und Bundestagsabgeordneten und den SPD-Funktionären Hase und Schreiber (22.1.1962), in: SAPMO-BArch, DY 30/3546, Bl. 1-5; Bericht über ein Gespräch im Juni 1963 zwischen Peter Merseburger, der Chefredakteur der Berliner-Redaktion des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, und Danelius zu den Themen Olympische Spiele, Willy Brandt und Passierscheinfrage (6.6.1963), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 35-37; Bericht über ein Gespräch im September 1963 zwischen einer Delegation des Vorstandes der SED-W, bestehend aus Erich Ziegler und Emil Redmann, und Herrn Sylten, persönlicher Referent des Bürgermeisters Albertz (SPD), zum Thema „Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR“, in: LAB, C Rep. 902 Nr. 2034. Vgl. ergänzend: Schreiben von Danelius an Verner vom 23.9.1963, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

Lage wäre, als 1. Sekretär der Westberliner Leitung der SED⁸⁷ seine Meinung zu äußern. Er verwies Grothe darauf, dass es das Leichteste sei, „wenn der Senat direkt und ohne Zögern Verhandlungen mit der Regierung der DDR⁸⁸ aufnähme. Drei Tage später schrieb Danelius an seinen Ostberliner Vorgesetzten: „Am nächsten Montag wird Dr. Grothe nochmals anrufen, um eine Aussprache mit mir zu erreichen. Ich bitte um Direktiven, ob ich das Gespräch fortsetzen oder abbrechen oder welche Position ich beziehen soll.“⁸⁹ Letztlich dürfte der Kontakt wohl im Sande verlaufen sein, da ohnehin weder Danelius noch Grothe aufgrund ihrer begrenzten Handlungsspielräume weiterführende Entscheidungen treffen können.

Ein anderes bemerkenswertes Gespräch erfolgte am 8. November 1963 zwischen Danelius und William Borm (Berliner FDP-Landesvorsitzender) in Westberlin auf einem Empfang der sowjetischen Militärs zu Ehren des 46. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.⁹⁰ In seinem Bericht an Paul Verner hielt Danelius folgendes fest: „Er [(Borm)] erklärte mir [(Danelius)], dass er den Empfang wahrgenommen habe in der Absicht, mich hier zu treffen, andernfalls hätte er sowieso dieses Gespräch gesucht. [...] William Borm sagte mir, dass er in seinen Betrachtungen von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgeginge. Darum habe er Erich Mende bei der Übernahme des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen gesagt, er solle damit aufhören, auf die DDR und auf Walter Ulbricht zu schimpfen, denn beide seien eine Realität, und mit Gewalt lässt sich überhaupt nichts lösen. [...] Borm erklärte, er halte es für unmenschlich, dass Verwandte, Bekannte und Freunde sich nicht mehr besuchen können. Auf meine Gegenfrage, dass sich dieses Problem doch sehr leicht lösen ließe, wenn von Westberlin aus der Kalte Krieg eingestellt und Verhandlungen zwischen Senat und der Regierung der DDR aufgenommen werden, antwortete Borm: Bitte zerstören Sie nicht das Pflänzchen der Bereitschaft zur Annährung, das sich gegenwärtig in Westberlin entwickelt. Wir haben doch nicht so viel Freizügigkeit, um offen zu erklären, dass wir für Verhandlungen zwischen Senat und der Regierung der DDR sind. Das wäre für uns politischer Selbstmord. Aber die Erklärungen des Senats, dass Verhandlungen selbst mit einem Regierungsvertreter geführt werden würden, wenn er sich als Beauftragter des Magistrats ausgibt, zeigen doch, dass wir weitergehen wollen, als es bestimmte Kreise in Bonn und Westberlin wünschen. Warum kommen Sie uns nicht entgegen? Das würde doch ein Thema aus der Welt schaffen, das uns beide belastet. [...] Nach seiner Ansicht würde ein Entgegenkommen der DDR die Menschen in Westdeutschland stärken, die gegen eine Gewaltpolitik sind. Er fragte mich, wie meine Beziehungen zum Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, seien. Ich antwortete ihm: ausgezeichnet. Darauf sagte er: ‘Eine publizistische Auswertung dieses Gesprächs würde auf eine scharfe Erwiderung seinerseits stoßen. Ihm läge aber sehr viel daran, dass Walter Ulbricht über den Inhalt des Gesprächs informiert wird.’ Er, Borm,

⁸⁷ Einige Informationen über die Lage in Westberlin (von Danelius, 13.9.1962), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 20.

⁸⁸ Einige Informationen über die Lage in Westberlin (von Danelius, 13.9.1962), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 21.

⁸⁹ Einige Informationen über die Lage in Westberlin (von Danelius, 13.9.1962), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 21.

⁹⁰ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner vom 11.11.1963 (am selben Tag weitergeleitet an Ulbricht), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 38-42.

wäre jederzeit bereit, wenn ich es für notwendig halte, ein neues Gespräch mit mir zu führen. Ich sollte ihn dann anrufen. Er stände jederzeit zur Verfügung.“⁹¹ Danelius schloss seinen Bericht an Verner mit dem Hinweis, dass er im Hinblick auf sein weiteres Verhalten gegenüber Borm auf Instruktionen von Ulbricht warten werde. Möglicherweise bestand der Kontakt zwischen beiden für gewisse Zeit fort,⁹² überaus unwahrscheinlich hingegen war, dass Danelius wusste, dass Borm als Spion für die Hauptabteilung Aufklärung (HVA) des MfS arbeitete.

Neujustierung der Programmatik

Die im Februar 1963 verlorengegangenen Wahlen führten bei den Kommunisten zu der Auffassung, dass die Politik der Partei längerfristiger, breiter und behutsamer angelegt werden müsse, um schrittweise die Bevölkerung an die kommunistischen Endziele heranzuführen. Die SED-W fing an sich verstärkt innenpolitischen Themen zuzuwenden und ihre Programmatik im Hinblick auf verschiedene Gesellschaftsgruppen, insbesondere Arbeiter, Frauen, Jugend und Studenten, auszudifferenzieren. Der darüber hinaus in Abstimmung mit Ostberlin entwickelte Kerngedanke war, durch die Übernahme progressiver Einzelforderungen systematisch die Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Basis sowie den Gewerkschaften zu suchen.⁹³ Ergänzend dazu kam es auch in der Außenpolitik der SED-W zu einer Neujustierung. Der Grund war, dass sich eine veränderte Taktik im Hinblick auf Westberlin zu entwickeln begann. Im „Freundschaftsvertrag“, den die DDR und die Sowjetunion am 12. Juni 1964 geschlossenen hatten, wurde dies deutlich. Darin war nun nicht mehr die Rede von der Forderung nach einer „Freien Stadt“. Stattdessen hieß es dort jetzt, Westberlin sei eine „selbständige politische Einheit“.⁹⁴ Neu an diesem Konzept war, dass sich die Staaten des Ostblocks planmäßig darum bemühen sollten, politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu Westberlin aufzubauen, um auf diese Weise den nach kommunistischer Auffassung besonderen eigenständigen Status der Teilstadt hervorzuheben und zu verfestigen. Der SED-W kam hierbei die Aufgabe zu, unter der Bevölkerung damit zu werben, dass es ausschließlich von Vorteil wäre, wenn ihre Stadt zu allen Staaten, also auch denen des Ostblocks, „normale und friedliche“ Beziehungen aufnehmen würde. Die alte Formel „Freie Stadt“ verschwand allerdings nur langsam aus dem kommunistischen Sprachgebrauch, so blieb sie beispielsweise in den internen Dokumenten der SED-W und in ihrem Statut noch für einige Zeit bestehen, was anzeigen, dass dieses Fernziel in den Köpfen

⁹¹ Schreiben von Danelius an Verner vom 11.11.1963 (am selben Tag weitergeleitet an Ulbricht), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 39-41.

⁹² Vgl. Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 5.12.1963, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Schreiben von Danelius an Verner vom 7.12.1963, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2034.

⁹³ Vgl. Konzeption für die weitere Politik unserer Partei in Westberlin (22.4.1963), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2034; Schreiben von Danelius an Verner vom 31.7.1963, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 31.7.1963 und 1.4.1964, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Arbeits- und Terminplan zur Durchführung des Perspektivplanes des Sekretariats des Vorstandes vom 8.7.1964 (Entwurf), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 78.

⁹⁴ Vgl. Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 535.

fortbestand.⁹⁵ Nach den Worten von Danelius bedeutete dies: „Die Arbeiter und Werktätigen müssen systematisch davon überzeugt werden, dass die Anwesenheit der NATO-Truppen und die Unterwerfung Westberlins unter die Politik der Bonner Staates ihren Friedens- und Klasseninteressen widerspricht.“⁹⁶

Um das neue Westberlinkonzept, die SED-W und ihre Politik bekannt zu machen, begannen die Westberliner Kommunisten damit, ihre Bruderparteien zu besuchen, an internationalen Konferenzen der kommunistischen Bewegung und anderen Veranstaltungen im Ausland teilzunehmen. Am Anfang erfolgte der Anstoss zur Einladung von Seiten der SED-W und/oder der SED, was wohl daran lag, dass einige Bruderparteien noch nicht wirklich Notiz davon genommen hatten, dass eine formal eigenständige kommunistische Partei in Westberlin entstanden war.⁹⁷ Der Besuch einer Bruderpartei im Ausland enthielt nicht selten ein umfangreiches Rahmenprogramm und war stets begleitet von einer propagandistischen Berichterstattung der kommunistischen Medien. Die technisch-organisatorischen Vorbereitungen für derlei Reisen – gewöhnlich benutzten die Westberliner Kommunisten den Flugplatz Schönefeld – erledigte der SED-Apparat in Ostberlin. Reisen der SED-W ohne Absprache mit der SED und deren Einverständnis gab es selbstverständlich nicht;⁹⁸ Reisen in die Bundesrepublik wie auch ein Besuch der DKP waren darüber hinaus ein Sonderfall.⁹⁹

Die wohl erste Fahrt einer Delegation von hochrangigen SED-W-Funktionären ging in die Tschechoslowakei, die sich dort vom 21. bis 29. September 1964 zu Gesprächen mit den Genossen der KPC trafen. Die SED-W-Funktionäre gaben den Genossen der Bruderpartei eine Einschätzung über die politische Situation in Westberlin und berichteten über ihre Schwierigkeiten

⁹⁵ Vgl. Perspektivplan des Sekretariats des Vorstandes (8.7.1964), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 78.

⁹⁶ Konzeption für die weitere Politik unserer Partei in Westberlin (22.4.1963), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2034.

⁹⁷ Vgl. Bericht an das Politbüro über Verlauf und Ergebnisse der Brüsseler Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder Europas (14.6.1965), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

⁹⁸ Vgl. beispielsweise Anfrage, Abstimmung und Unterstützung bezüglich geplanter Delegationsreisen nach Rumänien (1968), Paris (1980), Brüssel (1985) und Phjöngjang (1989): Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 4.4.1968, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Schreiben von Schmitt an Wildberger (Westabteilung) vom 17.4.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715; Schreiben von Rettner an Schmitt vom 24.10.1985, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Schreiben von Rettner an Günter Sieber (Abt. Internationale Verbindungen) vom 15.6.1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42690.

⁹⁹ Ein erstes offizielles bilaterales Treffen zwischen der DKP und der SEW erfolgte im Januar 1978 in der Bundesrepublik (Düsseldorf). Zu einem Gegenbesuch in Westberlin kam es wohl 1980. Dieser zögerlich und spärlich gehaltene Delegationsaustausch zwischen beiden Parteien sollte den Eindruck ihrer vermeintlichen Eigenständigkeit und damit auch die SED-Auffassung, das Westberlin kein Bestandteil der Bundesrepublik sei, unterstreichen. Vgl. Schreiben von Schmitt an Verner vom 9.5.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 96 f; SEW und DKP sind sich einig, in: Süddeutsche Zeitung vom 14.1.1978, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 144; Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 4.4.1968 (Anfrage und Abstimmung bezüglich einer Einladung des ASTA der Kieler Universität zwecks Vortrag vor Studenten; Danelius hatte zuvor Einverständnis von Max Reimann (DKP) eingeholt), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Schreiben von Häber an Schmitt vom 14.11.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

Diese strikte Abgrenzung der Aufgabengebiete „Westberlin“ und „BRD“ fand auch innerparteilich Anwendung. Zwischen der SEW und der DKP bestand eine Abmachung, dass der ständige Wohnsitz über die Mitgliedschaft entscheidet. Zog eine Person um, so wechselte sie die Mitgliedschaft, wobei ihr die bisherigen Parteijahre angerechnet wurden. „Auf keinen Fall“ sollte es Doppelmitgliedschaften geben. Vgl. Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 6.7.1973, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 153.

im politischen Kampf sowie den Aufbau und die Ziele ihrer Partei.¹⁰⁰ Sie erklärten den Funktionären der KPC, dass im Hinblick auf Westberlin der Artikel 6 des Freundschaftsvertrages die Grundlage allen Handelns sei, und gaben ihnen konkrete Hinweise, wie sie sich verhalten sollten. Man befürwortete beispielsweise den kulturellen Austausch, allerdings sei darauf zu achten, dass unter keinen Umständen tschechoslowakische Künstler „in Westdeutschland und dann in Westberlin auftreten, sondern stets direkt in Westberlin“¹⁰¹. Weiterhin machten die SED-W-Genossen ihr Gegenüber darauf aufmerksam, dass man bei Handelsverträgen mit der Bundesrepublik auf die juristischen Feinheiten zu achten habe, um die Sonderstellung Westberlins durch entsprechende Regelungen hervorzuheben. Auch würde man es sehr begrüßen, „wenn die CSSR die direkten Verbindungen mit wirtschaftlichen Stellen Westberlins, insbesondere mit Betrieben, verstärken und den Handel direkt mit Westberlin intensivieren würde, und zwar unabhängig von Westdeutschland.“¹⁰² Noch wichtiger sei, insgesamt einen abgestimmten Plan zu entwickeln, um „den Westberlinerinnen die Perspektive selbständiger und unabhängiger Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Staaten zu zeigen.“¹⁰³

Eine weitere Fahrt einer SED-W-Delegation, der unter anderem Danelius und Mahle angehörten, ging in der Zeit vom 28. Oktober bis 13. November 1964 in die Sowjetunion. Gefeiert wurde der 47. Jahrestag der Oktoberrevolution. Hinzukam, dass nur zwei Wochen zuvor – am 14. Oktober – Leonid Breshnew in seinem Amt als neuer Parteichef der KPdSU bestätigt worden war. Die SED-W-Delegation führte bei ihrem Aufenthalt ein Gespräch mit den beiden hochrangigen KPdSU-Funktionären Suslow und Ponomarjow. Danelius fertigte über das Treffen einen Bericht, den er später Ulbricht zuschickte. Die Gesprächspartner demonstrierten Einigkeit und die KPdSU-Funktionäre bestärkten die SED-W-Delegation dahingehend, dass sich die Westberliner Kommunisten in ihrer Arbeit bedachter und längerfristig auch im Hinblick auf ihre Beziehung zur SPD auszurichten haben. In seinem Bericht gab Danelius den KPdSU-Funktionär Suslow mit den Worten wieder: „Er [Suslow] hält die Linie, die Arbeiter und Werktätigen Westberlins mit viel Geduld und Hartnäckigkeit von der friedlichen Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage der Existenz von zwei deutschen Staaten und des Stadtgebietes Westberlin zu überzeugen, für richtig. Seines Erachtens komme es darauf an, schrittweise marxistisch-leninistisches Bewusstsein in die Arbeiterklasse Westberlins hineinzutragen. Was die SPD anbetrifft, so komme es seiner Meinung nach darauf an, die Stimmungen für eine Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung, für Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten und zwischen Westberlin und der DDR weiter zu entwickeln, auch als Druckmittel auf die sozialdemokratischen Führer.“¹⁰⁴ Dass

¹⁰⁰ Vgl. Bericht vom 14.9.1964, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 78.

¹⁰¹ Gedankenstützen für Fragen der Genossen des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über Fragen, wie sie von Prag aus nach Westberlin Einfluss nehmen können, und wie wir die Lage Westberlins einschätzen (12.9.1964), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 78.

¹⁰² Gedankenstützen für Fragen der Genossen des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über Fragen, wie sie von Prag aus nach Westberlin Einfluss nehmen können, und wie wir die Lage Westberlins einschätzen (12.9.1964), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 78.

¹⁰³ Gedankenstützen für Fragen der Genossen des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über Fragen, wie sie von Prag aus nach Westberlin Einfluss nehmen können, und wie wir die Lage Westberlins einschätzen (12.9.1964), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 78.

¹⁰⁴ Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 23.11.1964, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 62 f.

man in der KPdSU bezüglich der Westberlin-Thematik noch in den Anfängen eines konkret ausgearbeiteten Planes steckte, lassen die Notizen von Danelius erahnen. Sie lauteten: „Genosse Suslow äußerte seine Meinung, dass er es für notwendig halte, dass alle sozialistischen Staaten konkret ausarbeiten, wie sich in Zukunft ihre wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Westberlin entwickeln sollen. Das sei umso notwendiger, um eine einheitliche Linie der sozialistischen Staaten in dieser Frage zu sichern. Was die Sowjetunion anbetrifft, so werden die entsprechenden Institutionen ihre konkreten Vorschläge ausarbeiten. Er persönlich sei der Meinung, dass das Auftreten sowjetischer Künstler und Wissenschaftler verstärkt und bessere Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen der Sowjetunion hergestellt werden sollten.“¹⁰⁵

Im Juni 1965 fuhr eine SED-W-Delegation nach Belgien, um dort an der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder Europas teilzunehmen. Der SED-W gab dies einerseits die Gelegenheit – wie Danelius später an Ulbricht schrieb, „die Aufmerksamkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien auf die Rolle Westberlins als Zentrum des Kalten Krieges gegen die DDR und andere sozialistische Länder zu lenken und die Parteien mit unserer [SED-W]-Politik bekannt zu machen. Andererseits“, so Danelius weiter, „vermittelte uns der Erfahrungs- und Meinungsaustausch über die verschiedenen Formen und Methoden des Kampfes der kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder Europas wichtige Lehren zur Verbesserung unserer eigenen politischen Massenarbeit.“¹⁰⁶ Besonders beeindruckt waren die Westberliner Kommunisten von den Ausführungen der italienischen und französischen Kommunisten. Diese berichteten über ihre Teilnahme an der Protestbewegung gegen den Krieg in Vietnam, und man war sich unter den Bruderparteien einig, diese Entwicklung verstärken zu wollen.¹⁰⁷

Nach der Rückkehr der SED-W-Delegation in ihre Heimatstadt begannen die Kommunisten mit den Vorbereitungen für ihren ersten Parteitag. Im Hinblick darauf unterzogen Ulbricht, Verner und Danelius die Programmatik der SED-W einem weiteren Feinschliff. Die Hoffnung war, in Westberlin eine umfassende Bewegung für „Frieden und Sicherheit“ erzeugen zu können.

Die gesamte Programmatik der SED-W fußte auf der zentralen Forderung, dass Westberlin eine eigenständige Politik betreiben solle. In der Ausarbeitung des Programms orientierten sich die Kommunisten systematisch an denjenigen Eigenarten der Teilstadt und ihrer Verfassung, die ihnen im Vergleich zur Bundesrepublik und zum Grundgesetz als fortschrittlich erschienen, um damit die kommunistische Alternative eines Sonderweges für Westberlin hervorzuheben.¹⁰⁸ Zu einem Dauer- und Kernthema der SED-W avancierte beispielsweise die an die Gewerkschaften angelehnte

¹⁰⁵ Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 23.11.1964, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 64.

¹⁰⁶ Bericht an das Politbüro über Verlauf und Ergebnisse der Brüsseler Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder Europas (14. Juni 1965), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹⁰⁷ Vgl. Schreiben von SED-W an Ulbricht vom 10.6.1965, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Bericht an das Politbüro über Verlauf und Ergebnisse der Brüsseler Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder Europas (14.6.1965), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹⁰⁸ Vgl. Perspektivplan des Sekretariats des Vorstandes (8.7.1964), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 78; Arbeits- und Terminplan zur Durchführung des Perspektivplanes des Sekretariats des Vorstandes vom 8.7.1964 (Entwurf), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 78.

Forderung nach einer Erweiterung der Mitbestimmungsrechte für die Belegschaften. Die Kommunisten verwiesen hierbei auf den Artikel 17 der Westberliner Verfassung: „Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in Wirtschaft und Verwaltung ist durch Gesetz zu gewährleisten.“ In ähnlicher Weise verhielt es sich mit der Forderung der Kommunisten nach Mieterschutz sowie preisgünstigen Mieten und der Ablehnung der Einführung des „Weißen Kreises“¹⁰⁹. Hier argumentierten sie, dass die Schuld für „Mietwucher und Entrechtung der Mieter“ dem Abgeordnetenhaus zuzuschreiben sei, da dieses 1960 willfährig das Bundesgesetz „über den Abbau der Wohnungswangswirtschaft“ (sog. Lücke-Plan bzw. -Gesetz) übernommen und sich damit wie eh und je dem „Bonner Diktat“ unterworfen habe. Und auch in ihrer Bildungs- und Hochschulpolitik stützten sich die Kommunisten auf eine Westberliner Besonderheit. Sie traten nicht nur für „eine moderne Bildung und gleiche Aufstiegschancen für alle“ ein, sondern bejahten darüber hinaus das an der Freien Universität bestehende Berliner Modell, welches den Studenten starke Einflussmöglichkeiten in den Entscheidungsgremien zubilligte und bis in die 1970er Jahre hinein Einzigartigkeit besaß. Zusätzliche Punkte des Programms der SED-W bildeten die Ablehnung von Notstandsgesetzgebung und Atomrüstung, was durch eine Stellungnahme gegen den Krieg der USA in Vietnam umrahmt wurde. Weiterhin im Mittelpunkt stand ebenso die Forderung nach friedlicher Koexistenz. Von etwaigen Konföderationsgedanken hingegen war nun keine Rede mehr; das Wort Wiedervereinigung führten die Kommunisten zwar noch im Munde, allerdings nur noch am Rande und als eine entlegene Verheißung.¹¹⁰

Erster Parteitag der SED-W 1966 und Westberliner Wahlen 1967

Am 16. Oktober 1965 beschloss der Parteivorstand der SED-W auf seiner 13. Tagung, für die Zeit vom 25. bis 27. Februar 1966 den ersten Parteitag einzuberufen. Die zentrale Delegiertenkonferenz machte hierfür den Weg frei, indem sie am 16. Dezember die entsprechende statutarische Veränderung vornahm, so dass anstelle einer Delegiertenkonferenz nun ein Parteitag,

¹⁰⁹ „Der ‘Weiße Kreis’ bezieht sich auf den sog. Lücke-Plan des gleichnamigen BRD-Wohnungsbauministers. Das von ihm initiierte ‘Gesetz über den Abbau der Wohnungswangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht’, [am 23. Juni] 1960 vom Abgeordnetenhaus übernommen, ging von der irrgen Theorie eines bereits ab 1965 ausgeglichenen Wohnungsmarktes (Weißen Kreis) aus, in dem die Wohnungsbewirtschaftung (Schwarzer Kreis) aufgehoben werden müsse. ‘Mit dem Leitziel, die freie Verfügungsbefugnis des Vermieters und die Wirtschaftlichkeit des Hauseigentums wiederherzustellen, wurde die öffentliche Wohnraumbewirtschaftung (Wohnungssämter), das öffentliche Mietpreisrecht und der Schutz des Mieters vor Kündigungen beseitigt. Statt dessen erhielt der Vermieter das freie Kündigungsrecht, womit er gleichzeitig in die Lage versetzt wurde, im Wege sogenannter Abänderungskündigungen unter Berufung auf die [...] geltende Vertragsgestaltungsfreiheit dieses Druckmittel zur Erzielung eines ihm angemessenen erscheinenden Mietzinses zu benutzen.’ [...] Durch Proteste konnte die volle Wirksamkeit des ‘Weißen Kreises’ in Westberlin bis 1990 hinausgezögert werden.“ Zit. nach Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 400.

¹¹⁰ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner und Ulbricht vom 9.10.1965, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Linie der Konzeption der SED-Westberlin zur Entwicklung einer Bewegung für Frieden und Sicherheit (9.10.1965), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 68-85; Schreiben von Danelius an Verner vom 11.10.1965, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Schreiben von Ulbricht an Danelius vom 10.2.1966, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 87-89. Vgl. ergänzend: Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 401 f.

der in der Regel alle vier Jahre stattfinden sollte, das höchste Organ der SED-W bildete.¹¹¹ Das wichtigste Entscheidungsgremium zwischen den Parteitagen blieb formal der Parteivorstand, de facto war es allerdings das Sekretariat.

Ziel des ersten Parteitages der SED-W war, „die Weltöffentlichkeit auf die Existenz einer dritten deutschen kommunistischen Partei neben der SED der DDR und der verbotenen KPD der Bundesrepublik aufmerksam“¹¹² zu machen und damit zugleich die Auffassung zu unterstreichen, dass Westberlin eine „selbständige politische Einheit“ sei.¹¹³ Geplant war der Parteitag als eine eindrucksvolle Demonstration; 22 Delegationen von Bruderparteien aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern waren eingeladen worden. Die Ankündigung dieses Großereignisses führte zu heftigen Kontroversen in der Öffentlichkeit, sogar von einem Parteiverbot war die Rede.¹¹⁴ Die Alliierte Kommandantur untersagte daraufhin kurzfristig am 21. Februar 1966 die Durchführung des Parteitages. Begründet wurde dies damit, dass der Parteitag zu groß angelegt worden sei, den Charakter eines „internationale Kommunistentreffens“ habe und die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Stadt gefährden würde.¹¹⁵

Nachdem die SED-W, die SED und die KPdSU scharfen Protest eingelegt hatten, wurde ein neuer Termin für den Parteitag festgelegt.¹¹⁶ Die Alliierte Kommandantur erhob dagegen keinerlei Einwände, da zur Veranstaltung diesmal lediglich vier Gastdelegationen eine Einladung erhielten. Es waren dies die KPdSU, die SED, vertreten durch die beiden Funktionäre Paul Verner und Kurt Hager, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) und die Kommunistische Partei Frankreichs (FKP).¹¹⁷

Der erste Parteitag der SED-W, an dem 505 (354 mit beschließender und 151 mit beratender Stimme) Delegierte teilnahmen, fand am 21. und 22. Mai 1966 in den Spandauer Festsälen statt.¹¹⁸

¹¹¹ Vgl. Eberhard Schröder/Reiner Zilkenat: Der I. Parteitag der SED-W im Mai 1966, in: Konsequent, Sonderband 2/1987, S. 100.

¹¹² Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2247.

¹¹³ Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2247. Vgl. hierzu den vom Politbüro im Oktober 1965 überarbeiteten Entwurf einer Erklärung des SED-W Parteivorstandes, die anschließend in der „Wahrheit“ unter dem Titel veröffentlicht wurde: „Wie soll es in Westberlin weitergehen?“, in: PB-Protokoll vom 12.10.1965, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1119, Bl. 240-252.

¹¹⁴ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 400.

¹¹⁵ Vgl. unter Stichwort „21. Feb. 1966“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

¹¹⁶ Vgl. Stellungnahme des Ersten Sekretärs des Parteivorstandes der SED-W, Gerhard Danelius, zum Verbot der Durchführung des I. Parteitages der SED-W (21.2.1966), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 538.

Zu den anvisierten Maßnahmen der SED vgl.: Schreiben von Lamberz an Norden vom 22.2.1966, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/9.02/25, nicht paginiert.

¹¹⁷ Vgl. Joseph K. Witsch (Hg.): Erster Parteitag der SED West-Berlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 10/2. Maiheft 1966, S. 145; Eberhard Schröder/Reiner Zilkenat: Der I. Parteitag der SED-W im Mai 1966, in: Konsequent, Sonderband 2/1987, S. 100.

¹¹⁸ Anzumerken ist, dass diese Veranstaltung – wie auch eine Vielzahl weiterer – vom Ministerium für Staatssicherheit operativ begleitet wurde. Vgl. Schreiben von Erich Mielke vom 20.5.1966, in: BStU, ZA, MfS BdL/Dok. 3385, Bl. 1.

Das internationale Medienecho war enorm, über hundert Journalisten kamen zur Veranstaltung.¹¹⁹ Allein dies wurde von der SED-W bereits als großer Erfolg betrachtet. „Immer wieder erklärten die Funktionäre mit Genugtuung, es sei erstmals gelungen, eine größere Parteiversammlung in aller Öffentlichkeit durchzuführen und in der Weltpresse Beachtung zu finden.“¹²⁰ Stillschweigen oder auch Nichtwissenwollen herrschte allerdings darüber, dass die gesamte Inszenierung mitsamt der Rede des Parteivorsitzenden und allen dem Parteitag vorgelegten Dokumenten zuvor zwischen Danelius auf der einen Seite und Verner, Geggel (Westabteilung), sowie Ulbricht und dem Politbüro auf der anderen Seite in enger Abstimmung erarbeitet worden war.¹²¹

Auf dem Parteitag wählten die Delegierten die 41 vorgeschlagenen Mitglieder zum Parteivorstand, der wiederum aus seinen Reihen die Mitglieder für die Besetzung des elfköpfigen Sekretariates bestimmte. Als Parteivorsitzender einmütig wieder gewählt wurde Gerhard Danelius. Der Parteivorsitzende erstattete Bericht und verkündete den zuvor mit Ulbricht abgesprochenen programmatischen Kurs, der dem Parteitag als Beschlussvorlage unter dem Titel „Vorschläge der SED-Westberlin für eine friedvolle und glückliche Zukunft unserer Stadt“ vorlag. In diesem Programm, das die Delegierten unter großer Zustimmung verabschiedeten, hieß es unter anderem: „Hört Westberlin auf, der vorderste Graben gegen die Deutsche Demokratische Republik zu sein, hilft es, den Kalten Krieg abzubauen, dann kann unsere Stadt fruchtbare Gespräche mit der DDR zur friedlichen Lösung ihrer eigenen Probleme führen. Sie wird damit zugleich eine gute Rolle in der gesamtdeutschen Politik und im Interesse der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit spielen.“¹²²

¹¹⁹ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 402.

¹²⁰ Bundesminister des Innern (Hg.): Die Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966, Bonn 1967, S. 47, enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/10.02/181.

¹²¹ Vgl. PB-Protokoll vom 8.2.1966, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1142, Bl. 5, 7, 12-49; PB-Protokoll vom 17.5.1966, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1058, Bl. 1 f., 5.

In einem Schreiben von Danelius an Ulbricht heißt es: „Werter Genosse Walter Ulbricht! Deinen Brief vom 10. Februar 1966 habe ich erhalten. Ich freue mich über die darin enthaltenen zusätzlichen Gedanken und Anregungen, die selbstverständlich bei der Ausarbeitung des Referats von mir berücksichtigt werden. Ich möchte noch einmal für Deine Darlegungen im Politbüro zum Inhalt unseres Parteitages und für Deinen Brief vom 10. Februar d. J. herzlich danken. Mit freundlichem Gruß [...] G. Danelius [...]“ Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 10.2.1966, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 86.

¹²² SED-W (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des I. Parteitages der SED-W, Berlin 1966, S. 283.



Ansprache des 2. Vorsitzenden Erich Ziegler auf dem 1. Parteitag der SED-W in den Spandauer Festälen am 21. Mai 1966 (Foto: Karl-Heinz Schubert, Landesarchiv Berlin).

Abgesehen davon bestand das wichtigste Ergebnis des Parteitages in der Annahme eines neu überarbeiteten Statuts, dem die überwiegende Mehrheit der Delegierten zugestimmt hatte. Mit diesem Statut versuchte sich die SED-W einen demokratischen Anstrich zu geben und das Image einer militanten Kaderpartei abzustreifen.¹²³ So war im Gegensatz zum Statut von 1962 die Wortwahl des neuen Statuts weniger aggressiv gewählt. Die SED-W bezeichnete sich „nicht mehr als ‘Partei neuen Typus’ [...] und versicherte jetzt ausdrücklich: ‘Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands-Westberlin ist eine demokratische Partei.’“¹²⁴ Insbesondere die Präambel war „ins Positive und auf verständigungsbereite Zusammenarbeit auf breitesten Basis gerichtet.“¹²⁵ Die SED-W versicherte, dass sie sich „für das Wohl der arbeitenden Menschen, für Demokratie, Frieden und Völkerverständigung“ einsetze und „für gute Beziehungen Westberlins zur Bundesrepublik, zur Deutschen Demokratischen Republik und zu den europäischen Staaten in West und Ost“ eentrete. Trotz dieser breit gewählten Formulierungen blieb die grundlegende Bestimmung der SED-W in ihrem Statut erhalten. Danach kämpft sie auch weiterhin „unermüdlich für die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“. Ihr Organisationsprinzip blieb der „demokratische Zentralismus“. Und ihr

¹²³ Vgl. Joseph K. Witsch (Hg.): Erster Parteitag der SED West-Berlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 10/2. Maiheft 1966, S. 145; Joseph K. Witsch (Hg.): Änderungen am Statut der SED-W, in: SBZ-Archiv, Nr. 11/1. Juniheft 1966, S. 162 f.

¹²⁴ Joseph K. Witsch (Hg.): Erster Parteitag der SED West-Berlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 10/2. Maiheft 1966, S. 145.

¹²⁵ Joseph K. Witsch (Hg.): Erster Parteitag der SED West-Berlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 10/2. Maiheft 1966, S. 146.

„Endziel“, so hieß es dort, war der Sozialismus.¹²⁶ Erich Ziegler, Funktionär der SED-W, kommentierte das Statut der SED-W wie folgt: „Marxistisch-leninistische Parteien bestimmen die Perspektiven und Aufgaben ihres Kampfes nach den konkreten historischen und sozialen Bedingungen ihres Landes unter Berücksichtigung der internationalen Lage.“¹²⁷ Diplomatisch besser konnte man nicht ausdrücken, dass in der SED-W im Grunde alles beim Alten geblieben war.

Die Beziehungen zwischen der sich entwickelnden Studentenbewegung und den Kommunisten begannen sich 1966 zu intensivieren. So forderte die SED-W ihre Mitglieder beispielsweise auf, an der „Demonstrationen der ‘Kampagne für Abrüstung‘ gegen die amerikanische Vietnapolitik“¹²⁸ aktiv teilzunehmen. Zudem veranstaltete der „kommunistisch gelenkte ‘Ständige Arbeitsausschuss für Frieden, nationale und internationale Verständigung, Westberlin‘ [...] eine Geldsammlung unter dem Motto ‘Hilfe für Vietnam‘, an der sich überwiegend Angehörige der ‘SED-Westberlin‘ und [...] ihre] Hilfsorganisationen beteiligten. Im Dezember 1966 ließ dieser Ausschuss dem Leiter der ‘Ständigen Vertretung der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams‘ im Sowjetsektor Berlins als Sammlungsergebnis DM 35.000 übergeben.“¹²⁹ Die SED-W war darüber hinaus gleichzeitig

¹²⁶ Vgl. Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands-Westberlin (1966), in: SED-W (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des I. Parteitages der SED-W, Berlin 1966, S. 295-307.

¹²⁷ Eberhard Schröder/Reiner Zilkenat: Der I. Parteitag der SED-W im Mai 1966, in: Konsequent, Sonderband 2/1987, S. 108.

¹²⁸ Bundesminister des Innern (Hg.): Die Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966, Bonn 1967, S. 48, enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/10.02/181.

¹²⁹ Bundesminister des Innern (Hg.): Die Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966, Bonn 1967, S. 49, enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/10.02/181.

bemüht, mit Hilfe der von ihr gesteuerten Berliner Mietergemeinschaft e. V.¹³⁰, der etwa 300 Mitglieder angehörten, eine Mieterbewegung in Gang zu bringen. Die Mitgliederzahl des Vereins konnten jedoch die Kommunisten – trotz einer großen Werbeaktion – kaum steigern und auch ihre „Protestversammlungen gegen die Aufhebung der Wohnungsbesitzerschaft hatten nur geringen Besuch.“¹³¹

Im Jahr 1966 liefen in der SED-W die Vorbereitungen für die nächsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 12. März 1967. Wie vor jeder Wahl begannen die SED-W-Kreisvorstände „mit der Sammlung von Unterschriften, durch die sich die Unterzeichner verpflichteten, den Wahlvorschlag der „SED-Westberlin“ auf der amtlichen Liste durch ihre Unterschrift zu unterstützen. Hierbei sammelte die SED[-W] etwa 11.000 Unterschriften.“¹³² Ebenfalls wie immer durchlief die Ausarbeitung des Wahlprogramms die

¹³⁰ Der Verfassungsschutz berichtete für das Jahr 1966, dass die Berliner Mietergemeinschaft e. V. vom SED-W-Parteivorstand gesteuert werde. Der Verfassungsschutz stufte die Berliner Mietergemeinschaft e. V., die in dieser Zeit etwa 300 Mitglieder hatte, in den 1960er Jahren als eine gesteuerte (Tarn-)Organisation der SED-W ein. Der Anteil der darin mitwirkenden Westberliner Kommunisten dürfte relativ hoch gewesen sein. Zudem sollen umfangreiche Postwurfsendungen der Berliner Mietergemeinschaft e. V. in der Mitte des Jahres 1966 von der SED-W mitorganisiert und finanziert worden seien. Die Mitgliederzahl der Berliner Mietergemeinschaft e. V. vergrößerte sich in den nachfolgenden zwei Jahrzehnten erheblich (1979: 3.000; 1985: 6.000; 1986: 8.000). In den 1970er und 1980er Jahren halten der Verfassungsschutz wie auch die Westabteilung in ihren Berichten fest, dass die Berliner Mietergemeinschaft e. V. von der SEW „beeinflusst“ wird. Der Verfassungsschutz bezeichnet sie als eine „Vorfeldorganisation“ und die Westabteilung als eine Organisation, die der SEW „nahe steht“. Ein SEW-Mitglied gab diesbezüglich in einem „Gespräch“ mit dem MfS 1972 folgende Auskunft: „Es stimmt, dass die Genossen der SEW in dieser ‘Berliner Mietergesellschaft’ verankert sind, es stimmt aber nicht, dass diese ‘Mietergesellschaft’ von der SEW finanziert wird.“ Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 31.5.1972, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 179. Vgl. Die SED sucht wieder Dumme, in: Berliner Zeitung (B.Z., Westberlin) vom 26. Mai 1966, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 291; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 109; Bundesminister des Innern (Hg.): Die Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966, Bonn 1967, S. 48, enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/10.02/181; VSB für 1986, S. 38; VSB für 1987, S. 27; Maßnahmenplan zum Kampf der Partei gegen die beabsichtigten Mieterhöhungen, die Beseitigung des Mieterschutzes und die Aufhebung der Wohnraum-Bewirtschaftung in Westberlin (Lücke-Plan) (von Westberliner Leitung, 10.2.1960), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 102; Nächste Schritte zur Entwicklung einer Bewegung der Mieter gegen die drohende Mietpreisseigerung (von SED-W, 19.2.1965), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 102; Information über der SEW nahestehende Organisationen (2.12.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Information über den Propagandisten-Lehrgang der SEW in der Zeit vom 10. bis 14.6.1985 (von IPW, 17.6.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

¹³¹ Bundesminister des Innern (Hg.): Die Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966, Bonn 1967, S. 48, enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/10.02/181.

¹³² Bundesminister des Innern (Hg.): Die Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966, Bonn 1967, S. 48, enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/10.02/181.

Um positive Stimmung für sich zu machen, hatte die SED-W Anfang Dezember 1966 Abonnenten ihrer Zeitung „Die Wahrheit“ und Unterzeichnern der SED-W-Wahlvorschläge eine Besuchsgenehmigung für Ostberlin in Aussicht gestellt. Nachdem allerdings das Fernsehen und die Presse davon Wind bekamen, stellten die SED-W die Ausgabe von Antragsformularen unverzüglich ein. Vgl. Bundesminister des Innern (Hg.): Die Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966, Bonn 1967, S. 49, enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/10.02/181.

Stationen Danelius, SED-W-Parteivorstand, Politbüro, Ulbricht, Verner und zurück.¹³³ Die offizielle Verkündigung des Programms erfolgte auf einer Pressekonferenz der SED-W am 18. Januar 1967. Als einen günstigen Ansatzpunkt für ihre Wahlagitation benutzte die SED-W die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in einigen Teilen der Westberliner Industrie und den damit verbundenen Arbeitsplatzabbau. Die Schuld gaben die Kommunisten der Bundesregierung, den Monopolen und Millionären. Wie gehabt, ließen ihre Wahlvorschläge (Umsetzung einer erweiterten und qualifizierten Mitbestimmung, Aufbau „normaler“ Beziehungen zur DDR, Entwicklung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den Ostblockstaaten etc.) darauf hinaus, dass Westberlin eine von Bonn unabhängige Politik betreiben solle. Im Wahlprogramm hieß es kernig: „Die Gunst der Lage Westberlins besteht gerade darin, dass unsere Stadt es nicht nötig hat, alles zu schlucken, was in Bonn gekocht wird. Die Sozialistische Einheitspartei ist dafür, aus der Bundesrepublik das zu nehmen, was für unsere Stadt vorteilhaft ist, aber nicht das, was uns schadet.“¹³⁴ Natürlich fehlte auch nicht der abschließende Hinweis, dass, wenn erst einmal die SED-W im Rathaus Einfluss habe, die Passierscheinfrage vernünftig geordnet werden könne. Insbesondere dieses Thema baute sich für die SED-W zu einer Art Wahlkampfschlager aus, da zu dieser Zeit die Übereinkunft der Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten (Härtestelle) auslief, bei der sich die Westberliner Kommunisten pressewirksam als Vermittler und Kontaktgeber darstellten.¹³⁵ Am 12. März 1967 gewannen die Kommunisten bei den Westberliner Wahlen, wohl vor allem mit Hilfe junger Wähler, 9.000 Stimmen dazu: 2,1 Prozent (= 29.925 Stimmen) gingen an die SED-W, 7,1 Prozent an die FDP, 32,9 Prozent an die CDU und 56,9 Prozent an die SPD. FDP und SPD führten ihre Koalition fort. Neuer Regierender Bürgermeister wurde Heinrich Albertz (SPD), nachdem Willy Brandt im November 1966 zurückgetreten war, um in der Großen Koalition in Bonn das Amt des Außenministers und Vizekanzlers zu übernehmen. Aufgrund parteiinterner Querelen, ausgelöst durch die Ausschreitungen und den Tod von Benno Ohnesorg beim Schah-Besuch (am 2. Juni 1967), erklärte Albertz im September 1967 seinen Rücktritt. Das Amt des Regierenden Bürgermeisters übernahm daraufhin Klaus Schütz (SPD).

Die Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und der Studentenbewegung war während dieser Zeit enger geworden. Die SED-W wurde zu einem festen, wenn auch nicht unumstrittenen

¹³³ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner und an Ulbricht vom 14.11.1966, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 23.12.1966 und vom 17.1.1967, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 90 bzw. 91; PB-Protokoll vom 19. Dezember 1966, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1090, Bl. 1,3; PB-Protokoll vom 10.1.1967, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1200, Bl. 6 f., 19-31; Wortprotokoll einer Unterredung zwischen Ulbricht und Danelius vom 19.12.1966, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Beschlüsse (von Politbüro an Danelius, 19.12.1966), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 79; Vorschläge zum Programm der SEW zur Entwicklung der Handelsbeziehungen Westberlins (vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel an Danelius, 15.2.1967), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 79.

¹³⁴ Wahlprogramm der SED-W vom 18.1.1967, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 96.

¹³⁵ Vgl. Initiative der SED-W im Interesse eines neuen Passierscheinabkommens. Danelius schaltet sich ein. Briefe an den Regierenden Bürgermeister Albertz und an DDR-Ministerpräsidenten Stoph, in: Die Wahrheit vom 12.1.1967, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 287; Brief von Willi Stoph an Gerhard Danelius, in: Neues Deutschland vom 14.1.1967, in: ebenda, Bl. 285 f.; Annamarie Doherr: Ost-Berlin will persönliche Antwort. Brief von Abusch an Albertz wird mehr und mehr zu Prestige-Sache, in: Frankfurter Rundschau vom 18.1.1967, in: ebenda, Bl. 281; Annamarie Doherr: Danelius bietet seine Kontakte an. West-Berliner SED will sich um Offenhaltung der Härtestelle bemühen, in: Frankfurter Rundschau vom 19.1.1967, in: ebenda, Bl. 279.

Bestandteil der Außerparlamentarischen Opposition (APO). Sie behauptete ihre Stellung in der Bewegung – trotz zum Teil erheblicher Auseinandersetzungen. Gemeinsam demonstrierte man „gegen die USA-Aggression in Vietnam, gegen Notstandspolitik und Notstandspraxis, für mehr Rechte der Studenten in- und außerhalb des akademischen Raums, für die Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten und für die Herstellung normaler Beziehungen Westberlins zur Deutschen Demokratischen Republik.“¹³⁶ Die Kommunisten unterstützten die Kampagne „Enteignet Springer“¹³⁷ und nahmen ebenfalls im November 1967 an der Demonstration vor dem Moabiter Kriminalgericht für die Freilassung von Fritz Teufel teil.¹³⁸ Zu Propagandazwecken erarbeitete die SED-W Erklärungen mit den Titeln „Für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt“, „Grundsätze einer demokratischen Bildungs- und Hochschulreform“ und „Für die erweiterte und qualifizierte Mitbestimmung in den Betrieben und in der Wirtschaft“. Diese in hoher Stückzahl produzierten Dokumente, abgestimmt mit der SED und beraten mit der KPdSU in Moskau, wurden unter der Bevölkerung verteilt und dienten nicht zuletzt dazu, die Gemeinsamkeiten zwischen Studentenbewegung und Kommunisten hervorzuheben.¹³⁹ Den Höhepunkt der Zusammenarbeit bildete die Demonstration zum 1. Mai 1968, deren Route auf Vorschlag der Kommunisten durch Neukölln und Kreuzberg führte.¹⁴⁰ Seit den letzten zwei Jahren waren mittlerweile rund 1.300 zumeist junge Menschen in die SED-W eingetreten; erstmals hatte die Partei dadurch eine absolute Steigerung ihrer Mitgliederzahl verzeichnen können.¹⁴¹ Problematisch dabei war, dass die Jüngeren nicht immer ganz so linientreu waren, wie man von ihnen erwartete.¹⁴²

Im August 1968 allerdings geriet das Aktionsbündnis zwischen APO und Kommunisten mit der Niederschlagung des Prager Frühlings in eine schwere Krise. Die Tatsache, dass die SED-W den Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei befürwortete und als eine „Tat für den Frieden“¹⁴³ bezeichnete, veranlasste die meisten Studenten dazu, sich von den Kommunisten zu distanzieren. Dennoch belebten sich die Kontakte nach einiger Zeit erneut und ab Dezember 1968 führte man wieder gemeinsame Aktionen durch. Ab Mitte 1969 allerdings setzte der generelle Zerfallsprozess in der APO ein, wobei ein Teil der Anhänger in die SED-W eintrat.

¹³⁶ Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 9.10.1967, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹³⁷ Vgl. Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 9.10.1967, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹³⁸ Vgl. Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 210.

¹³⁹ Vgl. Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 25.4.1968, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 104; Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 24.6.1968, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹⁴⁰ Vgl. Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 25.4.1968, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 105.

¹⁴¹ Vgl. Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 4.4.1968, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

¹⁴² Beispielsweise heißt es in einer Einschätzung eines SED-W-Funktionärs vom 15.12.1967: „Die ideologischen Schwächen bei einigen jungen Genossen [der SED-W] zeigen sich darin, dass die wirklichkeitsfremden Ideologien der ‘Maoisten’, der studentischen ‘Kommune’ u. a. p[s]eudo-revolutionäre Theorien und Gruppierungen Anklang finden.“ Zit. nach Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 208.

¹⁴³ Grundsatzserklärung der 11. Tagung des Parteivorstandes der SED-W (18.10.1968), abgedruckt als Dokument Nr. 4 in: Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 257.

Anpassung des Statuts und Umbenennung der Partei

Schon seit geraumer Zeit hatte für die SED-W eine erneute Veränderung ihres Statuts auf der Tagesordnung gestanden. Diese Anpassung war erforderlich geworden, um den Vorgaben des „Gesetzes über die politischen Parteien“ (Parteiengesetz) zu entsprechen, welches der Bundestag am 24. Juli 1967 beschlossen und das Westberliner Abgeordnetenhaus am 6. Dezember 1967 übernommen hatte. Danelius führte hierzu die Vorarbeiten durch und wandte sich am 9. Januar 1969 mit einem Schreiben an das Politbüro. Darin hieß es: „An die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros [...] Werte Genossen! Für die Politbürositzung am 14. d. M. [dieses Monats] übersende ich Euch unsere Vorschläge zur Durchführung des Außerordentlichen Parteitages unserer Partei am 15. Februar 1969. In den Vorschlägen sind alle statutarischen Veränderungen enthalten, die sich auf Grund des vom Senat übernommenen Bonner Parteiengesetzes für unsere Partei ergeben. Zugleich haben wir auch die Präambel des Statuts den neuen Erfordernissen und der Entwicklung angepasst. Alle neuen Formulierungen und Einfügungen sowohl in der Präambel als auch in den einzelnen statutarischen Bestimmungen sind durch Unterstreichung hervorgehoben.“¹⁴⁴ In den oben von Danelius erwähnten Vorschlägen steht unter anderem: „Im Einzelnen werden für unsere Partei [(SEW)] folgende statutarische Veränderungen notwendig: 1) Die Kurzbezeichnung der Partei, ihr Sitz und ihr Tätigkeitsgebiet, 2) Festlegung der Organe, die zur Einreichung (Unterzeichnung) von Wahlvorschlägen zu den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen und zum Abgeordnetenhaus befugt sind, 3) die Bestimmungen über eine Urabstimmung und die Festlegung der Regeln für die Verschmelzung mit anderen Parteien oder die Auflösung der Partei, wenn ein Parteitag einen entsprechenden Beschluss fasst, 4) die Neufestlegung der Abstände, in denen Parteitage einberufen werden müssen und der Vorstand gewählt wird. Die Legislaturperiode darf nach dem Gesetz im Höchstfall zwei Jahre betragen, 5) die Umbildung der Schieds- und Revisionskommissionen in Parteischiedsgerichte.“¹⁴⁵ Hierzu wird ergänzend angeführt: „Wir haben die Veränderungen so formuliert, dass sie die Organisationsprinzipien einer marxistisch-leninistischen Partei, den demokratischen Zentralismus und die innerparteiliche Demokratie nicht verletzen.“¹⁴⁶ Der Grund für die Umbenennung der Partei findet sich nur wenige Zeilen später: „In diesem Zusammenhang möchten wir vorschlagen, dass sich unsere Partei in Zukunft ‘Sozialistische Einheitspartei Westberlins’, Kurzbezeichnung: SEW nennt. Unseres Erachtens können daraus keine Schwierigkeiten erwachsen. Die Bezeichnung ‘Sozialistische Einheitspartei Westberlins’ trägt der Tatsache Rechnung, dass Westberlin eine besondere politische Einheit ist, und dass unsere Partei ihre Tätigkeit ausschließlich in Westberlin ausübt.“¹⁴⁷

Am 14. Januar 1969 beschloss das Politbüro auf seiner Sitzung in Anwesenheit von Danelius (Berichterstatter) und Schmitt: „Die [von Danelius vorgetragenen] Information über die Vorbereitung

¹⁴⁴ Schreiben von Danelius an das Politbüro vom 9.1.1969, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1350, Bl. 80.

¹⁴⁵ Vorschläge zur Durchführung des Außerordentlichen Parteitages unserer Partei am 15. Februar 1969, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1350, Bl. 82.

¹⁴⁶ Vorschläge zur Durchführung des Außerordentlichen Parteitages unserer Partei am 15. Februar 1969, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1350, Bl. 83.

¹⁴⁷ Vorschläge zur Durchführung des Außerordentlichen Parteitages unserer Partei am 15. Februar 1969, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1350, Bl. 83.

des außerordentlichen Parteitages der SED Westberlin, die vorgeschlagenen Statutenänderungen und die Änderung des Namens in SEW werden zustimmend zur Kenntnis genommen.¹⁴⁸ Wie geplant hielten daraufhin die Westberliner Kommunisten am 15. Februar 1969 ihren Außerordentlichen Parteitag in der „Neuen Welt“ (Hasenheide/Berlin-Neukölln) ab, auf dem sie ihre Partei in Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) umbenannten. Ferner verabschiedeten die Delegierten einmütig das umgewandelte Statut sowie eine Präambel mit der Bezeichnung „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins“.¹⁴⁹ Damit war der Transformationsprozess von der SED in Westberlin zur SEW grundsätzlich abgeschlossen. Wenige Monate später fuhr eine Delegation der SEW zur Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, die vom 5. bis 17. Juni 1969 in Moskau stattfand. Der Leiter der SEW-Delegation, der Parteivorsitzende Gerhard Danelius, erklärte dort in seiner Rede auf der Vormittagssitzung am 9. Juni 1969: „Wir sehen in der engen Verbundenheit mit der KPdSU und dem Land Lenins, mit der SED, der Erbauerin des Sozialismus im Geburtsland von Marx und Engels, mit allen kommunistischen und Arbeiterparteien im gemeinsamen antiimperialistischen Kampf die Bürgschaft des weiteren Vormarsches der Weltbewegung für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Dazu will die Sozialistische Einheitspartei Westberlins auf dieser Beratung nach Kräften beitragen. Dazu wird sie auf ihrem Kampfplatz in Westberlin ihre internationalistische Pflicht erfüllen.“¹⁵⁰

Die nächsten Schritte der SEW waren auf die für März 1971 anberaumten Wahlen in Westberlin gerichtet. Im Hinblick darauf bastelte die Partei an einem Programm. Unterstützung bei der Ausarbeitung erhielt Danelius wie eh und je vom SED-Apparat. Seine nach Ostberlin eingesandten Entwürfe kamen mit zahlreichen kritischen Anmerkungen zurück, die im Kern darin mündeten, dass die Partei zuwenig Konstruktives und „keine neuen hinausweisenden Lösungen als die bisherigen, altbekannten“,¹⁵¹ präsentieren würde. Diese Feststellung fiel allerdings in gleicher Weise auf die mit der Überarbeitung der Entwürfe betrauten SED-Apparatschiks zurück, da auch ihre Hinweise nichts substanzell Neues zu bieten hatten. Das Programm erhielt am Ende den Titel „Aktionsprogramm der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt“ und wurde auf dem II. Parteitag der SEW, der in der Zeit vom 22. bis 24. Mai 1970 stattfand, nach nur geringfügigen stilistischen Abänderungen einmütig von den Delegierten (mit beschließender Stimme: 381; mit beratender Stimme: 141) verabschiedet. An diesem Parteitag, dessen Durchführung Ostberlin unter anderem durch die Bereitstellung von Schreibkräften und technischen Hilfsmittel unterstützte¹⁵², nahmen 170 Gäste, darunter

¹⁴⁸ PB-Protokoll vom 14.1.1969, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1210, Bl. 6.

¹⁴⁹ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der SEW, Berlin 1969, S. 120-135.

¹⁵⁰ Rede des Leiters der Delegation der SEW, Parteivorsitzender Gerhard Danelius, auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau am 9. Juni 1969, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 52.

¹⁵¹ Bemerkungen zum Programm-Entwurf der SEW (31.03.1970), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715. Vgl. ebenda; Bemerkungen zum Programm-Entwurf (23.03.1970), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715; Programm der SEW „Für demokratischen und sozialen Fortschritt – gegen Monopolherrschaft und Reaktion“ (Entwurf von 1970), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715; Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 13.3.1970, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.028/20, nicht paginiert.

¹⁵² Vgl. Schreiben von Ziegler an Trautzsch (Büro des Politbüros beim ZK der SED) vom 30.4.1970, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 116.

Schriftsteller und Künstler, teil. Vertreten waren ferner Delegationen der Bruderparteien von KPdSU, SED, PVAP (Polen), KPC (Tschechoslowakei), FKP (Frankreich) und der 1968 gegründeten DKP (Nachfolgeorganisation der 1956 in der Bundesrepublik verbotenen KPD). Insgesamt stieß der II. Parteitag der SEW auf große Zustimmung der Delegierten. Beifall gab es beispielsweise bei der Ansprache des Genossen Mies (DKP) sowie bei der Rede des Vertreters der KPC – einem gewissen Genossen Moc, der „noch einmal die Bedeutung der internationalistischen Aktion der sozialistischen Staaten vom 21. August 1968 hervorhob und die KPdSU würdigte.“¹⁵³ Abgesehen von der Bedeutung des Parteitages als Auftakt für den bevorstehenden Wahlkampf, fielen dort vor allem wichtige organisatorische Entscheidungen. Zum einen befürwortete der Parteitag den Vorschlag des Vorstandsmitgliedes Karlheinz Kniestedt, eine marxistisch-leninistische Abendschule (MASCH) zu bilden.¹⁵⁴ Zum anderen stimmten die Delegierten dafür, ein politisches Büro als ein weiteres zentrales Leitungsorgan einzurichten, dessen Wahl der Mitglieder – ebenso wie beim bereits bestehenden Sekretariat – vom Parteivorstand vorgenommen wurde (Neufassung des Abschnitts 11 des SEW-Statuts). Der auf diesem II. Parteitag gewählte Parteivorstand umfasste 47 Personen (1966: 41), das Sekretariat wie bisher 11 und das neu installierte Büro 13 Personen. Zu ihrem Vorsitzenden wählten die SEW-Delegierten nahezu einstimmig Gerhard Danelius sowie Ziegler als dessen Stellvertreter.¹⁵⁵

¹⁵³ Information über den Verlauf und die Ergebnisse des II. Parteitages der SEW (erstellt von Werner Ruch (SED-Westabteilung), 25.5.1970), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

¹⁵⁴ Die MASCH wurde am 20. Oktober 1970 eröffnet. Unter Leitung von Karlheinz Kniestedt (später: Margot Granowski) organisierte die MASCH seminarähnliche Schulungskurse und Vorträge für Mitglieder und Interessenten der SEW. Die Veranstaltungen der Abendschule fanden im Haus des SEW-Kreisvorstandes Charlottenburg statt. Die MASCH war ein zusätzlicher Baustein im Schulungssystem der SEW, dass sich darüber hinaus zusammensetze aus Schulungsveranstaltungen des Parteivorstandes, der Kreisorganisationen und der Parteigruppen. Ausführlich hierzu: Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1980, S. 105-128. Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SEW, Berlin 1972, S. 66 f.; Schreiben von Schmitt an Honecker vom 5.4.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹⁵⁵ Vgl. Information über den Verlauf und die Ergebnisse des II. Parteitages der SEW (erstellt von Werner Ruch (SED-Westabteilung), 25.5.1970), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.



Außerordentlicher Parteitag der SED-W/SEW am 15. Februar 1969 in der „Neuen Welt“. V.l.n.r.: Erich Ziegler, Gerhard Danelius und Horst Schmitt (Foto: Landesarchiv Berlin).

Ost-West-Annäherungen und Westberliner Wahlen 1971

Der II. Parteitag der SEW fand in einer Zeit statt, in der die deutsch-deutschen Beziehungen infolge der von der sozial-liberalen Koalition in Bonn eingeleiteten neuen Ostpolitik in Bewegung geraten waren und in der sich auch das Verhältnis zwischen den Großmächten vorübergehend zu entspannen begann. So hatte sich bei den Verantwortlichen in Moskau und Washington 1969 die Erkenntnis durchgesetzt, dass für den Konfliktbereich Westberlin eine Lösung gefunden werden musste. Um die Fragen nach einer dauerhaften Sicherung Westberlins, Erleichterungen für die Bevölkerung und störungsfreien Zugangswegen zu klären, liefen 1969 „die Vorbereitungen für eine Vier-Mächte-Konferenz [UdSSR, USA, Groß-Britannien und Frankreich] an, die am 26. März 1970 im früheren Gebäude des Berliner Kammergerichts, das seit 1945 für den Alliierten Kontrollrat bereitstand, eröffnet wurde. Die Verhandlungen führten die Botschafter der Vier Mächte, denen die Aufgaben der Alliierten in Bezug auf Deutschland als Ganzes übertragen worden waren, und so hatte es den Anschein, als ob der Alliierte Kontrollrat wieder zusammengetreten sei.“¹⁵⁶ Der Einigungsprozess dauerte eineinhalb Jahre und fand seinen Niederschlag in dem am 3. September 1971 unterzeichneten Viermächteabkommen über Berlin (Berlinabkommen).

Bereits vor und auch während der Vier-Mächte-Konferenz gab es eine Reihe von Kontakten und Verlautbarungen zwischen Ost und West, um die Positionen auszuloten beziehungsweise klarzustellen und den Verhandlungsgang zu beeinflussen. Die SEW spielte in diesem

¹⁵⁶ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 144.

Zusammenhang eine untergeordnete Rolle, diente aber zumindest – wie gewöhnlich – als ein zusätzliches Sprachrohr des Ostens. Zu diesem Zweck wurde am 4. Februar 1971 ein offizielles Treffen zwischen einer SEW-Delegation und dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, in Ostberlin arrangiert, bei dem die Kommunisten ihre bekannten Forderungen und Versprechungen im Hinblick auf Westberlin mit einem Kommunique nochmals hervorhoben. Das Treffen mit Stoph war zudem als Maßnahme der Wahlkampfunterstützung gedacht, um den Westberlinern zu zeigen, dass die SEW die einzige Partei in der Stadt sei, die zum Wohle der Bevölkerung handeln und sich deshalb für normale Beziehungen mit der DDR einsetzen würde.¹⁵⁷ Moskau hingegen war damit noch nicht zufrieden und bemängelte intern gegenüber der SED, dass die Bedeutung des Kommuniques bei weitem nicht völlig ausgeschöpft sei. Nur wenige Tage später erfolgte ein offizielles Treffen zwischen Danelius und dem Außerordentlichen Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der DDR, P. A. Abrassimow (Mitglied des ZK des KPdSU), dessen Presseverlautbarung zwischen den Zeilen erahnen ließ, dass die Sowjetunion im Gegensatz zur DDR weitaus entschiedener an einer Lösung des Westberlin-Problems im Rahmen der laufenden Vier-Mächte-Verhandlungen interessiert und auch zu Zugeständnissen bereit war.¹⁵⁸

Auch wenn die internationale Tauwetterlage der SEW tatsächlich keine Vorteile brachte, war sie von deren Nutzen für sich überzeugt. Knapp zwei Monate vor den Westberliner Wahlen schrieb Danelius am 18. Januar 1971 an Ulbricht: „Unsere Partei tritt jetzt in die III. und entscheidende Etappe ihres Wahlkampfes ein. Wir eröffnen am 1. Februar auf einem Wahlkongress offiziell den Wahlkampf. Auf diesem Kongress wird das Wahlprogramm begründet und veröffentlicht. Zugleich werden Vertreter verschiedener Gruppen und Schichten unserer Bevölkerung auf diesem Kongress auftreten und zur Aktionseinheit mit der SEW und zur Wahl unserer Partei aufrufen. Selbst bei nüchternster Beurteilung kann man ohne weiteres sagen, dass unserer Chancen nicht schlecht stehen und dass wir mit einem Wahlerfolg rechnen können. Selbst die etablierten Parteien, CDU, SPD und FDP, räumen uns zum ersten Mal eine echte Chance ein. Die SPD

¹⁵⁷ Vgl. Dorothy Miller: East German Election Boost for Sew (Datum: 5.2.1971), in: Radio Free Europe Research, Box-Folder-Report 26-1-174, im Internet: <http://osaarchivum.org>, Stand: 2009. Vgl. unter Stichworten „4. Feb. 1971“, „8. Feb. 1971“ und „16. Feb. 1971“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarxiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

Die Idee, dass sich eine Delegation der SEW mit Vertretern der Regierung in Ostberlin treffen sollte, ging wohl auf Danelius zurück. Vgl. Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 18. Januar 1971; in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 117-119.

¹⁵⁸ Vgl. Für Genossen Honecker (Informationsschreiben an Honecker über eine Anfrage aus Moskau 1971), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 107-109; Entwurf einer ADN-Presseverlautbarung vom Februar 1971 über das Treffen zwischen Danelius und Abrassimow, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 110-111.

In dieser Zeit nutzten nicht nur die SED und KPdSU die SEW als Mitteilungs- und Informationskanal. Zumindest einmal führte ein gewisser Oberst Gleason, der sich als Berater des amerikanischen Stadtkommandanten, Generalmajor Seignious, in Westberlin ausgab, am 20. März 1970 ein vertrauliches Gespräch mit dem SEW-Funktionär Bruno Kuster (Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes) wahrscheinlich in Vorbereitung auf die Vier-Mächte-Konferenz, die am 26. März 1970 begann. Bei dieser Unterredung informierte sich Gleason über den Standpunkt der SEW im Hinblick auf Westberlin, fragte Kuster, was er von der Verwandlung ganz Berlins in eine selbständige Einheit halten würde, und ließ zugleich durchblicken, dass die amerikanische Seite für Verhandlungen offen sei. Den Amerikanern war sicherlich bewusst, dass die SEW derlei Hinweise direkt nach Ostberlin weiterleitete. Vgl. Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 23.3.1970 (einschließlich der Anlage: Gedächtnisprotokoll von Bruno Kuster über das Gespräch mit Oberst Gleason), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 112-115.

fürchtet sogar, ihre absolute Mehrheit zu verlieren. Da sie innenpolitisch wenig zu bieten hat, spekuliert die SPD auf außenpolitische Erfolge, insbesondere auf Regelungen der Westberlinfrage in ihrem Sinne, um daraus für den Wahlkampf Kapital zu schlagen.“¹⁵⁹

Die Wahlen fanden am 14. März 1971 statt. Die SEW erhielt 2,3 Prozent (= 33.845 Stimmen). Die SPD hatte zwar Verluste zu verzeichnen, behauptete aber mit 50,4 Prozent der Stimmen knapp ihre bisherige absolute Mehrheit. Mit ihrem Spitzenkandidaten Peter Lorenz gelang es der CDU 5,3 Prozentpunkte zur vorigen Wahl gutzumachen und insgesamt 38,2 Prozent der Stimmen zu erhalten. Die FDP gewann leicht hinzu und kam auf 8,4 Prozent. Klaus Schütz setzte daraufhin sein Amt als Regierender Bürgermeister fort und bildete einen reinen SPD-Senat, während CDU und FDP in die Opposition gingen.

Die SEW verlor nicht nur die Wahlen, sie verlor auch ihren Chef Ulbricht, der am 3. Mai 1971 vor dem ZK seinen Rücktritt erklärte. Dessen Sturz war von langer Hand von Moskau und Honecker, der sein Erbe antrat, vorbereitet worden und hatte vielfältige Gründe. Wahrscheinlich ließ ihn Moskau unter anderem deswegen fallen, weil er wohl bis zuletzt der sowjetischen Entspannungspolitik auch im Hinblick auf Westberlin skeptisch gegenüberstand.¹⁶⁰ Ulbricht befürchtete, dass die von der Sowjetunion angestrebten Verhandlungslösungen über die strittigen Berlinfragen, „eine Politik der verstärkten rechtswidrigen Einbeziehung Westberlins in den westdeutschen Staat“ nach sich ziehen würden.¹⁶¹ Deswegen hielt er daran fest, „dass die DDR ihre Rechtspositionen ständig betont und aufrechterhält. Es muss ständig klargestellt werden, dass Westberlin rechtens Bestandteil der DDR ist, der vorübergehend unrechtmäßig von den imperialistischen Westmächten besetzt wird.“¹⁶²

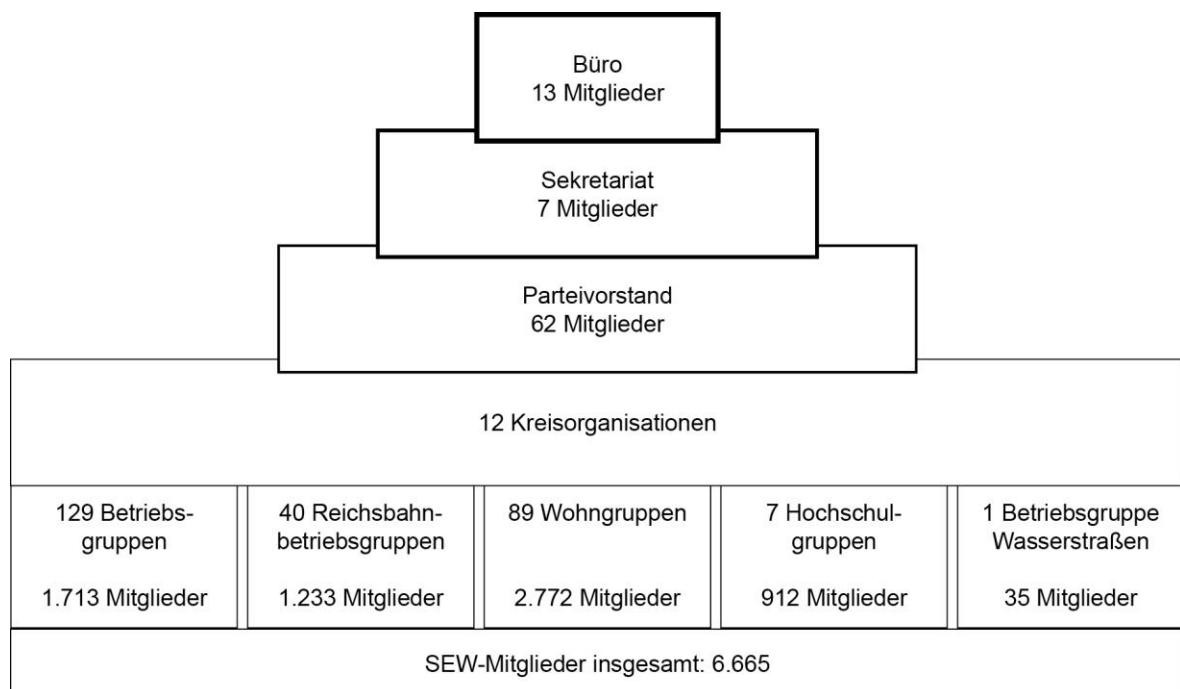
¹⁵⁹ Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 18.1.1971, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 117.

¹⁶⁰ Die Auffassung von Ulbricht als Hardliner, „der den Versuch eines Ausgleichs zwischen Bonn und Moskau und den Prozess einer deutsch-deutschen Verständigung verzögerte, indem er hartnäckig an seinen Maximalzielen festhielt“, ist in der Wissenschaft nicht gänzlich unumstritten. Zit. nach Peter Borowsky: Die DDR in den siebziger Jahren, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 258/1. Quartal 1998, S. 41. Vgl. ebenda, S. 40-42.

¹⁶¹ Jochen Staadt: „Heath sah keinen Unterschied zwischen Ost- und West-Berlin“. Am 3. Juni 1972 trat das Berliner Viermächte-Abkommen in Kraft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Berliner Seiten) vom 3.6.2002, S. 2.

¹⁶² Zit. nach Jochen Staadt: „Heath sah keinen Unterschied zwischen Ost- und West-Berlin“. Am 3. Juni 1972 trat das Berliner Viermächte-Abkommen in Kraft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Berliner Seiten) vom 3.6.2002, S. 2.

Abbildung 2: Schematische Darstellung des Parteiaufbaus der SEW für das Jahr 1977



Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlenangabe aus: SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Berlin 1977, S. 247-250; Auszug aus der Aktennotiz über die Absprache mit Gen. X vom Parteivorstand der SEW am 9.8.1978 (von MfS), in: BStU, ZA, MfS HA II Nr.16570, Bl. 25.

Zweites Kapitel: Entwicklung

1. Wahlkämpfe und Parteitage: 1972 bis 1980

Mit den Ostverträgen zu Beginn der 1970er Jahre und der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages 1972 hatte ein neues Kapitel in den deutsch-deutschen Beziehungen begonnen; die DDR war damit seitens der Bundesrepublik faktisch anerkannt und die Festschreibung des Status quo in Europa vollzogen.¹ Eingebettet in diese Vertragswerke war das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, das seinerseits mehrere Vereinbarungen zwischen der DDR, der BRD und Westberlin nach sich zog und als Gesamtpaket am 3. Juni 1972 in Kraft trat.² Zwar bestanden damit die unterschiedlichen Auffassungen über die Rechtsposition der beiden Teilstädte fort, jedoch waren den diesbezüglichen Ost-West-Streitigkeiten, wie sie auch in den nachfolgenden Jahren immer wieder aufflammten, aufgrund der juristischen Einkapselung des Problems die Schärfe genommen. Das Abkommen schmälerte nicht die alliierten Rechte. Allerdings akzeptierte die Sowjetunion darin „den Fortbestand der weiteren Entwicklung der gewachsenen (Ver-)Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland“³ und „gestand der Bundesrepublik auch die Außenvertretung West-Berlins zu“⁴. Zugleich war festgehalten worden, dass die „Westsektoren wie bisher kein Bestandteil [konstitutiver Teil] der Bundesrepublik Deutschland“⁵ sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden durften. Zum weiteren Inhalt des Vertragspaketes gehörten unter anderem die Garantie des ungehinderten Transitverkehrs sowie eine praktikable Besuchsregelung, die den Westberlinern den Zutritt in den Ostteil der Stadt und in die DDR ermöglichte.⁶

Die SED interpretierte das Vier-Mächte-Abkommen dahin gehend, dass damit der von ihr propagierte eigenständige Sonderstatus des Westteils der Stadt völkerrechtlich aufgewertet wäre, und sah so ein wichtiges Etappenziel für sich erreicht. Im Hinblick auf die SEW hieß dies, ihre

¹ Die Ostverträge bezeichnen den Abschluss des Gewaltverzichtsabkommens der Bundesrepublik mit der Sowjetunion (Moskauer Vertrag) am 12. August 1970 und am 7. Dezember 1970 mit der Volksrepublik Polen (Warschauer Vertrag). Ihnen hatte der Deutsche Bundestag am 17. Mai 1972 zugestimmt. Angeschlossen daran und im Zuge der Festigung und Normalisierung der Verhältnisse erfolgte der Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen beiden deutschen Staaten am 21.12.1972 sowie schließlich ein entsprechender Vertrag zum Gewaltverzicht mit der Tschechoslowakei 1973.

² Das Ergebnis der Verhandlungen ist in drei Vertragswerken niedergelegt worden, in dem eigentlichen Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, in einem Ausfüllungsabkommen, dessen Bestimmungen in deutsch-deutschen Verhandlungen erarbeitet worden waren, sowie einem Vier-Mächte-Schlussprotokoll, das am 3. Juni 1972 unterzeichnet wurde. Zu den weiteren Bestandteilen gehörte das Transitabkommen vom 17. Dezember, die Vereinbarung vom 20. Dezember 1971 zwischen der DDR-Regierung und dem Senat von Berlin über Reise- und Besuchsregelungen sowie Vereinbarungen, die den Gebietsaustausch festlegten.

³ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 145.

⁴ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 145.

⁵ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 146.

⁶ Vgl. Curt Gasteyer: Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945 bis 1993. Darstellung und Dokumentation, Bonn 1994, S. 275-278; Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 144-148.

Programmatik an die neuen und wie man glaubte günstigen Bedingungen anzupassen. Die SED-Westabteilung arbeitete hierzu an der Justierung des Konzeptes der Westberliner Bruderpartei. Zu einer der darin enthaltenen Aufgaben gehörte, dass sich die SEW weiterhin wie bisher für die Entwicklung guter bilateraler Beziehungen Westberlins mit der DDR und der Sowjetunion einsetzen sowie „aktive und lebendige Sozialismuspropaganda“ betreiben sollte. Ferner bestand die Vorgabe darin, gegen Verletzungen des Vier-Mächte-Abkommens seitens des Westens Front zu machen und darüber hinausgehenden Annäherungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik propagandistisch entgegenzuwirken;⁷ jedwedes Berühren des Themas über die Rolle und die völkerrechtliche Stellung Ostberlins war hingegen untersagt.⁸ Abgesehen davon wurde die SEW angehalten, sich verstärkt mit sozialen Fragen zu beschäftigen und hierauf kommunistische Antworten zu geben. Vor allem die Arbeiter und Angestellten wie auch die Jugend, insbesondere die Arbeiterjugend, sollten für die Partei gewonnen werden. Rechts- und Linksopportunismus jeglicher Couleur galt es zu bekämpfen. Unter anderem wurde diese Linie am 26. September 1972 auf einer Sitzung des Politbüros in Ostberlin den dazu eingeladenen führenden Vertretern der SEW, Danelius, Ziegler, Schmitt und Ahrens, vermittelt. Den dort an diesem Tag von Danelius vorgestellten Bericht über die Vorbereitung des III. Parteitages der SEW nahmen die anwesenden Politbüromitglieder zustimmend zur Kenntnis.⁹

Dritter Parteitag der SEW 1972

Der III. Parteitag der SEW fand in der Zeit vom 20. bis 22. Oktober 1972 statt; seiner Einladung waren acht Gastdelegationen von Bruderparteien gefolgt. Wie üblich inszenierte sich die Partei – SEW-Aktivisten berichteten von ihrer geleisteten Arbeit, die Delegierten beklauschten den Bericht

⁷ Vgl. Schreiben von Lorf (evtl. Peter Lorf, stellvertretender DDR-Kulturminister) an Werner Lamberz vom 29.12.1972 (einschließlich Anlage „Konzeption für ein Gespräch mit dem Leiter des Westberliner Senatspresseamtes, P. Herz“), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/78, Bl. 1-3; Schreiben von Schmitt an Verner vom 9.8.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 37 f.

⁸ Beispielsweise heißt es in einem Schreiben eines Mitarbeiters der Westabteilung an Danelius: „Lieber Gerhard! [...] Bei uns ist mit einiger Verwunderung vermerkt worden, dass die ‘Wahrheit’ jetzt des öfteren (unter anderem in der vorigen Woche aus der Feder von Gunter Bahr) Artikel bringt, die nicht nur gegen die Verletzung des Vierseitigen Abkommens über WB [(Westberlin)] polemisieren, sondern auch Fragen des Status der Hauptstadt der DDR berühren. Es gibt gar keinen Zweifel, dass das alles in der besten Absicht geschieht, aber objektiv laufen die Äußerungen zur Rolle der Hauptstadt der DDR, wie die ganze Reaktion des Gegners zeigt, in eine Richtung, die weder für euch noch für uns von Nutzen ist. Darum bin ich dringend aufgefordert worden, Dich herzlichst zu bitten, die ‘Wahrheit’ zu veranlassen, auf alle Fragestellungen, die in irgendeiner Weise die Rolle und die völkerrechtliche Stellung der Hauptstadt der DDR berühren, zu verzichten. Es genügt – das ist auch meine persönliche Ansicht –, wenn die Zeitung Eure bekannten Grundsätze vertritt und sich auf Fragen konzentriert, die die Rolle WBs betreffen und Front macht gegen die Verletzung des vierseitigen Abkommens über WB. Solltest Du in diesem Zusammenhang den Wunsch haben, dass wir uns vielleicht treffen (Herbert und Karl sind im Urlaub), dann lasse es mich bitte wissen.“ Schreiben von R. (wahrscheinlich Werner Ruch; Westabteilung) an Danelius vom 14.2.1977, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

⁹ Vgl. Vorschläge zur Weiterentwicklung der Politik der SEW (5.6.1972), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715; Informationsmaterial der Westabteilung des ZK. Zu Problemen der weiteren Arbeit der SEW (von Westabteilung, September 1972), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1626, Bl. 44-49; PB-Protokoll vom 26.9.1972, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1625, Bl. 4.

des Ersten Vorsitzenden und die Grußansprachen der Bruderparteien, Wahlen und Beschlüsse verliefen einmütig, Kritik an der Führung oder der politischen Linie gab es hingegen nicht. Die Delegation der SED,¹⁰ die ebenfalls am Parteitag teilnahm, zeigte sich entsprechend zufrieden. In ihrem für das Politbüro erstellten Bericht hieß es unter anderem: „Der Parteitag bekundete die enge Kampfgemeinschaft und Verbundenheit der SEW mit der SED und der sozialistischen DDR. Die Delegation unserer Partei wurde ebenso wie die Delegation der KPdSU mit sehr großer Herzlichkeit begrüßt.“¹¹ Als ein eindrucksvoller Höhepunkt und als Demonstration des „proletarischen Internationalismus“ wurde „das Auftreten der vietnamesischen Delegation und die begeisterte, kämpferische Reaktion der Delegierten“¹² bewertet. Mit Genugtuung wurde festgestellt: „Besonders im Bericht des Parteivorstandes wurde stark herausgearbeitet, welche Rolle die SEW beim Zustandekommen des vierseitigen Abkommens über Westberlin und der Vereinbarung zwischen dem Senat und der Regierung der DDR gespielt hat. Der Parteitag bekräftigte die Aufgaben der SEW als Vorkämpferin für normale gutnachbarliche Beziehungen zur DDR.“ Als einzigen Schönheitsfehler beanstandete die SED-Delegation lediglich, dass in der „Diskussion“ des Parteitages die „Polemik mit der Politik des Senats gegenüber der DDR zu kurz“¹³ gekommen wäre.

Mit dem III. Parteitag war die Anpassung der SEW an die SED-Linie im Hinblick auf das Vier-Mächte-Abkommen erfolgt. Bestätigt hatte der Parteitag darüber hinaus die Dokumente „Für feste Freundschaft und Solidarität mit der UDSSR“ (zum 50. Jahrestag der UDSSR), „Verstärkt die Solidarität mit dem kämpfenden Vietnam“ und einen „Appell des III. Parteitages der SEW an die junge Generation“. Letztgenannter Appell, der in einer Auflagenhöhe von 200.000 in der Stadt verteilt wurde, endete mit den Worten: „Kämpft mit uns gemeinsam gegen die Konzernmacht und ihren Versuch, der Jugend das politische Gift des Antisowjetismus und Antikommunismus aufzudrängen und sie durch Drogen, Pseudo-Sex und Monopolmedien zu manipulieren. Gemeinsam gegen den Imperialismus, für internationale Solidarität und Sozialismus!“¹⁴ In der Folgezeit widmete sich die Partei intensiv der Propagierung der Ergebnisse des Parteitages sowie

¹⁰ Die Delegation setzte sich zusammen aus Paul Verner (Mitglied des Politbüros der SED und Sekretär des ZK der SED), Erich Mückenberger (Mitglied des Politbüros der SED und Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission), Werner Jarowinsky (Kandidat des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED und Heinz Geggel (Mitglied des Zentralkomitees der SED und Leiter der Westabteilung des ZK). Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SEW, Berlin 1972, S. 278; Grußadresse (von SED/Honecker) an den III. Parteitag der SEW (1972), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

¹¹ Bericht der Delegation des Zentralkomitees der SED über Verlauf und Ergebnis des III. Parteitages der SEW (von Erich Mückenberger, Paul Verner, Werner Jarowinsky, Heinz Geggel für PB-Sitzung am 7.11.1972, 1.11.1972), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1637, Bl. 74.

¹² Bericht der Delegation des Zentralkomitees der SED über Verlauf und Ergebnis des III. Parteitages der SEW (von Erich Mückenberger, Paul Verner, Werner Jarowinsky, Heinz Geggel für PB-Sitzung am 7.11.1972, 1.11.1972), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1637, Bl. 75.

¹³ Bericht der Delegation des Zentralkomitees der SED über Verlauf und Ergebnis des III. Parteitages der SEW (von Erich Mückenberger, Paul Verner, Werner Jarowinsky, Heinz Geggel für PB-Sitzung am 7.11.1972, 1.11.1972), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1637, Bl. 75.

¹⁴ SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SEW, Berlin 1972, S. 207.

der parteiinternen Auswertung der gefassten Beschlüsse und Dokumente unter anderem im Rahmen von Mitgliederversammlungen.¹⁵

Westberliner Wahlen 1975

Im Herbst 1973 begann die SEW mit den ersten Vorbereitungen für die Wahlen am 2. März 1975. Sie veröffentlichte am 14. September des Jahres ihre „12 programmatischen Grundforderungen für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt“. Ein Teil der Forderungen ließ erneut darauf hinaus, dass ihre „Verwirklichung weitgehend in der Kompetenz der Bundesgesetzgebung lag und deshalb die Abkopplung West-Berlins voraussetzen würde.“¹⁶ Andere Forderungen wiederum waren angelehnt an „die im Vergleich zum Grundgesetz arbeitnehmerfreundlicheren Positionen der Westberliner Verfassung“¹⁷, was dem Ziel der SEW entsprach, einen für die Stadt eigenen, separaten Weg einzuschlagen. In ihren Grundforderungen trat die SEW zum Beispiel unter anderem ein: „[...] – für Kontrolle und Mitbestimmung der Arbeiter, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften über Produktion, Preispolitik, Höhe und Verwendung der Gewinne, Festlegung der Dividenden und Rücklagen, Zuweisungen an Sonderfonds und Investitionen und für gesellschaftliche Kontrolle über Profite und Preise; [...] – für die progressive Besteuerung der Gewinne und Profite der Monopole, Konzerne und Großaktionäre [...]; – für einschneidende gesetzliche Maßnahmen gegen Bodenspekulationen und Mietwucher [...].“¹⁸

Ausdrücklich gelobt wurde das von der SEW beschlossene Grundforderungsprogramm von der KPdSU. Bei einem Gesprächsbesuch von Danelius am 19. September 1973 in der Botschaft der UdSSR in der DDR teilte ihm der Botschafter Jefremow mit, dass man die „12 Grundforderungen der SEW als bedeutsames Minimalprogramm ansehe, das, mit Blickrichtung auf die Wahlen 1975 in Westberlin, eine ausgezeichnete Basis zur Sammlung aller antiimperialistischen, demokratischen und sozialistischen Kräfte der Stadt um die SEW biete.“ Der Botschafter „wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass, soweit die Beziehungen zwischen SEW und KPdSU nicht direkt abgewickelt werden, das ZK der KPdSU darum bitte, über die Botschaft der UdSSR in der DDR die Verbindung zu halten und nicht über das Generalkonsulat der UdSSR in Westberlin. Er bat darum, in Zukunft von Zeit zu Zeit in dieser Form Treffen in der Botschaft zu organisieren und bot seine und die Hilfe aller seiner Mitarbeiter für den Parteivorstand der SEW an“¹⁹.

¹⁵ Vgl. Vorlage für Bürositzung. Weitere organisationspolitische Maßnahmen zur Auswertung des III. Parteitages und als Ergänzung des Perspektivplanes des PV (von SEW, 1972), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

¹⁶ Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2254.

¹⁷ Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2255.

¹⁸ Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2254 f.

¹⁹ Information über das Gespräch des Genossen Gerhard Danelius mit dem Botschafter der UdSSR in der DDR, Genosse Jefremow, am 19. September 1973, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

Einen Monat später folgte ein „Offener Brief des Parteivorstandes der SEW an alle Arbeiterinnen und Arbeiter, an alle Demokraten und Sozialisten Westberlins“, der die „12 Grundforderungen für Frieden, Demokratie und Fortschritt“ konkretisieren und die bis dahin an die Partei herangetragenen Fragen beantworten sollte. Zuvor mündlich verabredet, hatte der Parteivorsitzende Danelius diesen „Offenen Brief“ am 17. Oktober 1973 dem Politbüromitglied Werner Lamberz geschickt. In seinem Anschreiben erläuterte Danelius, welche Funktion er beziehungsweise die SEW der Veröffentlichung der 12 Grundforderungen und dem „Offenen Brief“ beimaß. Er schrieb: „[Wir wollen damit erreichen], dass sich der Aktionsradius unserer Partei erweitert, dass wir neue Mitglieder und Mitkämpfer gewinnen, um im Hinblick auf die Wahlen am 2. März 1975 schon Klarheit zu schaffen, dass unser Wahlziel darin besteht, die undemokratische 5-Prozent-Klausel zu überwinden. Der Offene Brief wird in der Sonnabend-Ausgabe unserer Zeitung „Die Wahrheit“ am 20. Oktober veröffentlicht. Vielleicht kannst Du davon etwas brauchen.“²⁰ Handschriftlich vermerkte Werner Lamberz auf dem Schreiben von Danelius: „[Der ‚Offene Brief‘] wird im ND u. in der übrigen DDR-Presse am 21.10. ausgewertet“²¹.

Die heiße Phase des Wahlkampfes für die SEW begann im Herbst 1974. Am 23. September 1974 unterrichtete Danelius Honecker in einem Schreiben über die Vorbereitungen des bevorstehenden Wahlkampfes und äußerte die Vermutung, dass diesmal die SPD ihren „Hauptstoß“ gegen die SEW richten würde. Er informierte darüber, dass eine größere Solidaritätskundgebung der SEW für Chile am 18. September stattgefunden und dort auch ein Mitglied des Politbüros der Französischen Kommunistischen Partei (FKP) gesprochen habe. Er schrieb, dass aus gleichem Anlass die SEW für den 27. September die Mobilisierung einer weiteren Massendemonstration plane und dass am 4. Oktober eine Großveranstaltung anlässlich des Vorabends des 25. Jahrestages der Gründung der DDR erfolgen sollte, von der er, Danelius, sich einen starken Besucherandrang versprach. Seinem Schreiben war ein detailliert ausgearbeiteter Entwurf des Wahlprogramms der SEW (17 Seiten) – bezeichnet als sogenannte Wahlkampfplattform²² – beigelegt. Der Generalsekretär vermerkte hierzu: „[An:] Gen. P. Verner [...] wenn Du keine Bemerkungen hast, dann teile G. Danelius mit, dass wir mit [dem] Wahlprogramm einverstanden sind [gez.] EH 23.09.'74“.²³ Kurz darauf, in der Zeit vom 24. bis 26. Oktober, weilte Danelius in Moskau, um dort mit den sowjetischen Genossen im Rahmen eines Konsultationsgespräches beim ZK der KPdSU die Linie abzustimmen.²⁴

²⁰ Schreiben von Danelius an Werner Lamberz vom 17.10.1973, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/78, Bl. 6.

²¹ Schreiben von Danelius an Werner Lamberz vom 17.10.1973, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/78, Bl. 6.

²² Diese „Wahlkampfplattform“ wurde zweieinhalb Wochen später, am 8.10.1974, auf der 10. Tagung des Parteivorstandes der SEW verabschiedet, anschließend veröffentlicht und bildete die parteiinterne Diskussionsgrundlage bzw. Vorlage für das noch zu beschließende endgültige Wahlprogramm.

²³ Schreiben von Danelius an Honecker vom 23.9.1974, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

²⁴ Vgl. Schreiben von Häber an Honecker vom 21.10.1974, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.



Demonstration der SEW am 1. Mai 1974 auf der Karl-Marx-Straße (Foto: Filipp Israelson, Landesarchiv Berlin).

Die SEW führte vom 15. bis 17. November 1974 ihren IV. Parteitag durch, der nahezu ausnahmslos im Zeichen der bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 2. März 1975 stand. Auf dem Parteitag, der diesmal ohne Gastdelegationen aber mit viel Presse stattfand, wurde Danelius mit 456 von 459 der abgegebenen Stimmen zum Parteivorsitzenden wieder gewählt. Das Wahlprogramm der SEW beschlossen die Delegierten einstimmig.²⁵ Abgesehen von einigen wenigen stilistischen Veränderungen war das Wahlprogramm hinsichtlich der Sachinhalte identisch mit dem Entwurf, den Danelius Honecker wenige Wochen zuvor zugesandt hatte und von diesem abgesegnet worden war.²⁶

In Bezug auf den Inhalt des Wahlprogramms hatte Danelius auf dem Parteitag den Delegierten gesagt, dass es sich hierbei um eine Konzeption für Abgeordnete der Partei handelte, für den Fall, dass es gelänge, die Fünf-Prozent-Klausel zu überwinden. Dass es nicht verwechselt werden dürfe mit einem Programm zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft.²⁷ Der Titel des Wahlprogramms lautete: „Für eine Arbeiteropposition im Abgeordnetenhaus! Gegen die Monopole und Kalten Krieger!“ Die Unterkapitel trugen unter anderem Überschriften wie „Was verändert sich

²⁵ Auf dem Parteitag wurde zudem die Resolution „Das Volk von Chile wird siegen!“ beschlossen.

²⁶ Vgl. Schreiben von Danelius an Honecker vom 23.9.1974 (einschließlich des Entwurfs der „Wahlkampfplattform“), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715. Vgl. Abstimmungsverfahren auf dem IV. Parteitag der SEW und Wahlprogramm, in: SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SEW, Berlin 1974, S. 193-205, 217-229.

²⁷ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SEW, Berlin 1974, S. 187.

mit einer Fraktion der SEW im Abgeordnetenhaus?“, „Arbeiterforderungen kommen auf den Tisch des Hauses“, „Für den Schutz der Bürger vor den Folgen und Auswirkungen der Inflation“, „Wider den Frontstadtgeist! Für gute und vorteilhafte Beziehungen zur DDR, zur aufstrebenden Welt des Sozialismus!“ und „Links schlägt das Herz – Links gilt es zu wählen! Links wählen heißt SEW wählen!“²⁸

Die Kommunisten führten ihren Wahlkampf mit großem Elan und waren optimistisch. Im Dezember 1974 zeigte sich die SED entgegenkommend, beispielsweise hob die DDR-Regierung den Mindestumtausch für Rentner auf und gestattete den Westberlinern die Einreise mit dem PKW. Wahrscheinlich waren diese Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt unter anderem als eine zusätzliche Wahlkampfhilfe für die SEW gedacht. Schon im Vorfeld hatte diesbezüglich ein Gespräch zwischen Danelius und einem Mitarbeiter der Botschaft der UdSSR in Ostberlin stattgefunden; eine weitere Konsultation mit dem Botschafter Jefremow war ebenfalls geplant.²⁹ Nochmals am 10. Januar 1975 erfolgte zu Propagandazwecken ein offizielles Treffen zwischen Danelius, Ziegler und Kopp mit Honecker in Ostberlin.³⁰ Daraufhin richtete man in der Westabteilung der SED eine zusätzliche Agitationsgruppe ein, „die täglich Argumentationen bzw. Informationsmaterial für den Wahlkampf der SEW erarbeitet[e].“³¹ Und schließlich fuhr auch noch Häber für die Zeit vom 21. bis 25. Januar 1975 nach Westberlin, um sich über die Situation der SEW vor der Wahl zu informieren. In seinem Bericht an Honecker zeigte er sich mit der Arbeit der Westberliner Kommunisten zwar insgesamt sehr zufrieden, sah jedoch gewisse Gefahren in der ideologischen Standfestigkeit vor allem bei den jüngeren Mitgliedern voraus: „Die Partei befindet sich politisch und organisatorisch in einer guten Verfassung. Dennoch ist den Genossen klar, dass nach den Wahlen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die neuen und zumeist jungen Kader zielstrebig zu schulen und die Partei organisationspolitisch zu festigen. Dabei können die Erfahrungen einiger Kreise mit Wochenendschulungen von Nutzen sein. Die meisten Funktionäre der Grundorganisation und auch eine Reihe von Kadern auf Kreisebene sind erst wenige Jahre Mitglied der Partei. An der FU z. B. beträgt das Parteialter der Angehörigen der Zentralen Parteileitung im Durchschnitt 2 Jahre, bei den Leitungen der Sektionen ca. 1 Jahr. Die meisten Funktionäre der Betriebs- und Hochschulgruppen verfügen kaum über Parteierfahrung. Sie sind oft mit den organisationspolitischen Grundsätzen wenig vertraut. Genossen äußerten, dass ihnen viele der einfachsten Aufgaben schwerfallen, weil sie das erste Mal in ihrem Leben eine politische Funktion ausüben. Auf der einen Seite helfen Betriebsgruppen bestimmten Wohngruppen im Wahlkampf. Andererseits haben Betriebsgruppen ältere Genossen aus Wohngruppen als Betreuer angefordert. So ist es nicht verwunderlich, dass bei hoher ideologischer Stabilität der Partei gewisse Unklarheiten über die Rolle der Partei neuen Typus, über den demokratischen Zentralismus, über die Geschichte der Partei u. a. bestehen. [...] Die Partei ist vom Optimismus erfüllt, aber frei von

²⁸ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SEW, Berlin 1974, S. 217-229.

²⁹ Vgl. Schreiben von Häber an Honecker (vom 28.11.1974, vom 17.12.1974 und 20.12.1974), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

³⁰ Vgl. Schreiben von Häber an Honecker vom 3.1.1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

³¹ Schreiben von Häber an Honecker vom 15.1.1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

Illusionen oder einer euphorischen Stimmung. Es hat sich als gut erwiesen, dass Genosse Danelius auf der Wahlkundgebung die konstruktive Position der SEW unterstrich und bekraftigte, dass sie für eine friedliche und gute Zukunft der Stadt und ihre Bewohner eintritt. [...] Die Genossen verstehen, dass es notwendig ist, die prinzipielle Position der SEW als Partei des Sozialismus, als antikapitalistische Kraft zu betonen, dass aber der Eindruck vermieden werden muss, als ginge es am 2. März um die Abschaffung des Kapitalismus und die Einführung des Sozialismus in Westberlin. Es ist ihnen klar, dass vor allem die antimonopolistische Stoßrichtung des Kampfes der SEW hervorzuheben ist. Die SEW wird – das steht außer Zweifel – auf jeden Fall gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgehen.“³²

Die Wahlen, die am 2. März 1975 in Westberlin stattfanden, waren überschattet von der Lorenz-Entführung. Peter Lorenz, Berliner Landesvorsitzender der CDU, war am 27. Februar von der Bewegung 2. Juni verschleppt worden. Den Terroristen gelang damit die Freipressung mehrerer ihrer inhaftierten Anhänger, woraufhin sie Lorenz am 4. März freiließen. Noch kurz vor den Wahlen hatte die SED-Propaganda äußerst ungeschickt versucht, die einhellig von den maßgeblichen Akteuren Westberlins vorgetragene Verurteilung der Entführung von Lorenz in eine Diffamierungskampagne der SEW umzuwerten.³³ Allerdings gab dies nicht den Ausschlag für das desaströse Wahlergebnis, das sich die Kommunisten einhandelten: Die SEW kam auf 1,8 Prozent (= 25.105 Stimmen). Damit verlor sie 0,5 Prozentpunkte (= 8.740 Stimmen) gegenüber der letzten Wahl von 1971. Mit 43,9 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen (Stimmenzuwachs: 5,7 Prozent) wurde die CDU erstmals stärkste Partei. Die SPD erzielte 42,6 und die FDP 7,1 Prozent. Die beiden zur Wahl angetretenen maoistischen Parteien KPD und KBW scheiterten mit 0,7 beziehungsweise 0,1 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde ebenso wie der rechtsgerichtete Bund Freies Deutschland mit 3,4 Prozent. Nach der Wahl erfolgte die Bildung einer sozialliberalen Koalition, die den Senat stellte und den bisherigen Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz (SPD) in seinem Amt bestätigte.

Die Wahlanalysen, die von der SED wie auch von Danelius erstellt wurden, machten die üblichen Faktoren für die erneute Niederlage verantwortlich.³⁴ Dazu gehörte vor allem die Feststellung, dass der Antikommunismus in der Westberliner Bevölkerung nach wie vor tief verwurzelt sei. Weitere Gründe wie beispielsweise die Lorenz-Entführung und die Konkurrenz der maoistischen Parteien wurden ebenso angeführt. Aus Letzterem schlussfolgerte Danelius, dass seine Partei zukünftig noch zielgerichteter und stärker den „politisch-ideologischen Kampf gegen pseudorevolutionäre

³² Information über meinen Aufenthalt in Westberlin vom 21.-25.1.1975 (von Häber, 28.1.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

³³ Vgl. Transkription einer Sendung des Deutschlandfunks zum Ausgang der Wahlen in Westberlin vom 3.3.1975 (gefertigt vom Staatlichen Komitee für Rundfunk/Abteilung Monitor), in: BStU, ZA, MfS HA XX ZMA 1035, Bl. 16.

³⁴ Vgl. Informationen über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen in Westberlin am 2. März 1975 (von Westabteilung, 3.3.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Zu den Ergebnissen der Wahlen in Westberlin am 2. März 1975 und zu einigen Schlussfolgerungen für den weiteren Kampf der SEW (von Danelius, 11.3.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

Gruppierungen“ führen müsse, um „irregeleitete junge Menschen“³⁵ aus deren Einfluss zu lösen. Selbstkritisch schätzten die Kommunisten zudem ein, dass hauptsächlich die kommunalpolitische Ausrichtung und Arbeit der SEW unzureichend gewesen sei und dass diese längerfristig entwickelt und verstärkt werden müsse, ebenso wie auch die ideologische Schulung der Mitglieder. Gleichwohl ließen die Analysen zudem Ratlosigkeit erahnen und die Feststellung, „dass die Gewinnung neuer Mitglieder nicht ohne Weiteres zur Vergrößerung der Massenbeziehungen führt[e]“³⁶, dürfte mit dazu beigetragen haben. Bezeichnend für die Analyse der Kommunisten war, dass sie mit keinem Wort auf die beiden grünen Wählergemeinschaften eingingen, die für die Bezirksverordnetenversammlungen kandidiert hatten, von denen die WUB (Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger) in Zehlendorf immerhin 0,6 Prozent erzielte.

Führungs Krise und innerparteiliche Unruhen

Die Anhänger der SEW waren vom Wahlergebnis geschockt, zumal die Ausgangsposition der Partei kaum hätte günstiger sein können. Dass die Partei trotz großer Anstrengungen einen Stimmenrückgang zu verzeichnen hatte, wirkte desillusionierend und ließ bei einigen, besonders bei den jüngeren SEW-Mitgliedern die Erkenntnis reifen, dass eine kommunistische Partei, die sich im Schleptau der SED befand, auf unabsehbare Zeit in Westberlin keine Chance haben würde. Von nun an wuchs allmählich die innerparteiliche Unzufriedenheit, viele Westberliner Kommunisten reduzierten ihren Einsatz und die Mitgliederzahl begann sich im Laufe der Jahre kontinuierlich zu verringern. Die Erschütterung reichte bis hinein in das Büro des Parteivorstandes, dessen Mitglieder tief enttäuscht und aufgrund ihres Alters kaum fähig waren, der Partei in dieser Lage neuen Elan zu geben. Häber berichtete Honecker im Dezember 1975: „Mich erfüllt die Situation im Büro des Parteivorstandes der SEW mit einer gewissen Sorge. Genosse Ziegler ist offenbar infolge seines fortgeschrittenen Alters nicht in der Lage, die ihm obliegenden Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiet der Organisationspolitik und Kaderarbeit, zu erfüllen. Genosse Redmann, für Kommunalpolitik zuständig, zeigt sich den erhöhten Aufgaben nach Auskunft von Genossen Danelius in keiner Weise gewachsen. Mit Genossen Bruno Kuster, verantwortlich für Fragen der internationalen Arbeit, musste Genosse Danelius kürzlich ernsthafte Auseinandersetzungen führen. Genosse Kniestadt kümmert sich vorrangig um die Marxistische Abendschule, weniger aber um die erforderlichen Leitungsaufgaben auf dem Gebiet der Propaganda und Agitation. Die Arbeit lastet fast vollständig auf Genossen Gerhard Danelius, Genossen Schmitt, der faktisch als Stellvertreter des Vorsitzenden tätig ist, und auf Genossen Ahrens, der die Verantwortung für die Anleitung der Hochschulparteiorganisation und die Fragen der Studentenpolitik trägt. Leider ist die Heranbildung von Nachwuchskadern für Leitungsfunktionen ernsthaft vernachlässigt worden. Hinzu kommt, dass es bei Genossen Danelius Anzeichen von Ermüdung gibt und vielfach richtig erkannte Probleme nur sehr zögernd in Angriff genommen werden. [...] Obwohl die andere

³⁵ Zu den Ergebnissen der Wahlen in Westberlin am 2. März 1975 und zu einigen Schlussfolgerungen für den weiteren Kampf der SEW (von Danelius, 11.3.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

³⁶ Zu den Ergebnissen der Wahlen in Westberlin am 2. März 1975 und zu einigen Schlussfolgerungen für den weiteren Kampf der SEW (von Danelius, 11.3.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

Bruderpartei [(DKP)] geographisch weiter entfernt wirkt, ist die konkrete Zusammenarbeit mit ihr viel besser und systematischer als mit der SEW. Das betrifft auch solche Probleme wie der Kenntnis von Unterlagen über wichtige Beratungen, Fragen der Kaderausbildung u. a.“³⁷

Diese Führungskrise der SEW machte einmal mehr deutlich, welche Bedeutung vor allem dem Ersten Vorsitzenden Danelius in der Anleitung und innerparteilichen Durchsetzung von SED-Vorgaben zukam. Danelius selbst fiel es zunehmend schwerer, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Das schlechte Abschneiden seiner Partei hatte ihn äußerst stark mitgenommen. Noch immer, so schrieb Häber an Honecker direkt nach den Wahlen am 11. März 1975, befindet sich Danelius in einer „komplizierten Verfassung“³⁸ und sei „tief von inneren Zweifeln erfasst“.³⁹ In der darauf folgenden Zeit wurde Danelius zusehends häufiger krank. Es kam daher immer wieder vor, dass er Vereinbarungen und Verabredungen nicht einhielt bzw. nicht einhalten konnte. Mehrmals musste er ins Krankenhaus und fuhr in Kur. Des Öfteren erfolgte darüber hinaus eine Art von Generaldebatte, bei der sich Häber sogar einmal veranlasst sah, einige „kräftige Worte“⁴⁰ an Danelius zu richten, weil dieser sich gegenüber dessen Unterrichtung desinteressiert zeigte. Nach einem Schwächeanfall im August 1976 bemerkte Danelius gegenüber Häber, dass er sich nicht zutraue, „sich in irgendeiner Weise mit laufenden Problemen der Arbeit der Partei zu befassen.“⁴¹ Und Anfang Dezember 1976 äußerte er, „dass er die Funktion des Vorsitzenden der SEW künftig nicht mehr ausüben“⁴² könne, da „er den Anforderungen nicht mehr gewachsen“⁴³ sei. Gegen Ende desselben Monats hatte Danelius schon wieder seine Meinung geändert und wollte nun doch für mindestens zwei weitere Jahre Vorsitzender bleiben.⁴⁴ Honecker und Häber befürworteten diese Entscheidung, waren sich allerdings einig, dass Danelius zur Schonung seines Gesundheitszustandes seine Einflussnahme auf die besonders wichtigen Fragen beschränken und vor allem helfen sollte, „dass die anderen Genossen ihre größeren Aufgaben [in den Führungsgremien Büro und Sekretariat] bewältigen.“⁴⁵ Zu den Zuständen der SEW-Führung hielt Häber im Dezember 1976 fest: „Allgemeine Absprachen mit Gerhard über die Hinzuziehung von Nachwuchskadern führen erfahrungsgemäß zu nichts. Die Schwächen in der Leitungstätigkeit sind aber meines Erachtens inzwischen so groß, dass eine wirkliche Stabilisierung der Situation im

³⁷ Schreiben von Häber an Honecker vom 30.12.1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

³⁸ Schreiben von Häber an Honecker vom 11.3.1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

³⁹ Schreiben von Häber an Honecker vom 11.3.1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁴⁰ Schreiben von Häber an Honecker vom 21.12.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁴¹ Schreiben von Häber an Honecker vom 17.8.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁴² Schreiben von Häber an Honecker vom 7.12.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁴³ Schreiben von Häber an Honecker vom 7.12.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁴⁴ Vgl. Schreiben von Häber an Honecker vom 21.12.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁴⁵ Schreiben von Häber an Honecker vom 21.3.1977, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

Büro des Parteivorstandes unbedingt erforderlich ist, wenn nicht problematische Situationen entstehen sollen. In vielen Gesprächen mit Gerhard ist mir klar geworden, dass er – nicht erst seit seiner Erkrankung – keine Konzeption für die weitere Arbeit und Entwicklung der Partei besitzt. Er hat das Wahlergebnis vom 2. März 1975 noch immer nicht überwunden und empfindet es als die größte Niederlage seines Lebens. [...] Außerdem fällt auf, dass in den zurückliegenden Monaten der Parteivorstand der SEW zu wichtigen internationalen und innenpolitischen Ereignissen nicht Stellung genommen hat [...] Es liegt mir fern, voreilige Schlüsse aus diesen Tatsachen zu ziehen. Mein Verhältnis zu Gerhard ist sehr eng, und wir sprechen untereinander in aller Offenheit. Zwischen uns wurden in den zurückliegenden Jahren auch komplizierte Fragen diskutiert. Aber es ist in zunehmendem Maße schwieriger geworden, feste Vereinbarungen zu treffen, und manches, was besprochen wird, findet in der Arbeit des Parteivorstandes keinen Niederschlag. In dieser Situation fühle ich mich verpflichtet, über diese Probleme zu informieren.⁴⁶

Nicht nur Honecker war über die Unstimmigkeiten in der SEW-Führung unterrichtet sondern längst auch die Sowjets, die sich aufgrund dessen zwecks Klärung an die SED wandten.⁴⁷ Vorsichtshalber und für den Fall der Fälle benannte nun Honecker auf Vorschlag von Häber das SEW-Büromitglied Schmitt zum potentiellen Nachfolger von Danelius. Ursprünglich hatte Danelius dafür Ahrens⁴⁸ empfohlen, was auch von Ostberlin allgemein akzeptiert worden war.⁴⁹ Ahrens selbst jedoch äußerte, dass er sich gegenwärtig keinesfalls in der Lage fühle, „die Leitung voll zu übernehmen.“⁵⁰ Schmitt dagegen – so die Einschätzung Häbers – verfüge vor allem über die größere Leitungserfahrung. Allerdings müsse auch ihm dahingehend geholfen werden, dass er mehr „Initiative bei der Entwicklung der Politik der Partei an den Tag“⁵¹ lege. Der Grund dafür, dass man dennoch Danelius bis zu seinem Tode am 18. Mai 1978 in der Funktion des Ersten Vorsitzenden der SEW beließ, dürfte auf folgende Einschätzung Häbers, zurückzuführen sein, die dieser im März 1977 in folgenden Worten an Honecker übermittelte: „Mit großer Wahrscheinlichkeit – und diese Meinung teilt auch Genossin [Prof. Dr. Helga] Wittbrodt [(Leiterin des Regierungskrankenhauses der DDR)] – würde die Entbindung von allen Funktionen die Situation

⁴⁶ Schreiben von Häber an Honecker vom 21.12.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁴⁷ Vgl. Schreiben von Häber an Honecker vom 21.12.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁴⁸ Ahrens, Dietmar: Geboren am 19.5.1930 in Berlin; 1946-1947 Montagehelfer bei Siemens; 1947 Mitglied der FDJ/SED; 1947-1951 Ausbildung zum Maschinenschlosser bei Siemens; 1948-1951 Sekretär der FDJ-Betriebsgruppe bei Siemens; 1951 Instrukteur der FDJ-Kreisleitung Spandau; 1952-1955 Instrukteur/Sektorenleiter der FDJ-Bezirksleitung Berlin; 1955-1956 SED-Bezirksparteischule Berlin; 1956-1961 Erster Sekretär der FDJ-Kreisleitung Wedding; 1957-1959 Mitglied der FDJ-Bezirksleitung Berlin; 1959-1961 Mitglied der Westberliner Leitung der FDJ; 1961-1965 Arbeitsgruppenleiter der SEW-Kreisleitung Neukölln; 1965-1966 KPdSU-Parteihochschule Moskau; seit 1966 Mitglied des Büros und Sekretär des Parteivorstandes der SEW; 1960 Arthur-Becker-Medaille in Gold. Vgl. Kurzbiographien vom 10.12.1976 und vom 19.5.1978, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁴⁹ Vgl. Schreiben von Häber an Honecker vom 7.12.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁵⁰ Schreiben von Häber an Honecker vom 21.3.1977, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁵¹ Schreiben von Häber an Honecker vom 21.3.1977, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

von Gerhard nicht verbessern, sondern eher verschlechtern. Der Abschied von der politischen Arbeit wäre für ihn fast der Abschied vom Leben. Zur Frage der Funktion als Ehrenvorsitzender vertrete ich die Meinung: Genosse Danelius wird sich, so lange er der Partei zur Verfügung steht, als Vorsitzender fühlen und verhalten, ob er Ehrenvorsitzender heißt oder anders. Die zusätzliche Einführung einer solchen Funktion könnte meines Erachtens bei der gegenwärtigen Lage die Leitungslinien an der Spitze der SEW nur komplizierter machen.“⁵²

Nach den Westberliner Wahlen 1975

Aufgrund der ernsten Schwierigkeiten, die im Büro des Parteivorstandes der SEW diagnostiziert worden waren, verstärkte die SED ihre Beobachtung und Unterstützung nach den Wahlen 1975 zusehends. Eine kurze Zusammenfassung darüber gab Häber an Honecker im März 1975: „Was unsere Unterstützung für die SEW angeht, so ergibt sich folgende Lage: - Wir werden auf jeden Fall die umfangreiche Hilfe für die Marxistische Abendschule durch die Entsendung qualifizierter Lektoren und Seminarleiter fortsetzen. - Zusätzlich werden mit unserer Hilfe spezielle Kurzlehrgänge zur Schulung für einige hundert Genossen organisiert werden, die Funktionen in Grundorganisationen ausüben. - Ein wichtiges Gebiet unserer Unterstützung ist und bleibt die Durchführung von Studiendelegationen mit Genossen und Parteilosen aus Westberlin. Im Jahr 1974 waren es 123 Delegationen mit 2.500 Teilnehmern. Es wird in diesem Jahr eine Erhöhung auf ca. 3.000 Personen geben. [...] - Mit Hilfe des IPW⁵³ haben wir in den zurückliegenden Monaten fast täglich Materialien über die Lage in Westberlin, Ausarbeitungen zu innerstädtischen Problemen sowie Argumentationen zur Verfügung gestellt, die in großem Umfang insbesondere in der ‘Wahrheit’ Verwendung fanden. Es ist unsere Absicht, diese Arbeit nicht nur weiterzuführen, sondern in verstärktem Maße Hilfe bei der Entwicklung einer kontinuierlichen Kommunalpolitik der Partei zu geben. - Besonders vordringlich ist die Mitarbeit an der Vorbereitung der für den 5. April 1975 vorgesehenen Funktionärskonferenz der Partei. Genosse Danelius hat vor allem um Unterstützung bei der Konzipierung und Ausarbeitung seines Referates gebeten. - Es besteht Einmütigkeit, dass künftig regelmäßiger in einem engen Kreis Konsultationsgespräche zwischen uns über die Politik und Taktik, über ideologische Probleme sowie zur Einschätzung der Lage in Westberlin durchgeführt werden sollten.“⁵⁴

Nachdem die Wahlen Anfang März 1975 geläufen waren, unternahm die SEW erste Schritte, zurück in den politischen Alltag; am 14. März verkündete ihr Organ „Die Wahrheit“ – auf Geheiß Ostberlins und entgegen jeder Realität, dass die Partei stärker geworden sei⁵⁵, und am 20. März erfolgte eine Tagung des Parteivorstandes, auf dem das Wahlschneiden und die zukünftige

⁵² Schreiben von Häber an Honecker vom 21.3.1977, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁵³ Mit „IPW“ war in diesem Fall das 1971 geschaffene Institut für Internationale Politik und Wirtschaft gemeint, das über 400 Mitarbeiter umfasste und mit dem die Westabteilung auch hinsichtlich der Anleitung des Westberliner Parteiapparates eng zusammenarbeitete. Vgl. hierzu das Kapitel „Westapparat“ in dieser Arbeit.

⁵⁴ Schreiben von Häber an Honecker vom 11.3.1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁵⁵ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 427.

Vorgehensweise besprochen wurde. Die dort gefassten Beschlüsse, die im Rahmen einer Funktionärskonferenz am 5. April 1975 vermittelt wurden, waren getragen von dem Bemühen einer „konkreteren Hinwendung auf die aktive Vertretung der sozialen und politischen Interessen der Werktätigen der Stadt, auf die kontinuierliche Behandlung innen- und kommunalpolitischer Fragen, auf eine zielgerichtete massenpolitische Arbeit“⁵⁶.

Im Dezember 1975 fuhr Häber wieder einmal für einige Tage zu einem Inspektionsbesuch nach Westberlin. Sein Eindruck war, dass die auf der Funktionärskonferenz vom 5. April formulierte Ausrichtung zu einigen positiven Veränderungen in der Arbeit der SEW geführt habe. So schilderten ihm beispielsweise die Mitglieder des Spandauer Kreisvorstandes, dass sie damit begonnen hätten, verstärkt auf kommunale Probleme vor Ort einzugehen und entsprechend aktiv zu werden. Sie seien bemüht, so Häber, „flexiblere Formen der Massenarbeit zu nutzen, so z. B. die Durchführung von Frühschoppen mit Arbeitskollegen und ihren Frauen, Filmmatinees, gesundheitspolitische Foren, insbesondere auch Informationsfahrten in die DDR.“⁵⁷ Zudem bestünde Einsicht in die Notwendigkeit, „größere Aufmerksamkeit der Schulung und Erziehung der neuen, jungen Mitglieder zu schenken.“⁵⁸ Gleichwohl registrierte Häber aber auch negative Erscheinungen. So zeige sich bei einer Reihe von Parteimitgliedern ein „nach wie vor tief verwurzeltes Sektierertum, wodurch der Kampf der Partei um Bündnisse mit anderen Kräften behindert“⁵⁹ würde. Gerade bei neu aufgenommenen Mitgliedern gäbe „es vor allem Unverständnis gegen die Prinzipien des demokratischen Zentralismus, da viele der jungen Genossen aus der SPD oder aus sogenannten antiautoritären Gruppierungen zur Partei gekommen“⁶⁰ seien. Noch weitaus ernster erschien Häber die Situation an den Hochschulen. Einerseits hielt er fest, dass die Entwicklung der von der SEW gesteuerten Studentenorganisation „Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten“ (ADS) weiterhin positiv sei.⁶¹ „Der Anteil von Genossen in diesen Aktionsgemeinschaften, die es an jeder Hochschule Westberlins gibt, schwankt zwischen 20 und 70 Prozent.“⁶² Andererseits beständen jedoch „in einigen Hochschulparteiorganisationen der SEW ernstzunehmende politische und ideologische Probleme.“⁶³ Bei einigen dieser Parteiorganisationen würden Fragen des demokratischen Zentralismus debattiert und Positionspapiere erstellt. Mit der Aufgabe, diesen Schwankungen Einhalt zu gebieten, seien die jeweiligen Leitungen, bestehend

⁵⁶ Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Westabteilung, Dezember 1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁵⁷ Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Westabteilung, Dezember 1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁵⁸ Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Westabteilung, Dezember 1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁵⁹ Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Westabteilung, Dezember 1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁶⁰ Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Westabteilung, Dezember 1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁶¹ Die Gründung der ADS erfolgte Anfang des Jahres 1971. Über die ADS und deren Entstehung vgl.: Bundesministerium des Innern (Hg.): Die Aktion von Demokraten und Sozialisten in Berlin (ADS), in: Innere Sicherheit. Informationen des Bundesministeriums des Innern, Heft 25/14. November 1974, S. 4-8.

⁶² Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Westabteilung, Dezember 1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁶³ Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Westabteilung, Dezember 1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

aus jungen Ehrenamtlichen, überfordert. Besonders gravierende ideologische Probleme wären seit längerem in der Parteiorganisation der Soziologen an der FU erkennbar. Häber schrieb: „Nach Auskunft der leitenden Genossen stehen dort einige Parteimitglieder vollständig auf sozialdemokratischen Positionen. Sie haben aber wichtige studentische Funktionen inne und sind faktisch die Wortführer der gesamten Parteigruppe, die 30 Mitglieder zählt. [...] Bei einigen Genossen der Sektion 1 der Technischen Universität (Gesellschaftswissenschaften, Geschichte, Philosophie, Kultur) sind ähnliche Erscheinungen zu verzeichnen. Mein Eindruck war, dass man diese Vorgänge zwar mit Sorge registriert, vom Büro des Parteivorstandes aber noch nicht exakt festgelegt wurde, wie man in diesen Gruppen die gesunden Kräfte mobilisieren und die revisionistischen Auffassungen überwinden bzw. revisionistische Kräfte eliminieren will.“⁶⁴ Häber zog aus alledem die Schlussfolgerung, dass insgesamt die innerparteiliche Anleitung weitaus konkreter sowie systematischer erfolgen müsse und die Führung planmäßiger und zielstrebiger ihre Arbeit nach Schwerpunkten ausrichten sollte. Unbedingt erforderlich hierfür sei, dass eine Verbesserung in der Organisationspolitik im Büro des Parteivorstandes erwirkt werde, um dessen bestehende Labilität zu überwinden. Auch die Heranziehung und Entwicklung von Nachwuchskadern für Leitungsfunktionen erachtete Häber als fundamental.

Danelius unterrichtete zu Beginn des Jahres 1976 Häber über die eingeleiteten beziehungsweise geplanten Maßnahmen zur Mängelbeseitigung. Zum Einen betraf dies die ideologische Arbeit. Diesbezüglich, so die Information von Danelius, hätten die Kreisvorstände „damit begonnen, die Schulungsarbeit auf breiterer Grundlage zu organisieren.“⁶⁵ Hierbei sollten sie durch den Parteivorstand, der seinerseits „für ca. 400 Funktionäre Zirkel und Seminare“⁶⁶ durchführe, zukünftig besser unterstützt werden. Zudem verstärkte Beachtung müsse darüber hinaus auch der Marxistischen Abendschule geschenkt werden, da deren Teilnehmerzahl zurückgegangen sei. Zum Zweiten teilte Danelius mit, dass man die Verantwortlichkeiten der einzelnen Mitglieder im Büro wie auch im Sekretariat neu geordnet habe. Zusätzlich sei eine Arbeitsgruppe Organisationspolitik beim Parteivorstand (PV) unter Leitung von Genosse Horst Schmitt gebildet worden. Ferner sollte es künftig für die Parteiorganisation der Freien Universität (FU) und der Technischen Universität (TU) einen hauptamtlichen Funktionär geben. Danelius kündigte an, am 22. Januar „eine Beratung mit 150 Funktionären der Partei stattfinden (Mitglieder und Mitarbeiter des PV sowie aller Kreisvorstände, Redakteure der Zeitung ‘Die Wahrheit’ u. a.)“⁶⁷ zu lassen, um unter anderem „auf einige ideologische und politisch-taktische Fragen Antwort zu geben, die im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung sowie dem Auftreten antilenninistischer Erscheinungen in der kommunistischen und Arbeiterbewegung in der Partei vorhanden“⁶⁸ seien. Bei ihrem Gespräch gab Häber seinerseits dem ersten Vorsitzenden noch auf den Weg, dass die SEW sich verstärkt wieder mit den Fragen der Arbeiter und insbesondere der Arbeiterjugend

⁶⁴ Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Westabteilung, Dezember 1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁶⁵ Schreiben von Häber an Honecker vom 16.1.1976, in SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁶⁶ Schreiben von Häber an Honecker vom 16.1.1976, in SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁶⁷ Schreiben von Häber an Honecker vom 16.1.1976, in SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁶⁸ Schreiben von Häber an Honecker vom 16.1.1976, in SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

beschäftigen müsse. Denn momentan bestehe die Neigung, der Hochschulpolitik den Vorrang vor allem anderen zu geben, so dass in der Partei gelegentlich gefragt werde, ob die SEW sich hauptsächlich um Studenten kümmere.

Zwischen Häber und Danelius kam es in der darauf folgenden Zeit noch zu mehreren Treffen. Hierbei rückte ein weiteres Anliegen der Westabteilung, die konzeptionelle Überarbeitung der SEW-Zeitung „Die Wahrheit“, in den Vordergrund. Schon ein Jahr zuvor hatte Häber moniert, dass das Blatt zu unsystematisch aufgebaut sei und eine klare taktische Linie vermissen lasse. Verantwortlich dafür machte er zum einen den Umstand, dass innerparteilich Unklarheit bestünde, ob „Die Wahrheit“ eher eine Parteizeitung oder aber Massenzeitung sein sollte. Zum anderen bemängelte Häber die Struktur der Redaktion, da diese mehrheitlich aus jungen Mitarbeitern bestünde, denen vielfach noch die politische Erfahrung und journalistische Fähigkeit fehle. Im Hinblick darauf drängte er, den schon seit Frühjahr 1975 bestehenden Beschluss umzusetzen, dass die Verantwortlichen der Redaktion Verbesserungsvorschläge für die Arbeit mit der Zeitung ausarbeiten sollten, was zur Jahresmitte 1976 schließlich erfolgt sein dürfte. Die darauf aufbauende inhaltliche Diskussion darüber sowie die daraus gezogenen Festlegungen, die der Chefredakteur Hans Mahle umzusetzen hatte, erfolgten im Zusammenspiel mit der Westabteilung. Zur ideologischen Festigung der Redaktionsmitarbeiter war geplant, im Herbst 1976 einige von ihnen zu einem Spezialkurs an die Fachschule für Journalistik in Leipzig zu schicken. Augenfälligstes Ergebnis der Neuerungen im Erscheinungsbild der Zeitung „Die Wahrheit“ war ihre Umstellung auf das „Rheinische Format“ Anfang 1977.⁶⁹

Fünfter Parteitag der SEW 1977

Das Jahr 1976 verlief für die SEW nach außen hin zunächst relativ stabil. Die Berufsverbotskampagne schaffte Öffentlichkeit und auch der 1. Mai verlief für die Westberliner Kommunisten relativ passabel. An diesem Tag der Arbeit präsentierte sich die SEW mit einem eigenen Demonstrationszug und sichtlich bemüht, die Gewerkschafter für sich zu gewinnen, denn wieder einmal hatte deren Führung beschlossen, ihre Festivitäten in geschlossener Gesellschaft im Sommergarten am Funkturm abzuhalten.⁷⁰ Dennoch, die Leitung der SEW blieb geschwächt. Erst von einer Erholungskur zurückgekehrt, musste sich Danelius kurz darauf im Spätsommer erneut ärztlichen Untersuchungen unterziehen. Ein neuer Parteitag für das Frühjahr 1977 war angesetzt worden. Die SEW sollte damit wieder auf Kurs gebracht sowie insbesondere das Kader- und Nachwuchskräfteproblem gelöst werden. Entsprechend hierzu liefen die Parteiwahlen an; zunächst fanden im September und Oktober die Wahlen der Vorstände der Betriebs- und Wohngruppen

⁶⁹ Vgl. Schreiben von Häber an Norden vom 15.9.1975/Schreiben von Norden an Honecker vom 16.9.1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/8, Bl. 208 f.; Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Westabteilung, Dezember 1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Schreiben von Häber an Honecker (vom 16.1.1976 und 17.8.1976), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Schreiben von Häber an Danelius vom 16.12.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715; Schreiben von Danelius an Honecker (vom 1.11.1976 und 13.1.1977), in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 17-20.

⁷⁰ Eine ausführliche Betrachtung der Berufsverbotskampagne und der Demonstrationen zum 1. Mai in den 1970er Jahren erfolgt im Kapitel 4.2.

statt, anschließend erfolgte zwischen November 1976 und Januar 1977 die Wahl der Kreisvorstände und der Delegierten für den V. Parteitag der SEW. Gegenseitige Abstimmungen zwischen der Westabteilung und den maßgeblichen hauptamtlichen Funktionären der Bruderpartei in Westberlin waren Standard, um die Beschickung mit linientreuem Personal möglichst reibungslos zu gewährleisten.⁷¹

Mitten hinein in die Vorbereitungen zum Parteitag platzte im November 1976 die DDR-Ausbürgerung Biermanns, was zur erneuten und nachhaltigen Erschütterung in der SEW führte. Die Folge war, dass einige Westberliner Kommunisten eine Resolution gegen die Ausweisung verfassten, die 38 SEW-Mitglieder und 148 Sympathisanten der Partei unterzeichneten. Nachdem die Forderung der Initiatoren, dieses Papier in der „Wahrheit“ abzudrucken, abgelehnt worden war, erfolgte die wörtliche Wiedergabe der Protestschrift am 3. Dezember 1976 im „Berliner Extra-Dienst“. Damit war die innerparteiliche Unmutsbekundung öffentlich geworden und als Häber davon erfuhr, wandte er sich an Honecker, um ihn über die Situation zu informieren. Der Leiter der Westabteilung wusste zu berichten, dass es sich bei den Urhebern der Resolution um zwei Studenten der FU handele, die vor einigen Jahren aus der SPD ausgetreten und Mitglied der SEW geworden seien. Ferner würden zu den Unterzeichnern SEW-Mitglieder einer Wohngruppe in Kreuzberg sowie Angehörige der Hochschulgruppe der FU gehören. Häber berichtete: „Das Büro des Parteivorstandes hat sich mit der Sache befasst. In der Wohngruppe in Kreuzberg hat sofort eine Mitgliederversammlung stattgefunden, bei der die Mehrheit der Mitglieder eine klare Haltung eingenommen und das Verhalten der Unterzeichner der Resolution verurteilt hat. Auch in den Parteigruppen an der FU finden Versammlungen statt. Es wird das Ziel verfolgt, die beiden Initiatoren der Resolution aus der Partei auszuschließen. Auch ist die Diskussion mit jenen Genossen geführt worden, die dem Hanns-Eisler-Chor angehören und nicht verhindert haben, dass dieser Chor, dem auch eine Reihe Jungsozialisten und Parteilose angehören, eine Entschließung zur Unterstützung von Biermann angenommen hat. Es wurde festgelegt, dass die SEW-Mitglieder im Hanns-Eisler-Chor regelmäßig als Parteikollektiv zusammenkommen, um über ihre politischen Aufgaben innerhalb des Chores zu beraten. Ich wurde informiert, dass es bis auf die genannten Vorfälle in der SEW im Zusammenhang mit Biermann keine ernsten Probleme gegeben hat.“⁷² Ganz so war es allerdings nicht, denn der innerparteiliche Diskussionsprozess über Biermann schwelte fort und die SEW-Führung blieb vollends damit beschäftigt, dies zu unterbinden.⁷³ Unterdessen regte sich Häber bei Honecker darüber auf, dass Danelius nicht bei ihm erschienen sei, um sich über die anzuwendende Argumentationslinie der SED zu informieren, und dass die „Wahrheit“ einen Leitartikel gegen Biermann abgedruckt habe, wobei die Haltung „zur

⁷¹ Vgl. Schreiben von Häber an Honecker vom 17.8.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁷² Schreiben von Häber an Honecker vom 7.12.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert. Vgl. ergänzend: Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 1.12.1976 (von MfS), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 45-47.

⁷³ Vgl. Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009, S. 260 f.

Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR“ unklar geblieben sei.⁷⁴ Diese überaus kleinkarierte Denunziation Häbers zeigte, wie auch in Ostberlin die Nerven aufgrund der Biermann-Ausbürgerung blank lagen. Klar war, dass Danelius diesbezüglich genau wusste, was die SED von ihm verlangte. Entsprechend wurden die Probleme gelöst, um die Disziplin wiederherzustellen. Was folgte waren Parteiordnungsverfahren oder -ausschlüsse.⁷⁵

Erst im Dezember widmete sich Danelius intensiviert der Erstellung eines Konzepts für den Bericht des Parteivorstandes der SEW an den V. Parteitag – eine Arbeit, die er über Monate, nicht zuletzt aufgrund seiner krankheitsbedingten Schwächephasen, hatte schleifen lassen.⁷⁶ Da der Parteitag mittlerweile auf die Zeit vom 15. bis 17. April 1977 terminiert worden war, mussten die Vorbereitungen nun zügig vonstatten gehen und Ostberlin griff verstärkt unterstützend ein. So wurde der Bericht des Parteivorstandes der SEW an den Parteitag „mit umfangreicher Hilfe“⁷⁷ der Westabteilung fertig gestellt. Zuvor war er noch von Sagladin (ZK der KPdSU), Verner und Honecker korrigiert und gebilligt worden.⁷⁸ Häber hatte mit Danelius besprochen, dass er sich auf dem Parteitag schonen und deshalb nur die Begrüßungsansprache von maximal zehn Minuten halten sollte. Die Hauptrede, den Bericht an den Parteivorstand, würde Schmitt übernehmen. Ferner seien zur Unterstützung von Danelius nicht ein, sondern zwei Stellvertreter des Vorsitzes auf dem Parteitag zu wählen; vorgesehen für die beiden Posten waren Schmitt und Ahrens. Um Nachwuchskräfte an die Führungsspitze heranzuführen, sollte der Parteivorstand von 47 auf 62 Mitglieder erweitert werden. Entsprechend diesem Zweck war ebenso beabsichtigt, die jüngeren Funktionäre Volker Junge und Thomas Lachmann in das Büro und Klaus Feske in das Sekretariat zu kooptieren.⁷⁹ All diese im Vorfeld und unter Anleitung der SED getroffenen Entscheidungen fanden ihre Umsetzung auf dem Parteitag.

⁷⁴ Vgl. Schreiben von Häber an Honecker vom 21.12.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁷⁵ Vgl. Eberhard Schröder: „An der Kette des großen Hauses“. Neofaschismus, Stalinismus und Antifaschismus aus West-Berliner Perspektive – Ein Erfahrungsbericht, in: Rundbrief. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Ausgabe 4/2002, S. 48; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 432 f.; Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 1.6.1976 (von MfS), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 60; Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 11.3.1977 (von MfS), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 41.

⁷⁶ Vgl. Schreiben von Häber an Honecker (vom 16.1.1976, vom 29.3.1976, 17.8.1976 und 7.12.1976), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Schreiben von Schmitt an Häber vom 9.12.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Schreiben von Häber an Danelius vom 12.11.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715; Schreiben von Häber an Schmitt vom 19.11.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

⁷⁷ Schreiben von Häber an Honecker vom 7.3.1977, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁷⁸ Vgl. Schreiben von Häber an Verner vom 13.4.1977, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁷⁹ Häber informierte Honecker über die Maßnahmen und machte zu Feske, Junge und Lachmann folgende Angaben: „Genosse Klaus Feske (42 Jahre alt, seit 26 Jahren Mitglied der Partei, Bauarbeiter, seit 1950 hauptamtlich im Apparat der FDJ und seit 1962 im Apparat der Partei) wird neu gewählt als Sekretär des Parteivorstandes für Fragen der Betriebsarbeit. [...] Genosse Volker Junge (30 Jahre alt, seit 12 Jahren Mitglied der Partei, Metallarbeiter, seit 1966 hauptamtlich im Apparat der FDJ-W) wird neu gewählt als Mitglied des Büros; [ist] Vorsitzender der FDJ-W. Genosse Thomas Lachmann (30 Jahre alt, seit 6 Jahren Mitglied der Partei, Diplomchemiker) wird neu gewählt als Mitglied des Büros; [ist] Vorsitzender der SEW-Hochschulgruppe der Dahlemer Universität und Mitglied des Kreisvorstandes Zehlendorf.“ Schreiben von Häber an Honecker vom 21.3.1977, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

Als am 15. April 1977 die SEW ihren Parteitag eröffnete, erschien am gleichen Tag ein Artikel von Martin Buchholz im „Berliner Extra-Dienst“, in dem es hieß: „Am heutigen Freitag beginnt in der ‘Neuen Welt’ das alte Spiel: Die Parteitags-Inszenierung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW) läuft bis Sonntag über die Bühne. Vor Überraschungen darf die Parteiführung sicher sein: Jeder Redebeitrag der Delegierten musste zuvor mit den jeweiligen Kreisvorsitzenden ‘vorgesprochen’ werden, jeder parteikritische Gedanke wurde dabei aus den Manuskripten getilgt. Geblieben ist das große Einheitslob auf die Partei, ein ziemlicher Einheitsbrei, der die SEW gewiss nicht für die nächsten Wahlen aufpäppeln wird. Der Ärger vieler Genossen über diese Maulkorb-Aktion ist groß, doch auch die Resignation. Nur wenige ‘unsichere Kantonisten’ sind übrig geblieben, die sich das Prinzip der innerparteilichen Demokratie nicht so einfach – im Wortsinne – absprechen lassen. Doch die kennt natürlich auch das Tagespräsidium: Solche Redner werden kaum Gelegenheit haben, vor dem Parteitag den Mund aufzumachen, sie werden eben nicht ‘drankommen’, ihre Beiträge werden bestenfalls ins und im Protokoll eingehen.“⁸⁰

Die von Buchholz getroffenen Voraussagen bestätigten sich. Der Parteitag präsentierte sich als abgestimmte Inszenierung und große Propagandashow, der mehr als 15 Gastdelegationen⁸¹ beiwohnten. Der von Schmitt vorgetragene Bericht an den Parteitag verwies schönmalerisch auf die scheinbar international günstigen Bedingungen des Kommunismus. Die Veränderungen und Umwälzungen in Ländern wie Griechenland, Portugal, Spanien, Angola, Mozambique sowie insbesondere der „Sieg des vietnamesischen Volkes über den USA-Imperialismus“⁸² würden mit dem „Erstarken des sozialistischen Weltsystems“⁸³ zusammenhängen. Schmitt sagte: „Die von Lenin entwickelte Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung setzt sich – wie nicht zuletzt die bedeutsame Staatenkonferenz von Helsinki manifestierte – im Leben mehr und mehr durch.“⁸⁴ Zugleich kritisiert wurden die NATO-Staaten, denn sie stünden aufgrund ihrer „forcierten Aufrüstung“ einer Entspannungspolitik entgegen. Schmitt bekräftigte, dass die SEW sich entschieden gegen das Wettrüsten der NATO wende, und führte aus: „[Die SEW] unterstützt die konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages [...] Wenn die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auf ihrer Bukarester Tagung vorgeschlagen haben, alle Staaten sollten vertraglich auf die Erstanwendung von Atomwaffen verzichten, so ist das ein erneuter Beweis dafür, dass Sozialismus und Frieden zusammengehören.“⁸⁵

Abgesehen von dieser nicht anders zu erwartenden linientreuen Befürwortung sowjetischer Außenpolitik fehlte im Bericht ebenso wenig die immer gleiche und in verschiedene Varianten verpackte Forderung, dass sich Westberlin der DDR annähern müsse. Und auch der Schlachtruf,

⁸⁰ Martin Buchholz: SEW vor dem V. Parteitag. Nicht jammern und picheln, in: Berliner Extra-Dienst, Nr. 29/30 vom 15.4.1977, S. 18, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9798, Bl. 79.

⁸¹ Erschienen waren dort Delegationen der kommunistischen Parteien aus den Ländern Sowjetunion, DDR, Bundesrepublik, Bulgarien, Chile, Dänemark, Italien, Kuba, Luxemburg, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn.

⁸² SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Berlin 1977, S.14

⁸³ SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Berlin 1977, S.15

⁸⁴ SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Berlin 1977, S.14

⁸⁵ SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Berlin 1977, S.17 f.

dass sich die SEW im Kampf mit rechtssozialdemokratischen wie ultralinken Scheintheoretikern befindet, blieb erhalten. Was die SEW darüber hinaus den Westberlinern anzubieten hatte, waren die mittlerweile typischen Allgemeinplätze: Grundrecht auf Arbeit, aktive Lohnpolitik, Gleichberechtigung der Frauen, Stärkung der Rechte für Ausländer sowie Gerechtigkeit im Bildungs- und Gesundheitswesen. Auch das Thema Umweltschutz fand als Randnotiz Erwähnung. Die darin enthaltene Kernaussage war, dass Westberlin seinen Strom von der DDR beziehen solle, um dadurch nicht selbst neue, die Umwelt belastende Kraftwerke bauen zu müssen. Eine Stellungnahme zu Problemen der Atomkraft gab es nicht.⁸⁶ Am Ende der Parteitages wurde abschließend einstimmig einer Solidaritätsentschließung zugestimmt mit dem Titel: „Für feste Solidarität mit dem Kampf der Völker gegen imperialistische Unterdrückung, für nationale Unabhängigkeit und Freiheit“.⁸⁷

Nicht nur die Rede von Schmitt, sondern der Ablauf des Parteitages insgesamt war an Selbstbewährung kaum noch zu überbieten. Eine der wenigen Äußerungen mit gewisser Kritik kam vom Delegierten Rolf Kunz, der zwar auf dem Parteitag nicht das Wort erhielt, dessen schriftlich eingereichter Beitrag jedoch wohl von der Zensur übersehen und deshalb später im Anhang des Protokolls abgedruckt wurde. In seiner Schilderung verdeutlichte Kunz, dass die SEW kommunalpolitisch wie insbesondere in Umweltfragen keine konkrete und abgestimmte Konzeption besaß. Die Folge sei, „dass wegen fehlender Orientierung und aus Unsicherheit über die richtige Linie in den einzelnen Bereichen statt mit Alternativen lediglich mit ‘Gemotze’ gearbeitet wird. Will man letzteres vermeiden, ist man oft gezwungen, Politik über den Daumen zu machen, was sehr leicht zu einem uneinheitlichen Erscheinungsbild unserer Partei bei dieser oder jener Frage führen kann.“⁸⁸ Kunz berichtete ferner, dass sich gerade im kommunalpolitischen Bereich zu wenige öffentlich für die Partei engagieren würden und beklagte die „selbst gewählte, oft liebevoll gepflegte freiwillige Illegalität“⁸⁹ mancher Mitglieder. Im Hinblick auf die Unzufriedenen in der Partei schrieb dazu der bereits oben zitierte Buchholz in seinem Artikel: „Es kann einen schon zornig machen, wenn man sieht, wie viel guter Schwung und Elan, wie viel Einsatzbereitschaft für die Sache und die Menschen so nach und nach durch die SEW-Mühle klein gemahlen worden sind. Diese Parteiführung hat schon ein so großes und für diese Stadt notwendiges Potential an revolutionärer Energie verschleudert und verschludert, dass Lenin in seinem Mausoleum eigentlich rotieren müsste.“⁹⁰

Innerparteiliche Brandherde

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen waren mittlerweile kaum noch zu verhehlen, die Konflikte verliefen zwischen Jungen und Alten sowie Intellektuellen und Arbeitern. Nicht zuletzt ein

⁸⁶ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Berlin 1977, S.13-45.

⁸⁷ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Berlin 1977, S. 243, 254-256.

⁸⁸ SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Berlin 1977, S.318

⁸⁹ SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Berlin 1977, S.318

⁹⁰ Martin Buchholz: SEW vor dem V. Parteitag. Nicht jammern und picheln, in: Berliner Extra-Dienst (Nr. 29/30) vom 15.4.1977 (S. 18), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9798, Bl. 79.

Teil derjenigen, die aus der APO-Zeit neu zur Partei hinzugekommen waren, und von denen einige inzwischen Funktionen im Apparat, unterhalb von Büro und Sekretariat, übernommen hatten, bemühten sich seit geraumer Zeit, reformkommunistische Ideen und ökologische Themen einfließen zu lassen. In mancher einer Parteigruppe führte dies dazu, dass es den Hardlinern immer schwerer fiel, den dogmatischen und unflexiblen Isolationskurs nach SED-Vorgaben durchzusetzen. Diese Aufmüpfigkeit Reformwilliger war für altgediente und eingefleischte Kommunisten eine inakzeptable Erscheinung und zum Teil vollkommen neue Erfahrung.⁹¹

Als Häber Anfang November 1977 erneut für einige Tage nach Westberlin fuhr, um sich zu informieren, waren die Brandherde nicht mehr zu übersehen. In seinem Bericht, der an Honecker wie auch Norden ging, sprach er von „ernstzunehmende[n] Probleme[n] und Hindernisse[n] [...], die die Vorwärtsentwicklung der SEW hemmen“⁹² würden. Häbers Mängelliste war lang. Was er zum einen registrierte, waren abtrünniges Verhalten beziehungsweise eurokommunistische Tendenzen, insbesondere in bestimmten Hochschulgruppen wie auch in der Redaktion der „Wahrheit“. Ihm fiel ferner auf, dass die „im Zentrum der Stadt gelegenen parteieigene Buchhandlung feindliche Literatur (Bücher von Carillo, Ellenstein, Bahro)“⁹³ anbieten würde, und erwähnte, dass erst vor kurzem „der gesamte Gruppenvorstand der Wohnparteiorganisation 33 in Kreuzberg (5 Personen) [(wohl ehemalige Jusos)] aus der Partei ausgetreten“⁹⁴ sei. Im Mittelpunkt seiner Kritik stand zum anderen die Parteiführung (Büro und Vorstand), die die Basis in wichtigen Bereichen nur unzureichend unterstützte, ihr keine klare Orientierung gebe und ihr zum Teil Misstrauensein. Nicht selten fühle sich daher manch ein Mitglied alleingelassen, stellte Häber fest. Verantwortlich für die Misere der SEW machte er die Leitung und unter anderem Danelius, von dem er angeblich nicht immer die volle Wahrheit über die Situation der Partei erfahren hätte. Häber berichtete Honecker, dass er mit Danelius sowie Schmitt ausführlich über die Probleme gesprochen habe und daraufhin erste Schritte, wie etwa die Einberufung einer kommunalpolitischen Arbeitstagung, unternommen worden seien, um die Geschlossenheit wiederherzustellen. Von zentraler Bedeutung blieb für Häber die Kaderentwicklung. Da man im Oktober mit einem in der DDR abgehaltenen 10-tägigen Schulungskurs für SEW-Funktionäre positive Erfahrung gemacht hatte, schlug Häber vor, diese Form der Unterstützung zusätzlich zu den Studiendelegationen zukünftig noch auszuweiten.⁹⁵

⁹¹ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 433.

⁹² Information über einige Probleme der Entwicklung der SEW (von Häber an Honecker u. weitergeleitet an Norden, 8.12.1977), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/10, Bl. 250.

⁹³ Information über einige Probleme der Entwicklung der SEW (von Häber an Honecker u. weitergeleitet an Norden, 8.12.1977), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/10, Bl. 253.

⁹⁴ Information über einige Probleme der Entwicklung der SEW (von Häber an Honecker u. weitergeleitet an Norden, 8.12.1977), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/10, Bl. 253 f.

⁹⁵ Vgl. Information über einige Probleme der Entwicklung der SEW (von Häber an Honecker u. weitergeleitet an Norden, 8.12.1977), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/10, Bl. 248-255.

Führungswechsel

Auch in den folgenden Monaten blieb die SEW führungsschwach und die Parteiarbeit lahmt. Danelius war erneut erkrankt und Abstimmungsgespräche mussten verschoben werden.⁹⁶ Davon betroffen war auch sein geplantes Treffen mit Honecker, das schon seit langem anstand. In diesem Zusammenhang schrieb Danelius am 15. Februar 1978 an den Generalsekretär der SED: „Lieber Genosse Erich Honecker! Da infolge meiner Erkrankung eine bereits vereinbarte Begegnung mit Dir nicht stattfinden konnte, möchte ich mich heute mit einer Bitte an Dich wenden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn in nächster Zeit eine Delegation des Parteivorstandes der SEW unter meiner Leitung die Möglichkeit zu einem Meinungsaustausch mit Dir, lieber Genosse Erich Honecker, hätte. [...] Nach sorgfältigen Überlegungen würde ich für diesen Meinungsaustausch die Zeit zwischen dem 25. bis 30. Mai 1978 vorschlagen. Ich halte diesen Zeitpunkt für besonders günstig, weil wir uns dann schon im Vorfeld des Wahlkampfes zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen, die am 18. März 1979 stattfinden, befinden. Eine Begegnung mit Dir, lieber Erich, wäre für uns bei der Entwicklung der politischen Massenarbeit eine große Hilfe. Sollte Dir dieser Zeitpunkt nicht angenehm sein, so sind wir selbstverständlich bereit, jeden von Dir gewünschten Termin zu akzeptieren. Indem ich auf eine positive Antwort auf meine Bitte hoffe, verbleibe ich mit herzlichen Grüßen [gez. Gerhard Danelius] Vorsitzender“⁹⁷

Zu dem Treffen kam es nicht mehr, denn Gerhard Danelius verstarb am 18. Mai 1978 im Regierungskrankenhaus der DDR.⁹⁸ Nachdem sein Leichnam am 23. Mai nach Westberlin überführt worden war, erfolgte am 29. Mai „die Beisetzung, verbunden mit einer Feier im engsten Kreis, auf dem Waldfriedhof in Zehlendorf.“⁹⁹ Wie oben dargestellt, war die Nachfolgefrage längst geklärt und nur wenige Tage später trafen sich die beiden stellvertretenden Vorsitzenden mit Häber, um die anstehenden Aufgaben zu besprechen. In seinem Bericht hielt der Leiter der Westabteilung fest: „Die beiden führenden Genossen der SEW [Schmitt und Ahrens] äußerten die Absicht, künftig die Art der Zusammenarbeit so zu gestalten, wie das zwischen SED und DKP üblich ist und sich bewährt hat. Sie unterstrichen ihre Bereitschaft und Entschlossenheit, die Beziehungen zur Führung der SED in der entsprechenden Weise zu festigen und auszubauen.“¹⁰⁰ Abgesehen von diesem Treuebekenntnis war man sich einig, in nächster Zeit eine Sitzung des Parteivorstandes der SEW anzuberaumen, um dort kurzfristig die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zu beschließen sowie Schmitt als Kandidat für die Wahl in die Funktion des Parteivorsitzenden zu bestimmen. Für den damit freiwerdenden Posten des zweiten Stellvertreters wurde Inge Kopp, bislang Kreisvorsitzende von Neukölln, ins Auge gefasst. Häber hielt hierzu fest: „Genossin Kopp ist ohne Zweifel einer der aktivsten und auch bekanntesten

⁹⁶ Vgl. Schreiben von Häber an Danelius (vom 6.12.1977 und 9.3.1978), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

⁹⁷ Schreiben von Danelius an Honecker vom 15.2.1978, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

⁹⁸ Vgl. Faxschreiben vom 18.5.1978, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

⁹⁹ Schreiben von Häber an Honecker vom 19.5.1978, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹⁰⁰ Schreiben von Häber an Honecker vom 1.6.1978, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

Kreisfunktionäre der Partei. Die Wahl einer Genossin als stellvertretenden Parteivorsitzenden würde auch deshalb sicherlich ein positives Echo in der Partei finden, da ja mehr als 40 Prozent der Mitglieder der SEW weiblichen Geschlechts sind.¹⁰¹

Nachdem Schmitt und Ahrens mit Häber noch weitere Detailfragen besprochen hatten wie beispielsweise die Besetzung von mittlerweile zwei vakanten Posten im Büro, da neben Danelius wenige Monate zuvor auch Kniestedt verstorben war, fuhren die beiden Westberliner Kommunisten gemeinsam am 5. Juni nach Ostberlin, um Honecker über die Lage der SEW sowie über die Schwerpunkttaufgaben der kommenden Monate zu unterrichten.¹⁰² Gegenüber Honecker beteuerte Schmitt seine Einsatzbereitschaft: Die Kampfkraft der Partei solle gestärkt, die politisch-ideologische Arbeit verbessert und die Massenarbeit noch wirkungsvoller gestaltet werden. Darüber hinaus berichtete Schmitt, dass in der SEW gegenwärtig 266 Grundorganisationen bestünden, von denen 177 Betriebsgruppen (einschließlich Hochschulgruppen) sowie 89 Wohngruppen seien. Auch versuchte er glaubhaft zu machen, dass die Partei insbesondere auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit Fortschritte erzielt hätte. Seinen Angaben nach übten rund 500 Westberliner Kommunisten gewerkschaftliche beziehungsweise betriebliche Wahlfunktionen aus. Vor allem sei der Einfluss in den gewerkschaftlichen Vertreterversammlungen gestiegen. Schmitt gab an, dass dieser in der IG Bau-Steine-Erden 24 Prozent betrage, „bei der IG Druck und Papier 20 Prozent, bei der Gewerkschaft Handel-Banken-Versicherungen 15 Prozent, bei der Gewerkschaft Erziehung-Wissenschaften 15 Prozent, bei der IG Metall und der Gewerkschaft ÖTV je 5 Prozent.“¹⁰³ Mit den Ausführungen von Schmitt zeigte sich Honecker zufrieden, versicherte ihm, dass die SED „auch künftig jede erforderliche Hilfe leisten“¹⁰⁴ werde, und „bekräftigte die unverbrüchliche Verbundenheit zwischen SED und SEW.“¹⁰⁵

¹⁰¹ Schreiben von Häber an Honecker vom 1.6.1978, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹⁰² Vgl. Schreiben von Häber an Honecker vom 30.5.1978, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹⁰³ Notiz über eine Aussprache des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit den stellvertretenden Vorsitzenden der SEW, Genossen Horst Schmitt und Dietmar Ahrens, am 5. Juni 1978 (erstellt am 6.6.1978), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹⁰⁴ Notiz über eine Aussprache des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit den stellvertretenden Vorsitzenden der SEW, Genossen Horst Schmitt und Dietmar Ahrens, am 5. Juni 1978 (erstellt am 6.6.1978), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹⁰⁵ Notiz über eine Aussprache des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit den stellvertretenden Vorsitzenden der SEW, Genossen Horst Schmitt und Dietmar Ahrens, am 5. Juni 1978 (erstellt am 6.6.1978), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.



Schmitt, Horst (3.9.1925-22.4.1989):

In einer SED-Kurzbiographie heißt es über ihn: „Genosse Horst Schmitt wurde am 3.9.1925 in Berlin geboren. Seiner sozialen Herkunft nach ist er Angestellter. Seine Familie und er selbst wurden während der Nazizeit rassistisch verfolgt. Er wurde für ‘wehrunwürdig’ erklärt und in den letzten Kriegsjahren 1944/45 als Zwangsarbeiter zur so genannten ‘Organisation Todt’ eingezogen und in verschiedenen Arbeitslagern in Frankreich schikaniert. Seine Eltern wurden 1945 Mitglieder der KPD und später der SEW. Nach seiner Entlassung aus amerikanischer

Gefangenschaft in Frankreich wurde er im Juni 1946 Mitglied der SED, als VdN anerkannt und besuchte zunächst die Bauingenieurschule. Im Jahr 1947 wurde er Lehrling in den Bezirksamtern Tempelhof und Treptow und war anschließend bis 1952 als Hauptdienststellenleiter im Magistrat von Groß-Berlin zuletzt als Kaderleiter zuständig. Von 1947-1959 gehörte er dem Kreisvorstand der SED Tempelhof an. Seit 1952 ist er hauptamtlicher Parteiarbeiter, war zunächst Mitglied des Sekretariats und ab 1954 1. Sekretär der Kreisleitung der SED Tempelhof und wurde 1955 Mitglied der Bezirksleitung der SED. 1959/60 besuchte er den Einjahreslehrgang an der Parteihochschule beim ZK der KPdSU in Moskau und wurde Mitglied der Westberliner Leitung der SED und ihres Sekretariats. Seit dem 1. Parteitag der SEW 1966 ist er Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes und wurde auf dem II. Parteitag 1970 Mitglied des Büros und Sekretär des Parteivorstandes der SEW. Der V. Parteitag wählte ihn am 17. April 1977 zum Stellvertretenden Parteivorsitzenden.“ Kurzbiographie des Genossen Horst Schmitt (von Westabteilung, 31.5.1978), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

Am 29. Juni 1978 folgte Schmitt einer Einladung der sowjetischen Botschaft in der DDR. Bei der Begegnung mit dem Botschafter Abrassimow teilte ihm dieser mit, „dass das ZK der KPdSU mit den kadermäßigen Veränderungen in der Führung der SEW vollkommen einverstanden sei.“¹⁰⁶ Daraufhin fand am 18. Juli der außerordentliche Parteitag der SEW statt, beschickt mit den Delegierten des im vorigen Jahr veranstalteten ordentlichen V. Parteitages.¹⁰⁷ Mit 387 von 388 Delegiertenstimmen wählte man Schmitt zum Vorsitzenden. Ebenso viele Stimmen erhielt Kopp, die damit neben Ahrens zur zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wurde.¹⁰⁸

Westberliner Wahlen 1979

Der außerordentliche Parteitag der SEW 1978 bildete zugleich den Auftakt für die Vorbereitungen im Hinblick auf die Wahlen, die für den 18. März 1979 anberaumt waren. Hierzu gehörte zum einen die Ausarbeitung des Wahlprogramms. Wie immer entstand der Entwurf in enger Abstimmung zwischen Häber und Schmitt, wurde daraufhin in einer Reihe von Beratungen in der SEW diskutiert

¹⁰⁶ Schreiben von Häber an Honecker vom 30.6.1978, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/519, nicht paginiert.

¹⁰⁷ Vgl. Schreiben von Häber an Honecker vom 1.6.1978, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹⁰⁸ Vgl. SEW (Hg.): Materialien des Außerordentlichen Parteitages der SEW, Berlin 1978, S. 11.

und schließlich am 22. September 1978 einstimmig vom Parteivorstand gebilligt. Die Endredaktion übernahm danach abschließend Honecker persönlich.¹⁰⁹ Schmitt hatte damit seine Feuertaufe bestanden; lobend schrieb Häber an Honecker: „Im Zusammenwirken bei der Abfassung des Wahlprogramms der SEW zeigte er [(Schmitt)] sich wie bisher als sehr kooperationsbereit. Es bestehen meines Erachtens alle Voraussetzungen für die positive Weiterentwicklung der Zusammenarbeit.“¹¹⁰

Ab Oktober intensivierte die SEW ihre Wahlkampfarbeit; die Hauptlösung lautete: „Mit der SEW für eine gesicherte Zukunft unserer Stadt“; Foren und Versammlungen wurden abgehalten sowie Broschüren gedruckt und verteilt. Bei einem Gespräch zwischen der SEW-Führungsspitze und dem Generalsekretär der SED zeigte sich, dass Honecker keinerlei Illusionen hinsichtlich des Wahlausgangs hatte und er nicht damit rechnete, dass die Bruderpartei eine Chance habe, ins Rathaus einzuziehen zu können. Vielmehr ginge es darum, so Honecker, „als Sauerteig zu wirken, damit es zu solchen Aktionen kommt, die die großen Parteien zwingen, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die sich auf der Tagesordnung befinden.“¹¹¹

Gegen Ende Januar 1979 fuhr Häber für einige Tage nach Westberlin, um die Wahlkampsituation einzuschätzen, und unterrichtete darüber Verner, der wiederum die Information an Honecker weiterleitete.¹¹² In seinem Bericht hob Häber zum einen hervor, dass wohl am 29. Januar Bundeskanzler Helmut Schmidt „auf einer Betriebsräte-Konferenz der Westberliner SPD ausdrücklich dazu aufgefordert [habe], der SEW keine Stimme für die Abgeordnetenhauswahl zu geben“¹¹³, denn man müsse dafür sorgen, dass sie „unbedeutend“ bleibe. Zum anderen hielt Häber in seiner Lagebeurteilung ärgerlich fest, dass das Wahlgericht dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), der seinen Angaben zufolge in Westberlin nur über 370 Mitglieder verfügte, wie auch der Alternativen Liste (AL), die erstmalig antrat, eine Ausnahmeregelung eingeräumt hätte, welche beiden Parteien die Wahlteilnahme erlaubte, obwohl es ihnen anscheinend nicht gelungen war, im Vorfeld die laut Wahlgesetz erforderlichen Unterschriften zusammenzubekommen. In seiner recht kurzen Einschätzung der AL hielt Häber ferner fest: „Hinter dem Namen ‘Alternative Liste’ verbirgt sich ein Sammelsurium von trotzkistischen, maoistischen und anderen scheinlinken Kräften. Obwohl sich die meisten in Westberlin existierenden Bürgerinitiativen inzwischen von dieser Liste losgesagt haben, wird der Eindruck gefördert, als handele [es] sich hierbei um ein Bündnis von Bürgerinitiativen. Meine Gespräche

¹⁰⁹ Vgl. Schreiben von Häber an Schmitt (vom 25.9.1978 und vom 26.9.1978), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715; Schreiben von Schmitt an Honecker vom 25.9.1978, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Schreiben von Häber an Honecker vom 26.9.1978, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹¹⁰ Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Häber, 6.10.1978), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹¹¹ Information über ein offizielles Treffen des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit Genossen Horst Schmitt, Vorsitzender der SEW, sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der SEW, Genossin Inge Kopp und Genossen Dietmar Ahrens am 12. Oktober 1978 (von Westabteilung, 13.10.1978), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹¹² Vgl. Schreiben von Verner an Honecker vom 31.1.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 1.

¹¹³ Information über meinen Aufenthalt in Westberlin vom 21. bis 27. Januar 1979 (von Häber, 29.1.1979), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

ergaben, dass offenkundig bei manchen Jugendlichen der Eindruck besteht, als sei diese ‘Alternative Liste’ eine durchaus wählbare linksorientierte Kraft.“¹¹⁴ Im Hinblick auf die SEW registrierte Häber einerseits vor allem bei den jüngeren Mitgliedern eine gewisse Resignation, Skepsis und Angst vor politischem Engagement, was er zum Teil dem „Berufsverbotsdruck“ anlastete. Andererseits entdeckte er erneut „ideologische Probleme“ in einigen Parteigruppen der FU und der Pädagogischen Hochschule (PH). Grund dafür sei das „verstärkte Auftreten sogenannter spontaneistischer Kräfte (Spontis) unter den Studenten“¹¹⁵, mit denen manche Parteigruppe nur schwer fertig werde. Darüber hinaus, so musste Häber feststellen, hätten auch einige der von der SEW getragenen Aktionsgemeinschaften demokratischer und sozialistischer Hochschulangehöriger (ADS) in der zurückliegenden Zeit Positionen eingebüßt und ihr Zustand sei vielfach labil.¹¹⁶ Gleichwohl stellte er aber auch heraus, dass die SEW sich intensiver als noch vor Jahren darum bemühe, das Gespräch mit Westberlinern zu führen und Überzeugungsarbeit zu leisten.

Die Wahlen, die am 18. März 1979 in Westberlin zum Abgeordnetenhaus und zu den zwölf Bezirksverordnetenversammlungen stattfanden, bargen eine große Überraschung. Aus dem Stand heraus erhielt die AL 3,7 Prozent der abgegebenen Stimmen, der KBW hingegen nur 0,1 Prozent. Die CDU erzielte 44,4 Prozent, die SPD 42,7 Prozent und die FDP 8,1 Prozent. Die bisherige Sozialliberale Koalition unter Dietrich Stobbe, der zwei Jahre zuvor die Nachfolge von Klaus Schütz übernommen hatte, konnte daraufhin ihre Zusammenarbeit nochmals fortsetzen. Für die SEW war der Wahlabend ein erneuter Niederschlag. Sie verlor gegenüber 1975 über 11.000 Wähler und kam lediglich auf 1,1 Prozent (= 13.744 Zweitstimmen).

Die Kommandozentralen der Kommunisten in Ost und West waren sich schnell einig, dass die AL wesentlich verantwortlich für das schlechte Abschneiden der SEW war. In einer SED-Wahlanalyse hieß es, dass sich der „überraschend große Zulauf“ für die AL besonders daraus erklären würde, dass die Partei „demagogisch mit einer Reihe gleicher Forderungen wie sie SEW“ aufgetreten sei, „aber zugleich breiten Raum [...] für antikommunistische Grundhaltungen sowie für spontaneistische und alle möglichen politisch unreifen Positionen“¹¹⁷ geboten habe. Weiter stand in der SED-Wahlanalyse geschrieben, dass die AL bei Leuten Zuspruch gefunden hätte, „die eine allgemeine, politisch wenig profilierte Protesthaltung einnehmen [würden,] für die Umweltschutz eine Art Ersatzideologie“¹¹⁸ sei und die erfüllt seien „von Misstrauen gegen organisierte Formen des politischen Kampfes, gegen Parteien an sich und gegen geschlossene gesellschaftspolitische

¹¹⁴ Information über meinen Aufenthalt in Westberlin vom 21. bis 27. Januar 1979 (von Häber, 29.1.1979), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹¹⁵ Information über meinen Aufenthalt in Westberlin vom 21. bis 27. Januar 1979 (von Häber, 29.1.1979), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹¹⁶ Vgl. Information über meinen Aufenthalt in Westberlin vom 21. bis 27. Januar 1979 (von Häber, 29.1.1979), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹¹⁷ Zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung am 18. März (von Westabteilung, 19.3.1979), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹¹⁸ Zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung am 18. März (von Westabteilung, 19.3.1979), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

Programme.“¹¹⁹ Horst Schmitt fasste dies weiter zusammen und erklärte Honecker, dass die AL „von der Bourgeoisie als Trojanisches Pferd installiert worden“¹²⁰ sei „und diese Aufgabe voll erfüllt“¹²¹ habe. „Die ihr von der Bourgeoisie zugeschriebene Rolle“¹²² bestünde „vor allem darin, sowohl der SPD als auch der SEW Stimmen abzuziehen und auf diese Weise der CDU zu dienen.“¹²³ Neben dieser abstrusen Theorie übte der Vorsitzende der SEW aber auch Selbstkritik und sah die Schwächen der Parteiarbeit „insbesondere auf dem Gebiet der Massenarbeit.“¹²⁴ Um diese zu überwinden und auch um „jüngere Kader systematisch zu erproben und sie auf Funktionen in der Führung der Partei vorzubereiten“¹²⁵, sollte man deshalb zukünftig gezielter und planmäßiger Parteimitglieder „mit konkreten Aufträgen zur Arbeit in Bürgerinitiativen und ähnlichen Gruppierungen, in Organisationen und Vereinen [...] entsenden.“¹²⁶ Zudem wollte er die Gangart der SEW flexibler gestalten und schrieb: „So richtig es ist – wie geschehen –, zu wichtigen Bereichen des politischen Lebens programmatische Positionen auszuarbeiten, so dringend ist die Notwendigkeit, solche Plattformen nicht nur zu verkünden, sondern mit größerer Energie und Beharrlichkeit langfristig damit zu arbeiten und gemeinsam mit anderen, die vielleicht nur in Teilfragen mit uns übereinstimmen, den Kampf um die Verwirklichung bestimmter Teilstufen zu führen.“¹²⁷ Darüber hinaus deutete Schmitt dem SED-Generalsekretär zudem an, dass in der Folgezeit innerparteiliche Auseinandersetzungen bevorstehen könnten. Honecker nahm die Analyse von Schmitt zur Kenntnis und gab ihm hinsichtlich seiner anvisierten Vorgehensweise volles Einverständnis.¹²⁸

Revolte in der SEW

Unter den Mitgliedern und in den Parteigremien der SEW hatte die außerordentlich herbe Wahlniederlage einen äußerst regen Diskussionsprozess eröffnet. Die Parteispitze identifizierte dabei das verstärkte Auftreten „parteifeindlicher Kräfte“ und bezeichnete damit Mitglieder, die versuchten „den kritischen Geist der Wahlauswertung zu missbrauchen, um die Linie der Partei in Grundfragen zu verändern.“ Beispielsweise, so hieß es in einem internen SEW-Bericht, hätten einige Diskussionsbeiträge auf der Zehlendorfer Kreisvorstandssitzung erkennen lassen, „dass der Grad zwischen konstruktiver Politik und parteifeindlichen Positionen schmal“ sei, und dass dort Mitglieder mit „Fehler-Katalogen“ auftreten würden. Darin enthaltene Kritikpunkte waren unter

¹¹⁹ Zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung am 18. März (von Westabteilung, 19.3.1979), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹²⁰ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 23.3.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 9.

¹²¹ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 23.3.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 9.

¹²² Schreiben von Schmitt an Honecker vom 23.3.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 9.

¹²³ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 23.3.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 9 f.

¹²⁴ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 23.3.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 11.

¹²⁵ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 5.4.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹²⁶ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 5.4.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹²⁷ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 5.4.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹²⁸ Vgl. Schreiben von Häber an Schmitt vom 17.4.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

anderem: „keine breite Diskussion des Wahlprogrammentwurfes, Fehler bei der Spaltung der GEW (einseitiges Orientieren auf die GEW im DBG), Ablehnung der Kandidatur der AL im Landeswahlausschuss, Verhinderung von Dialogen der Linken in der Zeitschrift SOPO¹²⁹ durch deren Einstellung, defensives Verhalten im Gesundheitswesen durch Nichtinitiative einer Demonstration, Auftreten von Klaus Feske auf der Vietnam-Kundgebung in der TU usw.“ Alles in allem jedoch, so die Einschätzung im SEW-Bericht, würden diese Leute – wie sich im bisherigen Diskussionsprozess gezeigt habe – „in der Breite der Partei keinen Einfluss finden“¹³⁰.

In einer der regelmäßig durchgeführten Absprachen mit dem MfS berichtete Inge Kopp, verantwortlich für Sicherheitsfragen und Kaderarbeit der SEW,¹³¹ im April 1979 gegenüber Oberstleutnant Schröter, dass die Lage der Partei sehr kompliziert sei. Sie schilderte ihm, dass die im Laufe der Jahre hinzugekommenen Parteineulinge mittlerweile fast 50 Prozent des Mitgliederbestandes ausmachen würden, dass darunter viele Intellektuelle seien und mit ihnen die größten Probleme an der FU, PH und TU bestünden. Sie informierte darüber, dass der Parteivorstand in Reaktion darauf vorhave, sich systematisch und zielstrebig mit der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit im gesamten Parteikollektiv auseinanderzusetzen. Zudem sei man dabei, im Hinblick auf die zukünftige Besetzung von mittleren und leitenden Positionen innerhalb der Partei eine Kaderreserve zu entwickeln. Sie räumte ein, dass bezüglich der „Feindtätigkeit“ innerhalb der SEW bislang noch nicht allzu viel unternommen worden sei, dass sie „diesen Komplex jedoch in nächster Zeit sofort in Angriff nehmen“¹³² und sich hierzu mit dem Vorsitzenden des Schiedsgerichtes¹³³ Herbert Alisch besprechen werde. Die nächste Aufgabe von Alisch solle sein, Materialien von der Periode ab 1973 über die innerparteiliche Feindtätigkeit zusammenzustellen, um daraus konkrete Handlungsschritte für entsprechende Gegenmaßnahmen ableiten zu können. Die Notiz von Oberstleutnant Schröter endete wie folgt: „Ich gab meinerseits die Zusage, dass auch von uns aus Überlegungen angestellt werden, wie der Feind in den letzten

¹²⁹ Die Theorie-Zeitschrift „Sozialistische Politik“ (kurz: „SOPO“) wurde 1969 ins Leben gerufen und von der studentischen Fachschaft Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU herausgegeben. Im Frühjahr 1971 gelang es Mitgliedern der SEW und der ADS durch einen Handstreich, sich die Rechte an der „SOPO“ zu sichern und die Zeitschrift zu übernehmen. Vgl. Proletarische Anschauung, in: Der Spiegel vom 19.7.1971, S. 106; Eine neue Studentengruppe an der Freien Universität Berlin, in: Neue Zürcher Zeitung vom 13.11.1971, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 2 von 2), Bl. 220.

In einer Gesprächsnote des MfS wurde Folgendes festgehalten: „Es wurde die seit längerer Zeit zurückliegende Anfrage unsererseits [MfS] vom Juli 1971 über die „Sozialistische Politik“, die Zeitschrift „SoPo“, beantwortet in der Form, dass die Genossen der SEW mit dieser Redaktion in enger Verbindung stehen. Sie haben alle Möglichkeiten, ihren Einfluss bei dieser Zeitschrift geltend zu machen. Aber sie wollen den Charakter dieser Zeitschrift bestehen lassen, da diese einen großen Umsatz hat und bis nach WD geht. Diese Zeitung trägt sich selbst und erhält keinerlei Zuschüsse.“ Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 31.5.1972, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 174.

¹³⁰ Erste Auswertung der Wahlen vom 18.3.1979 in den Kreisen (von SEW, 31.3.1979), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹³¹ Vgl. Information über meinen Aufenthalt in Westberlin vom 21. bis 27. Januar 1979 (von Häber, 29.1.1979), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹³² Bericht über die durchgeführte Absprache mit der Genn. X (SEW) am 26.4.1979 (von MfS), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 12.

¹³³ Stellvertretender Vorsitzender der Schiedskommission beim Parteivorstand war Heinz Grünberg (zugleich stellvertretender Chefredakteur) (Stand: 1980). Vgl. Die Klarheit, Nr. 3/1980, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 43.

Jahren in der Bruderpartei gearbeitet hat, seine Angriffsrichtung, seine dabei angewandten Mittel und Methoden. Ich werde dann beim nächsten Treff unsere Erkenntnisse ihren Erkenntnissen gegenüberstellen und wir [werden] dann gemeinsam weitere Maßnahmen einer zielgerichteten Bearbeitung von Personen oder bestimmten Richtungen der Partei festlegen. Die Genn. Inge war damit voll einverstanden.“¹³⁴

Wie in den Absprachen mit Ostberlin angekündigt, begann daraufhin die SEW-Führungsspitze, ideologische Abweichungen jetzt konsequenter als zuvor einzudämmen, wobei sie ihre althergebrachten Methoden benutzte. Hierzu gehörte, dass Funktionäre mit Kritikern Einzelgespräche führten, um sie unter psychologischem Druck auf die Parteilinie einzuschwören und Diskussionen abzudrosseln. Bei auffällig werdenden Dissidenten, die einen Parteiposten innehatten, veranlasste die Führung deren Abberufung und ersetzte sie durch Hardliner. Parteiausschlüsse bildeten schließlich die härteste Form der Abstrafung.¹³⁵ Neben diesen Methoden nutzten die Parteoiberen zudem die Wahlen in den Grund- und Kreisorganisationen sowie den Umtausch der Mitgliedsbücher, um Mitglieder zu disziplinieren oder sich ihrer zu entledigen. Beides erfolgte in der Zeit von Dezember 1979 bis April 1980.¹³⁶ Das Kaderkarussell kam diesmal heftig in Schwung. In konkreter Absprache mit Ostberlin wurden zahlreiche Posten in den Kreisen wie auch wenig später im Büro und Sekretariat umbesetzt.¹³⁷ Dass die nachgeordneten Parteigremien den Personalvorschlägen der Führungsspitze bedingungslos folgten, begründete sich aus der Tatsache, dass dies die überwiegende Mehrheit der SEW-Mitglieder so wollte. Kritiker äußerten sich hinsichtlich der Postenumbesetzung wie folgt: „Nach welchen Gesetzen der Parteibürokratenlogik die Flickschusterei erfolgt, ist unschwer auszumachen: Brandstellen stopfen, Beruhigungspillen verpassen, wo unbedingt notwendig; ansonsten aber wird nach der Devise ‘lieber dumm, aber treu’ das magere Angebot hin und her geschoben.“¹³⁸

Das harte Durchgreifen von Horst Schmitt, das dazu dienen sollte, die „Einheit und Reinheit“ der Partei zu wahren, war eine Reaktion auf die stets wiederkehrenden Unruhen, ausgelöst durch eine seit längerem bestehende Anzahl von Reformwilligen mit eurokommunistischen und ökologischen Ausrichtungen. Sie bildeten die Spitze einer innerparteilichen Strömung und hatten inzwischen heimlich damit begonnen, ihre Kontakte untereinander auszubauen und sich zu organisieren.¹³⁹ Im

¹³⁴ Bericht über die durchgeführte Absprache mit der Genn. X (SEW) am 26.4.1979 (von MfS), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 12.

¹³⁵ Vgl. Die Klarheit, Nr. 1/1979, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14219, Bl. 162; Die Klarheit, Nr. 1/1980, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 27; Die Klarheit (Sonderausgabe, Mai 1980), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 105-107, 121 f.

¹³⁶ Vgl. Schreiben von Schmitt an Verner vom 31.3.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 83-88; Die Klarheit, Nr. 1/1979, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14219, Bl. 157.

¹³⁷ Allein in den Kreisen wurden fünf neue Vorsitzende und sieben neue Stellvertreter eingesetzt. Die neue Konstellation zeigte auf, dass von den insgesamt 24 Kreisvorsitzenden bzw. stellvertretenden Kreisvorsitzenden 19 die Schule in Moskau besucht hatten. Vgl. Vorhaben auf dem Gebiet der Kaderpolitik (Februar 1980), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert; Schreiben von Schmitt an Verner vom 31.3.1980, in: ebenda; Schreiben von Schmitt an Häber vom 3.6.1980, in: ebenda; Schreiben von Häber an Verner vom 4.6.1980, in: ebenda.

¹³⁸ Die Klarheit, Nr. 3/1980, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 49.

¹³⁹ Vgl. Die Klarheit, Nr. 1/1980, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 26 f.

Zuge der verlorenen Wahlen im März 1979 fingen die Anhänger dieses Netzwerkes damit an, mehrere Aufklärungsschriften zu verfassen und intern kursieren zu lassen.¹⁴⁰ Einige von ihnen trafen sich wohl zu Pfingsten 1979 in den Niederlanden, um dort die Herausgabe eines partiinternen Oppositionsblattes namens „Die Klarheit“ vorzubreiten.¹⁴¹ Damit hatte sich die so bezeichnete „Klarheit“-Fraktion formiert, wenngleich die Akteure selbst sich nie als eine solche verstanden wissen wollten. Im November 1979 brachten sie die erste Ausgabe ihrer hektographierten Zeitschrift heraus, die sie an knapp 1.000 SEW-Mitglieder versandten und verteilten. Gleich zum Jahresbeginn 1980 und danach in monatlichen Abständen erschienen weitere Ausgaben. Das Grundanliegen der „Klarheit“-Fraktion war, einen innerparteilichen Reform- und Demokratieprozess anzustoßen.¹⁴² In ihrer Zeitschrift verurteilten sie die Nibelungentreue der SEW zur DDR und zur Sowjetunion, die sich beispielsweise aktuell und wieder einmal besonders drastisch an der unumwundenen Befürwortung des Einmarsches in Afghanistan zeigte. Sie kritisierten die Ausbürgerung Biermanns, die fehlende Positionierung gegen die Nutzung von Kernenergie sowie die Lobhudelei auf Stalin.¹⁴³ Ebenso stellten sie die Parteiprinzipien des demokratischen Zentralismus in Frage und verdeutlichten anhand vieler Einzelbeispiele in geradezu ironischer Tonart, wie die Führungsclique in Form von Strippenziehen und Mauscheln ihren Machtanspruch sicherte und durchsetzte. In der ersten Ausgabe der Klarheit hieß es: „Wir rechnen damit [...] dass diejenigen [...] die eine innerparteiliche Diskussion fürchten, mit allen bekannten Mitteln gegen die Herausgabe vorgehen werden. Es ist deshalb nicht möglich [...] dass die Herausgeber mit ihrem Namen unterzeichnen, genau wie auch Leserzuschriften in der Regel nicht kenntlich gemacht werden. Wir, das sind aktive Genossen aus vielen wichtigen Bereichen und Gremien der Partei. Ohne den Anspruch einer Fraktion, die mit einer festen Plattform auftritt, wollen wir denjenigen Genossen, die dabei sind den Mut zu verlieren diese Partei zu verändern, den Rücken stärken, den vielen Einzelkämpfern zeigen [...] dass sie nicht allein sind. Das werden wir durch Berichterstattung aus Kreisvorstands-, Parteivorstandssitzungen, kritische Begleitung von Wahrheit [(SEW-Parteizeitung)] und Konsequent [(theoretisches Organ der SEW)]¹⁴⁴ und durch

¹⁴⁰ Vgl. Die Klarheit, Nr. 3/1980, in: BStU, ZA, MfS HA II/ 19 14202, Bl. 42.

¹⁴¹ Vgl. Bericht über eine parteifeindliche Gruppierung in der SEW (von MfS/Büro der Leitung II, 27.2.1980), in: BStU, ZA, MfS HA II/6 1823, Bl. 3.

„Der Titel ‘Die Klarheit’ basiert auf dem früheren Werbespruch der SEW für ihr Parteorgan ‘Die Wahrheit’: ‘Willst Du Klarheit, lies die Wahrheit.’“ Austritte aus der „Sozialistischen Einheitspartei Westberlins“ (SEW), in: Innere Sicherheit, Nr. 54 vom 15.8.1980, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 60.

¹⁴² Vgl. Die Klarheit, Nr. 1/1980, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 27.

¹⁴³ Vgl. Die Klarheit, Nr. 1/1979, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14219, Bl. 159; Die Klarheit, Nr. 1/1980, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 29 f.; Die Klarheit (Sonderausgabe, Mai 1980), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 100-123.

¹⁴⁴ Die Vierteljahreszeitschrift „Konsequent“ war das theoretische Organ der SEW. Sie erschien erstmals im Dezember 1969. Herausgegeben wurde sie anfangs vom SEW-Kreisverband Zehlendorf; ab 1971 übernahm der SEW-Parteivorstand die Herausgeberschaft. Die Auflagenhöhe dürfte schätzungsweise bei rund 2.000 bis 3.000 Stück gelegen haben. Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2271; Schreiben von Häber an Honecker vom 16.1.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Information über einen Erfahrungsaustausch zwischen der Redaktion „Einheit“ und dem theoretischen Organ der SEW „Konsequent“ am 28.1.1976 (von Leichtfuß, Mitarbeiter der Westabteilung), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

Diskussionsbeiträge zu Themenbereichen und Parteiereignissen zu leisten versuchen. ‘Die Klarheit’ wird so lange erscheinen, bis in unserer Partei die offene Diskussion wieder möglich ist, ohne die der wissenschaftliche Sozialismus nicht leben kann.“¹⁴⁵

Die Führung der SEW wusste anfänglich nicht genau, wer die Macher der „Klarheit“ waren. Die einzige Ausnahme bildete Rainer Schwarzenau, der als verantwortlicher Herausgeber unter Angabe seiner Kontaktadresse fungierte. Schwarzenau, Mitglied der SEW seit 1971, wurde sofort ausgeschlossen und politische Wegbegleiter aus seinem näheren Umfeld mussten von ihren Partefunktionen zurücktreten.¹⁴⁶ Wenngleich die übrigen Anhänger der „Klarheit“ sich zunächst bedeckt hielten, verloren einige von ihnen, die schon andermal durch kritische Äußerungen oder Ungehorsam der Parteispitze aufgefallen waren, im Zuge der schon laufenden Säuberungsaktion, unter anderem im Rahmen der Parteiwahlen, ihre Posten. Das Erscheinen der Zeitschrift „Die Klarheit“ heizte die Situation in der Partei zusätzlich an und rief zum Teil heftige Reaktionen und Diskussionen hervor. Allerdings unterlagen die Sympathisanten der „Klarheit“ in den Auseinandersetzungen, denn sie waren in der Minderheit, und jeder der sich ihrer Argumente bediente wurde auf die ein oder andere Weise abgestraft oder ausgegrenzt. Nochmals rauer wurde der Umgangston, als schließlich „Die Tageszeitung“ (TAZ) am 18. Februar 1980 den Konflikt publik machte und mit der Schlagzeile „SEW vor der Spaltung?“ aufwartete, so dass die westdeutschen Medien aufhorchten.¹⁴⁷ Die Führungsspitze der SEW reagierte darauf mit einer öffentlichen Hetzkampagne gegen die Mitglieder der „Klarheit“-Fraktion, die darin gipfelte, dass Horst Schmitt in seinem Bericht auf der 15. Tagung des Parteivorstandes am 18. April 1980 behauptete, „Die Klarheit“ werde von Agenten des Verfassungsschutzes gesteuert.¹⁴⁸ Für die meisten der übrig gebliebenen SEW-Rebellen, unter ihnen sogar drei Vorstandsmitglieder¹⁴⁹, war damit das Tischtuch endgültig zerrissen. Gegen Ende Mai resignierten sie und überbrachten der SEW eine umfassende und kritische Erklärung, mit der sich knapp 60 Unterzeichner zur „Klarheit“ bekannten,

¹⁴⁵ Vgl. Die Klarheit, Nr. 1/1979, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14219, Bl. 155.

¹⁴⁶ Vgl. Die Klarheit, Nr. 1/1980, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 20.

¹⁴⁷ Vgl. hierzu die Artikel aus den Zeitungen und Zeitschriften „Welt“, „Bild“, „Spiegel“, „Vorwärts“ u. a., in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14219, Bl. 46-75.

¹⁴⁸ Vgl. Information über die 15. Tagung des Parteivorstandes der SEW (von Westabteilung, 30.4.1980), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 93 f.

In Ostberlin hatte man tatsächlich die Vermutung, dass im Zusammenhang mit der „Klarheit“ der Verfassungsschutz seine Hände im Spiel haben könnte. Das MfS fand dafür allerdings keinen einzigen Beweis. Vgl. Bericht über eine parteifeindliche Gruppierung in der SEW (Mfs/Büro der Leitung II, 27.2.1980), in: BStU, ZA, MfS HA II/6 1823, Bl. 4; Operative Bearbeitung des OV „Klarheit“/Fraktionelle Gruppierung in der SEW, in: BStU, ZA, MfS HA II 25012, Bl. 10 f.

¹⁴⁹ Es waren dies Wolfgang Gukelberger (SEW-Mitglied seit 1968, im PV seit 1970 und politischer Mitarbeiter beim PV seit 1972), Sylvia Gramse (SEW-Mitglied seit 1966, im PV seit 1972) sowie Henry Kördel (Mitglied seit 1971, im PV seit 1972). Gukelberger wurde einige Zeit nach seinem SEW-Austritt Mitglied der AL und war dort unter anderem als hauptberuflicher Mitarbeiter im geschäftsführenden Vorstand tätig. Vgl. Operative Bearbeitung des OV „Klarheit“/Fraktionelle Gruppierung in der SEW, in: BStU, ZA, MfS HA II 25012, Bl. 11; Information über parteifeindliche Aktivitäten gegen die SEW (von Westabteilung, 30.5.1980), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

und von denen die Mehrheit demonstrativ ihren unmittelbaren Austritt aus der Partei mitteilte.¹⁵⁰ Horst Schmitt war sich mit Häber einig, dies zum Anlass für eine weitere generelle Bereinigung zu nehmen. Bestätigt wurden sie darin von Viktor Rykin (KPdSU), der sich hinsichtlich der bisherigen Führungstätigkeit von Schmitt zufrieden zeigte.¹⁵¹ Schmitt unterrichtete Häber Anfang Juni 1980 davon, dass in den Versammlungen und Zusammenkünften von Funktionären und Kreisvorstandssitzungen nahezu einmütig große Empörung und Ablehnung gegen die „Klarheit“-Fraktion bestünde. Zugleich räumte er ein: „Natürlich gibt es auch noch Fragen von Genossen und auch einige ‘U-Boote’, die jetzt zum Auftauchen und Flaggenzeigen gezwungen werden. D. h., der Klärungsprozess geht weiter.“¹⁵² In Vorbereitung und enger Abstimmung mit Häber berief Schmitt am 6. Juni 1980 die 16. Tagung des Parteivorstandes ein.¹⁵³ Alle Redner distanzierten sich von den Anhängern der „Klarheit“ und Schmitt äußerte sich dazu unter anderem wie folgt: „So bitter wie es für manchen einzelnen aufgrund seiner langjährigen Freundschaft zu diesem oder jenem ist, aber Parteifeinde sind Parteifeinde. Um zur Klärung der innerparteilichen Probleme zu kommen, haben wir ja auf der 15. Tagung die Fragen so zugespitzt, weil wir diese Entscheidung wollten. Also, ich meine, dass auch für uns gelten muss, was immer galt in der Arbeiterbewegung, alte Verdienste werden geehrt, aber alte Verdienste heben nicht auf, wenn man sich in der Gegenwart als Schuft gegenüber der Sache seiner Klasse erweist.“¹⁵⁴ „Die erste Auswertung der 16. Tagung des Parteivorstandes erfolgte noch am gleichen Wochenende mit einer zentralen Schulung der Mitglieder der neu gewählten Gruppenvorstände, an der ca. 500 Genossinnen und Genossen teilnahmen.“¹⁵⁵ Die Folgezeit war gekennzeichnet von weitern Parteiausschlüsse und -austritten.¹⁵⁶

¹⁵⁰ Vgl. Austritte und Ausschlüsse (bzw. in Kürze erfolgende Ausschlüsse) (Namensliste, undatiert), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Jenny Niederstadt,: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 83 f.

¹⁵¹ Viktor Rykin war im ZK der KPdSU in der Abteilung Internationale Beziehungen zuständig für die Verbindungen mit der SEW und der DKP. Gegen Ende Mai 1980 besuchte er die SEW, nahm an einer Reihe ihrer Veranstaltungen teil und traf sich unter anderem mit Häber. Vgl. Schreiben der Westabteilung an Honecker vom 30.5.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 98 f.; Schreiben von Häber an Schmitt vom 29.5.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 109 f.

¹⁵² Vgl. Schreiben von Schmitt an Häber vom 3.6.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert.

¹⁵³ Häber zeigte Schmitt unter anderem folgende Vorgehensweise auf: „Man muss sie [(„die spalterischen feindlichen Kräfte“)] und ihre Position entlarven und sich in aller Schärfe abgrenzen, ohne sich auf Einzelheiten ihrer Argumentation einzulassen, die nicht das Wesen ihres Angriffs betreffen. [...] Bei allem richtigen Bemühen, die Verlogenheit und Falschheit der gegen die Partei [SEW] gerichteten Lügen und Drohungen zu enthüllen und der Wahrheit die Ehre zu geben, muss vermieden (S.2) werden, dass unfreiwillig doch eine Diskussion über gemachte Fehler entsteht. [...] Der Angriff der parteifeindlichen Kräfte richtet sich nicht – das beweist ihre ‘Plattform’ – gegen Fehler in der Partei, gegen Mängel an der Partei, sondern gegen den Charakter der Partei als marxistisch-leninistische Kampfpartei, gegen ihre Grundposition, gegen die vom Parteitag beschlossene Strategie und Taktik und sie bedienen sich dazu konspirativer Methoden.“ Schreiben von Häber an Schmitt vom 4.6.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

¹⁵⁴ Schlusswort des Genossen Schmitt auf der 16. Tagung des PV am 6.6.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert.

¹⁵⁵ Information der Westabteilung über die 16. Tagung des Parteivorstandes der SEW vom 12.6.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert.

Reichsbahnerstreik

Ein weiteres Ereignis, dass auch in der „Klarheit“ ausführlich thematisiert worden war und der SEW weitere Schwierigkeiten bereitete, bestand darin, dass die Deutsche Reichsbahn (DR), der in Westberlin das Betriebsrecht sowie die -pflicht für die S- und Fernbahn oblag, im Januar 1980 – für die Öffentlichkeit überraschend und gleichsam über Nacht – für 78 Eisenbahner die fristlose Kündigung aussprach. Dies war quasi ein Tabubruch, denn abgesehen von der Entlassungswelle nach dem großen Streiks 1949¹⁵⁷ hatte sich die DR einen gewissen Nimbus als krisenfester Staatsbetrieb erworben und stets propagiert, dass ihre Arbeitsplätze sicher seien. Mit diesem Versprechen versuchte sie die Eisenbahner, die überwiegend Westberliner waren, an sich zu binden und die überaus niedrigen Löhne zu rechtfertigen.¹⁵⁸ Dennoch verließen nach und nach die Westberliner den Betrieb.¹⁵⁹

Für die SEW bildete die DR in Westberlin einen wichtigen Stützpunkt und Unterstützer.¹⁶⁰ Parteimitglieder und auch Mitglieder der FDJ-W waren in der Vergangenheit bei Einstellungen besonders berücksichtigt und in den verschiedensten Bereichen, wie beispielsweise in der Bahnpolizei, untergebracht worden. Darüber hinaus kamen sehr viele von ihnen in Leitungsfunktionen unter, wobei eine gewisse Überdehnung im Verwaltungsapparat in Kauf

¹⁵⁶ Vgl. Die Klarheit, Nr. 6/1980, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 128.

Einige der im Zusammenhang mit der „Klarheit“ aus der SEW Ausgetretenen und Ausgeschlossenen trafen sich in der Folgezeit zu Beratungen und gründeten am 12. Juli 1980 die Arbeitsgruppe Sozialistische Initiative (SI). Bereits am 20. Oktober 1982 löste sich der SI wieder auf. Einige traten Bürgerinitiativen bei, andere wurden Mitglied der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL). Vgl. Sozialistische Initiative, Nr. 1/September 1980, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14219, Bl. 163 f.; Sozialistische Initiative, Nr. 13/März 1982, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14219, Bl. 432 f.; Schreiben der Westabteilung an Verner vom 15.7.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert; Operative Bearbeitung des OV „Klarheit“/Fraktionelle Gruppierung in der SEW, in: BStU, ZA, MfS HA II 25012, Bl. 10 f.

¹⁵⁷ Im Mai und Juni 1949 streikten über 10.000 Eisenbahner in Westberlin für die Auszahlung ihres Gehalts in Westmark. Schwere Auseinandersetzungen zwischen den Streikenden und der Transportpolizei waren die Folge. Im Anschluss daran erhielten die Eisenbahner zunächst 60 Prozent ihres Lohnes in Westmark. Die vollständige Umstellung erfolgte erst 1962. Vgl. Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 95 f., 156.

¹⁵⁸ Vgl. Steffen Alisch: Ein sozialistischer Musterbetrieb in der Kostenfalle. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn in West-Berlin 1980, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 10/2001, S. 114; Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 13.

¹⁵⁹ Vgl. Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 41, 155, 336 f.

¹⁶⁰ Beispielsweise verordnete die SED im März 1958 und im Februar 1974 der DR in Westberlin eine „Betriebsruhe“, gedacht als Solidaritätsaktion zur Unterstützung der sich in dieser Zeit im Arbeitskampf befindlichen Gewerkschaft ÖTV, womit die Kommunisten gehofft hatten, dass Ansehen SED bzw. SEW unter den Gewerkschaftern und der Bevölkerung steigern zu können. Vgl. Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 260-262; Gerhard Keiderling/Percy Stulz: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970, S. 403 f.

genommen wurde.¹⁶¹ Die SEW-Mitglieder waren in Betriebsgruppen organisiert (1980 wohl 38 Betriebsgruppen)¹⁶², ebenso wie im FDGB, den die DR als alleinige Arbeitnehmervertretung anerkannte.¹⁶³ Noch Anfang des Jahres 1980 arbeiteten bei der DR rund 3.900 Personen¹⁶⁴, von denen eigenen Berechnungen zufolge knapp 860 Personen Mitglied der SEW waren, also etwa 22 Prozent.¹⁶⁵

Das für den Unterhalt der DR erforderliche Aufbringen der Devisen stellte für die DDR in den 1970er Jahren ein zunehmendes Problem dar, so dass sie lediglich nach dem Motto agierte: „So viel wie nötig, so wenig wie möglich!“¹⁶⁶ Die sich zusehends verschlechternden Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen ließen den Unmut unter den Beschäftigten stetig ansteigen. Auch in den Reihen der SEW führte dies immer wieder zu Diskussionen, wobei die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre gehalten waren, die Wogen bei den Beschäftigten der DR zu

¹⁶¹ Vgl. Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 258; Steffen Aisch: Ein sozialistischer Musterbetrieb in der Kostenfalle. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn in West-Berlin 1980, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 10/2001, S. 113, 116; Komitee der streikenden Eisenbahner Westberlins (Hg.): Dokumentation. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn, 2. überarbeitete Auflage, Berlin 1980, S. 6.

Wie eng die Verzahnung zwischen Ost und West war, zeigte sich daran, dass beispielsweise der stellvertretende Werkdirektor im RAW Tempelhof ein DDR-Bürger und der Werkdirektor im RAW Grunewald ein SEW-Mitglied war, dass der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) des FDGB ein SEW-Mitglied war, und dass – soweit bekannt – zwei SEW-Mitglieder der Politischen Abteilung der RB und zwei andere SEW-Mitglieder dem ansonsten ausschließlich mit DDR-Bürgern besetzten Sekretariat der Bezirksgewerkschaftsleitung (BZGL) des FDGB angehörten (Stand: 1980). Vgl. Die Klarheit, Nr.2/1980, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 37.

¹⁶² Vgl. Schreiben des Ministers für Verkehrswesen (Otto Arndt) an Verner vom 15.1.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 62.

¹⁶³ Vgl. Komitee der streikenden Eisenbahner Westberlins (Hg.): Dokumentation. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn, 2. überarbeitete Auflage, Berlin 1980, S. 95.

¹⁶⁴ Beschäftigungsentwicklung bei der DR in Westberlin insgesamt: 7.132 Personen im November 1954; 7.640 (August 1961); 5.227 (1964); 5.032 (1967); 4.312 (1970); 4.468 (März 1973); ca. 3.390 (Januar 1980); ca. 2.900 (1982); 2.250 (1984); 2.000 (1990). Vgl. Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 336 f.

¹⁶⁵ Die eigenen Berechnungen beruhen auf einem Schreiben von Schmitt, in dem er festhielt, dass jedes siebte Mitglied der SEW bei der DR in Westberlin beschäftigt sei. Vgl. Schreiben von Schmitt an Verner vom 31.3.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert.

Im Jahr 1953 lag der Anteil der SED-Mitglieder an den Beschäftigten der DR in Westberlin bei knapp 10 Prozent. Daraufhin stieg dieser Anteil. Im Juli 1962 arbeiteten bei der DR in Westberlin 1.159 SED-Mitglieder (Stand: 31.7.1962). Dies entsprach einem Anteil an den Beschäftigten von 20 Prozent. Davon wohnten 1.131 Genossen (19,5 Prozent) in Westberlin, die übrigen 28 Genossen wohnten in der DDR. In den darauf folgenden Jahren bis zum Ende der 1980er Jahre lag der Anteil der SED-W/SEW-Mitglieder an den Beschäftigten der DR bei etwas über 20 Prozent. Vgl. Information über die politische und wirtschaftliche Situation in den Betrieben und Dienststellen der Deutschen Reichsbahn in Westberlin (Vorlage an das Büro der Bezirksleitung, erstellt in der zweiten Hälfte des Jahres 1962 vom Minister für Verkehrswesen (Erwin Kramer)), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 1048; Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 64.

¹⁶⁶ Ausführlich zur Situation der DR in Westberlin in den 1970er Jahren: Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 13, 260-265.

glätten, indem sie die Schuld für die Misere dem Klassenfeind zuschoben.¹⁶⁷ Im Laufe der Jahre wandten sich Danelius wie auch dann Schmitt im Interesse ihrer dort arbeitenden Parteimitglieder mit Verbesserungsvorschlägen mehrmals an die SED-Führung und Verantwortlichen der DR.¹⁶⁸ Die Zugeständnisse blieben hingegen minimal. Im Politbüro hatte man andere Pläne und die Würfel waren gegen Ende der 1970er Jahre längst in Richtung Personalabbau gefallen, wobei bei der Auswahl der Entlassungen darauf geachtet worden war, die Zahl der davon betroffenen SEW-Mitglieder möglichst niedrig zu halten. Alles verlief unter großem Stillschweigen.¹⁶⁹ Horst Schmitt hatte man intern Anfang Dezember 1979 informiert;¹⁷⁰ die Unterrichtung und Einweisung in Form von Argumentationshilfen der verantwortlichen Werkdirektoren, der Vorsitzenden der Betriebsgruppen und der Betriebsgewerkschaftsleitung bei der DR in Westberlin erfolgte dagegen lediglich einen Tag vor der Durchführung der Entlassungsmaßnahmen.¹⁷¹ Umso überraschter waren die Eisenbahner, als sie am 15. Januar 1980 erfuhren, dass 78 ihrer Kollegen die Kündigung erhalten hatten, von denen 12 der SEW angehörten.¹⁷² Für die SEW doppelt schwer wog, dass sie zur gleichen Zeit eine Kampagne gegen anstehende Entlassungen bei AEG-Telefunken führte und sie äußerste Mühe hatte, die Maßnahmen der DR zu rechtfertigen und die aufflammenden Diskussionen in ihren Betriebsgruppen und unter den übrigen Eisenbahnern unter Kontrolle zu bringen.¹⁷³ Enttäuscht darüber, dass es – wie die Entscheidungen des Politbüros zeigten – für die SEW unkalkulierbarer wurde, mit der DR als Stützpunkt rechnen zu können, war nicht zuletzt Horst Schmidt. In einem Brief an Verner am 28. Januar 1980 übte er in seltener Offenheit Kritik an der „Gewaltaktion“ (Entlassungen), die unnötig und zu verhindern gewesen sei, hätte man die Optimierungsvorschläge von Kollegen aufgegriffen und die Verantwortlichen in Westberlin in den Entscheidungsprozess einbezogen. Nichtsdestotrotz wusste er, was nun als Nächstes zu tun war, und teilte mit, dass es nun darum gehen würde, „die eingetretene Verunsicherung [unter den Eisenbahnern] so schnell wie möglich zu überwinden und ein normales

¹⁶⁷ Vgl. Information für das Politbüro des ZK (vom Minister für Verkehrswesen (Erwin Kramer), 21.5.1966), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1157, Bl. 110-117; Schreiben von Häber an Schmitt vom 18.1.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

¹⁶⁸ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner (vom 4.11.1963 und 22.11.1963), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2034; Schreiben von Danelius vom 22.1.1976 und von Schmitt vom 15.10.1976 an Häber, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715; Schreiben von Schmitt an Häber vom 2.3.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/508, nicht paginiert.

¹⁶⁹ Vgl. Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 270.

¹⁷⁰ Vgl. Schreiben von Verner an Honecker vom 16.1.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 59.

¹⁷¹ Vgl. Schreiben des Ministers für Verkehrswesen (Otto Arndt) an Verner vom 15.1.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 60.

¹⁷² Bezuglich der zu Entlassenden heißt es in einem Schreiben des Ministers für Verkehrswesen (Otto Arndt) an Verner vom 11. Dezember 1979: „Bei diesen Mitarbeitern handelt es sich um solche Beschäftigte, die im nichtproduktiven Bereich der beiden Ausbesserungswerke tätig sind. Durch Umsetzungen wurde erreicht, dass die Zahl der betroffenen Mitglieder der SEW möglichst niedrig gehalten werden konnte. Trotzdem ist nicht zu vermeiden, dass von der vorgesehenen Maßnahme 12 Genossen der SEW betroffen werden.“ Schreiben des Ministers für Verkehrswesen (Otto Arndt) an Verner vom 11.12.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 42.

¹⁷³ Ausführlich zu den gesamten Vorgängen siehe: Die Klarheit, Nr. 2/1980, in: BStU, MfS HA II/19 14202, Bl. 32-39; Steffen Alisch: Ein sozialistischer Musterbetrieb in der Kostenfalle. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn in West-Berlin 1980, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 10/2001, S. 116 f.

Verhältnis zwischen Partei, Gewerkschaft, RBD [Reichsbahndirektion], Polit-Abteilung und Ministerium für Verkehrswesen wieder herzustellen.“¹⁷⁴ Als wolle er sich selbst Mut zusprechen, fügte er daran den Satz: „Wir gehen davon aus, dass die Mitglieder unserer Partei nicht deswegen der Partei angehören, weil sie bei der Reichsbahn beschäftigt sind, sondern weil sie die gesellschaftlichen Verhältnisse in Westberlin verändern wollen.“¹⁷⁵ Die Beruhigung der Gemüter gelang allerdings nur oberflächlich. Wie groß der Frust bei den Beschäftigten war, zeigte sich daran, dass mehrere hundert in den darauf folgenden Monaten kündigten. Am 25. Juni 1980 wendete sich Schmitt erneut an Verner und schilderte ihm, dass in den Westberliner Reichsbahnbetrieben die Überstunden immer mehr zunehmen würden, dass in einer Reihe von Dienststellen die Urlaubsabwicklung ernsthaft gefährdet sei und dass es bei vielen SEW-Mitgliedern eine tiefe Resignationsstimmung in Bezug auf betriebliche Fragen gäbe. Sollte dies so weitergehen, so warnte er, stünde die Glaubwürdigkeit der SEW auf dem Spiel. Gerade angesichts der Erfolge der SEW im Rahmen der entstehenden Friedensbewegung, bei der auch die Mitglieder der Betriebsgruppen der Reichsbahn größere Aktivitäten als jemals zuvor entwickelten, dürfe das auf keinen Fall passieren. Es sei höchste Zeit, die bei der DR gegenwärtig unerträgliche Situation endlich zu beenden, so Schmitt.¹⁷⁶ Im Verkehrsministerium, dessen Leitung Otto Arndt oblag und der Mann im Hintergrund das Politbüromitglied Günter Mittag war, ignorierte man die Signale. Zwar kündigte die DR am 11. September 1980 Lohnerhöhungen an und glaubte, damit die Gemüter besänftigen zu können, doch das genaue Gegenteil trat ein. Die angebotenen Lohnerhöhungen wurden als Almosen empfunden. In Reaktion darauf erfolgten zunächst vereinzelt spontane Arbeitsniederlegungen. Am 17. September schließlich begann ein Teil der Eisenbahner mit offenem Streik, bei dem es in den folgenden Tagen zur Lahmlegung des S-Bahn- und Güterverkehrs wie auch zu handfesten Auseinandersetzungen mit der Bahnpolizei kam.¹⁷⁷ Rund 500 Eisenbahner streikten aktiv, und sie „forderten die Rücknahme der Entlassungen, Lohnerhöhungen und weitere soziale Verbesserungen.“¹⁷⁸ Die DDR zeigte sich äußerst unnachgiebig, auch weil der Streik zusehends einen politischen Anstrich bekam, die Systemfrage gestellt wurde und damit Assoziationen an die Entwicklung der Solidarność in Polen hervorrief. SED und SEW beschimpften die Streikenden gleichermaßen als Terroristen wie auch als Handlanger der CDU, die versuchen würden, über die RB in die DDR hineinzuwirken.¹⁷⁹ Aufgrund der Aussichtslosigkeit, ihre Forderungen durchsetzen zu können, stellten die Eisenbahner am 25.

¹⁷⁴ Schreiben von Schmitt an Verner vom 28.1.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 68.

¹⁷⁵ Schreiben von Schmitt an Verner vom 28.1.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 68 f.

¹⁷⁶ Vgl. Schreiben von Schmitt an Verner vom 25.6.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 111-113. Vgl. ergänzend zu den Vorgängen und zu den Schreiben von Schmitt an Verner im Einzelnen bei Steffen Alisch: Ein sozialistischer Musterbetrieb in der Kostenfalle. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn in West-Berlin 1980, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 10/2001, S. 117 f.

¹⁷⁷ Vgl. Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 275 f.

¹⁷⁸ Steffen Alisch: Ein sozialistischer Musterbetrieb in der Kostenfalle. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn in West-Berlin 1980, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 10/2001, S. 118 f. Vgl. ergänzend: Komitee der streikenden Eisenbahner Westberlins (Hg.): Dokumentation. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn, 2. überarbeitete Auflage, Berlin 1980, S. 37.

¹⁷⁹ Vgl. Komitee der streikenden Eisenbahner Westberlins (Hg.): Dokumentation. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn, 2. überarbeitete Auflage, Berlin 1980, S. 42 f.

September ihren Streik ein. Kurz darauf meldeten sich etwa 350 von ihnen arbeitslos und weitere folgten, was der DDR, die ohnehin zusätzliche Stellenstreichungen geplant hatte, auf makabere Weise entgegenkam.¹⁸⁰ Einen vorläufigen Schlussakt schließlich bildete die seit längerem anvisierte Übergabe der defizitären S-Bahn an den Senat, die Anfang Januar 1984 erfolgte. Horst Schmitt war zwar an dem zuvor verlaufenden Verhandlungsprozess nicht beteiligt, intervenierte aber gegenüber Honecker relativ erfolgreich, als es darum ging, dass seine Getreuen, die nicht von der BVG übernommen werden wollten, in den weiterhin zur Reichsbahn gehörenden Fernbahnbereich umgesetzt wurden. Es waren dies rund 170 SEW-Mitglieder und „verdiente“ Funktionäre des FDGB.¹⁸¹

Zwischenbilanz

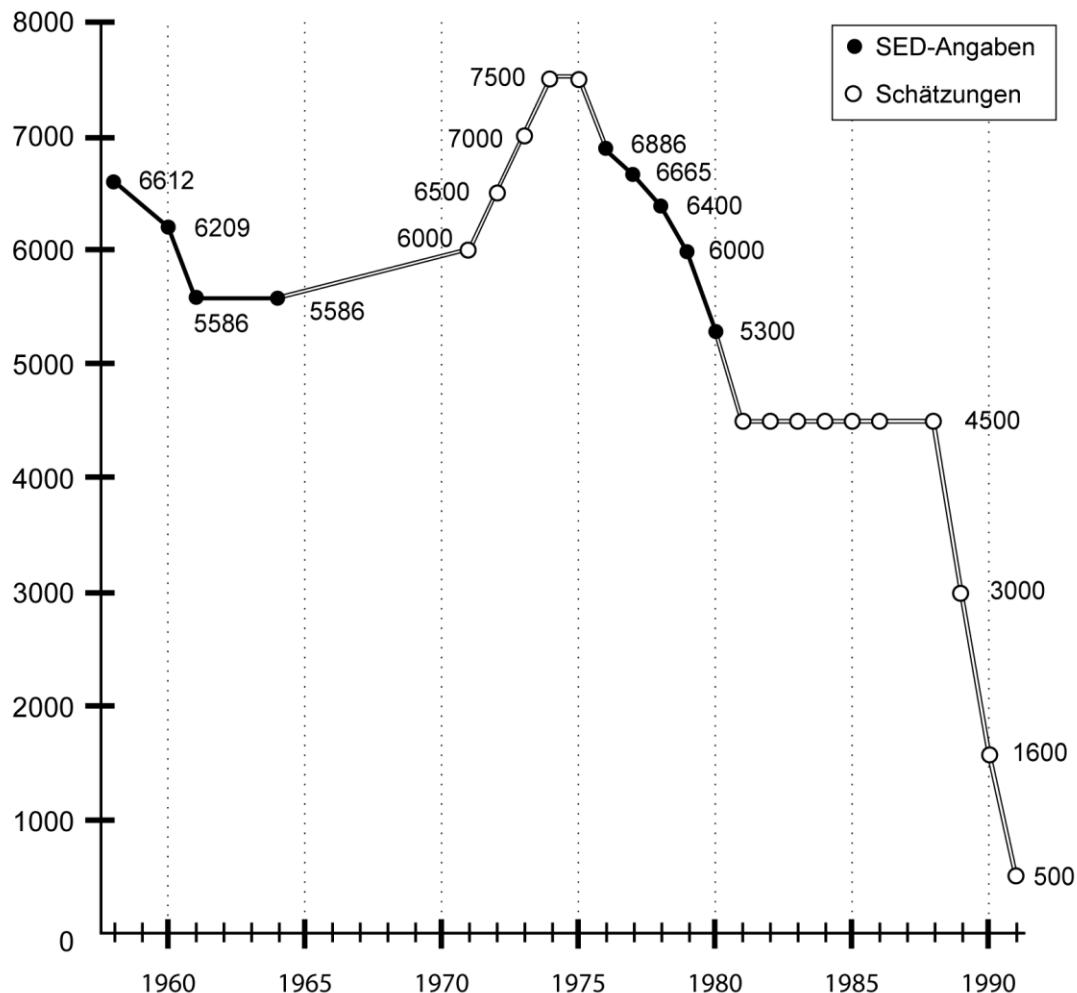
Alles in allem führten die Ereignisse in den 1970er dazu, dass zu Beginn der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts die Mitgliederzahl der SEW ununterbrochen abnahm. Den vorläufigen Höhepunkt bildete das Jahr 1980, in dem die Partei 196 Neuaufnahmen und 880 Abgänge (davon 498 Austritte und 262 Streichungen) verzeichnete. „Häufigste Gründe für Austritte“, so hielt die Westabteilung der SED fest, waren „Unklarheiten über die politische Linie der Partei, Enttäuschung über das Ausbleiben erwarteter Erfolge, Unverständnis für die Anwendung der Leninschen Lehre von der Partei, insbesondere des demokratischen Zentralismus, fehlende klassenmäßige Einstellung zur UdSSR und DDR, Misstrauen gegenüber den Maßnahmen im Reichsbahnbetrieb und das Scheitern der parteifeindlichen, fraktionellen Tätigkeit.“¹⁸²

¹⁸⁰ Vgl. Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 43; Steffen Alisch: Ein sozialistischer Musterbetrieb in der Kostenfalle. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn in West-Berlin 1980, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 10/2001, S. 121.

¹⁸¹ Vgl. Steffen Alisch: Ein sozialistischer Musterbetrieb in der Kostenfalle. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn in West-Berlin 1980, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 10/2001, S. 124; Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 287-289.

¹⁸² Information zur Situation in der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (von Westabteilung, 10.3.1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

Abbildung 3: Mitgliederzahlen der SED/SED-W/SEW von 1958 bis 1991



Quelle: Die eigene Darstellung, die sich aus aktuellen Ist- und Jahresdurchschnittswerten zusammensetzt, beruht auf internen SED-Dokumenten und Schätzungen. Vgl. für die Jahre 1958, 1960, 1961, 1964 sowie 1976 bis 1980 folgende SED-Dokumente: Kurze Einschätzung des Standes der Parteiarbeit in Westberlin (15.12.1958), in: SAPMO-BArch, DY30/IV 2/5/1015, Bl. 338; Entwurf. Einschätzung der Kampfkraft und der Fortschritte der Parteiorganisationen in Westberlin sowie der noch vorhandenen Hemmnisse (20.5.1960), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; Schreiben von Danelius an Verner vom 22.4.1963, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2034; Bericht vom 14.9.1964, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 78; Auszug aus der Aktennotiz über die Absprache mit Gen. X vom Parteivorstand der SEW am 9.8.1978, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 25; Information zur Situation in der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (von Westabteilung, 10.3.1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert. Vgl. für die Jahre 1971 bis 1975 sowie 1981 bis 1990 folgende Schätzungen: VSB für 1971, S. 65; VSB für 1972, S. 85; VSB für 1974, S. 59; VSB für 1975, S. 59; VSB für 1981, S. 73; VSB für 1982, S. 43; VSB für 1983, S. 40; VSB für 1984, S. 40; VSB für 1985, S. 42; VSB für 1986, S. 37; VSB für 1989, S. 101; VSB für 1990, S. 32; Patrick Moreau: Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46-47/1990, S. 50.

2. Wahlkämpfe und Parteitage: 1981 bis 1990

Zu Beginn der 1980er Jahre brodelte Westberlin. Die steigende Arbeitslosenzahl wurde fühlbar, die innere Sicherheit der Stadt erschien mangelhaft und die verfehlte Baupolitik hatte zu knappem und teurem Wohnraum geführt.¹ Im außerparlamentarischen Bereich waren insbesondere zwei Entwicklungen kennzeichnend. Zum einen gewann die Friedensbewegung gegen den Nato-Doppelbeschluss mit zahlreichen Aktionen an Dynamik und entwickelte Massencharakter. Die SEW war von Beginn an dabei und es gelang ihr äußerst rasch, sich in die Bewegung zu integrieren und dort eine aktive und inspirierende Rolle zu spielen. Den „Friedenskampf“ nach sowjetischer Tonart machten die Kommunisten zu ihrem alles überragenden Thema in den 1980er Jahren, dem sie alles andere nachordneten. Deutlich hieß es in einer ihrer Parteipublikationen: „Die SEW unternimmt alles für die Stärkung der Friedensbewegung in Westberlin.“² Zum anderen hatte sich in Westberlin seit den 1970er Jahren eine bedeutsame Alternativeszene gebildet, aus der insbesondere die Gruppe der Hausbesetzer hervortrat. Anfang der 1980er Jahre waren zeitweilig über 150 Häuser besetzt worden. Die so genannten Instandbesetzer – wie sie sich selbst nannten – „richteten sich gegen die Bauspekulation, die in West-Berlin unter anderem dazu geführt hatte, dass preiswerte Altbauwohnungen nicht mehr vermietet wurden, die Häuser leer standen und verfielen, so dass sie unter dem Vorwand der Unrentabilität abgerissen werden konnten.“³ Um die Hausbesetzungen kam es zum Teil zu sehr schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei und zu mitunter erheblichen Krawallen in der Innenstadt.⁴ „Seit 1983 ebbte dann die Welle der Gewalt wieder ab, auch die Hausbesetzungen gingen zurück.“⁵ Was die SEW anbetraf, so bekundete sie gegenüber der „Hausbesetzerbewegung“ Solidarität.⁶ Sie hatte – nach anfänglichem Zögern – Kontakte zur Szene aufgebaut, wobei diese vornehmlich über ihren Jugendverband verliefen. Die Kommunisten übernahmen „Patenschaften“ für besetzte Häuser und unterstützten die Besetzer unter anderem mit Nahrung und Brennmaterialien.⁷ Die Übereinstimmungen zwischen SEW und Hausbesetzern reichten jedoch über einen Minimalkonsens, der in der allgemeinen

¹ Vgl. Georg Kotowski/Hans Joachim Reichhardt: Berlin als Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin 1945-1985, Berlin 1987, S. 278.

² SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SEW, Berlin 1981, S. 243.

³ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 143.

⁴ Vgl. Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 143 f.

⁵ Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 144. Vgl. Jörg Klitscher: Der Häuserkampf in Kreuzberg, in: Berlinische Monatsschrift, Heft 6/2001, 10. Jahrgang, S. 150-154.

⁶ Vgl. Die „Bündnispolitik“ der SEW und die Grüße des Genossen Honecker. Parteitag in West-Berlin nach der Wahlniederlage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.5.1981, in: BStU, ZA, MFS HA II/19 14222, Bl. 11. Vgl. unter Stichwort „22. Sep. 1982“ in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

⁷ Vgl. Zur Lage in Westberlin (von Westabteilung, Oktober 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/2, nicht paginiert; Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; VSB für 1981, S. 73.

Ablehnung von Wohnungsleerstand und Bauspekulation bestand, nicht hinaus.⁸ Entsprechend beteiligte sich die SEW an den Protestdemonstrationen der Hausbesetzer vordringlich im Rahmen der zugleich in den 1980er Jahren anwachsenden und sich gewaltlos vollziehenden Mieterbewegung gegen die Einführung des „Weißen Kreises“ – also gegen die Freigabe der Mieten, die – wie bisher – für die Kommunisten das eigentliche und wichtigere Aktionsfeld darstellte.⁹ Die SEW war integraler Bestandteil und eine treibende Kraft dieser Mieterbewegung, die sie beispielsweise durch umfangreiche Unterschriftensammlaktionen voranbrachte.¹⁰ Zudem wirkte die SEW über ihre Mitglieder in zahlreichen örtlichen Miiterräten mit.¹¹



Instandbesetzer-Demonstration in der Yorkstraße am 7. Februar 1981 (Foto: Jürgen Henschel, Kreuzbergmuseum).

Westberliner Wahlen 1981

Gegen Ende 1980 befand sich die SEW mitten in den Vorbereitungen zu ihrem VI. Parteitag, der vom 15. bis 17. Mai 1981 stattfinden sollte, als zu dieser Zeit der Westberliner Senat in seine

⁸ Vgl. „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“, in: Die Wahrheit vom 21.7.1981, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 38.

⁹ Vgl. Information über 2. Tagung des PV der SEW am 26.6.1987 (von IPW, 1.7.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

¹⁰ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SEW, Berlin 1981, S. 35; Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; Verfassungsschutzbericht für 1986, S. 36; Verfassungsschutzbericht für 1987, S. 27; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 28.

¹¹ Vgl. Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

schwerste Vertrauenskrise stürzte. Ausgelöst wurde diese durch den Baulöwen Dietrich Garski, der im Dezember 1980 mit seinem Unternehmen Pleite ging, daraufhin untertauchte und die Stadt mit einer Bürgschaft von annähernd 100 Millionen DM sitzen ließ.¹² Der SPD-FDP-Senat geriet daraufhin ins wanken, der Regierende Bürgermeister Stobbe trat am 15. Januar 1981 zurück, der bisherige Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel (SPD) übernahm sein Amt und bildete einen Interimssenat. Die Empörung und der Druck der Öffentlichkeit und der Oppositionsparteien waren mittlerweile derart angewachsen, dass vorgezogene Neuwahlen für den 10. Mai 1981 anberaumt wurden.¹³

Die SEW musste sich also, neben der Vorbereitung ihres VI. Parteitages, auch auf die anstehenden Berliner Neuwahlen einstellen. Hierzu erfolgten Absprachen mit Ostberlin, unter anderem zwischen Schmitt und Verner. Beide waren sich darin einig, dass sich die SEW im Wahlkampf als eine verantwortungsbewusste Alternative darstellen müsse und dass es gelte, dem Wähler klar zu machen, dass mit den etablierten Parteien keine Besserung der Verhältnisse zu erreichen sei. In der Hoffnung, Stimmen an sich zu ziehen, sollte die SEW die Wähler- und Mitgliedschaft insbesondere der SPD und der AL umwerben, die Gemeinsamkeiten hervorheben und die Zusammenarbeit suchen. Die Abstimmung des Wahlprogramms schließlich, dessen zentrale Lösung lautete „Für eine neue Politik! Gegen Filz, Korruption und Vetternwirtschaft!“, erfolgte in üblicher Manier zwischen der SEW und der Westabteilung, wobei die Endredaktion wiederum Honecker persönlich übernahm. Die darin enthaltenen Forderungen waren bekannt; die SEW trat ein für Abrüstung und Rüstungsbegrenzung, für eine soziale Wohn- und Mietpolitik; für die Gleichberechtigung der Jugend und der Frauen, für gleiche Rechte für ausländische Mitbürger, für die Sicherung der Arbeitsplätze und gegen Sozialabbau.¹⁴

Gerade die AL, die über etwa 1.700 Mitglieder¹⁵ verfügte und bei den letzten Wahlen rund 50.000 Stimmen erzielt hatte, wurde von den Kommunisten jetzt als ein ernstzunehmender Konkurrent betrachtet. Schon gegenüber Verner hatte Schmitt intern geäußert, dass nicht auszuschließen sei, dass die AL am 10. Mai die Fünf-Prozent-Hürde überspringen werde. Um die AL herauszufordern, regte die SEW eine gemeinsame Veranstaltung an.¹⁶

¹² Vgl. Georg Kotowski/Hans Joachim Reichhardt: Berlin als Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin 1945-1985, Berlin 1987, S. 222 f.

¹³ Vgl. Jürgen Scheunemann/Gabriela Seidel: Was war los in West-Berlin 1950-2000, Erfurt 2002, S. 98.

¹⁴ Vgl. Schreiben von Schmitt an Honecker vom 31.3.1981 (einschließlich der Anlage des SEW-Wahlaufrufs „Für eine neue Politik! Gegen Filz, Korruption und Vetternwirtschaft!\"), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert; Vermerk über ein Gespräch mit Genossen Horst Schmitt am 19. Januar 1981, in: ebenda; Information über ein Gespräch des Genossen Paul Verner, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, mit dem Parteivorsitzenden der SEW, Genossen Horst Schmitt, am 11.2.1981 (von Westabteilung, 12.2.1981), in: ebenda.

¹⁵ Die Angabe über die Mitgliederzahl entstammt einem Bericht der Westabteilung. Darin war auch zu lesen, dass zu dieser Zeit die CDU etwa 15.000 Mitglieder hatte, die SPD etwa 35.000 und die FDP etwa 2.000. Vgl. Zur Lage in Westberlin (von Westabteilung, Oktober 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/2, nicht paginiert.

¹⁶ Vgl. Information über ein Gespräch des Genossen Paul Verner, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, mit dem Parteivorsitzenden der SEW, Genossen Horst Schmitt, am 11.2.1981 (von Westabteilung, 12.2.1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert.



SEW-Infostand beim Kottbusser Tor am 14. Februar 1981 (Foto: Jürgen Henschel, Kreuzbergmuseum).

Zu diesem öffentlichen Treffen kam es am 18. März 1981 im vollbesetzten Saal der „Neuen Welt“. Bei der sich dort zugetragenen Diskussion hatten zwar die Westberliner Kommunisten das Heft rhetorisch in der Hand und verwiesen darauf, dass die AL im Gegensatz zu ihnen kein klares politisches Konzept besäße. Vor allem unter den anwesenden und noch unentschlossenen Jungwählern konnten sie damit das Misstrauen gegen die SEW allerdings wohl kaum aus der Welt schaffen. Und so brachte denn auch auf dieser Veranstaltung ein Vertreter der AL die Dinge wie folgt auf den Punkt: „Entweder gebe ich am 10. Mai ein Glaubensbekenntnis ab und wähle SEW, oder ich verhalte mich politisch und unterstütze eine Organisation, in der die unterschiedlichen linken Positionen vertreten sind‘, wo kein Vorstand ‘andauernd genau vorschreibt, wo es langgeht‘. Schließlich seien doch viele SEW-Mitglieder aus der Partei ausgetreten, ‘weil sie Luft zum Atmen brauchten und demokratische Auseinandersetzungen bei uns gefunden haben‘.“ Ein anderer Teilnehmer veranschaulichte die Lage, indem er sagte: „Ihr [Kommunisten] müsst euch fragen, warum sich die SEW immer mehr isoliert. Ihr bekommt doch wieder nur ein Prozent. Wer hier in diesem Saal meint, Ihr würdet fünf Prozent erreichen, der soll doch aufstehen!“¹⁷ Es gab niemanden, der aufstand.¹⁸

Zu denjenigen, die außerdem auf den Wahlkampf Einfluss nehmen wollten, gehörten die Sowjets. Am 31. März 1981 folgte Schmitt einer Einladung der sowjetischen Botschaft in der DDR.

¹⁷ Zit. nach Wilfried Mommert: Das Werben der Berliner SEW um die „Igel“. Alternative Liste: Angstgegner der Sozialistischen Einheitspartei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.3.1981, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 44.

¹⁸ Zu dieser Veranstaltung ergänzend vgl.: „Geschlossener Verein“. West-Berliner Kommunisten im politischen Abseits, in: Volksblatt Berlin vom 20.5.1981, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 39.

Bei der Begegnung mit dem Botschafter Abrassimow äußerte dieser sich dahingehend, „dass es doch günstig wäre, wenn in Westberlin die SPD weiter die Führung behalten würde“¹⁹, und dass man darüber nachdenke, „wie man Vogel helfen könnte.“²⁰ Abrassimow stellte Überlegungen an, ob er ihn zu einem gemeinsamen Treffen oder gar nach Moskau einladen sollte. Eventuell wäre aber auch ein weitreichendes Angebot für wirtschaftliche Zusammenarbeit seitens der sozialistischen Länder mit Westberlin der Wiederwahl Vogels dienlich. Zweifel an dem Nutzen derartiger Gedankenspiele brachte Schmitt dann aber auch zugleich gegenüber Abrassimow zum Ausdruck, indem er ihm antwortete, dass zu bedenken sei, „ob der eine oder andere Schritt für Vogel wirklich im Wahlkampf von Vorteil wäre.“²¹ Diese in der Aktennotiz von Honecker vorgenommene Unterstreichung deutete an, dass er – wie Schmitt – den sowjetischen Ideen, die wohl letztlich im Sande verliefen, skeptisch bis vielmehr ablehnend gegenüberstand. Gleichwohl dürften sie ihn aber inspiriert haben, quasi noch in letzter Minute vor dem Wahltag gegenüber den Westberliner Senat Verhandlungsbereitschaft in einigen stadspezifischen Fragen (S-Bahn-Verkehr, Grenzübergangsstelle Staaken und Energieversorgung) zu signalisieren, wohl auch um die SEW im Gespräch zu halten und für sie gut Wetter zu machen.²²

Die vorgezogenen Wahlen, die am 10. Mai 1981 stattfanden, führten zu einer politischen Zäsur in der Nachkriegsgeschichte Westberlins. Die SPD hatte lediglich 38,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten und geriet damit erstmals nach 1945 in die Rolle der Opposition. Ebenso neu war der Einzug der Alternative Liste (AL) ins Abgeordnetenhaus, die auf sich 7,2 Prozent verbuchen konnten. Während die FDP mit 5,6 Prozent einen leichten Stimmenverlust in Kauf nehmen musste, erzielte die CDU unter Führung von Richard von Weizsäcker mit 48 Prozent einen fulminanten Sieg. Der zum Regierenden Bürgermeister gewählte von Weizsäcker bildete zunächst einen CDU-Minderheitssenat, dem die FDP schließlich 1983 beitrat. Aufgrund seiner Kandidatur zum Bundespräsidenten trat von Weizsäckers im Januar 1984 zurück; neuer Regierender Bürgermeister wurde daraufhin Eberhard Diepgen (CDU).

Für die SEW stellten die Wahlen mit einem Ergebnis von 0,6 Prozent (= 8.176 Zweitstimmen) einen neuerlichen Tiefpunkt dar. Entsprechend dürtig war daher der Kommentar der Kommunisten zum Wahlausgang, der sich im Wesentlichen auf die jahrzehntelang nicht unzutreffende Feststellung beschränkte, dass der Antikommunismus in Westberlin weiterhin vorherrschend war. Ein interner SED-Bericht ergänzte dies mit der Erkenntnis, dass es zudem der AL gelungen sei, ehemalige SEW-Wähler für sich zu gewinnen.²³

¹⁹ Schreiben von Häber an Honecker vom 31.3.1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda.

²² Vgl. Vorschläge der DDR zum S-Bahn-Verkehr. Signal für Verhandlungsbereitschaft oder Wahlhilfe für die SEW, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.4.1981, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14222, Bl. 61.

²³ Vgl. Information zu den Wahlen in Westberlin am 10. Mai 1981 (von Westabteilung, 11.5.1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/85, Bl. 248-252. Vgl. ergänzend: „Geschlossener Verein“. Westberliner Kommunisten im politischen Abseits, in: Volksblatt Berlin vom 20.5.1981, in: BStU, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 39.

Sechster Parteitag der SEW 1981

Was der SEW blieb, war sich mit Zweckoptimismus in den VI. Parteitag zu stürzen. Zur Abstimmung standen zum einen eine überarbeitete Fassung der von 1969 stammenden Präambel des Parteistatuts „Grundsätze und Ziele“ sowie zum anderen ein neues Arbeitsprogramm „Die SEW und die Anforderungen der 80er Jahre“. Beide Dokumente wurden zwar in den Parteigremien diskutiert, waren jedoch in enger Abstimmung zwischen Schmitt und Ostberlin (Honecker, Verner und Westabteilung) erarbeitet und redigiert worden.²⁴ Abgesehen von einigen kosmetischen Veränderungen in den Formulierungen bestand die wesentliche Abweichung der neuen Präambel im Vergleich zu der von 1969 darin, dass alle alten Passagen, in denen Verheißen von der Wiedervereinigung und einer einheitlichen deutsche Nation enthalten waren, gestrichen wurden. Neben dieser längst überfälligen Korrektur machte die SEW darüber hinaus in ihrer Präambel – wohl auch mit Blick auf die kurz zurückliegenden „Klarheit“-Ereignisse – zudem die Grundelemente ihrer Satzung nochmals deutlich, nämlich dass sich die Partei nach dem „bewährten“ Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert und dass „Erscheinungen von Fraktionsmacherei“ im Widerspruch dazu stehen. In Ergänzung zur Präambel diente das Arbeitsprogramm der SEW als Orientierungs- und Handlungsrahmen für die 1980er Jahre. Die SEW konstatierte darin die kapitalistische Krise und bezeichnete sich als Anwalt all derjenigen Bevölkerungsschichten, die davon betroffen seien. Das Arbeitsprogramm, dessen Entwurf den Kommunisten schon für ihr letztes Wahlprogramm als Grundlage gedient hatte, war gehalten in der Form eines Plädoyers für den Sozialismus und durchzogen von Appellen zum „Friedenskampf“, also der Aufforderung, die Friedensbewegung gegen den „Nato-Raketenbeschluss“ zu stärken und zu verbreitern. Darüber hinaus enthielt das Arbeitsprogramm zudem aber auch einige relativ konkrete Forderungen und Vorschläge wie beispielsweise die Schaffung von Gesamtschulen, die Einführung der 35-Stunden-Woche, die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten und die Einrichtung eines Wirtschaftsrates. Selbstredend machte die SEW erneut mit entsprechenden Formulierungen in beiden Dokumenten deutlich, dass sie Westberlin „als eigenständiges, durch keinerlei besondere Bindungen mit der Bundesrepublik Deutschland verbundenes Völkerrechtssubjekt“²⁵ betrachte.

Schon einige Monate zuvor, nämlich Mitte Dezember 1980, war Schmitt nach Moskau gefahren, um die beiden Dokumente und die damit verbundene politische Linie absegnen zu lassen. Einer

²⁴ Vgl. Schreiben von Häber an Schmitt vom 24.11.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715; Schreiben von Häber an Schmitt vom 1.4.1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26712; Schreiben von Reinhard Klassen (stellvertretender Abteilungsleiter der Westabteilung) an Paul Verner vom 7.5.1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert; Schreiben von Häber an Verner vom 19. und 22.12.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 120 f. bzw. 126.

²⁵ Die SEW bekräftigt ihre Treue zu Moskau. Auf dem VI. Parteitag neue „Gesetze und Ziele“ verabschiedet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.5.1981, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9798, Bl. 44.

²⁶ Vgl. Die SEW und die Anforderungen der 80er Jahre. Politische Plattform der Partei für die nächste Etappe im Ringen um Frieden, Sicherheit, Demokratie und sozialen Fortschritt, in: SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SEW, Berlin 1981, S. 238-261; Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, in: ebenda, S. 262-264; Die neuen alten Ziele der SEW. West-Berlin als „dritter deutscher Staat“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.1.1981, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 47.

der Gesprächspartner von Schmitt in Moskau war Ponomarjow. Dieser zeigte – laut dem Gedächtnisprotokoll von Schmitt an Honecker – volles Einverständnis mit dem von der SEW eingeschlagenen Kurs. Ponomarjow verwies in diesem Zusammenhang auf das Problem eines starken Rückgangs an Arbeitsplätzen in der materiellen Produktion in Westberlin und riet Schmitt, dass die SEW, „bei Hauptkonzentration auf den Kern der Arbeiterklasse in den Industriebetrieben, auch in Bezug auf die anderen Schichten der Bevölkerung ihre Arbeit intensiv und klug“²⁷ weiterentwickeln müsse. Nach Ansicht von Ponomarjow werde die SEW mit ihren Vorbereitungen zum VI. Parteitag diesem Anliegen gerecht und er sagte weiter: „Wenn bürgerliche Journalisten Westberlin zur sterbenden Stadt erklären, dann habe gerade unsere Partei [(SEW)] gute Argumente dafür, zu beweisen, dass Westberlin bei Änderung der Politik gute Möglichkeiten für eine gesicherte Zukunft habe.“²⁸ Ponomarjow begrüßte zudem das Bemühen der Westberliner Kommunisten, die Aktionseinheit zu entwickeln und zu breiteren Bündnissen zu kommen, und er bat Schmitt, „die Arbeit mit den Friedens- und Abrüstungsvorschlägen der KPdSU ständig weiterzuführen, diese Vorschläge den Massen unablässig zu erläutern und auf diese Weise immer wieder die Identität von Frieden und Sozialismus zu beweisen.“²⁹ Darüber hinaus ging Ponomarjow auf die Rolle der SPD ein und bekundete, dass die Sozialdemokratie in Westeuropa eine große Kraft sei und dass man deshalb im Kampf um die Aktionseinheit keine Abstriche machen dürfe. Nichtsdestotrotz nahm er eine kritische Haltung gegenüber der SPD ein und verwies auf ihre Zweigleisigkeit hinsichtlich des NATO-Raketenbeschlusses. Gegenüber Schmitt erklärte er: „Die eine Hand (Brandt) trage das Schild ‘Frieden – Frieden – Frieden’ – während die andere Hand (Schmidt) nach den neuen atomaren Raketenwaffen greife. Es sei auch unübersehbar, dass gerade die BRD und die SPD/FDP-Koalition ihre Abhängigkeit von den USA bewusst übertreiben und das als Entschuldigung ins Spiel zu bringen versuchen für ihr gefährliches Spiel mit der Hochrüstung.“³⁰

Der VI. Parteitag der SEW fand in der Zeit vom 15. bis 17. Mai 1981 statt. Der Tenor des von Schmitt gehaltenen Parteitagsberichtes, der wie üblich mit der „aktiven Hilfe“ der Westabteilung und Verner sowie durch Endredaktion von Honecker zustande kam, war angelehnt am bereits erwähnten Arbeitsprogramm.³¹ Besonders auffällig war die insgesamt vorherrschend konziliante Tonart gegenüber den politischen Konkurrenten, die Schmitt in folgenden Sätzen

²⁷ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 16.12.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 123.

²⁸ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 16.12.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 123.

²⁹ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 16.12.1980, in: SPAMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 123.

³⁰ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 16.12.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 124.

³¹ Vgl. Schreiben von Häber an Schmitt vom 1.4.1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26712; Schreiben von Häber an Verner (vom 29.4.1981 und 30.4.1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert.

Die Westabteilung hatte den Parteitagsbericht schon im Vorfeld der Westberliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 10. Mai 1981 erstellt. In einem Schreiben eines Mitarbeiters der Westabteilung an Verner heißt es: „In der beiliegenden Fassung des Berichts sind die Seiten über den Ausgang der [Westberliner] Wahlen [zum Abgeordnetenhaus] in der bisherigen Form enthalten. Horst Schmitt hat verbindlich zugesichert, dass diese Seiten den Mitgliedern seines Büros nicht bekannt gemacht werden und nur in seinem eigenen Exemplar der Rede sowie den uns zur Verfügung stehenden Abschriften enthalten sind.“ Schreiben von Reinhard Klassen (stellvertretender Abteilungsleiter der Westabteilung) an Paul Verner vom 7.5.1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert.

zusammenfassend zum Ausdruck brachte: „Was nach diesem Wahlausgang mehr denn je Not tut, ist das Zusammenstehen, das Aktionsbündnis der Arbeiter, aller demokratischen und linken Kräfte, denen ihre sozialen und politischen Interessen, der Frieden und der Fortschritt in Westberlin am Herzen liegen. Das gilt für uns und unsere sozialdemokratischen Klassengenossen genauso wie für die Mitglieder der ‘AL’, für die den Ideen des Liberalismus verpflichteten Mitglieder und Wähler der FDP sowie für jene arbeitenden Menschen, die CDU wählten, aber ganz bestimmt nicht für eine rechte Politik sind.“³²

Am Parteitag nahmen Abordnungen von 16 Bruderparteien aus Ost und West teil, die allesamt der SEW ihre Wertschätzung bekundeten. Zudem hielten 28 SEW-Mitglieder Kurzreferate über die vollbrachte und anstehende Parteiarbeit und vermittelten eine „kämpferische Einstellung“, wie die Westabteilung anerkennend vermerkte.³³ Die Delegierten beschlossen daraufhin einstimmig die neugefassten „Grundsätze und Ziele der SEW“ sowie das Arbeitsprogramm „Die SEW und die Anforderungen der 80er Jahre“.

Horst Schmitt wurde mit 418 von 426 Stimmen zum Vorsitzenden wiedergewählt. Seine Stellvertreter, Inge Kopp und Dietmar Ahrens, erhielten 421 beziehungsweise 422 Stimmen. Ebenfalls mit großer Zustimmung bestätigt wurde die vorgeschlagene Zusammensetzung des Parteivorstandes, dessen 64 Mitglieder (1977: 62 Mitglieder) aus ihren Reihen wiederum die 8 Mitglieder (1977: 7) des Sekretariats und die 16 Mitglieder (1977: 13) des Büros wählten. Diese personelle Aufstockung und Zusammensetzung der Gremien war lange zuvor zwischen Schmitt, Verner und der Westabteilung abgesprochen worden.³⁴ Da alles planmäßig verlief, war man in der SED sehr zufrieden und auch die Teilnehmer der Delegation der KPdSU schien wohl der Ablauf der Parteitagsveranstaltung und die Linientreue ihrer Kommunisten in Westberlin „stark beeindruckt“ zu haben.³⁵ Wie sehr sich Ostberlin seiner SEW und der Inszenierung gewiss war, zeigte sich nicht zuletzt anhand des Glückwunschschreibens von Honecker zur Wiederwahl von Schmitt zum Parteivorsitzenden, denn es war bereits einen Tag vor Beginn des Parteitages erstellt worden.³⁶

³² SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SEW, Berlin 1981, S. 17.

³³ Vgl. Information über den VI. Parteitag der SEW vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung, 18.5.1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 193).

³⁴ Vgl. Information über ein Gespräch des Genossen Paul Verner, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, mit dem Parteivorsitzenden der SEW, Genossen Horst Schmitt, am 11.2.1981 (von Westabteilung, 12.2.1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert.

³⁵ Vgl. Information über den VI. Parteitag der SEW vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung, 18.5.1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 196).

³⁶ Das Schreiben lautet: „Lieber Genosse Horst Schmitt! Zu Deiner Wiederwahl zum Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin übermitte ich Dir herzliche Grüße und beste Wünsche. Für Deine verantwortungsvolle Tätigkeit wünschen Dir unsere Mitglieder unserer Partei alles Gute, Gesundheit und Erfolg. Mit sozialistischem Gruß[.] Erich Honecker[.] Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands[.] ADN-Meldung: Sperrfrist: Sonntag, 17.5.1981, 17.00 Uhr[.]“ Anlage des Schreibens von Häber an Verner vom 14.5.1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert.

SEW als Bündnispartner

Kritische Töne innerhalb der SEW waren, wie schon der VI. Parteitag gezeigt hatte, erst einmal nicht mehr zu vernehmen. In der Partei herrschte große Einmütigkeit vor. Das große Reinemachen im Zuge der „Klarheit“-Ereignisse hatte zur Festigung der bestehenden Hierarchiestrukturen beigetragen, allerdings setzte sich nach der großen Austrittswelle von 1980 der Mitgliederschwund schlechend fort. Die SEW versuchte in den folgenden Jahren vergeblich diesen Trend mit Parteiaufgeboten zur Mitgliedergewinnung umzukehren, doch die jährlichen Zuwächse reichten stets nicht mehr aus, um die Abgänge zu kompensieren.³⁷ Die Mitgliederfluktuation nahm zu. Das Durchschnittsalter der Parteimitglieder lag 1982 wie auch 1985 bei 38 Jahren, der Anteil der Frauen³⁸ in der Partei machte etwa 44 Prozent aus.³⁹

Wenngleich die Bindungs Kräfte der SEW in den 1980er Jahren allmählich schwanden, erreichte sie in punkto Bündnisbeziehungen ein bis dahin nie erreichtes Ausmaß, was wohl zeitweilig dem harten Kern der Kommunisten einen erheblichen Motivationsschub verschaffte.⁴⁰ Die bedingte Abkehr der SEW vom Sektierertum und die verstärkte Hinwendung zu innerstädtischen Problemen einerseits sowie die sich vielfältig entwickelnden Protestaktionen im außerparlamentarischen

³⁷ In einem internen SED-Berichtes vom April 1984 hieß es dazu: „Seit März 1981 wurden 1.234 neue Mitglieder aufgenommen. [...] Das Durchschnittsalter der neu aufgenommenen Genossen beträgt 28 Jahre. [...] Nach wie vor ist jedoch kein absoluter Zuwachs zu verzeichnen. Die SEW verliert im Jahr durchschnittlich 250 Mitglieder durch Abwanderung in die BRD – nicht nur von Studenten – und durch etwa 100 Todesfälle. Ein Zugang von neuen Mitgliedern aus der BRD erfolgt nur vereinzelt.“ Ein Jahr später, im August 1985, schrieb Schmitt an Honecker: „Nach wie vor ist es uns nicht gelungen, die Stagnation der Mitgliederzahl zu überwinden. Dabei spielt eine nicht unwesentliche Rolle, dass eine steigende Zahl von jungen Genossen wegen beruflicher Perspektivlosigkeit abwandert und die Zahl der älteren Genossen sich auf natürlichem Wege – durch Tod – immer mehr reduziert. Ca. 500 bis 600 Genossen gehen gegenwärtig auf diese Weise der Partei jedes Jahr verloren. Diese Zahl muss immer erst wieder neu gewonnen werden, um überhaupt die alte Mitgliederzahl zu halten, bevor echt ein absoluter Zugang zu verzeichnen ist.“ Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert. Vgl. Schreiben von Schmitt an Honecker vom 21.8.1985, in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 98.

³⁸ Im Jahr 1982 waren 33 Prozent der Leitungskader und 20 Prozent der Gruppenvorsitzenden Frauen. Vgl. Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

³⁹ Der Anteil der Frauen in der Partei hatte sich über die Jahrzehnte beständig vergrößert. Er lag 1946 bei 21 Prozent, 1957 bei 32 Prozent, 1982 u. 1985 bei ca. 44 Prozent. Zugleich hatte sich die Partei erheblich verjüngt. Das Durchschnittsalter der Mitglieder lag 1958/1959 bei ca. 60 Jahren, 1960 bei ca. 54 Jahren, 1977 bei 44,1 Jahren, 1982 u. 1985 bei 38 Jahren. Vgl. Material für den Meinungsaustausch mit Genossen der SEW zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik sowie zur Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 (von IPW, Mai 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Bericht über den Lehrgang für Mitglieder des Parteivorstandes und politische Mitarbeiter der SEW vom 20. bis 24.5.1985 (von IPW, 29.5.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Schreiben von Schmitt an Honecker vom 21.8.1985, in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 98; Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009, S. 71.

⁴⁰ So heißt es beispielsweise in einem SED-Bericht: „Die Parteidaten, die in aufgeschlossener und optimistischer Atmosphäre stattfanden, bestätigten, dass die Mehrzahl der Grundorganisationen stabil ist. Die Abstimmungs- und Wahlergebnisse zeigten große Einmütigkeit, vielfach Einstimmigkeit.“ Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

Bereich andererseits bildeten relativ günstige Voraussetzungen für die stetig anwachsende Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und anderen Gruppierungen. Motor war unzweifelhaft die Friedensbewegung, deren Weg die SEW erheblich mitzubestimmen begann. Hinzu kam ihr Engagement beim Bürgerbegehren gegen die Einführung des „Weißen Kreises“, d. h. gegen die Freigabe der Mieten, bei dem sie auch mittels der von ihr beeinflussten Mietergemeinschaft e. V. unter anderem im Rahmen groß angelegter Unterschriftensammlungsaktionen auf sich aufmerksam machte.⁴¹ Gewissen Einfluss gewann sie zudem unter einem Teil der in Westberlin lebenden Immigranten. So war es ihr 1982 gelungen, „ein internes Koordinierungszentrum zu bilden, in dem bisher Vertreter von 28 ausländischen kommunistischen und Arbeiterparteien, verschiedener Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen und Vereinen, Kulturverbänden u. a. zusammenwirkt[en].“⁴² Nicht zuletzt „spürbare Fortschritte“ machte die SEW darüber hinaus bei ihrer Arbeit in und mit den Gewerkschaften. Auf der einen Seite wurde zusehends selbstverständlich, dass die Arbeitnehmervertretungen die Beteiligung und Unterstützung der Kommunisten bei Solidaritätsaktionen akzeptierten, beispielsweise im Verlauf der Streikaktionen gegen die Entlassungen bei AEG-Telefunken. Auf der anderen Seite registrierte die Westabteilung in ihrem SED-Bericht von 1982, dass es der SEW gelungen sei, ihre Verbindungen zu den Gewerkschaften auszubauen sowie vorhandene Positionen in Vorständen bis zur Landesebene behauptet und neue erkämpft zu haben. So seien die Kommunisten gut vorangekommen in den Gewerkschaften ÖTV, HBV, Druck und Papier, Nahrung und Genuss, in der GEW sowie im DGB-Landesjugendausschuss. Noch schwierig hingegen sei die Situation in der IG Bau-Steine-Erden aber auch in der IG Metall, denn dort würden die Führungen noch immer einen starken Druck gegen die in diesen Gewerkschaften tätigen SEW-Mitglieder ausüben.⁴³ Als Hinweis auf den Einfluss der SEW wertete die Westabteilung schließlich noch den Umstand, dass ihren Informationen zufolge mehr als zehn Prozent der Delegierten der im Februar 1982 durchgeföhrten 12. Landesdelegiertenkonferenz des DGB Westberlin der SEW angehörten.⁴⁴

Im Zusammenhang mit all diesen Aktionen im außerparlamentarischen Bereich konnte die SEW ihre Kontakte intensivieren und ausweiten. So hielt beispielsweise ein SED-Bericht 1982 fest, dass neue Beziehungen direkt zu Mitgliedern und Abgeordneten der AL entstanden seien, dass Gespräche, Konsultationen sowie Absprachen über bevorstehende Aktionen praktiziert und dass

⁴¹ Vgl. Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁴² Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert. Vgl. dazu ergänzend: Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

⁴³ Vgl. Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

⁴⁴ Vgl. Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

Mandatsträger der AL „oft die Unterstützung der Genossen der SEW suchen“⁴⁵ würden. Auch hinsichtlich der SPD hatte sich die Situation für die Kommunisten verbessert. So gab es beispielsweise 1982 gemeinsame Abstimmungen beim Bürgerbegehren gegen die Freigabe der Mieten; zudem nahmen wohl in diesem Jahr erstmals Abordnungen der SPD mit Zustimmung ihrer Kreisvorstände unter Leitung ihrer Vorsitzenden an den Kreisdelegiertenkonferenzen der SEW in Schöneberg und Zehlendorf teil und auch zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) des Landesvorstandes der SPD Karl-Heinz Volck bestanden – laut SED-Bericht – „positive Beziehungen“.⁴⁶ Als ebenfalls überaus günstig für die SEW erwies sich darüber hinaus, dass 1982 der 38-jährige Sozialdemokrat Michael Pagels als neu gewählter Landesvorsitzender des 250.000 Mitglieder zählenden DGB in Westberlin das Ruder übernahm und damit seinen rechtssozialdemokratisch und antikommunistisch gesinnten Vorgänger Walter Sickert ablöste.⁴⁷ Zwischen Pagels, der bis 1991 den Chefsessel innehatte, und der SEW beziehungsweise über ihren Verbindungsmann Klaus Feske entstand ein relativ guter und wohl auch beständiger Kontakt.⁴⁸ Eines der überlieferten Treffen erfolgte am 14. September 1982, wobei Pagels unter anderem das solidarische Engagement der Kommunisten im Zusammenhang mit den anstehenden Entlassungen bei AEG begrüßte; insbesondere ein von der SEW an die Fraktionen der SPD und der AL in Form eines Offenen Briefes gerichteter Appell zur Überwindung dieser Krise fand seine ausdrückliche Zustimmung. In seinem über das Gespräch mit Pagels angefertigten Gedächtnisprotokoll hielt Feske ferner fest: „[Pagels erklärte], dass er nicht zu denen gehört, die unserer Partei Gewerkschaftsfeindlichkeit unterstellen, er den Standpunkt der Partei zur

⁴⁵ Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁴⁶ Vgl. Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Information über den Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden der SEW, Horst Schmitt, und der ihn begleitenden Delegation des Parteivorstandes der SEW in der DDR vom 25. bis 29.10.1982 (von Westabteilung, 30.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: ebenda.

Im April 1982 schätzte Häber die Westberliner SPD wie folgt ein: „Angesichts der Aussicht, für längere Zeit in der Opposition bleiben zu müssen, wächst aber zugleich bei Sozialdemokraten die Bereitschaft zu Gesprächen und sachlichen Kontakten mit Genossen der SEW. Das wird auch durch den Umstand begünstigt, dass in der Westberliner SPD eine neue Generation von Funktionären heranwächst, die nicht mehr in dem Maße von fanatischem Antikommunismus verseucht sind wie jene SPD-Leute, die in den 50er und 60er Jahren diese Partei beherrschten.“ Ebenda.

⁴⁷ Vgl. Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁴⁸ So fragte beispielsweise im Oktober 1983 Pagels bei der SEW nach, ob es möglich wäre, für ihn ein inoffizielles Gespräch mit Harry Tisch oder einem anderen leitenden Funktionär des Bundesvorstandes des FDGB zu arrangieren. In einem Schreiben von Schmitt an Honecker hieß es dazu weiter: „Zugleich hat er [(Pagels)] den Wunsch geäußert, dass unsererseits an diesem Gespräch das Mitglied des Büros und des Sekretariats des Parteivorstandes Genosse Klaus Feske – der seit längerer Zeit in unserem Auftrag mit ihm direkt arbeitet – teilnimmt. Wir würden Dich bitten – wenn irgend möglich –, Deine Zustimmung zu einem Treffen mit Genosse Harry Tisch zu geben. Für unsere weitere Arbeit mit Pagels und im DGB wäre das von großem Wert. Alle Einzelheiten könnten wir dann mit dem Bundesvorstand des FDGB besprechen. Mit herzlichen Grüßen Horst Schmitt [(Handschriftlicher Vermerk Honeckers:)] Gen. H. Häber mit Gen. H. Tisch besprechen.“ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 25.10.1983, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

Einheitsgewerkschaft anerkennt und akzeptiert und er keinen Anlass sieht, gegen irgendeinen unserer Funktionäre, die auch als Mitglieder der SEW bekannt sind, etwas zu unternehmen.“⁴⁹ An anderer Stelle in Feskes Aufzeichnungen hieß es: „Für ihn [(Pagels)] gehört die Periode des Kalten Krieges, die von seinem Vorgänge[r] betrieben wurde in den Gewerkschaften, der Vergangenheit an. Wir wissen, dass es Probleme gibt zwischen Dir [(Feske)] als Kommunisten und mir [(Pagels)] als Sozialdemokraten, wo wir keine Einigung erreichen. Aber die sollten wir völlig hintenan stellen und uns den Dingen zuwenden, die uns einen. Was in meinen Kräften steht, wird alles getan, um die Periode des kalten Krieges zu begraben. Falls es noch Probleme mit der ‘Wahrheit’ gibt, Einladungen zu Pressekonferenzen, Gleichbehandlung, so werde ich mich heute noch erkundigen und diese aus dem Weg räumen.“⁵⁰ Am Ende ihres Treffens waren sich Pagels und Feske darin einig, den Kontakt aufrechtzuerhalten, sich gegenseitig zu informieren und in spätestens acht Wochen wieder zu sehen.⁵¹

Als Horst Schmitt mit einer Delegation in der Zeit vom 25. bis 29. Oktober 1982 die DDR besuchte und Honecker offiziell einen Besuch abstattete, zeigte sich der Staatsratsvorsitzende – der zuvor ausgiebig über die Verhältnisse in Westberlin informiert worden war – über das Vorankommen der Kommunisten sehr erfreut und sicherte der SEW die volle Unterstützung der SED zu. Honecker hob in diesem Zusammenhang zudem erneut hervor, dass Westberlin kein Bestandteil der BRD sei und von dort nicht regiert werden dürfe und dass der Wahrung dieser Bestimmung des Vierseitigen Abkommens eine entscheidende Bedeutung zukomme. Diesen wie auch allen weiteren Ausführungen Honeckers pflichtete Schmitt bei. Der wesentliche Gesprächskern zwischen beiden spiegelte sich unter anderem in folgenden Sätzen einer mehrseitigen Zusammenfassung des Wortprotokolls über dieses Treffen wider: „Die Kommunisten Westberlins, so sagte Genosse Schmitt, widmen der Entwicklung der DDR stets große Aufmerksamkeit. Dabei wissen sie um die zusätzlichen Probleme, die durch die Hochrüstung der NATO und den von den USA geschürten Wirtschaftskrieg erwachsen. Um so mehr könne man die Stabilität der DDR nicht hoch genug einschätzen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Entwicklung in Polen. Genosse Schmitt bezeichnete es als ein historisches Verdienst der SED, ihrer Führung und von Genossen Honecker persönlich, dass die DDR unter den heutigen Bedingungen so sicher voranschreitet. Die SEW werde ihrerseits alles tun, um den imperialistischen Gegner in Westberlin zu binden, damit er nicht die DDR attackieren kann; jeder Tag der Stärkung der DDR ist wichtig auch für die Entfaltung der Kräfte des Friedens und des Fortschritts in Westberlin.“⁵²

⁴⁹ Protokoll von Klaus Feske über ein Gespräch mit Michael Pagels (DGB) am 14.9.1982, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁵⁰ Protokoll von Klaus Feske über ein Gespräch mit Michael Pagels (DGB) am 14.9.1982, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁵¹ Vgl. Protokoll von Klaus Feske über ein Gespräch mit Michael Pagels (DGB) am 14.9.1982, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁵² Information über den Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden der SEW, Horst Schmitt, und der ihn begleitenden Delegation des Parteivorstandes der SEW in der DDR vom 25. bis 29.10.1982 (von Westabteilung, 30.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

In den Jahren 1983 und 1984 waren die Aktivitäten, an denen sich die Kommunisten beteiligten, äußerst zahlreich. Ein überaus breites Betätigungsfeld stellte die Friedensbewegung dar, die in dieser Zeit ihren Zenith erreichte. Zudem weiteten sich die gewerkschaftlichen Aktionen weiter aus. Neben der bereits erwähnten Unterstützung im Kampf gegen die drohenden Entlassungen bei AEG, nahmen die Kommunisten an den verschiedenen Solidaritätsveranstaltungen und Warnstreiks teil, die im Zusammenhang mit der Einführung der 35-Stunden-Woche standen.⁵³ Schenkte man den SED-Berichten von 1984 Glauben, so verbesserten sich auch die Bündnisbeziehungen der SEW. So hieß es in Bezug auf die SPD: „Genossen des Parteivorstandes der SEW haben im Verlauf von Aktionen auch Gesprächskontakte aufgenommen zu leitenden Funktionären der SPD Westberlins. Insbesondere gibt es ständige Beziehungen zum Landesvorstand der Jungsozialisten. Mehrfach traten in Diskussionsveranstaltungen die stellvertretenden Vorsitzenden der SPD und der SEW gemeinsam auf. In fast allen Kreisen der Stadt bestehen auf unterschiedlichem Niveau Kontakte zwischen den Kreisvorsitzenden der SEW und der SPD. Zwischen Abteilungen der SPD und Parteigruppen der SEW werden in zunehmendem Maße Beziehungen entwickelt und Diskussionen geführt. Gute Fortschritte erzielten dabei die Kreise Kreuzberg und Schöneberg.“⁵⁴ Ebenso kam die SEW in den Gewerkschaften voran. Abgesehen von Michael Pagels sollen darüber hinaus persönliche Kontakte zum Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des DGB, Horst Jäckel, wie auch zu Vorsitzenden mehrerer Einzelgewerkschaften bestanden haben. Als Gradmesser für den gestiegenen Einfluss der SEW wurde unter anderem angeführt, dass bei den Gewerkschaftswahlen bei der IG Druck und Papier diesmal 17 Kommunisten statt bisher vier als Delegierte nominiert worden waren und dass in die Delegiertenkonferenz der IG Metall, die insgesamt 230 Vertreter umfasste, nunmehr 15 statt bisher acht Kommunisten eingezogen waren.⁵⁵ Gewisse Verbesserungen konstatierte Ostberlin bei den Bürgerinitiativen. So soll die Mitarbeit der Kommunisten dazu beigetragen haben, beispielsweise die beiden Bürgerinitiativen „Südost 36“ (gegen Mieterfeindlichkeit und für Altbausanierung) und „Schießplatz Gatow“ (gegen das Waldsterben) für die Friedensbewegung zu aktivieren. Zwiespältig verhielt es sich hingegen mit der AL, denn dort bestünden, so der SED-Bericht, unterschiedliche Positionen im Umgang mit der SEW. Auf der einen Seite würden sich zwar an der Basis vielerorts Kontakte zwischen SEW- und AL-Mitgliedern entwickeln und Absprachen für gemeinsame

⁵³ Vgl. Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 18.

⁵⁴ Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁵⁵ Vgl. Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; So unterwandern Kommunisten die freien Gewerkschaften. ÖTV-Chef Hackbarth hält SEW nicht für antideutsch, in: Berliner Morgenpost vom 21.11.1984, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 10.

Aktionen geführt werden, auf der anderen Seite jedoch verhielte sich die Führungsspitze der AL bisher allen Gesprächsangeboten der SEW gegenüber ablehnend.⁵⁶

Wenngleich sich die Führungskräfte in Ostberlin mit der Bündnisarbeit der SEW allgemein zufrieden zeigten, gab es nach deren Ansicht dennoch einiges zu verbessern. Eine der Hauptforderung war, dass die SEW ihre Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken habe. So sollte sie selbst aktiver mit eigenen Initiativen, Meinungsäußerungen und offiziellen Verlautbarungen in Erscheinung treten, um so den Bekanntheitsgrad der Partei und ihrer Funktionäre zu erhöhen. Weiterhin wollte man, dass sich die Kommunisten in Westberlin intensiver den politisch engagierten Jugendlichen und ihren Problemen zuwenden, dass dementsprechende Formen und Methoden der Arbeit entwickelt werden und dass diesbezügliche Abstimmungsprobleme in den eigenen Reihen, wie sie zum Teil zwischen der SEW, dem SJV und den ADS bestanden, abzustellen seien. Bedeutung maß die Westabteilung darüber hinaus der Organisierung einer Arbeitslosenbewegung bei. Die SEW war gehalten, dieses Feld nicht „anderen politischen und klerikalen Kräften“ der Stadt zu überlassen. Zwar registrierte Ostberlin, dass sich die Kommunisten in Westberlin diesem Gebiet stärker als bisher widmen würden und dass in Kreuzberg und Tiergarten unter ihrer Mitwirkung zwei weitere Arbeitsloseninitiativen gegründet worden seien, betrachtete das Engagement jedoch noch als unzureichend und die dementsprechenden Möglichkeiten als nicht ausgeschöpft.⁵⁷

Siebter Parteitag der SEW 1984

Folgte man den SED-Berichten, so erschien die innerparteiliche Entwicklung der SEW zu Beginn des Jahres 1984 auf den ersten Blick als relativ stabil: a) Hinsichtlich des Parteiaufbaues hatten sich seit 1982 nur geringfügige Veränderungen ergeben und so bestanden jetzt insgesamt 268 Parteigruppen, davon 187 Betriebsgruppen und 81 Wohngruppen. Die Partei verfügte über 57 Betriebszeitungen. Außerdem gab jeder Kreisvorstand im Jahr 25 bis 30 Flugblätter für die Betriebe heraus. b) Bei den letzten Parteiwahlen (Mitgliederversammlungen und Kreisdelegiertenkonferenzen), die von Januar bis April 1984 durchgeführt worden waren, schien die Politik der Partei auf volle Zustimmung der Mitglieder gestoßen zu sein. Die Leitungen und Vorstände – so der SED-Bericht – wären mit großer Einmütigkeit gewählt worden und die Beteiligung an den Berichtswahlversammlungen habe „in den Betriebsgruppen bei 80 Prozent, bei der Reichsbahn bei 82 Prozent und in den Wohngruppen bei 63 Prozent“ gelegen. c) Als positiv wurde zudem registriert, dass die verkaufte Auflage der vierteljährlich erscheinenden SEW-

⁵⁶ Vgl. Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁵⁷ Vgl. Schreiben von Häber an Honecker vom 19.4.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Material für den Meinungsaustausch mit Genossen der SEW zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik sowie zur Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 (von IPW, Mai 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

Zeitschrift „Konsequent“ regelmäßig bei rund 3.000 Exemplaren liegen würde und damit eine absolute Steigerung von circa 500 Stück gegenüber 1981 erzielt worden sei.⁵⁸

Neben all diesen für die Kommunisten an sich positiven Erscheinungen wurde für die SEW das Kaderproblem immer dringlicher. Beispielsweise monierte Häber, dass selbst „im Büro des Parteivorstandes einige Funktionen nicht qualifiziert genug besetzt“⁵⁹ seien. Ebenso eklatant erschien ihm die Situation im Hinblick auf das Parteiorgan „Die Wahrheit“. Abgesehen davon, dass Häber – wie so oft – den unzureichenden Verbreitungsgrad der Zeitung, ihr Erscheinungsbild und ihre Kontrolle durch die SEW-Führungsspitze bemängelte, empfand er die Zusammensetzung des Redaktionskollektivs als unzureichend. So seien altbewährte Arbeiterredakteure aufgrund ihres Rentenalters aus der Redaktion ausgeschieden, erfahrene Journalisten hingegen würden abgezogen und im Parteiapparat eingesetzt und die große Mehrheit der neuen Leute in der Redaktion besäße zu wenig journalistische Kenntnis und Erfahrung in der Parteiarbeit.⁶⁰

In altbekannter Manier hatte bereits die Westabteilung begonnen, auf das Kaderproblem zu reagieren, indem sie die Aus- und Weiterbildung der Mitglieder und Funktionäre unter anderem im Rahmen von Lehrgängen weiter forcierte und die SEW dazu anhielt, ihre in Westberlin betriebene marxistisch-leninistische Schulungsarbeit ebenso zu intensivieren.⁶¹

Vom 25. bis 27. Mai 1984 beging die SEW ihren VII. Parteitag, diesmal im Palais am Funkturm. Knapp 30 Delegationen befreundeter Bruderparteien wie beispielsweise die Kommunistische Partei der USA und die Demokratische Volkspartei Afghanistans nahmen daran teil, zudem eine größere Abordnung von Vertretern ausländischer Organisationen aus Westberlin. Als Gäste beziehungsweise Beobachter waren unter anderem einige Mitglieder der SPD wie auch der AL anwesend, Funktionäre aus den Gewerkschaften, der Sprecher der Friedenskoordination, Dr. Vennedy, sowie zwei hauptamtliche Mitarbeiter des Amtes für evangelische Jugendarbeit.⁶² Der VII. Parteitag diente vor allem als Auftaktveranstaltung für die im nächsten Jahr stattfindenden Wahlen; substantielle Veränderungen zum bisherigen politischen Kurs der SEW dagegen gab es nicht.⁶³ Im Bericht von Schmitt, den dieser mit der Westabteilung abgestimmt hatte,⁶⁴ bildeten der

⁵⁸ Vgl. Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁵⁹ Schreiben von Häber an Honecker vom 19.4.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

⁶⁰ Vgl. Zu einigen inhaltlichen Problemen der „Wahrheit“ und ihrer weiteren Profilierung nach dem VII. Parteitag der SEW unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Wahlen in Westberlin (von IPW, September 1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

⁶¹ Vgl. Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁶² Vgl. Information über den VII. Parteitag der SEW vom 25. bis 27. Mai 1984 (von IPW, 28.5.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2658, Bl. 156 f., 161; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SEW, Berlin 1984, S. 7.

⁶³ Vgl. Schreiben von Häber an Honecker vom 19.4.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

„Friedenskampf“, der Lobgesang im Hinblick auf das 35-jährige Bestehen der DDR sowie die den Gewerkschaften entlehnte Forderung nach einer 35-Stunden-Woche zentrale Themenkomplexe. Auf umweltpolitischem Gebiet trat die SEW unter anderem ein für die „Beachtung der von der WHO geforderten Höchstwerte noch vertretbarer Luftbelastung“ sowie für die „Kontrolle der Konzern- und Großbetriebe zur strikten Durchsetzung des Verursacherprinzips“.⁶⁵ Scharf kritisierte Schmitt die bisherige innerstädtische Politik des CDU-FDP-Senats, den er darüber hinaus aufforderte in Verhandlungen mit der DDR über die weitere Offenhaltung des Grenzkontrollpunktes Staaken einzutreten. „Zugleich richtete Schmitt heftige Angriffe gegen [den Regierenden Bürgermeister] Diepgen, dem er ein „Einschwenken auf die Kreuzzugspropaganda der USA“ und „Ausfälle“ gegen die Sowjetunion und die DDR während seiner [kurze Zeit zuvor absolvierten] Amerika-Reise vorwarf.“⁶⁶ Schmitt sagte: „Wer auf einer Insel lebt, darf sich das Meer nicht zum Feind machen.“⁶⁷ Vielmehr brauche Westberlin aus „politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen“ die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, der DDR und allen sozialistischen Ländern im Sinne einer friedlichen Koexistenz.⁶⁸ Mit Blick auf die beiden Oppositionsparteien SPD und AL forderte Schmitt diese zum gemeinsamen Handeln mit der SEW gegen den amtierenden FDP-CDU-Senat auf. Jedoch verpasste er auch der AL einige Seitenhiebe, der er vorwarf, dass in ihr „in nicht unwesentlichem Maße antikommunistische Kräfte stärker hervortreten“⁶⁹ würden und dass sie im Prinzip über den Charakter einer Sammelbewegung nicht hinausgekommen sei. Ergänzt wurden die Ausführungen von Schmitt unter anderem durch den Delegationsauftritt und Stargast Egon Krenz (Mitglied des Politbüros der SED), der sich staatstragend gab, nochmals eindringlich insbesondere die amerikanische Rüstungspolitik geißelte, zugleich aber auch betonte, dass die DDR bereit sei, „an allen Vereinbarungen verantwortungsbewusst mitzuarbeiten, die helfen, Spannungen abzubauen, die militärische Konfrontation zu verringern und die Beziehungen zwischen den Staaten wieder berechenbarer zu machen.“⁷⁰

Der VII. Parteitag verlief erneut in großer Einmütigkeit; 429 Delegierte waren stimmberechtigt. Der Parteivorstand, sein Sekretariat und sein Büro wurden in der vorgeschlagenen Zusammensetzung nahezu einstimmig gewählt, ebenso Horst Schmitt zum Vorsitzenden wie auch Inge Kopp und Dietmar Ahrens zu seinen Stellvertretern. Der Parteitag beschloss unter anderem

⁶⁴ Vgl. Schreiben von Schmitt an Häber vom 15.1.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Schreiben von Rettner an Schmitt vom 10.4.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Schreiben von Häber an Honecker vom 19.4.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

⁶⁵ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SEW, Berlin 1984, S. 42.

⁶⁶ SEW-Parteitag am Funkturm eröffnet. „Ernsthafte Verhandlungen“ des Senats mit der DDR über Offenhaltung des Grenzkontrollpunktes Staaken gefordert, in: Der Tagesspiegel vom 26.5.1984, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9798, Bl. 5.

⁶⁷ SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SEW, Berlin 1984, S. 17.

⁶⁸ SEW-Parteitag am Funkturm eröffnet. „Ernsthafte Verhandlungen“ des Senats mit der DDR über Offenhaltung des Grenzkontrollpunktes Staaken gefordert, in: Der Tagesspiegel vom 26.5.1984, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9798, Bl. 5.

⁶⁹ SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SEW, Berlin 1984, S. 53.

⁷⁰ SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SEW, Berlin 1984, S. 93. Vgl. Rede des SED-Politbüromitglieds Krenz auf Parteitag in West-Berlin. Willen der DDR zum Abbau von Spannungen betont, in: Der Tagesspiegel vom 27.5.1984, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9798, Bl. 8; Die Genossen beklatschen sich selbst. „DDR“-Politbüromitglied Egon Krenz Stargast beim 7. Parteitag der SEW, in: Berliner Morgenpost vom 27.5.1984, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9798, Bl. 17.

einen Wahlprogrammentwurf mit dem Titel „Für eine Stadt des Friedens und der Arbeit – für eine gesicherte Zukunft“, eine Entschließung zum Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, einen Appell an die Teilnehmer der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa sowie eine Resolution zur Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf der Völker Mittel- und Lateinamerikas.⁷¹

Die Parteioberen der SED schienen allem Anschein nach mit dem Verlauf des Parteitages zufrieden. In ihrem internen Bericht, der dem Politbüro vorlag, stellte die Westabteilung fest: „Der Parteitag widerspiegelte die gewachsene Rolle der SEW als politische Kraft in der Stadt, ihre bedeutend stärkere Verankerung in Betrieben und Gewerkschaften, in der Friedensbewegung und in anderen demokratischen Bündnissen. Der Parteitag bewies alles in allem gesehen die gewachsene politisch-ideologische Reife der Partei, ihre Einheit und Geschlossenheit. Die SEW verfügt über ein Aktiv erprobter und einsatzbereiter Genossen mit reichen Kampferfahrungen, deren Wille es ist, die politische Linie der Partei in die Tat umzusetzen.“⁷²

Westberliner Wahlen 1985, Kaderprobleme und Gewerkschaften

Für den 10. März 1985 standen der SEW erneut die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den 12 Bezirksverordnetenversammlungen bevor. Ihren Wahlkampf eröffnete sie offiziell am 9. November 1984 mit einer „Parteikonferenz“. Dort stellte sie ihr Wahlprogramm „Mit der SEW für Frieden, Arbeit und eine gesicherte Zukunft“ der Öffentlichkeit vor. Als Schwerpunkte benannte sie den „Friedenskampf“, die Forderung nach Ausbau der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und den Kampf gegen Arbeitslosigkeit.⁷³

Während dieser Zeit verschärfte sich erneut das Führungsproblem der Partei, denn der Vorsitzende Horst Schmitt erkrankte schwer und musste des Öfteren im Regierungskrankenhaus behandelt werden. Für die nächsten Wochen und Monate sprang sein Stellvertreter Dietmar Ahrens für ihn ein, dass heißt, er hielt die ständige Verbindung nach Ostberlin aufrecht und sorgte für die Umsetzung der Vorgaben. Um zusätzlich die Leitung der SEW zu verstärken, wurde in Übereinkunft mit Honecker beschlossen, den 38-jährigen Klaus-Dieter Heiser⁷⁴ „zum Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes zu wählen und ihn dort für die Gebiete Agitation, Jugendpolitik,

⁷¹ Vgl. Information über den VII. Parteitag der SEW vom 25. bis 27. Mai 1984 (von IPW, 28.5.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2658, Bl. 163 f.

⁷² Information über den VII. Parteitag der SEW vom 25. bis 27. Mai 1984 (von IPW, 28.5.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2658, Bl. 157.

⁷³ VSB für 1984, S. 40. Vgl. Wahlprogramm der SEW, in: Die Wahrheit vom 14.11.1984, S. 1 f., in: BStU, ZA, MfS HA II 30600, Bl. 46 f.

⁷⁴ Klaus-Dieter Heiser, geboren 21.11.1946; Ausbildung zum Schriftsetzer; seit 1967 Mitglied der SED-W; 1971/72 Internationale Lenin-Schule; 1972 Mitarbeiter des Jugendverbandes; 1973 Mitarbeiter des Parteivorstandes; ab 1977 Mitglied des Parteivorstandes; ab 1980 Kreisvorsitzender Charlottenburg und Mitglied des Büros des Parteivorstandes; 1985 Wahlbewerber; Delegierter zum II., III., V., VI., VII. Parteitag. Vgl. Anlage (Lebenslauf von Klaus-Dieter Heiser) des Schreibens von Häber an Honecker vom 6.11.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.04/24, nicht paginiert; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Der Sozialistische Jugendverband Karl Liebknecht. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeit des Sozialistischen Jugendverbandes (SJV) Karl Liebknecht mit der verfassungsmäßigen Ordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1982, S. 119.

Kulturpolitik sowie für die Anleitung der befreundeten Organisationen verantwortlich zu machen.⁷⁵ Um sich dem neuen Verantwortungsbereich zu widmen, war Klaus-Dieter Heiser gehalten, seinen bisherigen Posten als Kreisvorsitzender von Charlottenburg aufzugeben. Diese Funktion übernahm jetzt die bisherige stellvertretende Kreisvorsitzende Frauke Gundlach.⁷⁶

All diese SEW-internen kaderpolitischen Veränderungen gehörten mit zu den letzten Maßnahmen von Herbert Häber, die er in seiner Funktion als Leiter der Westabteilung federführend verantwortete. Die Westabteilung war mittlerweile umbenannt worden und trug jetzt die Bezeichnung „Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK“ (IPW). Folgte man den Akten, so dürfte Häber bereits Mitte November 1984 seiner Zuständigkeit – zumindest hinsichtlich der SEW – an seinen Nachfolger und zukünftigen Leiter der Abteilung IPW, Gunter Rettner, übertragen haben.⁷⁷

Gunther Rettner knüpfte nahtlos an die Vorarbeiten von Häber an. Folgerichtig richtete sich das Hauptaugenmerk wieder einmal und insbesondere, auch mit Blick auf die im März 1985 stattfindenden Wahlen, auf die organisatorische und inhaltliche Verbesserung der Zeitung „Die Wahrheit“. Entsprechende Maßnahmen wurden für die folgenden Monate anberaumt und durchgeführt. Ausgangspunkt dafür bildete eine ausführliche Konsultation zwischen der Abteilung IPW und der Leitung der Zeitung „Die Wahrheit“ am 19. November 1984, an der von Seiten der SEW Dietmar Ahrens (stellvertretender Parteivorsitzender), Heinz Grünberg (seit 1981 Chefredakteur und Nachfolger von Hans Mahle)⁷⁸ und Horst Löffler (stellvertretender

⁷⁵ Schreiben von Häber an Honecker vom 6.11.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.04/24, nicht paginiert.

⁷⁶ Frauke Gundlach, geboren 1942; verheiratet mit Harvey Gundlach (SEW-Kreisvorsitzender Wilmersdorf); Tischlerlehre, danach Industrie-Design- und Soziologie-Studium; seit 1971 Mitglied der SEW; 1973/74 Vorsitzende der Hochschulgruppe TU; 1974/76 Mitglied des Kreisvorstandes Charlottenburg, 1979/80 Internationale Lenin-Schule; ab 1976 politische Mitarbeiterin Kreuzberg; ab 1980 Stellvertretende Kreisvorsitzende Charlottenburg; Wahlbewerber 1985; Delegierte zum IV., VI. und VII. Parteitag. Vgl. Anlage (Lebenslauf von Frauke Gundlach) des Schreibens von Häber an Honecker vom 6.11.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.04/24, nicht paginiert.

⁷⁷ Häber wurde 1985 von all seinen Funktionen enthoben. Die deutschlandpolitischen Emanzipationsbestrebungen Honeckers, sein geplanter Besuch in der BRD 1984 hatten zu Differenzen mit Moskau geführt. Um sich aus der Schusslinie der Kritik Moskaus zu manövrieren und seine Linientreue zu demonstrieren, ließ Honecker den Gefolgsmann Häber fallen. Vgl. Jochen Winters: Herber Häber und der zweite Politbüro-Prozess, in: Deutschland Archiv, Nr. 1/2003, S. 5-11.

⁷⁸ Hans Mahle schied 1981 aus Altersgründen aus der Redaktion der „Wahrheit“ aus. In Absprache zwischen den Parteioberen von SED und SEW wurde Mahles Stellvertreter Heinz Grünberg zum neuen Chefredakteur der „Wahrheit“ bestimmt. Mahle erhielt daraufhin den Posten eines „Ehrenvorsitzenden“ in der DSFW. Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 440.

Chefredakteur) und von Seiten der SED Gunter Rettner sowie zwei politische Mitarbeiter seiner Abteilung, Horst Pfalzgraf und Werner Ruch, teilnahmen.⁷⁹

Die SEW, die einen intensiven und aufwendigen Wahlkampf geführte hatte, erhielt am Wahlabend des 10. März 1985 erneut einen empfindlichen Dämpfer. Sie kam – wie bereits 1981 – wieder auf nur 0,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auch sonst hatte die Wahl zu keinen nennenswerten Veränderungen im parlamentarischen Kräfteverhältnisses geführt; die seit 1983 bestehende Senatskoalition aus CDU und FDP wurde bestätigt. Die CDU, die erstmals mit Eberhard Diepgen als Spitzenkandidat angetreten war, erhielt 46,4 Prozent. Die SPD hingegen, die von Hans Apel angeführt worden war, kam lediglich auf 32,4 Prozent. Die AL mit 10,6 Prozent und die FDP mit 8,5 Prozent der abgegebenen Stimmen gehörten zu den Gewinnern der Wahl, denn beide hatten sie – im Vergleich zu 1981 – einen merklichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen.⁸⁰

Das Wahlergebnis dürfte die Kommunisten kaum noch überrascht haben. Horst Schmitt stellte hierzu gegenüber Honecker in einem Brief vom 21. August 1985 fest: „Das unbefriedigende Wahlergebnis hat auf Grund der von uns auf realistischer Grundlage entwickelten Politik während der letzten Parteitage und im Zusammenhang mit den Wahlen zu keiner Erschütterung in der Partei selbst geführt. Die Partei ist auf einen langfristigen Kampf eingerichtet, vor allem auf die Erweiterung der massenpolitischen Aktivitäten und weiß deren beachtliche Ergebnisse richtig einzuschätzen.“⁸¹ Was im Einzelnen die SEW als Erfolg für sich verbuchte, war ebenfalls in diesem Brief zu lesen. Schmitt schrieb: „Von großer Bedeutung ist, dass der Partei echte Fortschritte auf dem Gebiet der Aktionseinheits- und Bündnispolitik gelungen sind. Hier ist die Partei auf allen Ebenen vorangekommen, sowohl auf der Ebene der Kontakte und Gespräche mit den Vorständen der anderen Parteien als auch zwischen den Kreisvorständen und nicht wenigen Parteigruppen bzw. SPD-Abteilungen ebenso wie in der Zusammenarbeit mit Arbeitsgemeinschaften der SPD.

⁷⁹ Die SED-Genossen beanstandeten, dass von den 32 journalistisch tätigen Mitarbeitern der Zeitung 21 aus den Kreisen der Intelligenz kämen und diese zu wenig Berufs- und Parteierfahrung besäßen. Sie kritisierten ferner, dass die Zeitung zu wenig eigenes Profil besitze, dass sie zu wenig als originär Westberliner Zeitung erkennbar sei, dass die SEW darin zuwenig als Interessenvertreter der Arbeiter kenntlich gemacht und zu wenig Bezug auf die Jugend genommen werde. Vereinbart wurde deshalb, dass häufiger und regelmäßiger Abstimmungsgespräche zwischen dem Leitungskader der Redaktion und der SED stattfinden sollten. Die SED sicherte ferner zu, weiterhin wie bisher die Redaktion mit ideologischen und politischen Beiträgen zu beliefern. Zusätzliche für die kommende Zeit geplante Maßnahmen waren: ein Wochenlehrgang für Mitarbeiter der Zeitung mit Vortragsreihe zur Politik der SED, eine Reportage-Reise einer Gruppe von „Wahrheit“-Redakteuren in den Bezirk Frankfurt/Oder, ein Seminar der Gesamtredaktion mit einem Referenten aus der DDR zum Thema „Propagierung des realen Sozialismus in der Zeitung“, ein Treffen zum Erfahrungsaustausch zwischen der Redaktion und einer Journalistengruppe der SED sowie eine längerfristige Qualifizierung von Redaktionskadern in der DDR. Vgl. Information über die Konsultationen mit Genossen der SEW und der Redaktion „die Wahrheit“ zu Fragen der Profilierung ihrer Zeitung am 8. November 1984 (von IPW, 19.11.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Schreiben von Rettner an Ahrens vom 29.1.1985, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Information über journalistische Vorhaben der Korrespondenten der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ und der SEW-Zeitung „Die Wahrheit“ in der DDR in Vorbereitung des XI. Parteitages der SED (von IPW, August 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Schreiben von Häber an Honecker vom 6.11.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.04/24, nicht paginiert.

⁸⁰ Vgl. Schreiben von Schmitt an Honecker vom 21.8.1985, in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 94; VSB für 1985, S. 42.

⁸¹ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 21.8.1985, in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 100.

Dies geht bis hin zu direkten Einladungen von Referenten zu bestimmten Themen und für die gegenseitige Teilnahme an Parteitagen.^{82]} Fortschritte ähnlicher Art gibt es mit den Gewerkschaften. Mehrere Gewerkschaftsvorsitzende sind jetzt Mitglieder unserer Partei, in einigen Gewerkschaften sind die stellvertretenden Vorsitzenden Parteimitglieder. Bis auf die GdED (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands), die bei uns eine konterrevolutionäre Rolle spielt und auch von den entsprechenden Kräften beherrscht wird, gibt es keinen Landesvorstand der DGB-Einzelgewerkschaften, in dem nicht mindestens 2 bis 3 Genossen oder mehr gewählt wurden. Dem DGB-Landesbezirksvorstand gehören zur Zeit 3 Genossen an. Zu allen entscheidenden Gewerkschaftsvorsitzenden und zum Vorsitzenden des DGB ist es im Laufe der Zeit gelungen, stabile Beziehungen aufzubauen. Mit ihnen, die Mitglieder der SPD sind, erfolgen seitens Mitgliedern unserer Parteiführung ständige Konsultationen zu wichtigen Fragen gemeinsamer Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften.“⁸³

Abgesehen von dieser im Grunde eher als bescheiden einzuschätzenden „Erfolgsbilanz“ gelang es der SEW-Führungsspitze aber auch weiterhin vortrefflich, sich immer wieder selbst ins Abseits zu stellen und darüber hinaus die eigene Basis vor den Kopf zu stoßen. Beispielhaft zeigte sich dies nach der Reaktorkatastrophe im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl im April 1986. An der Basis der SEW, die zu dieser Zeit gerade ihre Wahlen in den Grund- und Kreisorganisationen durchführte, begannen heiße Debatten über den Ausstieg aus der Kernenergie. Um die Diskussionen auf SED-Kurs zu bringen, organisierte der Parteivorstand der SEW in vier Kreisen überregionale Diskussionsforen mit linientreuen Wissenschaftlern und untersagte der Redaktion der Wahrheit ausdrücklich, kritische Berichte und Leserbriefe zu Tschernobyl abzudrucken.⁸⁴ Eine öffentliche Stellungnahme der Führungsspitze zu den Ereignissen in Tschernobyl erfolgte erst knapp einen Monat später. Der darin enthaltene Tenor und Winkelzug war: „Die SEW sei [nur] dort

⁸² Nähere Details zu den Kontakten und Beziehungen zwischen der SEW und anderen Parteien fanden sich unter anderem in folgenden Akten: Information über den Propagandisten-Lehrgang der SEW in der Zeit vom 10. bis 14.6.1985 (von IPW, 17.6.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Information über ein Gespräch mit Genossen Dietmar Ahrens am 27.9.1985 (von IPW, 30.9.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Bericht über den Lehrgang für Mitglieder des Parteivorstandes und politische Mitarbeiter der SEW vom 20. bis 24.5.1985 (von IPW, 29.5.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Information über den Aufenthalt einer Delegation des Parteivorstandes der SEW vom 22. bis 26.4.1985 in der DDR (von IPW, 30.4.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Information über ein Gespräch des Genossen Gunter Rettner mit Genossen Horst Schmitt am 30. Mai 1986 (von IPW, 2.6.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725.

⁸³ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 21.8.1985, in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 99. Auch im Jahr 1987 waren mehrere SEW-Mitglieder in Führungspositionen der Gewerkschaften vertreten. In einem Bericht der Abteilung IPW heißt es: „Angesichts der besonderen Lage in Westberlin, verdient große Beachtung, dass die Vorsitzenden der Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen, der Gewerkschaft Kunst, der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forst Kommunisten sind. In den Vorständen der Gewerkschaften ÖTV, HBV und in der IG Metall haben Genossen der Bruderpartei seit langem leitende Funktionen inne. Der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier ist ebenfalls Mitglied der SEW.“ Vgl. Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

⁸⁴ Vgl. Information über ein Gespräch des Genossen Gunter Rettner mit Genossen Horst Schmitt am 30. Mai 1986 (von IPW, 2.6.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725; Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 63, 95.

für ein schnelles Abschalten von Kernkraftwerken, wo es wegen anderer Ressourcen oder Überkapazitäten – wie in der BRD – möglich ist [(also nicht in der DDR)]. Die eigentliche Lehre aus dem Unglück von Tschernobyl sei, noch intensiver für die Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen bis zum Jahr 2000 zu kämpfen⁸⁵. Mit diesem Ablenkungsmanöver versuchte die SEW sowohl die eigenen Reihen zu beschwichtigen als auch das Vorhaben einiger AL-Mitglieder einzudämmen, in Westberlin eine breite, gegen die BRD und DDR gerichtete Antikernkraftbewegung zu entwickeln.⁸⁶ Mit dem Verweis darauf, dass es vor allem darum ginge, für die Beseitigung der Kernwaffen, „der Hauptbedrohung der Menschheit“⁸⁷, einzutreten, nahm die SEW den Debatten die Schärfe. Auch wenn die Ereignisse um Tschernobyl ein schwelendes Ärgernis für die SEW blieben, so kam ihr entgegen, dass einige Parteikritiker austraten, dass sie noch immer eine starke Stellung in der Friedensbewegung und damit Einfluss auf deren Ausrichtung besaß und dass es in Westberlin kein Atomkraftwerk gab, weshalb sich die großen Protestaktionen von Kernkraftgegnern in der Bundesrepublik und damit außerhalb der Stadt abspielten.⁸⁸

Beginn der Zerreißprobe – Glasnost und Perestroika

Kompliziert wurde die Lage für die SEW, als am 11. März 1985 Michail Gorbatschow zum neuen Generalsekretär der KPdSU ernannt wurde und er auf dem XXVII. (27.) Parteitag der KPdSU im Februar 1986 mit den Konzepten Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umstrukturierung) seinen Reformkurs für die Sowjetunion in Gang brachte. Honecker war nicht willens, das „neue Denken“ Gorbatschows für SED und DDR gelten zu lassen und propagierte stattdessen zusehends „nur noch den nationalen Kurs der SED als ‘zukunftsweisend’“⁸⁹. Bei aller Distanzierung vermieden jedoch SED und KPdSU bis zum Schluss die offene Konfrontation.⁹⁰

Schon die 9. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 22. März 1986 ließ keinen Zweifel aufkommen, in welche Richtung sich die Westberliner Kommunisten zu orientieren hatten. Die Referenten waren die SEW-Büromitglieder Klaus-Dieter Heiser, Margot Granowski und Horst Schmitt. Im Mittelpunkt ihrer Erläuterungen stand der „Friedenskampf“ der Kommunisten in Westberlin. Der XXVII. Parteitag der KPdSU wurde von ihnen zwar gelobt, allerdings nahmen sie

⁸⁵ Information über eine Funktionärskonferenz der SEW am 27. Juni 1986 (von IPW, 2.7.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 14.

⁸⁶ Vgl. Information über ein Gespräch des Genossen Gunter Rettner mit Genossen Horst Schmitt am 30. Mai 1986 (von IPW, 2.6.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725.

⁸⁷ Information über eine Funktionärskonferenz der SEW am 27. Juni 1986 (von IPW, 2.7.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 14.

⁸⁸ Vgl. VSB für 1986, S. 37; Wolfgang Ribbe: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 144; Parteivorstand der SEW (Hg.): Arbeiterkonferenz. Für Frieden, Arbeit, Mitbestimmung, Berlin Oktober 1986, S. 34, 42-44, 85; Information über die Arbeiterkonferenz der SEW am 5. Oktober 1986 (von IPW, 10.10.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725.

⁸⁹ Gerd-Rüdiger Stephan: Vom Mauerbau 1961 bis zur Wende 1989, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 86.

⁹⁰ Vgl. Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 88-90.

ausschließlich auf Gorbatschows „Friedensprogramm“ Bezug, von Glasnost und Perestroika hingegen sprachen sie nicht. Vielmehr waren sich die Referenten darin einig, dass die Sowjetunion heute nicht mehr allein für den realen Sozialismus stünde. „Es gäbe die sozialistische Staatengemeinschaft und die Westberlin umgebende DDR, deren Beispiel und deren Erfolge im sozialistischen Aufbau wesentlichen Einfluss auf die politische Entwicklung und die Bedingungen des Klassenkampfes in Westberlin haben.“⁹¹

Deutlich wurde damit, dass die SEW-Führungsspitze einerseits unabirrbar der SED Gefolgschaft leistete und andererseits zugleich aber auch nicht die KPdSU bezüglich ihrer Reformpolitik öffentlich tadeln durfte. Sie war jetzt gehalten, Entwicklungen in der Sowjetunion, die die DDR negativ erscheinen ließen, konsequent zu verschweigen. Dieser Spagat verlangte der SEW-Führung in der Folgezeit mitunter eine außerordentliche rhetorische Sprachakrobatik ab. Zudem wurde es für sie schwieriger, innerparteiliche Kritiker, die sich in ihrer Argumentation auf Äußerungen Gorbatschows beriefen, das Etikett des Revisionismus anzuhängen, um sie damit auszgrenzen und zum Schweigen zu bringen. Beispielhaft zeigte sich dies, als im Dezember einige Artikel in der „Wahrheit“ erschienen, die offen die Veränderungen und Probleme in der Sowjetunion thematisierten. Gunter Rettner führte daraufhin sofort mit Schmitt ein „ausführliches und prinzipielles Gespräch“ und schrieb an Honecker: „Genosse Horst Schmitt machte darauf aufmerksam, dass es ihnen [der SEW-Führungsspitze] in letzter Zeit schwer fällt, unter einem Teil von Mitgliedern und Funktionären, insbesondere der Redaktion ‘Die Wahrheit’ bei Festigung der prinzipiellen Position zur Sowjetunion klarzumachen, dass die gegenwärtige innenpolitische Diskussion, die in den sowjetischen Medien seit dem XXVII. Parteitag [der KPdSU] geführt wird, so keineswegs weder auf die Bedingungen der DDR noch auf die Kampfbedingungen der SEW zutreffend sind. Vielmehr gebe es einige wenige Genossen, die die in der Sowjetunion geführte Diskussion als Alibi benutzen, um ihre Unzufriedenheit vor allem mit der richtigen Linie der Parteiführung der SEW zu konfrontieren. Den Hauptvorwurf mache sich Genosse Schmitt, dass er über die beabsichtigte Veröffentlichung dieser Artikel nicht informiert gewesen sei. Er ziehe daraus die Konsequenz, sich in Zukunft vom Chefredakteur der Zeitung Veröffentlichungen im Zusammenhang mit dem XXVII. Parteitag der KPdSU vorlegen zu lassen. Die Auseinandersetzung mit den verantwortlichen Redakteuren wird geführt. [...] Ich habe Genossen Horst Schmitt angeraten, insgesamt die Redaktion „Die Wahrheit“ stärker unter persönliche Kontrolle zu nehmen, da sich seit geraumer Zeit die Signale verstärken, dass die Parteiorganisation der Zeitung politisch-ideologisch mangelhaft geführt wird.“⁹² Nur einen Tag später entschuldigte sich Horst Schmitt nochmals persönlich bei Erich Honecker und schrieb ihm: „Wir haben [...] sofort seitens des Büros strikte Maßnahmen festgelegt, die eine Wiederholung derartiger Erscheinungen unmöglich machen. In der Verurteilung des Erschienenen gibt es im Büro absolute Übereinstimmung. [...] Sei bitte überzeugt, dass wir alles tun werden, um eine Wiederholung derartiger Vorfälle unter allen

⁹¹ Information über die 9. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 22.3.1986 (von IPW, 26.3.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725.

⁹² Schreiben von Rettner an Honecker vom 17.12.1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42682.

Umwständen zu verhindern und unsere Art der Sozialismuspropaganda durchzusetzen. [sic] Mit freundschaftlichen Grüßen [gez. Horst Schmitt].⁹³

Die Spannungen zwischen SED und KPdSU nahmen zu, was sich besonders deutlich anlässlich einer Einladung Gorbatschows zur Einweihung des Thälmann-Denkmales in Moskau zeigte. Im Rahmen dieser Feierlichkeit trafen Erich Honecker, Herbert Mies (Vorsitzender der DKP) und Horst Schmitt zu einem gemeinsamen Gespräch mit Gorbatschow Anfang Oktober 1986 zusammen. Schon im Vorfeld dieser geplanten Aussprache in Moskau hatte Gorbatschow dem Vorsitzenden Horst Schmitt einen umfangreichen Fragekatalog als Diskussionsgrundlage für das Treffen zukommen lassen, der dem gegenseitigen Austausch von grundsätzlichen Überlegungen dienen sollte. Mit diesem Papier brachte Gorbatschow sowohl globale Probleme der kommunistischen Bewegung im Allgemeinen wie auch die „Perspektiven des Kampfes der kommunistischen Parteien in der ‘deutschen Region’ unter den gegenwärtigen Bedingungen“⁹⁴ im Besonderen zur Sprache.⁹⁵ Horst Schmitt beantwortete den Fragekatalog nicht selbst, sondern übergab ihn umgehend an die Abteilung IPW, die das Schreiben an Hermann Axen (Mitglied des SED-Politbüros) weiterleitete. Axen erarbeitete ein zehnseitiges Papier mit detaillierten Vorschlägen für das Antwortschreiben des SEW-Vorsitzenden, welche Honecker zuvor am 29. September 1986 zur Prüfung vorgelegt wurde.⁹⁶ Darin hieß es unter anderem: „In dem [der SEW] überreichten Arbeitspapier [Gorbatschows] wird die Behauptung von einem allgemeinen Rückgang und der Stagnation der kommunistischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern aufgestellt. Diese Behauptung ist falsch.“⁹⁷ Eingeräumt wurde allerdings: „Zweifelsohne gibt es eine Anzahl von Bruderparteien in kapitalistischen Ländern, deren politische und organisatorische Stärke gegenwärtig noch nicht den Anforderungen der zugesetzten internationalen Situation entspricht.“⁹⁸ Für diesen Zustand führte Axen in seinem Arbeitspapier mehrere Ursachen an, unter anderem auch folgende: „Die vom XX. Parteitag der KPdSU beschlossene Korrektur und Überwindung von Fehlern und Entstellungen im Leben der sowjetischen Gesellschaft und in der KPdSU wurden in einer Art und Weise vollzogen, die sich äußerst negativ und schädlich für die gesamte internationale kommunistische Bewegung, insbesondere auch in den nichtsozialistischen Ländern, ausgewirkt hat. Das bewirkte eine Woge des Revisionismus, des Eurokommunismus, des Nationalismus in der kommunistischen Weltbewegung, die Schwächung, Spaltung und den Zerfall mehrerer Bruderparteien“⁹⁹. Im Klartext bedeutete dies, dass die SED der Ansicht war, dass die 1956 von Chruschtschow begonnenen

⁹³ Schreiben von Schmitt an Honecker vom 18.12.1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 124 f.

⁹⁴ Information über ein Gespräch des Genossen Gunter Rettner mit Genossen Horst Schmitt, Vorsitzender der SEW (von IPW, 12.9.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 108.

⁹⁵ Vgl. Information über ein Gespräch des Genossen Gunter Rettner mit Genossen Horst Schmitt, Vorsitzender der SEW (von IPW, 12.9.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 108-111; Jürgen Schröder: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2309.

⁹⁶ Vgl. Schreiben von Axen an Honecker vom 29.9.1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 26-36.

⁹⁷ Schreiben von Axen an Honecker vom 29.9.1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 32.

⁹⁸ Schreiben von Axen an Honecker vom 29.9.1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 32.

⁹⁹ Schreiben von Axen an Honecker vom 29.9.1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 34.

Bemühungen der Entstalinisierung zur Krise der kommunistischen Bewegung beigetragen habe. Dies war eine äußerst scharfer „Angriff auf Geist und Platz des XX. Parteitages, von einer extrem konservativen Sicht geprägt und zweifelsohne als ernste Warnung in Richtung sowjetischer Umgestaltungspolitik und der mit ihr eingeleiteten neuerlichen Entstalinisierungswelle gedacht.“¹⁰⁰ Schließlich gab Axen auf Gorbatschows Frage nach den „Perspektiven des Kampfes der kommunistischen Parteien in der ‘deutschen Region’“ in seinem Arbeitspapier dann noch folgende Antwort: „Die Perspektiven dieses Kampfes unter den gegenwärtigen Bedingungen sind vom XI. Parteitag der SED, dem VIII. Parteitag der DKP festgelegt worden und werden vom kommenden Parteitag der SEW begründet werden. Alle drei Parteien sind für die Gegenwart theoretisch und politisch gerüstet.“¹⁰¹ Deutlich wurde damit zum Ausdruck gebracht, dass die Probleme von DKP und SEW eine innere Angelegenheit der SED seien, die Moskau nicht zu interessieren habe.¹⁰²

Der von Axen formulierte Vorentwurf machte den Standpunkt der SED deutlich, aus den Akten ließ sich jedoch nicht entnehmen, ob ein – wie auch immer verfasstes – Antwortschreiben an Gorbatschow schließlich überhaupt abgeschickt wurde.¹⁰³ Festzustellen war, dass beim besagten Treffen von Honecker, Schmitt, Mies und Gorbatschow am 2. und 3. Oktober 1986 in Moskau – folgte man dem überlieferten Wortprotokoll – von allen Seiten die gegenseitige Verbundenheit und vor allem Übereinstimmung bezüglich der „Friedenspolitik“ bekundet wurde. Wenngleich die heiklen Fragen diplomatisch verpackt, umschifft oder ausgespart blieben, so gab es doch einige

¹⁰⁰ Jürgen Schröder: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2309.

¹⁰¹ Schreiben von Axen an Honecker vom 29.9.1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 35.

¹⁰² Vgl. Jürgen Schröder: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2310.

¹⁰³ Es schien vielmehr so, dass die SED sich bei der KPdSU mehr Zeit für die Beantwortung der von Gorbatschow aufgeworfenen Fragen erbeten haben dürfte, um eine „gründlichere und langfristigere Ausarbeitung“ zu verfassen. Das Ergebnis dieser Ausarbeitung umfasste die 1987 fertig gestellten Berichte „Analyse zur Lage der BRD“ sowie „Analyse zur Lage in Westberlins“. Beide Berichte waren als Basispapiere für die „gemeinsame Politik“ mit der KPdSU gedacht und wurden von der SED in die diesbezüglich nachfolgenden Konsultationen mit der KPdSU eingebracht. Vgl. Schreiben von Axen an Honecker vom 29.9.1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 26; Schreiben von SED an KPdSU vom 29.7.1987, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42683; Zur Lage Westberlins (Vorlage von Axen für Politbüro, 19.11.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/305, Bl. 48-122; PB-Protokoll vom 25.11.1987, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2249, Bl. 1 f., 6-75; Bericht über die Konsultation mit den Genossen Dobrynin und Medwedjew zur „Analyse der Lage der BRD und Schlussfolgerungen (Schreiben von Axen an Honecker vom 29.7.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42683; Bericht über die Ergebnisse der Konsultationen mit dem ZK der KPdSU über die „Analyse zur Lage der BRD – Schlussfolgerungen für eine gemeinsame Politik (Vorlage für Politbüro, 19.7.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42683; Überlegungen zur Gestaltung der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR und zu den Perspektiven dieser Stadt (von IPW an Honecker vom 23.3.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42683.

Äußerungen, die die Gesinnung der jeweiligen Seite offenbarten.¹⁰⁴ So machte Honecker unmissverständlich klar, dass SEW und DKP Bestandteile der SED seien, indem er sagte: „Im Grunde genommen sind wir [SED, SEW und DKP] ja eine Partei in drei Ländern, und Herbert [Mies] könnte seinen Stuhl in unserem Politbüro jederzeit einnehmen, so wie ihn Max Reimann gehabt hat.“¹⁰⁵ Gorbatschow hingegen, weitaus grundsätzlicher und nachdenklicher, äußerte in der Runde gegen Ende des Gesprächs folgende Sätze: „Die große Frage ist und bleibt, wo wollen wir hin, was ist der Sozialismus, was bietet er für sozialökonomische Bedingungen. Mit dieser Frage sollten wir beginnen.“¹⁰⁶

Achter Parteitag der SEW 1987

Im Hinblick auf die von der KPdSU eingeleitete Entspannungspolitik hatte die SEW zur Neujustierung ihres Kurses Vorbereitungen für einen Parteitag getroffen.¹⁰⁷ Dieser VIII. Parteitag fand vom 15. bis 17. Mai 1987 im „Palais am Funkturm“ in Charlottenburg statt. Als Gäste nahmen daran 37 Delegationen von Bruderparteien sozialistischer und kapitalistischer Länder sowie „nationaler Befreiungsbewegungen“ teil.¹⁰⁸ Im Vorfeld war der SEW – wie üblich – bei der Ausarbeitung des Berichts an den Parteitag und seiner Dokumente durch die „umfangreiche Mitwirkung“ der IPW „maßgeblich geholfen“ worden.¹⁰⁹

In seinem Bericht an den Parteitag der SEW ging Horst Schmitt nur kurz auf die Ergebnisse des XXVII. Parteitages der KPdSU ein. Die Reformpolitik Gorbatschows handelte er als eine

¹⁰⁴ Vgl. Bericht über den Freundschaftsbesuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, am 2. und 3. Oktober 1986 in der UdSSR, in: SAPMO-BArch, DY 30/2383, Bl. 17-52.

¹⁰⁵ Bericht über den Freundschaftsbesuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, am 2. und 3. Oktober 1986 in der UdSSR, in: SAPMO-BArch, DY 30/2383, Bl. 26.

¹⁰⁶ Bericht über den Freundschaftsbesuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, am 2. und 3. Oktober 1986 in der UdSSR, in: SAPMO-BArch, DY 30/2383, Bl. 51.

¹⁰⁷ Vgl. Schreiben von Schmitt an Honecker vom 15.1.1987, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; Schreiben von Schmitt an Honecker vom 25.3.1987, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42683.

¹⁰⁸ Vgl. Bericht über den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins vom 15. bis 17. Mai 1987 (von IPW, 19.5.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 50 f.

¹⁰⁹ In einem Ergebnisbericht beschrieb die Abteilung IPW ihre „Unterstützung“ wie folgt: „Die Zusammenarbeit mit der SEW konzentrierte sich im Jahre 1987 auf die breite politisch-ideologische Unterstützung zur Vorbereitung und Durchführung des VIII. Parteitages vom 18. bis 20 Mai 1987 und zur zielstrebigen Umsetzung seiner Beschlüsse. Durch die umfangreiche Mitwirkung bei der Ausarbeitung des Berichts an den Parteitag und seiner Dokumente wurde der SEW maßgeblich geholfen, dass sie klare Positionen und Orientierungen für die Weiterführung des Kampfes für Frieden, Arbeit und Demokratie, für den Ausbau ihrer Aktionseinheits- und breiten Bündnispolitik, für die Erhöhung ihres Einflusses in den Betrieben hat. Insbesondere mit der Erarbeitung der programmatischen Aussagen über die Zukunft Westberlins und seiner Rollenbestimmung als Faktor der friedlichen Koexistenz und guter Nachbarschaft inmitten der DDR sowie des vom VIII. Parteitag verabschiedeten Friedensprogramms konnte dazu beigetragen werden, die Stellung der SEW als anerkannter Bündnispartner in der Friedensbewegung zu festigen und ihre Ausstrahlungskraft zu erhöhen.“ Information über die Realisierung der Pläne der Zusammenarbeit mit der DKP und der SEW im Jahre 1987, (von IPW, Januar 1988), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42722. Vgl. ergänzend: Information über ein Gespräch des Genossen Gunter Rettner mit Genossen Horst Schmitt am 30. Mai 1986 (von IPW, 2.6.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 9.

ausschließlich die Sowjetunion betreffende Entwicklung ab, die der „sozialökonomische[n] Beschleunigung“ diene und die Anziehungskraft des Sozialismus weiter erhöhe. Schmitt lobte die von der Sowjetunion in Gang gebrachte „Friedensoffensive“, preiste die DDR als einen „Friedensstaat“ und formulierte den „Friedenskampf“ als einen weiterhin zentralen Auftrag der SEW.¹¹⁰

Abgesehen von den ansonsten weithin bekannten Themen und Forderungen der SEW nahm Schmitt auch zum heiklen Punkt „Tschernobyl“ (Reaktorunglück) Stellung, allerdings lediglich in Form von Phrasen und ohne die prinzipielle Position zum SED-Kurs in Frage zu stellen. Dieses Vorgehen wie auch die gegen Ende des Referates von Schmitt vorgetragene Selbtkritik unter dem Motto „Auch in der Partei sind Mängel zu überwinden“ dienten allem Anschein nach dazu, erwarteter parteiinterner Kritik die Spitze zu nehmen und Grundsatzdiskussionen ausweichen zu können.¹¹¹

Für die SEW äußerst ungewöhnlich war, dass auf dem VIII. Parteitag tatsächlich einige Delegierte in der Diskussion die politische Linie und die innerparteilichen Strukturen der SEW bemängelten, wenngleich dies noch recht moderat und lediglich ansatzweise geschah. Festgemacht wurde dies unter anderem an der unzulänglichen Bündnisarbeit in der Mieterbewegung und der vernachlässigten Umweltpolitik. Die Hauptkritik aber bezog sich auf die oberflächliche Berichterstattung der Parteizeitung „Die Wahrheit“ sowie auf die Nichtveröffentlichung kritischer Leserbriefe zu Tschernobyl, was einige dazu veranlasste, den Rücktritt des Chefredakteur Heinz Grünberg zu fordern.¹¹² Der Parteivorstand übernahm für die Vorgehensweisen der „Wahrheit“ generös die Verantwortung und gelobte Besserung in Form entsprechender Kontrollen durch das Büro der SEW!¹¹³

An den Wahlen des VIII. Parteitages nahmen 422 Delegierte teil. Mit „nur“ 396 Stimmen wurde Horst Schmitt erneut zum Parteivorsitzenden gewählt, seine Stellvertreter, Inge Kopp und Dietmar Ahrens, erhielten 402 beziehungsweise 404 Stimmen. Der Durchschnitt der Stimmenanzahl der weiteren 62 Mitglieder des Parteivorstandes lag – nach eigenen Berechnungen – bei 408. Die Mitglieder des Sekretariats und des Büros der SEW hingegen gingen einstimmig aus den Wahlen des Parteivorstandes hervor. Am augenfälligsten war das schlechte Abschneiden von Heinz Grünberg, dem Chefredakteur der „Wahrheit“, der mit nur 296 Stimmen erneut in den Parteivorstand gewählt worden war.¹¹⁴ Dies Ergebnis folgte, in Anbetracht der durch die übrigen Wahlergebnisse zum Ausdruck gebrachten großen Zustimmung mit der SEW-Führungsriege, keinem eindeutigen Erklärungsmuster. Grünberg dürfte sowohl von Reformwilligen als auch von

¹¹⁰ Vgl. Horst Schmitt: Bericht des Parteivorstandes an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, in: SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SEW, Berlin 1987, S. 15-29; Jenny Niederstadt,: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 93.

¹¹¹ Vgl. Horst Schmitt: Bericht des Parteivorstandes an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, in: SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SEW, Berlin 1987, S. 15-73.

¹¹² Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SEW, Berlin 1987, S. 91-95, 139-143, 163-166, 222-226, 273-275, 282-284, 404-406, 411-413, 435-439, 447-450.

¹¹³ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SEW, Berlin 1987, S. 67 f., 284 f.

¹¹⁴ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SEW, S. 288-292.

Hardlinern abgestraft worden sein. Er geriet damit in die Rolle eines Sündenbocks und Blitzableiters, den die SED von da an im Visier behielt.¹¹⁵ Als nur kurze Zeit nach dem Parteitag eine offenherzige Reportageserie über die Verhältnisse in der Sowjetunion in der „Wahrheit“ erschien, deren Fortsetzung erfolgte, obwohl Ostberlin dies untersagt hatte, setzte die SEW-Führung Grünberg auf Geheiß der SED kurzerhand ab. Sein Nachfolger wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1987 Klaus-Peter Heiser, ein Vertrauensmann von Schmitt.¹¹⁶

Die auf dem Parteitag anwesende SED-Delegation stand diesmal unter der Leitung des SED-Politbüromitglieds Alfred Neumann, der über die Veranstaltung einen Bericht fertigte. Neumann betrachtete das schlechte Abschneiden Grünbergs als Ausdruck mangelnder Durchsetzungsfähigkeit der Führung der SEW.¹¹⁷ Hinsichtlich der sich auf dem Parteitag zu Wort gemeldeten Kritiker stellte er fest, dass diese in der Partei versuchen würden, „basisdemokratische“ Vorstellungen [...] auf die Arbeit der Partei zu übertragen.“ Sie seien „aber zahlenmäßig gering“, und würden „bisher noch keine Strömung in der Partei“¹¹⁸ darstellen. Wie man dagegen vorzugehen habe, lag für ihn auf der Hand und er betonte, dass „die führenden Genossen der SEW die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus noch besser anwenden müssen.“¹¹⁹ Dies hieß mit anderen Worten, die Führung sollte ihre Positionen sichern, die Parteireihen auf Linie und Störenfriede zur Räson bringen. Abgesehen von diesen Beanstandungen war Neumann ansonsten überaus zufrieden mit dem Ablauf und den Ergebnissen des Parteitages. Er schlug vor, die Unterstützung der SEW bei der Qualifizierung von Kadern und der Ausarbeitung von Parteimaterialien zu verstärken. Das Politbüro der SED stimmte dem zu.¹²⁰

Westberliner Wahlen 1989 und Kontrollverluste

Motivationsverlust und Resignation, verursacht durch das Festhalten der Führung am SED-Kurs, erfassten immer breitere Kreise der Mitgliedschaft und ließen den Unmut anwachsen. Doch erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1988 begannen die noch verbliebenen Reformwilligen zaghaft offener Stellung zu beziehen, um parteiinterne Veränderungen im Sinne von Glasnost und

¹¹⁵ Vgl. Bericht über den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins vom 15. bis 17. Mai 1987 (von IPW, 19.5.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 59.

¹¹⁶ Vgl. Schreiben von Axen an Honecker vom 22.6.1987, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 65 f.; Schreiben von Rettner an Honecker vom 23.6.1987, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 64; Information über die 2. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 26. Juni 1987 (von IPW, 20.10.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726. Vgl. ergänzend: Jenny Niederstadt.: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 73-75.

¹¹⁷ Vgl. Vorlage für das Politbüro des ZK (Bericht über den VIII. Parteitag der SEW vom 15. bis 17. Mai 1987) (von IPW, 19.5.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 58 f.

¹¹⁸ Vorlage für das Politbüro des ZK (Bericht über den VIII. Parteitag der SEW vom 15. bis 17. Mai 1987) (von IPW, 19.5.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 59.

¹¹⁹ Vorlage für das Politbüro des ZK (Bericht über den VIII. Parteitag der SEW vom 15. bis 17. Mai 1987) (von IPW, 19.5.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 58.

¹²⁰ Vgl. Vorlage für das Politbüro des ZK (Bericht über den VIII. Parteitag der SEW vom 15. bis 17. Mai 1987) (von IPW, 19.5.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 46-60; PB-Protokoll vom 26.5.1987, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2221, Bl. 5, 152.

Perestroika herbeizuführen. Reformwillige ließen sich auf nahezu allen Ebenen der Partei identifizieren, so beispielsweise in einzelnen Kreisvorständen und im Parteivorstand.¹²¹ Insbesondere in der Redaktion der „Wahrheit“ erreichte die Stimmung gegen Ende des Jahres 1988 ihren Tiefpunkt nicht zuletzt deshalb, weil der neue Chefredakteur Heise angewiesen hatte, dass Gorbatschows Reden in der „Wahrheit“ nicht veröffentlicht werden sollten. Einige Mitarbeiter der Redaktion reichten daraufhin ihre Kündigung ein.¹²² Andere Mitarbeiter wehrten sich und hatten mittlerweile damit begonnen, unter Missachtung der Parteidirektiven, ab und an unkonforme Artikel und kritische Zwischentöne in der Zeitung zu platzieren. Wenn dies geschah, so erhielt der Parteivorsitzende jedes Mal eine Rüge von den Mitarbeitern der IPW, verbunden mit der Aufforderung, in der Redaktion für Ordnung zu sorgen.¹²³

Um den innerparteilichen Unruhen entgegenzuwirken, brachte die Führungsspitze der SEW zur Jahreswende 1988/1989 zwei seit langem geplante und von den Mitgliedern geforderte Projekte auf den Weg: Zum einen wurde die Kommission „Westberlin und das Jahr 2000“ eingerichtet, die eine Standortbestimmung vornehmen und Vorschläge für die weitere Strategie und Taktik der SEW erarbeiten sollte. Zum anderen begann eine von der SEW-Führung eingesetzte Arbeitsgruppe mit der Konzipierung einer neuen Parteizeitung, die den Namen „Neue Zeitung“ bekam und Anfang Dezember des Jahres 1989 die Nachfolge der „Wahrheit“ antrat. Beide Projekte waren vergebliche Manöver der Parteispitze, um die Kritik zu binden und die Reformwilligen zu zähmen.¹²⁴

Tatsächlich verlor die Führungsspitze der SEW zusehends die Kontrolle. Dies ließ sich nicht zuletzt auch daran ablesen, dass beim Parteivorstand nicht mehr immer die ansonst üblichen einstimmigen Abstimmungsergebnisse zustande kamen. Für die Führung zudem erschwerend wirkte sich aus, dass Horst Schmitt immer häufiger den Gremien fern blieb, da er schwer krank

¹²¹ Vgl. hierzu folgende Dokumente: Information über die 7. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 30. September 1988 (von IPW, 4.10.1988), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; Dokumentation von Materialien der 7. Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, in: Die Wahrheit vom 7.10.1988, S. 1-8, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 86-89; Information über Konsultation mit Mitgliedern des Arbeitskreises „Mensch – Technik – Umwelt“ des PV der SEW vom 25. bis 27. Nov. 1988 im Gästehaus „Ernst Thälmann“ in Grünheide (von IPW, 29.11.1988), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

¹²² Vgl. Informationen zur Situation in der Redaktion der Tageszeitung der SEW „Die Wahrheit“ (von MfS/HA II, Nov./Dez. 1988), in: BStU, ZA, MfS HA II/13 1832, Bl. 73, 99 f.

¹²³ Vgl. Schreiben von Rettner an Ahrens am 15.9.1988, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 80 f.; Wir müssen uns den Fragen und Problemen des weiteren Kampfes – unserer Perspektive – stellen, in: Die Wahrheit (Nr. 47) vom 26./27.11.1988, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 115; Gesprächsrunde mit Kreuzberger Delegierten der KDK, in: ebenda; Neugierde und Begabung. Jürgen Kuczynski zum 85, in: Die Wahrheit (Nr. 35) vom 2./3.9.1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 134 f.; „Zeitgewinn – was noch?“ Ein Interview mit dem sowjetischen Historiker Valentin Bereshkow, in: ebenda; Notiz über das Gespräch mit Genossen Klaus Feske, Mitglied des Büros und Sekretariats des Parteivorstandes der SEW, und Genossen Eberhard Schmidt, Leiter des Korrespondentenbüros „Die Wahrheit“ am 6.9.1989 (von IPW, 6.9.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; Notiz über das Gespräch des Genossen Hermann Axen mit Genossen Dietmar Ahrens am 5.9.1989 (von IPW, 5.9.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

¹²⁴ Vgl. Jenny Niederstadt,: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 95, 105-108; Patrick Moreau: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn u. Berlin 1992, S. 437 f.; Information zur Neugestaltung der Zeitung der SEW „Die Wahrheit“ (von IPW, 18.9.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 159.

war. Er ließ es sich jedoch nicht nehmen, am 16. Januar 1989 Honecker in Ostberlin zu besuchen. Dem Generalsekretär des ZK der SED gab Schmitt zu verstehen, dass die Situation in der SEW „in politisch-ideologischer Hinsicht nicht zufriedenstellend sei, und sagte weiter: „Das Bemühen um Stabilität dominiere, jedoch handle es sich in gewisser Weise bereits um eine neue Partei. Die früher überall bestimmenden und über Jahrzehnte herangewachsenen Kader wären im Grunde durch eine neue Generation in der Partei ersetzt worden. Das Verhältnis zur DDR und zum Sozialismus entwickelte sich über die Theorie und nicht mehr wie früher durch die direkte Verbundenheit mit der DDR in einer Partei. Mit der neuen Generation spielten bürgerlich beeinflusste Vorstellungen von Demokratie und Freiheit auch in Teilen der Partei eine Rolle.“¹²⁵ Verantwortlich für die Misere der SEW machte Schmitt aber auch die Entwicklungen in der Sowjetunion und er hob hervor, dass „es bereits nach dem XX. Parteitag [der KPdSU] große Schwierigkeiten gegeben hätte, nach dem XXVII. Parteitag seien sie jedoch noch größer geworden.“¹²⁶ Erich Honeckers Antwort auf die ihm geschilderten Probleme der SEW war lapidar und lautete: „Die ideologische Arbeit müsse stets von den Erfahrungen des Klassenkampfes ausgehen. Es müsse klar sein, wer Freund und wer Feind ist.“¹²⁷ Darüber hinaus versicherte er, „dass die SED auch künftig der SEW jede mögliche Unterstützung, darunter auch durch das Fernsehen der DDR, in ihrem Kampf geben werde.“¹²⁸ Insgesamt jedoch erschien Erich Honecker weit weniger beunruhigt über die Entwicklung der SEW als Schmitt, im Gegenteil: Honecker äußerte sich sichtlich zufrieden über die Arbeit der SEW und sagte, dass wenn die Partei auch „zur Zeit Wahlen nicht gewinnen könne, so spiele sie bereits in der Gegenwart und noch mehr für die Zukunft Westberlins eine große Rolle.“ Und er fuhr fort: „Vieles habe sich bereits verändert. Davon zeuge die Tatsache, dass Reagan nicht mehr so einfach Westberliner Boden betreten konnte wie frühere amerikanische Präsidenten. Auf dem Boden der DDR hätten die deutschen Kommunisten den Sozialismus zum Siege geführt. Alle deutschen Kommunisten könnten mit allem Grund stolz darauf sein, dass unter Führung der SED in der DDR die Ideen von Marx, Engels und Lenin verwirklicht werden. Letztlich bleibe es das Ziel aller drei deutschen kommunistischen Parteien, den Sozialismus insgesamt auf deutschem Boden zum Siege zu führen. Er, Erich Honecker, halte daran fest, dass der Sozialismus auch um die BRD und um Westberlin keinen Bogen machen werde.“¹²⁹

¹²⁵ Niederschrift des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit einer Delegation des Parteivorstandes der SEW unter Leitung ihres Parteivorsitzenden, Genossen Horst Schmitt, am 16.1.1989 in Berlin, in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 132.

¹²⁶ Niederschrift des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit einer Delegation des Parteivorstandes der SEW unter Leitung ihres Parteivorsitzenden, Genossen Horst Schmitt, am 16.1.1989 in Berlin, in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 133.

¹²⁷ Niederschrift des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit einer Delegation des Parteivorstandes der SEW unter Leitung ihres Parteivorsitzenden, Genossen Horst Schmitt, am 16.1.1989 in Berlin, in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 140.

¹²⁸ Niederschrift des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit einer Delegation des Parteivorstandes der SEW unter Leitung ihres Parteivorsitzenden, Genossen Horst Schmitt, am 16.1.1989 in Berlin, in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 143.

¹²⁹ Niederschrift des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit einer Delegation des Parteivorstandes der SEW unter Leitung ihres Parteivorsitzenden, Genossen Horst Schmitt, am 16.1.1989 in Berlin, in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 134.

Knapp zwei Wochen später, am 29. Januar 1989, fanden in Westberlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt. Das Wahlprogramm folgte den Vorgaben der SED und war erneut in umfassender Abstimmung mit der IPW (Vorgaben, Materialien, Gespräche) zustande gekommen.¹³⁰ Ihren Wahlkampf hatte die SEW unter dem Motto geführt: „Für konsequente Opposition von unten – entschlossen gegen CDU-Politik – darum SEW“. In gewisser Weise erfüllte sich am Wahlabend das Anliegen der Kommunisten, denn die von Eberhard Diepgen angeführte CDU erlitt mit 37,7 Prozent der Stimmen ebenso wie die FDP, die nur noch 3,9 Prozent der Stimmen erzielte, eine herbe Niederlage. Die Alternative Liste kam auf 11,8 Prozent und die SPD, die unter ihrem Spitzenkandidaten Walter Momper angetreten war, auf 37,3 Prozent. Damit war der Weg frei für eine Rot-Grüne-Senatskoalition, die alsbald ihre Arbeit aufnahm. Überraschend war das Ergebnis der Partei „Die Republikaner“, die erstmals zur Wahl angetreten waren und aus dem Stand 7,5 Prozent errungen hatte. Die SEW hingegen kam nur auf 0,6 Prozent.¹³¹

Das wiederholt schlechte Abschneiden bei den Wahlen, die Umbrüche in Osteuropa und der dogmatische Kurs der SEW-Spitze führte auf der Funktionärskonferenz am 7. und 8. April 1989, an der annähernd 800 Mitglieder teilnahmen, zum eruptiven Ausbruch des Unwillens vieler Anwesender. Kurz zuvor hatte das SEW-Büro Ahrens kommissarisch mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Parteivorsitzenden betraut. Schmitt, der sich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage gesehen hatte, sein Amt wahrzunehmen, verstarb am 22. April 1989.¹³² Die auf der Funktionärskonferenz vorgetragene Kritik war grundsätzlicher Natur, so dass die SED-Beobachter feststellen mussten, „dass bei einem größer werdenden Teil die Unsicherheiten und Schwankungen zu einem teilweisen Abgehen von kommunistischen Grundpositionen geführt haben. Insbesondere in den Kreisorganisationen Wilmersdorf, Kreuzberg und Zehlendorf, aber auch bei einzelnen Genossen bzw. Gruppen in den anderen Kreisen besteht die Ansicht, dass die SEW bisher unzureichend Elemente von ‘Perestroika’ und ‘Glasnost’ übernommen habe. Deshalb und weil die SEW nicht auf Distanz zur SED gehe, sei sie ‘einflusslos’.“¹³³ Die Mehrheit erhob überdies die Forderung nach innerparteilicher Demokratie, Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Beschlüssen. Dietmar Ahrens, der im Vorfeld von der IPW hinsichtlich der Konferenz instruiert worden war und sich der Diskussion stellte, gelang es schließlich dennoch, mit einer Mischung aus Rechtfertigung, Selbstkritik und Beschwichtigung, die Mehrzahl davon zu überzeugen, dass die

¹³⁰ Vgl. Information über die 6. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 1. Juli 1988 (von IPW, 11.7.1988), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; Schreiben von Axen an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED am 14.7.1988, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 73-77; Zum Entwurf des Wahlprogramms der SEW (von IPW, 29.9.1988), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 82-84.

¹³¹ Vgl. Information über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen am 29.1.1989 in Westberlin (von IPW, 30.1.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42729.

¹³² Vgl. Gerd Friedrich Nüske: „Mehr Niederlagen als Siege“ – Das Ende der SEW, einer deutschen kommunistischen Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 132.

¹³³ Information über die Funktionärskonferenz der SEW am 7. und 8.4.1989 in den Schultheiß-Festsälen (von IPW, 13.4.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

Führung verstanden habe und die Anliegen der Basis berücksichtigen werde.¹³⁴ Darüber hinaus gab Ahrens der Funktionärskonferenz bekannt, dass die SEW noch etwa 4.500 Mitglieder habe.

Die nächste innerparteiliche Erschütterung folgte nur wenig später aus Anlass der blutigen Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989. Auf seiner 12. Tagung am 16. Juni fasste der Parteivorstand der SEW mit knapper Mehrheit einen Beschluss, mit dem das Blutvergießen durch die chinesischen Militäreinheiten ausdrücklich verurteilt wurde. Die SED hingegen verteidigte das Vorgehen der chinesischen Führung. Dieser Beschluss der 12. Tagung des Parteivorstandes der SEW war ein Fingerzeig der Spannungen zwischen den Hardlinern und den Reformwilligen, die bis hinein ins Büro der SEW führten. Für Ostberlin war die Tatsache, dass die SEW vom Kurs der SED abwich, nicht akzeptabel.¹³⁵

Am 4. Juli 1989 zitierten Axen und Rettner nahezu die gesamte SEW-Führungsspitze (elf Büro- und Sekretariatsmitglieder sowie die zwölf Kreisvorsitzenden) zu einer „Besprechung“ nach Ostberlin.¹³⁶ Den vorgeladenen SEW-Funktionären, von denen mehrere erstmalig an einem geheimen Anleitungsgespräch teilnahmen, gaben Axen und Rettner eindringlich zu verstehen, dass auf der nächsten Tagung des SEW-Parteivorstandes eine Revidierung der „China-Erklärung“ stattzufinden habe. Hermann Axen übte Druck auf die Anwesenden aus und hob hervor, dass die Erklärung des Parteivorstandes der SEW zu China ein „ernster Fehler“ gewesen wäre, und dass dies „einmalig in der Geschichte der deutschen Kommunisten“ sei.¹³⁷ Gunter Retter verdeutlichte die Denkart der SED, indem er sagte: „Die SEW müsse Lehren aus der Entwicklung der DKP ziehen. Eine unzureichende ideologische Arbeit und keine klare Führung führten über längere Zeit zur Erosion der Partei. So werde das Aktiv kleiner, die Masse werde nicht ausreichend überzeugt. Der Kern der Marxisten-Leninisten sei unbedingt zu stärken. In der SEW müsse unbedingt eine Verbesserung in der täglichen konsequenter Führung der Partei erreicht werden. Die SED biete hierzu jede Hilfe an.“¹³⁸

Hinsichtlich der Revidierung der „China-Erklärung“ trafen die Mitarbeiter der IPW noch mindestens zweimal mit Ahrens und einem kleinen Kreis von SEW-Funktionären zusammen. Bei einer dieser Begegnungen gab Ahrens gegenüber den SED-Instrukturen zu bedenken, dass eine formelle Korrektur des Beschlusses zur China-Frage keine Mehrheit fände, stattdessen dies „die Einheit der Partei gefährden“ und „zu einer weiteren Zuspitzung im Parteivorstand und in der SEW

¹³⁴ Vgl. Information über die Funktionärskonferenz der SEW am 7. und 8.4.1989 in den Schulheiß-Festsälen (von IPW, 13.4.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

¹³⁵ Vgl. Schreiben von Axen an Honecker vom 11.7.1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/305, Bl. 229-232.

¹³⁶ Vgl. Teilnehmer an der Beratung am 4. Juli 1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42691.

¹³⁷ Information über ein Gespräch des Genossen Hermann Axen mit Mitgliedern des Büros des Parteivorstandes der SEW am 4. Juli 1989 (von IPW, 11.7.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/305, Bl. 240.

Axen sagte auch den bezeichnenden Satz: „Für uns Kommunisten gelte in der Beurteilung der Vorgänge in der VR China der Satz ‘Die Hand darf nicht zittern, wenn es um den Erhalt des Sozialismus geht.’“ Information über ein Gespräch des Genossen Hermann Axen mit Mitgliedern des Büros des Parteivorstandes der SEW am 4. Juli 1989 (von IPW, 10.7.1989), in: BStU, ZA, MfS HA II 31096, Bl. 8.

¹³⁸ Information über ein Gespräch des Genossen Hermann Axen mit Mitgliedern des Büros des Parteivorstandes der SEW am 4. Juli 1989 (von IPW, 11.7.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/305, Bl. 244.

insgesamt führen würde.“ Die SED-Instrukteure wiesen dies zurück, drohten stattdessen mit dem Entzug der „solidarischen Unterstützung“, was letztlich die SEW-Spitzenfunktionäre überzeugte.¹³⁹

„Auftragsgemäß“ legte das Büro auf der 13. Tagung des Parteivorstandes am 14. und 15. Juli 1989 zu den Ereignissen in China eine „mündliche Ergänzung“ vor, die auf den Vorgaben der SED basierte. Die Diskussionen waren wie erwartet heftig und kontrovers, weshalb das Büro auch darauf verzichtete, die Ergänzung durch den Parteivorstand beschließen zu lassen. Abgesehen von diesen „Unstimmigkeiten“ verlief die Tagung ansonsten geordnet und beschäftigte sich mit den Vorbereitungen für den – für 1990 geplanten – IX. Parteitag der SEW.¹⁴⁰ Die Veröffentlichung der „mündlichen Ergänzung“ in der „Wahrheit“ Anfang August vergrößerte nochmals die Aufmerksamkeit der Medien und trug zur weiteren Desorientierung der Mitglieder bei. Die 180-Grad-Drehung bei der Bewertung der Situation zog schlagartig die Frage nach der Steuerung der SEW durch die SED in den öffentlichen Fokus. Auch wenn sie sich damit immer unglaublich machte, behielt die Führungsspitze das Schweigegelübde aufrecht und leugnete standhaft – auch gegenüber ihren eigenen Mitgliedern, von denen es ohnehin einige besser wussten, viele es vermuteten und alle es hätten besser wissen müssen –, dass die Partei ein Befehlsempfänger der SED war.¹⁴¹

Mauerfall und Niedergang der SEW

Als am 6. Oktober 1989 die SED den 40. Jahrestag der Gründung der DDR beging, waren zu diesen Feierlichkeiten in Ostberlin auch Ahrens sowie weitere „zehn langjährige, verdienstvolle Funktionäre der SEW“ eingeladen worden. Die Mitarbeiter der IPW führten bei dieser Gelegenheit eine Reihe vertraulicher persönlicher Gespräche mit „Genossen der Führung der SEW.“ So unterrichtete Ahrens beispielsweise die SED-Instrukteure davon, „dass in der SEW die Diskussion über die Entwicklung der DDR einen tiefgehenden Charakter angenommen habe.“ Und er sagte weiter: „Einige Mitglieder [...] reagierten auf die Probleme nicht wie Marxisten, fänden sich im Klassenkampf nicht zurecht, schwenkten auf destruktive ‘Kritik’ an der DDR ein und schadeten so nicht zuletzt auch der SEW.“ Ahrens machte zudem deutlich, „dass auch die Lage des SJV äußerst desolat sei“, dass diese Nebenorganisation „um das bloße Überleben kämpfen“ und „in mindestens der Hälfte aller Kreise nicht mehr“ existieren würde. Hinsichtlich der Redaktion der Wahrheit legte

¹³⁹ Vgl. Information über das Gespräch mit den Genossen Dietmar Ahrens, Volker Junge und Jörg Kuhle am 12. Juli 1989 (von IPW, 12.7.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 148 f.; Information über das Gespräch mit Genossen Dietmar Ahrens und Genossin Inge Kopp am 22. Juni 1989 im Parteivorstand der SEW (von IPW, 23.6.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; SEW (Hg.): Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 6.

¹⁴⁰ Vgl. Information über die 13. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 14./15. Juli 1989 in Westberlin (von IPW, 17.7.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/305, Bl. 246-250; 13. Tagung des PV der SEW am 14./15.7.1989 (Diskussion), in: BStU, ZA, MfS HA II 31096, Bl. 17; Mündliche Ergänzung zum Bericht des Parteivorstandes an die 13. Tagung (Berichterstatter: Genosse Jörg Kuhle), in: BStU, ZA, MfS HA II 31096, Bl. 33, 36.

¹⁴¹ Vgl. Information über die 14. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 2. September 1989 (von IPW, 6.9.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; Gerd Friedrich Nüske: „Mehr Niederlagen als Siege“ – Das Ende der SEW, einer deutschen kommunistischen Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 130 f.

Ahrens dar, dass sich die Lage dort weiter zugespitzt habe und dass manche Redakteure nicht bereit seien, von der Parteiführung gegebene Orientierungen umzusetzen. Der ebenfalls von den Instrukteuren befragte Volker Junge wusste ähnliches zu berichten und erzählte, „dass die Parteiführung und namentlich er bis an die äußerste Grenze der Administration gegenüber der Zeitungsredaktion gegangen seien. Die Administration pralle an der Redaktion häufig ab. Es bestünde die Gefahr, dass er und andere führende Genossen dabei ‘zerschlissen’ würden, da die ideologische Stimmung in der Partei immer mehr in Richtung der ‘kritischen Solidarität’ mit der SED gehe.“ Die Instrukteure befragten auch Klaus Feske und dieser teilte ihnen mit, dass die Parteispitze der SEW in einer streng geheimen Debatte erste Überlegungen für eine Kandidatenliste zur Besetzung des Büros und des Sekretariats im Hinblick auf den IX. Parteitag angestellt habe.¹⁴²

Für kaderpolitische Planspiele blieb der SEW allerdings keine Zeit mehr. Am 18. Oktober wurde Egon Krenz neuer Generalsekretär des ZK der SED und am 9. November 1989 fiel die Mauer. Der Diskussionsprozess innerhalb der SEW brach nun vollends aus. Kritik kam von Mitgliedern der Basis wie auch von zahlreichen hauptamtlichen Mitarbeitern unterhalb der obersten Führungsebene. Ihren Unmut bündelten sie in einer Erklärung, die am 11. November 1989 in der „Wahrheit“ veröffentlicht wurde. Darin wurde der Führungsspitze der SEW unter anderem vorgeworfen, dass sie „in unverantwortlicher Weise die Politik des SED-Politbüros bis zu dessen Abtreten verteidigt und legitimiert“ habe. Und weiter hieß es: „Seit der Einleitung der Wende in der DDR ist sie [die Parteiführung] sprachlos und lässt die Genossinnen und Genossen in ihrer täglichen Arbeit allein. Deutlich sichtbare Zeichen sind notwendig, personelle Konsequenzen ... unumgänglich ... Unsere Partei muss wieder handlungsfähig werden.“¹⁴³ In direkter Reaktion darauf fand am 13. November eine außerordentliche Tagung des Parteivorstandes statt, auf der die Mitglieder des Büros und des Sekretariats ihren kollektiven Rücktritt erklärten. Statt einer Neubesetzung der beiden Führungsgremien setzte der Parteivorstand einen 24-köpfigen „Geschäftsführenden Ausschuss“ ein. Ahrens und Kopp, die ebenfalls diesem Ausschuss angehörten, verblieben in ihrer Funktion als stellvertretende Parteivorsitzende. Im Anschluss daran übte die Parteiführung in den folgenden Wochen relativ offen Selbstkritik, hielt aber weiterhin am Sozialismus als Gesellschaftsmodell fest und glaubte an dessen Erneuerung.¹⁴⁴

Eingeholt von der Wirklichkeit wurde die SEW, als die SED Anfang Dezember ihre Zahlungen einstellte. Der Jahresetat der SEW, der für 1989 bei etwa 13 Millionen DM gelegen hatte, war nahezu aufgebraucht, so dass der SEW für das gesamte Jahr 1990 nur noch rund 800.000 DM verblieben. Die Parteiführung sah sich deshalb am 7. Dezember veranlasst, ihren knapp 4.000

¹⁴² Vgl. Information über Gespräche mit Genossen der Führung der SEW (von IPW, 10.10.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

¹⁴³ Information über jüngste Entwicklungen in der SEW (von IPW, 15.11.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

¹⁴⁴ Vgl. Patrick Moreau: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn u. Berlin 1992, S. 438; Gerd Friedrich Nüske: „Mehr Niederlagen als Siege“ – Das Ende der SEW, einer deutschen kommunistischen Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 132 f.; Information über jüngste Entwicklungen in der SEW (von IPW, 15.11.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

Mitgliedern die Auflösung der Partei vorzuschlagen, die auf einem außerordentlichen Parteitag im Februar 1990 vollzogen werden sollte.¹⁴⁵

Die SEW stand vor dem finanziellen Ruin. Hauptamtliche Mitarbeiter wurden entlassen, Bürosäume gekündigt und die gerade erst angelaufene Produktion des SEW-Blattes „Neue Zeitung“, das die Nachfolge der „Wahrheit“ angetreten hatte, kurzerhand eingestellt. Der abrupte finanzielle Absturz überraschte und verbitterte viele SEW-Mitglieder. Auf Antrag von Mitarbeitern der Zeitungsredaktion setzte der Parteivorstand eine Untersuchungskommission zur Aufdeckung der Vermögens- und Eigentumsverhältnisse der SEW ein. Die Kommission stützte sich in ihrer Arbeit unter anderem auf bislang bekannt gewordene Erkenntnisse der „bürgerlichen Presse“, die aber wohl von den meisten SEW-Mitgliedern in der Vergangenheit konsequent ignoriert worden waren.¹⁴⁶ Im Februar legte die Kommission ihren Bericht vor und kam zu dem Schluss, dass die Parteführung „niemals wirklich souverän entschieden“ habe, sondern sich „in voller Abhängigkeit“ der SED befand, „die ihrerseits bis in einzelne Personalentscheidungen hinein den Ausschlag gab.“¹⁴⁷

Der Parteivorstand der SEW zog schon vor Abschluss des Berichtes der Untersuchungskommission die Konsequenz und trat im Januar 1990 kollektiv zurück. Im Hinblick auf den anberaumten Parteitag der SEW im Februar gab der Parteivorstand seinen letzten Rechenschaftsbericht heraus, der die Verfehlungen und Missstände des real existierenden Sozialismus und der eigenen Partei scharf brandmarkte. Sehr wahrscheinlich war das Dokument ausschließlich von Reformwilligen im Parteivorstand verfasst worden. Deutlich wurde dies gleich zu Beginn des Berichtes. Dort hoben die Autoren hervor, „dass die Ursachen der Krise der Partei [SEW] von der Mehrheit des Parteivorstandes sowie des Büros und des Sekretariats [...] nicht hinreichend analysiert werden konnte, weil diese Mehrheit bis vor einigen Monaten eine solche Krise selbst in Abrede stellte.“¹⁴⁸ Und an anderer Stelle kamen sie zu der selbtkritischen Feststellung: „Unsere Partei begriff sich von Anfang an als Bestandteil des stalinistisch geprägten Teils der internationalen Arbeiterbewegung.“¹⁴⁹

Der außerordentliche Parteitag der SEW fand in der Zeit vom 16. bis 18. Februar 1990 statt und gleich zu Beginn legten nun auch die beiden Stellvertretenden Parteivorsitzenden, Ahrens und

¹⁴⁵ Vgl. Ralf Georg Reuth: Die SEW ihrer ideologischen Grundlage beraubt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.2.1990, in: SAPMO-BArch, NY 4509/vorl. 18; Gerd Friedrich Nüske: „Mehr Niederlagen als Siege“ – Das Ende der SEW, einer deutschen kommunistischen Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 133; Erklärung des Parteivorstandes der SEW vom 7. Dezember 1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

¹⁴⁶ Vgl. Das lange, lange Sterben der SEW. SEW-Sonderparteitag. Auflösen, Aufschieben – oder Weitermachen, in: Die Tageszeitung (Berlin lokal) vom 19.2.1990, S. 25, in: SAPMO-BArch, NY 4509/vorl. 18.

¹⁴⁷ SEW (Hg.): Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 7. Vgl. Zur Selbstauflösung der SEW reichte die Mehrheit nicht ganz aus, in: Frankfurter Rundschau vom 20.2.1990, in: SAPMO-BArch, NY 4509/vorl. 18; SEW (Hg.): Rechenschaftsbericht der Revisionskommission beim Parteivorstand der SEW an den außerordentlichen Parteitag, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 1 f.; SEW-Delegierte stimmten gegen Selbstauflösung, in: Berliner Morgenpost vom 20.2.1990, in: SAPMO-BArch, NY 4509/vorl. 18.

¹⁴⁸ SEW (Hg.): Bericht des Parteivorstandes an den außerordentlichen Parteitag der SEW, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 1.

¹⁴⁹ SEW (Hg.): Bericht des Parteivorstandes an den außerordentlichen Parteitag der SEW, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 3.

Kopp, ihre Ämter nieder. Die SEW hatte zu diesem Zeitpunkt schon nur noch rund 2.800 Mitglieder. Ungefähr 800 Delegierte nahmen an diesem Parteitag teil. Die Veranstaltung verlief tumultartig, die Mitglieder lieferten sich zum Teil heftige Wortgefechte und manch einer erklärte spontan seinen Parteiaustritt. Für die an sich für diesen Parteitag vorgesehene Selbstaufösung der Partei kam die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zustande. Stattdessen wählten die Delegierten einen neuen 17-köpfigen „Geschäftsführenden Ausschuss“ und verschoben die Fortsetzung des Parteitages auf den 28. und 29. April. Bis dahin schrumpfte die SEW weiter auf gerade Mal noch schätzungsweise 1.600 Mitglieder. Auf dem Parteitag im April beschlossen die noch verbliebenen Delegierten, die SEW in eine „Sozialistische Initiative“ (SI) umzuwandeln. Die SI, die gegen Ende des Jahres 1990 nur noch knapp 500 Mitglieder zählte, beschloss auf einem letzten ordentlichen Parteitag am 9. und 10. März 1991 die Selbstaufösung, die am 30. Juni 1991 in Kraft trat.¹⁵⁰

¹⁵⁰ Vgl. VSB für 1990, S. 32; Gerd Friedrich Nüske: „Mehr Niederlagen als Siege“ – Das Ende der SEW, einer deutschen kommunistischen Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 133 f., 144 f.; Patrick Moreau: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn u. Berlin 1992, S. 438-440; SEW unterricht Parteitag, in: Volksblatt Berlin vom 20.2.1990, in: SAPMO-BArch, NY 4509/vorl. 18.

Drittes Kapitel: Anleitung und Steuerung

1. Westapparat

In den 1950er Jahren waren die Westberliner SED-Kreisorganisationen eingegliedert in die SED-Bezirksleitung Groß-Berlin und dieser gegenüber weisungsgebunden. Zur besseren Koordination der Arbeit wurde 1952/1953 ein „Westberlinbüro“ (Abteilung West, A-Stelle) eingerichtet, das weitgehend abgeschottet vom Rest des Bezirksapparates agierte. Das Westberlinbüro unterteilte sich in mehrere Abteilungen, darunter Agitation, Wirtschaft und Organisation. Tätig waren im Westberlinbüro rund 40 Mitarbeiter, hinzu kam später noch die Redaktion der „Wahrheit“. Der Leiter war Bruno Baum, der seine Tätigkeit mit der Bezirksleitung abzustimmen hatte.

Anfang des Jahres 1959 erfolgte die Reorganisation der Arbeit nach Westberlin. Eine neue Instanz, die Westberliner Leitung, wurde geschaffen, die der Bezirksleitung nachgeordnet war. Die Westberliner Leitung übernahm den Aufgabenbereich des Westberlinbüros und war damit fortan zuständig für Koordinierung der Arbeit nach Westberlin und für die Anleitung der dortigen Kreis- und Nebenorganisationen.

Die permanente Ostberliner Steuerung der Westberliner Leitung erfolgte direkt über Verner (Erster Sekretär der Bezirksleitung), der sich beständig mit Danelius (Erster Sekretär der Westberliner Leitung) absprach. Abgesehen von den grundsätzlichen Vorgaben Ulrichts war Verner auch nach der Gründung der SED-W für ihre Anleitung bis Anfang des Jahres 1966 zuständig.

Paul Verner koordinierte die Steuerung der Westberliner Leitung mit dem Politbüro sowie mit dem dafür innerhalb der SED zuständigen Apparat für Westarbeit.¹ Dieser Apparat setzte sich insbesondere in den 1950er und 1960er Jahren aus zahlreichen und verschiedenen Gremien und Abteilungen zusammen, die aufgrund von Kompetenzstreitigkeiten und Kontroversen über Zuständigkeiten zeitweise nebeneinander agierten, mehrmals aufgelöst, umbenannt oder neu gebildet wurden.² Mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet, wurde die Westkommission beim Politbüro Anfang der 1960er Jahre zum entscheidenden Koordinierungszentrum für die

¹ Das Schriftgut folgender Akte macht dies besonders deutlich: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.028/20. Vgl. ergänzend das Schreiben an Norden vom 23.11.1962, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.028/57, Bl. 321.

² Vgl. hierzu Klaus Schroeder: Westapparat und Westpolitik der KPD/SED nach 1945, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 7/1999, S. 50-58; Michael Lemke: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961, Köln u. Weimar u. Wien 2001, S. 51-113; Heike Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Berlin-Hamburg-Münster 2003, S. 401-405.

Westarbeit.³ Im Jahr 1961 waren in der Westkommission „42 politische und 13 technische Mitarbeiter beschäftigt.“⁴ Der Leiter der Westkommission war Albert Norden, der zugleich als Politbüromitglied von 1958 bis 1981 verantwortlich für die Westarbeit war. Diesen Verantwortungsbereich übernahm danach das Politbüromitglied Hermann Axen.⁵

In der zweiten Hälfte des Jahres 1965 wurden die gesamten Leitungs- und Weisungsbefugnisse der Westkommission auf die Westabteilung übertragen. Die Westkommission wurde daraufhin in den Status eines beratenden Organs zurückversetzt und wenige Jahre später aufgelöst.⁶

Die Westabteilung übernahm 1965/1966 ferner sukzessiv die direkte und permanente Anleitungsbefugnis hinsichtlich der SED-W, die zuvor Verner innehatte.⁷ Paul Verner blieb aber weiterhin bei entscheidenden Fragen der Organisation und Strategie, abgesehen vom

³ Die Westkommission fungierte unter dieser Bezeichnung dauerhaft erst nach dem Mauerbau. Zuvor existierte die Westkommission mit Unterbrechungen, wurde aufgelöst, eingerichtet, umbenannt und reorganisiert. Sie firmierte während dieser Zeit als Kommission für die Arbeit nach Westdeutschland, Kommission für Westdeutschland, Kommission für gesamtdeutsche Arbeit und Zentrale gesamtdeutsche Kommission beim Politbüro. Vgl. Jochen Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 26-31; Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 341 f.

⁴ Heike Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Berlin-Hamburg-Münster 2003, S. 404.

⁵ Vgl. Gerhard Kunze: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949-1989, Berlin 1999, S. 102.

⁶ Vgl. Jochen Staadt: Versuche der Einflussnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2417; derselbe: Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 140-144.

Neben der von Staadt angeführten Effektivierung der Westarbeit könnte ein weiterer Grund für die Umstrukturierung und Personalumschichtung darin bestanden haben, dass ein Mitarbeiter der Westkommission in die Bundesrepublik geflohen war. In einem Schreiben an den Autor äußerte Norbert Madloch, dass es sich hierbei um Karl Tromsdorf handelte, der als Sektorenleiter im operativen Bereich tätig gewesen war. Nach seiner Flucht wurde Tromsdorf hauptamtlicher Mitarbeiter im Bundesvorstand der SPD und unterhielt Beziehungen zum Verfassungsschutz. Vgl. Vorwürfe gegen Herbert Wehner. Auszüge aus einem umstrittenen Artikel, in: Hamburger Abendblatt vom 11.3.1966, Nr. 59, S. 15; Guillaume-Prozess überraschend ohne Öffentlichkeit. Verbindungen zwischen SPD und dem Verfassungsschutz, in: Hamburger Abendblatt vom 11.9.1975, Nr. 211, S. 14; Schreiben von Norbert Madloch an den Autor vom 10.3.2004.

⁷ Für die Übertragung der direkten Anleitung der SED-W von Verner auf die Westabteilung war in den Archiven kein Beschluss auffindbar, der einen Hinweis auf den konkreten Zeitpunkt lieferte. Erkennbar wurde die Übertragung aufgrund des Wechsels der Hauptansprechpartner im Schriftverkehr zwischen Danelius, Verner, Norden und Geggel. Vgl. hierzu insbesondere das gesamte Schriftgut, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.028/ 20. Ergänzend vgl. Schreiben von Ulbricht an Heinz Geggel und Joachim Herrmann vom 10.10.1967, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 103. Vgl. ebenso Jochen Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 35.

Die Tatsache, dass Verner bis Ende 1965 auf der Verteilerliste der Sekretariatsprotokolle der SED-W stand, lieferte einen zusätzlichen Hinweis dafür, dass er wohl noch in dieser Zeit für die direkte Anleitung zuständig war. Vgl. Beschlussprotokolle der Sekretariatssitzungen von 1965, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 100.

Generalsekretär, ein wichtiger Ansprechpartner für den Vorsitzenden der Westberliner Parteiorganisation.⁸

Die Westabteilung, die nach den Vorgaben des Politbüros und Sekretariats des ZK arbeitete, war hauptverantwortliches Leitungs-, Umsetzungs- und Koordinierungsorgan der Westarbeit mit gleichzeitiger analytischer Aufgabenstellung.⁹ Im Hinblick auf eine einheitlich abgestimmte Vorgehensweise koordinierte die Westabteilung die Westarbeit der Fachabteilungen des ZK. Ferner war sie zuständig für die Anleitung der Westarbeit der SED-Bezirksleitungen sowie „aller mit Westarbeit beschäftigten Organisationen und Institutionen“¹⁰.

Die Westabteilung wurde 1984 in Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK (IPW; im folgenden Text vereinfacht weiterhin Westabteilung) umbenannt. Organisatorisch davon getrennt, existierte das 1971 geschaffene Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, das über 400 Mitarbeiter umfasste und mit dem die Westabteilung auch hinsichtlich der Anleitung des Westberliner Parteiapparates eng zusammenarbeitete.¹¹

Die Strukturen und Stellen innerhalb der Westabteilung wurden mehrmals verändert. Im Jahre 1967 waren insgesamt 32 Personen in der Westabteilung beschäftigt (1972: 38). Hierzu gehörten der Abteilungsleiter, vier Stellvertretende Abteilungsleiter, zwei Sektorenleiter, zwei Redakteure sowie 26 „politische Mitarbeiter“, die Spezialisten auf dem Gebiet der Ökonomie, Rechtswissenschaft, Soziologie oder Geschichtswissenschaft waren. Des Weiteren gehörten der Abteilung schätzungsweise 13 (1972: 13) technische Mitarbeiter an. 1967 setzte sich die Westabteilung zusammen aus den Arbeitsbereichen „Agitation“ (drei politische Mitarbeiter), „Arbeiterbewegung und Propaganda“ (sieben politische Mitarbeiter), „Westberlin und Koordinierung“¹² (drei), „politisch-operative Arbeit“ (acht), der „Arbeitsgruppe Sozialdemokratie“ (fünf) und der Redaktion „Sozialistische Briefe“ (zwei Redakteure).

Ab 1980 waren in der Westabteilung rund 20 Personen sowie fünf technische Mitarbeiter tätig. Die Abteilung gliederte sich zu dieser Zeit in die Gebiete „Kader“, „Agitation“, „Presse/Archiv“ sowie

⁸ Vgl. hierzu die Kapitel über die Entstehung und Entwicklung der SEW in dieser Arbeit.

⁹ Vgl. Jürgen Schröder: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2300.

¹⁰ Jochen Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 145.

¹¹ Vgl. Jochen Staadt: Versuche der Einflussnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2419, 2469 f.

In der zentralen DDR-Forschungsstätte IPW wurde 1974 seitens der Westabteilung eine „Arbeitsgruppe Westberlin“ („Agitationsgruppe“) eingerichtet, die eigens der zusätzlichen Unterstützung der SEW diente. Diese Arbeitsgruppe fertigte Analysen und erarbeitete Argumentationen und Informationsmaterialien. Vgl. Schreiben von Häber an Norden vom 26.6.1974, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/6, Bl. 270; Schreiben von Häber an Honecker vom 15.1.1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

¹² Der Arbeitsbereich „Westberlin und Koordinierung“ (vormals „Sektor Westberlin“) wurde auf der Grundlage eines ZK-Beschlusses vom 30.9.1965 innerhalb der Westabteilung der eingerichtet. Vgl. Gerhard Kunze: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949-1989, Berlin 1999, S. 102.

„Anleitung des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft“ mit jeweils einem politischen Mitarbeiter. Fünf politische Mitarbeiter arbeiteten im Arbeitsbereich „Analyse, Information und Ausarbeitung“ sowie sieben im Arbeitsbereich „Politisch-operative Arbeit und Koordinierung“. Die verantwortlichen Abteilungsleiter der Westabteilung waren Heinz Geggel (1965-1973), Herbert Häber (1973-1985) und Gunter Rettner (1985-1989).¹³

Unterstützungsmaßnahmen

Die Unterstützungsmaßnahmen, die die SED ihrem Westberliner Apparat zuteil werden ließ, bildeten sich in den 1950er und 1960er Jahren heraus, wurden angepasst oder aber abgeschafft. Letzteres traf beispielsweise für die in den 1950er Jahren übliche zeitweilige Verschickung von SED-Aktivisten-Verbänden nach Westberlin zu, die mit Mauerbau komplett eingestellt wurde. Eine Besonderheit und ein wichtiger Stützpunkt, gerade in der Zeit direkt nach dem Mauerbau, war die Deutsche Reichsbahn in Westberlin, auf deren Betriebsgebiet der FDGB seine Tätigkeit unvermindert fortführte und beispielsweise für seine Mitglieder des Westberliner Apparates Veranstaltungen und Studienfahrten organisierte.¹⁴ Über die Poliklinik der RBD am Schöneberger Ufer erfolgte ferner die ärztliche Betreuung der Westberliner Kader und ihrer Familienangehörigen.¹⁵

Mit der Gründung der SED-W 1962 kamen weitere Unterstützungsmaßnahmen hinzu beziehungsweise wurden neu auf- und ausgebaut. Dies beinhaltete unter anderem die Inanspruchnahme von SED-Instituten zur Ausarbeitung von Vorträgen, die Durchführung von

¹³ Vgl. Jürgen Schröder: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2300 f.; Jochen Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 333-335. Vgl. unter Stichwort „Heinz Geggel“ in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoths/Dieter Hoffmann (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon (digitale Ausgabe), Berlin 2001.

¹⁴ Vgl. Einige Probleme der Westarbeit in Berlin (von SED-Bezirksleitung Berlin/Westkommission, 14.8.1964), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2031. Vgl. ergänzend dazu die alltägliche Unterstützungs- und Zusammenarbeit der DR und des FDGB hinsichtlich der SED-W im Jahr 1966, in: Informationsbericht der Politischen Abteilung (der DR/RBD Berlin) zur Arbeit in Westberlin vom 19.12.1966 und vom 21.11.1966, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 79. Der FDGB betreute in Westberlin eine Veteranenorganisation, die auch nach dem Mauerbau fortbestand. 1968 hatte diese Westberliner FDGB-Organisation noch 1137 Mitglieder (1969: 990, 1970: 862, 1971: 780). Die Mitglieder bekamen unter anderem zeitweilig Lebensmittelpakete und DDR-Urlaubsplätze kostenlos zur Verfügung gestellt. Vgl. Informationen des FDGB Bezirksvorstandes Groß-Berlin/Abteilung West- und internationale Arbeit vom 15.1.1971 und 10.12.1971, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2905.

¹⁵ Gegebenenfalls erfolgte eine anschließende Weiterbehandlung bei Fachärzten oder in Krankenhäusern in Ostberlin. Vgl. Beschluss über die ärztliche Betreuung der im Parteiapparat in Westberlin tätigen Kader (datiert vom 1.11.1961), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 102.

„Spätere Festlegungen des MfS einer ‘Nomenklatur über die Behandlung in Krankenhäusern für die SEW’ von 1978 bestimmten, dass der Parteivorsitzende Horst Schmitt im Regierungskrankenhaus (RK) Berlin-Buch, die Büromitglieder im RK2 Scharnhorststraße und die Mitglieder der Kreisvorstände im VP-Krankenhaus [(VP: Volkspolizei)] zu behandeln seien.“ Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009, S. 74.

SED-W-Delegationsfahrten in die DDR, die Verschickung von SED-W-Mitgliedern zu Lehrgängen in die DDR und DDR-Ferienaktionen für die Mitglieder der FDJ-W.¹⁶

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre nahm die „Zusammenarbeit“ zwischen SED und SEW zunehmend systematischere Formen an. Ausdruck dessen war der seit 1972 alljährlich beschlossene „Plan der Zusammenarbeit zwischen SED und SEW“, der einige der grundlegenden Unterstützungsmaßnahmen für ein ganzes Jahr regelte.¹⁷ Die Arbeitsvorlage für den Plan verfertigte die Westabteilung in Absprache mit der SEW-Führungsspitze. Die endgültige Fassung wurde daraufhin zu Beginn eines jeden neuen Jahres dem Politbüro zur Genehmigung vorgelegt. Eine der wichtigen Funktionen des Planes der Zusammenarbeit bestand vor allem auch darin, Planungssicherheit in der Zusammenarbeit der Westabteilung mit den anderen Fachabteilungen des ZK (Jugend, Kaderfragen, Sport, Kultur), den SED-Bezirksleitungen sowie den weiteren Institutionen und Organisationen zu schaffen.

Der Aufbau und der Inhalt der Pläne der Zusammenarbeit waren über die Jahre hinweg ähnlich. Sie bildeten ein Grundgerüst an Maßnahmen, welches entsprechend den Erfordernissen und Wünschen der SED und SEW jederzeit verändert und erweitert werden konnte. Die in den Plänen enthaltenen Unterstützungsmaßnahmen gliederten sich im Wesentlichen nach der unten aufgeführten exemplarischen Zusammenfassung. Als Grundlage für die Zusammenfassung wurden die Pläne und Realisierungen der Jahre 1976, 1977 und 1987 verwendet. In diese Zusammenfassung wurden fallweise Informationen aus Plänen anderer Jahre eingearbeitet, um das Ausmaß der Bandbreite der Unterstützungsmaßnahmen zu vermitteln.¹⁸

a) Unterstützung der 1970 eröffneten Marxistischen Abendschule (MASCH) beim PV der SEW
Die Unterstützung erfolgte durch die Bereitstellung von Lektoren, Referenten und Seminarleitern aus der DDR („Propagandisten“), durch die Ausarbeitung entsprechender Veranstaltungsreihen sowie durch die Entwicklung und Ausgabe geeigneter Lernmaterialien. Für eine Lehrtätigkeit waren für 1976 zehn Propagandisten zur Arbeit in der MASCH eingeplant. Im Jahr 1977 und 1987 entsandte die SED jeweils 15 Propagandisten. Die Propagandisten der SED bildeten das Gros der

¹⁶ Vgl. beispielsweise Beschluss (der SED-W) über die Parteischulung 1962/62 in Westberlin (vom 13.9.1962), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 101; Beschluss des Sekretariats des Vorstandes (der) SED-Westberlin vom 7.7.1965, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 100; Sekretariatsvorlagen des KV Tiergarten (der SED-W) vom 3.6.1966, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 124.

¹⁷ Der älteste aufgefundene Unterstützungsplan stammt aus dem Jahr 1971 und lautet „Plan für die kulturelle Unterstützung der SEW im Jahr 1971“. Im Jahr 1972 fand sich erstmals der Jahresplan mit der Bezeichnung „Zusammenarbeit mit der SEW und der FDJ-W“ (später zumeist nur: „Plan der Zusammenarbeit mit der SEW“). Darüber hinaus fanden sich fallweise Zusatzpläne für die Jugendorganisation der SEW und zur kulturpolitischen Unterstützung. Diese Pläne wie auch die entsprechenden Pläne zur Unterstützung der DKP befinden sich im SAPMO-Bestand „Protokolle des Sekretariats des ZK der SED“.

¹⁸ Abgesehen von den jeweils spezifischen Einzelnachweisen basiert die nachfolgende Zusammenfassung auf folgenden Quellen: Plan der Zusammenarbeit mit der SEW im Jahre 1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/2412, Bl. 22-28; Maßnahmen zur kulturpolitischen Unterstützung der SEW im Jahre 1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/2432, Bl. 24-27; Plan der Zusammenarbeit mit der SEW im Jahre 1977, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/2543, Bl. 36-45; Schwerpunkte der Beziehungen des Zentralrates der FDJ zu Jugendorganisationen der BRD und Westberlins im Jahre 1977, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3/2547, Bl.13; Information über die Realisierung der Pläne der Zusammenarbeit mit der DKP und der SEW im Jahre 1987 (von IPW, Januar 1988), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42722.

an der MASCH tätigen Lehrkräfte. Die Unterstützung verlief über das Institut für Gesellschaftswissenschaften (IfG; ab 1976 Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG)) und das Institut für Marxismus Leninismus (IML). Darüber hinaus stellten beide Institute den Redaktionen „Die Wahrheit“ und „Konsequent“ Artikel zur Verfügung. Das IML verfasste zudem Publikationen für die SEW, die im parteieigenen Verlag „Zeitungsdienst“ erschienen und unter anderem über die parteieigene Buchhandlung Eurobuch vertrieben wurden. Der weiteren oblagen dem IML die Aufgaben, für die Archivierung der Veröffentlichungen der SEW zu sorgen und Literaturanfragen der Mitglieder zu bearbeiten.¹⁹

b) Qualifizierung von Funktionären aller Ebenen

Die Weiterbildung von SEW-Funktionären erfolgte in Form von Lehrgängen, die ein bis zwei Wochen dauerten und vorwiegend am IfG und am IML durchgeführt wurden. Die Lehrgänge erfolgten ganztägig und waren auf den Teilnehmerkreis abgestimmt.²⁰ Für 1976 waren zwei vierzehntägige Lehrgänge für je 15 Propagandisten vorgesehen. 1977 sollten zwei vierzehntägige Lehrgänge für je 15 Propagandisten, zwei vierzehntägige Lehrgänge für je 30 Mitglieder von Kreis- und Gruppenvorständen der SEW sowie ein Weiterbildungskursus für fünf bis sieben Mitarbeiter der Redaktion „Die Wahrheit“ an der Fachhochschule für Journalistik in Leipzig stattfinden. Die Anzahl der jedes Jahr durchgeführten Lehrgänge blieb auch in den 1980er Jahren in etwa gleich.²¹ 1987 beispielsweise wurden fünf Lehrgänge in der DDR durchgeführt, an denen insgesamt 63 Mitglieder der SEW teilnahmen. Aus den Akten ließ sich aber darüber hinaus für das Jahr 1988 entnehmen, dass die AfG „für drei führende Genossen, darunter die Stellvertretende Parteivorsitzende, ein Vierteljahreslehrgang mit individuellen Studienprogrammen“²² durchführte.²³ Ebenso war festzustellen, dass zur Entwicklung von Leitungskadern in den Jahren 1984 und 1985 an der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ zusätzliche Sonderlehrgänge mit insgesamt 35 Funktionären des SJV Karl Liebknecht (SJV) sowie Arbeitsaufenthalte von Sekretariatsmitgliedern

¹⁹ Vgl. Schriftgut des IML aus den 1970er Jahren, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 22004 und DY 30/vorl. SED 35279; Bericht über die Unterstützung der Arbeit der DKP und der SEW (IML, 6.3.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 22004; Information über einige Probleme der Entwicklung der SEW (Häber, 8.12.1977), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/10, Bl. 253; Schreiben von Rettner an Otto Reinhold (27.2.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42693.

²⁰ Vgl. beispielsweise die Akte „Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED/Rektorat Aus- und Weiterbildung/Organisierung und Durchführung von Lehrgängen und Schulungen (5 Lehrgänge mit Genossen der SEW) von 1973 bis 1975“, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 21311.

²¹ Vgl. Plan der Zusammenarbeit zwischen der SED und SEW im Jahre 1981, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14105, Bl. 1-10; Vorläufiger Terminplan zu den Plänen der Zusammenarbeit 1983 mit DKP und SEW, in: BStU, ZA, MfS HA II 31056, Bl. 13-21; Vorhaben für den Plan der Zusammenarbeit zwischen der SED und der SEW im Jahre 1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42691.

²² Information über die Realisierung des Planes der Zusammenarbeit zwischen der SED und der SEW im Jahre 1988 (von IPW, Januar 1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

²³ Bei diesen „drei führenden Genossen“ handelte es sich um Inge Kopp (Stellvertretende Parteivorsitzende), Wolfgang Konzack (Stellvertretender Kreisvorsitzender Neukölln) und Rudi Steiner (politischer Mitarbeiter des Parteivorstandes). Vgl. Schreiben von Rettner an Otto Reinhold (Mitglied des ZK der SED und Rektor der AfG) vom 15.9.1987, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42692.

der ADS stattfanden. Für 1986 war ferner geplant für drei Mitglieder des SJV einen Halbjahreslehrgang zur weiteren „Qualifizierung“ durchzuführen.²⁴

In den SED-Archivalien fanden sich vereinzelte Hinweise, dass auch zwischen der KPdSU und der SEW ein jährlicher „Plan der Zusammenarbeit“ bestanden haben muss.²⁵ Dieser Plan dürfte ebenfalls Regelungen für die Qualifizierung von SEW-Mitgliedern enthalten haben. Die Informationen aus MfS-Akten deuteten darauf hin, dass jedes Jahr mindestens eine Gruppe von rund 15 SEW-Mitgliedern eine einjährige Schulung in Moskau, eventuell an der dortigen Lenin-Schule, absolvierte. Hinzu kamen jährlich noch etwa vier Kurzlehrgänge von vier bis sechs Wochen, an denen jeweils 25 SEW-Mitglieder teilnehmen sollten. Zum Teil dürften für diejenigen SEW-Mitglieder, die sich für ein Jahr in der Sowjetunion ausbilden ließen, Scheinarbeitsverhältnisse bei der Redaktion der „Wahrheit“ oder bei der Deutschen Reichsbahn in Westberlin eingerichtet worden sein.²⁶ Darüber hinaus besuchten jährlich drei Mitglieder des SJV Karl Liebknecht die Komsomolhochschule.²⁷

c) Studiendelegationen

Abgesehen von offiziellen Zusammenkünften auf höchster Ebene sowie zusätzlichen DDR-Exkursionsfahrten (Leipziger Messe, Sportfeste etc.) führte die SED für die Mitglieder der SEW Studienfahrten mit einem umfangreichen Lern-, Gesprächs- und Besichtigungsprogramm durch. In den meisten Fällen organisierte die Westabteilung diese Studienfahrten in Zusammenarbeit mit den jeweils vor Ort zuständigen SED-Bezirksleitungen.²⁸ Die Studienfahrten dauerten für gewöhnlich fünf Tage und waren speziell auf einen zuvor von der SEW ausgewählten Teilnehmerkreis von rund 15 Mitgliedern abgestimmt. Typische Zusammensetzungen der Teilnehmer waren beispielsweise „Mitglieder des Parteivorstandes“, „Kreisvorstandsmitglieder Kreuzberg“, „Mitglieder der Frauenkommission“, „Mitarbeiter der Redaktion ‘Die Wahrheit‘“, „Neue

²⁴ Vgl. Material für den Meinungsaustausch mit Genossen der SEW zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik sowie zur Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 (von IPW, Mai 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

²⁵ Vgl. Schreiben von Schmitt an Honecker vom 16.12.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 125; Schreiben von Schmitt an Honecker vom 7.2.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 88 f.

²⁶ Vgl. Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 11.7.1975 (von MfS), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 87 f.; Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 6.7.1973 (von MfS), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 152; Zur Schulung nach Moskau, in: Berliner Morgenpost vom 20.12.1972, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 42; Kommunisten aus West-Berlin nach Moskau, in: Berliner Zeitung (B.Z., Westberlin) vom 13.4.1973, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 2 von 2), Bl. 201; Protokoll zur Sitzung des Sekretariats des SED-W-Kreisvorstands Wedding vom 5.3.1968, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 120; Weitere organisationspolitische Maßnahmen zur Auswertung des III. Parteitages und als Ergänzung des Perspektivplanes des Parteivorstandes (von SEW, 1972), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715; Hans Gellhardt: Wofür haben wir gekämpft? Erinnerungen und Anmerkungen aus fünfzig Jahren, Selbstverlag, Potsdam 2006, S. 125-128, im Internet: <http://www.gellhardt.de>, Stand: 2009.

²⁷ Vgl. Material für den Meinungsaustausch mit Genossen der SEW zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik sowie zur Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 (von IPW, Mai 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

²⁸ Zur Ausgestaltung der Aufenthaltsprogramme vgl. beispielsweise Schreiben von Krautz (Leiter des Büros der BL Cottbus) an Wildberger (IPW) vom 2.3.1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42695; Schreiben von Rettner (IPW) an Dr. Bernd Böhme (Sekretär für Agitation und Propaganda der BL Dresden) vom 25.1.1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42695.

Parteimitglieder“, „Parteiveteranen“, „Mitglieder aus der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“.²⁹ Für 1976 und 1977 waren jeweils 19 derartiger Studienfahrten geplant. Im Jahr 1987 delegierte der Parteivorstand der SEW 20 Studiengruppen mit 253 Partefunktionären aus allen Ebenen.

Ergänzend dazu gab es weitere Studienfahrten für die Mitglieder der Nebenorganisationen der SEW. Besonders im Fokus stand hierbei die Jugendorganisation der SEW (FDJ-W bzw. SJV-KL), für die 1976 in Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der FDJ 18 viertägige Studienfahrten mit je 17 und 6 zweitägige Studienfahrten mit je 40 Teilnehmern geplant waren. 1977 waren insgesamt 20 Delegationen geplant. Im Jahr 1987 besuchten in Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der FDJ 39 Delegationen des Sozialistischen Jugendverbandes Karl Liebknecht mit 596 Teilnehmern und 21 Delegationen der Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten (ADS) mit 312 Teilnehmern die DDR.

d) Informationsfahrten

Die Informationsfahrten dienten der Sozialismuspropaganda und der Mitgliederwerbung. Teilnehmer waren Parteimitglieder, Sympathisanten und Interessenten. Die Auswahl und Zusammensetzung der Gruppen bestimmten die Kreisvorstände der SEW. Die Organisation derartiger Fahrten erfolgte über den Informations- und Bildungszentrum – International e. V.³⁰ der DDR. Verantwortlich waren der Bundesvorstand des FDGB und die Westabteilung.³¹ 1976 sollten 14 (1977: 20) viertägige Studienfahrten mit je 15 Teilnehmern und 46 (1977: 40) zweitägige Fahrten je 25 Teilnehmer stattfinden. Im Jahr 1987 wurden von Kreisvorständen der SEW 68 Studiendelegationen mit 1.008 Teilnehmern in die DDR entsandt. Neben 422 Parteimitgliedern

²⁹ Vgl. beispielsweise: Information über den Aufenthalt einer Studiendelegation des Parteivorstandes der SEW in der DDR (datiert vom 22.6.1976), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/9, Bl. 94-96; Information über den Verlauf des Lehrganges mit Vorstandsmitgliedern von Parteigruppen der SEW vom 20. bis 24.10.1986 (Schreiben von Bernd Schneider an Rettner vom 28.10.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725; Information über den Studienkurs mit Propagandisten der SEW vom 9. bis 13. Juni 1986 (von IPW, 17.6.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725; Information über den Verlauf des Lehrgangs mit Kreisfunktionären der SEW vom 26. bis 30.5.1986 (von IPW, 3.6.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725.

³⁰ Dieser Verein war ein Sektor in der Struktur der Westabteilung. Vgl. Artikel von Karlheinz Kuba: International - Informations- und Bildungszentrum e.V. (1974-90), in: Dieter Dowe/Karlheinz Kuba/Manfred Wilke (Hg.): FDGB-Lexikon. Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945-1990), im Internet: http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/rahmen/lexikon_frame.html, Stand: 2009.

³¹ Vgl. Information über meinen Aufenthalt in Westberlin vom 21.-25.1.1975 (von Häber, 28.1.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Information über eine Arbeitsberatung zur weiteren Gestaltung von Studien- und Informationsfahrten in die DDR am 15.3.1988 (Teilnehmer waren Klaus Feske (Mitglied des Büros und Sekretariats des Parteivorstandes der SEW), Karl Wildberger (Stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft beim Zentralkomitee der SED), Siegfried Rantsch (Sektorenleiter in der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft beim Zentralkomitee der SED), Werner Ruch (Politischer Mitarbeiter in der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft beim Zentralkomitee der SED), Günter Behnisch (Stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Internationale Gewerkschaftsbeziehungen beim Bundesvorstand des FDGB), Harry Klein (Sektorenleiter in der Abteilung Internationale Gewerkschaftsbeziehungen beim Bundesvorstand des FDGB) und Hans Rehle (Politischer Mitarbeiter in der Abteilung Internationale Gewerkschaftsbeziehungen beim Bundesvorstand des FDGB)), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 6522 (Bd.-Nr. 1), Bl. 2-4.

gehörten ihnen vor allem Sympathisanten und parteilose Arbeiter und Angestellte, darunter 96 Gewerkschaftsfunktionäre und 19 Sozialdemokraten an.

e) Urlaub

Den Mitgliedern des Parteivorstandes wurden für 1976 bis zu 150 (1977: 150) Urlaubsplätze in Heimen der SED zur Verfügung gestellt. Weitere fünf Funktionäre der FDJ-W und ihre Familien sollten ebenso einen Urlaubsplatz erhalten. Der SEW wurden zudem 1976 noch weitere 100 (1977: 60) Ferienplätze gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt. Im Plan der Zusammenarbeit war dies der einzige Punkt, der für die SEW kostenpflichtig war. Alle anderen Unterstützungsmaßnahmen wurden aus den Etats des Apparates (SED-Abteilung Finanzen und Parteibetriebe, Zentralrat der FDJ und Bundesvorstand des FDGB) beglichen.

Ferner organisierte und betreute der Zentralrat der FDJ für Westberliner Kinder im Alter von bis zu 14 Jahren, die der FDJ-W oder den Jungen Pionieren angehörten oder diesen Organisationen nahe standen, dreiwöchige Ferienaufenthalte in „Zentralen Pionierlagern der FDJ“ in der DDR. Für 1976 rechnete die SED mit einem DDR-Aufenthalt von 520 (1977: 400; 1987: 450) Kindern in den Sommer- bzw. Winterferien.³² Darüber hinaus gab es noch einmal jährlich im Sommer das zweiwöchige Internationale Freundschaftslager (IFL) der FDJ, an denen mehrere hundert Mitglieder und Sympathisanten von Bruderorganisationen aus Westeuropa teilnahmen.³³ Im Jahr 1987 nahmen daran 172 Mitglieder und Sympathisanten des SJV-KL und der ADS teil.

f) Kulturpolitische Unterstützung

Die kulturpolitische Unterstützung war jedes Jahr sehr umfangreich. Für 1976 beispielsweise umfasste das „Grundprogramm“ vier Gastspiele von Künstlergruppen und Solisten aus der DDR, vier Ausstellungen und fünf Lesungen. Ergänzt wurde dieses Grundprogramm durch zusätzliche Entsendungen von Künstlern aus der DDR zum Pressefest der „Wahrheit“, zu SEW-Veranstaltungen zum Jahrestag der DDR, zum 1. Mai und ähnliches mehr. Ebenso organisierte die SED für „progressive“ Künstler der SEW Auftritte und Ausstellungen in der DDR. Zudem war 1976 vorgesehen, Mitgliedern der SEW eine fachgerechte Ausbildung zur Herstellung spezieller Filmmaterialien für die politische Arbeit zu ermöglichen. Als ständiger Berater stand der SEW hierfür der Direktor des DEFA-Kurzfilmstudios zur Seite. Je nach Art der Unterstützung erfolgte die Abstimmung mit der Abteilung Kultur, dem Ministerium für Kultur, der Akademie der Künste, dem Verband Bildender Künstler, dem Schriftstellerverband und weiteren Institutionen.

g) Sonstige „laufende“ Aufgaben

Der Westabteilung und dem Zentralrat der FDJ oblag die Aufgabe, geeignete Agitations- und Propagandamaterialien sowie marxistisch-leninistische Literatur der SEW beziehungsweise dem

³² Vgl. Information über den Ferienaufenthalt von Kindern aus der BRD und aus Westberlin im Sommer 1977 in der DDR (von Norden an Politbüro, 14.9.1977), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/10, Bl. 142-146.

³³ Vgl. Information über die Durchführung des Internationalen Freundschaftslagers der FDJ im Jugenderholungszentrum am Scharmützelsee vom 17.7.-30.7.1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42735.

Jugendverband (FDJ-W/SJV-KL) bereitzustellen. Sie vermittelten zudem Gastreferenten aus der DDR für Veranstaltungen der SEW und ihren Nebenorganisationen. Darüber hinaus gab es mehrmals im Jahr feste Gesprächstermine, zu denen sich Vertreter der Westabteilung und der SEW trafen, um beispielsweise Probleme und Perspektiven der Jugendpolitik oder der Pressearbeit zu klären. Zusätzliche Materialien, Referenten und Konsultationen organisierte die Westabteilung für die SEW jederzeit auch kurzfristig.³⁴

Die Westabteilung stellte der SEW darüber hinaus Analysen, Handreichungen und Dokumente zur Verfügung, vermittelte fachspezifische Beratungen mit DDR-Experten und steuerte Artikel und Ausarbeitungsvorschläge für die SEW-Publikationen und Redebeiträge bei.³⁵ Über die Tätigkeit der Westabteilung während der Zeit des Wahlkampfes in Westberlin 1975 berichtete Häber seinem Vorgesetzten Honecker rückblickend beispielsweise folgendes: „Mit Hilfe des IPW [(gemeint war die DDR-Forschungsstätte „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft“)] haben wir [(Westabteilung)] in den zurückliegenden Monaten fast täglich Materialien über die Lage in Westberlin, Ausarbeitungen zu innerstädtischen Problemen sowie Argumentationen [der SEW] zur Verfügung gestellt, die in großem Umfang insbesondere in der ‘Wahrheit’ Verwendung fanden. Es ist unsere Absicht, diese Arbeit nicht nur weiterzuführen, sondern in verstärktem Maße Hilfe bei der Entwicklung einer kontinuierlichen Kommunalpolitik zu geben.“³⁶

Abteilung Verkehr

Die Abteilung Verkehr arbeitete konspirativ und war für eine weit reichende technisch-organisatorische Unterstützung und Betreuung der Bruderparteien zuständig.³⁷ Zwischen der Abteilung Verkehr und der Westabteilung, der die politisch-ideologische Steuerung der SEW und auch der DKP oblag, bestand eine enge Arbeitsteilung.³⁸

³⁴ Vgl. beispielsweise Schreiben von Rettner an Wolfgang Herger (Abt. Sicherheitsfragen) vom 10.10.1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42691; Schreiben von Rettner an Otto Reinhold (Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) vom 11.10.1989, 5.10.1989, 31.5.1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42693.

³⁵ Vgl. beispielsweise Schreiben von Rettner an Wambutt (Abt. Grundstoffindustrie) vom 8.6.1989 sowie Schreiben von Sieber (Abt. Internationale Verbindungen) an Rettner vom 2.1.1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42690; Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009, S. 216. Für weitere Beispiele speziell zur „Unterstützung“ der „Wahrheit“ vgl. Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 66-72.

³⁶ Schreiben von Häber an Honecker vom 11.3.1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

³⁷ Eine der Hauptaufgaben der Abteilung Verkehr bestand in der Planung und Bereitstellung finanzieller Mittel für die DKP. In dieser Funktion bezeichnete sie der Verfassungsschutz als einen „Bargeldübergabeorganisator“. Näheres zu den Aufgaben der Abteilung Verkehr sowie zur ihrer Entstehungsgeschichte vgl. BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 105, 243 f., 282; Dokument 510, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 2, S. 2018-2021; Heike Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Berlin-Hamburg-Münster 2003, S. 401-405.

³⁸ Vgl. BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 105.

Die Abteilung Verkehr unterstand bis 1971 dem Politbüromitglied und Leiter der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK), Hermann Matern. Danach wurde Erich Honecker unmittelbar zuständig für diese Abteilung. Die Leitung der ZK-Abteilung Verkehr hatte seit 1954 der SED-Funktionär Adolf Baier inne, der 1966 von Josef Steidl abgelöst wurde.³⁹ „Steidl übte diese Funktion 20 Jahre lang bis zu seinem Tod im September 1986 aus. Dr. Julius Cebulla, der bereits ab 1959 Stellvertretender Abteilungsleiter war, leitete die Abteilung nach dem Tod Steidls, bis er den damaligen Generalsekretär der SED Egon Krenz im November 1989 um Ablösung bat. Zuletzt wurde Gunter Rettner, der zugleich Leiter der ZK-Abteilung für Internationale Beziehungen war, durch Egon Krenz als Abteilungsleiter eingesetzt.“⁴⁰ Am Ende der 1980er Jahre waren in der Abteilung etwa 245 Mitarbeiter beschäftigt.⁴¹

Nahezu das gesamte Schriftgut der Abteilung ist vernichtet worden. Aufschlussreich jedoch ist ein Dokument, das im Rahmen des KoKo-Untersuchungsausschusses⁴² der 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages gesichtet wurde, mit dem Titel „Struktur und Aufgaben der Abteilung Verkehr“.⁴³ Es wurde von Cebulla für Krenz am Ende des Jahres 1989 zur Übersicht erstellt.⁴⁴ Im Folgenden werden die darin enthaltenen Aufgaben der Abteilung im Hinblick auf die SEW zusammengefasst.

1) Die Abteilung war zum einen zuständig für eine umfassende Betreuung und Unterstützung von Mitgliedern der Bruderparteien bei ihren Aufenthalten in der DDR. So sorgte sie bei Urlaubaufenthalten von SEW-Funktionären für deren Unterbringung in den parteieigenen Ferienheimen (Heimen der Abteilung Verkehr, den Heimen des Zentralkomitees und der Bezirksleitungen), begleitete sie bei Kuren (Heil- und prophylaktische Kuren) und im Fall der medizinischen Betreuung (Regierungskrankenhaus, VP-Krankenhaus, Poliklinik des ZK), kümmerte sich um die finanzielle Ausstattung der Genossen bei ihrem Aufenthalt in der DDR, führte Transport- und Fahrdienstleistungen aus und gewährleistete einen reibungslosen Grenzübertritt (Funktion des Reisebüros im Haus des Reisens).⁴⁵ Ebenfalls betreute sie

³⁹ Die Vorgänger von Adolf Baier waren Hans Rosenberg und Richard Stahlmann. Vgl. unter jeweiligem Namen in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoths/Dieter Hoffmann (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon (digitale Ausgabe), Berlin 2001.

⁴⁰ BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 243. Zu Angaben über weitere leitende Kader in der Abteilung Verkehr in den 1980er Jahren vgl. Jürgen Schröder: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2301 f.

⁴¹ Vgl. Dokument 34, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 1, S. 300 f.

⁴² Im Mittelpunkt der Untersuchung des Ausschusses stand vor allem die Aufdeckung des internationalen Parteifirmennetzes der SED und die Beantwortung der Frage, welche Rolle der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) und Leitung von Alexander Schalck-Golodkowski dabei spielte.

⁴³ Vgl. Dokument 34, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 1, S. 300-308.

⁴⁴ Vgl. Dokument 510, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 2, S. 2019.

⁴⁵ Auch für die materielle Ausstattung der SED-Delegationen, die die SEW besuchten bzw. inspizierten, dürfte die Abteilung Verkehr zuständig gewesen sein. Nachweisbar ist dies zumindest für den VII. und VIII. Parteitag der SEW. Vgl. hierzu: PB-Protokoll vom 10.4.1984 (Anlage Nr. 8), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2049, Bl. 24; PB-Protokoll vom 24.2.1987, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2207, Bl. 13.

Studiendelegationen und Konsultationen mit Fachabteilungen des ZK, gestaltete Tagungen⁴⁶ und Beratungen und war verantwortlich für Veteranendelegationen der SEW.⁴⁷

2) Zu den darüber hinausgehenden wichtigen Tätigkeiten der Abteilung gehörte, eine ständige Verbindung zwischen dem Parteivorstand der SEW zum ZK der SED über einen speziellen Post- und Kurierdienst sicherzustellen. Auch oblag ihr die „Bereitstellung und Organisierung aller Unterlagen und Mittel für Bahn- und Flugreisen für Genossen der Bruderparteien in das Ausland“⁴⁸. Im Rahmen interner Tätigkeiten übernahm die Abteilung Verkehr zudem die Archivierung aller Kaderunterlagen der SEW und ihre Bereitstellung für die Kaderarbeit des Parteivorstandes. Hierzu war die Einrichtung eines Computerkabinetts in der Klosterstraße in Vorbereitung. Ferner ist anzunehmen, dass die Abteilung Verkehr auch für die Archivierung aller Unterlagen der zentralen Schiedskommission der SEW zuständig war.

In den Dokumentbänden des KoKo-Untersuchungsausschusses findet sich eine Memomitschrift eines Gesprächs, das Mitarbeiter der Bundesbehörden 1991 mit Friedel Trappen – von 1986 bis 1989 Stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Verkehr – führten. Darin äußerte Trappen, dass die Unterstützungsarbeit durch die Abteilung Verkehr für die SEW jährlich 3 ½ bis 4 Millionen DM veranschlagte.⁴⁹

⁴⁶ Beispielsweise oblag der Abteilung Verkehr beim VI. Parteitag der SEW, der vom 15.5. bis 17.5.1981 im Gesellschaftshaus „Neue Welt“ stattfand, die „zentrale Regie“ bei der Ausgestaltung des „Parteiobjektes“ sowie die „technische Betreuung (Beschallung, Tonaufzeichnungen)“. In diesem Zusammenhang koordinierte sie unter anderem den Einsatz der „Genossen“ der Deutschen Werbe- und Anzeigengesellschaft der DDR (DEWAG) und der Deutschen Post der DDR. Vgl. Information zum VI. Parteitag der SEW (Vermerk von MfS-Oberst Lehmann an Gen. Kratsch vom 11.5.1981), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14217, Bl. 57 f.

⁴⁷ Vgl. Schreiben von Rettner an Cebulla (Abt. Verkehr) vom 11.1.1989, vom 25.1.1989, vom 13.9.1989, 5.10.1989, 19.10.1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42691.

⁴⁸ Dokument 34, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 1, S. 301.

⁴⁹ Vgl. Dokument 510, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 2, S. 2018.

Abschrift eines Dokumentes aus dem Bundesarchiv: Schreiben von Herbert Häber (Westabteilung) an Julius Cebulla (Abteilung Verkehr) vom 20. Februar 1980.

Lieber Genosse Cebulla!

Entsprechend unserem geführten Gespräch habe ich kurz aufgeschrieben, nach welchen Grundsätzen sich die Zusammenarbeit mit der SEW vollzieht. Dabei wird sowohl den Aufgaben Rechnung getragen, die unserer Abteilung obliegen als auch jene Umstände berücksichtigt, die sich aus Eurer Teilnahme an dieser Arbeit ergeben.

Mit sozialistischem Gruß.

H. Häber

Grundsätze für die Arbeit zur Unterstützung der SEW

1. Entsprechend den Beschlüssen und der bisherigen bewährten Praxis werden von der Westabteilung des ZK zur Unterstützung der SEWAussprachen, Konsultationen, Seminare, Lehrgänge, Studiendelegationen, Referenteneinsätze sowie andere politische Maßnahmen vorbereitet und durchgeführt bzw. ihre Durchführung gesichert. Die Entscheidung über die entsprechenden Pläne bzw. Einzelvorhaben trifft in Absprache mit dem Parteivorstand der SEW sowie in Abstimmung mit dem zuständigen Sekretär des ZK der Leiter der Westabteilung. Mit der Durchführung dieser Aufgaben ist Genosse Karl Wilderger und unter seiner Anleitung Genosse Werner Ruch beauftragt. Wie bisher werden diese Aktivitäten in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand des FDGB, dem Zentralrat der FDJ, dem IPW, der Akademie für Gesellschaftswissenschaften sowie den Bezirksleitungen der Partei durchgeführt.

Die angebotene Unterstützung durch die Abteilung Verkehr bezieht sich in diesem Bereich auf

- die Bereitstellung von Fahrzeugen für den Transport von Gästen bzw. von Delegationen sowie
 - die Bereitstellung von Objekten bzw. Räumen und die damit verbundenen Aufgaben der Betreuung
- Alle Aufgaben auf diesem Gebiet erfolgen in enger Zusammenarbeit zwischen den beiden Abteilungen nach dem von der Westabteilung mit der Führung der SEW vereinbarten Plan sowie unter Berücksichtigung von Einzelanforderungen durch die Bruderpartei.

2. Den Genossen der SEW wird vorgeschlagen, auf folgenden Gebieten schrittweise dazu überzugehen, auf direktem Wege die Hilfe durch die Abteilung Verkehr in Anspruch zu nehmen:

- auf dem Gebiet der gesundheitlichen Betreuung der dafür in Frage kommenden Genossen;
- bei der Regelung von Fragen des Transits von Genossen und Delegationen, die über den Flughafen Berlin-Schönefeld usw. aus- bzw. einreisen;
- bei der Unterstützung mit Ferienplätzen für den in Frage kommenden Kreis von Genossen sowie
- bei der Organisierung von Veteranendelegationen in die DDR und ihre Betreuung.

Wenn das Einverständnis der Genossen der SEW vorliegt, wird damit begonnen, diese Regelung Schritt um Schritt in Kraft zu setzen und das dafür notwendige Verfahren festgelegt.

3. Wie bisher gilt der Grundsatz, dass ohne Zustimmung des Vorsitzenden der SEW, Genossen Horst Schmitt, niemand befugt ist, den Parteivorstand der SEW, die Kreisvorstände, die Redaktion „Die Wahrheit“ oder andere mit der SEW verbundene Einrichtungen bzw. Organisationen aufzusuchen. In dringenden Ausnahmefällen entscheidet der Leiter der Westabteilung. Die Post des Parteivorstandes der SEW geht auf dem bisher üblichen kurzen Weg an den Leiter der Westabteilung des ZK der SED.

Quelle: Schreiben von Häber (Westabteilung) an Cebulla (Abteilung Verkehr) vom 20.2.1980 (einschließlich Anlage „Grundsätze für die Arbeit zur Unterstützung der SEW“), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

2. Finanzierung

Die SED-Finanzierung von Bruderparteien im Ausland unterlag oberster Geheimhaltung. In den SED-Haushaltsplänen hieß es hierzu: „Es wird eine strenge Kontrolle über deren Geheimhaltung, Nachweisführung und Abrechnung ausgeübt.“¹

In der SED zuständig für die Finanzierung der SEW war die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe, die intern auch als Abteilung 90 bezeichnet wurde. Die Abteilung erstellte unter anderem den SED-Haushaltsplan, erarbeitete die Richtlinien für die Tätigkeit der Parteibetriebe und für die Finanzwirtschaft. Des Weiteren war sie verantwortlich für die Verwaltung der Parteischulen, die materielle Unterstützung der Druckereien kommunistischer und Arbeiterparteien anderer Länder und die Archivierung der Belege für befriedete Parteien im Ausland. Der Abteilungsleiter und damit SED-Hauptkassierer (Parteischatzmeister) war von 1950 bis 1982 Karl Raab, danach Heinz Wildenhain und ab Januar 1990 Wolfgang Langnitschke (vormals stellvertretender Abteilungsleiter).²

Wildenhains letzte Handlung in seiner Funktion als Leiter der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe war unter anderem, dass er „am Tag nach der Maueröffnung, am 10. November 1989, mehrere Säcke Archivgut zur ‘Verkollerung’ wegbringen [ließ]. Im Vordergrund stand die Vernichtung derjenigen Akten, die auf die Verwendung von Geldern für befriedete Parteien hinwiesen.“³ Trotz dieser Materialbeseitigung wurden Anfang der 1990er Jahre, vor allem im Rahmen des KoKo-Untersuchungsausschusses, noch einige wenige Dokumente hinsichtlich des Finanzgebarens zwischen der SED und ihren Bruderparteien SEW und DKP aufgefunden. Hierzu gehören die Valuta-Ausgabenpläne der SED für das Jahr 1985 und 1989, die Abrechnungen des Valuta-Ausgabenplans für das Jahr 1986, 1987 und 1988 sowie die voraussichtliche Ausgaben für das Jahr 1984.

Aus den Erkenntnissen des KoKo-Untersuchungsausschusses ließ sich schließen, dass sich mindestens einmal im Jahr die Führungsspitzen der SEW und der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe abstimmten, um den Finanzrahmen der SEW für das folgende Jahr festzulegen. Die erarbeiteten Planvorstellungen wurden daraufhin dem Generalsekretär der SED zur abschließenden Genehmigung vorgelegt.⁴

Heinz Wildenhain hatte bei seiner Vernehmung vor dem KoKo-Untersuchungsausschuss ausgesagt, aus seinem Bereich seien jährlich Zuwendungen in Höhe von 12 bis 15 Millionen DM an die SEW geflossen. „Zusätzliche Finanztransfers aus anderen Quellen mochte er nicht

¹ Dokument 537, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 2, S. 2168; vgl. Dokument 510, in: ebenda, S. 2020.

² Die Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe war Ende der 1980er Jahre mit 50 Stellen ausgestattet. Hierzu gehörten der Abteilungsleiter, sein Stellvertreter, drei Sektorenleiter, 18 politische und 27 technische Mitarbeiter. Vgl. BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 105, 283 f.; Dokumente 617-619, in: dasselbe, Anlagenband 3, S. 2493-2525.

³ BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 284.

⁴ Im Fall der DKP konnte diese Vorgehensweise nachgewiesen werden. Vgl. BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 105, 283; Dokument 510, in: dasselbe, Anlagenband 2, S. 2018.

ausschließen.“⁵ Die Aussage Wildenhains über die Höhe der Alimentation deckt sich weitgehend mit den vorgefundenen Ausgabenplänen und Abrechnungen der SED, die in der Tabelle „Ausgaben der SED zur Finanzierung der SEW von 1984 bis 1989“ zusammengefasst sind. Im Wesentlichen verliefen die Transaktionen auf zwei Wegen: Erstens durch direkte Zahlungen und zweitens durch parteieigene Firmen der SED.⁶

Zu 1.) Die Jahrespläne der SED beinhalteten unter dem Vermerk „Unterstützung von Bruderparteien“ bezüglich der SEW den Ausgabenposten „Barauszahlungen“ beziehungsweise „Leistungen“. Dieser eingestellte Etat, der den größten Anteil an der Finanzierung der SEW durch die SED darstellte, lag Ende der 1980er Jahre zwischen 12,4 Mio. DM (1986) und 14,2 Mio. DM (1989). Es ist davon auszugehen, dass dieses Geld weitgehend in bar über konspirative Geldkuriere nach Westberlin eingeschleust wurde.⁷ Es ist ferner anzunehmen, dass es sich wie im Falle der DKP bei diesen Geldkurieren vor allem um Geschäftsführer von SED-Firmen im kapitalistischen Ausland handelte, die ganz erhebliche Bargeldbeträge überführten. Entweder durch diese Geschäftsführer oder weitere Strohmänner wurden die Gelder schließlich getarnt als Spenden oder Beiträge an die Partei überwiesen.⁸

Um die Finanzierungen zu verschleiern und den immensen Spendenertrag ordnungsgemäß erscheinen zu lassen, veröffentlichte die SEW in ihrem Parteiorgan „Die Wahrheit“ in unregelmäßigen Abständen kleinere Namenslisten von Personen, die der Partei angeblich Großspenden zukommen ließen. Ein anderer Teil des eingetroffenen Bargeldes wurde hingegen in Kleinspenden gestückelt.⁹ Ernst Welters, damals im Parteivorstand der SEW, berichtete in einem Gespräch mit der Autorin Jenny Niederstadt über die Finanzabwicklung in seiner Partei folgendes: „Das war ja keine Spende, die die SED bei uns abgegeben hat, sondern es war ein Koffer mit Geld, der einmal im Monat bei uns antanzte. Die Aufgabe von X [...] war es, die Spendenbescheinigungen unter 15.000 DM zu vermüllen.“¹⁰

⁵ Hans-Peter Müller: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 1922.

⁶ Vgl. BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 105.

⁷ Die Formen der Geldlieferungen waren so zahlreich wie verschieden. So führt z. B. der Verfassungsschutz an, dass das ZK der SED in Ostberlin in den an der Fischerinsel gelegenen Hochhäusern mehrere konspirative Wohnungen unterhielt. Dort könnten nach Ansicht des Verfassungsschutzes, Geldübergaben für die SEW stattgefunden haben. Vgl. Dokument 615, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 3, S. 2489-2490. Zur Vorgehensweise der Geldübergabe im Fall der DKP vgl. Dokument 510, in: dasselbe, Anlagenband 2, S. 2018.

⁸ Vgl. Hans-Peter Müller: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 1921; Dokumente 609 u. 614, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 3, S. 2470 f. bzw. 2488.

⁹ Vgl. Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 58.

¹⁰ Zit. nach Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 58.

Zu 2.) Eine weitere Rolle bei der Unterstützung der SEW spielten die „Parteifirmen“ der SED im kapitalistischen Ausland.¹¹ Es handelte sich um ein Geflecht von Unternehmen, die vor allem in Westeuropa angesiedelt waren. Zu den Schwerpunkten der wirtschaftlichen Aktivität der „Parteifirmen“ gehörten „Geschäfte im Ost-West-Handel, Speditionsgeschäfte, [...] der Handel mit Presseerzeugnissen und Reiseagenturgeschäfte“¹². Die dadurch erzielten Devisen dienten der SED unter anderem dazu, die „Bruderparteien“ zu finanzieren.¹³

Die Entstehung des SED-Firmenkomplexes geht zurück auf die Nachkriegszeit. Mit dem Ziel, Devisen und westliche Embargogüter zu beschaffen, begannen die Kommunisten, zum Teil mit logistischer und finanzieller Unterstützung durch die SED, Firmen zu gründeten oder zu übernehmen.¹⁴ Am Auf- und Ausbau waren anfänglich das MfS, die Abteilung Verkehr wie auch die Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe beteiligt, die zudem die Firmen organisatorisch begleiteten und anleiteten. In der Zeit von 1966 bis 1976 übernahm der von Schalck-Golodkowski geführte Bereich Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel und Außenhandelsbetriebe der DDR einen Großteil der Firmen und baute zugleich den Unternehmenskomplex weiter aus.¹⁵

In der Bundesrepublik und in Westberlin war es der DDR nach dem Militär-Regierungs-Gesetz (MRG Nr. 53) verboten, wirtschaftliche Tätigkeiten zu entfalten oder Eigentum an Grund und Boden zu erwerben.¹⁶ Die SED war daher stets bemüht, ihre Beteiligung an Firmen geheim zu halten. Hierzu setzte sie Vertrauensleute – zumeist Kommunisten der Bruderparteien – als Geschäftsführer beziehungsweise Gesellschafter ein, die gegenüber der SED weisungsgebunden und rechenschaftspflichtig waren.¹⁷ Parallel dazu ging die SED schließlich zunehmend dazu über, ein differenziertes Netz „abgedeckter Firmen“ (Holding- bzw. Briefkastenfirmen) im westlichen Ausland aufzubauen, denen als Drittfirmen die von den Vertrauensleuten bis dahin gehaltenen Kapitalanlagen und -beteiligungen übertragen wurden.¹⁸

Für Westberlin und im Hinblick auf die SEW lassen sich grob zwei Parteifirmenkomplexe unterscheiden: Zum einen gab es einen kleinen Firmenkomplex, der mit der SEW in direkter Verbindung stand. Es handelte sich hierbei insbesondere um Betriebe, die für die Herstellung,

¹¹ Im Rahmen des KoKo-Untersuchungsausschusses wurden rund 160 Parteifirmen der SED identifiziert und porträtiert. Vgl. BT-Drucksache 12/3920. Zur Problematik der eigentumsrechtlichen Zuordnung der „Parteifirmen“ siehe: BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 242 f.; Dokument 516, in: dasselbe, Anlagenband 2, S. 2059-2065.

¹² BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 279.

¹³ Die Idee, die Bruderparteien mittels „Parteifirmen“ zu finanzieren, soll von Karl Raab (Leiter der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe) stammen. Vgl. Dokument 510, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 2, S. 2019.

¹⁴ Vgl. Dokument 614, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 3, S. 2487.

¹⁵ Vgl. BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 77, 86, 105.

¹⁶ Vgl. BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 82 f., S. 87; Dokument 506, in: dasselbe, Anlagenband 2, S. 1931.

¹⁷ Vgl. BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 243 f.; Dokument 621, in: dasselbe, Anlagenband 3, S. 2527. Um die Kontrolle über das Eigentum zu wahren, schloss die SED mit den Gesellschaftern zumeist Verpflichtungserklärungen in Form eines Treuhandvertrages. Ein Beispiel für einen derartigen Treuhandvertrag ist das Dokument 506, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 2, S. 1931.

¹⁸ Vgl. BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 95 f.; Dokument 515, in: dasselbe, Anlagenband 2, S. 2054; Dokument 616, in: dasselbe, Anlagenband 3, S. 2491.

Herausgabe und den Vertrieb der umfangreichen Presse- und Druckerzeugnisse (wie z. B. das Parteiorgan „Die Wahrheit“) der Partei verantwortlich waren. Hierzu gehörte vor allem die Zeitungsdienst Berlin Verlags- und Druckerei-GmbH und die Druckhaus Norden GmbH. Zuständig für diesen SEW-Medienkomplex war die SED-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe. Zum anderen gab es die „normalen“ SED-Parteifirmen, die nicht direkt der Unterstützung der Arbeit der SEW dienten und von dieser weitgehend getrennt agierten. Ihre Tätigkeit war – im Unterschied zum Medienkomplex – in erster Linie auf die Erwirtschaftung von Devisen ausgerichtet. In Westberlin gehörte zu diesen Parteifirmen, die im Laufe der Zeit weitgehend dem Bereich Kommerzielle Koordinierung zugeordnet worden waren, unter anderem die DHG West-Ost Handelsgesellschaft mbH.¹⁹

Im Gegensatz zur DKP gibt es über die SEW hinsichtlich der konkreten Zusammenarbeit mit den Parteifirmen aufgrund der konspirativen Vorgehensweise, der Aktenvernichtung sowie der Abschirmung des Geschäftsgebarens durch das MfS²⁰ nur sehr wenige Erkenntnisse.²¹ Das kommunistische Firmennetz im kapitalistischen Ausland bot der SED vielfältige Methoden, um finanzielle Transaktionen zu verschleiern, die sich wie folgt darstellen lassen:

- a) Eine der kleineren Formen der Unterstützung bestand darin, dass SED-Parteifirmen in der Parteipresse und anderen Publikationen der SEW inserierten. Nachweisbar ist, dass die SEW aufgrund derartiger Inserate in ihrer Parteizeitung „Die Wahrheit“ in den 1980er Jahren einen jährlichen SED-Zuschuss von 60.000 DM erhielt.²²
- b) Eine in den Valutaplänen der SED gesondert ausgewiesene Ausgabenposition war die „Unterstützung der Bruderparteien durch den Import ihrer Presse- und Druckereierzeugnisse“. Diese „Druckleistungsimporte“ boten zusätzliche Möglichkeiten der Quersubventionierung.²³ Der diesbezüglich wahrscheinlich vor allem zur Unterstützung der SEW zur Verfügung gestellte SED-Betrag mit dem Titel „Druckhaus Norden“ belief sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre jährlich auf knapp zwei Millionen DM. Zu den „Druckleistungsimporten“ gehörte unter anderem die SEW-Parteizeitung „Die Wahrheit“, die von der SED in die DDR importiert und vom dortigen Postvertrieb

¹⁹ Geschäftsführer und Gesellschafter der DHG West-Ost Handelsgesellschaft mbH war in den 1970er und 1980er Jahren unter anderem das SEW-Mitglied Siegfried Burmester. Vgl. BT-Drucksache 12/3920, S. 28. Über seine Tätigkeit bei der Handelsgesellschaft schildert Siegfried Burmester ausführlich in seinem Buch: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 155-301.

²⁰ Vgl. Gemeinsame Konzeption der Hauptabteilung II und der Hauptabteilung XVIII zur Organisierung und Durchführung politisch-operativer Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Handels- und Wirtschaftsunternehmen im nichtsozialistischen Ausland mit speziellen kommerziellen Aufgaben – Deckname „Basis“ (August 1981), in: BStU, ZA, MfS BKK 1574, Bl. 23-27.

²¹ Über die generellen Funktionen der Parteifirmen insbesondere im Hinblick auf die DKP vgl. hierzu ausführlich: BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 235-248, 278-284; Hans-Peter Müller: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 1919-1921.

²² Vgl. Dokument 537, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 2, S. 2169; Dokument 610, in: dasselbe, Anlagenband 3, S. 2473-2475.

²³ Zu den Formen der Quersubventionierung bei der DKP vgl. BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 281-283.

an die „Bruderparteien“ weltweit verschickt wurde.²⁴ Laut Valutaplan für das Jahr 1989 sollte darüber hinaus die Literaturvertrieb GmbH „Das europäische Buch“, die Bestandteil des SEW-Medienkomplexes war, durch einen „Druckleistungsimport“ in Höhe von 800.000 DM unterstützt werden.²⁵

c) Durch einen bestimmten Kreis ausgewählter Parteifirmen konnte die SEW eine Reihe von Sonderzugaben einfordern. In einem Dokument des MfS mit dem Titel „Ordnung für die einheitliche Leitung und Kontrolle der Tätigkeit der Firmen in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern, die sich im Eigentum der SED befinden“ heißt es: „Auf Vorschlag der Bruderparteien wie DKP, SEW u. a. werden diesen Parteien bestimmte Geschenke in Spendenform für Pressefeste, Parteitage usw. in Abstimmung mit der Abteilung Verkehr und des Staatssekretariats für Kommerzielle Koordinierung zur Verfügung gestellt.“²⁶ Dies geschah in Abstimmung mit der Abteilung Verkehr und des Staatssekretariats für Kommerzielle Koordinierung, wobei jedoch nicht zu ermitteln ist, wie hierbei im Einzelnen vorgegangen wurde, noch um welche „Geschenke“ es sich konkret handelte. Anzunehmen ist, dass es sich um weitgehend außerplanmäßige Geldtransfers handelte.²⁷

d) Als eine weitere Form der Unterstützung ist die Tatsache anzusehen, dass die SED in Westberlin als Arbeitgeber fungierte. Insbesondere im SEW-Medienkomplex fanden Parteimitglieder eine Beschäftigung, darüber hinaus bei der Deutschen Reichsbahn sowie auch beim sowjetischen Reisebüro Intourist am Olivaer Platz.²⁸

Eine Beschäftigung von Personen in Parteifirmen dürfte in enger Absprache zwischen SEW- und SED-Verantwortlichen und kaum ohne nähere Überprüfung erfolgt sein.²⁹ Für die Besetzung von Führungs- und Vertrauensfunktionen in den Parteifirmen (Geschäftsführer, Prokurist) traf dies im besonderen Maße zu. Laut MfS-Befehl unterlag die Auswahl strengen Kriterien und erfolgte – in

²⁴ Vgl. Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 27, 61.

²⁵ Vgl. Dokument 537, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 2, S. 2169; Dokument 610, in: dasselbe, Anlagenband 3, S. 2473-2475.

²⁶ Ordnung für die einheitliche Leitung und Kontrolle der Tätigkeit der Firmen in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern, die sich im Eigentum der SED befinden, in: BStU, ZA, MfS BKK 1574, Bl. 4. Diese Verordnung ist als Dokument 142 abgedruckt in: BT-Drucksache 12/3462, S.1085-1093. Vgl. ergänzend: Auflistung von „Parteifirmen“ (unterzeichnet von Generalleutnant Schwanitz am 3.12.1989), in: BStU, ZA, MfS AG BKK 1296, Bl. 9.

²⁷ Für die DKP gibt es einige dokumentierte Finanzierungsvorgänge, bei denen es sich um außerplanmäßige Zuwendungen gehandelt haben könnte. Vgl. Dokumente 606, 607 und 608, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 3, S. 2466-2469. Vgl. Hans-Peter Müller: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 1950 f.

²⁸ Vgl. SEW-Betriebsgruppe bei Intourist (von MfS, wahrscheinlich Anfang 1980er Jahre), in: BStU, ZA, MfS HA II 31055, Bl. 1-4; Intourist-Chef abgelöst und nach Moskau abgeholt. Am Olivaer Platz bangen SEW-Genossen um ihren Arbeitsplatz, in: Berliner Morgenpost vom 20.3.1983, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 20.

²⁹ Vgl. Schreiben von Mahle an Danelius vom 3.1.1963, in: LAB, C Rep. 908, Nr.83; SEW (Hg.): Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 7.

Abhängigkeit der Zuständigkeit – mit den Abteilungen Verkehr und Finanzverwaltung und Parteibetriebe, dem Bereich Kommerzielle Koordinierung, dem MfS sowie den jeweiligen Bruderparteien. Es sollte sich sowohl um „politisch starke als auch fachlich qualifizierte Kader“³⁰ handeln. Derartige Funktions- und damit auch Geheimnisträger wie auch die Parteifirmen insgesamt unterlagen der ständigen Beobachtung durch das MfS.³¹

Ausgaben der SEW

Abgesehen von der Ausstattung der Parteibüros besaß die SEW keine weiteren Vermögenswerte. Die SEW wurde nahezu vollkommen von der SED finanziert. Bereits ein einfacher Vergleich zwischen den Ausgaben der SED und den Einnahmen der SEW verdeutlicht, dass der tatsächliche Anteil der Eigenfinanzierung der SEW minimal beziehungsweise zur Sicherung der finanziellen Grundlagen der Partei unerheblich war.³²

Dass die SEW sich aus dieser Abhängigkeit weder befreien konnte noch wollte, wird bei Betrachtung der Ausgabenseite deutlich. Das finanzielle Ausgabevolumen der SEW war in Anbetracht ihrer Größe enorm. Beträge in Millionenhöhe waren jährlich erforderlich, um die zahlreichen Aufwendungen des Parteiapparates zu bezahlen. Der Rechenschaftsbericht der Partei wies beispielsweise für das Jahr 1988 Gesamtausgaben von 14,2 Mio. DM aus. Die Personalkosten für die hauptamtlichen Funktionäre und Mitarbeiter wurden bereits in Höhe von 2,75 Mio. DM veranschlagt.³³ Hinzu kam, dass die SEW sich eine eigene Tageszeitung „Die

³⁰ Ordnung für die einheitliche Leitung und Kontrolle der Tätigkeit der Firmen in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern, die sich im Eigentum der SED befinden, in: BStU, ZA, MfS BKK 1574, Bl. 3.

Ein weiterer im Dokument enthaltener Befehl lautete: „Die spezielle und konspirative Tätigkeit der Leiter (Geschäftsführer) und anderer leitender Mitarbeiter der Firmen ist entsprechend den politisch-ideologischen Notwendigkeiten in Abstimmung mit der DKP und anderen Bruderparteien durchzuführen.“ Ebenda.

³¹ Vgl. BT-Drucksache 12/7600, Textband, S. 285; Gemeinsame Konzeption der Hauptabteilung II und der Hauptabteilung XVIII zur Organisierung und Durchführung politisch-operativer Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Handels- und Wirtschaftsunternehmen im nichtsozialistischen Ausland mit speziellen kommerziellen Aufgaben – Deckname „Basis“ (von MfS, August 1981), in: BStU, ZA, MfS BKK 1574, Bl. 23-27.

³² Zur gleichen Schlussfolgerung in Bezug auf die 1960er Jahre kamen in ihren Untersuchungen auch Eric Waldmann und Karl Wilhelm Fricke. Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 95-101; Karl Wilhelm Fricke: Die SED diesseits der Mauer. Reorganisation der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 24/2. Dezemberheft 1962, S. 376.

³³ Nach Angaben der Zeitung „ak“ verfügte die SEW zum Zeitpunkt ihrer Auflösung im Dezember 1989 noch über 86 Parteangestellte. Eric Waldman schätzte ein, dass Anfang der 1970er Jahre in der SEW 91 Personen beschäftigt waren. Seinen Berechnungen zufolge erhielten der Erste und Zweite Sekretär ein monatliches Gehalt von 1.800 bzw. 1.500 DM. Hinzu kamen neun Mitglieder des Büros mit etwa 1.200 DM. Ferner waren in den zwölf Kreisvorständen jeweils fünf Personen (drei Mitarbeiter, Stellvertreter und Vorsitzender) mit einem Gehalt von 900 bis 1.250 DM hauptamtlich tätig. Das technische Personal dürfte rund 20 Personen mit einem Gehalt von ca. 700 DM umfasst haben. Ein etwas davon abweichendes Ergebnis lieferte eine interne Auflistung vom November 1965. Aus dieser Liste war zu entnehmen, dass die Partei zumindest 1965 über 111 hauptamtliche Mitarbeiter verfügte. Der Auflistung zufolge waren davon 15 Personen in den Führungsgremien der Partei und insgesamt 48 in den zwölf Kreisorganisationen beschäftigt. Weitere 48 Angestellte arbeiteten unter anderem in den Bereichen FDJ, VVN, RBD, DFB und DSF. Vgl. SEW. Auf Wiedersehen?, in: Analyse und Kritik (ak) vom 11.12.1989 (Nr. 313) S. 33; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 98 f.; Beratung mit den hauptamtlichen Mitarbeitern der SED-Westberlin am 10.11.1965, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 53.

Wahrheit“ leistete sowie zahlreiche weitere Agitationsschriften, Betriebs-, Kleinzeitungen und Broschüren verbreitete. Geld war darüber hinaus notwendig für die Unterhaltung der Parteizentrale sowie für die in den zwölf Kreisen Westberlins ansässigen Geschäftsstellen, für Großveranstaltungen, Parteitagungen, Kundgebungen und Pressefeste der „Wahrheit“, Wahlkämpfe, Kampagnen, Schulungskurse und Nebenorganisationen.

Innerhalb der SEW wurde die SED-Alimentierung über einen kleinen und eingeweihten Kreis von Mitgliedern abgewickelt. Dass die Ausschüttung der Mittel darüber hinaus nahezu ausschließlich eine Sache des Ersten und Zweiten Sekretärs der SEW gewesen sein dürfte, verdeutlichte ein Auszug eines Auskunftsberichtes des MfS über Schmitt, der am Tag des Ablebens von Danelius am 18. Mai. 1978 gefertigt wurde. Darin hieß es, dass Mitglieder des Büros des Parteivorstandes der SEW Bedenken dahingehend geäußert haben sollen, „dass der Umgang mit den Parteifinanzen durch den Genossen Schmitt nicht ordnungsgemäß sein könnte.“ Weiter stand dort: „Es werden z. B. keinerlei Kontrollen zu Fragen der Finanzen, außer bei Beitragsgeldern, durch die Revisionskommission [der SEW] geführt. Auch bei Zuschüssen und anderen Einnahmen gibt es eine solche Kontrolle durch die Revisionskommission überhaupt nicht. Es hat den Anschein, dass der Genosse Schmitt hier schalten und walten könne, wie er gerade will.“³⁴

Inwieweit die finanzielle Abhängigkeit die Arbeit der SEW bzw. ihrer Mitglieder bestimmte, veranschaulichte Ernst Welters, damals SEW-Sekretariatsmitglied, in einem Interview mit Jenny Niederstadt am Beispiel der Herstellung des Parteiorgans „Die Wahrheit“: Er sagte: „In der Spätzeit hat man uns ganz knallhart gesagt, wenn wir die Zeitung nicht so machen, wie sie in Ostberlin gewünscht wird, dann gibt es keine Kohle mehr für die Zeitung. (...) Da wussten wir schon, dass höchstens 4.000 Ausgaben in Westberlin verkauft wurden bzw. abonniert waren, die Zeitung aber, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, nahezu 400.000 DM im Monat in der Herstellung kostete.“³⁵ Von daher war klar, dass der Großteil der Finanzen für die Zeitung von der SED kam. Deshalb haben die natürlich auch weitestgehend gesagt, wie die Zeitung auszusehen hatte.“³⁶

³⁴ Auskunftsbericht über den Stellvertretenden Vorsitzenden der SEW, Genossen Schmitt (19.5.1978), in: BStU, ZA, MfS HA II 30424, Bl. 4. Aufschlussreich war in diesem Zusammenhang auch die Notiz über ein Gespräch zwischen einem MfS-Mitarbeiter und SEW-Mitglied aus dem Jahr 1970, in der es hieß: „Von mir [(MfS-Mitarbeiter)] wurde die Frage gestellt, inwieweit sich das Kollektiv des Sekretariats im Parteivorstand gefestigt hat und gemeinsame Linie bezieht. Darauf wurde mir gesagt, dass im Allgemeinen das der Fall ist, das Sekretariat [der SEW] zu einem guten Kollektiv geworden ist, aber andererseits, dass einige Schwierigkeiten mit 2 Genossen bestehen [...]. Diese wären in gewisser Weise stehengeblieben und würden verschiedene Dinge nicht entsprechend der heutigen Situation behandeln. So wurde z. B. bekannt, dass die Genossen verlangten, dass über Fragen der Finanzierung vor dem gesamten Sekretariat Darlegungen gegeben werden. Ebenso verlangten sie Beschlüsse im Sekretariat, wie die Wahl bezahlt wird, und wollten die Kanäle für Finanzen kennenlernen. Von seiten des Genossen X [wahrscheinlich Ziegler] wurde die Meinung vertreten, dass man solche Dinge nicht im gesamten Sekretariat popularisieren kann.“ Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 18.3.1970, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 245.

³⁵ Laut Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission sollen die laufenden Kosten für die Herstellung der „Wahrheit“ Ende der 1980er Jahre bei monatlich rund 700.000 DM gelegen haben. Vgl. SEW (Hg.): Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 4, 9.

³⁶ Zit. nach Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 62.

Letztlich hing alles am seidenen Faden der SED-Finanzierung. Das Geld war wesentliches Steuerungsinstrument, mit dem die SEW-Führung ihre Vorstellungen nach Maßgabe und im Sinne der SED innerhalb der Partei durch- und umsetzte und andererseits missliebige Initiativen von Mitgliedern ver- bzw. behindern konnte. Hierzu sagte Frauke Gundlach, ehemalige SEW-Kreisvorsitzende in Charlottenburg: „Das Geld für die Gehälter war kein Problem. Da soll der Mann mit dem Koffer gekommen sein. Aber alles andere ging projektmäßig: Projekte, die sie gut fanden, dafür gab es Geld, und für die anderen eben nicht. Finanzpläne gab es offenbar nicht. Wenn ein Projekt politisch unbequem wurde, wurde mit dem Geld argumentiert: dann hieß es einfach, es sei kein Geld da. Wenn wir gesagt haben: ‘Gut dann müssen wir insgesamt ein Limit kriegen oder einen Etat. Sagt uns doch, wie viel Geld zur Verfügung steht, damit wir planen können’, gab es keine Diskussion. Etatdiskussionen waren auch eigentlich nicht zu erwarten. Entweder kam ein Okay zu einem Projekt oder eben nicht. Oder man wurde hingehalten.“³⁷

³⁷ Zit. nach Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 62.

Tabelle 2: Ausgaben der SED zur Finanzierung der SEW von 1984 bis 1989
 (k. A. = keine Angaben; deb = Literaturvertrieb GmbH „Das europäische Buch“)

SEW	Voraussichtliche Abrechnung des Valutaplans für 1984	Valutaplan für 1985	Abrechnung für 1986	Abrechnung für 1987	Abrechnung für 1988	Valutaplan für 1989
„Etat“	12.037.000	12.267.000	k.A.	k.A.	k.A.	14.191.000
„Wahlsondermittel“	600.000	300.000	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
„Anzeigen ‘Die Wahrheit‘“	60.000	60.000	k.A.	k.A.	k.A.	60.000
„Sonstiges für Druckhaus Norden“	5.000	5.000	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
„Barauszahlungen“/ “finanzielle Leistungen“ insgesamt	12.702.000	12.632.000	12.400.000	12.900.000	14.100.000	14.251.000
„Druckleistungsimporte“						
„Druckhaus Norden“	1.990.000	1.940.000	k.A.	k.A.	k.A.	1.950.000
„Westberlin (deb)“	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	800.000

Quelle: Die eigene Zusammenstellung beruht auf den Valuta-Ausgabenplänen der SED für das Jahr 1985 und 1989, den Abrechnungen des Valuta-Ausgabenplans für das Jahr 1986, 1987 und 1988 sowie auf der voraussichtlichen Ausgabenabrechnung für das Jahr 1984. Vgl. Dokumente 540, 541, 537, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 2, S. 2181 f. bzw. S. 2183 f. bzw. S. 2167-2171; Dokument 610, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 3, S. 2473-2479.

Tabelle 3: Einnahmen und Ausgaben der SEW in den Jahren 1985 sowie von 1988 bis 1990

Einnahmen	1985	1988	1989	1990
1. Mitgliedsbeiträge u. ähnliche regelmäßige Beiträge	3.249.690,--	3.199.729,--	927.550,90	27.218,-
2. Einnahmen aus Vermögen	k.A.	--	--	--
3. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften u. Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit der Partei	1.577.997,37	1.037.711,17	73.857,92	--
4. Einnahmen aus Spenden	8.995.869,06	8.510.218,52	12.319.101,27	761.504,62
5. Einnahmen aus dem Chancenausgleich	k.A.	--	--	--
6. Einnahmen aus der Wahlkampfkostenerstattung	k.A.	--	--	--
7. Zuschüsse von Gliederungen		40.099,21		
8. Sonstige Einnahmen	57.107,19	33.891,09	22.185,--	21.369,46
Insgesamt	13.880.664,02	12.821.648,99	13.342.695,09	810.092,08
Ausgaben				
1. Personalausgaben	k.A.	2.753.449,03	2.936.875,99	703.580,96
2. Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes	k.A.	1.354.083,36	496.383,98	17.213,44
3. Ausgaben für innerparteiliche Gremienarbeit u. Information	k.A.	118.389,09	18.276,62	1.795,18
4. Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit u. Wahlen	8.958.864,13	9.852.331,23	9.412.543,43	11.400,--
5. Zuschüsse an Gliederungen	k.A.	40.099,21	59.580,--	25.000,--
6. Zinsen	k.A.	--	--	--
7. Sonstige Ausgaben	317.089,39	108.569,20	--	--
Insgesamt	13.446.010,86	14.226.921,12	12.923.660,02	758.989,58

Quelle: SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SEW, Berlin 1987, S. 76; SEW (Hg.): Rechenschaftsbericht der Revisionskommission beim Parteivorstand der SEW an den außerordentlichen Parteitag, unveröffentlicht, Berlin 1990.

Tabelle 4: Besitz- und Schuldposten der SEW im Jahr 1988

Besitzposten	Parteivorstand DM	Kreisvorstände DM	Gesamtpartei DM
I.Anlagevermögen			
1.Haus- und Grundvermögen	-	-	-
2.Geschäftsstellenausstattung	750.000,00	-	750.000,00
3.Finanzzanlagen	-	-	-
II.Umlaufvermögen			
1.Beitragsforderungen	4.352,00	-	4.352,00
2.Forderungen auf Erstattung von Wahlkampfkosten	-	-	-
3.Forderungen auf Chancenausgleich	-	-	-
4.Geldbestände	45.588,36	31.773,66	77.362,02
5.Sonstige Vermögensgegenstände	74.000,00	-	74.000,00
Insgesamt	873.940,36	31.773,66	905.714,02
Schuldposten			
I.Rückstellungen	-	-	-
II.Verbindlichkeiten			
1.Beitragsverbindlichkeiten	-	-	-
2.Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	-
3.Sonstige Verbindlichkeiten	-	-	-
III.Reinvermögen (positiv)	873.940,36	31.773,66	905.714,02
Insgesamt	873.940,36	31.773,66	905.714,02

Quelle: SEW (Hg.): Rechenschaftsbericht der Revisionskommission beim Parteivorstand der SEW an den außerordentlichen Parteitag, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 10.

3. Medienkomplex

Den Ausgangspunkt für das Entstehen eines SEW-Medienkomplexes der SED in Westberlin bildeten die ab 1952 einsetzenden und sich 1953 konkretisierenden Überlegungen der SED-Bezirksleitung zur Schaffung einer Westberliner Parteizeitung.¹ Diesem Projekt stand entgegen, dass die SED trotz zahlreicher Bemühungen in den darauf folgenden zwei Jahren weder die erforderliche Lizenz für Druckerzeugnisse seitens der West-Alliierten noch eine Gewerbegenehmigung der Westberliner Behörden erhielt. Ein Ausweg tat sich auf, als im Sommer 1955 die Aufhebung des Lizenzzwanges erfolgte. Aufgrund ihres begrenzten Devisenetrats entschied sich die Bezirksleitung zur Herstellung einer Wochenzeitung, die den Namen „Die Wahrheit“ erhielt.² Um die Behörden zu umgehen bzw. deren Einwirkungsmöglichkeiten auf das Erscheinen der Parteizeitung minimal zu halten, nutzte die SED ihr Mitgliederinformationsrecht, das allen in Westberlin zugelassenen Parteien und Vereinen zustand. Die SED kennzeichnete die „Wahrheit“ im Zusatz daher nicht als „Zeitung“, sondern als „Informationsblatt der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für Westberlin“.³

Ein in den nächsten Jahren wiederkehrendes Problem für die SED bestand darin, eine Firma zu finden, die gewillt war, mit einer kommunistischen Partei zusammenzuarbeiten bzw. deren Parteizeitung zu drucken. Nach verschiedenen Geschäftsanbahnungsversuchen erklärte sich gegen Ende 1955 die Firma Fritz Reich in Spandau zur Herstellung bereit. Dort entstand die erste Ausgabe der Zeitung „Die Wahrheit“ (DW), die am 15. November 1955 erschien. Ihre Startauflage betrug 20.000 Exemplare. Dies Auflagenhöhe wurde bis zum Ende der Zeitung, die nur eine geringe Außenwirkung erzielte, nie überschritten. Zugestellt wurde die Zeitung von rund 100 Boten

¹ Zur Entstehungsgeschichte der „Wahrheit“ sowie zum Aufbau des SEW-Medienkomplexes der SED fanden sich in den SEW-Beständen im Landesarchiv Berlin für die Zeit bis Anfang der 1960er Jahre ein Fülle aufschlussreicher Dokumente (Analysen, Verträge, Schriftverkehr). Enthalten sind diese Materialien insbesondere in folgenden drei Akten: LAB, C Rep. 908, Nr. 81, Nr. 82 und Nr. 90.

² Vgl. Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1/1996, S. 86-88.

Der Name „Die Wahrheit“ war eine Replik auf die gleichnamigen Publikationen der antifaschistischen Widerstandsgruppe von Herbert Baum (10.2.1912-11.6.1942). Vgl. Information zur Neugestaltung der Zeitung der SEW „Die Wahrheit“ (von IPW, 18.9.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 159.

³ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 364.

(„DW-Helfern“), die überwiegend der Partei angehörten.⁴ Die Post und die Grossisten weigerten sich, die SED-Zeitung in ihren Vertrieb aufzunehmen, auch viele Kioske und Zeitschriftenhändler folgten diesem Boykott.⁵

In Zeit nach dem erstmaligen Erscheinen der „Wahrheit“ unternahmen der Senat und führende politische Kreise weiterhin ständig Versuche, die Arbeit der SED sowie ihre publizistischen und propagandistischen Tätigkeiten zu unterbinden. Fortwährende Eingriffe der Westberliner Behörden zwangen die SED, mehrmals die Druckerei in Westberlin zu wechseln; zeitweilig wurde „Die Wahrheit“ auch beim „Neuen Deutschland“ (ND) in Ostberlin gedruckt.⁶ Die Zeitung „Die Wahrheit“ kam anfangs unregelmäßig heraus. Ab 1. August 1956 erschien sie regelmäßig dreimal monatlich, ab 13. April 1958 einmal wöchentlich und ab 1. Oktober 1958 zweimal wöchentlich.⁷

Der zu dieser Zeit rund um die „Wahrheit“ entstandene Mitarbeiterstamm bestand aus zwei technischen Hilfskräften (Drucksetzern) und einem Redaktionskollegium von knapp einem Dutzend Personen, von denen die überwiegende Mehrheit in Ostberlin wohnte, arbeitete und dort zum Teil auch für andere Zeitungen der DDR tätig war. Chefredakteur der „Wahrheit“ (wohl seit 1957) war Bernhard Braunert, der zuvor im Deutschen Bauernverlag als Chefredakteur der „Bauern-Illustrierten“ tätig gewesen war.⁸

Mit der Einrichtung der Westberliner Leitung Anfang 1959 rückte auch verstärkt der Ausbau der „Wahrheit“ zur Tageszeitung⁹ in den Mittelpunkt des Interesses der SED-Führungsspitze. Walter Ulbricht braute Hans Mahle im Februar 1959 mit dieser Aufgabe. Mahle, zuvor Chefredakteur der

⁴ Der Abonnentenstamm der „Wahrheit“ stieg zunächst bis 1961 auf über 10.000 Abnehmer an und brach nach dem Mauerbau vorübergehen ein. Im Jahr 1962 lag die Abonnentenzahl bei etwas über 9.000, in den darauf folgenden 1960er Jahren bei rund 8.000. In den 1970er Jahren hatte die Wahrheit noch knapp 7000 Abonnenten, 1983 schließlich nur noch 4.500 mit abnehmender Tendenz. Nach eigener Schätzung lag die Einzelverkaufszahl der „Wahrheit“ im gesamten Zeitraum im Schnitt bei etwa 500 Stück pro Ausgabe. Ein Teil der „Wahrheit“-Auflage ging in die DDR und wurde vom dortigen Postvertrieb an die Bruderparteien weltweit verschickt. Vgl. Wahrheit-Verkauf im September 1960, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 83; Fragen des Vertriebs und Vorschläge zur weiteren Popularisierung unserer Zeitung (von Redaktion „Die Wahrheit“, 18.2.1960, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 83; Abonnentenzahlen der Wahrheit (von Albert Grohmann, 10.5.1963), in: LAB, C. Rep. 902, Nr. 2034; Information über den Stand und die Entwicklung unserer Zeitung „Die Wahrheit“ (von G. Loock an Heinz Wildenhain am 4.1.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/8, nicht paginiert; Schreiben von Wildenhain an Häber vom 6.8.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.04/13, nicht paginiert; Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1/1996, S. 89, 93; Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 27, 61; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 364, 384 f., 396, 406, 432.

⁵ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 395.

⁶ Nach Angaben von Waldmann wurde die Druckerei mindestens achtmal gewechselt. Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 115. Vgl. hierzu ausführlich: Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1/1996, S. 87-90.

⁷ Vgl. Walther G. Oschilewski: Zeitungen in Berlin. Im Spiegel der Jahrhunderte, Berlin 1975, S. 290.

⁸ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 359, 362, 364 f.; Schreiben von Mahle an Braunert vom 9.11.1971, in: SAPMO-BArch, NY 4509/vorl. 9.

⁹ „Die Wahrheit“ erschien ab dem 14. April 1959 zunächst erst dreimal wöchentlich, ab 3. Februar 1967 viermal, ab 5. November 1968 fünfmal und ab September 1973 sechsmal wöchentlich. Vgl. Walther G. Oschilewski: Zeitungen in Berlin. Im Spiegel der Jahrhunderte, Berlin 1975, S. 291; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 405.

„Schweriner Volkszeitung“, wurde zum neuen Chefredakteur der „Wahrheit“ ernannt und löste damit den bisher in dieser Funktion tätigen Bernhard Braunert ab.¹⁰ Die Bezirksleitung beauftragte Mahle mit der Aufstellung eines eigenen Etats für die Redaktion der „Wahrheit“. Die Mitarbeiter wurden daraufhin als Angestellte der Bezirksleitung geführt, erhielten ein festes Gehalt in Ostmark sowie zusätzlich ein monatliches Tagesgeld in Westgeld. Mahle kümmerte sich darüber hinaus um die Erweiterung des Redaktionskollegiums der „Wahrheit“. Ein fester Mitarbeiterstamm von rund 25 Personen entstand, der durch zeitweilig arbeitende Redakteure aus einem Pool von rund zehn freien Mitarbeitern des „Neuen Deutschland“ unterstützt wurde.¹¹

Zum Antrittszeitpunkt Mahles als neuer Chefredakteur 1959 wurde die „Wahrheit“ in der Kreuzberger Firma Richter hergestellt, deren Kapazitäten aber begrenzt waren. Aus diesem Grund bahnte Mahle einen Kontakt zur finanziell angeschlagenen, aber leistungsstarken Rotationsdruckerei Hentschel, Heidrich & Co. Buch- und Zeitungsdruckerei GmbH Berlin („Heheico“) an. Mit Heheico schloss Mahle im Auftrag der Bezirksleitung am 9. April 1959 einen Vertrag zur Herstellung einer Zeitung im Hochdruckrotationsverfahren. Die Mindestauflage wurde auf 15.000 Exemplare mit jeweils acht Seiten festgeschrieben, Erscheinungsweise dreimal wöchentlich. Bereits fünf Tage später wurde der reguläre Druck aufgenommen. Ab 15. April zieht die Redaktion der „Wahrheit“ in das 170 Quadratmeter große, zweite Obergeschoss der Heheico ein. Die Heheico erhält dafür eine monatliche Kaltmiete von 380 DM.¹²

Nachdem diese Zusammenarbeit öffentlich bekannt geworden war, verschärfte sich der unter anderem durch die Springer-Presse angeheizte Protest gegen die Heheico. Randalierer überfielen das Büro der „Wahrheit“ und Senatsmitarbeiter kontaktierten die Firmenleitung, um sie zur Kündigung des Druckvertrages mit der SED zu bewegen.¹³ Aufgrund der prekären Situation trafen sich am 2. Juni 1959 Hans Mahle, sein Stellvertreter Peter Theek¹⁴ und der Kaufmann Fritz Steves, Geschäftsführer und Gesellschafter (Mitinhaber) der Heheico. Steves offerierte einen Plan, der die beiden Funktionäre überzeugte und zum Ziel hatte, die SED unter Umgehung der Behörden verdeckt in den Besitz eines Verlages und einer Druckerei zu bringen. Zu diesem Vorhaben hinzugezogen wurde der DDR-Anwalt Friedrich Karl Kaul, der die juristischen Abläufe begleitete, der SED-Funktionär Bruno Kuster (Mitglied der Westberliner Leitung der SED), der zur

¹⁰ Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1/1996, S. 90 f.

¹¹ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 361 f.

¹² Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 369.

¹³ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 369 f.

¹⁴ Theek, Peter (28.10.1924-3.10.2002): Geboren in Berlin; 1946 KPD/SED; 1946-1948 Jura- und Philosophiestudium an der HU Berlin, zugleich Chefredakteur der Jugendzeitschrift „Junges Leben“; 1949-1955 Redakteur und Reporter am Berliner Rundfunk und bei der Zeitung „Täglichen Rundschau“; 1955-57 stellvertretender Chefredakteur der Zeitung „BZ am Abend“; 1958/1959 Chefredakteur beim Deutschen Fernsehfunk; 1959-1971 stellvertretender Chefredakteur der SEW-Zeitung „Die Wahrheit“; 1971 Chefredakteur der „Weltbühne“; seit Ende der 1970er Jahre Mitglied des Präsidiums des Deutschen Friedensrats; 1990 Ruhestand; gestorben in Alcúdia auf Mallorca. Vgl. unter Stichwort „Peter Theek“, in: Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoths/Dieter Hoffmann (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon (digitale Ausgabe), Berlin 2001.

Verschleierung des Geldflusses als vertraglich gebundener Treuhänder („Strohmann“) für das Vermögen der SED in Westberlin fungierte, sowie der parteilose Kaufmann Friedrich Trede.¹⁵

Die Grundlage des Planes bildete eine seit 1950 ruhende Verlagsfirma von Steves, die dieser im August 1959 umbenannte und aktivierte. Aus der Druck und Verlag Fritz Steves, GmbH wurde die Zeitungsdienst Berlin Verlags- und Druckerei-GmbH (nachfolgend Zeitungsdienst GmbH). Im November erweiterte man den „Zweck der Gesellschaft, der sich bis dahin nur auf den Vertrieb von Verlagserzeugnissen erstreckte,“¹⁶ auf die Herstellung von Zeitungen. Im selben Monat verkaufte Steves seine Geschäftsanteile der Zeitungsdienst GmbH für 30.000 DM an Trede, der wiederum in Gegenwart von Kaul einen Treuhandvertrag zugunsten der SED unterschrieb. Trede übernahm daraufhin den Posten des zweiten Geschäftsführers und Steves stieg schließlich im August 1960 endgültig aus der Firma aus. Kredit- und Geldgeber von mehreren Millionen DM für die anstehenden Operationen der Zeitungsdienst GmbH war die SED, vertreten durch ihren Treuhänder Bruno Kuster.¹⁷

Ende Dezember 1959 begab sich Hans Mahle, vermutlich in Begleitung von Friedrich Trede, zum Vorstand der Heheico und unterbreitete den Gesellschaftern (Fritz Steves, Erich Heidrich, Margarete Mossner, Bernd Mossner und Walter Hentschel), im Namen der Zeitungsdienst GmbH ein Kaufangebot für ihre Druckerei. Einigkeit wurde erzielt. Am 12. Januar 1960 kaufte die Zeitungsdienst GmbH Geschäftsanteile der Heheico im Wert von 280.000 DM für 420.000 DM, was 70 Prozent des Gesellschaftskapitals der Druckerei entsprach. Allein Steves behielt vorerst seine Geschäftsanteile. Am 25. Februar 1960 erfolgte die Umbenennung der Heheico in Druckhaus Norden. Steves stellte Trede daraufhin eine Generalvollmacht für das Druckhaus Norden aus, verblieb dort zunächst als alleiniger Geschäftsführer und übertrug bis Mitte des Jahres seine restlichen Gesellschaftsanteile an die Zeitungsdienst GmbH. Die Kosten für die Übernahme der Druckerei beliefen sich auf rund 1,45 Millionen DM (600.000 DM für die gesamten Anteile der Gesellschaft und 850.000 DM für die Maschinen, Einrichtungen und Fuhrpark).¹⁸

„Lieber Fritz [Kaul]! Du hast mich durch Deine reizenden Geschichten davon abgehalten, Dir noch einige wichtige Mitteilungen zu machen. Ich halte es für notwendig, schnellstens zwischen der Redaktion der ‘Wahrheit’ und dem ‘Berliner Zeitungsdienst, Verlags- und Druckerei GmbH’ einen langfristigen Lohndruckvertrag abzuschließen. Dieser Vertrag darf keine vierteljährliche Kündigungsfrist enthalten. Außerdem ist jetzt die Zeit herangereift, auch den Besitzstand aller Werte der Druckerei Hentschel, Heidrich & Co. mit Steves vertraglich zu fixieren, zumal durch

¹⁵ Trede war von Kaul vorgeschlagen worden. Trede, Kaul wie auch Mahle kannten sich aus ihrer gemeinsamen Zeit beim Berliner Rundfunk. Der 1896 in Hamburg geborene Friedrich Trede war von 1946 bis 1951 Verwaltungsdirektor des Berliner Rundfunks, Mahle wurde nach dem Krieg der Leiter des Berliner Rundfunks, und Kaul, SED-Mitglied und Rechtsanwalt, war seit 1946 Justitiar beim Berliner Rundfunk. Vgl. Lebenslauf (Kurzfassung) von Friedrich Trede, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 83; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 372.

¹⁶ Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 372.

¹⁷ Vgl. Darlehensvertrag, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 81; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 372.

¹⁸ Vgl. Interner Bericht des Zeitungsdienstes vom 30.4.1960 sowie Schreiben von Trede an Danelius vom 9.6.1960, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 81; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 372 f.

Barzahlung oder Banküberweisung die vereinbarte Kaufsumme in Höhe von DM 1.450.000.-- DM entrichtet wurde. [gez. Danelius]¹⁹

Das Geschäft begann am 14. und 15. Januar Thema der Westberliner und bundesdeutschen Presse zu werden, was sich für die SED als hinderlich erweisen sollte. Sie hatte die Druckerei erworben, der ebenfalls daraufhin erfolgende Kauf des Grundstücks mitsamt Gebäude in der Schulzendorfer Straße 26 aber misslang. Der Senat hatte schnell reagiert, trickreich interveniert und sich in wenigen Tagen das Eigentum über einen Mittelsmann – einen gewissen Johann Diebold, wohnhaft in der schweizerischen Gemeinde Muzzano im Bezirk Lugano – gesichert.²⁰

Die Tatsache, dass der Senat in den Besitz des Grundstückes und des Hauses der Druckerei gelangt war, führte zu keinen unmittelbaren Konsequenzen, obwohl der Senat über seinen Mittelsmann Johann Diebold Eigenbedarf hätte anmelden können.²¹ Druck hingegen übten weiterhin die Westberliner Behörden aus, die sich noch mehrmals bemühten, gegen das Erscheinen und den Verkauf der „Wahrheit“ vorzugehen.²²

Weitaus größere Schwierigkeiten bereitete der SED, dass viele langjährige Vertragspartner der Druckerei ihre Aufträge einstellten und zudem qualifizierte Mitarbeiter abwanderten (Januar 1960: 149 Beschäftigte; September 1960: 124).²³ Die Herstellung der Wahrheit war ein reines Zuschussgeschäft und die laufenden Kosten bescherten dem gesamten Unternehmen in nur wenigen Monaten Verluste von mehreren 100.000 DM. Neben SED-Krediten wurde die Finanzkrise vor allem durch Druckaufträge der Deutschen Buch Export Import Leipzig GmbH sowie dem wahrscheinlich schon zu dieser Zeit anlaufenden Interzonengeschäften mit Papier abgefedert.²⁴

„Selbstverständlich“ stand das Unternehmen „Zeitungsdienst“ von Beginn an unter Beobachtung der Stasi, die Danelius unter anderem über dubios erscheinende Geschäftspartner des Veralges und Druckhauses informierte und ihn anhielt, die Beschäftigten zur erhöhten Wachsamkeit und Verschwiegenheit aufzufordern. Darunter fiel zum Beispiel, „dass die Zimmer der Redakteure in ihrer Abwesenheit verschlossen sein müssen, in den Schreibtischen keine Anschriften zu liegen haben und die Korrespondenz nicht achtlos in Papierkörbe wandert“²⁵. Darüber hinaus dürfte insbesondere Steves, der aus skrupellosem Geschäftsinteresse die gesamte Tarnaktion erst ermöglicht hatte, unter nachhaltiger Beobachtung gestanden haben.²⁶

Das Team rund um die „Wahrheit“ umfasste 1960 knapp 30 Festangestellte für Redaktion, Vertrieb und Technik. Hinzu kamen rund 30 freie Mitarbeiter, größtenteils vom ND, ADN, der SED-Bezirksleitung, der „Jungen-Welt“, dem „Bauernverlag“, dem FDGB und der Hochschule für

¹⁹ Schreiben von Danelius an Kaul vom 30.1.1960, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 82.

²⁰ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 374.

²¹ Vgl. Schreiben von Kaul an Danelius vom 29.1.1960, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 82.

²² Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 375 f.

²³ Vgl. Aktennotiz: Betr.: Lohnerhöhung ab 1. September 1960 (von Trede), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 83.

²⁴ Gekauft wurde das Papier aus Finnland und Schweden und unter Abzug der Provision an die DDR weiterverkauft. Vgl. Auskunftsbericht von Trede am 6.5.1960, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 81; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 373.

²⁵ Informationsblatt der SED „Die Wahrheit“ (von MfS, 3.8.1960), in: BStU, ZA, MfS HA II 30424, Bl. 192.

²⁶ Vgl. Informationsblatt der SED „Die Wahrheit“ (von MfS, 3.8.1960), in: BStU, ZA, MfS HA II 30424, Bl. 191; Übersetzung aus dem Russischen (von MfS, 3.3.1960), in: BStU, ZA, MfS HA II 30424, Bl. 163.

Planökonomie.²⁷ Da diese gesamte Mannschaft Teil des SED-Apparates war und die meisten ihren Wohnsitz in der DDR hatten, bekamen sie ihr Gehalt in Ostmark. Als zusätzliches Koordinierungszentrum bildete man 1961 einen Aufsichtsrat beim „Zeitungsdienst“, der regelmäßig in Ostberlin tagte und dem anfangs Steves, Trede, Kaul, Mahle, Karl Raab (SED-Hauptkassierer) und das SED-Mitglied Karl Troeder angehörten. Troeder war als Beauftragter der Deutschen Buch Export Import Leipzig GmbH zum Unternehmen „Zeitungsdienst“ abkommandiert worden.²⁸

Erhebliche Einschränkungen in ihrer Arbeit in Westberlin erfolgte für die SED nach dem Mauerbau am 13. August 1961. Die Redaktion der „Wahrheit“ und die Parteibüros wurden auf Anordnung des Berliner Innensenators Lipschitz unter polizeiliche Kontrolle gestellt und den Kommunisten der Zutritt monatelang verwehrt. Auch begannen die Arbeiter des Druckhaus Norden die Herstellung der „Wahrheit“ zu bestreiken. Erneut war die Westberliner SED gezwungen, ihre Zeitung heimlich herzustellen.²⁹

Ab dem 15. August erschien die „Wahrheit“ zunächst hektographiert dreimal wöchentlich und ab Weihnachten 1961 wieder gedruckt und in Großformat.³⁰ Als Untertitel trug „Die Wahrheit“ ab diesem Zeitpunkt nicht mehr die Bezeichnung „Informationsblatt“, sondern „Organ der Westberliner Leitung der SED“.³¹ Beim Versteckspiel vor Staatsanwaltschaft und Polizei wurden die Druckkarte mehrmals gewechselt, zeitweilig auch im Ostteil der Stadt gedruckt. Die Verluste, die der Zeitungsdienst mittlerweile auswies, wurden durch Parteideler ausgeglichen.³² Kurzzeitig war auch an die Stilllegung des Druckhauses Norden gedacht worden; was hingegen folgte war, dass nahezu die gesamte Belegschaft entlassen wurde.³³ Erst ab dem 9. November 1962 – nachdem die Klagen vor Gericht gegen die Schließung der Parteibüros und der Druckerei zum Erfolg geführt hatten – konnte „Die Wahrheit“ wieder im Druckhaus Norden hergestellt werden.³⁴

Abgesehen von diesen zeitweiligen Eingriffen der Westberliner Behörden stand mit dem Mauerbau das Unternehmen Zeitungsdienst vor dem Problem, dass nun Bürgern der DDR der Zutritt nach Westberlin unmöglich war. Davon betroffen waren zwar nicht die Führungsspitzen der Westberliner SED, jedoch die Mitarbeiter der Redaktion der „Wahrheit“, von denen die meisten in der DDR wohnten.³⁵ Als Konsequenz erfolgte zunächst ein Großteil der redaktionellen Arbeit in einem „Korrespondenzbüro“ in Ostberlin. Parallel kam es zum Ausbau der Westberliner Redaktion,

²⁷ Vgl. Liste der Angestellten und Freien Mitarbeiter der Wahrheit vom 7.3.1960, in: BStU, ZA, MfS HA II 30424, Bl.164 f.; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 377.

²⁸ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 375, 386, 394.

²⁹ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 381-384.

³⁰ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 388.

³¹ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 384.

³² Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 387 f.

³³ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner vom 13.10.1961 und 27.11.1961, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 90.

³⁴ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 388.

³⁵ Vgl. Wolfgang Ellerbrock: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1/1996, S. 92; Eberhard Schröder: Hans Mahle – ein Leben für den Kommunismus – Gedanken und Erinnerungen anlässlich der Veröffentlichung seiner Biographie, in: Rundbrief. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Ausgabe 1/2004, S. 25.

die sich zusammensetzte aus dort ansässigen Parteiangehörigen, deren Bezahlung in Westgeld erfolgte und die gegen Ende der 1980er Jahre aus rund 40 Mitarbeitern bestand.³⁶

Das Ostberliner „Korrespondenzbüro“ wurde in den 1970er Jahren verschlankt, versorgte die Redaktion der „Wahrheit“ mit linientreuen Artikeln und bestand am Ende der 1980er Jahre aus einem Redakteur und einem Mitarbeiter.³⁷ Leiter des Korrespondenzbüros war noch 1971 Bernhard Braunert, 1989 ein gewisser Eberhard Schmidt.³⁸

In ähnlicher Form verhielt es sich mit der Druckerei. Auch hier fehlten etliche Mitarbeiter aufgrund des Mauerbaues. Der Fachkräftemangel war nicht leicht zu beheben, da nur wenige Willens waren, in einem kommunistischen Betrieb zu arbeiten. Ersatzweise wurde auf Westberliner Parteigenossen zurückgegriffen, deren Aus- und Fortbildung auch in Druckereien der DDR erfolgte. Gegen Ende der 1960er Jahre hatte das Druckhaus Norden etwa 70, gegen Ende der 1980er rund 130 Beschäftigte.³⁹

Zur Jahreswende 1962/1963 ging Friedrich Trede (Geschäftsführer der Zeitungsdienstes GmbH) in den Ruhestand; seine Position wie wohl auch die Geschäftsführung des Druckhauses Norden – Steves dürfte schon vorher hinausgedrängt worden sein – übernahm Karl Troeder.⁴⁰ Troeder sorgte dafür, sehr wahrscheinlich in Zusammenarbeit und in Abstimmung mit dem SED-Hauptkassierer Karl Raab, dass der Verlag, der bislang als bloße Deckmantelfirma fungierte, in „ordentliche“ Verhältnisse mit eigenem Zuständigkeitsbereich überführt wurde. Die Redaktion der „Wahrheit“ und der Vertriebsapparat wurden der Zeitungsdienst GmbH eingegliedert und von ihr bezahlt. Auch die Geschäftsbeziehung zwischen dem Verlag und dem Vorstand bzw. dem

³⁶ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 362; Redaktion „Die Wahrheit“ (15.8.1989), in: BStU, ZA, MfS HA II/13 1832, Bl. 160 f.

³⁷ Laut Erkenntnissen für die Zeit gegen Ende der 1980er Jahre war das „Korrespondenzbüro“ zwar organisatorisch der ZK-Abteilung Verkehr zugeordnet, aber unterstand der Anleitung der Westabteilung (IPW) und deren Weisungen. Bis in die 1980er Jahre hinein scheint die Anleitung des „Korrespondenzbüros“ über die Ostberliner Bezirksleitung erfolgt zu sein. In einer Notiz des MfS aus dem Jahr 1980 heißt es: „Eine Anleitung der Zeitung „Die Wahrheit“ erfolgt nach vorliegenden Erkenntnissen der HA II/19 als auch der HA XX durch das ZK der SED, Abt. 70 sowie die Bezirksleitung der SED Berlin, Sektor Westarbeit. In der Bezirksleitung existierte hierfür eine spezielle Arbeitsgruppe. Deren Leiter, Siegfried Kietzmann, wird seit August 1979 als Mitarbeiter des Ko-Büros der „Wahrheit“ in der Hauptstadt geführt.“ Notiz des MfS/Hauptabteilung II/Abteilung 6 vom 23.9.1980, in: BStU, ZA, MfS HA II/6 678, Bl. 1. Vgl. Zur Situation in der Redaktion der Tageszeitung der SEW „Die Wahrheit“ in Westberlin (von MfS/HA II/19/Oberleutnant Neumann an HA II/Leitung, 13.12.1988), in: BStU, ZA, MfS HA II/13 1832, Bl. 90; Dokument 34, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 1, S. 300, 302; Dokument 510, in: dasselbe, Anlagenband 2, S. 2021; Jenny Niederstadt: „Erbitten Anweisung!“. Die West-Berliner SEW und ihre Tageszeitung „Die Wahrheit“ auf SED-Kurs, Berlin 1999, S. 4, 58 f; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 419.

³⁸ Vgl. Schreiben von Mahle an Braunert vom 9.11.1971, in: SAPMO-BArch, NY 4509/vorl. 9; Notiz über das Gespräch mit Genossen Klaus Feske, Mitglied des Büros und Sekretariats des PV der SEW, und Gen. Eberhard Schmidt, Leiter des Korrespondentenbüros „Die Wahrheit“ am 6.9.1989 (von IPW, 6.9.1989), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

³⁹ Vgl. Eberhard Schröder: Hans Mahle – ein Leben für den Kommunismus – Gedanken und Erinnerungen anlässlich der Veröffentlichung seiner Biographie, in: Rundbrief. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Ausgabe 1/2004, S. 26; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 381, 388, 405; Antrag Nr. 811 des außerordentlichen Parteitags der SEW vom 16. bis 18. Februar 1990 (unveröffentlicht).

⁴⁰ Vgl. Schreiben von Danelius an Verner vom 13.10.1961, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 90; Schreiben von Kaul am 29.11.1961, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 81.

Sekretariat der SED-W im Hinblick auf die Herstellung und den Vertrieb der „Wahrheit“ wurde durch einen Vertrag am 17. Mai 1963 geregelt. Hierbei vereinbarte man, dass die Erlöse aus dem Verkauf der „Wahrheit“ direkt dem Verlag zuflossen und die SED-W die Restkosten durch monatliche Pauschalzahlungen ergänzte. Ferner hatte der Vorstand die für die „Wahrheit“ beim Druckhaus Norden anfallenden Druckkosten zu zahlen, wobei die Abwicklung dieser Transaktion über den „Zeitungsdienst“ verlaufen sollte. Diese Vorgehensweise wurde bis zum Ende weitgehend beibehalten.⁴¹

Da die „Wahrheit“ ein Zuschussgeschäft war, steuerte Troeder Ideen bei, um den Verlag finanziell rentabel zu machen. Das Unternehmen Zeitungsdienst erschloss nationale und internationale Märkte, weitete seine Betätigungsfelder aus und fertigte Bücher, mehrfarbige Prospekte, Plakate, Kalender und Geschäftsdrucksachen.⁴² Troeder war darüber hinaus Mitinitiator beim Kauf einer Buchhandlung, die später unter dem Namen „Das europäische Buch“ („deb“) firmierte.⁴³

Zum 30. September 1966 sprach der Senat für das Grundstück in der Schulzendorfer Straße 26 dem Zeitungsdienst die Kündigung aus. Die SED-W verlegte daraufhin die Einrichtung der Unternehmens mitsamt Rotationsmaschinen in ein Nachbargebäude, das sie bereits im Mai 1966 für 60.000 DM für alle Eventualitäten gekauft hatten. Das Bauaufsichtsamt Wedding legte sich daraufhin quer, da das Grundstück zur Wohn- und nicht zur Gewerbenutzung ausgewiesen war.⁴⁴ Der Geschäftsführer des Zeitungsdienstes Karl Troeder legte dagegen Klage vor dem Verwaltungsgericht ein und erzielte einen Aufschub bis zum 31. März 1967.⁴⁵ Über ein erneutes Tarngeschäft erwarb die SED im Sommer 1966 den Grundstücks- und Gebäudekomplex der ehemaligen Produktionsstätte der Nahrungsmittelfirma KNORR („Knorr-Mühle“) mit über 400 Räumen in der Kaiserin-Augusta-Straße 101 für wahrscheinlich rund 3,5 Millionen DM. Dieser Handel erfolgte über den SED-Treuhänder Georg Fränkel, ein Studienkollege von Kaul und unter anderem Wirtschaftsprüfer des Zeitungsdienstes. Fränkel kaufte den Grundstücks- und Gebäudekomplex „Knorr-Mühle“ im Auftrag der im Juli 1966 gegründeten schwedischen Fisch-

⁴¹ Vgl. Aufbau eines „ordentlichen Verlages“ (1962/1963), in: LAB, C Rep. 908, Nr. 81; Vertrag zwischen Vorstand der SED-W (Danelius) und Zeitungsdienst (Troeder) vom 17. Mai 1963, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 90; SEW (Hg.): Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 4, 7.

⁴² Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 394 f., 404.

⁴³ „Das europäische Buch“ hatte in Westberlin eine Filiale in der Knesebeckstraße 3 und in der Thielallee 34. Die Buchhandlung wurde geleitet von dem SEW-Mitglied Heimbert Schwandt und seiner Frau. Nach Akteneinsicht lässt sich folgendes vermuten: Das Geschäft hieß anfangs Heinrich Heine-Buchhandlung, gehörte dem ehemaligen SED-Mitglied Paul Schulz und wurde für 200.000 DM im Jahr 1963/1964 verkauft. An der Organisation der Übernahme der Buchhandlung beteiligt waren Troeder, Schwandt, Kniestedt sowie ein gewisser Schweizer „Genosse“ Pinkus. Vgl. Fritz Teppich: Der Rote Pfadfinder. Der abenteuerliche Weg eines Berliner Juden durch das 20. Jahrhundert, Berlin 1996, S. 271, 277 f.; Schreiben von Schwandt an Rudi Schmidt vom 5.12.1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 22133; Schreiben von Troeder am 18.6.1963, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 90; Schriftstück aus dem Druckhaus Norden (Schulzendorf Str. 26) vom 8.11.1963, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 81; Nicht alle Genossen lesen die „Wahrheit“ der SED. Studentische Veranstaltungen auf der Erfolgsliste der Kommunisten, in: Berliner Morgenpost vom 5.3.1965, S. 21.

⁴⁴ Vgl. Gabriele Venzky: Faule Fische im West-Berliner Bezirk Tiergarten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. April 1967, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 273.

⁴⁵ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 403 f.

Export-Firma Svenska Västfisk Export AB, die sich in den Händen der SED befand.⁴⁶ In die „Knorr-Mühle“ mietete sich daraufhin der Genosse Werner Kark Neumann mit seiner Firma Johannavervielfältigungs- und Druck GmbH ein und stellte für das Gebäude einen Nutzungsänderungsantrag, den die Behörden, die das SED-Komplott noch nicht durchschaut hatten, kurzerhand bewilligten. Damit war der Weg frei für den Umzug. Das Grundstück wurde neuer Sitz von Druckhaus Norden und Zeitungsdienst. Neumann organisierte die Ausstattung der „Knorr-Mühle“ mit neuen Rotationsmaschinen aus der DDR im Wert von über einer halben Millionen DM. Das Druckhaus Norden wurde dadurch zu einer der modernsten und leistungsfähigsten Druckereien der Stadt. Die erste dort gedruckte Ausgabe der „Wahrheit“ erschien am 9./10. Mai 1967.⁴⁷ Da wohl zudem in der SED-Kasse noch Geld übrig war, zog schließlich im April 1967 auch noch der Vorstand der SED-W (vormals: Schudomastraße 3-4 in Neukölln) um, und zwar in das Gebäude Wilmersdorfer Straße 165 in Charlottenburg.⁴⁸

Gegen Ende der 1960er Jahre begannen sich die Verhältnisse rund um das Unternehmen Zeitungsdienst zusehends zu entspannen. Die „Wahrheit“ fand Eingang in das Kiosk- und Zeitschriftenvertriebsnetz sowie später auch auf die Postzeitungsliste.⁴⁹ Darüber hinaus erfuhr die Vertriebsarbeit eine weitere Professionalisierung. Aufgrund der mittlerweile internationalen Geschäftskontakte und vollen Auftragsbücher für Druckerzeugnisse aller Art schrieb das Unternehmen seit Anfang der 1970er Jahre schwarze Zahlen.⁵⁰ Zu diesem Erfolg soll unter anderem der Leiter des Sektors Parteibetriebe der SED-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe, Werner Würzberger, erheblich beigetragen haben.⁵¹ Die Gewinne dürften dazu eingesetzt worden sein, die Parteizeitung „Die Wahrheit“, die schließlich ab September 1973 sechsmal wöchentlich herauskam, zu refinanzieren.⁵²

⁴⁶ Die Firma Svenska Västfisk Export AB, in der Kaul als Vorstandsmitglied figurierte, wurde 1986 liquidiert. Kurz zuvor war der Wohn- und Gewerbekomplex „Kaiserin-Augusta-Straße 101“ in den Besitz der Gründel Grundstücksgesellschaft mbH überführt worden. Diese Gesellschaft gehörte der Organisation und Verwaltung AG, die sich im Besitz der SED befand (siehe unten). Vgl. BT-Drucksache 13/11353, S. 271, 273; SEW (Hg.): Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 4.

⁴⁷ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 100 f.; Lutz Horst: Das ist die neue SED-Hochburg in West-Berlin, in: Bild-Zeitung vom 5.4.1967, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 274; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 405.

⁴⁸ Vgl. Lutz Horst: SED-Bonzen decken Millionen-Manko mit Straßen-Gebühren, in: Bild-Zeitung vom 18. April 1967, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 272.

⁴⁹ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 396.

⁵⁰ Nach Angaben von Erich Fischer ließen bei der Druckhaus Norden GmbH unter anderem „zahllose bundesdeutsche Konzerne ihre Werbematerialien von den Etiketten auf den Kölnisch-Wasser-Flaschen bis zu den Zahnpasta-Verpackungen preiswert drucken“. Des Weiteren, so Erich Fischer, produzierte die Druckerei „für westdeutsche Verlage eine breite Palette pornographischer Literatur für den bundesdeutschen Markt.“ Erich Fischer: Geständnisse und Bekenntnisse, Schkeuditz 2002, S. 107.

⁵¹ Vgl. Erich Fischer: Geständnisse und Bekenntnisse, Schkeuditz 2002, S. 107.

⁵² Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 405 f.

Die SED unternahm auch in den 1970er und 1980er Jahren erhebliche Anstrengungen, um ihr Auslandsvermögen zu verschleiern. Aus dem SEW-Medienkomplex der SED wurde ein verschachteltes Firmennetzwerk, das gegen Ende der 1980er Jahre folgende Struktur besaß:⁵³

Als Dachgesellschaft für den SEW-Medienkomplex der SED sowie für weitere „Parteifirmen“ im europäischen Ausland⁵⁴ fungierte die vom SED-Treuhänder Georg Fränkel 1970 in der Schweiz gegründete Briefkastenfirma Organisation und Verwaltung AG (im nachfolgenden ORVAG). Die ORVAG diente in erste Linie den Zwecken der SEW, war zugleich aber auch ein Instrument zur Unterstützung der Kommunistischen Parteien Luxemburgs und Griechenlands. Die Initiatoren im Hintergrund und maßgeblich beteiligt am Auf- und Ausbau des ORVAG-Komplexes waren der Leiter der SED-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe Karl Raab sowie ab 1982 sein Nachfolger Heinz Wildenhain.

Erster und alleiniger Verwaltungsrat der ORVAG war der schweizer Staatsbürger Albert Rees, der über einen Treuhandvertrag mit Fränkel an diesen und damit an die SED gebunden war. Der Nachfolger von Rees wurde 1983 der Schweizer Rechtsanwalt Georg Lechleiter (Mitglied des ZK der Partei der Arbeit der Schweiz).⁵⁵

Im direkten Besitz der ORVAG in Westberlin befand sich die im Dezember 1976 gegründete Treuhand-, Verwaltungs- und Organisations GmbH (im nachfolgenden T.V.O. GmbH). Der T.V.O. GmbH oblag die Verwaltung und Koordination des Firmenflechtes der ORVAG. Alleiniger Geschäftsführer der T.V.O. GmbH wurde im Oktober 1981 der Diplomkaufmann und „zuverlässige Genosse“ Werner Girke (SEW-Mitglied). Girke wurde zudem auf Geheiß von Raab etwa zur gleichen Zeit „treuhänderisch für die SED tätig und übernahm die bisherige Funktion Georg Fränkels.“⁵⁶

Eine weitere Tochtergesellschaft der ORVAG in Westberlin war die Gründel Grundstücksgesellschaft mbH. Anfang des Jahres 1986 übernahm diese Grundstücksgesellschaft den Wohn- und Gewerbekomplex „Kaiserin-Augusta-Straße 101“ der Firma Svenska Västfisk Export AB.⁵⁷ Im Besitz der Gründel Grundstücksgesellschaft mbH befand sich ferner das Wohn-

⁵³ Soweit nicht gesondert vermerkt, beruht nachfolgende Darstellung im Wesentlichen auf dem Bericht der „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ (UKPV) aus dem Jahr 1998 (BT-Drucksache 13/11353, S. 270-275) sowie auf dem Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission aus dem Jahr 1990. Vgl. SEW (Hg.): Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission, unveröffentlicht, Berlin 1990.

⁵⁴ Im europäischen Ausland gehörte zur ORVAG die 1977 gegründete Gesellschaft für die Förderung des Presse- und Verlagswesens mbH (Luxemburg). Bis 1986 war die Zeitungsdienst GmbH eine direkte Tochter dieser Gesellschaft. Weitere Firmen, die zum ORVAG-Komplex gehörten, waren beispielsweise die Corefina Anstalt (Liechtenstein) und die Casafina AG (Schweiz).

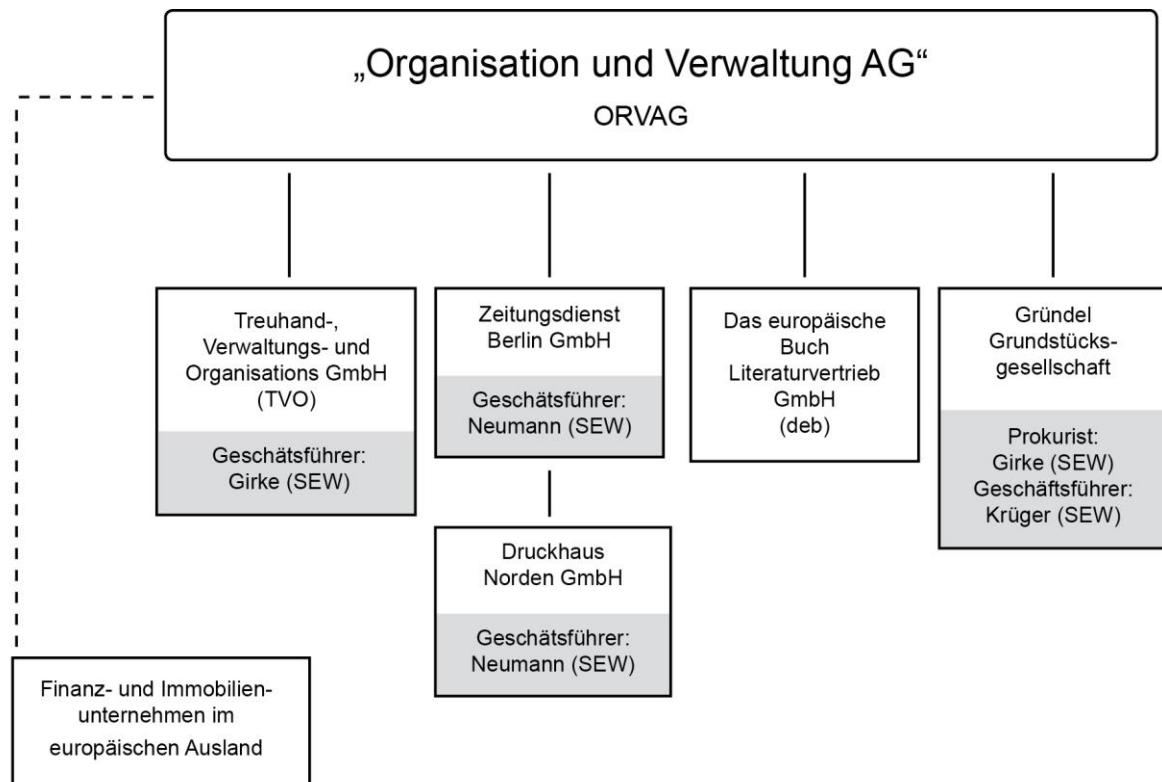
⁵⁵ Vgl. SEW (Hg.): Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 2 f., 7; BT-Drucksache 13/10900, S. 213-215.

⁵⁶ BT-Drucksache 13/11353, S. 272. Die Aktien des Gründungskapitals der ORVAG in Höhe von 100.000 CHF (Schweizer Franken) verwahrten Raab bzw. Wildenhain seinerzeit in ihrem Büro-Tresor. Im Jahr 1982 wurde das Stammkapital der ORVAG um 400.000 CHF erhöht und Girke gegen Quittung ausgehändigt. Nach den Erkenntnissen des „KoKo-Untersuchungsausschusses“ beruhte Girkes Treuhänderstellung gegenüber der SED bis zur Wende in der DDR nur auf einer mündlichen Vereinbarung. Vgl. ebenda, S. 271 f.; BT-Drucksache 13/10900, S. 213; Dokument 620, in: BT-Drucksache 12/7600, Anlagenband 3, S. 2526.

⁵⁷ Die Firma Svenska Västfisk Export AB wurde 1986 liquidiert und befand sich zuletzt im Besitz der ORVAG. Vgl. BT-Drucksache 13/11353, S. 271.

und Geschäftshaus in der Wilmersdorfer Str. 165 (Sitz des Parteivorstandes der SEW) sowie zwei weitere in Westberlin gelegene Grundstücke. Es handelte sich hierbei um ein vermietetes Einfamilienhaus (Friedrichrodaer Straße 70c) sowie ein Wohn- und Geschäftshaus (Hasenheide 47). Als Prokurist in dieser Grundstücksgesellschaft tätig war Girke. Geschäftsführer war das SEW-Mitglied Konrad Krüger, zugleich Prokurist in der T.V.O. GmbH.⁵⁸

Abbildung 4: SEW-Medienkomplex der SED in Westberlin Ende der 1980er Jahre



Quelle: Eigene Darstellung

Ebenfalls im direkten Besitz der ORVAG befand sich die Literaturvertrieb GmbH „Das europäische Buch“ und die Zeitungsdienst Berlin GmbH. Der Zeitungsdienst GmbH wiederum gehörte die Druckhaus Norden GmbH. Geschäftsführer des Zeitungsdienst-Verlages und des Druckhauses Norden und damit Nachfolger von Troeder wurde 1985 auf Girkes Vorschlag Werner Kark Neumann.⁵⁹

Mit dem Fall der Mauer 1989 folgte das Ende des SEW-Medienkomplexes der SED. Das Druckhaus Norden wurde Anfang 1990 auf Geheiß der SED abgewickelt und meldete im November 1990 Konkurs an.⁶⁰ Im gleichen Jahr war Werner Girke die Aufgabe übertragen worden, mithilfe dubioser Finanztraktionen das noch darüber hinaus übrig gebliebene SED-Vermögen der

⁵⁸ Vgl. SEW (Hg.): Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 3 f.

⁵⁹ Bemerkenswert in diesem Zusammenhang war, dass die Frau von Neumann, Irmgard Neumann, in den 1980er Jahren als Buchhalterin des Parteivorstandes der SEW tätig war. Vgl. SEW (Hg.): Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission, unveröffentlicht, Berlin 1990, S. 1, 8.

⁶⁰ Vgl. Geschichte geschrieben, in: Der Spiegel vom 5.2.1990, Seite 118 f.

ORVAG für die PDS auf Auslandskonten zu sichern. Nachdem dieses Vorhaben an die Öffentlichkeit gelangte, verzichtete die PDS 1992 auf den ORVAG-Komplex. Die Vermögenswerte der Gesellschaft samt Tochtergesellschaften, die von der Treuhandanstalt übernommen wurden, stellten zum Zeitpunkt ihrer Rückführung einen Wert von rund 34 Millionen DM dar.⁶¹



Hans Mahle (links) und Gerhard Danelius starten neue Rotationsmaschinen im Druckhaus Norden am 29. Januar 1977
(Foto: Jürgen Henschel, Kreuzbergmuseum).

⁶¹ Vgl. die Ausführliche Darstellung der Feststellung und Rückführung der Vermögenswerte des ORVAG-Komplexes sowie zum Fall „Werner Girke“, in: BT-Drucksache 13/10900, S. 212-215, 362 f.; BT-Drucksache 13/11353, S. 275-283; BT-Drucksache 15/1777, S. 12.

Viertes Kapitel: Bündnisbeziehungen

1. 1960er Jahre: APO

Die Tätigkeiten der SED-W/SEW im Hinblick auf die Studentenbewegung der 1960er Jahre in Westberlin¹ fügen sich nahtlos in die von der SED-Mutterpartei verfolgte Strategie ein. Vereinfacht ausgedrückt, ging es der SED darum, die Bewegung zu nutzen, um über sie einen mentalen Veränderungsprozess in der westdeutschen Gesellschaft herbeizuführen. Die Zielvorstellungen der SED, für die sie Mitstreiter im Westen suchte, liefen im Endeffekt darauf hinaus, den Sozialismusgedanken in die Bundesrepublik und nach Westberlin hineinzutragen. Die davon abgeleiteten Nahziele waren im Wesentlichen ausgerichtet auf die Durchsetzung der Anerkennung der DDR, die Herbeiführung der Umwandlung Westberlins in eine „Freie Stadt“ sowie den Abbau antikommunistischer Einstellungen. Um dies zu erreichen, nutzte die SED den gesamten ihr zur Verfügung stehenden Apparat einer Staatspartei.² Für ihre „Westarbeit“ besaß die SED einen zentral gelenkten Apparat, mit dessen Hilfe auf die Studentenbewegung systematisch Einfluss genommen und die Vorgehensweise koordiniert wurde.³ Das komplexe Bündel von Maßnahmen, das Ostberlin einsetzte, um auf die Studentenbewegung in ihrem Sinne einzuwirken, lässt sich in die Arbeitsebenen SED, MfS und SED-W unterteilen, die im Folgenden kurz dargestellt werden:

1) Die nach außen gerichtete, öffentliche Arbeit der SED vollzog sich vor allem durch eine propagandistisch wohlwollende Kommentierung der Studentenbewegung in den DDR-Medien.⁴ Ergänzt wurde dies durch Aktionen wie beispielsweise – die einem Staatsbegräbnis gleichende – Überführung des Leichnams des Studenten Benno Ohnesorg von Westberlin nach Hannover durch das Hoheitsgebiet der DDR am 9. Juni 1967 oder die Bereitstellung eines Sonderzuges zur Sternmarsch-Demonstration in Bonn für Westberliner APO-Anhänger im Mai 1968.⁵ Daneben agierte die SED eher verdeckt bis geheim, nicht zuletzt um diplomatische Verwicklungen zu vermeiden.⁶ Über die Massenorganisationen der DDR pflegte die SED ein vielschichtiges Netz mit zahlreichen Kontakten zur Studentenbewegung. Einzelne Funktionäre oder Delegationen der APO wurden in die DDR eingeladen, um dort mit geschulten Vertretern des Regimes (unter anderem

¹ Diese studentische Protestbewegung Anfang der 1960er Jahre bildete den Ursprung der Westberliner „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO). Die APO bildete den Sammelbegriff für zahlreiche verschiedene Gruppierungen und Organisationen. Hierzu gehörte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), der Republikanische Club (RC), der Sozialistische Hochschulgremium (SHB), der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD), die Humanistische Studentenunion (HSU) sowie viele andere mehr. Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 177-180.

² Vgl. Bernd Rabe: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, 15 f., 22-24, 32 f.

³ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 183.

⁴ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 183; Bernd Rabe: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 25 f.

⁵ Vgl. Bernd Rabe: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 25 f.; Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 203; Burghard Ciesla: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006, S. 211.

⁶ Vgl. Bernd Rabe: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 18.

SED- und FDJ-Kader) Gespräche zu führen. Ebenso reisten DDR-Funktionäre, insbesondere Delegationen der FDJ, in den Westen, trafen sich mit Vertretern der APO und nahmen an deren Veranstaltungen teil und organisierten Ausstellungen, Vorträge und Seminare zu Schulungszwecken. Diese Treffen nutzte die SED, um Propaganda-, Agitations-, Kampagnen-, Informationsmaterial sowie DDR-Literatur an die Studenten auszugeben, Aktionsbündnisse zu organisieren und „Genossen“ für die illegale Arbeit im Westen zu werben.⁷ Darüber hinaus wurden einzelne Hinweise auf weitere direkte materielle und finanzielle Unterstützung von Gruppierungen der APO seitens der SED bekannt.⁸

2) Das Ministerium für Staatssicherheit arbeitete konspirativ mit vielschichtig ausgerichteten Methoden. Dies reichte von der Herstellung von Flugblättern über das Lancieren von Pressemitteilungen in Westmedien bis hin zur Organisation ganzer Kampagnen. Neben dem Sammeln und Auswerten von Informationen gehörte zu den wesentlichen Tätigkeiten des MfS die systematische Unterwanderung der APO durch das Einschleusen von Agenten.⁹ „Wie groß das Netz der Inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter in den Reihen der Studentenbewegung letztlich war und welche Wirkung sie dort entfalteten, wird sich wohl niemals mehr genau feststellen lassen. Lediglich für Westberlin ist eine ‘Aufstellung über operative Verbindungen zu Organisationen und Gruppierungen der APO’ überliefert, der zufolge allein der Aufklärungsapparat des MfS in der Berliner Studentenbewegung über mehr als zwei Dutzend Inoffizielle Mitarbeiter (IM) und Kontaktpersonen (KP) verfügte: drei IM und vier KP wirkten im Republikanischen Club, neun IM und vier KP im SDS, zwei IM und drei KP im ASTA von FU und TU sowie sechs IM in anderen Organisationen. Diese Liste ist jedoch keineswegs vollständig, da die Agenten anderer Diensteinheiten – zum Beispiel Peter Heilmann, Dietrich Staritz und Walter Barthel – darin keine Berücksichtigung finden.“¹⁰ Hinsichtlich der finanziellen Unterstützung der APO seitens des MfS fanden sich vereinzelt Hinweise. So sollen beispielsweise über die Vermittlung des FDP-Politikers William Borm finanzielle Zuwendungen an zwei wichtige Koordinierungsgremien der APO – November-Gesellschaft und Republikanischer Club – geflossen seien. William Borm selbst arbeitete lange Zeit mit dem MfS zusammen.¹¹

⁷ Das Ausmaß dieser Vorgänge ist kaum abzuschätzen. Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 183, 202 f., 209 f.; Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 29-31, 39 f., 42, 51 f., 70 f., 73, 75; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 4-6, 24 f.), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 76-78, 96 f.; Bernd Rabehl: Der SDS, Dutschke und der antiimperialistische Kampf im Blickfeld der SED, in: Bernd Rabehl: Kampfansage – der SDS im Politikkalkül von SED und MfS, im Internet: <http://freenet-homepage.de/visionen>, Stand: 2009.

⁸ Vgl. Hubertus Knabe: Der lange Arm der SED. Einflussnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit auf politische Protestbewegungen in Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 38/1999, S. 13; Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 193 f.; Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 69-71.

⁹ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 183 f.

¹⁰ Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 231. Vgl. ergänzend: ebenda, S. 187-190, 199 f., 209; Hubertus Knabe: Der lange Arm der SED. Einflussnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit auf politische Protestbewegungen in Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 38/1999, S. 14 f.

¹¹ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 67-70, 207-209.

3) Die SED-W mit ihren Nebenorganisationen bildete die dritte Arbeitsebene, sie fungierte quasi als SED im Kleinen. Die Westberliner Kommunisten organisierten ihrerseits zahlreiche Seminare, Veranstaltungen und Vorträge, unterhielten eigene Kontakte zu APO-Führern, beteiligten sich an Aktionen und begleiteten die Bewegung propagandistisch durch die ihnen zur Verfügung stehenden Printmedien. Daneben wurden umfangreiche Erkenntnisse über die APO gesammelt¹², die von der Führungsspitze der SED-W über die permanent bestehenden Verbindungen an das MfS oder an die SED-Funktionäre weitergegeben wurden.¹³ Die Westberliner Kommunisten blieben von den Informationen über die speziellen Aktivitäten des MfS aus Gründen des Schutzes der Partei wie auch der Agenten weitgehend ausgeschlossen. Die „Westarbeit“ von Partei und Staatssicherheit sollte einer zentralen Festlegung zufolge grundsätzlich voneinander getrennt bleiben.¹⁴ Auch über die SED-W liefen direkte materielle wie finanzielle Unterstützungsmaßnahmen an APO-Gruppierungen. So stellte der Verfassungsschutz fest, dass die SED-W einer Basisgruppe der APO Finanzmittel für die Herstellung von Flugblättern gegeben und einer anderen Arbeitsräume zur Verfügung gestellt hatte.¹⁵ Aus Berichten des MfS geht hervor, dass die SED-W – wahrscheinlich um Sympathiepunkte zu sammeln – einer Gruppe von Anhängern der APO auf deren Anfrage hin eine Bauanleitung zur Herstellung von „Stinkstoffen“ übergab.¹⁶ In gleicher Weise vermittelte sie die Herstellung von Pappraketen, „in denen Flugblätter enthalten waren, die die amerikanischen GI zur Desertion aufriefen. Rabehl als Mitglied des Bundesvorstandes des SDS brachte diese Raketen im Koffer auf dem Luftweg nach Frankfurt“¹⁷, um sie dort über amerikanischen Kasernen „abzufeuern“. Weiterhin aktenkundig ist, dass die SED-W im Hinblick auf die Vorbereitungen von Veranstaltungen am 1. Mai 1968 den Antrag an die SED richtete, einen „Solidaritätsfond der Freunde der außerparlamentarischen Opposition“, der

¹² Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 4), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 76.

¹³ In einer Notiz des MfS über ein Gespräch mit einem SED-W-Mitglied vom Januar 1969 war beispielsweise Folgendes zu lesen: „Mir [MfS-Mitarbeiter] wurde unter äußerster Vertraulichkeit mitgeteilt, dass einer der leitenden Leute vom SDS, der X in der Aussprache mit dem Parteivorstand der SED-Westberlin mitgeteilt hat, dass der SDS in Westberlin plant, seine Organisation auf Kampfgruppen umzustellen, die den revolutionären Aufstand vorbereiten. Die Stärke der jeweiligen Kampfgruppen soll 5 Mann betragen. Ihre Ausbildung soll an Waffen und Sprengstoffen vorgenommen werden. Dabei sollen als Objekte des Angriffs in Westberlin Brücken u. ä. Sachen, die besonders für den Interzonenverkehr von Wichtigkeit sind, in Angriff genommen werden. Maßnahme: Nach Rücksprache mit dem Genossen Beater Information an den Genossen Minister erarbeiten.“ Aktennotiz über die Absprache beim Parteivorstand der SED-Westberlin am 17.1.1969 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 275.

¹⁴ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 215.

¹⁵ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 39), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 111.

¹⁶ Dies ereignete sich in der Mitte des Jahres 1969. Die SEW erhielt die Information zur Herstellung von „Stinkstoffen“ auf Anfrage vom MfS. Vgl. Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 19. Mai 1969 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 287; Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 27. Mai 1969 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 288; Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 2. Juni 1969 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 290; Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 30.7.1969 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 298.

¹⁷ Bernd Rabehl: Die Justizkampagne – Freiheit für Fritz Teufel (Kap. 3.5), in: Bernd Rabehl: Die Provokationselite – Aufbruch und Scheitern der subversiven Rebellion in den sechziger Jahren, im Internet: <http://freenet-homepage.de/visionen>, Stand: 2009.

vom SDS, vom Republikanischen Club und von der FDJ-Westberlin (FDJ-W) getragen wurde, mit 20.000 DM zu unterstützen. Es ist davon auszugehen, dass die SED den betreffenden Betrag in Raten über Mittelsmänner auf das Konto des Fonds einbezahlt.¹⁸ Als eine Form der versteckten Finanzierung lässt sich der Vorgang interpretieren, dass die SED-W vom Republikanischen Club 10.000 Abzeichen „Enteignet Springer“ für je 0,50 DM kaufte, die Selbstkosten jedoch bei lediglich etwa 0,10 DM lagen.¹⁹ Kurios ist zudem, dass im Demonstrationszug zum Springer-Hochhaus am 11. April 1968 Fackeln mitgeführt wurden, die in Westberlin nicht zu kaufen waren. Unter der äußersten entzündbaren Zellstoffschicht enthielten sie Papier des „Neuen Deutschland“.²⁰ Darüber hinaus unterstützte die SED-W fallweise einzelne APO-Gruppierungen, indem sie mit Hilfe des „parteieigenen“ Druckhauses die Herstellung von Flugblättern, Druckschriften, Plakaten organisierte.²¹

Diese hier vorgenommene Kurzdarstellung der drei miteinander agierenden Arbeitsebenen lässt die komplexe Vorgehensweise Ostberlins und den nicht mehr vollständig zu rekonstruierenden Mitteleinsatz erahnen. Die Rangordnung der Entscheidungen war eindeutig. Die Führungsspitze der SED gab die Strategie vor, die vom MfS und der SED-W – gleichsam vor Ort in Westberlin – umzusetzen war. Die Politik der SED für Westberlin spiegelte sich in der SED-W, deren vordringlichste Aufgabe Anfang der 1960er Jahre darin bestand, Verbindungen zur Bevölkerung aufzubauen und Gesprächspartner zu finden. Für die SED-W war die Situation mit der Spaltung und Trennung Berlins durch den Mauerbau im August 1961 desolat. Sie war als „Mauerpartei“ verschrien und politisch und gesellschaftlich vollkommen isoliert.²² Die einsetzenden Studentenproteste und die sich daraus entwickelnde APO boten ihr eine Möglichkeit, aus dem Schattendasein herauszutreten. Dies gelang ihr zunehmend ab dem Jahr 1964, im Jahr 1967 schließlich wurde die SED-W Teil der Studentenbewegung. Als nächsten Schritt bemühte sich die SED-W vergeblich, Teile der APO zu kanalisieren, mit der Erwartung sich eine Basis in der Bewegung schaffen zu können. Das angestrebte Ziel der SED-W verkündete Danelius auf einer am 20. September 1967 beim SED-W-Parteivorstand durchgeführten Beratung: „Es müsse alles getan werden, um ein einheitliches Handeln zwischen den ‘Werktäglichen’ und dieser linken

¹⁸ Vgl. Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 65 f.

¹⁹ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 16), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 88.

²⁰ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 39), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 111.

²¹ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 182, 184; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 39), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 111; Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 129.

Als ein Beispiel weiteres Beispiel der Unterstützung ist das Verschicken von Einladungen zu einer Pressekonferenz im Namen der APO und des Sozialistischen Maikomitees im April 1968 durch die SEW anzusehen. Vgl. Wolfgang Fahlke: Im ZK der Berliner APO haben die SED-Leute wenig zu melden (Artikel in einer westdeutschen oder Westberliner Zeitung vom 30.4.1968), in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 129.

²² Vgl. Gerd Friedrich Nüske: „Mehr Niederlagen als Siege“ – Das Ende der SEW, einer deutschen kommunistischen Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 125.

Opposition, die im Wesentlichen nicht aus Arbeitern bestehe, zu erreichen.“²³ Dieses Ansinnen hatte keinerlei Aussicht auf Erfolg, da der SED-W die Führungsrolle innerhalb der APO verwehrt blieb.

Die SED-W/SEW profitierte insgesamt aber dennoch von der Protestbewegung. Denn ab der zweiten Hälfte der 1960er bis hinein in die 1970er Jahre schlossen sich etwa 3.000 vor allem junge Menschen der Partei an.²⁴ Dieser Zustrom bewirkte einen absoluten Mitgliederzuwachs: Hatte die SED-W/SEW 1965 schätzungsweise 5.200 Mitglieder, stieg deren Zahl 1966 auf rund 6.200 an. Anfang der 1970er Jahre erreichte die Partei schließlich mit deutlich über 7.000 Mitgliedern den höchsten Stand in ihrer Geschichte.²⁵

Gemeinsamkeiten und Gegensätze zwischen SED-W/SEW und APO

Um den Entwicklungsprozess der SED-W/SEW einordnen zu können, erfolgt ein Überblick, wie sich die Beziehung zwischen den Westberliner Kommunisten und der APO gestaltet hat. Generell ist festzustellen, dass das Verhältnis zwischen der SED-W und den Studenten über den gesamten Zeitraum der 1960er Jahre hinweg äußert gespalten war. Einige der von Teilen der Studentenschaft im Laufe der Zeit erhobenen Appelle wiesen in die Richtung der von der SED-W/SEW verfolgten Zielvorstellungen. Hierzu zählte insbesondere die Ablehnung der durch die Bundesrepublik verabschiedeten Notstandsgesetzgebung, die Verurteilung der amerikanischen Vietnampolitik sowie die Forderungen nach Anerkennung der DDR, der Oder-Neiße-Grenze und des eigenständigen Status Westberlins.²⁶ Ebenso fanden sich in der APO Überschneidungen mit der von der SED-W/SEW vertretenen marxistisch-leninistischen Ideologie und Programmatik. Dazu gehörte beispielsweise der von der SED-W/SEW propagierte Antifaschismus, der „Kampf für die Zurückdrängung der Herrschaft der Monopole“ oder die Forderung für eine „erweiterte und qualifizierte Mitbestimmung“²⁷. Um zusätzliche Übereinstimmungen zu erzielen, veröffentlichte

²³ Zit. nach Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 14), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 86.

Bereits zuvor, am 12. Juli 1967, erklärte der Vorsitzende Danelius auf einer Beratung des Parteivorstandes der SED-W über „Probleme der demokratischen Bewegung“, dass sich als Hauptaufgabe für die Partei herausschäle, „die Arbeiterbewegung mit der Bewegung der Studenten zu verbinden und die Gewerkschaften zu aktivieren, um eine große Beteiligung der Arbeiter an den Aktionen zu erreichen. Hierzu sei es erforderlich, die ‘Gesamtorientierung’ der Partei auf die gewerkschaftlichen Vertrauensleute, auf die Betriebsräte und SPD-Mitglieder auszurichten mit dem Ziel, sich enger mit der gesamten ‘Bewegung’ zu verbinden.“ Zi. Nach: Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 14), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 86.

²⁴ Vgl. Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 4.4.1968, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SEW, Berlin 1972, S. 43; Schlusswort des Genossen Schmitt auf der 16. Tagung des PV am 6.6.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert.

²⁵ Vgl. Jenny Niederstadt,: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 80-82.

²⁶ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 178; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 13-15), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 85-87.

²⁷ Zit. nach Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 190 f.

die SED-W Mitte 1968 einen Programmentwurf für eine „demokratische Bildungs- und Hochschulreform“, worin sie eine Vielzahl der zuvor von der APO erhobenen Forderungen aufgriff. Nach Ansicht von Danelius sollte dies dazu beitragen, eine „Plattform für das gemeinsame Vorgehen aller demokratischen und sozialistischen Kräfte zu schaffen“²⁸. Der Entwurf erschien in einem Sonderdruck der „Wahrheit“, wurde in einer großen Aktion an den Universitäten und vor Schulen verteilt sowie gezielt an Lehrkräfte verschickt.²⁹

Von der punktuellen Übereinstimmung abgesehen, bestand in Teilen der APO eine allgemein skeptische bis ablehnende Haltung gegenüber der SED-W/SEW.³⁰ Einigen Anhängern der Bewegung war die SED-W entweder zu autoritär oder aber zuwenig revolutionär, anderen hingegen war der Einfluss Ostberlins zuwider, manche wiederum bezeichneten die Westberliner Kommunisten gar als ‘Rotfaschisten’. Die Bandbreite der Kritik an der SED-W und ihrer Politik entsprach dem Konglomerat der in der APO entstandenen Strömungen und Positionen, die sich in der Phase der Radikalisierung der Bewegung herauskristallisiert hatten. Innerhalb der APO waren es insbesondere maoistische und antiautoritäre beziehungsweise anarchistische Gruppierungen, die sich verstärkt direkt gegen den orthodoxen Kommunismus und gegen die SED-W aussprachen. In scharfer Form verurteilten sie die Politik des realen Sozialismus sowjetischer Prägung. Die Auffassung dieses Personenkreises war, dass die „imperialistische“ Sowjetunion, ihre Stellvertreter und dementsprechend auch die SED-W/SEW „Verrat an der Revolution“ betrieben hätten.³¹ Die zum Teil erheblichen Meinungsverschiedenheiten in ideologischen und taktischen Fragen, die immer wieder hervortraten, bestanden nicht nur zwischen der APO und der SED-W/SEW, sondern sie waren auch kennzeichnend für die Bewegung insgesamt.³² Aufgrund dessen sah sich die SED-W/SEW ihrerseits im Laufe der Zeit gezwungen, zwischen den verschiedenen Gruppierungen innerhalb der APO hinsichtlich der Zusammenarbeit zu differenzieren. Zum einen verweigerte sie die Beteiligung an Aktionen der APO, bei denen abzusehen war, dass diese auch zur Kritik am System der Sowjetunion und ihren Verbündeten führen würden. Die SED-W wollte damit die reale Gefahr vermeiden, selbst zur Zielscheibe von derartigen „antisowjetischen Angriffen“ zu werden. Zum anderen versuchte sie, sich von den ab Ende 1966 eskalierenden Gewaltaktionen des linksextremistischen Teils der APO fernzuhalten. In einigen Fällen distanzierte sich die SED-W öffentlich von derartigen „Kampfmethoden“ oder versuchte, die Beteiligten davon abzubringen. Diese abwehrende Haltung der Westberliner Kommunisten sollte Konflikte mit der Polizei vermeiden. Andererseits führte die zunehmende Dauereskalation dieser Zeit dazu, dass die Empörung bei den Westberlinern anwuchs. Das wiederum konnte nicht im Interesse der SED-W

²⁸ Zit. nach Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 15), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 87. Vgl. ergänzend: Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 410.

²⁹ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 15), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 87; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 190 f.

³⁰ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 184.

³¹ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 180, 190 f.

³² Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 25 f.), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 97 f.

sein, da dies ihre Bemühungen, ihren Einfluss über die APO innerhalb der Bevölkerung zu vergrößern, gefährdete.³³ Trotz dieser Abgrenzung fand die SED-W innerhalb der Bewegung immer wieder gemäßigte Gruppen für eine befristete Zusammenarbeit. Diesen Verbindungen lag zumeist die gemeinsame Überzeugung zugrunde, dass in Vorbereitung für eine erfolgreiche Revolution zunächst eine Massenbasis geschaffen werden müsse.³⁴ Hinzu kam, dass die Westberliner Kommunisten entgegen aller Widersprüche und Konflikte ständig bestrebt waren, „die APO-Gruppen zu überzeugen, das ‘Gemeinsame und Einigende’ zu suchen und Fragen zu diskutieren, ‘die die Einheit in der politischen Aktion und die Durchsetzung der gemeinsamen Kampfziele fördern’.“³⁵ Insgesamt begünstigte gerade die Heterogenität der APO, dass die SED-W mit ihrer relativ klaren Positionierung und straffen Organisation zu einer „Abteilung in der Bewegung“³⁶ wurde.³⁷

Aktionen

Die Entwicklung der SED-W innerhalb der Studentenbewegung wird sichtbar anhand des gemeinsamen Handelns. Die ersten Schritte der SED-W Anfang der 1960er Jahre, überhaupt mit den Studenten in Kontakt zu kommen, gestalteten sich allerdings mühsam.³⁸ Indirekt bestätigte dies die von der SED-W-Funktionärin Gisela Giessler auf der Delegiertenkonferenz der SED-W am 22. November 1962 in ihrem Referat dargelegte Behauptung, „dass die Studenten in der Mehrheit so gut wie gar kein Wissen über die Entwicklung in Deutschland und in Berlin nach 1945 hätten. Die SED[-W] müsse sich immer wieder Vorwürfe gefallen lassen wie, sie sei Schuld am Bau der Mauer und an der Spaltung Deutschlands.“³⁹ 1964 hatte sich die Situation verändert. Zu dieser Zeit zeichnete sich ab, dass sich gewisse Zielvorstellungen in Teilen der Studentenschaft punktuell denen der SED-W annäherten.⁴⁰ Einige der folgenden Ereignisse im studentischen Bereich waren kennzeichnend für diesen Wandlungsprozess: a) Im Februar 1964 erklärte sich der Liberale

³³ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 184 f., 191, 193 f.; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 7, 22), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 79, 94.

³⁴ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 195.

³⁵ Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 191.

³⁶ Gerhard Danelius in einem Spiegel-Interview mit dem Titel: „Wir sind eine Abteilung der Bewegung“, in: Der Spiegel vom 27.5.1968, S. 38.

³⁷ Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2258; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 194 f.; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 35 f.), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 107 f.

³⁸ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 183; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 7), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 79.

³⁹ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 3), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 75.

⁴⁰ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 3, 6), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 75, 78; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 182 f.

Studentenbund Deutschlands (LSD) erstmals bereit, mit der SED-W zu diskutieren („Wahrheit“ Nr. 144 vom 10.2.1964).⁴¹ b) „Im Mai 1964 entsandte der SDS erstmals eine offizielle Delegation zum sogenannten Deutschlandtreffen der FDJ – bis dahin war keiner der westdeutschen Jugend- oder Studentenverbände bereit gewesen, auf dieser Ebene mit der SED zu kooperieren. Unter den neun Delegationsmitgliedern befand sich auch Dietrich Staritz“⁴². c) Am 19. Dezember 1964 fanden die Wahlen zum 17. Konvent der FU statt mit dem Ergebnis, dass nahezu ausschließlich Mitglieder der Hochschulgruppen LSD, SDS (mit allen acht Kandidaten) und SHB sowie fortschrittliche „Unabhängige“ in Positionen der studentischen Selbstverwaltungsgremien rückten. Die SED-W kommentierte den Einzug der „progressiven Kräfte“ in den neuen Konvent wohlwollend in der „Wahrheit“ vom 22. Dezember 1964 unter der Überschrift „Vernunft siegte bei FU-Wahlen“.⁴³ Damit waren die Weichen der APO für die punktuelle Zusammenarbeit mit der SED-W gestellt.

Die Demonstration am 18. Dezember 1964 gegen den Besuch des kongolesischen Ministerpräsidenten Moïse Tschombé gehörte zu den ersten Aktionen, an denen Mitglieder der SED-Westberlin und der FDJ-W gemeinsam mit dem SDS, dem LSD und SHB offen auftraten.⁴⁴ Auf ein gemeinsames Flugblatt, unterschrieben von allen Gruppen, wurde aufgrund der Bedenken der Vertreter des LSD gegenüber der FDJ-W verzichtet. Der Anti-Tschombé-Demonstrationszug startete vom Flughafengebäude Tempelhof und erreichte – abweichend von der polizeilich festgelegten Route – das Schöneberger Rathaus. Dort angekommen, durchbrachen einige der Teilnehmer die Bannmeile, was den regierenden Bürgermeister Willy Brandt dazu veranlasste, mit einer Delegation der Demonstranten zu reden. Das Geschehen endete mit einem „Tomaten-Terror-Bomardement“ auf das abfahrende Tschombé-Auto. An dieser „machtvollen Einheitsdemonstration“, so wurde das Ereignis am nächsten Tag vom Parteiorgan der SED-W „Die Wahrheit“ bezeichnet, waren rund 650 Personen beteiligt.⁴⁵

In der Folgezeit kam es zu mehreren gemeinsamen Aktionen. Hierzu gehörten unter anderem die vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) am 1. Juli 1965 durchgeführte

⁴¹ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 3), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 75.

⁴² Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 200.

⁴³ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 4), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 76.

⁴⁴ Wahrscheinlich war die SED-W schon zuvor an einigen Studentendemonstrationen beteiligt gewesen. Zumindest ließ nachfolgendes Schreiben von Danelius an Verner im Juni 1964 darauf schließen: „Lieber Paul! Die für heute 15 Uhr angekündigte Studentendemonstration hat mit unserer Hilfe stattgefunden. Mehrere hundert Studenten formierten sich auf dem Steinplatz und demonstrierten in Richtung Kurfürstendamm. [...] Besonders interessant ist, dass einer der Hauptträger dieser Demonstration der Sozialistische Hochschulgremium war. Weiterhin ist bemerkenswert, dass sich der größte Teil der Losungen gegen Wehner richtete.“ Schreiben von Danelius an Verner vom 29.6.1964, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2045.

⁴⁵ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 178; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 6), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 78; Bernd Rabehl: Permanente Subversion contra Weltrevolution (Kap. 1.4), in: Bernd Rabehl: Die Provokationselite – Aufbruch und Scheitern der subversiven Rebellion in den sechziger Jahren, im: Internet: <http://freenet-homepage.de/visionen>, Stand: 2009; Rudi Dutschke: Vom Antisemitismus zum Antikommunismus, in: Uwe Bergmann/Rudi Dutschke/Wolfgang Lefévre/Bernd Rabehl (Hg.): Rebellion der Studenten oder die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 63.

Protestkundgebung gegen den „Bildungsnotstand“ (insgesamt rund 6.000 Teilnehmer) mit etwa 300 Mitgliedern der SED-W und FDJ-W sowie die Demonstrationen gegen die Vietnampolitik der USA am 5. Februar (rund 2.000 Teilnehmer) und 10. Dezember 1966 (rund 1.200 Teilnehmer) mit 300 beziehungsweise 80 Mitgliedern der SED-W und FDJ-W. Ferner beteiligten sich Mitglieder der FDJ-W an den vom SDS initiierten Protestaktionen gegen den italienischen Film „Africa Addio“ Anfang August 1966 und nahmen an der Podiumsdiskussion über das Thema „Notstand für alle“ am 20. Oktober 1966 im Auditorium Maximum der Freien Universität teil.⁴⁶

Im Gegenzug traf die Aufgeschlossenheit gegenüber der SED-W zugleich auf Widerstand. Beispielsweise wurden am 26. Oktober 1965 die von der SED als „progressive Kräfte“ eingeschätzten Vorsitzenden des AStA der FU Wolfgang Lefèvre und Peter Damerow (beide SDS-Mitglieder) vom Konvent abgewählt, „als bekannt geworden war, dass beide Mitte August 1965 einen ‘Vietnam-Appell’ des kommunistisch gesteuerten ‘Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung, West-Berlin’ unterschrieben hatten.“⁴⁷ In einem anderen Fall wurde am 29. Juni 1966 FDJ-W-Mitgliedern der Zutritt zu einem von rund 1.000 Studenten besuchten Teach-in über Fragen der Zwangsexmatrikulation und Studienreform verweigert.⁴⁸ Insgesamt änderte dies jedoch nichts an der Tatsache, dass die SED-W ihr vordringlichstes Ziel erreicht hatte: Es war ihr gelungen, eine Gesprächsplattform innerhalb der APO zu finden, „auf der sie – wenn auch nur geduldet – verhältnismäßig ungestört agitieren konnte.“⁴⁹

Von besonderer Bedeutung war die Protestaktion anlässlich des Shah-Besuches am 2. Juni 1967. Bei dieser Kundgebung, die zu schweren Ausschreitungen führte, kam der FU-Student Benno Ohnesorg durch Schüsse des Polizeibeamten Karl-Heinz Kurras⁵⁰ ums Leben. Die offiziellen Vertreter der SED-W und deren Nebenorganisationen waren dieser Demonstration ferngeblieben – der Wahrscheinlichkeit nach aufgrund der relativ guten Beziehungen zwischen der

⁴⁶ Vgl. Ins Freie. Studenten-Aktion 1. Juli, in: Der Spiegel vom 7.7.1965, S. 29; Veranstaltungen und Protestaktionen der oppositionellen Studentengruppen (Anlage 1), in: Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die Protestbewegung unter den Studenten der Freien Universität Berlin, Berlin Juli 1967, S. 5, 6 f.; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 7, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 79.

Über weitere gemeinsame Aktionen vgl. ergänzend Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009, S. 113 f.

⁴⁷ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 7), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 79.

⁴⁸ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 8, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 80; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 183 f.

⁴⁹ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 9), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 81.

⁵⁰ Bereits seit 1955 arbeitete Karl-Heinz Kurras als IM für das MfS. Erkenntnisse darüber, ob er zu den Todesschüssen an Benno Ohnesorg von DDR-Seite beauftragt worden sein könnte, liegen nicht vor. Vgl. Cornelia Jabs/Helmut Müller-Enbergs: Der 2. Juni 1967 und die Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv, Nr. 3/2009, S. 395-400.

UdSSR und dem Iran.⁵¹ Anwesend war hingegen das SED-W-Mitglied Jürgen Henschel, Fotograf des Parteiorgans „Die Wahrheit“. Sein Foto vom getöteten Studenten Benno Ohnesorg, das er vor der Deutschen Oper aufgenommen hatte, wurde weltbekannt.⁵² Die SED-W versuchte die Folgen der Ereignisse nach dem Shah-Besuch für sich zu nutzen, indem sie ihre Kampagnetätigkeit weiter intensivierte.⁵³ Bislang hatte sie sich wiederholt mit dem „Kampf der Studenten und Professoren an den Westberliner Hochschulen und Universitäten“ in wesentlichen Punkten solidarisch erklärt. Die Forderung nach der seit jeher angestrebten „Aktionseinheit“ in Form eines Zusammenschlusses „aller Arbeiter und Studenten“ zu einer „demokratischen Front“ wurde jedoch erstmals nach dem 2. Juni 1967 erhoben. Entsprechende Flugblätter wurden am 5. Juni 1967 und in den nachfolgenden Wochen in hoher Auflage vor zahlreichen Großbetrieben und vor den Hochschulen verteilt.⁵⁴ Als Beispiel für ein „einheitliches Handeln“, so sagte der SED-W-Vorsitzende Danelius auf einer Beratung des Parteivorstandes am 12. Juli 1967, „würden sich die am 21./22. Oktober 1967 stattfindenden ‘Vietnam-Tage’ anbieten, an denen sich die SED-Westberlin ‘mit allen zur Verfügung stehenden Kräften’ beteiligen wolle.“⁵⁵ Die Initiative für diese Demonstration gegen den Krieg in Vietnam war von der „Kampagne für Abrüstung, Regionalausschuss Berlin“ ausgegangen. Ein entsprechender Teilnahmeaufruf an die Westberliner Bevölkerung wurde verfasst und von 35 Organisationen und Institutionen unterzeichnet.

Anfang Oktober schrieb Danelius an Ulbricht: „Lieber Genosse Walter Ulbricht! Die jüngste Entwicklung in Westberlin veranlasst mich zu diesem Schreiben. In den letzten Monaten gab es eine Reihe von Aktivitäten, Aktionen und Demonstrationen, die immer deutlicher zeigen, dass sich die Linkskräfte und Demokraten zu formieren beginnen. Während wir uns bisher auf Aussprachen und Unterstützung der Aktivitäten beschränken, kommt es in letzter Zeit zu einer immer engeren Zusammenarbeit mit unserer Partei. So haben wir gemeinsam mit dem ‘Republikanischen Klub’ das Flugblatt und die Demonstration am Kurfürstendamm am Freitag, dem 6. Oktober beraten und durchgeführt. Während die führenden Repräsentanten der studentischen Bewegung noch vor einigen Monaten auf dem Standpunkt beharrten, dass die Arbeiterklasse keine potentielle revolutionäre Kraft mehr darstellt und nur losen Kontakt mit unserer Partei unterhielt[en], hat sich

⁵¹ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 10), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 82; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 183.

⁵² Jürgen Henschel wurde 1923 in Berlin geboren und arbeitete von 1967 bis 1988 als fest angestellter Fotograf der „Wahrheit“. Durch seine große Stehleiter, die er zu Demonstrationen mitnahm, um Fotos zu machen, wurde er stadtbekannt. Sein Foto des leblosen Studenten Benno Ohnesorg erschien am 4.6.1967 zuerst in der „Wahrheit“. Vgl. Detlef Krenz: Der Fotograf der „Wahrheit“, in: Kreuzberg Museum (Hg.): Jürgen Henschel – der Fotograf der Wahrheit. Bilder aus Kreuzberg 1976-1988. Berlin 2006, S. 45.

⁵³ Nach dem Tod Ohnesorgs sollen zudem Abgesandte der FDJ-W im SDS-Zentrum erschienen sein und „ihre Hilfe einschließlich einer Solidarspende von 5.000 DM“ angeboten haben. Ferner sollen später dem „von den Studenten eingerichteten Ermittlungsausschuss zur Untersuchung des Todes von Benno Ohnesorg [...] aus Ostberlin Fotomaterial und Dossiers über die Nazivergangenheit Westberliner Polizeibeamter“ zugegangen sein. Zit. nach Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009, S. 120 bzw. 126.

⁵⁴ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 10, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 82.

⁵⁵ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 14, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 86.

die Lage jetzt geändert. In meiner Wohnung erschienen der Vorsitzende des studentischen Konvents Wolfgang Lefèvre, der Vorsitzende des SDS und sein Stellvertreter, Rudi Dutschke und Dirk Müller, und Angehörige der Leitung des Allgemeinen Deutschen Studentenausschusses. Sie erklärten mir, dass sie doch eingesehen hätten, dass es ohne die ‘Lohnabhängigen’ keine entscheidenden Umwälzungen geben könne und dass sie aus diesem Grunde jetzt eine engere Koordinierung der Aktionen und eine noch engere Zusammenarbeit mit unserer Partei wünschen. Wir einigten uns auf ein gemeinsames Vorgehen bei Demonstrationen gegen die USA-Aggression in Vietnam, gegen Notstandspolitik und Notstandspraxis, für mehr Rechte der Studenten in- und außerhalb des akademischen Raums, für die Anerkennung der Existenz von zwei deutschen Staaten und für die Herstellung normaler Beziehungen Westberlins zur Deutschen Demokratischen Republik. [...] Ich möchte Deine Aufmerksamkeit darauf lenken, dass sowohl im ‘Republikanischen Klub’ als auch in der studentischen Bewegung verschiedene Auffassungen und auch ultralinke Tendenzen wirksam sind. Wir setzen uns in diesen Fragen ruhig, sachlich und kameradschaftlich auseinander und stellen vor allem das Einigende in den Vordergrund. Zugleich verstärken wir unsere propagandistische Arbeit durch öffentliche Vorträge über Fragen des Marxismus-Leninismus, durch eine stärkere Verbreitung Deiner Rede anlässlich des 100. Jahrestages der Veröffentlichung des ‘Kapital’ und durch Verbesserung der innerparteilichen Schulung. Interessant ist, dass seit dieser Zeit unsere ideologischen und politischen Positionen an beiden Universitäten und im ‘Republikanischen Klub’ stark diskutiert und beachtet werden. Ich werde mit den Genossen Heinz Geggel und Paul Verner vorbesprechen, auf welche Weise die Hilfe aus der DDR – sowohl die propagandistische als auch die operative – noch erhöht werden kann. Es wäre gut, wenn wir die Delegationstätigkeit in die DDR verstärken könnten und wenn uns durch die entsprechenden Institutionen Bildungshefte ausgearbeitet werden, um die propagandistische Arbeit zu erleichtern.“⁵⁶

An den besagten „Vietnam-Tagen“, deren Abschlusskundgebung auf dem Wittenbergplatz stattfand, nahmen schätzungsweise 8.000 Personen teil, unter ihnen die SED-W, ihr gesamter Vorstand und mehrere hundert Mitglieder.⁵⁷ Die mit der SED-W sympathisierende und durch das MfS beeinflusste Zeitschrift „Berliner Extra-Dienst“⁵⁸ berichtete über die Veranstaltung mit folgenden Worten: „Einige Tage vor dem 21. Oktober hatte die SED-Westberlin ihre Mitglieder aufgerufen, sich an der Demonstration zu beteiligen. Das wäre vor einigen Jahren noch Anlass für viele der anderen Organisationen gewesen, sich unter Hinweis auf die kommunistische

⁵⁶ Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 9.10.1967, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89.

⁵⁷ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 16), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 88; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 185-187; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 409.

⁵⁸ Zum „Berliner Extra-Dienst“ und die Einflussnahme des MfS vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 210-216.

Die sympathisierende Haltung, die der „Berliner Extra-Dienst“ in den 1960er Jahren gegenüber SED-W/SEW einnahm, verkehrte sich im darauf folgenden Jahrzehnt zunehmend ins Gegenteil. Über die immer brüchiger werdenden Verbindung zwischen „Berliner Extra-Dienst“ und SED-W/SEW bis hin zur Entzweiung ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vgl. Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009, S. 87-90, 261.

Mitbeteiligung zurückzuziehen. Am 21. Oktober geschah nichts dergleichen. SPD-Landesvorstandsmitglieder, die auf dem Kraterrand zwischen SPD und außerparlamentarischer Opposition wandeln, der Parteivorstand der SED[-Westberlin], Professoren der FU, Falken, Naturfreunde, liberale, sozialistische und christliche Studenten marschierten in einem Zug und nahmen an einer Kundgebung teil.⁵⁹

Motiviert von dieser über die Studentenbewegung hinausgehenden, parteiübergreifenden Demonstration wuchs in der SED-W die Planung einer Aktion für die Anerkennung der DDR. Hierzu trafen sich die Westberliner Kommunisten mit verschiedenen Gruppen der APO zu einem Koordinierungsgespräch in den Räumen des Republikanischen Clubs. Ebenso gab es zwischen dem SED-W-Vorsitzenden Danelius und Rudi Dutschke Vorbesprechungen.⁶⁰ Der Aufruf an die APO sowie die Westberliner Bevölkerung, sich am 16. Dezember auf dem Kurfürstendamm an einer „Anerkennungsdiskussion“ zu beteiligen, erfolgte durch die SED-W und FDJ-W wie auch unter anderem durch den SDS und den RC, dessen Appell zusätzlich mehrmals im Parteiorgan „Die Wahrheit“ veröffentlicht wurde. Auch der „Berliner Extra-Dienst“ warb in der Ausgabe vom 9. Dezember 1967 auf den Rückseiten, die im SED-W-Druckhaus Norden hergestellt worden waren, für die Veranstaltung.⁶¹ Eingeschätzt wurde, dass sich an der Stehdemonstration bis zu 6.000 Personen beteiligen würden. Die SED-W hatte etwa 8.000 Plaketten mit der Inschrift „Auch ich gehöre zur Anerkennungspartei“ herstellen lassen, die sie für 50 Pfennig verkaufen wollte. Tatsächlich erschienen am 16. Dezember nur rund 350 Personen, von denen etwa 250 der SED-W angehörten, sowie etliche Gegendemonstranten.⁶² Die Enttäuschung über diese misslungene Aktion versuchte die SED-W herunterzuspielen. Im Parteiorgan „Die Wahrheit“ (vom 19./20. Dezember 1967) in Übereinstimmung mit einem Artikel im „Neuen Deutschland“ (vom 17. Dezember 1967) hieß es, dass tausende Westberliner für die Anerkennung der DDR demonstriert hätten. Die bei der „Anerkennungsdiskussion“ in Erscheinung getretenen Gegner wurden in der „Wahrheit“ als „8-Groschen-Jungen“, ihre Argumente als „abstoßend und provozierend“ bezeichnet. Das „Neue Deutschland“ ging weiter und schrieb: „Neonazistische Elemente, die mit Billigung des Schütz-Senats auch in Westberlin ihre Umtriebe verstärkt haben, versuchten, die Aktionen durch übelste revanchistische Kriegshetze gegen die DDR, die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten zu stören.“⁶³

Weitaus erfolgreicher gestaltete sich die am 17./18. Februar 1968 vom SDS in Westberlin durchgeführte „Internationale Vietnam-Konferenz“, an der sich auch die SED-W beteiligte. Hierfür hatten wiederholt Vorbereitungsgespräche zwischen Vertretern der SED-W, der FDJ-W und maßgeblichen Vertretern der APO wie Walter Barthel, Gaston Salvatore, Johannes Agnoli und

⁵⁹ Zit. nach Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 186 f.

⁶⁰ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 219; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 23), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 95.

⁶¹ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 19), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 91.

⁶² Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 16-19), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 88-91.

⁶³ Zit. nach Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 19, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 91.

Rudi Dutschke stattgefunden.⁶⁴ Ebenso zur Teilnahme an der Konferenz aufgefordert wurde die FDJ Ostberlins, die ihre offizielle Einladung am 20. Januar 1968 vom SDS-Mitglied Salvatore erhielt. Einen Tag zuvor hatten sich diesbezüglich bereits Gaston Salvatore und das SDS-Mitglied Christian Semler mit Vertretern des Zentralrates der FDJ getroffen, ein weiteres Treffen unter Beteiligung von Dutschke, Semler und Salvatore erfolgte am 30. Januar 1968.⁶⁵ Die Führungsspitze des Politbüros der SED, namentlich Albert Norden, stand der Einladung zwiespältig gegenüber; es wurde die Gefahr gesehen, dass auf dieser Konferenz „die Strategie und Taktik der sozialistischen Länder“ von „Ultra-Linken“ zur Diskussion gestellt werden könnte. Die FDJ sollte den SDS zu einer Terminverschiebung für die Konferenz drängen sowie ihn davon überzeugen, weitere „befreundete“, realsozialistisch linientreue Organisationen einzuladen, um den kommunistischen Einfluss auf die Veranstaltung zu sichern.⁶⁶ „Die FDJ-Vertreter konnten ihre Position gegenüber dem SDS nicht durchsetzen. Die ‘Umfunktionierung’ der Konferenz misslang.“⁶⁷ Wie ursprünglich geplant begann am 17. Februar 1968 die Vietnam-Konferenz, der schätzungsweise 3.000 Personen beiwohnten. Neben der APO beteiligten sich Vertreter der FDJ, der illegalen KPD und ihrer Bündnisorganisationen. Die Tagung selbst soll eher einer Propagandashow entsprochen haben, „auf der Resolutionen verlesen wurden, Beifallskundgebungen vorherrschten [...] und die einzelnen Beiträge eher auf den Kompromiss mit dem ‘sozialistischen Lager’ zielten.“⁶⁸ Einer der daran beteiligten Redner war der FDJ-W-Vorsitzende, Walter Rudert. Seine Ausführungen wurden immer dann durch Zwischenrufe und Missfallensbekundungen unterbrochen, „wenn er die sowjetische Vietnam-Politik unterstützte und lobte.“⁶⁹ An der Vietnam-Demonstration am darauf folgenden Tag nahmen etwa 20.000 Menschen teil. Der Demonstrationszug setzte sich aus unterschiedlichsten Gruppen und Organisationen zusammen. Die SED-W und die FDJ-W waren mit etwa 500 Mitgliedern vertreten, darunter der Vorsitzende Danelius sowie weitere führende Funktionäre.⁷⁰ Den Abschluss bildete eine Kundgebung vor der Deutschen Oper, auf der eine Resolution des SDS verlesen wurde. Im Vorfeld war es dem Stadtvorstand der FDJ-W in mehrstündigen Verhandlungen gelungen, den SDS zu überzeugen, die ursprüngliche Fassung der Resolution, die Angriffe auf die Sowjetunion enthielt, fallen zu lassen.⁷¹

Ein gravierendes Ereignis war der am 11. April 1968 verübte Mordanschlag auf Rudi Dutschke. Der Studentenführer überlebte mit schweren Verletzungen und die Bewegung verlor eine ihrer

⁶⁴ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 24, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 96.

⁶⁵ Vgl. Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 55-57, 59.

⁶⁶ Vgl. Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 58-60.

⁶⁷ Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 60.

⁶⁸ Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 60.

⁶⁹ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 22, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 94.

⁷⁰ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 188; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 22, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 94.

⁷¹ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 24, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 96.

wichtigsten Symbolfiguren. Über die gesamten Osterfeiertage kam es daraufhin zu Blockadeaktionen und Demonstrationen, begleitet von Straßenschlachten, sowie zahlreichen Beschädigungen insbesondere von Eigentum des Springer-Konzerns. Noch am selben Tag nach Bekanntwerden des Anschlags erklärte der Parteivorstand der SED-W seine Solidarität mit den Studenten und ließ in wörtlicher Übereinstimmung mit der APO verlautbaren, „das Attentat sei Ergebnis und Folge der maßlosen Hetze der Springer-Presse und der Politik des Senats von Berlin.“⁷² Ergänzend dazu veröffentlichte die SED-W später ein in großer Auflage hergestelltes Extrablatt ihrer Zeitung „Die Wahrheit“. Darin war zu lesen, dass es eine „faschistische Blutlinie“ gäbe, die „von Plötzensee über den Mord an Benno Ohnesorg bis zum feigen Mordanschlag auf Rudi Dutschke“ reiche. Es wurde auf das Widerstandsrecht zur „Verteidigung der demokratischen Grundrechte“ angespielt und behauptet, dass dieses Widerstandsrecht „ebenso gelte gegenüber der Polizeiwillkür und den Angriffen von Schütz und Neubauer auf die Bürgerrechte wie gegen den Machtmissbrauch, den Axel Cäsar SPRINGER mit seinem Pressemonopol“ ausübe.⁷³ Einen Tag nach dem Anschlag auf Dutschke, am 12. April 1968, „überbrachte das Sekretariatsmitglied der SED-Westberlin Bruno Kuster der zu dieser Zeit in der T[echnischen] U[niversität] tagenden Vollversammlung der APO eine ‘Solidaritätsadresse’ des Parteivorstandes der SED-Westberlin. [...] Kuster teilte mit, dass der Parteivorstand die SED-Mitglieder aufgefordert habe, sich an der APO-Demonstration am Nachmittag des 12. April 1968 zu beteiligen. Die gleiche Aufforderung war bereits in der Ausgabe der SED[-W] -Zeitung ‘Die Wahrheit’ vom 12. April 1968 erschienen, in der es unter anderem hieß: ‘Das ist durch die Schuld der Politiker geschehen, die seit Jahr und Tag in Antikommunismus machen und alle Warnungen vor der Gefahr des Neofaschismus in den Wind schlagen [...] Jetzt ist es dringender denn je, dass alle antifaschistischen, alle demokratischen, alle sozialistischen Kräfte unserer Stadt sich noch enger zusammenschließen. Nur durch die Einheit der Aktion kann den neofaschistischen Umtrieben mit Erfolg begegnet werden.’“⁷⁴ Die SED-W hatte damit erstmalig ihre Mitglieder aufgefordert, an einer Demonstration der APO teilzunehmen, die nicht genehmigt worden war. Der Demonstrationszug mit über 10.000 Teilnehmern setzte sich am Nachmittag des 12. April 1968 in Bewegung und führte vom Lehniner Platz durch die Innenstadt zum Kurfürstendamm in Richtung Joachimstaler Straße. Aktiv daran teil nahmen die Mitglieder der SED-W und der FDJ-W sowie deren führende Funktionäre, beispielsweise Gerhard Danelius, Erich Ziegler, Bruno Kuster und Klaus Feske. In Höhe der Leibnizstraße wurde die Demonstration schließlich nach schweren Zusammenstößen mit der Polizei aufgelöst. In der Ausgabe der „Wahrheit“ vom 13./14. April 1968, von der an den folgenden Tagen mehrere tausend Exemplare verkauft wurden, berichtete die SED-W in Wort und Bild ausführlich über das Ereignis. Zuvor waren zahlreiche Flugblätter verteilt worden, die verdeutlichten, dass die SED-W nach dem

⁷² Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 30, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 102.

⁷³ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 31, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 103.

⁷⁴ Zit. nach Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 30, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 102.

Attentat auf Dutschke die Forderung nach einer „antifaschistischen Einheitsfront“ weiter in den Mittelpunkt ihrer Agitation stellte.⁷⁵

In der Folgezeit – in Vorbereitung auf die Veranstaltung des 1. Mai – erreichte die Zusammenarbeit zwischen der APO und der SED-Westberlin eine hohe Intensität, wenngleich Differenzen nicht ausblieben.⁷⁶ Beispielsweise zog die APO ihren an die SED-W übergebenen Druckauftrag für eine Mai-Zeitung zurück, als herauskam, dass die eingereichten Manuskripte von den Westberliner Kommunisten eigenmächtig abgeändert worden waren.⁷⁷ Auf Ablehnung stieß zudem das Anliegen der SED-Westberlin, auf der Kundgebung der APO am 1. Mai auf dem Hohenstaufenplatz einen eigenen Sprecher zu stellen, „da die zuständigen Behörden der DDR Wolf Biermann, der den Teilnehmern der sozialistischen Maidemonstration sein Lied ‘Drei Kugeln auf Rudi Dutschke’ vortragen wollte, keine Ausreisegenehmigung erteilt hatten.“⁷⁸ Lediglich einige Anhänger aus SDS-Kreisen, darunter Horst Mahler, Wolfgang Lefèvre und andere, unterstützten das Anliegen der SED-W vergeblich.⁷⁹ Die Westberliner Kommunisten ihrerseits weigerten sich – wohl auch aus Platzgründen – die APO, die für die Maiveranstaltung entsprechende Räumlichkeiten suchte, an der traditionellen SED-W-Maifeier in der „Neuen Welt“ zuzulassen.⁸⁰ Abgesehen von diesen Unstimmigkeiten liefen die Vorbereitungen der SED-W auf Hochouren. Am 23. April 1968 rief der Parteivorstand der SED-Westberlin auf seiner Funktionärskonferenz in den Veranstaltungsräumen der „Neuen Welt“ in der Hasenheide die „Arbeiter, Angestellten, Betriebsräte und Gewerkschaftler“ zur Teilnahme an der Maikundgebung der APO auf. Entsprechende Veröffentlichungen erschienen im Parteiorgan „Die Wahrheit“, Flugblätter wurden in großer Zahl gedruckt und verteilt.

Am 25. April 1968 schrieb Danelius an Ulbricht: „Vor allem möchte ich mich für Deine Hinweise zu unserer Erklärung ‘Für Frieden und Fortschritt’ bedanken. Wir haben diese Erklärung entsprechend überarbeitet und in 250.000 Exemplaren in Betrieben und Wohngebieten verbreitet. Auf unserer Funktionärskonferenz in der ‘Neuen Welt’ am 23. April haben wir unter Berücksichtigung der Hinweise aus gewerkschaftlichen Kreisen und aus der Studentenschaft unsere Vorstellungen über erweiterte und qualifizierte Mitbestimmung und eine demokratische Bildungsreform formuliert. Dabei hielten wir uns an Deinen Hinweis, in der Bewegung der

⁷⁵ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 31), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 103.

⁷⁶ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 35 f.), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 107 f.

⁷⁷ Ein Artikel in der Mai-Zeitung thematisierte die kommunistische Vergangenheit des Sozialdemokraten und DGB-Vorsitzenden Walter Sickert. Diesen Artikel empfand die SED-W als Verunglimpfung der Parteigeschichte und nahm Anstoß an Sätzen wie: „Sein ausgeprägtes Elitedenken erlernte Walter [Sickert] in der KPD nach 1928“. Vgl. Immer dabei , in: Der Spiegel 22/1968 vom 27.5.1968, S. 39; Karl-Heinz Schubert: Zur Geschichte der Westberliner Basisgruppen, in: Johannes Brunner u. a. (Hg.): Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen, West-Berlin 1988, S. 14.

⁷⁸ Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin 1979, S. 130.

⁷⁹ Vgl. Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 25. April 1968, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 104 [selbes Dokument, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89].

⁸⁰ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 40 f.), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 112 f.

außerparlamentarischen Opposition keinen Führungsanspruch geltend zu machen. Wir [...] bemühen uns, alles Progressive aufzugreifen und zu unterstützen und demokratische Forderungen in die Bewegung hineinzutragen, ohne die anderen Kräfte der außerparlamentarischen Opposition zu bevormunden. [...] Worin bestehen die Hauptprobleme: Maßgebende Vertreter der außerparlamentarischen Opposition sind der Auffassung, dass es nicht darum ginge, demokratische Forderungen zu stellen und den außerparlamentarischen Kampf mit dem parlamentarischen Kampf zu verbinden, sondern dass die Polarisierung der Klassenkräfte so weit fortgeschritten sei, dass man die Frage des Sturzes des Kapitalismus und der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft stellen muss. Diese Auffassung wird insbesondere von Führungskräften des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes vertreten. Es gibt allerdings zahlreiche Studenten im SDS und in anderen studentischen Organisationen, die unsere Auffassung teilen, dass es in der gegenwärtigen Situation darauf ankommt, die Massen für die demokratische Umwälzung zu gewinnen. Darum haben auch viele Studenten unsere Zeitung und unsere Erklärung mit verbreitet. Die Zusammenarbeit entwickelt sich gut, obwohl in der außerparlamentarischen Opposition auch Kräfte vorhanden sind, die uns eine Diskussion über 'die Überwindung der stalinschen Vergangenheit' aufzwingen wollen und alles versuchen, um die sich entwickelnde Zusammenarbeit zu stören und die Einheit der Bewegung zu spalten. Wir konzentrieren gegenwärtig alles auf die Vorbereitung der Demonstration und Kundgebung der außerparlamentarischen Opposition am 1. Mai. Die Freunde haben unseren Vorschlag angenommen, Demonstration und Kundgebung in den Arbeiterbezirken Neukölln und Kreuzberg stattfinden zu lassen. Sie haben uns gebeten, spätestens am Sonnabend mit einem direkten Mai-Aufruf unserer Partei zur Teilnahme an der Mai-Kundgebung der außerparlamentarischen Opposition aufzurufen. Wir werden den Mai-Aufruf so abfassen, dass wir Mitglieder und Freunde der Partei, Arbeiter und Angestellte, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre auffordern, Demonstration und Kundgebung der außerparlamentarischen Opposition zu unterstützen. In unser Parteibüro kommen ständig Studenten aller Richtungen und Organisationszugehörigkeiten. Sie wünschen die Zusammenarbeit mit unserer Partei noch enger zu gestalten und bitten, sie bei der Vermittlung marxistisch-leninistischen Wissens zu unterstützen. Wir haben ihnen zugesagt, ihnen die gesammelten Werke von Marx, Engels und Lenin und die 'Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' zu beschaffen.⁸¹

Am 30. April abends referierte das Mitglied des Sekretariats des SED-Parteivorstandes, Dietmar Ahrens, auf einer Veranstaltung des Sozialistischen Mai-Komitees, das sich aus verschiedenen APO-Gruppierungen zusammensetzte, wiederum in der „Neuen Welt“ die Position der SED-W zur Lage in Westberlin und erhielt von den etwa 3.000 Teilnehmern starker Beifall.⁸² An der am nächsten Tag durchgeführten Maidemonstration beteiligten sich rund 12.000 Personen, unter ihnen befanden sich Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Studenten und viele

⁸¹ Schreiben von Danelius an Ulbricht vom 25. April 1968, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/10.03/278, Bl. 104-106 (selbes Dokument, in: LAB, C Rep. 908, Nr. 89).

⁸² Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 36), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 108.

andere.⁸³ Zu den größeren Gruppen gehörte die SED-Westberlin (unter anderem Danelius mit Sekretariatsmitgliedern), der SDS, die Sozialistische Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken und die Jungsozialisten. „In der ersten Reihe des Demonstrationszuges marschierten die SDS-Funktionäre Bernd Rabehl und Wolfgang Lefèvre, die SDS-Mitglieder Walter Weller und Clemens Kuby, der Landessekretär der ‘Falken’ Heinz Beinert, die SED-Funktionäre Bruno Kuster und Klaus Feske sowie Rechtsanwalt Horst Mahler [...]. Als Ordner waren Angehörige des Ordnerdienstes des Republikanischen Clubs (RC) und der SED-Westberlin eingesetzt. Die SED-Westberlin forderte auf ihren Transparenten und Plakaten vor allem die Herstellung einer ‘antifaschistischen Einheitsfront’⁸⁴. Die Losung vom 1. Mai 1968 lautete „Vereint siegen – nicht getrennt unterliegen“ und wurde später von den SED-W-Funktionären bemüht, um die Aktionseinheit mit der APO zu beschwören.⁸⁵ Nach Abschluss der Demonstration fand am Nachmittag des 1. Mai 1968 in der „Neuen Welt“ die offizielle Mai-Feier der SED-Westberlin statt, „auf der Danelius ‘mit Stolz und Freude’ auf die ‘machtvolle Mai-Demonstration’ hinwies und erklärte, die ‘antifaschistische Einheitsfront’ verkörpere die Zukunft West-Berlins. Gegen Schluss der Veranstaltung erschien eine Delegation der APO mit Rechtsanwalt Mahler, den SDS-Funktionären Christian Semler, Wolfgang Lefèvre und Hans-Joachim Hameister und dem RC-Geschäftsführer Walter Barthel.“⁸⁶ Insgesamt bewerteten die Westberliner Kommunisten ihre Beteiligung an diesem 1. Mai als einen großen Erfolg. Ermutigt stellten sie fest, dass erstmals seit 20 Jahren die Maidemonstration wieder den Charakter eines Kampftages gegen Imperialismus und Krieg getragen habe.⁸⁷ Aufbauend auf diesen Erfahrungen eines gemeinsamen Handelns der ‘antiimperialistischen Kräfte’ waren viele innerhalb der SED-W der Hoffnung, dass sich dies günstig auf die weitere Zusammenarbeit mit der APO auswirken würde. „Es gilt jetzt, alles zu tun, was die Aktionseinheit der antiimperialistischen, demokratischen und sozialistischen Kräfte voranbringt im Kampf gegen die Allmacht der Monopole, gegen Notstandspolitik und -praxis [...]‘ hieß die Parole in der ‘Wahrheit’.“⁸⁸

Die Ereignisse zeigten Wirkung. In der Öffentlichkeit, in Kommentaren von Zeitungen und Stellungnahmen von Politikern wurde die Beteiligung der SED-W an der Veranstaltung des 1. Mai problematisiert.⁸⁹ Innerhalb der Anhängerschaft der APO, die sich vielleicht über das Ausmaß der Zusammenarbeit mit der SED-W nicht im Klaren war, führte dies zu lebhaften Reaktionen und Diskussionen. So musste am 9./10. Mai 1968 die Studentenvertretung der TU Berlin aufgrund eines Misstrauensantrages zurücktreten, da sie nach Auffassung des Konvents nicht in

⁸³ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 188. Laut DPA nahmen an dieser Demonstration 25.000 Personen teil. Vgl. Zur Sache, Schätzchen, in: Der Spiegel vom 6.5.1968, S. 67.

⁸⁴ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 37, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 109.

⁸⁵ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 188 f.

⁸⁶ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 37, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 109.

⁸⁷ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 411.

⁸⁸ Zit. nach Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 188.

⁸⁹ Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2258.

ausreichender Form konfrontativ der Politik der SED-W gegenüberstand. Auf einer Klausurtagung des SDS am 21. und 22. Juni 1968 stimmten viele der Teilnehmer dem SDS-Funktionär Christian Semler zu, „dass man der SED bei der Mai-Demonstration Gelegenheit gegeben habe, ‘aus ihrer Isolation, in der sie sich innerhalb der APO befand, auszubrechen’. Damit habe diese ‘pseudo-sozialistische und stalinistische Partei’ eine Plattform gefunden, die ihr nicht zustehe.“⁹⁰ Andere führende Vertreter der APO hingegen (unter anderem Klaus Meschkat, ehemaliger RC-Vorsitzender, Rechtsanwalt Horst Mahler und der SDS-Funktionär Peter Gäng) versuchten, das Zusammengehen zwischen SED-W und APO „auf die Klärung von ‘Modalitäten vorwiegend technischer Art’ herunterzuspielen.“⁹¹ Überdies plädierte Meschkat im Rechenschaftsbericht des RC vom 25. Mai 1968 für eine weiterhin differenzierte Vorgehensweise. Er stellte heraus, dass die SED/SED-W mitverantwortlich sei „für viel Negatives und sogar Verwerfliches in der DDR – von der Kulturpolitik bis zur Frage der Grenzsicherung“.⁹² Insgesamt – so Meschkat – gäbe es jedoch „keinen Grund, die SED pauschal anders zu behandeln als andere politische Gruppen auch“.⁹³ Die SED-W reagierte auf die Auseinandersetzungen in der APO mit verschiedenen Stellungnahmen in der „Wahrheit“ vom 14./15. Mai. Darin stellte sie sich erneut klar hinter die Politik der Sowjetunion und hob die herausragende Bedeutung und Vorbildfunktion der DDR für den „Kampf“ in Westberlin hervor. Sie erklärte die Bereitschaft für den Ausbau einer weiteren Zusammenarbeit mit der APO, deren Anhänger sie dazu eindringlich aufforderte. Zugleich zeigte sie auf, was sie von der Bewegung erwartete. Nach Ansicht der SED-W sei es „erforderlich, die Massen zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten, nicht aber sich von ihnen durch ausgeklügelte ‘linke’ Lösungen abzusondern.“⁹⁴ Der Vorsitzende der SED-W sprach überdies „die Hoffnung aus, die APO möge sich nach entsprechender ‘Klärung in ihren eigenen Reihen’ dazu entschließen, sich mit Hilfe der SED-Westberlin ‘Sprecher im Parlament’ zu schaffen.“⁹⁵ Er stellte zugleich heraus, dass sich die SED-W „von der APO keine Diskussionspunkte aufzwingen lasse.“⁹⁶ Danelius bezog sich damit vor allem auf eine seit längerem aus den Reihen der APO gestellte Forderung, die SED-W solle Stellung beziehen zu den Demokratisierungsprozessen in der CSSR und in Polen. Sie hatte sich zu dieser Thematik bisher lediglich ausweichend geäußert. Dies war vorbei, als Anfang August 1968 die CSSR von Militärstreitkräften der Warschauer-Pakt-Staaten besetzt wurde.

⁹⁰ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 42), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 114.

⁹¹ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 41), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 113.

⁹² Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 42), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 114.

⁹³ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 42), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 114.

⁹⁴ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 43), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 115.

⁹⁵ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 44), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 116.

⁹⁶ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 44), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 116.

Die sowjetische Aggression wurde von fast allen Gruppen der APO auf das Schärfste verurteilt. Die SED-W hingegen, deren gesamter Parteivorstand zunächst in Moskau seine weiteren Instruktionen abgeholt hatte, begrüßte und verteidigte das sowjetische Vorgehen als eine „brüderliche Hilfsaktion“.⁹⁷ Auf einer außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes der SED-W, auf der Hans Mahle den Standpunkt der Partei verlas, hieß es sinngemäß: „Den Nutzen am Einmarsch in die CSSR hätten die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung, das sozialistische Weltsystem und die nationale Befreiungsbewegung der Völker [...]. Was sich in Prag abgespielt hat, sei ‘Ausdruck des wahren Internationalismus’.“⁹⁸ Im Protokoll dieser Tagung wurde weiter festgestellt, dass man die Passivität der Leitung der KPC und der tschechoslowakischen Staatsführung gegenüber ‘antisozialistischen Kräften’ nicht einfach habe hinnehmen dürfen: „Das ist keine innere Angelegenheit der CSSR, wenn der Sozialismus gefährdet ist.“⁹⁹ Den vorläufigen Höhepunkt dieser Farce bildete das „Kommuniqué über die sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen“ in Moskau, das am 27. August 1968 als Extrablatt der „Wahrheit“ kostenlos verteilt wurde.¹⁰⁰ Die eindeutige Positionierung der SED-W hatte abschreckende Wirkung. Viele der APO-Anhänger gingen auf Distanz zur Partei und die verbalen Attacken einzelner Gruppierungen nahmen an Härte zu. Eine der Parolen war: „Lieber getrennt siegen, als vereint mit der SEW unterliegen.“¹⁰¹

Die Folgezeit war gekennzeichnet von vergeblichen Bemühungen, die Aktionseinheit wieder zu beleben. Weder die SED-W war bereit sich von den militärischen Maßnahmen der sozialistischen Länder zu distanzieren, noch wollten oder konnten die APO-Funktionäre die verbindliche Zusage abgeben, dass auf Veranstaltungen nicht auch gegen die „autoritäre und imperialistische Sowjetunion“ Stellung genommen werde.¹⁰² Gleichzeitig scheint es, dass die SED-W ihre organisatorischen Möglichkeiten nach den Ereignissen der CSSR verstärkt dazu nutzte, um ihre Rolle innerhalb der zunehmend zerstrittenen APO zu behaupten und hervorzuheben. Ein Hinweis dafür findet sich in einer Gesprächsnachricht des MfS mit dem SED-W-Verbindungsman vom 16. September 1968. Darin heißt es: „[Die SED-Westberlin ist] bestrebt, einige Gruppen oder Strömungen dieser APO durchaus sterben zu lassen. In dieser Form wird ihre differenzierte Taktik

⁹⁷ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 189; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 412.

⁹⁸ Außerordentliche Tagung des Parteivorstandes der SED-W am 4.9.1968. Kommuniqué, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 27, zit. nach Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 412.

⁹⁹ Außerordentliche Tagung des Parteivorstandes der SED-W am 4.9.1968. Protokoll, in: LAB, C Rep. 902, Nr. 27, zit. nach Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 412.

¹⁰⁰ Vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 411 f.

¹⁰¹ Gerd Friedrich Nüske: „Mehr Niederlagen als Siege“ – Das Ende der SEW, einer deutschen kommunistischen Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 125 f.

¹⁰² Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 191.

eingestellt.“¹⁰³ In welcher Form und inwieweit dieses Vorhaben umgesetzt wurde, ließ sich nicht rekonstruieren.

Zu einer punktuell begrenzten Wiederaufnahme der Zusammenarbeit zwischen der SED-W und APO kam es im Dezember 1968, um eine Demonstration gegen das freisprechende Urteil des Berliner Schwurgerichts für den Beisitzer am ehemaligen NS-Volksgerichtshof Hans-Joachim Rehse vorzubereiten. Bei einem öffentlichen Teach-in im Auditorium Maximum der TU am 13. Dezember 1968 zur Vorbereitung der gemeinsamen „Kampfdemonstration“, bei dem Emil Redmann, Mitglied des Sekretariats des SED-W-Parteivorstandes, erneut die Bildung einer „antifaschistischen Einheitsfront“ beschwor, wurde seine Rede von Pfui-Rufen und Pfiffen der Studenten übertönt; „Hör auf, du Schwätzer, geh zu Papa Ulbricht“¹⁰⁴, sollen sie unter anderem gerufen haben. Entsprechend zerrissen stellte sich der Demonstrationszug gegen das „Rehse-Urteil“ am darauf folgenden Tag (14. Dezember 1968) dar, dem sich mehrere tausend Anhänger der APO und Mitglieder der SED-Westberlin anschlossen. An der Spitze der Demonstration marschierte geschlossen der Block der Westberliner Kommunisten (SED-W und FDJ-W) mit Spruchbändern wie „Gebot der Stunde: antifaschistische Einheitsfront“ und „Mit APO immer, gegen Sowjets nimmer“. Ihnen folgten, „weniger geordnet, die Anhänger der APO. Vor oder zwischen beiden Gruppen rund fünfzig Mitglieder der sogenannten ‘Roten Garde’, jugendliche Anhänger Mao Tse-tungs, sowohl mit der SED als auch mit der APO hoffnungslos zerstritten.“¹⁰⁵ Ebenso gab es vereinzelte Aufrufe von APO-Gruppen, die sich gegen die SED-W richteten, Flugblätter wurden verteilt, die beispielsweise die Überschrift trugen: „Weg von der faschistischen SED!!!“ Die Veranstaltung endete mit einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus, bei der erstmalig die SED-W mit einem eigenen Redner auftrat. Es handelte sich hierbei wohl um Erich Ziegler,¹⁰⁶ der in der Nazizeit in der Widerstandsgruppe „Heinz Kapelle“ aktiv gewesen und daraufhin verhaftet worden war.¹⁰⁷

Am 15. Februar 1969 benannte sich die SED-W auf ihrem Außerordentlichen Parteitag um in Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW). Zur gleichen Zeit begann die Initiierung einer massiven Protestkampagne gegen das Abhalten der Bundesversammlung am 5. März 1969 in

¹⁰³ Der vollständige Text der Gesprächsnotiz lautet: „Zu einem ganzen Teil der APO wurde mir gesagt, dass die gegenwärtige Lage darin zu sehen ist, dass diese APO zerstritten ist, gegenwärtig keine einheitliche Führungsposition hat, dass andererseits die Trotzkisten in der APO versuchen über Meschkat zum Zuge zu kommen. Während die SED-Westberlin die Absicht hat, stärkere Beziehungen zu den Basis-Gruppen zu finden. Obwohl der Lefèvre auch nach wie vor noch Verbindung zur Partei sucht. Unmittelbar die letzten Tage, auch nach den Ereignissen in der CSSR, hat dieser den Genossen Danelius aufgesucht. Weiter ist die SED-Westberlin bestrebt, einige Gruppen oder Strömungen dieser APO durchaus sterben zu lassen. In dieser Form wird ihre differenzierte Taktik eingestellt.“ Aktennotiz über die Absprache mit dem Genossen X vom Vorstand der SED-Westberlin am 16.9.1968 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 337 f.

¹⁰⁴ Nach CSSR-Besetzung geschiedene Leute. Das Bündnis zwischen der SED und der APO war nur von kurzer Dauer, in: Die Welt vom 17.12.1968, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 247.

¹⁰⁵ Nach CSSR-Besetzung geschiedene Leute. Das Bündnis zwischen der SED und der APO war nur von kurzer Dauer, in: Die Welt vom 17.12.1968, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 247.

¹⁰⁶ Vgl. Aktennotiz über die Absprache mit der SEW am 12.3.1969 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 281.

¹⁰⁷ Vgl. Eberhard Schröder: „... und nicht vergessen ...“. Ein persönlicher Beitrag zur Bewahrung der Geschichte der SEW, Berlin 2005, S. 7.

Westberlin. Diese Amtshandlung, bei der Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten gewählt wurde, stand konträr zu den ureigensten Bemühungen der SED, die Anbindungen Westberlins an Westdeutschland zu lockern. In Ostberlin wurde daher im Vorfeld der gesamte Apparat mobilisiert, um das „völkerrechtswidrige Vorhaben“ zu verhindern. Die SED legte in einer offiziellen Note gegenüber der Bonner Regierung „schärfsten Protest“ ein. Zeitweilig verbot die DDR „allen Mitgliedern und Mitarbeitern der Bundesversammlung sowie Generälen und Offizieren der Bundeswehr die Durchreise“¹⁰⁸. Drohgebärden wurden veranstaltet wie beispielsweise militärische Übungen und Tiefflüge von Düsenjägern über den Reichstag.¹⁰⁹ Parallel dazu erarbeitete das MfS einen umfangreiche Maßnahmenplan aus, der darauf hinaus lief, die zur Verfügung stehenden Instrumentarien und Agenten zu nutzen, um einen einheitlich koordinierten, politischen Widerstand gegen die Bundesversammlung in die APO hineinzutragen.¹¹⁰

Als weitere Arbeitsebene agierte die SEW. Sie bezeichnete die Bundesversammlung als „heimtückischen Anschlag auf die Sicherheit und Lebensfähigkeit“ Westberlins. Über ein Extrablatt der „Wahrheit“ und zahlreiche Flugblätter wurde die Bevölkerung zu Demonstrationen gegen die Wahlveranstaltung aufgerufen. Scheinheilig deutete Danelius zudem öffentlich an, dass eventuell für Ostern eine Einigung für eine erneute Passierscheinregelung erzielt werden könnte, falls auf die Bundesversammlung verzichtet werde.¹¹¹

Hinter die Forderung der SED-W, die Durchführung der Bundesversammlung zu verhindern, stellte sich auch die APO einschließlich des Republikanischen Clubs, des AStA der Freien Universität und der Technischen Universität, des SDS, des SHB und der Kampagne für Demokratie und Abrüstung.¹¹² Entsprechend gewarnt, reagierten die Westberliner Behörden. Für den 4. und 5. März wurde ein generelles Demonstrationsverbot verhängt; Kontrollen, Absperrungen und ein erhebliches Polizeiaufgebot bestimmte in diesen Tagen das Stadtbild.¹¹³ Dennoch kamen am 4. März etwa 200 Personen zu einer Demonstration zusammen, die die Polizei umgehend auflöste. Später „versammelten sich zwischen 1.000 und 2.000 Menschen in der Mensa der Technischen Universität [...] Im Anschluss an die Versammlung zogen mehrere hundert Studenten dann im Laufschritt zum Kurfürstendamm, wo es vor der Hotelunterkunft führender Teilnehmer der Bundesversammlung zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam.“¹¹⁴

Abgesehen von dieser punktuellen Übereinstimmung hinsichtlich der Ablehnung der Bundesversammlung bestanden die Divergenzen zwischen SEW und APO fort. Sichtbarer Ausdruck dessen war, dass es 1969 nicht mehr zu einer gemeinsamen Maidemonstration kam. Im

¹⁰⁸ Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 222.

¹⁰⁹ Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg, München 1997, S. 234.

¹¹⁰ Ausführlich hierzu: Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 223-225.

¹¹¹ Vgl. „Rundschau am Mittag“ (SFB), transkribiertes Rundfunkinterview des Staatlichen Rundfunkkomitees (Abteilung Information) vom 22.2.1969, in: BStU, ZA, MfS, HA II 16570, Bl. 126 f.

¹¹² Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 193.

¹¹³ Vgl. Abschrift eines Kommentars der ZDF-Sendung „Heute“ zur Bundesversammlung vom 5.3.1969 um 19:45 Uhr (angefertigt durch das Staatliche Komitee für Rundfunk – Abteilung Information), in: Bundesversammlung III vom 3.3.1969 (Signatur: E001-00-01/0002/009) in: Deutsches Rundfunkarchiv (DRA): Die digitalisierten Sendemanuskripte „Der schwarze Kanal“, im Internet: <http://sk.dra.de>, Stand: 2009.

¹¹⁴ Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 226.

Rahmen eines zuvor eigens gegründeten „Sozialistischen Mai-Komitees“ hatte man keine Einigung finden können. Die Initiative zum Bruch mit den Westberliner Kommunisten war vor allem von Seiten der maoistisch ausgerichteten Kräfte forciert worden.¹¹⁵ Im Ergebnis führte dies dazu, dass am 1. Mai 1969 drei Umzüge stattfanden: Zum einen die traditionelle Maikundgebung vor dem Reichstagsgebäude, an der sich die Gewerkschaften beteiligten und an der etwa 20.000 Menschen teilnahmen. Zum zweiten ein Demonstrationszug der APO mit etwa 6.000 bis 7.000 Teilnehmern, an dem sich unter anderem der SDS, der „Republikanische Club“ und die Sozialistische Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken beteiligten. Zum dritten ein davon getrennt verlaufender Demonstrationszug der SEW, dem sich etwa 3.000 Personen anschlossen und der die Losungen trug: „Der Feind steht rechts – darum Aktionseinheit!“ und „Zeit nicht verpennen – DDR anerkennen!“¹¹⁶

Im Verlauf des Jahres 1969 setzte sich der Zerfall der APO aufgrund unterschiedlicher Faktoren weiter fort; ihre Aktivität, ihre Bedeutung und ihr direkter Einfluss in der politischen Landschaft Westberlins und Westdeutschlands wurden zusehends schwächer.¹¹⁷ An Aktionen der Protestbewegung war die SEW nur noch vereinzelt und am Rande beteiligt. Die Westberliner Kommunisten versuchten stattdessen unter anderem mit Parallelveranstaltungen wie beispielsweise mit einer eigenen Vietnam-Demonstration am 13. Dezember 1969 auf sich aufmerksam zu machen, um sich als eine eigenständige, starke und organisierende Kraft zu präsentieren.¹¹⁸

Methoden

Die Methoden und Mittel, mit denen sich die SED-W bemühte, Einfluss auf die APO zu nehmen, waren zwar vielfältig, folgten aber bestimmten Mustern und lassen sich so in zwei Bereiche unterteilen: Zum einen waren die Kommunisten beständig bestrebt, das Gespräch zu suchen und den Kontakt zu den Studenten aufzubauen. Zum anderen waren sie bemüht, sich in Gremien und Institutionen der APO einzubringen.

Zu 1) In der SED-W wurde die Entwicklung im studentischen Bereich frühzeitig beobachtet und analysiert.¹¹⁹ Einzelne FDJ-W- und SED-W-Funktionäre nahmen zur Informationsbeschaffung an

¹¹⁵ Vgl. Karl-Heinz Schubert: Zur Geschichte der Westberliner Basisgruppen, in: Johannes Brunner u. a. (Hg.): Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen, West-Berlin 1988, S. 20-23.

¹¹⁶ Vgl. unter Stichwort „1. Mai 1969“ in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

¹¹⁷ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 181; Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 68 f.

¹¹⁸ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 193; Auszug aus der Information E 7894/70 (Auszug aus dem Jahresbericht 1969 der Westberliner Schutzpolizei), in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 114-116.

¹¹⁹ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 182 f.; Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 63 f. Ergänzend vgl. beispielsweise: Bericht über das politische Forum des ASTA der FU am 13. Februar 64 im Auditorium Maximum (vom Ersten Sekretär des SED-W-KV Zehlendorf, 14.2.1964), in: LAB, C Rep. 902, Nr. 2045.

einer Vielzahl von Veranstaltungen (Konventssitzungen, Fakultätsversammlungen etc.) teil.¹²⁰ Zur Kontaktaufnahme wurde 1960 ein Studentenkreis der FDJ-W konstituiert, der ab 1961 eine hektographierte Schrift „Kommilitone – Mitteilungsblatt des Studentenkreises der FDJ-W“ herausgab.¹²¹ Die Resonanz auf dieses Blatt war mäßig, beispielsweise bezogen es 1964 lediglich rund 100 Studenten. Ebenso verhielt es sich mit den von der Kreisleitung der SED-W in Zehlendorf durchgeführten Studentenforen, die zunächst kaum Zuspruch fanden. Im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der Studentenbewegung beschloss die SED-W im März 1965 die Gründung von Hochschulgruppen, deren Aufgabe darin bestand, zielgerichtet Aussprachen und Gesprächsabende mit den Studenten zu organisieren.¹²² Die ersten Vorsitzenden und Mitbegründer dieser Organisationsgliederung der SED-W waren der FDJ-W-Funktionär Peter Gramse (SED-W-Funktionär und Mitarbeiter der „Wahrheit“) und das Mitglied der FDJ-W-Reinickendorf Angelika Gossa. Die Hochschulgruppen waren „organisatorisch den SED[-W]-Kreisverbänden Charlottenburg (für den Bereich der Technischen Universität) und Zehlendorf (für den Bereich der Freien Universität) angeschlossen“¹²³. Ihre Mitglieder rekrutierten sich zum Teil aus dem vormals bestehenden Studentenkreis der FDJ-W, der vermutlich in die Hochschulgruppen integrierte wurde. Im Juni 1965 arbeiteten in den Hochschulgruppen 17 Personen, im August 1968 waren es schätzungsweise 25.¹²⁴

Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch zwei weitere Vorgehensweisen. Zum einen bediente sich die SED-W ab Mitte der 1960er Jahre verstärkt ihrer Zeitung „Die Wahrheit“ sowie anderer Parteipublikationen, um die Studentenbewegung propagandistisch zu begleiten. Neben einer unterstützenden und zugleich herausfordernden Kommentierung der APO bemühte sich die SED-W, in ihren Veröffentlichungen punktuelle Übereinstimmungen mit der Bewegung herauszuarbeiten oder aber zu suggerieren.¹²⁵ Im Juli 1967 beispielsweise veröffentlichte „Die

¹²⁰ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 4 f.), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 76 f.

¹²¹ Das SED-W-Mitglied Eberhard Schröder war am Aufbau des „Studentenkreis der FDJ“ maßgeblich beteiligt. Er schrieb darüber: „Mir selbst wurde z.B. im Frühjahr 1960 der Auftrag erteilt, eine Organisation zu bilden, die sich ‘Studentenkreis der FDJ’ nannte und dafür ein eigenes Büro mit einem Versammlungsraum einzurichten. [...] An der FU gab es ein einziges SE[D]-W und FDJ-Mitglied, sieben andere studierten an der TU und anderen Fachhochschulen. Ihnen war es zu verdanken, dass der Kreis sich allmählich vergrößerte. So konnten wir schon im Spätsommer desselben Jahres mit einer 12-köpfigen Gruppe von Studenten des SDS, der evangelischen Studentengemeinde und des Argument-Clubs einer Einladung des Komsomol nach Moskau und Leningrad folgen.“ Eberhard Schröder: „An der Kette des großen Hauses“. Neofaschismus, Stalinismus und Antifaschismus aus West-Berliner Perspektive – ein Erfahrungsbericht, in: Rundbrief. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Ausgabe 4, Dezember 2002, S. 46.

¹²² Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 3 f.), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 75 f.; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 183.

¹²³ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 4), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 76.

¹²⁴ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 4), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 76.

¹²⁵ Vgl. Aktennotiz über die Absprache der SED-Westberlin am 9. Dezember 1968 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 348; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 184, 191; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 407 f., 413.

Wahrheit“ zwanzig Leserzuschriften von Studenten, die ausnahmslos der politischen Linie der SED-W entsprachen.¹²⁶ Zum anderen wurden verschiedene APO-Veranstaltungen von der SED-W genutzt, um den Studenten die Standpunkte der Partei näherzubringen. Funktionäre der SED-W und FDJ-W traten als Diskussionsredner auf oder waren als Referenten beteiligt wie unter anderem bei Podiumsdiskussionen zu den Themen „Brauchen wir eine neue KPD?“ oder aber „Die Zukunft Westberlins und die Politik der DDR“.¹²⁷ Insgesamt zeigte das hier dargestellte, beharrliche und hartnäckige Vorgehen der SED-W im Verlauf der 1960er Jahre gewisse Erfolge. Es gelang ihr, verschiedene zum Teil intensive und zumeist inoffizielle Einzelkontakte zu APO-Funktionären aufzubauen.¹²⁸ Aus der Gesprächsbereitschaft der Studenten, die insbesondere nach den Ereignissen des Shah-Besuches 1967 zunahm, lässt sich nicht ohne weiteres auf die Qualität der Beziehung zur SED-W schließen. Gleichwohl geben sie einen Hinweis darauf, welche Bedeutung der SED-W innerhalb der APO beigemessen wurde. Einen Eindruck über die Kontakte vermittelt eine Notiz, die ein MfS-Oberst vom Gespräch mit dem SED-W-Verbindungsmann im Januar 1968 festhielt. Darin heißt es: „Von mir [MfS-Oberst] wurde die Frage gestellt, inwieweit die Partei [SED-W] im Republikanischen Club verankert ist. Daraufhin wurde mir gesagt, dass die Partei sehr stark in diesem Republikanischen Club verankert ist, ebenso beim SDS, so dass mit all diesen wichtigen Personen wie Nevermann unter anderem Absprachen geführt werden. Auch mit Dutschke und besonders mit Barthel.“¹²⁹

Diese Einschätzung lässt sich durch eine Auswahl von Gesprächskontakten näher bestimmen: Eine wesentliche Rolle in den Bestrebungen der SED-W, eine Aktionseinheit mit der APO herzustellen, spielte Horst Mahler. Der Rechtsanwalt Mahler war eine der führenden Kräfte im Republikanischen Club.¹³⁰ Seine Thesen unterschieden sich zumindest bis 1970 nur

¹²⁶ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 10, 13, 31), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 82, 85, 103.

¹²⁷ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 22), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 94.

¹²⁸ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 23 f.), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 95 f.; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 195; Aktennotiz über die Absprache mit dem Vorstand der SED-Westberlin am 28. Oktober 1968. 1968 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 344.

¹²⁹ Aktennotiz Absprache beim Vorstand der SED-Westberlin am 8.1.1968 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 329. Für Gesprächskontakte und Zusammenkünfte vgl. beispielsweise auch: Bernd Rabehl: Zur theoretischen Diagnose einer revolutionären Situation: die nationale Befreiung (Kap. 3.3), in: Die Provokationselite – Aufbruch und Scheitern der subversiven Rebellion in den sechziger Jahren, im: Internet: <http://freenet-homepage.de/visionen>, Stand:2009; Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 19.Mai 1969 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 284.

¹³⁰ Mahler gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Novges und des RC, dessen Vorstandsmitglied er bis Dezember 1970 war. Er war zudem Kommanditist der Republikanischen Club GmbH & Co. – dem wirtschaftlichen Träger des RC. Mahler war auch Mitbegründer und Gesellschafter des „Berliner Extra-Dienstes“. Vgl. Stefanie Schenk: Horst Mahler. Seine Entwicklung vom Linksterroristen zum Rechtsextremisten, in: Herbert Kloninger (Hg.): Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus. Internationalität, Paradigmenwechsel, Jugend- und Kampagnenarbeit, Homosexualität, Brühl 2001, S. 162.

unwesentlich von denen der SED-W.¹³¹ Etwa ab Mitte April 1968 soll sich – laut Verfassungsschutzbericht – Klaus Feske (Stellvertretender Vorsitzender des SED-W-Kreisvorstandes Reinickendorf) „offensichtlich als eine Art Verbindungsmann der SED-Westberlin zur APO ständig im Büro des Rechtsanwalts Mahler“¹³² aufgehalten haben.¹³³

Einen ebenso recht guten Kontakt pflegte auch der SDS-Funktionär Wolfgang Lefèvre, der „nicht selten“ verschiedene Mitglieder des SED-W-Parteivorstandes in deren Wohnungen aufgesucht haben soll, so beispielsweise den Parteivorsitzenden Danelius und das Sekretariatsmitglied Karl-Heinz Kniestedt. Sehr wahrscheinlich führte er dies auch nach den Ereignissen in der CSSR zumindest zeitweilig fort.¹³⁴

Zu den prominentesten Vertretern der Studentenbewegung zählt Rudi Dutschke. Nach Auskunft des SED-W-Verbindungsmannes gegenüber dem MfS am 28. Oktober 1968 sollen bis zum Attentat auf Dutschke zwischen ihm und der Partei „gute und sehr enge Kontakte“¹³⁵ bestanden haben. In einer weiteren vom MfS festgehaltenen Gesprächsnote heißt es: „Die Genossen der SED-Westberlin sind der Meinung, dass zu der Zeit vor dem Attentat eine wirkliche ehrliche Zusammenarbeit bestand, wo Dutschke der Träger dieser Zusammenarbeit war.“¹³⁶ Eine ähnliche Einschätzung, dass Dutschke (zumindest im November 1967) zu den Befürwortern einer Zusammenarbeit mit der SED-W gehört haben soll, findet sich auch in SED-internen Unterlagen, die wiederum möglicherweise auf Aussagen von Westberliner Kommunisten basierten.¹³⁷ Zur gleichen Zeit im Jahr 1967 organisierte der Parteivorsitzende Danelius für Dutschke beim Politbüro der SED eine Genehmigung zur Einreise in die DDR. Daraufhin wurde Dutschke mit einer Tschaika-Limousine und einem Begleitkommando der Staatssicherheit in die DDR gefahren, so dass dieser vom 14. bis 16. November an der

¹³¹ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 195 f. Dass Mahler zu den Bündnisbefürwortern gehörte, zeigte unter anderem seine Stellungnahme in einem Interview im Rahmen der ARD-Fernsehserie „Monitor“. Darin äußerte er, dass kein Dogma aus den Ereignissen in der CSSR abgeleitet werden sollte, „das darauf hinaus läuft, dass man mit der Sozialistischen Einheitspartei prinzipiell nicht mehr zusammenarbeitet. Das halte ich [Mahler] für unzulässig.“ Zit. nach „Mahler: Mit der SED-W!“, in: Die Wahrheit, 14. Jahrgang, Nr. 194, 20. November 1968, S. 1.

¹³² Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 36), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 108.

¹³³ Präzisiert wird dies von Bernd Rabehl, der schreibt: „Die Verwaltungsarbeit des [Republikanischen] Clubs wurde über das Anwaltsbüro von Horst Mahler, später das ‘sozialistische Anwaltskollektiv’ der Anwälte Mahler, Ströbele, Eschen, unterstützt. Hier saßen zwei ‘Sekretäre’, die direkt von der SEW gestellt wurden.“ Bernd Rabehl: Die drei Anti-Springer-Kampagnen 1967/68. Kommentar zu den Arbeiten von Hubertus Knabe, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 11/2002, S.145.

¹³⁴ Vgl. Aktennotiz über die Absprache mit dem Genossen X vom Vorstand der SED-Westberlin am 16.9.1968 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 337 f.; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 23, 36), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 95, 108.

¹³⁵ Aktennotiz über die Absprache mit dem Vorstand der SED-Westberlin am 28. Oktober 1968 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 344.

¹³⁶ Aktennotiz über die Absprache mit dem Genossen X vom Vorstand der SED-Westberlin am 16.9.1968 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 338.

¹³⁷ Vgl. Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 52-54.

Beerdigung seiner Mutter in seiner Heimatstadt Luckenwalde teilnehmen konnte.¹³⁸ Es ist anzunehmen, dass nach dem Attentat auf Dutschke die Verbindungen zur SED-W abbrachen.¹³⁹

Hinweise fanden sich auch zu Walther Barthel, einem bekannten und einflussreichen SDS-Aktivisten der Westberliner Studentenbewegung.¹⁴⁰ Er arbeitete für das MfS und ließ sich mit dessen Zustimmung 1960 vom Verfassungsschutz anwerben.¹⁴¹ Den Kontakt zur SED-W hatte Barthel 1967 eigenmächtig – ohne das MfS zu fragen – aufgebaut. Die Verbindung zur SED-W dürfte ausgesprochen gut gewesen sein. Als Barthel beispielsweise ein Einreiseverbot in die DDR erhielt, intervenierte der SED-W-Vorsitzende Gerhard Danelius erfolgreich, so dass diese Maßnahme „auf Weisung des ZK wieder aufgehoben“ wurde.¹⁴² Der Führungsspitze der SED-W war wahrscheinlich bekannt, dass Barthel für das MfS arbeitete.¹⁴³ Barthel seinerseits soll – laut Auskunft eines Stasiberichtes – gesagt haben, „dass nach seiner [Barthels] Meinung die Westberliner SED ohne ernsthafte Rückschläge für die oppositionelle Bewegung nicht auf ihn verzichten könne.“¹⁴⁴

Interessant war Barthel für die SED-W wohl nicht zuletzt deshalb, weil dieser als Geschäftsführer des 1967 gegründeten „Berliner Extra-Dienstes“ fungierte. Der „Berliner Extra-Dienst“, ein Nachfolgeprojekt der ebenfalls von Barthels mitinitiierten Zeitung „Extrablatt“, war ein zu dieser Zeit

¹³⁸ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 23), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 95; Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 88; Bernd Rabehl: Der SDS, Dutschke und der antiimperialistische Kampf im Blickfeld der SED, in: Bernd Rabehl: Kampfansage – der SDS im Politikkalkül von SED und MfS, im Internet: <http://freenet-homepage.de/visionen>, Stand: 2009.

¹³⁹ Notiz eines MfS-Mitarbeiters über ein Gespräch mit einem SED-W-Mitglied vom 16.9.1968: „Auf meine Frage, inwieweit die Beziehungen des Vorstandes der SED-Westberlin zu Dutschke bestehen, wurde mir gesagt, dass gegenwärtig keine Beziehungen bestehen. Insbesondere muss man beachten, dass nach dem Attentat gegen Dutschke keine Verbindungen mehr möglich waren, weil er durchaus stark vom Senat abgeschirmt wird. Es ist bekannt, dass er gegenwärtig wieder im Westend-Krankenhaus liegt. Es kann nicht genau gesagt werden, mit welchen Verbindungen, Beziehungen usw. er nach dem Krankenhausaufenthalt nach seinem Attentat die Reise über die Schweiz nach Italien angetreten hat.“ Aktennotiz über die Absprache mit dem Genossen X vom Vorstand der SED-Westberlin am 16.9.1968 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 338. In einer weiteren MfS-Notiz vom 28.10.1968 heißt es: „Von mir [MfS-Mitarbeiter] wurde die Frage gestellt, inwieweit zu dem Rudi Dutschke weitere Beziehungen bestehen. [Antwort des SED-W-Verbindungsmannes:] [...] Z. Zt. bestehen keine Verbindungen. [...]“ Aktennotiz über die Absprache mit dem Vorstand der SED-Westberlin am 28. Oktober 1968 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 344.

¹⁴⁰ Über die Rolle von Walter Barthel in der Studentenbewegung vgl. Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 21 f.

¹⁴¹ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 191, 197, 215.

¹⁴² Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, 215 f.

¹⁴³ Vgl. Notiz eines MfS-Oberst über ein Gespräch mit dem SED-W-Verbindungsmann: „[Zum Ausdruck kam], dass die Genossen wegen dem Journalisten Barthel bei der Führung der SED bei uns intervenieren wollen, da sie der Meinung sind, dass diese Fragen etwas überspitzt behandelt werden. Ihnen ist bekannt, dass die Anregung für die Einreisesperre beim Pressebüro des Ministerrates liegt. Abschließend wurde noch gesagt, dass wir unsererseits nicht unmittelbar Kräfte verzetteln müssen im Republikanischen Club, da diese Kräfte unsererseits evtl. noch notwendiger anderweitig eingesetzt werden könnten.“ Aktennotiz Absprache beim Vorstand der SED-Westberlin am 8.1.1968 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 329.

¹⁴⁴ Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 216.

bekanntes Sprachrohr vor allem linker Traditionalisten.¹⁴⁵ Nach internen Aussagen eines SED-W-Mitgliedes bestand zwischen der Partei und der Zeitung zumindest im Jahr 1968 eine „enge Verbindung“¹⁴⁶, die vermutlich vor allem über Barthel gehalten wurde.¹⁴⁷ Das MfS, wie wahrscheinlich auch die SEW, stellte gegen Ende 1971 die Zusammenarbeit mit Barthel ein, da vermutet wurde, er könne womöglich stärker für den Verfassungsschutz arbeiten als für die eigene Seite.¹⁴⁸

Zu 2) Für die SED-W war von Bedeutung, sich an Gremien und Institutionen der APO zu beteiligen. Dies war ihr in der Zeit nach dem Attentat auf Dutschke und im Hinblick auf die Vorbereitungen des 1. Mai 1968 gelungen. Diese Phase dürfte zu den Höhepunkten der organisatorischen Zusammenarbeit zwischen der SED-W und der APO zählen, was sich im Folgenden beispielhaft verdeutlichen lässt.¹⁴⁹

Am 5. April 1968 war von verschiedenen Gruppen der APO das Sozialistische Mai-Komitee gegründet worden. Spätestens nach den Osterfeiertagen nahm die SED-W – mit wahrscheinlich zumindest zwei Funktionären – an den Sitzungen und Beratungen dieses Komitees aktiv teil.¹⁵⁰ In enger Anbindung zum Maikomitee gründete sich in der Nacht vom 12. zum 13. April 1968 in der TU in Westberlin der „Aktionsausschuss der Arbeiter, Schüler und Studenten“.¹⁵¹ Auch der Aktionsausschuss, der rund 30 Personen umfasste, setzte sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen der APO zusammen, wobei wiederum die Fraktion des SDS am stärksten war. Mitglied waren neben zwei Vertretern des Vorstandes der FDJ-W ebenso Bruno Kuster und Dietmar Ahrens als Vertreter des Vorstandes der SED-W, die beide vom

¹⁴⁵ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 212-214.

¹⁴⁶ Der vollständige Satz lautet wie folgt: „Tatsache ist, dass alle wichtigen Fragen [mit dem 'Berliner Extra-Dienst'] koordiniert werden und eine enge Verbindung zur SED-W besteht.“ Aktennotiz über die Absprache mit dem Vorstand der SED-Westberlin am 28. Oktober 1968 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180; Bl. 343.

¹⁴⁷ Vgl. Aktennotiz über die Absprache mit dem Genossen X vom Vorstand der SED-Westberlin am 16.9.1968 [gez. Harnisch (MfS-Oberst)], in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 337.

¹⁴⁸ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, 216; Otto Jörg Weis: Bei den Rebellen des SDS saß die Stasi mit am Tisch, in: Stuttgarter Zeitung vom 30.3.1995, in: Klaus Schroeder/Jochen Staadt: Im Westen nichts Neues? Dokumentation zur Diskussion um den Einfluss von SED, FDJ und MfS auf die Freie Universität Berlin, Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 18/1995, Berlin Juli 1995, S. 43.

¹⁴⁹ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 31), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 103.

¹⁵⁰ „So fand z.B. die Sitzung des 'Sozialistischen Mai-Komitees' vom 19. April 1968 in der TU Berlin in Anwesenheit der Sekretariatsmitglieder des SED-Parteivorstandes Dietmar Ahrens und Bruno Kuster statt. [...] Auf der 'Informationsveranstaltung' der APO am 29. April 1968 war die SED-Westberlin durch Klaus Feske und Klaus Suckow vertreten.“ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 36), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 108.

¹⁵¹ Es finden sich in der Literatur unterschiedliche Bezeichnungen für den „Aktionsausschuss der Arbeiter, Schüler und Studenten“: „Aktionskomitee der Arbeiter, Schüler und Studenten“, „Zentralkomitee der außerparlamentarischen Opposition“, „Zentralkomitee“ oder „Generalrat“. Vgl. Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 66 f.; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 199-201; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 36), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 108.

Aktionsausschuss am 13. April 1968 einstimmig kooptiert wurden.¹⁵² Der Ausschuss war eine Zeit lang ein recht aktives Koordinierungsorgan, der „fast täglich zu Besprechungen, die abwechselnd an der TU, FU, Pädagogischen Hochschule und der Kirchlichen Hochschule stattfanden“¹⁵³, zusammenkam. Ein einheitliches Programm gab es nicht, Aktionen und Maßnahmen erfolgten jeweils durch Absprachen und Abstimmungen. In diesem Rahmen gelang es der SED-W, den Gedanken einer „antifaschistischen Aktionseinheit“ in den Ausschuss hineinzutragen und durchzusetzen.¹⁵⁴ Zudem erweiterten die zahlreich gebildeten Arbeitsgruppen des Ausschusses die Kontaktmöglichkeiten der SED-W unter anderem zu den Basisgruppen, die ein weiteres für die Westberliner Kommunisten wichtiges Aktionsfeld darstellten. Die Basisgruppen, die seit längerem geplant waren, entstanden innerhalb weniger Wochen nach dem Dutschke-Attentat in allen Stadtbezirken. Im Durchschnitt arbeiteten in ihnen 30 bis 50 Personen; die Gesamtzahl der Mitglieder lag bei rund 500 bis 600. Eine der Zielrichtungen der Basisgruppen war, den Kontakt zur Arbeiterschaft aufzubauen. Der Einfluss von vor allem SDS- und RC-Vertretern war in ihnen vorherrschend. Da „sich die Basisgruppen weitgehend aus den örtlichen ‘Sozialistischen Mai-Komitees’ entwickelten“¹⁵⁵, in denen die SED-W „entweder direkt vertreten war oder zu denen sie zumindest engen Kontakt unterhielt“¹⁵⁶, erleichterte dies die Absicht der Westberliner Kommunisten, Einfluss zu nehmen. Die Beziehung zwischen der APO und der SED-W war auf der örtlichen Ebene der Basisgruppen den Umständen entsprechend gut. Die einzelnen Gruppen waren vor allem bemüht, die technische und materielle Hilfe der Westberliner Kommunisten in Anspruch zu nehmen.¹⁵⁷ Die SED-W ihrerseits war offensichtlich bestrebt, die örtlichen Gruppen durch eigene Mitglieder zu erweitern. So erklärte die Zehlendorfer SED-W-Funktionärin Gisela Giessler „unter Bezugnahme auf eine bestimmte Basisgruppe, da sind ‘eine ganze Menge von uns’ vertreten.“¹⁵⁸ Die Zusammenarbeit der SED-W mit den Basisgruppen kam letztlich insbesondere im Zuge der Ereignisse in der Tschechoslowakei wie auch aufgrund unterschiedlicher Konzepte hinsichtlich des Verhaltens und der Arbeit in den Gewerkschaften zur Jahresmitte 1969 zum Erliegen.¹⁵⁹

Eine wichtige und einflussreiche Rolle in der APO-Bewegung spielte der Republikanische Club (RC). Den Vorläufer des Republikanischen Clubs bildete die von APO-Anhängern im November 1966 gegründete November-Gesellschaft (Novges). Zum inneren Kreis gehörten Dietrich Staritz

¹⁵² Vgl. Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 66.

¹⁵³ Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 199.

¹⁵⁴ Vgl. Bernd Rabehl: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000, S. 67 f.; Information über die Bildung des Aktionsausschusses der Arbeiter, Schüler und Studenten in Westberlin (von Westabteilung, 19.4.1968), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/2.028/20, nicht paginiert.

¹⁵⁵ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 37), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 109.

¹⁵⁶ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 39), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 111.

¹⁵⁷ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 39), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 111.

¹⁵⁸ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 40), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 112.

¹⁵⁹ Vgl. Karl-Heinz Schubert: Zur Geschichte der Westberliner Basisgruppen, in: Johannes Brunner u. a. (Hg.): Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen, West-Berlin 1988, S. 12-23.

und Walter Barthel. „Die Gründung der November-Gesellschaft war eine Reaktion auf die Bildung der Großen Koalition“¹⁶⁰. Ihr Ziel sollte es nach Auskunft von Staritz sein, „die linken Kritiker ‘organisatorisch zu fassen’ und einen ‘Klub zu bilden, in dem sich das ganze linke intellektuelle wie gewerkschaftliche Potential versammeln und diskutieren könnte’.“¹⁶¹ Der Republikanische Club wurde nach längerer Vorbereitungszeit am 30. April 1967 aus dem Kreis der November-Gesellschaft gegründet und übernahm weitestgehend deren Zielsetzung. Die November-Gesellschaft selbst wurde nach einiger Zeit aufgelöst. Zu den Initiatoren der Club-Gründung gehörten unter anderem der Westberliner FDP-Vorsitzende William Borm, der Politologe Ossip Flechtheim, der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, der Kabarettist Wolfgang Neuss und der Rechtsanwalt Horst Mahler. Die Mitgliederzahl des Clubs stieg von anfänglich etwa 200 bis auf rund 1.000 an.¹⁶² Mitglied und zum engeren Kreis gehörend war neben Staritz und Barthel auch Carl Guggemos (beim MfS geführt als IM „Gustav“), der neben seiner Tätigkeit als Chefredakteur des „Berliner Extra-Dienstes“ im Club den „Berlin-Arbeitskreis“ leitete.¹⁶³ Der Club war von Beginn an eines der organisatorischen Zentren der APO in Westberlin, der in zahlreiche politische Aktionen involviert war. Für die SED-W war somit die Teilnahme an diesem Koordinierungsgremium von außerordentlichem Interesse. Laut Verfassungsschutz sollen sich die Funktionäre der SED-W regelmäßig im Republikanischen Club aufgehalten haben; es soll eine Anordnung bestanden haben, dass alle Vorstandsmitglieder der SED-W „jederzeit und ohne weitere Formalitäten“ den Republikanischen Club betreten durften.¹⁶⁴ Einerseits entstand innerhalb des Clubs immer wieder Streit über das Verhältnis zur SED-W.¹⁶⁵ Andererseits soll einem MfS-Bericht zufolge zumindest im März 1968 „der Vorstand des Clubs die Frage der Aktionseinheit mit der SED-Westberlin ‘uneingeschränkt bejaht’“¹⁶⁶ haben. Der SED-W positiv geneigt, waren wahrscheinlich unter anderem Horst Mahler, Klaus Meschkat und Knut Nevermann.¹⁶⁷ Einen Eindruck, wie die SED-W im Republikanischen Club vertreten war, schildert ein Artikel der Zeitschrift „Die Rote Presse Korrespondenz“ vom 23. Mai 1969, die zum Sprachrohr des maoistischen Flügels der APO wurde. Darin heißt es: Die SEW-Mitglieder und „ihre Anhängerschaft (bekannt als Fraktion der Traditionalisten) sind zwar zahlenmäßig im Club nicht sehr stark (etwa 50), jedoch haben sie es verstanden, sich zu organisieren und vor allem der

¹⁶⁰ Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 208.

¹⁶¹ Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 208.

¹⁶² Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 219; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 196-198.

¹⁶³ Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 211-215, 220; Hubertus Knabe: Frontstadt Berlin. Die geheimen Propagandaaktionen der Stasi, in: Die politische Meinung, Nr. 381, August 2001, S. 35; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 25), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 97.

¹⁶⁴ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968 (S. 23), in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 95. Vgl. ergänzend: Bernd Rabehl: Die Justizkampagne – Freiheit für Fritz Teufel (Kap. 3.5), in: Bernd Rabehl: Die Provokationselite – Aufbruch und Scheitern der subversiven Rebellion in den sechziger Jahren, im Internet: <http://freenet-homepage.de/visionen>, Stand: 2009.

¹⁶⁵ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 227.

¹⁶⁶ Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 210.

¹⁶⁷ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 210.

Arbeitskreis Agitation und Propaganda konnte häufig, zuletzt durch die Unterstützung der SEW-Maidemonstration, die Aufmerksamkeit auf sich lenken.¹⁶⁸ Ebenso wird jedoch festgestellt, dass letztlich „die Bemühungen dieser Fraktion, [...] den Club auf ihre konzeptionellen Vorstellungen zu verpflichten, vergeblich waren und sie auch bei den letzten Vorstandswahlen faktisch erfolglos waren“¹⁶⁹. Nach Ansicht des Verfassers stünden viele Mitglieder des Republikanischen Clubs der Politik der SEW nur deshalb nahe, weil ihnen selbst eine geeignete Organisationsform fehle.¹⁷⁰ Insgesamt feststellen ließ sich, dass die Beteiligung der Westberliner Kommunisten im Republikanischen Club der SED-W eine günstige Gelegenheit bot, sich an Aktivitäten der APO – wie beispielsweise bei der Anti-Springer-Kampagne 1967/1968¹⁷¹ – zu beteiligen sowie Verbindungen zur Bewegung und den APO-Funktionären auf- und auszubauen.



APO-Demonstration auf der Karl-Marx-Straße am 1. Mai 1968 (Foto: Jürgen Henschel, Kreuzbergmuseum).

¹⁶⁸ Zit. nach Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 198 f.

¹⁶⁹ Zit. nach Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 199.

¹⁷⁰ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 199; Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 227.

¹⁷¹ Vgl. Bernd Rabehl: Die drei Anti-Springer-Kampagnen 1967/68. Kommentar zu den Arbeiten von Hubertus Knabe, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 11/2002, S. 145.

2. 1970er Jahre: Neue Linke

Im Zusammenhang mit Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 und der Tatsache, dass die SEW dies befürwortete und auch ansonsten ohne Einschränkung auf der Linie Ostberlins und Moskaus lag, distanzierte sich die überwiegende Mehrheit der APO von ihr. Nichtsdestotrotz blieb die SEW in Teilen der Bewegung ein zumindest tolerierter Partner. In der APO war es jedoch nicht nur der Konflikt mit der SEW, der sich verschärfte, sondern es gab viele weitere Auseinandersetzungen, die zu dieser Zeit zwischen den verschiedenen Strömungen aufbrachen. Im Ergebnis driftete die Bewegung auseinander, was gleichsam das Ende der APO einleitete und unter anderem dazu führte, dass nach und nach eine Fülle von teilweise konkurrierenden und sich bekämpfenden Gruppen, Sekten, Projekten und Initiativen unterschiedlichster Couleur und Zielsetzung entstand. Dieses Sammelsurium der 1970er Jahre wurde allgemein als „Neue Linke“ bezeichnet, die sich vereinfacht betrachtet unterteilte in ein dogmatisches (Marxisten, Leninisten, Maoisten, Stalinisten, Trotzkisten) und ein undogmatisches Spektrum (Spontis, Alternative, Sympathisanten des Sozialistischen Büros in Offenbach).¹⁷² Grob geschätzt vereinte die Neue Linke in Westberlin 1970 einen aktiven Kern von rund 8.000 Personen, wobei etwa die Hälfte aus undogmatischen Linken bestand. Während sich dieses Spektrum mit der Zeit allmählich ausweitete, sank nach 1973 die Anzahl dogmatischer Linker kontinuierlich und umfasste 1975 bereits nur noch rund 2.000 Personen.¹⁷³

¹⁷² Die Unterscheidung der „Neuen Linken“ in ein dogmatisches und undogmatisches Spektrum kristallisierte sich in den Verfassungsschutzberichten seit den 1970er Jahren heraus. Vgl. ergänzend dazu die beiden Artikel von Stefen Niemeyer in der „OSI-Zeitung“ vom Februar 1995: „Ich war Maoist“ – Jochen Staadt über seine Vergangenheit und die Vorwürfe von Gesine Schwan sowie „Wir wollen Brücken bauen“ – Klaus Schroeder über seine Vergangenheit und den SED-Forschungsverbund, abgedruckt in: Klaus Schroeder/Jochen Staadt: Im Westen nichts Neues? Dokumentation zur Diskussion um den Einfluss von SED, FDJ und MfS auf die Freie Universität Berlin, Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 18/1995, Berlin Juli 1995, S. 35 bzw. S. 36. Zur Entstehungsgeschichte der Neuen Linken und insbesondere der K-Gruppen in Westberlin vgl. Karl-Heinz Schubert: Zur Geschichte der Westberliner Basisgruppen, in: Johannes Brunner u. a. (Hg.): Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen, Berlin (West) 1988, S. 6-31.

¹⁷³ Diese Schätzung beruht auf der Betrachtung der Demonstrationszüge zum 1. Mai in den 1970er Jahren, die aufgrund der getrennt verlaufenden Demonstrationszüge relativ gute Schlussfolgerungen zulässt. Vgl. hierzu: 1. Mai 1971 Westberlin, in: Arbeiterpolitik, 12. Jahrgang, Nr. 3/4, 9. Juli 1971, S. 25-27; Berlin, in: Arbeiterpolitik, 14. Jahrgang, Nr. 2, 26. Mai 1973, S. 18 f.; Der 1. Mai 1974 in der Bundesrepublik, in: Arbeiterpolitik, 15. Jahrgang, Nr. 3, 6. Juni 1974, S. 9-11; Berichte zum 1. Mai 1975 in der BRD (Beilage), in: Arbeiterpolitik, 16. Jahrgang, Nr. 4; 25. Juni 1975; S. 7; Der 1. Mai 1976 in der Bundesrepublik. Westberlin, in: Arbeiterpolitik, 17. Jahrgang, Nr. 5, 17. Juli 1976, S. 16 f.; Der 1. Mai 1977 in der Bundesrepublik. West-Berlin, in: Arbeiterpolitik, 18. Jahrgang, Nr. 4, 12. Juli 1977, S. 17 f. Vgl. ergänzend unter Stichwort „1. Mai [1970-1979]“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

Maoisten

Einige Gruppen des dogmatischen Spektrums gehörten zu den schärfsten Widersachern der SEW. Es waren dies insbesondere die Maoisten, die sich als Strömung innerhalb der APO in den 1960er Jahren etablierten. Daraus entstanden ab Ende 1968 bis hinein in die 1970er Jahre im Zuge von Abspaltungen wie auch Fusionen mehrere „K-Gruppen“ mit ihren jeweiligen Vorfeldorganisationen. Zu den in Westberlin aktivsten Vertretern gehörte die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML, gegründet Ende 1968, ab 1978 wurde Albanien zum Vorbild, Umbenennung in KPD 1980), die Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO, gegründet 1970, Umbenennung in KPD 1971, Auflösung 1980) und der Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW, gegründet 1973, Auflösung 1985). Die K-Gruppen, die das Gros des dogmatischen Spektrums der Neuen Linken bildeten, waren mit am eifrigsten bemüht, eigene „Zellen“ an den Hochschulen und Betrieben zu gründen, um dort zu agitieren und damit nicht zuletzt auch der SEW das Terrain streitig zu machen. Obwohl die K-Gruppen teilweise in erbitterter Konkurrenz in Fragen der Ideologie und der politischen Praxis zueinander standen, war ihnen vor allen Dingen die Ablehnung der „revisionistischen“ und „sozialimperialistischen Supermacht“ Sowjetunion und all derjenigen gemeinsam, die der Linie Moskaus bedingungslos folgten. Entsprechend betrachteten sie die „deutschen Agenturen“ SED, SEW und DKP als ihre Hauptgegner und bezeichneten sie als „Arbeiterverräte“ und „Reformisten“.¹⁷⁴

Die Maoisten unterstrichen ihre Abneigung gegenüber der SEW seit Ende der 1960er Jahre zunehmend durch Stör- und Protestaktionen. Ein sichtbares Anzeichen für den Widerstand lieferte der 1. Mai 1969, als sich die Maoisten einem gemeinsamen Maikomitee mit der SEW entgegenstellten. Und auch am 1. Mai 1970 gehörten sie zu den treibenden Kräften, die einen eigenen, in Abgrenzung zur SEW verlaufenden Demonstrationszug durch die Straßen von Neukölln und Kreuzberg organisierten. Ihnen folgte an diesem Tag ein Großteil der Neuen Linken,

¹⁷⁴ Eine ausführliche Übersicht über die Entstehung der K-Gruppen findet sich im Kapitel „Aufstieg und Niedergang der K-Gruppen“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II, Köln 1989, S. 119-125. Vgl. ergänzend: VSB für 1972, S. 79; VSB für 1979, S. 91.

Ein Beispiel für die Haltung der Maoisten gegenüber der SEW lieferte folgende ADN-Information von 1977, in der es heißt: „Westberlin, 15. April 1977 – rund einhundert Anhänger der maoistischen KPD haben am Freitagabend eine Hetzkundgebung gegen die SEW durchgeführt. Diese Veranstaltung, die eine Stunde dauerte, fand rund einhundert Meter vom Tagungsort des 5. SEW-Parteitages, der ‘Neuen Welt’, auf dem Hermannplatz statt. [...] Ein Sprecher behauptete, die SEW sei 1956 zu einer ‘arbeiterfeindlichen, revisionistischen Partei entartet’. Die Partei hätte die nationale Einheit und den Kampf um den Sozialismus in ganz Deutschland verraten. Der Redner schloss mit Ausfällen gegen die Sowjetunion. Sie sei der gefährlichste Kriegstreiber der Welt, behauptete er.“ Maoistische Kundgebung gegen SEW-Parteitag, aus: ADN-Information (Grün) vom 16. April 1977, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9782, Bl. 112.

während sich die übrigen wie auch die SEW abseits davon an der Gewerkschaftskundgebung vor dem Schöneberger Rathaus beteiligten.¹⁷⁵

In der Folgezeit nahmen die Auseinandersetzungen zwischen den dogmatischen Linken und der SEW an Heftigkeit zu; die noch vereinzelt gemeinsam begangenen Demonstrationen wurden zusehends ein Schauplatz von Anfeindung und Konkurrenzkampf, was beispielsweise in Form von Tumulten vor und während der Proteste gegen das „Handgranatengesetz“¹⁷⁶ im Jahr 1970 zum Ausdruck kam. Derartige Scharmützel zogen sich hinein bis in die Betriebe und Gewerkschaften.¹⁷⁷

Die Maoisten fielen auch immer wieder durch besonders radikale Aktionen auf, was sich beispielsweise am 9. Mai 1975 zeigte, als 18 westdeutsche Mitglieder der KPD vor dem sowjetischen Ehrenmal in Treptow (Ostberlin) eine Kundgebung veranstalteten, daraufhin von den Ordnungsorganen der DDR verhaftet und nach einigen Tagen Untersuchungshaft nach Westberlin abgeschoben wurden.¹⁷⁸ Infolge der Inhaftierung, so hießt ein Bericht des MfS fest, seien daraufhin in Westberlin von Seiten „maoistische[r] Elemente“ Provokationshandlungen gegen die SEW verübt worden. Im Bericht heißt es dazu dann weiter:

„So z. B. am 11.5. und am 12.5.1975, wo ein Racheakt durch Einschlagen der Fensterscheiben am Parteigebäude der SEW und Beschmieren der Wände durchgeführt wurden. Es wurden Losungen an die Wände geschmiert, wie: ‘Nieder mit Breshnew, es lebe Lenin und Stalin’; ‘Wir fordern Freiheit für die Antifaschisten, die am 9.5.1975 am Sowjetischen Ehrenmal in Treptow festgenommen wurden’. Weitere solcher Provokationshandlungen wurden von diesen Kräften durchgeführt bei den von der SEW organisierten Feierlichkeiten am Tag der Kämpfer gegen den Faschismus am Ehrenmal in Plötzensee, bei einer Veranstaltung der SEW am 12.5.1975 an der

¹⁷⁵ Vgl. Chor der Gefangenen, in: Der Spiegel vom 26.4.1971, S. 89 f.; Manfred Görtemaker/Klaus Schroeder (Hg.): Freie Universität Berlin 1948-1973 – Hochschule im Umbruch. Teil VI: Die ungeliebte Reform (1969-1973), Berlin 1990, S. 49; Jürgen Schröder: Marxisten-Leninisten Westberlin, in: Jürgen Schröder/Dietmar Kesten (Hg.): Materialien zur Analyse von Opposition (MAO), im Internet: <http://www.mao-projekt.de>, Stand: 2009.

¹⁷⁶ Aus Anlass der Eskalation auf der Demonstration gegen die US-Invasion in Kambodscha, bei der beim Sturm auf das Amerikahaus im Mai 1970 geschossen wurde, drohte Innensenator Neubauer mit dem Einsatz von Handgranaten. Bereits am 11. Juni 1970 wurde das „Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin“ (UZwG) verabschiedet, welches die Protestler in Rückgriff auf Neubauers Äußerung als „Handgranatengesetz“ bezeichneten. Vgl. Jürgen Schröder: Der Protest gegen das Westberliner Handgranatengesetz am 11.6.1970, in: Jürgen Schröder/Dietmar Kesten (Hg.): Materialien zur Analyse von Opposition (MAO), im Internet: <http://www.mao-projekt.de>, Stand: 2009; Hans Gellhardt: Wofür haben wir gekämpft? Erinnerungen und Anmerkungen aus fünfzig Jahren, Selbstverlag, Potsdam 2006, S. 117 f., im Internet: <http://www.gellhardt.de>, Stand: 2009. Vgl. unter Stichwort „11. Juni 1970“ in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

¹⁷⁷ So erfolgte beispielsweise 1972/1973 innerhalb der IG-Metall ein gegenseitiger Schlagabtausch von Denunziation, was dazu führte, dass mehrere Maoisten ausgeschlossen und gewerkschaftliche Jugendgruppen geschlossen wurden. Vgl. J. Reents-Verlag (Hg.): Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen, Hamburg 1978, S. 88; Jürgen Schröder: NCR Neukölln Westberlin, in: Jürgen Schröder/Dietmar Kesten (Hg.): Materialien zur Analyse von Opposition (MAO), im Internet: <http://www.mao-projekt.de>, Stand: 2009. Vgl. ergänzend die Stellungnahme vom SEW-Mitglied Henry Kördel, in: SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SEW, Berlin 1972, S. 59.

¹⁷⁸ Vgl. Maoistische KPD veranstaltete die Demonstration am Alexanderplatz, in: Der Tagesspiegel vom 24.11.1981, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9782, Bl. 5; Bernd Lampe: KPD/ML verstärkt die Aktivitäten gegen die „DDR“, in: Die Welt vom 29.11.1977, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9782, Bl. 96.

‘FU’ [zum ‘30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus’]¹⁷⁹] und bei einer von der SEW organisierten Fotoausstellung. Bei einem verübten Einbruch, wo Parteimaterialien aus den Fenstern geworfen wurden, konnte der Täter festgenommen und der Polizei übergeben werden. Alle übrigen Störversuche konnten in den Anfängen durch SEW-Sicherungskräfte unwirksam gemacht werden. Als weitere Provokationshandlungen seitens der maoistischen ‘KPD’ und des ‘KSV’ wurden festgestellt: Verteilen von Flugblättern, die zur Teilnahme an Gegenkundgebungen aufrufen. Als Mitunterzeichner wurden genannt, die maoistische ‘KPD’ und der ‘KSV’ sowie weiter der ‘KJVD’, ‘KOV’ und ‘Die Liga gegen den Imperialismus’.^[180] Es handelte sich um die von der SEW organisierte Solidaritätskundgebung zum 2. Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile, wo die SEW zur Teilnahme aufgerufen hatte. Weitere ähnliche Handlungen werden direkt angewendet an politischen Mitarbeitern, die bei den Kreisvorständen der SEW hauptamtlich beschäftigt sind.“¹⁸¹

Dass das MfS involviert war, dürfte kaum überraschen, da die Provokationen der Maoisten die DDR wie auch die Bruderpartei SEW direkt betrafen.¹⁸² Schon die APO hatte unter Beobachtung und Einflussnahmever suchen des MfS gestanden; bei der Neuen Linken fand dies seine Fortführung, wobei – wie es die Akten nahe legen – insbesondere die dogmatische Linke im Mittelpunkt des Interesses stand.¹⁸³ Die Informationen über diese Szene in Westberlin waren äußerst detailliert und umfassend. Die Strategie des MfS dürfte vor allem darin bestanden haben, die Gruppen öffentlich zu diskreditieren, sie gegeneinander aufzuwiegeln und Misstrauen zu schüren, was die Zermürbung und Auflösung zum Ziel haben sollte.¹⁸⁴

¹⁷⁹ Vgl. KSV störte SEW-Treffen, in: Frankfurter Rundschau vom 14.5.1975, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 231.

¹⁸⁰ Der KSV (Kommunistische Schülerverband), der KJVD (Jugendverband), der KOV (Oberschülerverband) und die Liga gegen den Imperialismus waren Neben- bzw. Vorfeldorganisationen der maoistischen KPD.

¹⁸¹ Fragespiegel zur Jahresberichterstattung 1974/75 (von MfS/Büro der Leitung II, 11.6.1975), in: BStU, ZA, MfS HA II 16590, Bl. 115 f.

¹⁸² Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 227.

¹⁸³ Vgl. beispielsweise nachfolgende Berichte des MfS: Einschätzung der jüngsten Aktivitäten der maoistischen Kräfte und die sich daraus für das MfS ergebenden spezifischen Gegenmaßnahmen (3.6.1975), in: BStU, ZA, MfS HA IX 19916, Bl. 1-7; Operativinformation über gegenwärtige Entwicklungen in der maoistischen Bewegung in der BRD und in Westberlin (23.6.1975), in: BStU, ZA, MfS HA IX 4706, Bl. 3-21; Wesen und Rolle in der BRD und Westberlin existierender pseudorevolutionärer linksextremistischer Kräfte und Gruppen – Aspekte ihrer gegen die internationale kommunistische Arbeiterbewegung, gegen die marxistisch-leninistischen und anderen fortschrittlichen Kräfte in der BRD und Westberlin, insbesondere gegen die DDR gerichteten Handlungen unter besonderer Berücksichtigung terroristischer Aktivitäten sowie Erfordernisse ihrer offensiven vorbeugenden Bekämpfung (Anlagen) [wahrscheinlich 2. Hälfte 1970er Jahre], in: BStU, ZA, MfS HA XXII 814/3, gesamte Akte; Auskunftsbericht zu linksextremistischen und trotzkistischen Organisationen, Gruppen und Kräften und ihre gegen die DDR gerichteten Aktivitäten (Band I vom 25.10.1979), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 14578, gesamte Akte.

¹⁸⁴ Für den oben genannten Fall, bei dem die 18 KPD-Mitglieder anlässlich ihrer Kundgebung vor dem sowjetischen Ehrenmal festgenommen worden waren, war beispielsweise geplant, entsprechende Artikel in der Zeitschrift „Berliner Extra-Dienst“ und in der Illustrierten „Stern“ zu platzieren. Und auch die Abschiebung der KPD-Mitglieder nach Westberlin, die einige Tage nach der Inhaftierung erfolgte, lag diese Strategie zugrund. Vgl. Zum weiteren Vorgehen gegenüber den inhaftierten Maoisten (vom MfS, 17.5.1975), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 25675, Bl. 240-274.

Abgrenzungskurs der SEW

Die SEW kritisierte ab 1968 verschärft die APO, ihre Unorganisiertheit wie auch die Spontaneität ihrer Aktionen.¹⁸⁵ Seitdem ging sie einerseits zunehmend auf Distanz zu den radikalen und militärischen Gruppen und versuchte andererseits, ihren Führungsanspruch in der Bewegung verstärkt durchzusetzen. Diesem Kurs der Durchsetzung und Abgrenzung, den die Westberliner Kommunisten verschärft und konsequent in den 1970er Jahren gegenüber der Neuen Linken verfolgten, lagen mehrere Motive zugrunde. Zum einen verstand sich die SEW als eine seriöse Arbeiterpartei, die darauf bedacht war, nicht mit Gruppen und Aktionen in Verbindung gebracht zu werden, die dieser Präsentation negativ entgegenwirkten.¹⁸⁶ Ferner war es nicht in ihrem Interesse, dass Gruppen sie öffentlich kritisierten und sich anschickten, ihr am linken Rand das Feld streitig zu machen. Die SEW sah darin nicht zu Unrecht die Gefahr, dass nicht nur ihre Wahlchancen, sondern auch die ideologische Geschlossenheit der Partei in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Der harte Kurs der SEW hatte für sie Vor- und Nachteile. Einerseits verzeichnete die Partei bis in die Mitte der 1970er Jahre einen Zustrom überwiegend junger und zum Teil von den Richtungskämpfen der Neuen Linken enttäuschter Leute, die in der SEW die wahre Avantgarde vorzufinden glaubten.¹⁸⁷ Andererseits gelang es den Westberliner Kommunisten weder einen Wahlerfolg zu erzielen, noch über eine punktuell und zeitlich begrenzte Zusammenarbeit mit einzelnen Gruppen der Neuen Linken hinauszukommen, da nahezu niemand bereit war, sich der Parteilinie der SEW vorbehaltlos und längerfristig unterzuordnen. Eine Abkehr von ihrem harten Kurs vollzog die SEW gegen Ende 1979 mit der Einleitung des so genannten Friedenskampfes, bei dem es darum ging, alle politischen Kräfte zu mobilisieren und zu bündeln. 1980 hielt der

¹⁸⁵ Vgl. beispielsweise Annamarie Doherr: Westberliner SED ist enttäuscht. „Ultralinke Thesen“ der Außerparlamentarischen Opposition abgelehnt, in: Frankfurter Rundschau vom 8.7.1968, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil1 von 2), Bl. 256.

¹⁸⁶ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 202-204.

¹⁸⁷ Der Andrang von Beitrittswilligen war von Ende der 1960er bis Anfang der 1970er Jahre zeitweilig groß, allerdings war die SEW von jeher wählervisch und nicht jeder wurde aufgenommen. Der SEW war wichtig, dass es sich bei den Beitrittskandidaten möglichst um Personen handelte, die längerfristig in Westberlin und damit auch in der Partei bleiben wollten. Aus Angst vor Unterwanderung durch trotzkistische und maoistische Gruppen, handhabte die SEW Anfang 1972 ihre Aufnahmebedingungen strikter und rückten wieder verstärkt die sogenannte Kandidatenzeit, sprich Bewährungszeit, als Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in den Vordergrund. So mussten Beitrittswillige zum Teil beispielsweise zuvor an mehreren Schulungskursen teilgenommen haben, um aufgenommen zu werden. Vgl. Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 24.11.1972, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 163 f.; Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 18.3.1970, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 246; SEW-Mitgliedschaft erst nach „Kandidatenzeit“, in: Die Welt vom 26.2.1972, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 2 von 2), Bl. 218.

Hinsichtlich der Aufnahme von Studenten teilte ein SEW-Mitglied dem MfS im Juni 1972 Folgendes mit: „Es gibt einen ganzen Stapel von Anträgen von Studenten, die Mitglied der Partei [SEW] werden wollen, die aber von der Partei [SEW] bewusst zurückgehalten werden, da man nicht ein Übergewicht von Studenten in der Partei erhalten will, und zum anderen, weil bekannt ist, dass das Landesamt für Verfassungsschutz in Westberlin Studenten, die aus Westdeutschland nach Westberlin kommen und Arbeit suchen, diesen Arbeit versorgt mit dem Auftrag, dass sie ihren Eintritt in der SEW vollziehen und damit über die SEW und andere progressive Studentenorganisationen dem Landesamt für Verfassungsschutz Bericht erstatten.“ Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 31.5.1972, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl.178 f.

Verfassungsschutz fest: „Erstmals war sie auch bereit, bei ‘Bündnissen’ die Teilnahme von Gruppen der ‘Neuen Linken’ hinzunehmen, von denen sie sich bisher scharf abgrenzte.“¹⁸⁸

Wie strikt sich der Abgrenzungs- und Durchsetzungskurs in den 1970er Jahren gestaltete und dass er sich nicht nur auf die Neue Linke beschränkte, verdeutlichte eine Bestandsanalyse der SED-Westabteilung vom September 1972, in der es hieß: „Die SEW hat in letzter Zeit sowohl mit der ‘Marxistischen Abendschule’ als auch durch eine gezielte publizistische Auseinandersetzung mit dem Rechts- und Linksopportunismus eine aktive ideologische Arbeit geleistet. Die Partei hat sich vor allem in der Auseinandersetzung mit den ultra-linken Gruppierungen und ihren ‘Theorien’ Verdienste erworben und sollte diese Auseinandersetzung unbedingt weiterführen. Die Arbeitermassen in Westberlin jedoch stehen unter dem Einfluss des rechtssozialdemokratischen Opportunismus. Umso wichtiger wird die Auseinandersetzung mit dem sogenannten ‘demokratischen Sozialismus’ und seinen Lügen vom ‘Wandel des Kapitalismus’, die nur darauf berechnet sind, die Arbeiterklasse an das kapitalistische System zu binden und die Konterrevolution in die sozialistischen Länder zu tragen. Es dient der ideologischen Festigung der Partei und der Gewinnung von größerem Einfluss auf die Arbeiterklasse, wenn die Genossen weiterhin eine aktive und lebendige Sozialismuspropaganda betreiben und den Westberlinern die Vorzüge des realen Sozialismus in der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Ländern nahebringen. Wir sind auch dafür, dass alle Möglichkeiten von Studiendelegationen genutzt werden, damit Arbeiter Westberlins sich in der Praxis davon überzeugen können, was die Arbeiterklasse vermag, wenn sie die Macht in den Händen hält.“¹⁸⁹ In einer weiteren Darlegung über den im Oktober 1972 abgehaltenen III. Parteitag der SEW konstatieren maßgebliche Vertreter der SED: „Vor allem im Bericht des Parteivorstandes, aber auch in der Diskussion, erfolgte eine kämpferische und konkrete Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie, insbesondere mit dem Sozialdemokratismus sowie dem pseudorevolutionären Linksopportunismus. Die prinzipielle Auseinandersetzung mit revisionistischen sowie ultralinken, maoistischen und anarchistischen Auffassungen, das konsequente Auftreten gegen Antikommunismus und Antisowjetismus hat auch dazu geführt, dass irregeföhrte junge Menschen aus ultralinken Gruppierungen für die SEW gewonnen werden konnten.“¹⁹⁰ Auf besagten III. Parteitag der SEW war auch Paul Verner als Guest anwesend. In seiner Rede vor den SEW-Delegierten sagte er: „Die Marxtöter, die Rechts- und Linksopportunisten aller Schattierungen, die rechten sozialdemokratischen Führer, die unter der Floskel des ‘demokratischen Sozialismus’ die staatsmonopolistische Ordnung sichern – sie alle sind durch die Geschichte, durch das Leben widerlegt. Die Ideen des Marxismus-Leninismus aber haben die historische Bewährungsprobe bestanden. Sie haben die Herzen und Hirne von Millionen ergriffen. Sie sind das Fundament, auf dem sich die sozialistische Staatengemeinschaft erhebt. Sie werden heute auf allen Kontinenten materielle Gewalt.“¹⁹¹

¹⁸⁸ VSB für 1980, S. 74.

¹⁸⁹ Informationsmaterial der Westabteilung des ZK. Zu Problemen der weiteren Arbeit der SEW (September 1972), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1626, Bl. 48 f.

¹⁹⁰ Bericht der Delegation des ZK der SED über Verlauf und Ergebnis des III. Parteitages der SEW (Vorlage für das PB des ZK für die Sitzung des PB Nr. 47/7 am 7.11.1972; von Erich Mückenberger, Paul Verner, Werner Jarowinsky und Heinz Geggel, 1.11.1972), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/1637, Bl. 77.

¹⁹¹ SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SEW, Berlin 1972, S. 104.

Wie bereits oben erwähnt, waren es insbesondere die Maoisten, die mit einer Art Kleinkrieg die SEW direkt herausforderten. In der SEW registrierte man diese Entwicklung und erkannte die damit einhergehenden Schwierigkeiten für die weitere Parteiarbeit. Die Haltung der Kommunisten gegenüber den Maoisten machte Danelius auf einer Tagung in Moskau am 9. Juni 1969 mit folgenden Worten deutlich: „In Westberlin ist der ‘Maoismus’ eine direkte Waffe der Bourgeoisie, um die Gemeinsamkeit aller Gegner des spätkapitalistischen Systems zu untergraben, um der demokratischen und sozialistischen Bewegung eine ultralinke und abenteuerliche Linie aufzuzwingen und junge Menschen, die neu in die Bewegung kommen, zu desorientieren.“¹⁹² Den endgültigen Bruch vollzog die SEW schließlich anlässlich ihrer erneuten Wahlniederlage am 14. März 1971. Die Schuld für das schlechte Abschneiden lastete Danelius insbesondere den Aktivitäten der Maoisten an; auf einer Funktionärskonferenz am 26. März 1971 verkündete er: „Mit denen, die im Wahlkampf in einer Front mit den etablierten Parteien und der Springer-Presse gegen unsere Partei standen, gibt es weder Aktionseinheit in punktuellen noch in prinzipiellen Fragen. Rolle und Funktion einiger Gruppen und Grüppchen, die sich anmaßen, die ‘neue Linke’, [als] die einzige wahre revolutionäre Avantgarde darzustellen, bestehen darin, die demokratische und sozialistische Bewegung auseinanderzumanipulieren und zu desorientieren. Darum ist eine schärfere Abgrenzung von diesen Gruppen und Grüppchen notwendig. Es gibt nur einen marxistisch-leninistischen Kampftrupp in unserer Stadt, das ist die Sozialistische Einheitspartei Westberlins.“¹⁹³ Die SEW stellte ab diesem Zeitpunkt jede Zusammenarbeit mit diesen Gruppen vollständig ein.¹⁹⁴ Dem Bemühen der Ab- und Ausgrenzung dürfte – ähnlich wie bei der DKP – die Vorgehensweise zugrunde gelegen haben, dass, wenn überhaupt, nur noch vereinzelt und sporadisch mit Maoisten Diskussionen geführt wurden, und zwar, „um sie anhand eigener negativer Erfahrungen von diesen [K-]Gruppen zu lösen bzw. mitzuhelpfen, dort die innere Auseinandersetzung zu fördern.“¹⁹⁵ Ein Beispiel dafür, dass die Kommunisten nichts unversucht ließen, sich der Maoisten zu entledigen, zeigte sich im Vorfeld der anstehenden Wahlen 1975, wobei die SEW im Wahlausschuss die einzige Partei war, die gegen die Zulassung von KPD und

¹⁹² Zit. nach Eberhard Schröder: „... und nicht vergessen ...“. Ein persönlicher Beitrag zur Bewahrung der Geschichte der SEW, Berlin 2005, S. 34.

¹⁹³ Zit. nach Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 194.

¹⁹⁴ Die Verweigerungshaltung der Westberliner Kommunisten zeigte sich beispielsweise bei zwei antifaschistischen Demonstrationen (1971), bei allen jährlichen Maiveranstaltungen ab 1971 sowie bei der unter Beteiligung des Berliner Vietnamkomitees durchgeführten Demonstrationsfahrt nach Bonn am 14. Januar 1973. Vgl. Jürgen Schröder: Die Antifademonstrationen gegen den „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ) bzw. die „Nationalrevolutionäre Jugend“ in Berlin-Neukölln am 14.5.1971 und 13.8.1971, in: Jürgen Schröder/Dietmar Kesten (Hg.): Materialien zur Analyse von Opposition (MAO), im Internet: <http://www.mao-projekt.de>, Stand: 2009; Jürgen Schröder: Ideologischer Kampf vs. regionale Hegemonie. Ein Beitrag zur Untersuchung der K-Gruppen (Diplomarbeit), in: Jürgen Schröder/Dietmar Kesten (Hg.): Materialien zur Analyse von Opposition (MAO), im Internet: <http://www.mao-projekt.de>, Stand: 2009; Solidarität und Parteiinteresse. Überlegungen einiger Genossen zur Bonner Vietnam-Demonstration, in: Die Schwarzen Protokolle, Nr. 4 vom 1. April 1973, nicht paginiert.

¹⁹⁵ Unbetiteltes Dokument über ein Gespräch zwischen einem MfS-Mitarbeiter und einem DKP-Mitglied aus dem Jahr 1977, in: BStU, ZA, MfS HA XXII 5541/11, Bl.11.

KBW votierte, während sie sich beim Bund Freies Deutschland der Stimme enthielt.¹⁹⁶ Den gleichen Versuch unternahm die SEW später im Wahljahr 1979 gegenüber der AL. Auch hierbei hatte sie im Wahlausschuss gegen deren Zulassung zu den Wahlen gestimmt.¹⁹⁷

Besonders anschaulich zeigte sich der Isolationskurs der SEW wie aber auch die allgemeine Zerrissenheit der Linken insgesamt an den alljährlich durchgeführten Umzügen zum 1. Mai.¹⁹⁸ Von Bedeutung hierbei war, dass die Führung des DGB und der SPD ihrerseits eine scharfe Ausgrenzung der Kommunisten und Maoisten betrieben. Um den Anschein von Verbundenheit nicht aufkommen zu lassen und zudem zum Schutz vor linksradikalen Störaktionen, wie sie beispielsweise auf der Gewerkschaftskundgebung am 1. Mai 1970 aus den Reihen der Neuen Linken erfolgt waren,¹⁹⁹ organisierte der DGB seine Kundgebung zum Tag der Arbeit in den darauf folgenden 1970er Jahren – ausgenommen 1974, 1975, 1978 und 1979 – als eine geschlossene Veranstaltung im Saal. Als Reaktion darauf führte die SEW jeweils am 1. Mai von 1971 bis 1974 sowie 1976 und 1977 einen eigenen Straßenumzug durch. In den Jahren 1975, 1978 und 1979 verzichteten die Kommunisten auf eine eigene Demonstration und mischten sich unter die gewerkschaftlichen Aktionen. An den von der SEW durchgeführten Umzügen der oben benannten Jahre durften sich nur genehme Organisationen beziehungsweise Gruppierungen anschließen, frei nach dem von Danelius ausgegebenen Motto: „Wir lassen uns nicht zum Fußvolk degradieren. Wer mit uns demonstrieren will, muss mit uns die Lösungen absprechen.“²⁰⁰ Die um die Gunst der Straße mit der SEW zum 1. Mai konkurrierenden Maoisten hatten das Nachsehen, konnten schon 1971 für ihre parallel stattfindenden Umzüge nur noch rund 4.000 Personen gewinnen und gerieten in den darauf folgenden Jahren mit ihren Gegen- und Abgrenzungsveranstaltungen wie auch nicht zuletzt aufgrund ihrer Pöbelhaftigkeit ins Abseits (1972: 2.000 Demonstranten zum 1. Mai; 1973: 4.500; 1974: 3.000; 1975: 2.000). Am Marsch der SEW hingegen beteiligten sich ab 1971 zunächst größere Teile der übrigen Neuen Linken und andere Gruppen. Das restriktive Gebaren der SEW führte zudem dazu, dass sich fallweise Organisationen entschieden, zusätzlich eigene Umzüge durchzuführen, da sie nicht gewillt waren sich den Vorgaben der Kommunisten oder der Maoisten unterzuordnen. So waren dies beispielsweise 1973 die Jusos oder – im Verlauf der Jahre – die eine oder andere, das DGB-Saalgebot boykottierende Einzelgewerkschaft. Für die SEW hatte dies insgesamt zur Folge, dass die Beteiligung an den von ihr initiierten Umzügen ab der zweiten Hälfte

¹⁹⁶ Vgl. ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.): Interview aus „Holger, der Kampf geht weiter“, in: ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.): Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Band 1, Berlin 1993, S. 107.

¹⁹⁷ Vgl. Die Klarheit (Sonderausgabe, Mai 1980), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 104.

¹⁹⁸ Für alle nachfolgenden Angaben zum 1. Mai in den 1970er Jahren vgl. die in der Fußnote 2) angegebenen Quellen. Bei widersprüchlichen Zahlenangaben wurde ein Mittelwert gebildet.

¹⁹⁹ Vgl. Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 193; Jürgen Schröder: Marxisten-Leninisten Westberlin, in: Jürgen Schröder/Dietmar Kesten (Hg.): Materialien zur Analyse von Opposition (MAO), im Internet: <http://www.mao-projekt.de>, Stand: 2009. In einer anderen Veröffentlichung werden die Störaktionen der SEW zugeschrieben. Vgl. Manfred Görtemaker/Klaus Schroeder (Hg.): Freie Universität Berlin 1948-1973 – Hochschule im Umbruch. Teil VI: Die ungeliebte Reform (1969-1973), Berlin 1990, S. 49.

²⁰⁰ Zit. nach Martin Buchholz: SEW vor dem V. Parteitag. Nicht jammern und picheln, in: Berliner Extra-Dienst Nr. 29/30 vom 15. April 1977, S. 18, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9798, Bl. 81. Ergänzend vgl. Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 430.

der 1970er Jahre abnahm (1971: 17.500 Demonstranten zum 1. Mai; 1972: 17.500; 1973: 22.500; 1974: 12.500; 1976: 11.000; 1977: 15.000).

Welche Bedeutung die Kommunisten dem 1. Mai beimaßen, ließ sich zum einen daraus ersehen, dass sich das taktische Vorgehen der SEW – eigene Demonstration ja oder nein – nachweislich zumindest in den Jahren 1975 und 1976 in Absprache mit Ostberlin vollzog.²⁰¹ Zum anderen lässt sich die Wichtigkeit dieses Tages daran erkennen, dass die Staatssicherheit im Vorfeld für diesen Tag jedes Jahr detaillierte und interne Erkenntnisse (Intention, Marschroute, Ort und Zeit von Kundgebungen und Aktionen etc.) unter anderem über die SPD, den DGB und die Maoisten zusammentrug und sich mit der SEW austauschte.²⁰²



Demonstration der SEW zum „Tag der Arbeit“ vom Hermannplatz über den Kottbusser Damm zum Hohenstaufenplatz im Jahr 1977 (Foto: Jürgen Henschel, Kreuzbergmuseum).

Ein weiterer Hinweis über den Ausgrenzungskurs der SEW fand sich in den Akten und bezog sich auf die Protestwelle „Gegen Berufsverbote“.²⁰³ Bei diesen Aktionen handelte es sich um eine bundesweite Kampagne, die über Jahre hinweg von vielen Protestaktionen begleitet war, weltweit Resonanz fand und bei der Kommunisten im In- und Ausland eine maßgebliche

²⁰¹ Vgl. Schreiben von Danelius an Honecker vom 11.3.1975, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Schreiben von Häber an Honecker vom 29.3.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

²⁰² Vgl. Vorbereitung des 1. Mai in Westberlin (für 1974 und 1975), in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 256, 263-266; Auszug aus der Aktennotiz über die Absprache mit Gen. X vom Parteivorstand der SEW am 24.4.1978, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 29; Ergänzung zur Information über geplante Veranstaltungen in Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai 1978 in Westberlin (vom Zentralen Operativstab des MfS, 25.4.1978), in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 28; Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 7.3.1973 (vom MfS), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 157; Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 4.4.1974 (vom MfS), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 125 f.

²⁰³ Vgl. Die Klarheit (Sonderausgabe, Mai 1980), in: BSTU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 103.

Koordinierungsfunktion übernahmen.²⁰⁴ Den Anstoß dafür bildete ein Ministerpräsidentenbeschluss vom 28. Januar 1972, der eine bundeseinheitliche Regelung darstellte, um verfassungsfeindliche Kräfte aus dem Öffentlichen Dienst fernzuhalten. Die Kampagne gegen diesen „Radikalenerlass“ – wie ihn die Gegner bezeichneten – erreichte zeitweise hohe Teilnehmerzahlen und wurde ebenso von zahlreichen Demokraten, deren Motive sich aus Solidarität und nachvollziehbarer Kritik zusammensetzten, massiv unterstützt. In Westberlin erfolgte die Umsetzung des Ministerpräsidentenbeschlusses durch Innensenator Neubauer im Oktober 1974. Erstmalig größere Beachtung kam auf, nachdem Beschäftigte verschiedener Westberliner Hochschulen zur Wahl der SEW zur Abgeordnetenhauswahl am 2. März 1975 aufgerufen hatten und die Behörden daraufhin Ermittlungen aufnahmen. Danach gründeten sich in kurzer Zeit mehrere Initiativen und Plattformen wie beispielsweise am 31. Mai 1975 das „Aktionskomitee gegen Berufsverbote“ an der FU, das nicht nur den Protest bündelte, sondern auch die Betroffenen materiell wie juristisch unterstützte. Der Unmut steigerte sich, als ferner bekannt wurde, dass der Beschäftigungsvertrag dreier Assistenten der TU-Berlin aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der SEW nicht verlängert werden sollte. Neben einem einwöchigen Vorlesungsboykott an den Berliner Hochschulen (Januar 1976) kam es unter anderem zu einer von den Westberliner Kommunisten mitinitiierten Demonstration am 3. Dezember 1975, an der sich etwa 10.000 Personen beteiligten, unter ihnen der Präsident der TU Berlin, Prof. Wittkowsky. Für die nächsten Jahre erfolgte eine intensivierte Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerbern und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Entsprechend kam es immer wieder, beispielsweise am 1. Dezember 1976 sowie am 10. und 19. Oktober 1978, zu Protestkundgebungen gegen die „Berufsverbotspraxis“ mit mehreren tausend Teilnehmern und Serien von personalisierten Solidaritätsaktionen wie insbesondere im Fall des Lehrers Hans Apel, der aufgrund seiner Mitgliedschaft in der SEW entlassen wurde.²⁰⁵ Häber stellte diesbezüglich fest: „Diese Solidaritätsbewegung für einen gemäßregelten Genossen der SEW [gemeint war Hans Apel] macht deutlich, dass es in bestimmter Hinsicht günstigere Bedingungen für eine breite Bündnispolitik der SEW gibt. Es wird darauf ankommen, die in kluger Weise zu nutzen.“²⁰⁶ Die Protestaktionen „Gegen Berufsverbote“ hielten bis Anfang 1980er Jahre an.²⁰⁷

²⁰⁴ Vgl. VSB für 1975, S. 50 f., 67; VSB für 1976, S. 64; VSB für 1977, S. 78 f.; VSB für 1979, S. 73.

²⁰⁵ Vgl. Schreiben des PV der SEW an das ZK der SED im Juni 1975 (wurde daraufhin weitergeleitet an das Politbüro), in: SAPMO-BArch, DY 30/2405, Bl. 2-11; Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Westabteilung, Dezember 1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; VSB für 1975, S. 67; Detlef Krenz: Der Fotograf der „Wahrheit“, in: Kreuzberg Museum (Hg.): Jürgen Henschel – der Fotograf der Wahrheit. Bilder aus Kreuzberg 1976-1988. Berlin 2006, S. 47 f., 58 f.; Information über meinen Aufenthalt in Westberlin vom 21. bis 27. Januar 1979 (von Häber, 29.1.1979), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 3; „Wo hat dies begonnen, wo endet es?“, in: Der Spiegel vom 16.10.1978, S. 34; „Rot Front! Zack, zack!“, in: Der Spiegel vom 27.6.1977, S. 62.

²⁰⁶ Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Häber, 6.10.1978), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

²⁰⁷ So berichtete beispielsweise die Westabteilung 1982: „An Bedeutung gewinnen die Auseinandersetzungen gegen den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten durch Wiederaufnahme von Berufsverbotsverfahren und den Ausbau des Verfassungsschutzes. Die erneuten Berufsverbotsverfahren gegen die Lehrer und Mitglieder der SEW, Reiner Rowald und Wilhelm Luttermann, lösten Solidaritätsaktionen sowohl in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft als auch bei vielen Persönlichkeiten, wie dem früheren Schulsenator Prof. Ewers und Heinrich Albertz, aus.“ Zur Lage in Westberlin (von Westabteilung, Oktober 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/2, nicht paginiert.



Demonstration gegen Berufsverbote am 19. Oktober 1978 (Foto: Jürgen Henschel, Kreuzbergmuseum).

Die Überprüfung stellte nicht nur für die SEW eine nicht unerhebliche Einschränkung dar, sondern auch für die als extremistisch eingestuften K-Gruppen.²⁰⁸ Bezeichnend für die Vorgehensweise der SEW war nachfolgende Aussage, die Mitglieder der ADS und der FDJW gegenüber Häber geäußert haben sollen. In seinem Bericht hielt Häber fest: „Zur Rolle maoistischer Gruppierungen wurde von den Genossen die Meinung vertreten, dass die so genannte ‘KPD’ an Einfluss eingebüßt habe. Das völlige Einschwenken auf die Pekinger Linie der Liierung mit Strauß, die Unterstützung der NATO und ihrer Rüstungspolitik, der militante und grobe Antisowjetismus hätten in ihren eigenen Reihen zu Auseinandersetzungen geführt und stoße auch bei sonst antikommunistisch eingestellten Studenten auf Ablehnung. Nachdem an der FU die Anhänger der so genannten ‘KPD’ eine Veranstaltung der Trotzkisten mit Eisenstangen auseinandergeschlagen haben, sei der so genannte ‘Kommunistische Studentenverband’ völlig isoliert. Bei den Fachbereichswahlen an der Technischen Universität konnte dieser maoistische Verband lediglich 35 Stimmen für sich verbuchen; er hat in den Fachbereichen sämtliche Positionen verloren. Immer mehr Studenten würden erkennen, dass die maoistischen Kräfte in Wirklichkeit nichts für die echten Interessen der Hochschulangehörigen übrig haben, während sich ihr Antisowjetismus bis zur Lächerlichkeit gesteigert hat. Auch die Genossen der FDJW berichteten, dass die Politik der chinesischen Führer den maoistischen Kräften in Westberlin schade. Es sei gelungen, sie aus allen Bündnissen gegen Berufsverbote zu entfernen. [Unterstreichung im Original] Allerdings dürfe nicht übersehen werden, dass andere ultralinke

²⁰⁸ Ausführlich zur Berufsverbotspraxis in Westberlin vgl. Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009, S. 50-55.

Gruppierungen, wie der flexiblere KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands), einige der Leute auffangen, die sich von der offenen und militant promaoistischen 'KPD' abwenden. Auch sei zu beobachten, dass sich in verstärktem Maße sogenannte linke Spontanitätsgruppen bilden, um die man sich kümmern müsse.“²⁰⁹

Undogmatische Linke

Die sich unter den undogmatischen Linken entwickelnden autonomen Strukturen wie auch basisdemokratischen Ansätze, die zunehmend an Anziehungskraft gewannen, entzogen sich weitgehend den Einfluss- und Unterwanderungsbemühungen der SEW.²¹⁰ Aus der Perspektive der undogmatischen Linken war die SEW mit ihrem hierarchisch-bürokratisch verfassten Apparat, ihrer unverrückbaren Loyalität zur SED und ihrem ideologischen Korsett schlachtweg unattraktiv. Entsprechend beschränkte sich die Zusammenarbeit auf Einzelaktionen, die jedoch nicht zuletzt aufgrund abschätziger Bevormundungsversuche seitens der Kommunisten die Ausnahme blieben.²¹¹ Als bedeutsame Scheidungslinie erwies sich die Zunahme von Projekten und Initiativen, die sich mit innerstädtischen Problemen beschäftigten.²¹² Insbesondere das Potential ökologischer Themen, das eine neue Bewegung aufkeimen ließ, unterschätzte die SEW. Hinzu kam aber auch, dass sie auf diesem Gebiet keinerlei inhaltlich überzeugende Antworten geben konnte. Umweltpolitik gab es in der politischen Agenda der SEW nur am Rande; tiefer gehende Analysen blieben tabu, vor allem um zu vermeiden, dass die Situation in der DDR ins Visier näherer Betrachtungen

²⁰⁹ Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Westabteilung, Dezember 1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

²¹⁰ Dies zeigte sich beispielsweise anhand der am 19. März 1974 gegründeten Allgemeinen Homosexuellen Arbeitsgemeinschaft e. V. (kurz: AHA-Berlin e. V.), die dazu beitrug, das Gros der verschiedenen politischen Strömungen der Schwulen-Lesben-Bewegung zu integrieren. Die Motivation der Gründung der AHA-Berlin e. V. war, eine organisatorische Alternative zur Homosexuellen Aktion Westberlin (HAW) zu schaffen, die unter Einfluss der SEW stand. Die HAW war am 15. August 1971 gegründet worden und gehörte zu den ersten Organisationen der Bewegung. Die HAW organisierte zwischen 1973 und 1975 jährliche Pfingsttreffen und führte zahlreiche Demonstrationen für die Rechte der Schwulen und Lesben durch. Die HAW verlor aufgrund interner Richtungskämpfe und zunehmender Popularität der AHA-Berlin e. V. in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zusehends an Einfluss. Vgl. Ulf Lippitz: Verliebte Jungs, in: Der Tagesspiegel vom 8.6.2007, S. 7; Paul Schulz: Schwule Väter, in: Süddeutsche Zeitung vom 21.11.2001, S. 12.

²¹¹ Vgl. Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2261.

²¹² Zwar berichtete Horst Schmitt gegenüber Honecker im Oktober 1978 einerseits, dass etwa 300 verschiedene Bürgerinitiativen in Westberlin existieren würden und dass die SEW in vielen dieser Ausschüsse und Komitees vertreten sei. Andererseits dürfte allerdings die Durchschlagskraft der Kommunisten dort aufgrund ihrer Dogmatik und Minderheitenposition gering gewesen sein. Vgl. Information über ein offizielles Treffen des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit Genossen Horst Schmitt, Vorsitzender der SEW, sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der SEW, Genossin Inge Kopp und Genossen Dietmar Ahrens am 12. Oktober 1978 (von Westabteilung, 13. 10.1978), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

geriet.²¹³ Den wenigen Vorschlägen der Kommunisten lag das Schema zugrunde, dass es industrielle Verwerfungen nur in kapitalistischen, nicht aber in sozialistischen Gesellschaften gäbe. Dies gipfelte beispielsweise in der Empfehlung, dass Westberlin seinen Strom von der DDR beziehen solle, um dadurch nicht selbst neue, die Umwelt belastende Kraftwerke bauen zu müssen.²¹⁴ Derartiges erschien der Alternativszene zu Recht als unglaublich. Letztlich war es nun gerade das Thema Umwelt, das wesentlich zur Vernetzung der Strukturen der Neuen Linken insgesamt beitrug, den Gründungsprozess der Alternativen Liste (AL) 1978 einleitete und damit der SEW einen überlegenen Konkurrenten bescherte.²¹⁵ Der Umstand, dass die SEW parallel dazu unverhohlen Maßnahmen der DDR wie die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann 1976 und die Inhaftierung des Regimekritikers Rudolf Bahro 1977 befürwortete, brachte sie nicht nur vollends ins Abseits, sondern führte schließlich auch in den eigenen Reihen zur Ausbildung einer zunächst stillschweigenden Opposition.²¹⁶

Das Nicht-Funktionieren der Zusammenarbeit zwischen der SEW und der undogmatischen Linken zeigte sich exemplarisch anhand der Solidaritätsbewegung für Chile. Deutlich wurde hierbei, wie sehr der Vorgaberaum der SED die SEW einschränkte und dies bei einem der wenigen Themen, das zu dieser Zeit eine der wohl größtmöglichen Schnittmengen bot.

Die Initiative zur Unterstützung des chilenischen Volkes erfolgte von undogmatischen Linken, die bereits im April 1973 damit begonnen hatten, in einigen Städten der Bundesrepublik Komitees zu

²¹³ Vgl. Eberhard Schröder: „An der Kette des großen Hauses“. Neofaschismus, Stalinismus und Antifaschismus aus West-Berliner Perspektive – ein Erfahrungsbericht, in: Rundbrief. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Ausgabe 4/2002, S.48; Die Klarheit, Nr.1/1979, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14219, Bl. 159; Die Klarheit (Sonderausgabe, Mai 1980), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 111, 115 f.; Eberhard Schröder: Hans Mahle – ein Leben für den Kommunismus – Gedanken und Erinnerungen anlässlich der Veröffentlichung seiner Biographie, in: Rundbrief. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Ausgabe 1/2004, S. 27.

²¹⁴ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Berlin 1977, S. 35 f.

²¹⁵ Vgl. Edition ID-Archiv u. a. (Hg.): Die Geschichte der Vorgeschichte zur Geschichte – die Radikal von 1976-1980, in: Edition ID-Archiv u. a. (Hg.): 20 Jahre Radikal: Geschichte und Perspektiven autonomer Medien, Berlin u. Hamburg u. Münster 1996, S. 16 f.; Information über die gegenwärtige Situation und die Aktivitäten maoistischer Organisationen der BRD und Westberlin (vom MfS, 25.9.1978), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 2871, Bl. 8; Hans-Werner Klausen: Arbeiterklasse und Nation. Die maoistischen „K-Gruppen“ der 70er Jahre, im Internet: <http://www.berlinerumschau.com>, Stand: 2009.

²¹⁶ Vgl. Gegen Aktionen mit SEW und DKP. Veranstaltung der Neuen Linken zum Bahro-Urteil, in: Der Tagesspiegel vom 9.7.1978, in: BStU, ZA, MfS HA XX ZMA 1035, Bl. 109; Peter Müller: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Stöss, Richard (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2260; Jenny Niederstadt: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997, S. 41; Eberhard Schröder: „An der Kette des großen Hauses“. Neofaschismus, Stalinismus und Antifaschismus aus West-Berliner Perspektive – ein Erfahrungsbericht, in: Rundbrief. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Ausgabe 4/2002, S. 48; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 433.

gründen und dies auch für Westberlin planten.²¹⁷ Im Vorfeld dazu nahmen sie eine Einladung der Evangelischen Studentengemeinde an der TU Berlin wahr, um dort ihre Idee von einem Chile-Komitee publik zu machen; anwesend waren insgesamt knapp 30 Studenten. Für die SEW standen zu diesem Zeitpunkt die Vorbereitungen der X. Weltfestspiele der Jugend (vom 28. Juli bis 5. August) in Ostberlin im Vordergrund. Die Westberliner Kommunisten betrieben dafür reichlich Propaganda und versuchten mit ihrem Vorbereitungskomitee Teilnehmer zu werben.²¹⁸ Die Thematisierung der Situation in Chile erschien ihnen als Bedrohung, die einen Schatten auf die Weltfestspiele und damit auf die tadellose Präsentation der DDR werfen würde. Entsprechend erbost äußerte sich ein Vertreter der ADS auf besagter Chile-Veranstaltung in der TU-Berlin gegenüber den Anwesenden. Sinngemäß sagte er: „Ob die chilenischen Arbeiter Solidarität [...] überhaupt brauchten und welcher Art diese dann sein müsse, das könnten [...] nur die verantwortlichen Führer der Organisationen der chilenischen Arbeiterklasse selbst sagen, und diese würden binnen zwei Monaten in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik zum Weltfestival der Jugend und Studenten erwartet. Bis dahin müsste man also schon noch warten.“²¹⁹ Der ADS-Vertreter warnte darüber hinaus „vor jedem Versuch, die Frage der Solidarität mit Chile zum Kernpunkt der politischen Agitation zu machen, denn das könnte Kräfte von der Vorbereitung des Festivals abziehen und müsste deshalb von seiner Organisation als ‘Sabotage des Festival-Gedankens’ politisch bekämpft werden.“²²⁰ Davon unbeeindruckt gründeten die undogmatischen Linken im August 1973 ihr Berliner Komitee „Solidarität mit Chile“ (nachfolgend: Chile-Komitee).²²¹

Kurze Zeit darauf kamen die Initiatoren des Komitees erneut mit den Westberliner Kommunisten in Kontakt. Die Mitglieder des Komitees planten, einige der zu den Weltfestspielen in Ostberlin eingeladenen Vertreter der chilenischen Linken (beispielsweise Gladys Marín²²²) für eine Informationsveranstaltung in Westberlin zu gewinnen. Ostberlin gab sein Einverständnis unter der Bedingung, dass an diesem Vorhaben die FDJW beteiligt sein müsse. Die FDJW ihrerseits machte

²¹⁷ Vgl. Peter Kranz: Vor 30 Jahren – wie alles anfing. Von den Chile-Nachrichten zu den Lateinamerika Nachrichten, in: Lateinamerika Nachrichten (Berlin), Ausgabe 348/Juni 2003, im Internet: <http://www.lateinamerikanachrichten.de>, Stand: 2009; Urs Müller-Plantenberg: Und jeden Monat ein kleines Wunder. Gründervater Urs Müller-Plantenberg erzählt aus der Zeit, als die LN noch Chile-Nachrichten hießen, in: Lateinamerika Nachrichten (Berlin), Ausgabe 289-290/Juli-August 1998, im Internet: <http://www.lateinamerikanachrichten.de>, Stand: 2009.

²¹⁸ Volker von Törne fungierte als Leiter des von der SEW und FDJW organisierten Westberliner Vorbereitungskomitees für die X. Weltfestspiele. Volker von Törne war Vorstandsmitglied der DSF und Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (AS/F). Vgl. Aktionskomitee gegen Berufsverbote an der FU Berlin/Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte (Hg.): Überprüfung der politischen Treuepflicht. Berufsverbot. Dokumente, II. Teil, Berlin 1975, S. 68; Wolfgang Rudzio: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988, S. 156.

²¹⁹ Urs Müller-Plantenberg: Chile 1973-1978. Fragen an unseren Internationalismus, in: Kritik – Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Heft 18/1978, S. 90.

²²⁰ Urs Müller-Plantenberg: Chile 1973-1978. Fragen an unseren Internationalismus, in: Kritik – Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Heft 18/1978, S. 90.

²²¹ Das Chile-Komitee wurde 1974 zum „Forschungs- und Dokumentations-Zentrum Chile-Latinamerika“, das mit seinem Informationsblatt „Chile-Nachrichten“ (ab Sommer 1977: „Lateinamerika Nachrichten“) zu einer wichtigen Koordinationsstelle in Westberlin avancierte.

²²² Gladys Marín (1941-2005) gehörte der Kommunistischen Partei Chiles (PCCH) an.

dem Komitee klar, dass nur ein Kulturprogramm mit offiziellen Reden in Frage käme, eine freie Diskussion mit den Chilenen jedoch nicht stattfinden dürfe. „Das Bestehen darauf, dass man den [chilenischen] Gästen Fragen stellen dürfe, sei eine Unverschämtheit ihnen gegenüber“²²³, so die sinngemäße Äußerung eines Vertreters der FDJW. Für das Solidaritätskomitee für Chile war dies unakzeptabel, weshalb daher die Veranstaltung nicht zustande kam.²²⁴

Für die Situation in Chile interessierten sich anfänglich wenige, dies änderte sich jedoch schlagartig mit dem Militärputsch vom 11. September 1973. „Schon am 12. September gaben – wie in den meisten Großstädten der westlichen Welt – viele Tausende ihrem Protest durch eine Demonstration auf dem Kurfürstendamm Ausdruck.“²²⁵

Das Chile-Komitee initiierte daraufhin eine Großkundgebung unter Beteiligung aller Gruppen der Westberliner Linken, deren Durchführung am 3. November 1973 erfolgte und an der sich rund 15.000 Personen beteiligten.²²⁶ Dieser Gemeinschaftsaktion waren zermürbende Verhandlungen insbesondere mit der SEW vorausgegangen, wobei die Westberliner Kommunisten gegenüber dem Komitee geforderten hatten, dass ihnen die Abschlussrede und der Inhalt jedes einzelnen Transparents zur Genehmigung vorgelegt werden müsse. Nach „einer unendlich anstrengenden Serie von strapaziösen Sitzungen“²²⁷ einigte man sich schließlich, wobei im Grunde klar war, dass bezüglich der Transparente keine Kontrolle möglich sein würde. „Von da an war die Lust auf weitere Zusammenarbeit auf Seiten des Komitees mehr als gedämpft.“²²⁸

Nochmals zu Streitigkeiten kam es, als Aktivisten aus dem Umfeld des Komitees bei der Fußballweltmeisterschaft 1974 beim Spiel Chile – Deutschland in der Pause am 14. Juni 1974 auf das Spielfeld stürmten und dort chilenische Flaggen ausbreiteten mit der Aufschrift „CHILE SI; JUNTA NO“. Die SEW hatte sich im Vorfeld gegen eine solche Aktion verwarht und diese heftig getadelt. „Der ‘diplomatische’ Triumph der Teilnahme einer endlich hoffähigen DDR-Mannschaft an der Weltmeisterschaft sollte nicht durch ungeordnete Politaktionen gestört werden.“²²⁹

Der SEW war von Beginn an daran gelegen, ihre eigene Linie durchzusetzen und sich unabhängig von anderen Gruppen in der Chile-Bewegung zu profilieren. Hierzu strengte sie auch immer wieder eigene Aktionen und Aktivitäten an, um auf sich aufmerksam zu machen. Beachtung fand beispielsweise der im Dezember 1973 durchgeföhrte Subotnik (freiwillige Arbeitseinsatz) auf dem Gelände der Deutschen Reichsbahn verbunden mit Geldsammelaktionen zugunsten Chiles,

²²³ Schreiben von Urs Müller-Plantenberg an den Autor vom 1.11.2007.

²²⁴ Vgl. Urs Müller-Plantenberg: Gladys Marín 1941-2005, in: Lateinamerika Nachrichten (Berlin), Ausgabe 370/April 2005, im Internet: <http://www.lateinamerikanachrichten.de>, Stand: 2009.

²²⁵ Urs Müller-Plantenberg: Chile 1973-1978. Fragen an unseren Internationalismus, in: Kritik – Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Heft 18/1978, S. 91.

²²⁶ Vgl. unter Stichwort „3. Nov. 1973“ in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarxiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

²²⁷ Urs Müller-Plantenberg: Chile 1973-1978. Fragen an unseren Internationalismus, in: Kritik – Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Heft 18/1978, S. 91.

²²⁸ Schreiben von Urs Müller-Plantenberg an den Autor vom 1.11.2007.

²²⁹ Petra Schlagenhauf: „¡Chile Sí, Junta No!“ Spektakuläre Solidaritätsbekundung während der Fußball WM 1974, in: Lateinamerika Nachrichten (Berlin), Ausgabe 382/April 2006, im Internet: <http://www.lateinamerikanachrichten.de>, Stand: 2009.

an denen mehrere hundert Mitglieder und Sympathisanten der SEW teilnahmen.²³⁰ Zur allgemeinen Unterstützung nutzten die Westberliner Kommunisten unter anderem den von mehreren ihrer Parteigruppen getragenen „Club für Internationale Solidarität“, in dem ab 1973 Agit-Prop-, Film-, Kultur-, Info- und Ausspracheabende, Solidaritätsveranstaltungen, Foren sowie Dia-Vorträge stattfanden.²³¹ Ferner führte die SEW am 14. September 1972 und 18. September 1974 eine größere Solidaritätskundgebung für Chile durch, eine weitere Demonstration war für den 27. September geplant.²³² Die kompromisslosen Alleingänge der SEW führten schlussendlich zu der absurdnen Situation, dass am Nachmittag des 11. September 1975 zwei voneinander getrennte Chile-Solidaritätsdemonstrationen in Westberlin stattfanden. Häber schrieb daraufhin an Norden: „Durch die Jungsozialisten in Westberlin sowie maoistische Gruppen war eine separate Demonstration organisiert worden, die offenkundig das Ziel hatte, die SEW aus der Chile-Solidaritätsbewegung herauszudrängen. Dabei nutzen diese Kräfte Unklarheiten bei den in Westberlin befindlichen Chilenen für sich. Mit Hilfe der Abteilung Internationale Verbindungen ist es gelungen, dafür Sorge zu tragen, dass auf der von unserer Partei unterstützen Solidaritätsbewegung chilenische Referenten aufgetreten sind.“²³³ Diese Verdrehung von Ursache und Wirkung über die Spaltung der Chile-Bewegung zeigte das Ausmaß des verqueren SED-Denkens, war bedingt durch die Widersprüchlichkeit der eigenen Dogmatik und gipfelte in dem nachfolgenden Satz von Häber: „Die Vorkommnisse unterstreichen die Notwendigkeit, dass die SEW energische Bemühungen unternimmt und aktiv darum kämpft, alle Versuche zu durchkreuzen, die SEW zu isolieren.“²³⁴

Aktivitäten der Westberliner Kommunisten

Wenngleich die Bündnisbeziehungen der SEW begrenzt blieben, so war sie in den 1970er Jahren aufgrund ihrer organisatorischen Stärke und der vielfältigen Aktivitäten eine nicht zu übersehende Größe auch über die Szene der Neuen Linken hinaus. Den Kommunisten gelang zwar kein Wahlerfolg, allerdings verzeichnete sie bis Mitte der 1970er Jahre einen Anstieg ihrer

²³⁰ Vgl. SEW bei den ADSsen, in: Der Abend vom 8.12.1973, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 74. Mehrere derartiger Subotniks hatte die SEW bereits 1972 zugunsten der Bevölkerung in Vietnam durchgeführt. Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SEW, Berlin 1972, S. 110, 113.

²³¹ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SEW, Berlin 1974, S. 83.

²³² Vgl. unter Stichwort „14. Sep. 1973“ in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarquiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009; Schreiben von Danelius an Honecker vom 23.9.1974, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

²³³ Information über eine Aussprache mit Genossen Gerhard Danelius am 11. September 1975 (Schreiben von Häber an Norden/von Norden an Honecker am 15. bzw. 16.9.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/8, Bl. 208 f.

²³⁴ Information über eine Aussprache mit Genossen Gerhard Danelius am 11. September 1975 (Schreiben von Häber an Norden/von Norden an Honecker am 15. bzw. 16.9.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/8, Bl. 209.

Mitgliederzahl. Die SEW erzielte Positionsgewinne in den Reihen der Pädagogen²³⁵ wie auch innerhalb der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).²³⁶ An den Hochschulen war die Stellung der SEW über die von ihr angeleitete Studentenorganisation ADS sowie ihrer dortigen Parteigruppen zeitweilig sehr einflussreich.²³⁷ Von dort ausgehend initiierten die Westberliner Kommunisten vielerlei Aktionen zu bildungspolitischen Problemen sowie darüber hinausreichende Kampagnen beispielsweise zum Thema „Freiheit für Angela Davis“.²³⁸

Überaus engagiert zeigte sich die SEW auch in der Mieterbewegung, beispielsweise im Rahmen der Initiative gegen Haus- und Wohnungsverfall und der Veranstaltung „Mietertage“, allerdings überwiegend in Abgrenzung beziehungsweise Ignoranz zu der aufkommenden Hausbesetzerszene, mit der sich erst zu Beginn der 1980er Jahre eine begrenzte Zusammenarbeit

²³⁵ Der Sozialistische Lehrerbund (SLB) dürfte im Jahr 1969 gegründet worden sein. Der SLB war eine Sammlungsorganisation, die – laut MfS – unter direktem Einfluss der SEW stand und deren Mitglieder beispielsweise an Delegationsfahrten in die DDR teilnahmen. Da den Mitgliedern des SLB der Ausschluss aus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft drohte, löste ihn die SEW Anfang des Jahres 1975 vorsorglich auf. Rund 100 Lehrer waren Mitte der 1970er Jahre Mitglied der SEW. Die Planung war, einige von ihnen auf Monatslehrgänge nach Moskau zu schicken. Vgl. Bericht über den Aufenthalt von Westberliner Pädagogen in Gera (23.5.1973), in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 195; Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 6.7.1973, 4.4.1974, 26.6.1974, 17.3.1975 und 11.3.1977, in: MfS HA II/19 14180, Bl. 152, 127, 119, 102, 40 f.; „Verbaler Radikalismus kaum noch zu überbieten“. Dokumentation der „Schulpolitischen Aktion 70“, in: Berliner Morgenpost vom 16.6.1972, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 238; Der Stand der Auseinandersetzung in der GEW West-Berlin, in: Arbeiterpolitik, 17. Jahrgang, Nummer 6/17. Dezember 1976, S. 23 f.

²³⁶ In der Leitung der GEW dürften sich 1975 zwei SEW-Mitglieder befunden haben. Bei den Wahlen zur Vertreterversammlung der GEW 1976 gelang es wohl der SEW, laut Information von Häber, „ihren Anteil an den Vertretern (insgesamt 410) von [vormals] 12 auf 22 Prozent [zu] erhöhen.“ Schreiben von Häber an Honecker vom 29.3.1976, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert. Vgl. Information über meinen Aufenthalt in Westberlin vom 21.-25.1.1975 (von Häber, 28.1.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Schreiben von Häber an Honecker vom 17.12.1974, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 16.6.1975 und 17.3.1975, in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 93 bzw. 102.

Zu den heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der GEW hinsichtlich der Ausgrenzung von Extremisten vgl. beispielsweise: „Abgrenzung von Kommunisten“, Abschrift des Staatlichen Komitees für Rundfunk (Abteilung Monitor) eines Kommentars von Ekkard Bethge im SFB vom 17.12.1974, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 84; VSB für 1974, S. 63; VSB für 1975, S. 64; J. Reents-Verlag (Hg.): Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen, Hamburg 1978, S. 613-618.

²³⁷ Aufgrund des Einflusses der SEW an den Westberliner Hochschulen sah sich die 1970 an FU Berlin unter anderem von Hochschullehrern gegründete Notgemeinschaft für eine freie Universität (Nofu) veranlasst, Aufklärungsarbeit zu leisten und beispielsweise Namenslisten von ADS-Mitgliedern zu veröffentlichen. Zum Einfluss der SEW auf die Hochschulen durch ihre Hochschulgruppen und ihre Vorfeldorganisation ADS vgl. Verfassungsschutzbericht (VSB) für 1971, S. 55; VSB für 1972, S. 73; VSB für 1973, S. 45; VSB für 1974, S. 49; VSB für 1975, S. 48; VSB für 1976, S. 61; VSB für 1977, S. 66; VSB für 1978, S. 71; VSB für 1979, S. 55; VSB für 1981, S. 74. Vgl. ergänzend: „Wir sind die Prügelknaben der Nation“, in: Der Spiegel vom 21.6.1971, S. 34-38; Erfolg für die linken Studenten, in: Der Tagesspiegel vom 2.7.1971, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 246; Vierteln und achteln, in: Der Spiegel vom 1.11.1971, S. 58; Demokratisierung als Hebel zur Veränderung, in: Der Tagesspiegel vom 22.4.1973, S. 26, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 320; „3.730 Kommunisten an der FU“, in: Berliner Morgenpost vom 11.11.1973, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 232; Einschätzung über die gegenwärtige Lage und Politik maoistischer Organisationen in der BRD und in Westberlin (vom MfS im Jahr 1976), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 25675, Bl. 6; Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009, S. 204-210.

²³⁸ Vgl. Hans Gellhardt: Wofür haben wir gekämpft? Erinnerungen und Anmerkungen aus fünfzig Jahren, Selbstverlag, Potsdam 2006, S. 390, im Internet: <http://www.gellhardt.de>, Stand: 2009.

entwickelte.²³⁹ Relativ gute Kontakte dürften darüber hinaus immer wieder zwischen den Westberliner Kommunisten und linksgerichteten Immigrantengruppen bestanden haben (Solidaritätsaktionen mit Basken (1970) und Türken (1979/1980)).²⁴⁰ Stets aktiv war auch die FDJW, die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine Kampagne gegen Jugendarbeitslosigkeit und mangelnde Berufsausbildung startete; Höhepunkt dessen bildete unter anderem das „Atzefest“ am 12. und 13. Juni 1976 mit schätzungsweise 10.000 Besuchern (Atze: Berliner Type und Symbolfigur der Kampagne).²⁴¹

Des Weiteren bestanden aus den Reihen der Westberliner Künstlerszene Sympathien gegenüber der SEW, von denen einige der Partei angehörten (unter anderem die Malerin Monika Sieveking, die Schriftstellerin Ute Erb, die Schauspielerin Jutta Kausch, der Filmemacher Max Willutzki).²⁴² So errang die Westberliner Kommunisten in den 1970er Jahren einen erheblichen Einfluss auf den Berufsverband Bildender Künstler Berlins (BBK).²⁴³ Dort beim Kulturwerk halbtags beschäftigt und als Ausstellungsmacher in der Staatlichen Berliner Kunsthalle tätig war Norbert Stratmann – Kunstbeauftragter der SEW, der enge Kontakte zu hochrangigen Kulturfunktionären in der DDR unterhielt.²⁴⁴ Stratmann war zudem Vorsitzender der SEW-loyalen Vereinigung

²³⁹ Vgl. Gerhard Heß: Die Wohnungsnot und die Mieterbewegung, in: SEW (Hg.): Instandbesetzungen in Kreuzberg. Friede den Besetzern, Kampf den Besitzern, Berlin 1981, S. 112-127; Sozialistische Initiative, Nr.3/November 1980 (Internes Info u. Diskussionsforum), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14202, Bl. 151 f.; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 430.

²⁴⁰ Vgl. IG Metall distanziert sich von Demonstranten, in: Berliner Morgenpost vom 20.12.1970, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 231; Martin Düspohl: Unermüdlicher Kampf. Politischer Protest in Kreuzberg, in: Kreuzberg Museum (Hg.): Jürgen Henschel – der Fotograf der Wahrheit. Bilder aus Kreuzberg 1976-1988. Berlin 2006, S. 83.

²⁴¹ Vgl. VSB für 1976, S. 73 f.; VSB für 1977, S. 75.

Musikalisch begleitet wurde das „Atzefest“ unter anderem durch die FDJ-Singergruppe „Pablo Neruda“, von Dean Reed und der Gruppe Dieter Janik, den Puhdys, Perry Friedman und der chilenischen Songgruppe „Apacoa“. Vgl. Information über den Aufenthalt von Delegationen des Zentralrates der FDJ beim Robi- und Atzenfest der FDJW am 12. und 13.06.1976 in Westberlin, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/9, Bl. 98-101.

²⁴² Vgl. Bericht über die durchgeführte Absprache mit dem Gen. X, Parteivorstand der SEW am 9.3.1978 (vom MfS), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 27; Information über den Besuch einer Gruppe von Mitgliedern der Vereinigung „Künstler in Aktion“ aus der BRD am 18. und 19. Oktober 1986 in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald (von IPW, 21.10.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42682.

²⁴³ Die kommunistische Taktik des Entrismus – Institution durch Masseneintritte loyaler Genossen unter Kontrolle zu bringen – schien hier sehr weit vorangeschritten zu sein. Hannes Schwenger, damals Geschäftsführer im BBK, berichtete: „Ruckhaberle [einflussreiches Mitglied im BBK] hat eine Vorstandsmehrheit gehabt, die immer bündnismäßig von der SEW abgesichert war; meist durch Leute aus dem ADS. Studenten, die im ADS mitgearbeitet hatten, wurden in die BBK-Gremien reingewählt, das war alles bestens politisch abgesichert. Der Vorstand hat sehr selbstständig gehandelt; die Mitgliederversammlung wurde nur sehr selten gefragt, oft manipuliert. Und es hat erkennbar im Vorstand, je schärfer die Konflikte wurden, häufig Vorabsprachen gegeben, wie man es aus Kaderorganisationen kennt. Sie haben die Wunschlinie schon mitgebracht, und die wurde dann in den Sitzungen durchgeboxt. Das Muster war immer: Wenigstens vier von sieben Vorstandsmitglieder mussten der Fraktion angehören, damit die Mehrheitsverhältnisse immer garantiert waren. Das war eindeutig eine linke Hegemonie.“ Zit. nach Andreas Karl Öhler: Vom Kalten Krieg zum warmen Händedruck. Bildende Kunst im kulturpolitischen Kontext deutsch-deutscher Begegnungen, in: Hannelore Offner/Klaus Schroeder (Hg.): Eingegrenzt – ausgegrenzt. Bildende Kunst und Parteienherrschaft in der DDR 1961-1989, Berlin 2000, S. 446.

²⁴⁴ Vgl. Andreas Karl Öhler: Vom Kalten Krieg zum warmen Händedruck. Bildende Kunst im kulturpolitischen Kontext deutsch-deutscher Begegnungen, in: Hannelore Offner/Klaus Schroeder (Hg.): Eingegrenzt – ausgegrenzt. Bildende Kunst und Parteienherrschaft in der DDR 1961-1989, Berlin 2000, S. 429 f.

demokratischer und sozialistischer Künstler²⁴⁵, die mit den Westberliner Kommunisten ebenso zusammenarbeitete wie das Ständige Komitee Kulturtage – progressive Kunst Westberlin e. V., dessen Vorsitz das SEW-Mitglied Carl Timmer innehatte. Darüber hinaus bestanden enge Verflechtungen mit der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst, die wesentlich zur „Etablierung realsozialistischen Gedankenguts im Westberliner Kunstbetrieb“²⁴⁶ beitrug.²⁴⁷ Gute Beziehungen bestanden zudem zur Elefanten-Press-Galerie²⁴⁸, zur Theatergruppe Zentrifuge²⁴⁹, dem Hanns-Eisler-Chor sowie ferner der Rockgruppe Lokomotive Kreuzberg, die wohl unter anderem auch finanziellen Beistand aus Ostberlin erhielt und aus der später die Nina-Hagen-Band entstand.²⁵⁰

Ergänzend zu diesem Sympathisantenkreis aus der Westberliner Künstlerszene erhielt die SEW zusätzliche und massive Unterstützung aus den Ostblockstaaten, insbesondere der DDR sowie der Sowjetunion durch die Entsendung von Künstlern, Ensembles, Wissenschaftlern etc. Diese traten zu den verschiedensten Anlässen auf, wie beispielsweise bei der jährlich abgehaltenen Festveranstaltung zur DDR-Gründung²⁵¹ oder den von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft organisierten Ausstellungen und Happenings in der 1969 gegründeten Majakowski-Galerie. Herausragende Bedeutung erlangte dabei das alljährlich abgehaltene Pressefest der „Wahrheit“, das anfänglich im Reichsbahnausbesserungswerk Tempelhof abgehalten und Mitte der 1960er Jahre auf das Gelände der „Neuen Welt“ an der Hasenheide verlegt und auf zwei Tage ausgedehnt worden war. Das Pressefest entwickelte sich von da an zu einem Publikumsmagneten

²⁴⁵ Diese Vereinigung ging 1973 aus der 1968 gegründeten linken Künstlergemeinschaft Rote Nelke hervor, nachdem zunächst die SEW vergeblich versucht hatte, Letztere mithilfe ihrer dort wirkenden Mitglieder unter Kontrolle der Partei zu bringen. Vgl. Thomas Klein: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009, S. 213 f.

²⁴⁶ Andreas Karl Öhler: Vom Kalten Krieg zum warmen Händedruck. Bildende Kunst im kulturpolitischen Kontext deutsch-deutscher Begegnungen, in: Hannelore Offner/Klaus Schroeder (Hg.): Eingegrenzt – ausgegrenzt. Bildende Kunst und Parteiherrschaft in der DDR 1961-1989, Berlin 2000, S. 415.

²⁴⁷ vgl. „Radikale im Kunstverein“, in: Berliner Morgenpost vom 10.8.1975, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 2 von 2), Bl. 167.

²⁴⁸ In Bezug auf diese Galerie hielt Häber 1982 fest: „Von Künstlern, die der SEW angehören oder ihr nahestehen, wird z.B. in Kreuzberg die Elefanten-Press-Galerie betrieben. Sie ist die größte nichtstaatliche Kunstsäle in Westberlin und leistet meines Erachtens eine hervorragende kulturpolitische Arbeit [Unterstreichung im Original].“ Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

²⁴⁹ Ein MfS-Mitarbeiter notierte nach einem Gespräch mit einem SEW-Mitglied 1974 nachfolgende Aussage: „Dazu wurde mir gesagt, dass diese ‘Zentrifuge’ eine selbständige Künstlergruppe ist, die aber eine [SEW-]Parteigruppe hat und mithin der Einfluss der SEW sehr stark ist.“ Aktennotiz über die Absprache bei der SEW am 4.4.1974 (vom MfS), in: BStU, ZA, MfS HA II/19 14180, Bl. 127 f.

²⁵⁰ Information über der SEW nahestehende Organisationen (2.12.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SEW, Berlin 1972, S. 81-83, 112; Berichterstattung für den Zeitraum 2.11.1973 bis 23.11.1974 (von MfS/BdL II, 23.11.1974), in: BStU, ZA, MfS HA II 30281, Bl.86; Informationsdienst des Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung, Westberlin, 12. Jahrg., Nr.4/November 1973, in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 196; Interview mit Uve Müllrich (ehemals Bandmitglied von „Lokomotive Kreuzberg“) unter dem Titel „Dissidenten“, in: German Rock News, Ausgabe 7/1999, im Internet: <http://www.germanrock.de>, Stand: 2009.

²⁵¹ Vgl. Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Häber, 6.10.1978), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Schreibe von Häber an Verner vom 15.5.1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert.

und blieb dies auch in den 1980er Jahren.²⁵² Am 11. und 12. Juni 1977 beispielsweise besuchten nach SED-Schätzungen rund 50.000 Menschen das Pressefest. Zahlreiche internationale Gäste waren angereist, „darunter Vertreter anderer kommunistischer Blätter aus West und Ost, Kulturensembles, Orchester, Songgruppen, Spitzensportler und Artisten insbesondere aus den sozialistischen Ländern.“²⁵³ So kam aus der DDR die Singergruppe Hoyerswerda, der Liedermacher Reinhold Andert, das Sängerduo Vera Schneidenbach und Ernst Heise als Ersatz für den erkrankten Frank Schöbel, die Gruppe Karat und allerhand Artisten. In einem SED-Bilanzbericht dazu hieß es: „Die Einsätze [der Künstler] verliefen im Wesentlichen entsprechend dem vorgesehenen Plan. Von allen Beteiligten ging eine begeisterte Mitwirkung aus. Mit großer Disziplin und Einsatzbereitschaft wurden statt der 26 vorgesehenen, 41 Auftritte durchgeführt.“²⁵⁴

²⁵² Vgl. Detlef Krenz: Der Fotograf der „Wahrheit“, in: Kreuzberg Museum (Hg.): Jürgen Henschel – der Fotograf der Wahrheit. Bilder aus Kreuzberg 1976-1988. Berlin 2006, S. 47; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 395, 437 f.; Information über eine Probleme der Entwicklung der SEW (von Häber, 8.12.1977), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV B2/2.028/10, Bl. 250; Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Häber, 6.10.1978), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Information über das Pressefest der sozialistischen Tageszeitung „Die Wahrheit“ am 20. und 21. Juni 1987 in Westberlin (von IPW, 22.6.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

²⁵³ Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 438.

²⁵⁴ Information über die Mitwirkung von Künstlern und Ensembles zum Pressefest der „Wahrheit“ in Westberlin am 11. und 12. Juni 1977 (3 Seiten), in: SAPMO: DY 30/IV B2/2.028/14, Bl. 195.

Tabelle 5: Mitgliederzahl der SED-W/SEW-Hochschulgruppen und der Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten (ADS) in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren

	Hochschulgruppen (Mitglieder insgesamt)	ADS
1965	17	
1968	25	
1969	insgesamt: k.A.; FU: 15	
1970	insgesamt: k.A.; FU: 25-30; TU: 10	
1971	130	k.A.
1972	insgesamt: k.A.; FU: 200; PH 60	k.A.
1973	600	1000
1974	800; davon PH: 120; FU: 550	1500; davon FU: 1000
1975	900; davon FU: 600	1500; davon FU: 1000
1976	900	1400
1977	880	1200
1978	750	1100
1979	700	800
1980	650	700
1981	500	600
1982	400	500
1983–1987	350	350

Quelle: Eigene Zusammenstellung. Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968, S. 4, in: BStU, ZA, MfS HA XX 1611, Bl. 76; Eric Waldman: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972, S. 202; VSB für 1972, S. 73; VSB für 1973, S. 66; VSB für 1974, S. 73; VSB für 1975, S. 72; VSB für 1976, S. 85; VSB für 1977, S. 84; VSB für 1978 , S. 88 f.; VSB für 1979, S. 76; VSB für 1980, S. 70; VSB für 1981, S. 74; VSB für 1982, S. 43; VSB für 1983, S. 40; VSB für 1984, S. 40; VSB für 1985, S. 42; VSB für 1986, S. 37; VSB für 1987, S. 27; Information über einen Meinungsaustausch mit Genossen der SEW über die Jugend- und Studentenpolitik und die Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 in Berlin (von IPW, 31.5.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Information über meinen Aufenthalt in Westberlin vom 21.-25.1.1975 (von Häber, 28.1.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Zu einigen Fragen der Entwicklung der SEW (von Häber, Dezember 1975), in: ebenda; Information über den Aufenthalt Häbers in Westberlin vom 29.1.1979, in: ebenda.

3. 1980er Jahre: Friedensbewegung

In zahlreichen Dokumenten und Verlautbarungen der KPdSU, der SED und der SEW wie auch den anderen „Bruderparteien“ wurden variationsreiche Sprachformeln und Bekundungen zum „Frieden“ gebraucht. Seit jeher bildete die Thematisierung des Friedens einen Schwerpunkt in der Politik des Ostblocks. Die zentrale Rolle, die der Friedensbegriff spielte, basierte – schematisch betrachtet – auf seiner ideologischen wie funktionalen Bedeutung: Zum einen war den Kommunisten bewusst, dass ihre friedenspolitischen Auffassungen nichts mit pazifistischen Vorstellungen gemein hatten.¹ Sie waren überzeugt, dass militärische Maßnahmen, soweit sie zum Vorteil des Sozialismus waren, auch dem Frieden dienten.² Frieden und Sozialismus waren für sie wesensidentisch. Ihrer Auffassung nach garantierte erst eine vollkommen vom Sozialismus beherrschte Welt einen wirklichen und dauerhaften Frieden. Die Friedensforderung der Kommunisten war eine Chiffre, hinter der das Bestreben stand, die Ursachen aller Kriege – die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer Eigentumsordnung – zu bekämpfen. Begrenzt wurde dies letztlich durch die Gefahr eines Weltkrieges, der weder im Interesse des Ostens noch des Westens war.³ Zum anderen nutzten die Staaten des Ostblocks das Etikett „Frieden“ kalkuliert als ein propagandistisches Vehikel, um Einfluss auf die westliche Kommunikationslandschaft zu erlangen und schrittweise eine prosowjetische Bewusstseinsveränderung herbeizuführen.⁴ Die beständige Friedensrhetorik sollte die Bürger der westlichen Welt zu der Überzeugung führen, dass nicht vom Warschauer Pakt, sondern ausschließlich von der NATO eine Kriegsgefahr ausgehen würde.⁵ Besonders augenscheinlich war die Instrumentalisierung des Friedensbegriffs im Zusammenhang mit pazifistischen Gruppen: Während die Kommunisten im Westen unter Friedensschalmeien diese

¹ Vgl. Bundesminister des Innern (Hg.): Moskaus getarnte Helfer. Die Aktivitäten sowjetisch gesteuerter internationaler Einwirkungsorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1986, S. 17 f.

² Vgl. Michael Ploetz: Waffensysteme und Strategien im Kalten Krieg. in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 56.

³ Vgl. Karl-Heinz Schmidt: Die westdeutsche Friedensbewegung in der Strategie von KPdSU und SED (Vortrag), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 585 f.

⁴ Vgl. Bundesminister des Innern (Hg.): Moskaus getarnte Helfer. Die Aktivitäten sowjetisch gesteuerter internationaler Einwirkungsorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1986, S. 3; Jürgen Maruhn/Manfred Wilke: Einleitung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 32; Udo Baron: Das KOFAZ, die „Grünen“ und die DKP in der Friedenskampagne, in: ebenda, S. 200.

⁵ Michael Ploetz: Die Rolle des DDR-„Friedensrates“ in der SED-Kampagne, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 267.

Kräfte für eine Zusammenarbeit umwarben, wurde die staatsunabhängige Friedensbewegung in den realsozialistischen Ländern als „friedensfeindlich“ angesehen und unterdrückt.⁶

Die Sowjetunion führte zusammen mit ihren Verbündeten über Jahrzehnte hinweg verschiedene propagandistische Großkampagnen gegen den Westen, darunter mehrere unter dem Leitthema „Frieden“. Hierzu gehörten beispielsweise die zahlreichen Aktivitäten für den Stockholmer Appell im Jahr 1950 und gegen die Neutronenbombe 1977/1978. Zur operativen Umsetzung derartiger Unternehmungen nutzte der Ostblock seine Partei- und Staatsapparate sowie sein Weltnetzwerk, bestehend aus zahllosen Bündnis- und Tarnorganisationen. Die Maßnahmen, die im Rahmen der von Moskau initiierten Kampagnen ergriffen wurden, waren umfangreich. Die Bandbreite der Aktivitäten reichte von geheimdienstlichen Aktionen bis hin zur Initiierung unzähliger Veranstaltungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene.⁷

Aus Anlass des sich abzeichnenden NATO-Doppelbeschlusses⁸, den die Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel unterzeichneten, leitete der Generalsekretär der KPdSU Breschnew im Herbst des Jahres 1979 die wohl umfassendste und intensivste Propagandakampagne ein. Darin eingebunden waren die obersten Partei-, Staats- und Militärführungen des Warschauer Paktes.⁹ Diese „Friedensoffensive“ reichte hinein bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre und unterteilte sich – vereinfacht betrachtet – in zwei Phasen. In der ersten Phase, die bis Ende des Jahres 1984 andauerte, war die Kampagne ausgerichtet auf die Verhinderung der NATO-Nachrüstung. In der sich daran anschließenden zweiten Phase wechselten die friedenspolitischen Prioritäten. Ab der Jahreswende 1984/1985 rückte die Durchkreuzung des amerikanischen SDI-

⁶ Michael Ploetz: Die Rolle des DDR-„Friedensrates“ in der SED-Kampagne, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 264. Vgl. zur Strategie und Taktik der Kommunisten im Sinne Lenins und die Rolle des „Friedenkampfes“ Udo Baron: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“, Münster 2003, S. 25-30.

⁷ Vgl. Bundesminister des Innern (Hg.): Moskaus getarnte Helfer. Die Aktivitäten sowjetisch gesteuerter internationaler Einwirkungsorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1986, S. 13 f., 16; Michael Herms: Hinter den Linien. Die Westarbeit der FDJ 1945-1956, Berlin 2001, S. 204-209; Hans-Peter Müller: Die Friedensbewegung im politischen Kalkül der sowjetischen Außenpolitik 1977-1979, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 93-98; Michael Ploetz: Die Rolle des DDR-„Friedensrates“ in der SED-Kampagne, in: ebenda, S. 258-260, 267; Hubertus Knabe: MfS und Friedensbewegung, in: ebenda, S. 306-310.

⁸ Der Doppelbeschluss war eine Reaktion der Nato auf die Aufstellung sowjetischer Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20. Die Nato drohte mit Nachrüstung ab Ende 1983, falls die Sowjetunion bis dahin keine Bereitschaft zeigen sollte, ihr Drohpotential zu reduzieren. Da 1983 die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen scheiterten, begann die Nato mit der Aufstellung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa. Erst mit dem Regierungsantritt Gorbatschows 1985 begann sich die Situation allmählich zu entspannen, und Verhandlungslösungen hinsichtlich einer Beendigung des gegenseitigen Wettrüstens nahmen schließlich gegen Ende der 1980er Jahre Gestalt an. Vgl. Wichard Woyke: NATO, in: ders. (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 6. Auflage, Opladen 1995, S. 329 f.

⁹ Vgl. Hans-Peter Müller: Die Friedensbewegung im politischen Kalkül der sowjetischen Außenpolitik 1977-1979, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 85, 95, 106, 114; Hubertus Knabe: MfS und Friedensbewegung, in: ebenda, S. 298-325; ders.: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 248-260.

Forschungsprogramms, ab 1986 die Forderung nach einem Atomteststopp und schließlich ab 1987 die Popularisierung von Abrüstungsvorschlägen in den Mittelpunkt des „Friedenskampfes“.¹⁰

Zu den Hauptaustragungsorten der sowjetischen Friedenskampagne gehörten Westdeutschland wie auch Westberlin. Durch die Propagandaunternehmung sollten Multiplikatoren aus allen Bereichen – wie beispielsweise Personen und Persönlichkeiten aus den Medien, der Wissenschaft und der Politik – beeinflusst werden.¹¹ Das strategische Ziel war, durch den Druck der Öffentlichkeit die Bundesregierung und andere Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten von einer Atomraketenstationierung wie auch weiteren rüstungspolitischen Maßnahmen abzubringen, um damit das westliche Verteidigungsbündnis zu spalten.¹² Im Zentrum des kommunistischen Einwirkens stand die westliche Friedensbewegung, die im Zuge der Auseinandersetzungen um den Nato-Doppelbeschluss an Gestalt gewann und rasch Massencharakter annahm.¹³ Hierzu bediente sich die KPdSU in Zusammenarbeit mit der SED insbesondere ihrer strategischen Stützpunkte DKP und SEW sowie deren Neben- und Vorfeldorganisationen. Die Absicht der Kommunisten war, der heterogen zusammengesetzten Friedensbewegung durch Einwirkung und Unterstützung weiteren Auftrieb zu verleihen und sie auf den Kurs sowjetischer Friedenspolitik auszurichten. Parallel dazu wurde versucht, das Erstarken blockübergreifender Vorstellungen innerhalb der westlichen Friedensbewegung mit allen Mitteln zu unterbinden. Anhänger und Organisationen des blockübergreifenden Friedensansatzes, einer Minderheitenposition innerhalb der Friedensbewegung, betrachteten die Sowjetunion und ihr System als (mit-)verantwortlich für den Rüstungswettlauf und bemühten sich um Kontakte zu oppositionellen und unabhängigen Bürgerrechts- und Friedensbewegungen in der DDR und anderen ost- und mitteleuropäischen

¹⁰ Vgl. VSB für 1979, S. 72; VSB für 1985, S. 65; VSB für 1986, S. 2; VSB für 1987, S. 36; VSB für 1988, S. 2.

¹¹ Vgl. Jürgen Schröder: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2304.

¹² Vgl. Karl-Heinz Schmidt: Die westdeutsche Friedensbewegung in der Strategie von KPdSU und SED (Vortrag), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 588; Jürgen Schröder: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2297; Jürgen Maruhn/Manfred Wilke: Einleitung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 31 f.; Michael Ploetz: Die Rolle des DDR-„Friedensrates“ in der SED-Kampagne, in: ebenda, S. 254 f.

¹³ Vgl. Gerd Langguth: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre (Vortrag), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 595.

Ländern.¹⁴ Die Kommunisten sahen darin nicht nur ihre einseitig gegen den Westen gerichtete Propagandastrategie bedroht, sondern fürchteten – auch in Anbetracht beispielsweise der Entwicklung in Polen („Solidarnosc“) – die Gefahr einer für sie nicht mehr zu kontrollierenden Ausweitung der Bewegung in die Länder des Realsozialismus.¹⁵

Im Ergebnis entfaltete die vom Ostblock in den 1980er Jahren betriebene „Friedensarbeit“ – gemessen am personellen und materiellen Aufwand – begrenzte Wirkung, die weder die NATO-Planungen noch die transatlantischen Bündnisbeziehungen nachhaltig beeinträchtigen konnten.¹⁶ Zu den bedeutendsten Erfolgen der Kommunisten dürfte die von der DKP vorangetriebene Initiierung des „Krefelder Appells“ vom 16. November 1980 gehören, mit dem es ihnen gelang, einen größeren Teil der westdeutschen Friedensbewegung zeitweilig auf einen Minimalkonsens – die Verhinderung der NATO-Nachrüstung – einzustimmen und zu formieren.¹⁷ Im Herbst 1983 erreichten die Teilnehmerzahlen an Friedensdemonstrationen ihren Höhepunkt und der ohnehin fragile Minimalkonsens verlor im Zuge der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses seine Tragfähigkeit.¹⁸ Auch in den folgenden Jahren – jedoch mit abnehmender Beteiligung – mobilisierte das Thema Frieden noch eine Vielzahl von Menschen und bot Anlass für zahlreiche Aktionen. Die

¹⁴ Vgl. Gerd Langguth: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre (Vortrag), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 590-593; Michael Ploetz: Die Rolle des DDR-„Friedensrates“ in der SED-Kampagne, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 263-266.

¹⁵ Vgl. Leiterinformation zur Situation und Entwicklungstendenzen in den Friedensbewegungen der BRD und anderer westeuropäischer Staaten nach Beginn der Raketenstationierung der USA in Westeuropa (von MfS/Hauptabteilung A/Abteilung VII, 9.1.1984), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 6274, Bl. 13-15.

¹⁶ Dass während der ersten Hälfte der 1980er Jahre die Stabilität des NATO-Bündnisses unter bestimmten Bedingungen auch hätte zerbrechen können, stellte Gerd Langguth in seinem Vortrag vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages anschaulich dar. Vgl. Gerd Langguth: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre (Vortrag), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 590-596.

¹⁷ Vgl. Gerd Langguth: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre (Vortrag), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 593; Rudolf van Hüllen: Der „Krefelder Appell“, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 246 f.; Udo Baron: Die verführte Friedensbewegung. Zur heute nachweisbaren Einflussnahme von SED und MfS, in: Die politische Meinung, Nr. 407, Oktober 2003, S. 55-61.

¹⁸ Vgl. Gerd Langguth: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre (Vortrag), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 594; Günther Wagenlehner: Die Auseinandersetzungen der PSV der Bundeswehr mit der „Friedensbewegung“, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 295; Manfred Görtemaker: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002, S. 287.

ausklingenden Mobilisierungserfolge der Friedensbewegung waren wiederum in nicht unerheblicher Weise auf das Engagement der Kommunisten zurückzuführen.

Ähnlich ambivalent fiel die Bilanz für die SEW aus: Auf der einen Seite gehörte für sie der „Friedenskampf“ in den 1980er Jahren im Hinblick auf das Knüpfen zumindest kurzfristiger Bündnisbeziehungen zur erfolgreichsten Zeit ihrer Geschichte, wobei sie mit Gruppierungen in Kontakt kam, mit denen es zuvor noch keinerlei Berührung gab. Nahezu problemlos und in kurzer Zeit wurde sie zu einem festen Bestandteil der neu erstarkenden Friedensbewegung in Westberlin. Ihre diesbezüglichen Erfolge wurden vielfach von den Spitzen der SED wie auch der KPdSU anerkennend gewürdigt.¹⁹ Generell lässt sich feststellen, dass die SEW an zahllosen Aktionen – zum Teil mit erheblichem Aufwand – beteiligt war und auf diese Weise einen mobilisierenden, koordinierenden und ideengebenden Einfluss ausüben konnte.²⁰

Die Frage, welche konkreten Auswirkungen das Engagement der Kommunisten nach sich zog, bleibt letztlich schwer zu bemessen. Es ist davon auszugehen, dass das kommunistische Gewicht in der Westberliner Friedensbewegung mit dazu beitrug, dass der blockübergreifende Friedensansatz sowie eine kritische Haltung gegenüber der Sowjetunion, wie sie vergleichsweise gegenüber der USA eingenommen wurde, in der Friedensbewegung eine untergeordnete Rolle spielte.²¹ Dessen ungeachtet war es jedoch ebenso eine Tatsache, dass die nichtkommunistischen Friedensaktivisten mehrheitlich eine Fokussierung auf die westliche Rüstung vornahmen, weil sie dies als eine notwendige Voraussetzung für den Erhalt der Bewegung und ihrer Schlagkraft betrachteten und weil sie durch die zum Teil provozierende Ausrichtung der Reagan-Administration eher noch bestärkt wurden. Diese Ausrichtung der Friedensaktivisten deckte sich mit den Zielen der

¹⁹ So hieß es beispielsweise in einem Schreiben vom ZK der KPdSU an den Parteivorstand der SEW: „Wir schätzen hoch die Bemühungen Ihrer Partei zur Mobilisierung der Öffentlichkeit der Stadt zum Kampf gegen die amerikanischen Nuklearraketen in Europa sowie gegen jegliche Versuche, Westberlin in die Verwirklichung der militärischen NATO-Pläne einzubeziehen.“ Schreiben vom ZK der KPdSU an den Parteivorstand der SEW vom 19.9.1983, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/20.1/5, nicht paginiert. Vgl. Information über den Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden der SEW, Horst Schmitt, und der ihn begleitenden Delegation des Parteivorstandes der SEW in der DDR vom 25. bis 29.10.1982 (von Westabteilung, 30.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

²⁰ Sowohl in den jährlichen Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes als auch in den Berichten der Westabteilung der SED findet sich diese Einschätzung wieder. So heißt es beispielsweise in einem Bericht der Westabteilung im Oktober 1982: „Die Partei ist zu einer lenkenden und inspirierenden Kraft in der Friedensbewegung geworden und als Ratgeber, Partner und Organisator geschätzt. Sie hat ihre Bündnisbeziehungen zu Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Vertretern der Alternativen Liste (AL), Jungsozialisten, Jungdemokraten, engagierten Christen und namhaften Persönlichkeiten gefestigt und erweitert. Sie hat maßgeblichen Anteil an der Zusammenführung der sich im Friedenskampf engagierenden Kräfte.“ Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert. Vgl. ebenso: Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Information zur Situation in der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (von Westabteilung, 10.3.1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

²¹ Vgl. Thomas Auerbach: Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5 (1981-1987), in: Deutschland Archiv, Nr. 3/1997, S. 374.

Kommunisten und bildete die Grundlage für deren Einfluss.²² Davon abgesehen steht unzweifelhaft fest, dass die Kommunisten aufgrund eines breit gefächerten Netzwerkes einen wichtigen Anteil daran hatten, dass die Bewegung in Westberlin, nachdem sie ihren Höhepunkt 1983 überschritten hatte, erst allmählich abflachte und bis zum Ende der 1980er Jahre weiterhin präsent blieb. Darüber hinaus bereitete schließlich der „Gorbatschow-Effekt“ und das damit einhergehende Tauwetter im Ost-West-Konflikt für die SEW den Weg, gleichsam noch unbeschwerter für die sowjetische Sache im Rahmen der Friedensbewegung zu werben.²³ Dennoch konnte es den Westberliner Kommunisten nicht gelingen – wie auch die SED-Westabteilung kritisch feststellte – aus ihrer „Friedensarbeit“, die sie geschickt mit verschiedenen weiteren Politikfeldern verknüpft hatte, langfristig und nachhaltig Kapital zu schlagen.²⁴ Schon im Herbst des Jahres 1983 sah die SEW-Führung die Gefahr, dass die Vielfalt der Aktivitäten und die Vielzahl der „Kampfaktionen“ ihrer Partei zu einer „Zersplitterung der eigenen Kräfte und des Hinneigens zum Aktionismus“²⁵ führen könnte. Tatsächlich stellte sich gegen Ende der 1980er Jahre als Ergebnis heraus, dass sich die SEW zwar einerseits zu einem, insbesondere im linken Westberliner Spektrum, weitgehend allgemein akzeptierten Aktions- und Dialogpartner entwickelt hatte, andererseits jedoch – bei zugleich sinkenden Mitgliederzahlen – als Wahlpartei vollkommen bedeutungslos war.

Der „Friedenskampf“ war das überragende Aktionsthema der SEW in den 1980er Jahren. Um eine Einschätzung über die Aktivitäten und das Wirken der SEW in dieser Zeit zu erhalten, folgen sechs Betrachtungen: Erstens wird auf eine Friedensversammlung im Dezember 1979 näher eingegangen, zweitens die Entwicklung der Westberliner Friedensbewegung anhand von Einzelereignissen skizziert, drittens werden spezielle Aktivitäten der Westberliner Kommunisten geschildert, viertens deren Organisationsnetzwerk dargestellt, fünftens die Kommunikationsstränge zwischen SEW, SED und KPdSU beispielhaft erläutert und sechstens die Eindämmungsmaßnahmen gegen blockübergreifende Friedensansätze aufgezeigt.

Beispiel: Friedensversammlung im Dezember 1979

Zu einer der Einstiegs- und Auftaktaktionen der Westberliner Friedensbewegung gehörte die am 2. Dezember 1979 von der Christlichen Friedenskonferenz Westberlin unter dem Motto „Jetzt verhandeln, nicht aufrüsten!“ veranstaltete Kundgebung in der „Neuen Welt“, an der schätzungsweise 3.000 Personen teilnahmen. Unterstützer waren unter anderem die Alternative Liste, die Jungsozialisten – Landesverband Berlin und die SEW. Die Versammlung verabschiedete

²² Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 103; Führungszielplanung vom 12. April 1983 der Westberliner Polizei (S. 1-3), in: BStU, ZA, MfS HA II 25740, Bl. 4-6; Schreiben von Elsbeth Zylla an den Autor vom 8.1.2008. Elsbeth Zylla, Mitglied der AL in Westberlin, stand in Verbindung zu SED-kritischen Gruppen in der DDR. Sie setzte sich dafür ein, die Anliegen der verfolgten DDR-Friedensgruppen im Westen bekannt zu machen.

²³ Vgl. Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; VSB für 1987, S. 27.

²⁴ Vgl. Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

²⁵ Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich gegen jede weitere Aufrüstung aussprach und die Abrüstungsinitiativen der Sowjetunion begrüßte. Als Redner sprachen Prof. Gerhard Kade („Friedensforscher“)²⁶, Margot Mrozinski (DFB-Vorsitzende), Dieter Trautmann (AL), Dieter Scholz (Landesvorsitzender der Jungsozialisten) und der Pfarrer und ehemalige Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz (SPD). Insbesondere die auf dieser Veranstaltung von Albertz gehaltene Ansprache verdeutlichte beispielhaft den zu dieser Zeit entstehenden Brückenschlag zwischen den demokratischen Kräften der Friedensbewegung und den Kommunisten. Albertz sagte: „Wir sind ja heute hier zusammen, und ich weiß es, es wird wieder große Aufregung geben, wer sich hier zusammengetan hat. [Gemeint war die Beteiligung der Kommunisten an dieser Veranstaltung.] Ich wiederhole zum x-ten Male, jedenfalls für mich selbst – ich weiß, ich habe es da leichter als meine Kollegen und Genossen von den Jungsozialisten, aber ich sage es für mich und damit hoffentlich auch mit meinem Rücken vor anderen: Wir werden die Berührungsängste zu überwinden haben, wenn wir der Angst vor der Zukunft widerstehen wollen. Eine Sache wird nicht dadurch falsch, dass sie auch ein politischer Gegner vertritt. Und die tiefste Ursache – wenn ich es richtig sehe, nun abgesehen von allen militärpolitischen Konsequenzen –, die tiefste Ursache für das Elend der aberwitzigen Rüstung sind ja doch die Feindbilder, die wir uns jeweils vom anderen machen; von der Sowjetunion als einer Weltmacht, die nichts anderes im Sinne habe, als Westeuropa zu überfallen, und von der westlichen Welt als einer Versammlung faschistischer Imperialisten ohne jede Ausnahme. Wenn wir diese Feindbilder abbauen, wenn wir den – nun auch in unserer Situation gesehen – ungebrochenen taufrischen Antikommunismus im primitiven Sinne überwinden, dann werde ich zwar kein Mitglied der SEW, aber dann habe ich die Möglichkeit, mit jedem zu reden und zu handeln, der ein gleiches Ziel anstrebt.“²⁷

²⁶ Gerhard Kade war eine führende Kraft im „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ und Organisator der „Generale für den Frieden“. Beim MfS wurde Kade als IM „Super“ geführt. Zur Einflussnahme des MfS auf die Bewegung „Generale für den Frieden“ vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 254 f.; Hubertus Knabe: MfS und Friedensbewegung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 320; Udo Baron: Die verführte Friedensbewegung. Zur heute nachweisbaren Einflussnahme von SED und MfS, in: Die politische Meinung, Nr. 407, Oktober 2003, S. 57 f.

²⁷ Zit. nach SEW (Hg.): Wir haben es in der Hand. Materialien zum Friedenkampf, Berlin Januar 1982, S. 180.



SEW-Beteiligung am Ostermarsch in Richtung Platz der Luftbrücke am 4. April 1983 (Foto: Wolfgang Albrecht, Landesarchiv Berlin).

Entwicklung der Westberliner Friedensbewegung

An der Entstehung der neu erstarkenden Friedensbewegung waren die verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen beteiligt; Anstöße kamen unter anderem aus den Reihen der evangelischen und katholischen Kirche, den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie sowie aus der Antiatom-, der Ökologie- und der Frauenbewegung.²⁸ Ebenso dazu gehörte die SEW, die von Beginn an zur Vernetzung und Mobilisierung der Friedenskräfte direkt beitrag; sichtbares Ergebnis dessen waren unter anderem die mit schätzungsweise 25.000 Teilnehmern

²⁸ Eine kategorisierte Übersicht der Zusammensetzung der Friedensbewegung findet sich bei: Gerd Langguth: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre (Vortrag), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 590-592. Vgl. ebenso: Führungszielplanung vom 12. April 1983 der Westberliner Polizei (S. 1-3), in: BStU, ZA, MfS HA II 25740, Bl. 4-6.

einheitlich durchgeführte Demonstration zum 1. Mai 1980 sowie die sich daran anschließenden Aktionen unter dem Motto „Frieden und Abrüstung“.²⁹

Die in den 1980er Jahren initiierten Aktionen der Friedensbewegung waren zahllos. Sie reichten von „Friedenswochen“ (mit zum Teil über 400 Veranstaltungen) bis hin zum „Ostermarsch“. Zu den regelmäßigen Demonstrationsterminen mit bedeutsamem Mobilisierungsfaktor avancierten unter anderem der 8. Mai (Tag der „Befreiung vom Faschismus“) sowie der 1. September („Antikriegstag“), um die sich weitere Veranstaltungen, Kundgebungen, Infomärkte und Konzerte gruppierten und an denen sich tausende Westberliner beteiligten.³⁰ Zu den Höhepunkten der Friedensbewegung im Hinblick auf die Teilnehmerzahl zählte die Demonstration gegen den US-Außenminister Haig am 13. September 1981, der an diesem Tag Westberlin besuchte. In Anspielung auf Haig, der gesagt haben soll, dass es Wichtigeres gäbe, als im Frieden zu leben, und Schlimmeres als den Krieg, demonstrierten rund 80.000 Bürger unter der Hauptlösung: „Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden.“³¹

Die nächste Spitzendemonstration erfolgte knapp neun Monate später aus Anlass des Westberlin-Besuches von Ronald Reagan. Am 10. Juni 1982, einen Tag vor dem Besuch des amerikanischen Präsidenten, fanden sich rund 100.000 Westberliner zu einem Protestmarsch gegen dessen Politik zusammen. Der folgende Tag war überschattet von Straßenschlachten zwischen Demonstranten und Polizisten mit vielen Verletzten im Bezirk Schöneberg. Die größte Massenmobilisierung und damit ihren Zenith erreichte die Westberliner Friedensbewegung mit zahlreichen Veranstaltungen rund um die „Aktionswoche“ (UNO-Friedenswoche) vom 15. bis 22. Oktober 1983, an der sich – nach Angaben aus SEW-Dokumenten – rund 300.000 Menschen beteiligten. Den Abschluss bildete die „Volksversammlung“ am 22. Oktober 1983 vor dem Rathaus

²⁹ Wie sehr sich die Kommunisten um den Aufbau von Kontakten zu anderen Organisationen bemühten, dass sie dabei erfolgreich waren, dass die Zusammenarbeit immer konkretere und beständige Formen annahm, ließ sich an Einzelbeispielen aus mehreren Redebeiträgen der 16. Tagung des Parteivorstandes der SEW 1980 entnehmen. Vgl. Diskussion auf der 16. Tagung des Parteivorstandes am 6.6.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert; Information über die 16. Tagung des Parteivorstandes der SEW (von Westabteilung, 12.6.1980), in: ebenda. Vgl. ergänzend Schreiben von Schmitt an Häber vom Nov./Dez. 1979, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26715.

³⁰ Vgl. Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 366, 368; Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Information über den Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden der SEW, Horst Schmitt, und der ihn begleitenden Delegation des Parteivorstandes der SEW in der DDR vom 25. bis 29.10.1982 (von Westabteilung, 30.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SEW, Berlin 1981, S. 22; Führungszielplanung vom 12. April 1983 der Westberliner Polizei (S. 8), in: BStU, ZA, MfS HA II 25740, Bl. 11.

³¹ Über den Umstand, dass sich Teile der Westberliner SPD an der Haig-Demonstration beteiligt hatten, zeigte sich der frühere Westberliner Vorsitzende und Bundesgeschäftsführer der SPD Peter Glotz äußerst erbost. Er soll gegen seine SPD-Genossen sinngemäß mit folgenden Worten zu Felde gezogen sein: Wer dort demonstriert, „wo er sich der Unterstützung der moskautreuen SEW nicht erwehren kann und wo er die gewaltsmäßen Übergriffe von 600 oder 800 Berufsdemonstranten als geradezu sicher einkalkulieren muss, der kann sich auch durch die ehrlichen politischen Motive nicht exkulpieren [(rechtfertigen)]. [...] Er gewinnt einen Teil der jungen Generation und verdirbt es sich gleichzeitig mit allen anderen.“ Zit. aus einer von Horst Schmitt gehaltenen Rede im Dezember 1981, in: SEW (Hg.): Wir haben es in der Hand. Materialien zum Friedenskampf, Berlin Januar 1982, S. 16.

Schöneberg, die mit über 100.000 Teilnehmern zu einer der größten Friedensmanifestationen Westberlins wurde und an der weit über 100 Organisationen teilnahmen.³²

In den folgenden Jahren setzte ein allmähliches Abebben der Beteiligung an Friedensaktionen ein, die dennoch weiterhin zahlreich blieben. Hierzu trug beispielsweise die von verschiedenen Friedenskräften getragene Kampagne „Unsere Stadt gegen Atomwaffen“ bei, die mit groß angelegten Unterschriftenaktionen einherging und bei der einzelne Areale der Stadt von ihren Anwohnern symbolisch zu „atomwaffenfreien Zonen“ erklärt wurden.³³ Am Ostermarsch 1987, zu dem mehr als 70 Parteien, Organisationen und Initiativen – dabei erstmalig die Landesvorstände der SPD und des DGB – aufriefen, beteiligten sich immerhin noch rund 15.000 Westberliner.³⁴

Gegen Ende des Jahres 1987 hatte das Thema Frieden im Zuge des abklingenden Ost-West-Konfliktes weitgehend an Bindungskraft verloren und andere Protestaktionen rückten in den Vordergrund. Beispielsweise war dies die Bewegung gegen die Volkszählung, zu deren Demonstration sich am 16. Mai 1987 zwischen 8.000 bis 15.000 Menschen zusammenfanden.³⁵ Zu einer letzten Massenmobilisierung kam es nochmals anlässlich eines erneuten Westberlin-Besuches von Ronald Reagan am 12. Juni 1987. Am Vorabend, dem 11. Juni 1987 fanden sich rund 50.000 Menschen zu einer Demonstration „gegen die Rüstungspolitik der USA, gegen den von den USA betriebenen schmutzigen Krieg in Mittelamerika und für Berlin (West) als Stadt des Friedens und der Entspannung“ zusammen, zu der über 150 Parteien, Organisationen und Verbände aufgerufen hatten.³⁶ Ihren vorläufigen Ausklang fand die Bewegung schließlich im Jahr 1988, als sich eine breit angelegte Kampagne gegen den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank bundesweit formierte. Anlass war die Jahrestagung von IFW und Weltbank, die

³² Vgl. unter Stichworten „15. Okt. 1983“ und „22. Okt. 1983“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009. Vgl. Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 369.

Auf der 9. Tagung des SEW-Parteivorstandes am 30. September 1983 erklärte der Vorsitzende der SEW, Horst Schmitt, in dem von ihm erstatteten Bericht des Büros des SEW-Parteivorstandes zu bevorstehenden „UNO-Friedenswoche“ und der in diesem Zusammenhang verfolgten Bündnispolitik der Partei lt. „Wahrheit“ vom 1./2. Oktober 1983: „Für ein wichtiges Ereignis halten wir, dass in einer Zeit verstärkter antikommunistischer Hetze ein gemeinsamer Aufruf der Friedenskoordination zur Volksversammlung zustande kam, der zum ersten Mal offiziell auch die Unterschrift des SPD-Landesvorstandes trägt. Erstmals seit 1946 gibt es wieder einen Aufruf in dieser Stadt, der sowohl vom Parteivorstand der SEW als auch vom Landesvorstand der SPD unterzeichnet ist.“ Zit. nach Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 17.

³³ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SEW, Berlin 1984, S. 27; Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

³⁴ Vgl. Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

³⁵ Vgl. unter Stichwort „16. Mai 1987“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

³⁶ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SEW, Berlin 1987, S. 109 f.; Information über die 2. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 26. Juni 1987 (von IPW, 20.10.1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 28; Vgl. unter Stichwort „11. Jun. 1987“, in: Landesarchiv Berlin (Hg.): Berlin-Chronik, im Internet: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>, Stand: 2009.

vom 27. bis 29. September in Westberlin stattfand. Während der Zeit vom 23. bis 29. September erfolgten in der Stadt zahlreiche Aktionen der Kampagne. Den Abschluss bildete die „Internationalistische Demo“, an der etwa 5.000 Personen teilnahmen.³⁷

Aktivitäten der Westberliner Kommunisten

Die SEW verband das Thema Frieden geschickt mit nahezu allen Politik- und Lebensbereichen. Damit gelang es ihr, die Basis der Protestbewegung zu verbreitern, sowie ihren eigenen Aktionsradius zum Teil erheblich auszuweiten. Nach der Methode „Alles kumuliert im Kampf gegen die Atomraketen“³⁸ wurde der Friedenskampf mit weiteren gesellschaftskritischen Themenkomplexen und Fragestellungen (Faschismus, Arbeitslosigkeit, Mietpreiserhöhungen etc.) verbunden sowie gruppenspezifische Bezüge (Jugend, Studenten, Arbeiter, Frauen, Künstler etc.) hergestellt. Diese komplexe Vorgehensweise fasste ein Berichterstatter der SED-Westabteilung mit folgenden Worten zusammen: „Es ist der Partei [(SEW)] gelungen, die Verteidigung der demokratischen Grundrechte mit der Verbreitung der geschichtlichen Wahrheit über Ursachen und Wesen des Faschismus zu verbinden. Der Kampf für die bedrohten sozialen Interessen und demokratischen Rechte wurde enger mit dem Friedenskampf und der Verbreitung der Wahrheit über den realen Sozialismus verflochten.“³⁹

Die Aktivitäten der SEW waren zahlreich. Eine Vorstellung über das Ausmaß vermittelte Horst Schmitt in einem internen Gespräch mit Erich Honecker im Oktober 1982. Schmitt berichtete dem Generalsekretär, dass in den letzten neun Monaten des Jahres 1982 über 365 Demonstrationen der „unterschiedlichsten Art“ in Westberlin stattgefunden hätten und dass die SEW an den meisten „auf diese oder jene Weise beteiligt“ gewesen wäre.⁴⁰ Die Aktionen, an denen die SEW im Rahmen ihres „Friedenskampfes“ in den 1980er Jahren mitwirkte, lassen sich nicht trennscharf voneinander abgrenzen. Anhand einiger ausgewählter Beispiele ergeben sich grob die Bereiche a) Kultur und Jugend, b) Hochschule und Wissenschaft, c) Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, d) Antifaschismus und Antiimperialismus sowie e) Internationalismus.

a) Kultur und Jugend

Die SEW war direkt und/oder über Nebenorganisationen an einer Vielzahl von Veranstaltungen im kulturellen Bereich und an Jugendaktionen beteiligt, wobei sie sich stets bemühte, dass dies ihrer (Friedens-)Propaganda dienlich war. Hierzu gehörte beispielsweise das „Friedenskonzert“ der Initiative Jugend gegen Aufrüstung (IJGA) vor dem ehemaligen Reichstagsgebäude am 29. August

³⁷ Vgl. Oliver Tolmein: Die Dritte-Welt-Kriegs-Banker kommen, in: Konkret, 9/1988, S. 10-15; VSB für 1988, S.31, 71-75.

³⁸ Zit. nach VSB für 1981, S. 81. Es handelt sich hierbei um eine von der DKP verwendete Parole, die sich ohne Weiteres auch auf das Handeln der SEW übertragen lässt.

³⁹ Information zur Situation und Entwicklung der SEW (von Westabteilung, 4. Mai 1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁴⁰ Information über den Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden der SEW, Horst Schmitt, und der ihn begleitenden Delegation des Parteivorstandes der SEW in der DDR vom 25. bis 29.10.1982 (von Westabteilung, 30.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

1981. Dieses „Friedensfest der Jugend“, das rund 60.000 Menschen besuchten, soll nach SED-Angaben unter maßgeblicher Beteiligung der SEW und des SJV-KL verlaufen sein.⁴¹ Deutlich wurde dies bei einer Neuaufgabe des Friedenskonzerts am 6. August 1983, an dem etwa 80.000 Personen teilnahmen:⁴² Laut Verfassungsschutz hatte die „zentrale Regie während des Konzertes [...] in den Händen der stellvertretenden Vorsitzenden der SEW-Jugendorganisation, Stephan Stein (37), des hauptamtlichen Funktionärs des SEW-Kreisverbandes Schöneberg, Roland Paulick (34), und des SPD-Mitgliedes Eberhard Werner (33) gelegen.“⁴³ Zudem hatten Paulick und Werner, beide waren vom Sprecherkreis der IJGA zu Kontaktleuten ernannt worden, ein gemeinsames Bankkonto, für das Spenden zur Unterstützung der Aktion erbettet wurden.⁴⁴ Tatsächlich verantwortlich für den Ordner-Einsatz war wohl das hauptamtliche SEW-Vorstandsmitglied Klaus Wischniewski, obwohl die IJGA dafür gegenüber der Polizei offiziell den Namen eines Vertreters der Evangelischen Jugend genannt hatte. Neben den an der Bühne eingesetzten etwa 120 Ordern, die überwiegend Mitglieder der SEW gewesen sein dürften, waren die Reichsbahn-Dienststellen an der technischen Vorbereitung des Friedenskonzertes in erheblichem Maße beteiligt. Die Abteilung Wasserstraßen der Reichsbahn organisierte den Auf- und Abbau der Bühne, Angehörige der Starkstrommeisterei der Reichsbahn waren für das Verlegen, Anschließen und Warten sämtlicher elektrischer Anlagen vom Reichstagsgebäude zur Bühne verantwortlich.⁴⁵

Eine andere Kunst- und Musikveranstaltung, an deren Durchführung der SJV-KL und die ADS erheblichen Anteil hatten und hierbei personell und materiell vom Zentralrat der FDJ in Ostberlin unterstützt wurden, war der „Jugendtag“, der erstmalig am 25./26. September 1982 stattfand. An dieser gegen die „NATO-Nachrüstung“ gerichteten Veranstaltung nahmen über 20.000 Zuschauer

⁴¹ Soweit bekannt wurde, war für die Organisation der Veranstaltung der Sprecher der Initiative Jugend gegen Aufrüstung, Axel Preuschoff, zuständig. Preuschoff war Mitglied des SEW-Kreisvorstandes Spandau und Mitarbeiter der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“. Das technische Gerät und sonstiges Material für die Veranstaltung war von der Deutschen Reichsbahn bereitgestellt worden. Vgl. Ost-Berlin organisiert das „Friedenskonzert“, in: Berliner Morgenpost vom 6.8.1983, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 16; Wolfgang Rudzio: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988, S. 279; Material für die Konsultation zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik der SEW am 3. Dezember 1981 (von IPW, Dezember 1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁴² Vgl. VSB für 1983, S. 40; Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁴³ SEW führte beim Friedenskonzert „zentrale Regie“, in: Berliner Morgenpost vom 30.8.1983, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 15.

⁴⁴ Vgl. Junge Union fordert Distanzierung vom „Friedenskonzert“. Einer der Kontaktleute SEW-Funktionär – er „organisiert so gut“, in: Der Tagesspiegel vom 5.8.1983, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 17.

⁴⁵ Vgl. SEW führte beim Friedenskonzert „zentrale Regie“, in: Berliner Morgenpost vom 30.8.1983, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 15.

teil.⁴⁶ Ein zweiter „Jugendtag“ unter dem Motto „Frieden, Arbeit, Bildung und antiimperialistische Solidarität“ kam am 27. Oktober 1984 in der Deutschlandhalle zustande und verzeichnete etwa 10.000 Teilnehmer.⁴⁷ Der letzte „Jugendtag“ fand schließlich am 31. Mai 1986 statt. Schätzungsweise 6.000 (Angaben des Verfassungsschutzes) bis 15.000 (Angaben der FDJ) Menschen besuchten diese Veranstaltung.⁴⁸ In seinem Abschlussbericht über den „Jugendtag 86“ hielt der Zentralrat der FDJ fest: „Zahlreiche Organisationen und Bürgerinitiativen, darunter die Alternative Liste Westberlin, die Falken und die DGB-Jugend, nutzten den Jugendtag zur Selbstdarstellung. [...] Die Auftritte des Oktoberklubs, der Rockgruppe ‘City’ und des Blamu-Jatz-Orchestrions, wie auch die Singergruppe ‘Rotdorn’ wurden begeistert aufgenommen.“⁴⁹

„Maßgeblich beteiligt“ soll die SEW an der Durchführung der Aktionswochen „Künstler für den Frieden“ vom 9. bis 23. November 1980 gewesen sein, die von etwa 230 Künstlern aus Westberlin unterstützt wurden; in diesem Rahmen erfolgten unter anderem Vorführungen von DEFA- und sowjetischen Filmen „mit antimilitaristischem Charakter“.⁵⁰ „Stark engagiert“ hatte sich die SEW – laut SED-Bericht – an den Vorbereitungen des Friedensfestes der Initiative „Künstler für den Frieden“ in der Waldbühne, das am 9. Mai 1982 erstmalig stattfand und bei dem rund 400 Künstler aus aller Welt vor über 25.000 Zuschauern auftraten.⁵¹ Dieses von vielen Organisationen unterstützte Friedensfest wurde in den folgenden Jahren zu einem festen Programm-Punkt der Friedensbewegung.

Eine jährlich vom DSF durchgeführte Veranstaltungsreihe verlief seit 1971 unter dem Namen „Woche der UdSSR“ (Dauer: 7 Tage) und wurde später – wahrscheinlich gegen Ende der 1970er Jahre – zur Veranstaltungsreihe „Tage der UdSSR“ (Dauer: 14 Tage) ausgeweitet. Die „Tage der UdSSR“ begannen regelmäßig zum 8. Mai („Befreiung vom Faschismus“) und wurde durch die Sowjetunion erheblich unterstützt, unter anderem durch die Entsendung von Würdenträgern, Künstlern, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden. Der jährlich ähnliche Programmablauf der „Tage der UdSSR“ gestaltete sich beispielsweise im Jahr 1986 folgendermaßen: Den Auftakt zum 8. Mai bildete der Westberlin-Besuch des Oberbürgermeisters der Stadt Wolgograd, der

⁴⁶ Vgl. VSB für 1982, S. 43; Material für die Konsultation zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik der SEW am 3. Dezember 1981 (von IPW, Dezember 1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Information über den „Jugendtag 82“ des Sozialistischen Jugendverbandes „Karl Liebknecht“ am 25. und 26. September 1982 in Westberlin (von Krenz an Verner, Häber und Wolfgang Herger, 28.9.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/19, Bl. 38-42.

⁴⁷ Vgl. VSB für 1984, S. 40; Material für den Meinungsaustausch mit Genossen der SEW zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik sowie zur Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 (von IPW, Mai 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED vorl. 37065; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SEW, Berlin 1984, S. 156 f.

⁴⁸ Vgl. VSB für 1986, S. 37; Information über die 9. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 22.3.1986 (von IPW, 26.3.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725.

⁴⁹ Information über den „Jugendtag 86“ am 31. Mai 1986 in Westberlin (vom FDJ-Zentralrat an Rettner), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42735.

⁵⁰ Schreiben von Häber an Joachim Herrmann vom 5.11.1980, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/98, Bl. 29 f.

⁵¹ Vgl. Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Information über den Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden der SEW, Horst Schmitt, und der ihn begleitenden Delegation des Parteivorstandes der SEW in der DDR vom 25. bis 29.10.1982 (von Westabteilung, 30.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 366.

zusammen mit seiner Delegation vom Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen empfangen wurde, und im Anschluss auf einer, unter anderem von der VVN-VdA organisierten, Kundgebung vor der Gedächtniskirche eine Ansprache hielt, zu der sich etwa 15.000 Zuhörer versammelten.⁵² Daran schloss sich die eigentliche Eröffnungsveranstaltung der „Tage der UdSSR“ im großen Saal der Hochschule der Künste mit mehr als 1.300 Teilnehmern an. Ihr folgten vom 8. bis zum 15. Mai insgesamt über 50 Veranstaltungen (Vorträge, Filmvorführungen, Folkloredarbietungen etc.), „die von der SEW gut vorbereitet und abgesichert“ und von rund 30.000 Westberlinern besucht wurden.⁵³

b) Hochschule und Wissenschaft

Die Kommunisten beteiligten sich an dem an der TU geführten „Kampf um die Umbenennung des Hauptgebäudes in Herbert-Baum-Gebäude und die Einrichtung eines Friedensinstituts“⁵⁴. Zudem nahmen sie teil an der gegen die NATO gerichteten Demonstration von über 300 Hochschulangehörigen am 1. Februar 1981, an den „Friedenswochen der Hochschulen“ (11. bis 16. November 1985) sowie an Unterschriftensammlungen, wie beispielsweise gegen die Neutronenbombe, für den Krefelder Appell, im Rahmen der Initiative „Hochschule für den Frieden“ und der Kampagne „Unsere Stadt gegen Atomwaffen“.⁵⁵ Neben diesen und weiteren Friedensaktivitäten, an denen die SEW über ihre Hochschulgruppen und die ADS zusammen mit demokratischen Gruppierungen im Umfeld der Hochschulen beteiligt war, kam es zu zahlreichen Protestaktionen auf dem Gebiet der BAföG-Umstellungen (1981/82), der „Rotstiftpolitik“ des Westberliner Senats (1981/82) und der Hochschulgesetzesänderungen (1985/1986), wobei die

⁵² Im Jahr 1985 war es beispielsweise der sowjetische Oberst Wladimir Gall, der vor der Gedächtniskirche eine Rede hielt. Als Gäste eingeladen zu dieser Kundgebung wurden regelmäßig von der SEW auch zwei Genossen der SED, zumeist von der Westabteilung bzw. IPW. Vgl. Information über den Aufenthalt einer Delegation des Parteivorstandes der SEW vom 22. bis 26.4.1985 in der DDR (von IPW, 30.4.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Schreiben von Schmitt an das ZK der SED vom 24.3.1986, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725; Schreiben von Erich Mückenberger an Honecker vom 13.2.1989, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42686; Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S. 445 f.

⁵³ Information über ein Gespräch des Genossen Gunter Rettner mit Genossen Horst Schmitt am 30. Mai 1986 (von IPW, 2.6.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 5.

⁵⁴ Material für den Meinungsaustausch mit Genossen der SEW zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik sowie zur Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 (von IPW, Mai 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

⁵⁵ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SEW, Berlin 1981, S. 97; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 20, 28; Material für die Konsultation zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik der SEW am 3. Dezember 1981 (von IPW, Dezember 1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Material für den Meinungsaustausch mit Genossen der SEW zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik sowie zur Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 (von IPW, Mai 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

Kommunisten sich stets bemühten, derartige Anklagepunkte und Misere mit ihrer fundamentalen Systemkritik und dem westlichen „Rüstungswahn“ in Beziehung zu setzen.⁵⁶

Ein Beispiel, wie die Kommunisten versuchten, „falschen Friedensauffassungen“ entgegenzuwirken, lieferte die internationale Konferenz „Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden“ vom 28. bis 30. Januar 1983 an der Freien Universität Berlin, an deren Vorbereitung prominente Persönlichkeiten Westberliner Universitäten und Hochschulen beteiligt waren und die laut SED-Bericht „mit maßgeblicher Unterstützung“⁵⁷ und auf Initiative der SEW durchgeführt wurde. Zwischen 400 und 600 Personen nahmen an der Konferenz teil. Delegationen aus 17 Ländern, darunter auch die sozialistischen Staaten, waren vertreten. Für die DDR offiziell als Referent trat Dieter Klein auf, ebenso als Redner nahm der „Friedensforscher“ Gerhard Kade teil. Auf der Konferenz, die sich mit der Verantwortung der Wissenschaftler für den Frieden beschäftigte, kam es zu DDR-kritischen Diskussionen. In einem Bericht, den die aus Ostberlin angereisten Konferenzteilnehmer gefertigt hatten, wurde festgehalten, dass durch provokative Beiträge FU-Vizepräsident Ulrich Albrecht und Johann Galtung sowie Pfütze, Krippendorf und Lenz negativ aufgefallen wären. Demnach hätte Albrecht eine Unterschriftensammlung für die in Jena inhaftierten Dissidenten angeregt.⁵⁸ Dem hätte Gerhard Kade mit dem Argument widersprochen, dass „solche politischen Aktionen einzelner Gruppen den Absichten der Tagung zuwiderlaufen.“⁵⁹ In dem Bericht hieß es weiter, dass durch die Konferenzleitung erreicht worden wäre, dass in keiner der Arbeitsgruppen eine Unterschriftensammlung realisiert wurde. Die Ostberliner Berichterstatter werteten die Konferenz insgesamt als einen Erfolg, wobei sie die Vorträge von Dieter Klein und Gerhard Kade als „konferenzbestimmend“ einschätzten. Nach eigenen Angaben war die DDR-Delegation während aller drei Tage von Manfred Feist (Leiter der Abteilung Auslandsinformation des ZK der SED) und Karl Wildberger (Mitarbeiter der SED-Westabteilung) beraten worden und hatte sich ständig mit Dietmar Ahrens von der SEW abgestimmt. Weiterhin im Bericht hieß es, dass die Konferenz von einem Kuratorium veranstaltet worden wäre, welches sich

⁵⁶ Vgl. VSB für 1981, S. 74; VSB für 1982, S. 43; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 20, 23 f. In einem SED-Bericht von 1985 heißt es beispielsweise: „Den 40. Jahrestag der Befreiung nimmt die ADS zum Anlass, neue Aktionen an den Westberliner Hochschulen zu initiieren, die den Zusammenhang von Hochrüstung und zunehmender sozialer Notlage der Studenten deutlich machen.“ Material für den Meinungsaustausch mit Genossen der SEW zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik sowie zur Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 (von IPW, Mai 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

⁵⁷ Information über den Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden der SEW, Horst Schmitt, und der ihn begleitenden Delegation des Parteivorstandes der SEW in der DDR vom 25. bis 29.10.1982 (von Westabteilung, 30.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert. Vgl. Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

⁵⁸ Vgl. Jochen Staadt: Die SED und die „Generale für den Frieden“, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 275.

⁵⁹ Zit. nach Jochen Staadt: Die SED und die „Generale für den Frieden“, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 275.

aus Wissenschaftlern der Freien Universität Westberlin zusammensetze, und dass im Sekretariat der Konferenz Mitglieder der SEW mitarbeiten würden.⁶⁰

c) Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

In den 1980er Jahren verbesserte sich für die SEW die Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen und demokratischen Gruppierungen im Hinblick auf Einzelaktionen mit sozialpolitischen Anliegen deutlich. Hierzu zählten Protestaktionen gegen Mietpreiserhöhungen, gegen Sparmaßnahmen im Gesundheitssektor⁶¹ und Demonstrationen für die Gleichberechtigung der Frau⁶². Für die Kommunisten von besonderer Bedeutung war ihre Teilnahme an Aktionen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, die insbesondere aufgrund einsetzender Entlassungswellen (AEG, Daimler, Siemens etc.) in Westberlin an Brisanz gewannen. Neben Unterschriftensammlungen, mit denen die Kommunisten traditionell ihre Solidarität gegenüber der Arbeitnehmerschaft unterstrichen, kam es darüber hinaus vermehrt zu gemeinsamen Aktivitäten, wobei das Thema Frieden wiederum eine zentrale und verbindende Rolle spielte. Beispiele waren: - das von der SEW initiierte und von der Initiative „Künstler für den Frieden“ und den AEG-Betriebsräten gemeinsam organisierte „Solidaritätsmeeting“ für „Frieden und Arbeitsplatzsicherheit“ am 30. September 1981 mit über 5.000 Personen in der Deutschlandhalle⁶³, - die unter Beteiligung der SEW von der Initiative „Künstler für den Frieden“ getragene und vom Landesbezirk des DGB unterstützte Friedensmanifestation für „Arbeitsplätze statt Raketen“ und für „atomwaffenfreie Zonen“ am 18. März 1984 mit rund 10.000 Personen in den Messehallen am Funkturm⁶⁴ sowie - die von der SEW unterstützte Aktionswoche des DGB vom 14. bis 20. Oktober 1985 unter dem Motto „keine Weltraumwaffen – Arbeitsplätze schaffen“. Darüber hinaus war die SEW an zahlreichen weiteren Einzelaktionen gegen „Sozialdemontage“, zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte und für die 35-Stunden-Woche (die Kommunisten initiierten hierzu unter anderem Solidaritätskomitees) beteiligt.⁶⁵ Zudem veranstaltete die SEW am 24. April 1982 und am 5. Oktober 1986 eine Konferenz mit Funktionären aus Westberliner Betrieben. Der Zweck dieser Arbeiterkonferenzen

⁶⁰ Vgl. Jochen Staadt: Die SED und die „Generale für den Frieden“, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 275 f.

⁶¹ Beispielsweise heißt es in einem SED-Bericht von 1987: „Erfolge konnte die Partei bei überbetrieblichen Aktionen z.B. gegen die Rotstiftpolitik des Senats im Gesundheitswesen erzielen. Im Zusammenhang mit dem ‘Bürgerbegehren gegen die Schrumpfung der Krankenhäuser der Stadt’ gewann die Partei an Ansehen. Genossen der SEW sammelten dazu die Hälfte der mehr als 200.000 Unterschriften.“ Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

⁶² Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SEW, Berlin 1984, S. 51.

⁶³ Vgl. Information über den Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden der SEW, Horst Schmitt, und der ihn begleitenden Delegation des Parteivorstandes der SEW in der DDR vom 25. bis 29.10.1982 (von Westabteilung, 30.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

⁶⁴ Vgl. Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

⁶⁵ Vgl. Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

war, die Position der SEW – die Einheit von Friedens- und Klassenkampf – der Arbeitnehmerschaft zu vermitteln und publik zu machen, um dadurch „aktionseinheitliches Handeln“ zu verstärken. An beiden Konferenzen der SEW, die „naturgemäß“ durch die Westabteilung in Form von begleitenden Konsultationen und Materialbereitstellungen unterstützt wurden, nahmen schätzungsweise jeweils rund 400 Personen teil, wobei die Mehrheit Mitglieder der SEW gewesen sein dürften.⁶⁶

d) Antifaschismus und Antiimperialismus

Aktivitäten im Bereich Antifaschismus gehörten zum zentralen und traditionellen Betätigungsfeld der SEW, die sie aufgrund zunehmender Resonanzerfolge im Zuge der Friedensbewegung ausweitete. Zu den Aktionen, an denen sich die SEW beteiligte, gehörten beispielsweise die jährliche Demonstration am 8. Mai, die Veranstaltung der Christlichen Friedenskonferenz gegen Krieg, Aufrüstung und Faschismus in der „Neuen Welt“ am 10. Mai 1980 sowie die Friedensmanifestation anlässlich des 40. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion am 27. Juni 1981 in der Philharmonie.⁶⁷ Durch die SEW initiiert und durchgeführt wurden Veranstaltungsreihen, zu denen die bereits erwähnten „Tage der UdSSR“ gehörte, Mahnwachen wie die am 10. Mai 1986 vor dem Alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Spandau⁶⁸ sowie regelmäßige Ehrungen, unter anderem für „ermordete Kämpfer gegen Faschismus, Militarismus und Krieg“ an der Gedenkstätte Plötzensee, für Ernst Thälmann, Heinz Kapelle und Werner Seelenbinder.⁶⁹

Besondere Aufmerksamkeit erlangte der traditionell von der SEW begangene Jahrestag aus Anlass der am 15. Januar 1919 ermordeten KPD-Mitbegründer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unter dem Leitmotiv „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“. Begleitet wurde diese Gedenkveranstaltung zumeist durch ein ostdeutsches Fernsehteam und einen entsprechenden Bericht im DDR-Nachrichtenmagazin „Aktuelle Kamera“. Der Demonstrationszug, an dem sich im Verlauf der 1980er Jahr zunehmend mehr Nichtkommunisten beteiligten, startete gewöhnlich am

⁶⁶ Vgl. Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Information über die Arbeiterkonferenz der SEW am 5. Oktober 1986 (von IPW, 10.10.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725; Information über ein Gespräch des Genossen Gunter Rettner mit Genossen Horst Schmitt am 30. Mai 1986 (von IPW, 2.6.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 8 f. Vgl. ergänzend die beiden nachfolgenden SEW-Broschüren: Parteivorstand der SEW (Hg.): Arbeiterkonferenz, Berlin Oktober 1983; Parteivorstand der SEW (Hg.): Arbeiterkonferenz. Für Frieden, Arbeit, Mitbestimmung, Berlin Oktober 1986.

⁶⁷ Vgl. SEW (Hg.): Wir haben es in der Hand. Materialien zum Friedenkampf, Berlin Januar 1982, S. 171 f., 181-198; Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 366, 368.

⁶⁸ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 23.

⁶⁹ Vgl. Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; Auszug aus der Information E 7894/70 (Auszug aus dem Jahresbericht 1969 der Westberliner Schutzpolizei), in: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 114-116.

Kurfürstendamm und endete mit einer Kundgebung an der Cornelius-Brücke in Tiergarten.⁷⁰ So waren am 15. Januar 1987 an der Veranstaltung zum 68. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mittlerweile über 30 verschiedene Organisationsgliederungen unter anderem der SEW, der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken, Jusos, SPD, AL, Gewerkschaften und Friedensinitiativen vertreten; insgesamt handelte es sich um rund 650 Personen.⁷¹ Im Gefolge des ansteigenden Zuspruchs hatte sich bereits ein Jahr zuvor, am 8. April 1986, ein Liebknecht-Luxemburg-Komitee gegründet, dem Mitglieder der SEW, der SPD und der Jungsozialisten angehörten und das sich das Ziel setzte, „die Errichtung eines würdigen Denkmals für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Rahmen der 750-Jahr-Feier unserer Stadt zu erreichen“⁷². Dieses Vorhaben fand mithilfe der Oppositionsparteien SPD und AL Eingang in das Berliner Abgeordnetenhaus, wo es mit Stimmen der CDU und FDP beschlossen wurde.⁷³ Im Dezember 1987 schließlich wurden die Denkmäler an der Lichtensteinbrücke auf der Südseite des Landwehrkanals (für Rosa Luxemburg) und am Nordufer des Neuen Sees (für Karl Liebknecht) enthüllt, an denen fortan der Demonstrationszug jeweils am 15. Januar Kränze ablegte.⁷⁴

e) Internationalismus

Die SEW und ihre Nebenorganisationen waren an einer Vielzahl bilateraler und multilateraler Treffen, Konferenzen und Veranstaltungen mit bzw. von Bruderparteien und -organisationen aus sozialistischen und kapitalistischen Staaten über Einzelpersonen oder Delegationen beteiligt.⁷⁵ Dass derartige internationale Inszenierungen im Rahmen der kommunistischen Weltbewegung auch aus dem Ruder laufen konnten, zeigte sich am Beispiel der Tagung des sowjetisch gesteuerten Weltfriedensrates vom 21. bis 24. Januar 1984 in Westberlin. Die Veranstaltung, deren Durchführung in den Händen des SAFIV lag und an der – neben Vertretern der SEW – Delegationen zahlreicher Organisationen aus allen Kontinenten teilnahmen, sollte die pro-

⁷⁰ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 15; Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

⁷¹ Vgl. Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 26.

⁷² Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 22.

Sprecher des Liebknecht-Luxemburg-Komitees war Andreas Bauch (Landesvorstandsmitglied der Jusos). Vgl. Niederschrift über ein Gespräch des Genossen Egon Krenz mit Andreas Bauch, Sprecher des Liebknecht-Luxemburg-Komitees Westberlin, am 17. Februar 1988 in Berlin, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/305, Bl. 140-143.

⁷³ Vgl. Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

⁷⁴ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 30.

⁷⁵ Hierzu gehörten unter anderem das Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas 1980 in Paris, die internationale Karl-Marx-Konferenz in Ostberlin 1983 und die Weltjugendfestspiele 1985 in Moskau. Für weitere internationale Veranstaltungen und Begegnungen vgl. beispielsweise Bundesminister des Innern (Hg.): Moskaus getarnte Helfer. Die Aktivitäten sowjetisch gesteuerter internationaler Einwirkungsorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1986.

sowjetische Friedenswilligkeit der Teilnehmer demonstrieren. Diese Unternehmung misslang, als Abgesandte der französischen Friedensbewegung es „wagten“, Kritik an der sowjetischen Militärpolitik zu äußern und dies vom Weltfriedensrat-Präsidenten, Romesh Chandra, und dem Vorsitzenden des sowjetischen Friedenskomitees, Juri Shukow, mit heftigen Diffamierungstiraden beantwortet wurde.⁷⁶ Zu einem weiteren ungeplanten Höhepunkt entwickelte sich auch die anschließend von Peter Gerlinghoff (Präsidiumsmitglied des WFR, Vorsitzender des SAFIV und Mitglied der SEW) geleitete Pressekonferenz. Hierbei begannen mitten in der antiamerikanischen Rede von Romesh Chandra die Mitglieder der Westberliner Initiative Frauen für den Frieden mit Spruchbändern für die Freiheit der unabhängigen DDR-Friedensgruppen zu demonstrieren, was die anwesenden Medienvertreter der Ostblockstaaten veranlasste, ihre Mikrofone und Scheinwerfer abzuschalten.⁷⁷

Weitaus unproblematischer gestaltete sich dagegen die Entsendung einer Delegation der SEW⁷⁸ für die Zeit vom 2. bis 4. Juli 1984 zur Konferenz über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) nach Stockholm, um den dort tagenden Vertretern von 35 Teilnehmerländern einen Appell zu überbringen.⁷⁹ In diesem Appell, der von der SEW auf ihrem VII. Parteitag im Mai 1984 verabschiedet worden war, wurde dazu aufgefordert, die Verhandlungen zwischen Ost und West auf der Basis der sowjetischen Vorschläge fortzusetzen. In diesem Sinne führten die SEW-Abgesandten in Stockholm auch eine Reihe von Gesprächen „mit den Vertretungen Bulgariens, der BRD, der DDR, Italiens, der Niederlande, Österreichs, der UdSSR und der USA“⁸⁰. Zur Abrundung wurde schließlich am 9. Juli 1984 noch eine internationale Pressekonferenz⁸¹ in den Räumen des Parteivorstandes der SEW einberaumt, auf der die Delegationsmitglieder über ihren Aufenthalt in Stockholm berichteten und die – nach Aussage und zur Zufriedenheit des Westberliner Kommunisten Harry Flichtbeil – „unter anderem in der auflagenstärksten bürgerlichen Zeitung ‘Berliner Morgenpost’ (Westberlin) einen bemerkenswerten

⁷⁶ Vgl. Michael Ploetz: Die Rolle des DDR-„Friedensrates“ in der SED-Kampagne, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 266; Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 370.

⁷⁷ Vgl. Bundesminister des Innern (Hg.): Moskaus getarnte Helfer. Die Aktivitäten sowjetisch gesteuerter internationaler Einwirkungsorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1986, S. 6.

⁷⁸ Die Delegation stand unter Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden der SEW Dietmar Ahrens. Weitere Delegationsmitglieder waren: Klaus Feske, Mitglied des Büros und des Sekretariats des Parteivorstandes, Monika Sieveking, Mitglied des Büros des Parteivorstandes; Günter Bahr und Detlev Reichel.

⁷⁹ Vgl. Schreiben von Schmitt an Rettner vom 6.7.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

⁸⁰ Schreiben von Harry Flichtbeil (SEW-Mitglied) an Häber vom 18.7.1984, in SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

⁸¹ Selbstverständlich wurden „nach traditioneller Ge pflogenheit“ zur Pressekonferenz wie immer auch die Vertreter der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens der DDR eingeladen. Vgl. Schreiben von Schmitt an Rettner vom 6.7.1984, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

Niederschlag fand.⁸² Die gesamte Aktion war auf ausdrücklichen „Wunsch“ der KPdSU, die sich mit ihrer „Bitte“ bereits Anfang Februar 1984 an die SEW gewandt hatte, durchgeführt worden.⁸³

Auf internationaler Bühne erzielte die SEW ihren wohl beachtenswertesten Erfolg mit ihrer Beteiligung an der Entsendung einer Delegation der Westberliner Friedensbewegung zu den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen in Genf im Februar 1986.⁸⁴ Den Ausgangspunkt hierfür bildete die Zeit Anfang 1984, als sich in der Friedensbewegung die Unterschriften- und Versammlungskampagne „Unsere Stadt gegen Atomwaffen“ entwickelte und die Forderungen erhoben wurden: „Sofortiger Atomteststopp! Keine Militarisierung des Weltraums! Beitritt von Berlin (West) zum weltweiten Städtebündnis von Hiroshima und Nagasaki! Abschaffung aller Atomwaffen!“⁸⁵ Zu den Trägern der Kampagne gehörten neben zahlreichen unterschiedlichen Gruppierungen auch die Westberliner Kommunisten.⁸⁶ Anlässlich des UNO-Friedensjahres 1986 wurde im Rahmen der Kampagne eine 14-köpfige Friedensdelegation aus den Repräsentanten der Westberliner Friedensbewegung zusammengestellt. Zu den Abgesandten gehörten der Stellvertretende SEW-Vorsitzende Dietmar Ahrens sowie der SEW-Kreisvorsitzende Harvey Gundlach. Zudem waren in der Delegation vertreten „der stellvertretende Landesvorsitzende der SPD, Dr. Norbert Meißner, und Dr. Hilde Schramm, Mitglied der Fraktion der AL im Abgeordnetenhaus, sowie weitere namhafte Persönlichkeiten der Stadt“⁸⁷. Die Friedensdelegation reiste vom 5. bis zum 8. Februar 1986 nach Genf, diskutierte dort mit Vertretern der Verhandlungsdelegationen der USA, der Sowjetunion und der UNO über die Aktionen und Forderungen der Friedensbewegung und übergab dort die bis dahin von der Kampagne

⁸² Schreiben von Harry Fliechtbeil (SEW-Mitglied) an Häber vom 18.7.1984, in SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

⁸³ Vgl. Schreiben des ZK der KPdSU an die SEW vom 6.2.1984 (dieses Schreiben lag am nächsten Honecker vor, der es an das Politbüro weiterleitete), in: SAPMO-BArch, DY 30/JI V2/20.1/5, nicht paginiert.

⁸⁴ Vgl. Information über die 9. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 22.3.1986 (von IPW, 26.3.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725.

⁸⁵ Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 374. Vgl. Schreiben von Harry Fliechtbeil (SEW-Mitglied) an Häber vom 18.7.1984, in SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; VSB für 1984, S. 40.

⁸⁶ Zu den Trägern der Kampagne gehörten unter anderm „die SEW mit ihren Nebenorganisationen und beeinflussten Gruppen, die Kreisvorstände der SPD Kreuzberg, Schöneberg und Zehlendorf, der Landesverband der Jungsozialisten in der SPD Berlin sowie kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen.“ Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 19.

⁸⁷ Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

Laut SED-Angaben setzte sich die gesamte Delegation der Kampagne „Unsere Stadt gegen Atomwaffen“ zusammen aus Norbert Meißner (Stellvertretender Landesvorsitzender der SPD und Abgeordneter), Dietmar Ahrens (Stellvertretender Parteivorsitzender der SEW), Hilde Schramm (Abgeordnete der AL), Karla Scholz (Sekretärin der Kampagne), Jörg Grigoleit (Vertreter der SPD und der Jungsozialisten in der Westberliner Friedenskoordination), Harvey Gundlach (Vertreter der SEW in der Westberliner Friedenskoordination) und Superintendent Karnetcki (Vertreter kirchlicher Friedensorgane). Vgl. Schreiben von Rettner an Axen vom 4.2.1986 (gezeichnet von Honecker am 6.2.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/117, Bl. 1 f. Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 21. Ergänzend vgl. Information über ein Gespräch mit Genossen Dietmar Ahrens am 27.9.1985 (von IPW, 30.9.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

gesammelten über 100.000 Unterschriften.⁸⁸ Im Anschuss daran erfolgten gemeinsame Auftritte der Delegationsteilnehmer in öffentlichen Versammlungen, Foren und in der Presse. Beispielsweise fand am 10. März 1986 in dem Jugendfreizeitheim „Die Brücke“ in Reinickendorf eine Diskussionsveranstaltung der dort ansässigen bezirklichen Friedensinitiative mit Vertretern der Friedensdelegation statt. An der Veranstaltung nahmen etwa 50 Personen teil. Die Diskussionsteilnehmer, unter ihnen Dietmar Ahrens, waren sich einig, dass zur weiteren Sicherung des Erfolges der Friedensbewegung die Notwendigkeit bestünde, den Druck der Öffentlichkeit auf die regierenden Politiker zu verstärken. Dass diese Übereinstimmung der SEW behagte und dass sie sich stets bemühte, der Bewegung auch weiterhin eine einheitlich einigende Richtung vorzugeben, unterstrich Ahrens zum Abschluss dieser Veranstaltung mit folgenden Worten: „Vertreter von unterschiedlichen Parteien und Weltanschauungen hätten in der Friedensbewegung gelernt, für gemeinsame Interessen einzutreten. Dies komme auch den sozialen Bewegungen unserer Stadt zugute, zumal der Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau immer deutlicher werde. Für alle erweise sich der Kampf gegen das billionenverschlingende Projekt der Weltraummilitarisierung als Schlüsselfrage.“⁸⁹

Organisationsnetzwerk der SEW

Die Rolle, die die SEW in organisatorischer und propagandistischer Hinsicht in der Friedensbewegung einnahm, war zeitweilig tonangebend.⁹⁰ Dies war umso bemerkenswerter, da die Kommunisten rein zahlenmäßig in der Friedensbewegung eindeutig eine Minderheit darstellten. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich das Gewicht der SEW in verschiedenen Gremien in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zusätzlich verstärkte. Zu dieser Zeit flaute die Friedensbewegung ab und zahlreiche andere, dort vormals aktive nichtkommunistische Friedenskräfte hatten den Rückzug angetreten.

Ein Grund für die gewichtige Stellung der SEW resultierte aus ihrer konkreten und materiellen Unterstützung, deren gesamtes Ausmaß allerdings kaum zu bemessen war. Aus der bisherigen Darstellung wurde ersichtlich, dass die Kommunisten nicht nur zahlreiche Aktionen initiierten und durchführten, sondern in vielfältiger Weise im Zusammenwirken mit anderen Friedenskräften an der Organisation von Veranstaltungen beteiligt waren. Hierzu zählte die Vermittlung von „progressiven“ Künstlern, Wissenschaftlern und Einzelpersönlichkeiten, die fallweise mithilfe der DDR oder der KPdSU unternommen wurde. Beispielsweise organisierte der Parteivorstand der SEW 1985, dass sich der sowjetische Oberst Wladimir Gall an einer Veranstaltung des Kreisvorstandes der SPD in Spandau beteiligte, an der auch Dietmar Ahrens teilnahm.⁹¹ Ebenso ließ sich den Akten entnehmen, dass – höchstwahrscheinlich durch Vermittlung der SEW – die

⁸⁸ Vgl. Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 20 f.

⁸⁹ Die Wahrheit vom 12.3.1986, zit. nach Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 21.

⁹⁰ Vgl. VSB für 1983, S. 40.

⁹¹ Vgl. Bericht über den Lehrgang für Mitglieder des Parteivorstandes und politische Mitarbeiter der SEW vom 20. bis 24.5.1985 (von IPW, 29.5.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

Friedensinitiative Schöneberg 1985 anlässlich des „Tages der Befreiung vom Faschismus“ (8. Mai) eine Studienreise nach Minsk unternahm, um dort mit Repräsentanten der Sowjetunion zu diskutieren.⁹² Weitere Unterstützungsmaßnahmen der SEW betrafen den Einsatz von Ordnungskräften, die Übernahme von Fahrer- und Kurierdiensttätigkeiten sowie die Betreuung und auch den Auf- und Abbau von Tribünen zum Teil mithilfe von Facharbeitern der Deutschen Reichsbahn. Einen enormen Umfang nahm darüber hinaus die Herstellung von Plakaten, Flugschriften und Broschüren ein, die im Druckhaus Norden hergestellt wurden. So wurde beispielsweise zur Popularisierung des sowjetischen Friedensprogramms im Frühjahr 1986 eine Informationsbroschüre mit dem Titel „Bis zum Jahr 2000: Alle Kernwaffen vernichten“ verbreitet, die in einer Auflagehöhe von 120.000 Exemplaren erschienen war.⁹³ Ein weiterer Grund dafür, dass es der SEW in nur kurzer Zeit gelang, ein anerkannter und einflussreicher Bündnispartner in der Friedensbewegung zu werden, war der von ihr betriebene personelle Aufwand, begleitet vom hohen Engagement und einer beständigen Präsenz ihrer Mitglieder. So lag häufig die SEW mit an der Spitze – so zumindest die Einschätzungen der Westabteilung – wenn es darum ging, Unterschriften für Friedensproklamationen zu sammeln.⁹⁴ Rudolf Bahro stellte mit Blick auf die DKP fest, dass sich die Kommunisten in der Friedensarbeit „häufig als die fleißigsten und geübtesten erwiesen, die immer da waren ‘wo es was zu organisieren, ein Flugblatt zu machen, ein Podium zu besetzen’ gab“⁹⁵; ähnliches ließe sich auch für die Mitglieder der SEW vermuten. Hinzu kam, dass die orthodoxen Kommunisten, im Gegensatz zu manch anderen Friedenskräften, über klare Zielvorstellungen, eine geschlossene Organisation mit verbindlicher Parteidisziplin sowie über ein erprobtes Kampagnenmanagement verfügten. Letztlich entscheidend für die Tatsache, dass es der SEW im Vergleich zu ihrer Größe gelang, einen erheblichen Einfluss in der Friedensbewegung auszuüben, war das von ihr frühzeitig aufgebaute und betriebene Netzwerk innerhalb der Friedensbewegung. Um an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, bemühten sich die Westberliner Kommunisten erfolgreich, ihre Repräsentanz über direkte und indirekte Beteiligungen an organisierenden und koordinierenden Gremien der Bewegung auszuweiten. Das Ergebnis war, dass sich im Laufe Zeit eine äußerst komplexe kommunistische Infrastruktur entwickelt hatte, wobei zu berücksichtigen war, dass Mitglieder der SEW vielfach auch unerkannt in Friedensinitiativen mitgewirkt haben dürften; bei der DKP zumindest schien dies der Fall gewesen

⁹² Vgl. Bericht über den Lehrgang für Mitglieder des Parteivorstandes und politische Mitarbeiter der SEW vom 20. bis 24.5.1985 (von IPW, 29.5.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

⁹³ Vgl. Information über die 9. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 22.3.1986 (von IPW, 26.3.1986), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42725.

⁹⁴ Vgl. Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Information über den Aufenthalt einer Delegation des Parteivorstandes der SEW vom 22. bis 26.4.1985 in der DDR (von IPW, 30.4.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

⁹⁵ Gerd Langguth: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre (Vortrag), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 594.

zu sein.⁹⁶ Das Netzwerk der Kommunisten lässt sich schematisch mit gewissen Überschneidungen in drei Bereiche unterteilen, wie im Folgenden dargestellt.

1) Die SEW war als Parteiorganisation an Gremien der Friedensbewegung über ihre Mitglieder und offizielle Vertreter direkt beteiligt:

a) Zentrale Friedenskoordination (FRIKO)

Geradezu eine Institution in der Westberliner Friedensbewegung war die Zentrale Friedenskoordination (FRIKO). Die Initiative zur Gründung der FRIKO im Herbst 1980 kam von Fritz Teppich, der in diesem Gremium die Rolle des Moderators übernahm. Teppich war ein DDR-Sympathisant.⁹⁷ Ähnlich dürfte es sich mit Michael Venedey, der ab 1982 die Funktion von Teppich übernahm, verhalten haben.⁹⁸ Schließlich ab Mitte der 1990er Jahre übernahm diese Position Eleonore von Wimmersperg, die sich bereits zuvor in der FRIKO überaus engagiert hatte und Mitglied der SEW war.⁹⁹ Die FRIKO umfasste nahezu das gesamte Spektrum der Westberliner Friedensbewegung. Zeitweilig wurde sie von schätzungsweise bis zu 180 Organisationen getragen. Darunter waren Parteien wie die AL, Kreisvorstände der SPD und die SEW mit ihren Nebenorganisationen, Gewerkschaften, Jugendverbände, Künstlervereinigungen, kirchliche Gruppen und die Bezirklichen Friedensinitiativen. Die FRIKO trat nicht selbst als Initiator von Aktionen auf, sondern war eine Art Informationsbörse, auf der sich Vertreter der beteiligten Organisationen regelmäßig trafen, um gemeinsame Aktivitäten (Ostermärsche, Veranstaltungen in

⁹⁶ Vgl. Gerd Langguth: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre (Vortrag), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 594.

⁹⁷ Fritz Teppich kämpfte als 18-Jähriger im Spanischen Bürgerkrieg „an der Seite des Stalinisten Erich Mielke“. Er war überzeugter Kommunist, wurde jedoch im Sommer 1966 aus der SED-W ausgeschlossen, weil er auf deren Parteitag im Mai Kritik am zu beschließenden Statut-Entwurf geübt und entsprechende Flugblätter an die Delegierten verteilt hatte. Er blieb dennoch seinem sozialistischen Weltbild verhaftet und engagierte sich erheblich für die Kommunisten in Westberlin. Zit. nach Moskaus Arm reicht bis Bonn. Der Osten steuert die Demonstration gegen Reagan, in: [Zeitschriftenahme unleserlich] vom 22.4.82, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 34. Vgl. die Autobiografie von Fritz Teppich: Der Rote Pfadfinder. Der abenteuerliche Weg eines Berliner Juden durch das 20. Jahrhundert, Berlin 1996. Ergänzend vgl. Carsten Heinze: Lebensgeschichte Geschichte- und Identitätskonstruktionen im Spiegel ostdeutscher Autobiographien nach 1989 am Beispiel von Fritz Teppich und Walter Janka, in: Bärbel von Borries-Pusback/Silke Wittich-Neven (Hg.): Facetten des Alterns in Europa, Sozialökonomischer Text Nr. 120, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg, Hamburg April 2005, S. 88-93.

⁹⁸ Michael Venedey (1920-2005) wuchs in Konstanz auf, wurde Lungenfacharzt und arbeitete ab 1973 in Westberlin. Er war viele Jahre Vorsitzender des Bundes Demokratischer Wissenschaftler und im Vorstand der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Mitte der 1990er Jahre kehrte er nach Konstanz zurück. Mit Unterbrechungen war er von 1999 bis 2004 als Stadtrat für die PDS/Linke Liste im Konstanzer Gemeinderat tätig. Eleonore von Wimmersperg schrieb in einem Nachruf über ihn: „Sein Protest gegen den Krieg war auch immer ein Protest gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem, das diese Verbrechen zwingend hervorbringt.“ Zit. nach Laura von Wimmersperg: Lange fremd geblieben. Zur Erinnerung an Michael Venedey, Junge Welt vom 23.11.2005, S. 13.

⁹⁹ Vgl. Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 366, 380; Frau Wimmersperg, in: Die Tageszeitung vom 28.3.2002, S. 5; Brigitte Fehrle: Friedensfreunde, in: Berliner Zeitung vom 18.5.2002, S. 3.

der Waldbühne, Stadtteilstufen etc.) zu verabreden und abzustimmen.¹⁰⁰ Offiziell machte die SEW ihren dominanten Einfluss in diesem Gremium geltend über ihren Kreissekretär Harvey Gundlach, des Weiteren über ihre Nebenorganisationen sowie die von ihr darüber hinaus beeinflussten Gremien, insbesondere den Bezirklichen Friedensinitiativen.¹⁰¹ Somit war die SEW von Beginn und jederzeit vollständig am Puls der Bewegung. Häber schrieb in seinem Bericht (Unterstreichung durch Honecker): „Alle Initiativen des in der Stadt gebildeten zentralen Koordinierungskomitees der Friedensbewegung werden mit unserer Bruderpartei abgesprochen.“¹⁰² Der weitgehende Grundkonsens der im Koordinierungszentrum zusammenarbeitenden Organisationen war das Eintreten für Abrüstung in West und Ost sowie die Verhinderung der Stationierung der US-Raketen in Westeuropa.¹⁰³ Dies entsprach tendenziell dem Anliegen der SEW, die bestrebt war, die pro-sowjetische Stoßrichtung zu stärken und dies durch entsprechende Aktionen zu manifestieren. Allerdings hatten ihre Vertreter der Einfügung des Wortes Ost nur widerwillig zugestimmt.¹⁰⁴ Die Westberliner Kommunisten gehörten mit zu den treibenden Kräften, die dazu beitrugen, dass die Anhänger des blockübergreifenden Friedensansatzes, zu denen unter anderem einige Vertreter der AL gehörten, in der FRIKO eine nur untergeordnete Rolle spielten, sich zumeist nicht durchsetzen konnten und in der Minderheit blieben.¹⁰⁵ Laut eines SED-Berichtes von Häber soll beispielsweise die SEW im Hinblick auf den anstehenden Westberlin-Besuch von Ronald Reagan 1982 erreicht haben, dass der von ihr favorisierte Demonstrationsaufruf „Die Vorbereitung auf den Atomkrieg ist Präsident Reagans Programm“ in der FRIKO mehrheitlich verabschiedet wurde. Hierbei hätten es die Genossen in Zusammenarbeit unter anderem mit der Evangelischen Studentengemeinde sowie mit den Jungsozialisten geschafft, die „Störmanöver“ – vorwiegend hervorgerufen durch Vertreter der AL, die „bei den Verhandlungen über den Demonstrationsaufruf die Frage der sowjetischen Raketen und die Probleme in Polen und Afghanistan zur Sprache

¹⁰⁰ Vgl. Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 360, 366; Fritz Teppich: Der Rote Pfadfinder. Der abenteuerliche Weg eines Berliner Juden durch das 20. Jahrhundert, Berlin 1996, S. 283-286; Information über den Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden der SEW, Horst Schmitt, und der ihn begleitenden Delegation des Parteivorstandes der SEW in der DDR vom 25. bis 29.10.1982 (von Westabteilung, 30.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

¹⁰¹ Vgl. VSB für 1982, S. 43; VSB für 1983, S. 40; VSB für 1984, S. 40; VSB für 1985, S. 42; VSB für 1986, S. 36; VSB für 1987, S. 27. Vgl. ergänzend Thomas Auerbach: Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5 (1981-1987), in: Deutschland Archiv, Nr. 3/1997, S. 374; Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 19-23; Jochen Staadt: „Gezielte Maßnahmen mit Massencharakter“. Wie der Osten die West-Berliner Proteste gegen Präsident Reagan steuerte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.5.2002, S. 1.

¹⁰² Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

¹⁰³ Vgl. Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

¹⁰⁴ Vgl. Fritz Teppich: Der Rote Pfadfinder. Der abenteuerliche Weg eines Berliner Juden durch das 20. Jahrhundert, Berlin 1996, S. 284.

¹⁰⁵ Vgl. Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Thomas Auerbach: Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5 (1981-1987), in: Deutschland Archiv, Nr. 3/1997, S. 374 f.

brachte[n]“¹⁰⁶ – zurückzuweisen.¹⁰⁷ Als einen weiteren Erfolg, der wahrscheinlich weitaus unproblematischer hatte hergestellt werden können – verbuchten die Kommunisten, dass es ihren Vertretern in der FRIKO gelungen sei, den Konsens im Appell der Kampagne „Unsere Stadt gegen Atomwaffen“ mit der Forderung „Keine Militarisierung des Weltraums“ zu erweitern und damit erneut einseitig die Verantwortlichkeit der USA im Rüstungswettlauf hervorzuheben.¹⁰⁸

b) Regionale Friedensinitiativen

In den Stadtbezirken Westberlins entstanden zu Beginn der 1980er Jahre regionale Friedensinitiativen, in der jeweils rund 25 bis 30 verschiedene Parteien und Organisationen zusammenarbeiteten.¹⁰⁹ Der Friedensinitiative Schöneberg beispielsweise gehörten „die Kreisvorstände der SEW und der SPD, der AL, der Juso, des SJV ‘Karl Liebknecht’, des DFB, die VVN, die IG Druck und Papier, die GEW, ÖTV-Betriebsgruppen, Vertreter der Fachhochschulen, des Augusta-Viktoria-Krankenhauses, des Pestalozzi-Fröbel-Hauses sowie Eltern- und Schülervertretungen, ein Fußballclub und viele Einzelpersönlichkeiten an.“¹¹⁰ Die Stellung der SEW in den bezirklichen Friedensinitiativen war einflussreich, auch weil die Westberliner Kommunisten überwiegend zu den Initiatoren und/oder Mitbegründern dieser Foren gehörten. Herbert Häber von der SED-Westabteilung hielt in einem seiner Berichte fest (Unterstreichung im Original durch Erich Honecker): „Wenn in allen Westberliner Kreisen heute regionale Friedensinitiativen bestehen, in denen Sozialdemokraten, Kommunisten, FDP-Leute, Kräfte der AL, Jugendverbände, Pfarrer, Künstler usw. zusammenarbeiten, so ist das in hohem Maße auch ein Ergebnis der Arbeit der Genossen unserer Bruderpartei.“¹¹¹ So war es beispielsweise wiederum Fritz Teppich, der bereits im Oktober 1979 in Wilmersdorf an der Gründung der ersten bezirklichen Friedensinitiative in Westberlin, der Friedensinitiative Wilmersdorf (FIW), beteiligt war.¹¹² In ihr arbeiteten unter anderem die SEW-Mitglieder Siegfried Burmester vom SAFIV und Leonore Freiin von

¹⁰⁶ Jochen Staadt: „Gezielte Maßnahmen mit Massencharakter“. Wie der Osten die West-Berliner Proteste gegen Präsident Reagan steuerte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.5.2002, Nr. 114, S. 1.

¹⁰⁷ Vgl. Zur Lage in Westberlin (von Westabteilung, Oktober 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/2, nicht paginiert.

¹⁰⁸ Vgl. Information über ein Gespräch mit Genossen Dietmar Ahrens am 27.9.1985 (von IPW, 30.9.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

¹⁰⁹ Vgl. Bericht über den Lehrgang für Mitglieder des Parteivorstandes und politische Mitarbeiter der SEW vom 20. bis 24.5.1985 (von IPW, 29.5.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

¹¹⁰ Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

¹¹¹ Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

¹¹² Vgl. Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 366, 379; Fritz Teppich: Der Rote Pfadfinder. Der abenteuerliche Weg eines Berliner Juden durch das 20. Jahrhundert, Berlin 1996, S. 284.

Wimmersperg aus der FRIKO.¹¹³ Ebenfalls ein Gründungsmitglied der FIW, der zeitweilig ihr Sprecher und Sozialdemokrat war, sagte in einem 1982 in der „Wahrheit“ veröffentlichten Interview, es sei „jetzt notwendiger denn je, mit allen Friedenskräften zusammenzuarbeiten, gerade auch mit Kommunisten“¹¹⁴. Ein anderer Fall war Kreuzberg. Dem bereits erwähnten Bericht von Häber war zu entnehmen, dass dort im Oktober 1981 auf Initiative von „Genossen“ eine bezirkliche Friedensinitiative gegründet wurde, die seitdem eine „beständige Arbeit“ leiste. Weiter schrieb Häber: „Bei diesem Friedensforum bestehen Arbeitsgruppen, die sich mit der Ausarbeitung von Argumentationen befassen, mit der Herausgabe von Flugblättern und Broschüren, mit der Durchführung von Veranstaltungen usw. Nachdem die Alternative Liste zunächst nicht vertreten war, ist es mittlerweile gelungen, auch die AL einzubeziehen, und unsere Genossen sind sehr gut bekannt mit den Bezirksverordneten der AL. Auch im Kreis Reinickendorf hat sich eine solche Friedensinitiative gebildet. Ihr ist es gelungen, an zehn Schulen des Kreises Friedenstage durchzuführen. Es wurde ein Friedensmuseum gegründet. Friedensfeste werden veranstaltet. Es wurden Unterschriften gesammelt gegen die NATO-Raketenpolitik und gegen die Neutronenbombe.“¹¹⁵

2) Die SEW nahm indirekt Einfluss über ihre Nebenorganisationen und war zum Teil über diese an Gremien und Gruppen beteiligt:

a) Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)

Die DSF, die enge Beziehungen zu ihrer Partnerorganisation in der DDR unterhielt und von dieser materiell (auch finanziell) erheblich unterstützt wurde,¹¹⁶ diente in erster Linie dazu, eine „wirksame Öffentlichkeitsarbeit zur Propagierung der Friedenspolitik der UdSSR und der sozialistischen Staatengemeinschaft durch vielfältige Veranstaltungen“ zu leisten. Die SED-Westabteilung vertrat

¹¹³ Vgl. Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 366-368.

Die Westabteilung erwähnte in einem ihrer Berichte, dass die FRIKO unter Mitwirkung der SEW entstanden sei. Eventuell bezog sie sich dabei auf die hier dargestellten Beziehungen zwischen DDR-Sympathisanten und SEW-Mitgliedern und den daraus resultierenden Querverbindungen, angefangen vom SAFIV über die FIW bis hin zur FRIKO. Vgl. Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

¹¹⁴ Die Wahrheit vom 20./21. März 1982, zit. nach Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 15.

¹¹⁵ Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

Zwei weitere Einzelbeispiele für die Zusammenarbeit der SEW im Rahmen der Friedensinitiative Tiergarten und Reinickendorf sind zu finden in: Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 16.

¹¹⁶ In einem Interview mit Katharina Riege berichtete Franz Rump (DSFW-Vorsitzender): „Die DDR-Gesellschaft hat uns immer geholfen, rein materiell [...]. Ob das Bühnendekorationen waren, ob es um die Lieferung von bestimmten Büchern, Schallplatten oder Filmen ging oder eben die Bezahlung ihrer Künstler, wie Gisela May oder Manfred Krug, die bei uns auftraten. Da war man immer sehr entgegenkommend. Das brachte uns große Entlastung.“ Katharina Riege: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003, S.443 f.

die Ansicht, dass die DSF durch ihren Klub und die Majakowski-Galerie „zu einem beachteten Faktor im kulturellen Leben der Stadt [Westberlin] geworden [war].“¹¹⁷

b) Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Verband der Antifaschisten (VVN-VdA)

Die VVN-VdA besaß für die SEW eine wichtige Bindeglied- und Multiplikatorfunktion. Dem Verband gelang es in den 1980er Jahren zunehmend leichter, über die thematische Verknüpfung von „Antifaschismus“ und „Friedenskampf“ Aktionsbündnisse mit nichtkommunistischen Gruppen zu schließen. Aufgrund dieser Resonanzerfolge entwickelte sie zahlreiche weitere Aktivitäten.¹¹⁸ Neben der Initiierung von Veranstaltungen und Kundgebungen halfen die Mitglieder der VVN-VdA bei der politischen Erziehung im SJV-KL. Häber beschrieb dies in einem seiner Berichte einmal mit folgenden Worten: „Für die ideologische Stählung der Verbandsmitglieder [des SJV-KL] hat es sich als außerordentlich nützlich erwiesen, in großem Umfang antifaschistische Widerstandskämpfer [der VVN-VdA] in den Jugendgruppen der SJV bzw. in den Klubs auftreten zu lassen.“¹¹⁹ Die VVN-VdA organisierte darüber hinaus Stadtrundfahrten zu Stätten des antifaschistischen Widerstandes in Westberlin „und Reisen zu Gedenkstätten in ehemalige Konzentrationslager der NS-Zeit.“¹²⁰ Zudem veranstalteten die Mitglieder der VVN-VdA Vorträge und Diskussionen in Schulen, Hochschulen, Jugendorganisationen, Jugendfreizeitheimen und Gewerkschaftsversammlungen.

¹¹⁷ Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

¹¹⁸ Beispielsweise unterrichtete Häber im seine Parteioberen im April 1982 darüber, „dass am 8. Mai 1982 von der VVN Westberlin gemeinsam mit der von der SPD geleiteten Vereinigung der Verfolgten sowie dem Landesjugendring Westberlin eine Kundgebung zum Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durchgeführt wird.“ Und schrieb begeistert weiter: „Ein solches Zusammenwirken hat es noch nicht gegeben.“ Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert. Vgl. zu weiteren Resonanzerfolgen: Information über ein Gespräch mit Genossen Dietmar Ahrens am 27.9.1985 (von IPW, 30.9.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065. Vgl. des Weiteren: Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 23.

¹¹⁹ Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

¹²⁰ SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SEW, Berlin 1981, S. 34.

In Bezug auf die Stadtrundfahrten der VVN-VDA hielt Häber in seinem Bericht 1982 fest: „In Reinickendorf ist eine antifaschistische Busrundfahrt eingerichtet worden. An Wochenenden werden vor allem mit Schülern und zum Teil ganzen Schulklassen Busrundfahrten zu Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandkampfes durchgeführt. Mit Unterstützung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und mit Hilfe eines SPD-Stadtrates ist erreicht worden, dass diese von der Bezirksverwaltung Reinickendorf als jugendfördernd erklärt wurde und damit finanziell unterstützt wird. Auch in anderen Westberliner Bezirken gibt es Beispiele dieser Art.“ Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

Nach SED-Schätzungen erfassten allein die Vorträge in den Schulen „jährlich etwa 15.000 bis 20.000 Jugendliche.“¹²¹

c) Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht (SJV-KL)

Der SJV-KL wurde in seiner Tätigkeit von der SED-Westabteilung als besonders erfolgreich eingeschätzt. Wie auch insbesondere die SEW und die ADS unternahm der SJV-KL viele Aktionen – unter anderem die Veranstaltung des Jugendtages – und war an zahlreichen Aktivitäten, vor allem in der Friedensbewegung, im Rahmen der bezirklichen und betrieblichen Friedensinitiativen sowie im „Kampf“ gegen Jugendarbeitslosigkeit und Mietpreiserhöhung, für die Rechte der Studenten, bei antifaschistischen und antiimperialistischen Aktionen erheblich beteiligt. Aufgrund dieses Engagements wurde der SJV-KL im Laufe der Zeit zu einem festen Bestandteil der Westberliner Jugendbewegung und unterhielt Kontakte beispielsweise zur Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken, zur Naturfreundejugend, Evangelischen Jugend, Evangelischen Industriejugend, zu den Jungen Europäischen Föderalisten, den Jusos, zum BDKJ oder aber zur „Hausinstandbesetzerszene“.¹²² Den Berichten zufolge hatte die Nachwuchsorganisation der SEW maßgeblich zur Gründung der Initiative Jugend gegen Aufrüstung (IJGA) im Jahr 1979/1980 beigetragen.¹²³ Die IJGA vereinte in der ersten Hälfte der 1980er Jahre rund 60 und in der zweiten Hälfte über 100 Organisationen, Gruppen und Einzelpersönlichkeit und stellte ein wichtiges Element in der Westberliner Friedensbewegung dar. Ebenfalls in IJGA vertreten waren die ADS. Der SJV-KL soll, so die SED-Berichte, einen „dominierenden Platz“ in der IJGA eingenommen und einen „fundamentalen Anteil an der erfolgreichen Arbeit“ dieser Jugendinitiative gehabt haben. Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangte auch der Senator für Inneres, der 1983 konstatierte, dass

¹²¹ Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Information über ein Gespräch mit Genossen Dietmar Ahrens am 27.9.1985 (von IPW, 30.9.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065.

Zeitweilig waren die Vorträge der VVN-VDA in den Schulen aufgrund der kommunistischen Prägung von der Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien (CDU) in den 1980er Jahren untersagt worden. Vgl. Wolfgang Rudzio: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988, S. 124.

¹²² Im Hinblick auf Kontakte zwischen der SED und einzelnen Jugendgruppen vgl. ergänzend: Information über Gespräche mit den Leitungen der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken und der Naturfreundejugend Westberlins sowie der Leitung des Amtes für Industrie- und Sozialarbeit der Evangelischen Kirche in Westberlin (Evangelische Industriejugend) am 7.12.1979 in Westberlin (von FDJ/Zentralrat), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/19, Bl. 24-26.

¹²³ In seinem Bericht von 1982 hielt Häber fest: „Dem Engagement unserer jungen Genossen ist es zu verdanken, dass die Initiative ‘Jugend gegen Aufrüstung’ geschaffen werden konnte und eine wirkungsvolle Arbeit leistet.“ Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert. Vgl. ergänzend dazu: Information über ein Konsultationsgespräch zur Vorbereitung der 8. Delegiertenkonferenz der FDJW (16. bis 18. Mai 1980) (von Westabteilung, 14.1.1980), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 49.

die IJGA von der SEW beeinflusst wird, wobei der SJV-KL „eine wesentliche Rolle spielt.“¹²⁴ Die IJGA war hinsichtlich Organisierung und Mobilisierung bei einer Vielzahl von Aktionen zum Teil führend beteiligt, beispielsweise bei den Friedenskonzerten vor dem ehemaligen Reichstagsgebäude, bei den Demonstrationen zum 8. Mai („Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus“) sowie anlässlich der Besuche von Haig und Reagan und der Ostermarschbewegung.¹²⁵

d) Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten (ADS)

Der ADS kam neben ihrem Engagement in der IJGA die Aufgabe zu, zusammen mit den SEW-Hochschulgruppen, den „Friedenskampf“ an den Universitäten zu forcieren. Hierzu galt es, einerseits Aktionen zu initiieren sowie andererseits zielgerichtet existierende Friedensinitiativen zu aktivieren und neue zu gründen. So sollen die Kommunisten den Anstoß für die Gründung der Initiative „Hochschule für den Frieden“ an der FU Berlin im Sommer 1980 gegeben haben.¹²⁶ Die Initiative setzte sich zusammen unter anderem aus Vertretern der SEW-Hochschulgruppen, der ADS, der Jusos, der Internationalismus-Arbeitsgemeinschaft, des Bundes demokratischer

¹²⁴ Ost-Berlin organisiert das „Friedenskonzert, in: Berliner Morgenpost vom 6.8.1983, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 16.

Für 1983 war feststellbar, dass die IJGA einen rund zehnköpfigen Sprecherkreis besaß. In diesem saßen unter anderem Vertreter der Jusos, der Evangelischen Jugend, der gewerkschaftlichen Jugendverbände, der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken sowie der zweite Vorsitzende des SJV-KL, Stephan Stein. Dass die IJGA bzw. ihr Sprecherkreis eng mit weiteren Kommunisten zusammenarbeitete und vom SEW-Apparat Unterstützung erhielt, zeigte sich beispielhaft an den Friedenskonzerten. Vgl. ebenda; Junge Union fordert Distanzierung vom „Friedenskonzert. Einer der Kontaktleute SEW-Funktionär – Er „organisiert so gut“, in: Der Tagesspiegel vom 5.8.1983, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2), Bl. 17.

¹²⁵ Vgl. Material für die Konsultation zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik der SEW am 3. Dezember 1981 (von IPW, Dezember 1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Geplante Aktivitäten im Rahmen der Ostermarschbewegung 1982 in der BRD, anderen nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 3209, Bl. 43; Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Material für den Meinungsaustausch mit Genossen der SEW zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik sowie zur Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 (von IPW, Mai 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Information über einen Meinungsaustausch mit Genossen der SEW über die Jugend- und Studentenpolitik und die Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 in Berlin (von IPW, 31.5.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Information über die 6. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 31. Mai 1985 (von IPW, 4.6.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SEW, Berlin 1987, S. 110; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 27.

¹²⁶ Vgl. Information über Eindrücke vom Pressefest der „Wahrheit“ am 28. und 29. Juni 1980 in Westberlin (von Westabteilung, 1.7.1980), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 115 f.

Wissenschaftler und der Friedensinitiativen verschiedener Fachbereiche.¹²⁷ In diesem Rahmen, berichtet Häber, sei es beispielsweise gelungen, „an allen Fachbereichen der FU Gruppen von Studenten und Wissenschaftlern zu bilden, die Seminare, öffentliche Veranstaltungen und Ausstellungen zur Verantwortung der Wissenschaftler im Kampf um den Frieden durchgeführt haben bzw. vorbereiten.“¹²⁸

e) Demokratischer Frauenbund Berlin (DFB)

Der DFB war – laut SED-Bericht von 1981 – Initiator der Initiative Frauen für den Frieden, in der sie anfänglich zusammen mit Vertreterinnen christlicher und anderer Organisationen „maßgebliche Mitarbeit“ leistete.¹²⁹ Diese Initiative, deren Gründung 1979 erfolgte, wurde zu einer äußert aktiven Interessenvertretung des blockübergreifenden Friedensansatzes mit entsprechend vielfältigen Aktivitäten, so dass die Kommunisten ihre Beteiligung daran alsbald zurückzogen haben dürften.¹³⁰ Stattdessen engagierte sich der DFB insbesondere in der Frauenkoordination für den Frieden, in der bis zu 26 verschiedene Organisationen, Gruppen, Initiativen und Parteien zusammenarbeiteten.¹³¹

3) In der Westberliner Friedensbewegung gab es weitere Gruppen, in denen die Kommunisten aktiv tätig waren:

a) Ständiger Arbeitsausschuss für Frieden, nationale und internationale Verständigung (SAFIV)

Die SAFIV war die klassische Vorfeldorganisation der SEW, die durch einige Westberliner Kommunisten verdeckt geführt wurde. Für die SEW war dieser Ausschuss in den 1980er Jahren außerordentlich bedeutsam. Seit 1961 engagierten sich dessen Anhänger in zahlreichen Aktionen für den Frieden im pro-sowjetischen Sinne. Über diese kontinuierliche Arbeit und das Engagement des Ausschusses erhielten die Westberliner Kommunisten einen sofortigen Kontakt und Einstieg in

¹²⁷ Vgl. Information zur Situation und Entwicklung der SEW (von Westabteilung, 4.5.1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert; Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Material für den Meinungsaustausch mit Genossen der SEW zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik sowie zur Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 (von IPW, Mai 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SEW, Berlin 1981, S. 97 f.

¹²⁸ Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

¹²⁹ Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert. Vgl. Information zur Situation und Entwicklung der SEW (von Westabteilung, 4.5.1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

Die hier gemeinte Westberliner Initiative Frauen für den Frieden ist nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Initiative in Ostberlin, der unter anderem Bärbel Bohley und Ulrike Poppe angehörten.

¹³⁰ Vgl. Thomas Auerbach: Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5 (1981-1987), in: Deutschland Archiv, Nr. 3/1997, S. 373 f.

¹³¹ Vgl. Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SEW, Berlin 1984, S. 129.

das Umfeld der Friedenskräfte gleich zu Beginn der Bewegung.¹³² Der Ausschuss unterhielt zum Teil intensive Beziehungen zu Friedensinitiativen, zur internationalen Solidaritätsbewegung sowie zum sowjetisch gesteuerten Weltfriedensrat und dessen Initiativen.¹³³

b) Betriebliche Friedensinitiativen

In einem SED-Bericht wurde festgestellt: „Die Genossen der SEW erreichten die Bildung von über 40 betrieblichen Friedensinitiativen, die sich auf Vertrauensleute-, körper und Belegschaftsvertretungen sowie auf namhafte Betriebsfunktionäre stützen. So bei Daimler-Benz AG, IBM, Standard-Electric-Lorenz, Schering AG, Becum, Berthold AG, Solex-Vergaserbau, im Bezirksamt Tempelhof sowie im St. Josephs- und im Wenckebach-Krankenhaus. Ein Koordinierungszentrum betrieblicher Friedensinitiativen wurde geschaffen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsames Vorgehen abzustimmen. Versuche rechter Gewerkschaftsführer, die betrieblichen Friedensinitiativen als kommunistische Unterwanderung zu diffamieren, konnten zurückgedrängt werden.“¹³⁴

c) Gruppen der „antiimperialistischen Solidaritätsbewegung“

Das Spektrum der Friedensbewegung wurde ergänzt durch Gruppierungen bzw. Projekte, die sich für die Beseitigung von Unterdrückung und Benachteiligung in den Ländern Afrikas, Amerikas und Asiens einsetzten (Dritte Welt-, Anti-Apartheid-Bewegung etc.). Die SEW engagierte sich auf diesem Gebiet, soweit dies mit der sowjetischen Doktrin vereinbar und entsprechend einer Popularisierung des „antiimperialistischen Solidaritätsgedankens“ dienlich war. Die Unterstützung der Kommunisten im Rahmen dieser „antiimperialistischen Solidaritätsbewegung“ erfolgte einerseits durch die Teilnahme an Demonstrationen sowie die Initiierung und Durchführung von Unterschriften- und Geldsammelaktionen, wie beispielsweise für die „Befreiungsbewegung“ in Nicaragua („Sandinistische Revolution“) oder gegen die Pinochet-Diktatur in Chile. Andererseits wirkten Mitglieder der SEW mit in Vereinen („Mittelamerika-Solidarität“), in Freundschaftsgesellschaften (Vietnam, Kuba etc.) und in

¹³² Ein SED-Bericht von 1984 vermerkte zum SAFIV: „Das Büro des Parteivorstandes [der SEW] beschloss im März 1983 Maßnahmen zur weiteren Entwicklung des im Dezember 1961 gebildeten ‘Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden, nationale und internationale Verständigung Westberlins’ entsprechend den neuen Erfordernissen des Kampfes. Nach wie vor kommt diesem Arbeitsausschuss, der von Persönlichkeiten, die der SEW nahestehen, geleitet wird, innerhalb der Friedensbewegung weiterhin eine bedeutende Funktion zu.“ Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert. Vgl. ergänzend: Information über der SEW nahestehende Organisationen (2.12.1975), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/510, nicht paginiert; Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 346-350.

¹³³ Vgl. Bundesminister des Innern (Hg.): Moskaus getarnte Helfer. Die Aktivitäten sowjetisch gesteuerter internationaler Einwirkungsorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1986, S. 6; VSB für 1988, S. 81; Siegfried Burmester: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002, S. 370.

¹³⁴ Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

verschiedensten Städtepartnerschaftsinitiativen („Charlottenburg – Ciudad Sandino“ (Nicaragua)).¹³⁵

d) Initiative Künstler für den Frieden

Einige Mitglieder der SEW waren in der äußerst aktiven Initiative Künstler für den Frieden vertreten. Herbert Häber zufolge gehörten dieser Initiative eine „Reihe Genossen Künstler“ an.¹³⁶ Die Initiative Künstler für den Frieden, die laut SED-Bericht durch die „Beharrlichkeit und taktische Behutsamkeit“¹³⁷ der SEW zustande kam, wurde von dieser beeinflusst.¹³⁸

e) Christliche Friedenskonferenz Westberlin (CFK Westberlin)

Als Veranstalter vieler Aktionen trat besonders die CFK Westberlin hervor. Die CFK Westberlin war eine Sektion der weltweit agierenden Prager Christlichen Friedenskonferenz (CFK), die von der Sowjetunion und weiteren Ostblockstaaten finanziell unterstützt und ideologisch beeinflusst

¹³⁵ Vgl. SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SEW, Berlin 1987, S. 232-236; Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988, S. 18 f.; Material für den Meinungsaustausch mit Genossen der SEW zu Fragen der Jugend- und Studentenpolitik sowie zur Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 (von IPW, Mai 1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Information über einen Meinungsaustausch mit Genossen der SEW über die Jugend- und Studentenpolitik und die Arbeit mit Kindern am 29.5.1985 in Berlin (von IPW, 31.5.1985), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 37065; Zu einigen Entwicklungslinien der SEW seit dem VII. Parteitag (von IPW, Mai 1987), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 42726.

¹³⁶ Vgl. Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

Nach einem seiner Aufenthalte in Westberlin, um sich um die Situation der Bruderpartei zu informieren, schrieb Häber über die Beziehungen der SEW zu Künstlern und Kulturschaffenden in seinem Bericht (Untersteichungen von Honecker): „Bei Begegnungen mit Malern, Schriftstellern, Schauspielern, Mitarbeitern von Kunstmärkten konnte ich mir einen Eindruck davon machen, dass es gute Kontakte zwischen leitenden Genossen der SEW und fortschrittlichen Künstlern gibt. Eine beachtliche Zahl solcher Künstler gehört unserer Partei an. Von Künstlern, die der SEW angehören oder ihr nahestehen, wird z. B. in Kreuzberg die Elefant-Press-Galerie betrieben. Sie ist die größte nichtstaatliche Kunstmärkte in Westberlin und leistet meines Erachtens eine hervorragende kulturpolitische Arbeit. Enge Beziehungen gibt es zwischen Genossen der SEW und den Ensembles einiger fortschrittlicher Theater. So war ich sehr beeindruckt vom Besuch einer Aufführung des Stückes ‘Henry und das große Gesetz’ in der Theatermanufaktur am Halleschen Ufer. In diesem Stück wird in einer geschickten und sehr unterhaltsamen Weise das Gesetz der kapitalistischen Ausbeutung enthüllt. Scherhaft wurde mir vom Leiter des Theaters und Autor des Stückes, Otto Konschütz, erklärt, ein namhafter Ökonomie-Professor aus einem sozialistischen Land habe ihm nach dem Besuch der Aufführung gesagt, nunmehr habe er auch endlich voll begriffen, was Karl Marx gemeint habe.“ Information zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW (von Häber, April 1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

¹³⁷ Information zur Situation in der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (von Westabteilung, 10.3.1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

¹³⁸ Vgl. Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Information zur Situation und Entwicklung der SEW (von Westabteilung, 4.5.1981), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert; Information über den Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden der SEW, Horst Schmitt, und der ihn begleitenden Delegation des Parteivorstandes der SEW in der DDR vom 25. bis 29.10.1982 (von Westabteilung, 30.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

wurde.¹³⁹ Die CFK-Westberlin, die deutlich pro-sowjetische Positionen bezog, umfasste einen Mitglieder- und Sympathisantenkreis von etwa 200 Personen.¹⁴⁰ In der CFK-Westberlin arbeitete die Pastorin Horsta Krum, die Mitglied in der SEW war.¹⁴¹

Kommunikationsstränge zwischen SEW, SED und KPdSU

In der bisherigen Darstellung wurden lediglich am Rande die Kommunikationswege zwischen der SEW, der SED und der KPdSU betrachtet. Tatsächlich gab es eine Vielzahl von Abstimmungsformen zwischen den Akteuren.

Zum ersten bestand die ohnehin permanente Verbindung zwischen der Westabteilung der SED und der Führungsspitze der SEW. So schrieb beispielsweise Häber an Schmitt im September 1981 eine Kurznachricht, in der er – wie so oft – die Berichterstattung des SEW-Parteiorgans kritisierte. Er beschwerte sich bei Schmitt, dass in der „Wahrheit“ die turbulenten Zustände – Häber sprach von „Bürgerkriegsaktionen“ – in Westberlin im Zusammenhang mit der Friedensbewegung während des Besuches von Haig nicht deutlich genug dargestellt worden wären. Man sollte vielmehr „ausargumentieren und plastischer formulieren“. Ebenso stellte er Schmitt die Frage: „Warum wurden die bedeutsamen Ausführungen von Gen. Gromyko vor der UN in der heutigen Wahrheit nur so knapp und erst auf Seite 7 wiedergegeben?“ Und gleich zu Beginn der Nachricht

¹³⁹ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 245; Hubertus Knabe: MfS und Friedensbewegung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 314; Bundesminister des Innern (Hg.): Moskaus getarnte Helfer. Die Aktivitäten sowjetisch gesteuerter internationaler Einwirkungsorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1986, S. 54-58. Zur CFK ausführlich vgl. Gerhard Lindemann: „Sauerteig im Kreis der gesamtchristlichen Ökumene“. Das Verhältnis der Christlichen Friedenskonferenz und dem Ökumenischen Rat der Kirchen, in: Gerhard Besier/Armin Boyens/Gerhard Lindemann (Hg.): Nationaler Protestantismus und Ökumenische Bewegung. Kirchliches Handeln im Kalten Krieg (1945-1990), Berlin 1999, S. 653-932.

¹⁴⁰ Vgl. Treffbericht vom 23.6.1969 (Quelle: „Eva“), in: BStU, ZA, MfS A 613/85, Bl. 105.

¹⁴¹ In der CFK-Westberlin arbeitete unter anderem das Pfarrer-Ehepaar Horsta und Ulrich Krum mit. Während die Pastorin – laut SED-Akten – Mitglied der SEW war, dürfte ihr Ehemann der SEW zumindest nahe gestanden haben. Das Ehepaar kooperierte darüber hinaus seit Mitte der 1970er Jahre in der DDR mit Johannes Klein, der sich als Beauftragter für Kirchenfragen bei der Potsdamer Bezirksverwaltung ausgab, tatsächlich aber für das MfS als „IM Freidank“ arbeitete. Das Ehepaar übergab Klein beständig umfangreiche kircheninterne Informationen; das MfS führte diesen Vorgang unter der Bezeichnung „IM Helena“. Die Pastorin Horsta Krum war Vorsitzende der reformierten Gemeinde und saß von 1979 bis 1990 im obersten Leitungsgremium der ehemaligen Westregion der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg. Über weitere Mitglieder der SEW in kirchlichen Kreisen ist nichts bekannt, allerdings lässt sich vermuten, dass die Kommunisten insbesondere im Umfeld der Evangelischen Akademie tätig gewesen sein könnten. Die Herleitung dieser Annahme beruht darauf, dass der prokommunistische Kurs des in der Evangelischen Akademie angestellten Peter Heilmann dort weitgehend auf fruchtbaren Boden fiel und von der Mehrheit der Studienleiter ohne äußeres Zutun mitgetragen wurde. Peter Heilmann war fast zwanzig Jahre in der Akademie beschäftigt, war langjähriger Studienleiter und zuletzt Leiter des Bildungswerkes. Wie seine Frau, die zeitweilig in der Akademie als Chefsekretärin tätig war, arbeitete Peter Heilmann für das MfS. Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 273-275, 288-294; Karsten Kammholz: „Ein Diener des Herrn – und ein Bote der Stasi“, in: Berliner Morgenpost vom 6.12.2007, S. 22 f.

hieß es: „Unser nächstes Treffen am Dienstag, dem 29.9.1981, kann in der Rathausstraße stattfinden.“¹⁴²

Zum zweiten erhielt die SEW Informationsschreiben der KPdSU, die generelle Handlungsvorgaben zum Inhalt hatten. Ergänzend dazu war die SEW im Rahmen ihrer Beteiligung an bilateralen und multilateralen Treffen mit Bruderparteien des Ostblocks kontinuierlich über die konkrete strategische Linie unterrichtet.¹⁴³ Dass sich die Führungsspitze der Westberliner Kommunisten darüber hinaus sehr wohl selbst über die Bedeutung des „Friedenskampfes“ im Klaren war und über den Umstand, dass das Wettrüsten nicht nur eine Gefahr für Leib und Leben, sondern für die Stabilität der realsozialistischen Länder darstellte, wurde in der Rede von Schmitt gegenüber Honecker bei einem „Freundschaftsbesuch“ Ende Oktober 1982 in der DDR deutlich. Der Protokollant hielt dessen Ausführungen folgendermaßen fest: „[Schmitt sagte:] Das Jahr 1983 ist in gewissem Sinne ein Schlüsseljahr; denn im Herbst des kommenden Jahres soll in der BRD und in anderen westeuropäischen Ländern mit der Aufstellung der neuen USA-Nuklearraketen begonnen werden. Darum müsse schon jetzt alles getan werden, um die Durchführung der Raketen-Pläne der NATO unmöglich zu machen. [...] Die Kommunisten Westberlins, so sagte Genosse Schmitt, widmen der Entwicklung der DDR stets große Aufmerksamkeit. Dabei wissen sie um die zusätzlichen Probleme, die durch die Hochrüstung der NATO und den von den USA geschürten Wirtschaftskrieg erwachsen. Um so mehr könne man die Stabilität der DDR nicht hoch genug einschätzen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Entwicklung in Polen. Genosse Schmitt bezeichnete es als ein historisches Verdienst der SED, ihrer Führung und von Genossen Honecker persönlich, dass die DDR unter den heutigen Bedingungen so sicher voranschreitet. Die SEW werde ihrerseits alles tun, um den imperialistischen Gegner in Westberlin zu binden, damit er nicht die DDR attackieren kann; jeder Tag der Stärkung der DDR ist wichtig auch für die Entfaltung der Kräfte des Friedens und des Fortschritts in Westberlin.“¹⁴⁴

Zum dritten verlief die Kommunikation vermittelt von der KPdSU über die SED zur SEW. Dies illustriert ein Schreiben des Politbüros der KPdSU an Erich Honecker am 20. April 1982. Darin wurde informiert, dass sich die USA-Administration noch nicht entschieden hätte, ob Ronald Reagan im Juni Westberlin besuchen sollte, da man eine Wiederholung der Ereignisse wie vom September 1981, „als Haig von einer antiamerikanischen Massendemonstration empfangen wurde“, befürchtete. Es wäre sinnvoll, hieß es weiter, „den Plänen eines Besuches von Reagan in Westberlin entgegenzuwirken. Angesichts der unter der Bevölkerung Westberlins, insbesondere der Jugend, weit verbreiteten Unzufriedenheit mit der Politik der derzeitigen amerikanischen Administration wäre es wünschenswert, die Möglichkeiten unserer Freunde aus der SEW zu nutzen, um für den Fall einer Reise Reagans nach Westberlin in der Stadt breite Protestaktionen gegen den friedensgefährdenden abenteuerlichen Kurs der USA vorzubereiten.“ Im Schreiben der

¹⁴² Schreiben von Häber an Schmitt vom 24.9.1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26712.

¹⁴³ Vgl. Schreiben des ZK der KPdSU an SEW (vom 19.9.1983, 17.11.1983, 6.2.1984 und vom 9.1.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/20.1/5, nicht paginiert; Schreiben von Häber an Honecker vom 2.12.1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/511, nicht paginiert.

¹⁴⁴ Information über den Freundschaftsbesuch des Vorsitzenden der SEW, Horst Schmitt, und der ihn begleitenden Delegation des Parteivorstandes der SEW in der DDR vom 25. bis 29.10.1982 (von Westabteilung, 30.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/18, nicht paginiert.

sowjetischen Parteiführung wurde zudem die Überlegung angestellt, für dieses Vorhaben auch die in Westberlin tätigen „Genossen“ aus der Kommunistischen Partei der Türkei heranzuziehen, entsprechende Gespräche wären geplant. Die SED wurde aufgerufen, ihrerseits unter Ausnutzung der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten Schritte zu unternehmen, „um den Plänen, einen Besuch Reagans in Westberlin zu organisieren, entgegenzuwirken.“ Insgesamt erhoffte sich die KPdSU: „Wenn es den demokratischen Kräften in der Stadt gelingen würde, die Vorbereitung zu antiamerikanischen Aktionen auf breiter Basis zu entfalten, dann könnte das die USA veranlassen, von einem Besuch in Westberlin Abstand zu nehmen, oder es würde zumindest der politische Propagandaeffekt eines solchen Besuches zunichte gemacht.“¹⁴⁵

Wie schon zu Beginn dieses Kapitels erwähnt, erfolgte in den folgenden Wochen im Rahmen der FRIKO und unter Mit- und Einwirkung der SEW die Organisation der gegen Reagan gerichteten Demonstration, an der sich am 10. Juni 1982 rund 100.000 Westberliner beteiligten. Einen gewissen Anteil an diesem Mobilisierungserfolg dürfte darüber hinaus auch das MfS gehabt haben.¹⁴⁶

Eine vierte Form der gegenseitigen Abstimmung vollzog sich in „Sonderkonsultationen“ zwischen hohen Spitzenfunktionären der vier Bruderparteien KPdSU, SED, DKP und SEW, was im Folgenden anhand der „Problematik“ des blockübergreifenden Friedensansatzes zum Abschluss nochmals eingehender veranschaulicht wird.¹⁴⁷

Blockübergreifender Friedensansatz im Visier der Kommunisten

Neben zahlreichen anderen Personen und Organisationen im In- und Ausland, die von Staaten des Ostblocks als „Spalterkräfte“ der Friedensbewegung eingeschätzt und deshalb von deren Geheimdiensten bekämpft wurden wie beispielsweise die Russel-Peace-Foundation, stand in Westberlin vor allem der „Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa“ (im Folgenden: Arbeitskreis) im Visier der Kommunisten.¹⁴⁸ Der Arbeitskreis, hauptsächlich bestehend aus Grünen, Alternativen, Unabhängigen und SPD-Mitgliedern, war im April 1981 gegründet worden und arbeitete eng mit der Russel-Peace-Foundation zusammen. Er umfasste rund 20 aktive Mitglieder (Stand: Oktober

¹⁴⁵ Jochen Staadt: „Gezielte Maßnahmen mit Massencharakter“. Wie der Osten die West-Berliner Proteste gegen Präsident Reagan steuerte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.5.2002, Nr. 114, S. 1.

¹⁴⁶ Vgl. In einer mit „Streng geheim“ betitelten Information des MfS vom 3.9.1982 heißt es: „Auf der Grundlage eines gemeinsamen Planes der aktiven Maßnahmen wurden 1981/82 Maßnahmen in folgenden Hauptrichtungen durchgeführt: [...] 3. Im Zusammenhang mit dem Europa-Besuch des US-Präsidenten Reagan wurden gezielte Maßnahmen mit Massencharakter in der BRD und in Westberlin politisch und organisatorisch mitorganisiert und gestaltet.“ MfS-Information vom 3.9.1982, in: BStU, ZA, MfS ZAIG 5171, Bl. 111 f.

¹⁴⁷ Vgl. Hans-Peter Müller: Die Friedensbewegung im politischen Kalkül der sowjetischen Außenpolitik 1977-1979, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 106.

¹⁴⁸ Vgl. Hubertus Knabe: MfS und Friedensbewegung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 323; Thomas Auerbach: Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5 (1981-1987), in: Deutschland Archiv, Nr. 3/1997, S. 369-377.

1982); zu seinen Initiatoren zählten unter anderem Rudolf Steinke (SPD-Mitglied) und Jürgen Graalfs (AL-Mitglied).¹⁴⁹

Unter der Schirmherrschaft der internationalen Liga für Menschenrechte initiierte der Arbeitskreis einen Friedenskongress zum Thema „Alternativen europäischer Friedenspolitik“, der am 23. bis 25. Oktober 1981 in Westberlin stattfand. Abgesehen von den bereits erwähnten politischen Kräften des Arbeitskreises fand der Kongress zudem Unterstützung aus den Reihen der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken und der GEW. Prominente Teilnehmer waren beispielsweise der Berliner SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel, Bahro von der Russel-Peace-Foundation, Bartels vom kirchlichen Friedensrat der Niederlande, der norwegische Konflikt- und Friedensforscher Galtung, die Theologieprofessorin Sölle, der Präsident des französischen Friedenrates Bourdet und der ehemalige Bundeswehrgeneral Bastian. Das Ziel des Kongresses war, die Friedensdiskussion auf europäischer Basis zu verbreitern und eine Friedens- und Abrüstungskonferenz („Europäischer Friedenskongress“)¹⁵⁰ in Zusammenarbeit mit der Russel-Peace-Foundation für das Jahr 1983 in Westberlin vorzubereiten. Die Veranstalter bzw. Anhänger des Kongresses betonten, wie wichtig es sei, den Blick auf die Anliegen der osteuropäischen Friedensbewegung zu richten. Die Kongressbeteiligte und AL-Abgeordnete Jänicke argumentierte: „Die alte Friedensbewegung habe ihre Schwäche darin, dass sie die Sowjetunion von der Kritik ausgenommen hätte, die neue Friedensbewegung habe an Glaubwürdigkeit gewonnen, weil sie beide Supermächte konsequent kritisierte.“¹⁵¹

Die Kommunisten fassten dies als eine Kampfansage auf. Im Vorfeld des Kongresses hatte Häber dem Parteivorsitzenden Schmitt einen Brief mit Handlungsanweisungen geschickt. Zur Unterminierung und auch um Verwirrung zu stiften, sollten sich – so war zumindest geplant – SEW-Mitglieder in der Eröffnungsdiskussion des Kongresses unters Publikum mischen und die Veranstalter mit Fragen konfrontieren wie: „Was sagen Sie zur These von Reagan, man könne einen Atomkrieg auf Europa begrenzen, also die Europäer verheizen, während die USA außer Gefahr bleibt? [...] Was sagen sie dazu, dass der Vorschlag der Sowjetunion, in der UN eine Vereinbarung über den Verzicht auf den atomaren Erstschlag abzuschließen, von den USA und den anderen NATO-Staaten abgelehnt wird?“¹⁵² Ebenfalls im Schreiben von Häber enthalten war noch ein Hinweis im Umgang mit dem an der Konferenz teilnehmenden ehemaligen Bundeswehrgeneral Gerd Bastian: „Es ist zu begrüßen, wenn darauf geachtet wird, dass General

¹⁴⁹ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 258; Udo Baron: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“, Münster 2003, S. 153; Thomas Auerbach: Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5 (1981-1987), in: Deutschland Archiv, Nr. 3/1997, S. 371.

¹⁵⁰ Der Europäische Friedenskongress in Westberlin trug auch die Bezeichnung „2. Konferenz [bzw. Konvent] für europäische atomare [bzw. nukleare] Abrüstung“. Er war Teil einer Veranstaltungsreihe der von der Russel-Peace-Foundation mitinitiierten END-Bewegung (Bewegung für europäische nukleare Abrüstung). Die Kongresse wurden von 1982 bis 1992 alljährlich in verschiedenen Orten Westeuropas durchgeführt. Näheres zur END-Bewegung vgl. beispielsweise Hans-Peter Müller/Michael Ploetz: Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster 2004, S. 315.

¹⁵¹ Friedenskongress in Berlin. Diskussionseröffnung mit Hans Jochen Vogel (SPD) und Bahro in der TU, in: Der Tagesspiegel vom 20.10.1981, S. 10.

¹⁵² Schreiben von Häber an Schmitt vom 20.10.1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26712.

Bastian während seines Aufenthaltes in Westberlin Gelegenheit erhält, mit den echten Kräften der Friedensbewegung [(gemeint waren die Kommunisten und die so genannten progressiven Friedenskräfte)] zusammenzutreffen, die sich um ihn bemühen und dass er nicht von Leuten dieser ‘Menschenrechts-Liga’ als ihr Guest oder gar als ihr Star missbraucht werden kann. Im Übrigen bis übermorgen“¹⁵³.

Zu den „echten Kräften“ dürfte Häber vielleicht auch den Landesverband der Jungsozialisten und die FRIKO gezählt haben, denn beide Organisationen standen dem Kongress äußerst kritisch gegenüber und verweigerten ihre Beteiligung. Den Veranstaltern warfen sie vor, die Friedensbewegung zu spalten, weil der Kongress über den Grundkonsens, lediglich den NATO-Nachrüstungsbeschluss zu kritisieren, hinausgehen wolle.¹⁵⁴ Die SED registrierte dies mit Genugtuung und stellte darüber hinaus im Oktober 1982 fest, „dass die Kräfte in der Friedenskoordination die Absichten, die mit einem ‘Europäischen Friedeskongress 1983 in Westberlin’ verfolgt werden, durchschaut haben und diese Machenschaften boykottieren, verurteilen und aktiv dagegen auftreten.“¹⁵⁵

Der Europäische Friedeskongress, der unter Mitwirkung des Arbeitskreises und der Russell-Peace-Foundation organisiert wurde, fand vom 9. bis 14. Mai 1983 in Westberlin statt. Schon im Vorfeld des Kongresses zeichnet sich ab, dass das Anliegen der Veranstalter, die Friedensbewegung für einen blockübergreifenden Ansatz zu öffnen, nicht umsetzbar war. Ein Grund dafür war, dass bereits während der Kongressvorbereitungen unter den teilnehmenden Gruppen und Personen Auseinandersetzungen und Unstimmigkeiten bestanden; kontrovers blieben insbesondere die Fragen, welche Haltung zur Friedensbewegung in den sozialistischen Ländern und zu den Menschenrechtsfragen im Ostblock eingenommen werden sollte. Dies führte dazu, dass zum Teil ursprünglich an der Konferenz interessierte Organisationen absagten oder lediglich Beobachterstatus einnahmen. Verstärkt wurde die Dissonanz und einhergehende Verwirrung zudem dadurch, dass sich die FRIKO von Anfang an scharf vom Europäischen Friedeskongress abgrenzte und eine Beteiligung ablehnte. Zusätzlich zur Unterminierung trug schließlich noch die SEW bei, deren Planungen darauf hinaus liefen, einen umfangreichen Veranstaltungsreigen im Rahmen der Westberliner Friedensbewegung während der Zeit des Kongresses abzuhalten – quasi als Gegen- und Ablenkungsaktion.¹⁵⁶

Trotz dieser bereits stark eingeschränkten Erfolgsaussichten des Europäischen Friedeskongresses gaben sich die Kommunisten damit noch nicht zufrieden. Neben der Sorge um

¹⁵³ Schreiben von Häber an Schmitt vom 20.10.1981, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 26712.

¹⁵⁴ Vgl. Friedeskongress in Berlin. Diskussionseröffnung mit Hans Jochen Vogel (SPD) und Bahro in der TU, in: Der Tagesspiegel vom 20.10.1981, S. 10.

¹⁵⁵ Zur Situation und Entwicklung der SEW seit dem VI. Parteitag im Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker u. PB, 23.10.1982), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

¹⁵⁶ Vgl. Hans-Peter Müller/Michael Ploetz: *Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss*, Münster 2004, S. 330-334; Information über die zweite interne Konsultation zwischen Vertretern der KPdSU, der DKP, der SEW und der SED zu Fragen der Friedensbewegung (14. April 1983 in Berlin) (von SED-Abteilung Auslandsinformation, 18.4.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl. 97-109; Vorstellungen für die inhaltlichen Schwerpunkte der Veranstaltung des „Deutschen Beirates“ und der Abschlussveranstaltung zur „2. Konferenz für europäische atomare Abrüstung“ in Westberlin“ (von MfS, 6.5.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl.34 f.

unerwünschte Kontakte zu unabhängigen Friedensgruppen in Osteuropa, die im Rahmen des Kongresses befördert werden könnten, ging es ihnen um einen, auch künftig möglichst stabilen Einfluss auf die Zielausrichtungen der Friedensbewegung. Um keinen Preis sollte deshalb der blockübergreifende Friedensansatz ein Chance bekommen, sich durchzusetzen.

In Vorbereitung auf den anstehenden Europäischen Friedenskongress und hinsichtlich eines koordinierten Vorgehens trafen sich die Spitzenvertreter der vier Bruderparteien KPdSU, SED, SEW und DKP zu Sonderkonsultationen und weiteren Absprachen. Eines dieser internen Treffen, an dem unter anderem Wadim Sagladin (KPdSU), Karl-Heinz Schröder (DKP), Horst Schmitt (SEW), Manfred Feist (Leiter der Abteilung Auslandsinformation des ZK der SED) und Karl Wildberger (Mitarbeiter der SED-Westabteilung) teilnahmen, ereignete sich im Zuge der zeitgleich stattfindenden Karl-Marx-Konferenz in Ostberlin am 14. April 1983.¹⁵⁷ Die darüber erhalten gebliebene, dreizehnseitige Protokollmitschrift spiegelt die einhellige Einschätzung der Diskussionsteilnehmer wider. Das Dokument enthält eine grundsätzliche Lageeinschätzung der Friedensbewegung sowie geplante, abgestimmte und arbeitsteilige Vorgehensweisen der Bruderparteien im Hinblick auf den in Westberlin stattfindenden Europäischen Friedenskongress, die im Wesentlichen folgende waren:

- Die Öffentlichkeitsarbeit für die im Juni 1983 anstehende Prager Weltversammlung, die vom kommunistisch beeinflussten Weltfriedensrat inszeniert wurde, sollte nach Ansicht der Vertreter der Bruderparteien verstärkt werden.¹⁵⁸ Dies wäre erforderlich, um die bislang unbefriedigende Teilnehmerzahl bedeutender westlicher Antikriegsbewegungen zu steigern sowie, so Sagladin, „um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, dass der Westberliner Konvent [(gemeint war der im Mai 1983 stattfindende Europäische Friedenskongress)] die entscheidende Veranstaltung der Friedensbewegung sei oder Westberlin gar als Zentrum einer neuen Friedensbewegung in Erscheinung tritt.“¹⁵⁹ Die SEW erbat sich in diesem Zusammenhang für die entsprechende Propagandaarbeit Unterstützung durch die sozialistischen Länder (Korrespondenzen, Interviews usw.).

¹⁵⁷ Bereits einige Monate zuvor, am 5. Oktober 1982, hatte in Ostberlin ein Treffen zwischen Vitalij Schaposchnikow, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Manfred Feist und Vertretern der DKP und der SEW stattgefunden, um eine gemeinsam abgestimmte Haltung hinsichtlich des für Mai 1983 in Westberlin anberaumten „II. Europäischen Friedenskongresses“ zu entwickeln. Näheres dazu vgl. Karl-Heinz Schmidt: Die westdeutsche Friedensbewegung in der Strategie von KPdSU und SED (Vortrag), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 586-588; Hans-Peter Müller/Michael Ploetz: Ferngelekte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster 2004, S. 321 f.

¹⁵⁸ Die „Weltversammlung für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg“ des WFR setzte die Tradition der kommunistisch gesteuerten „Weltfriedenkongresse“ fort und fand vom 21.-26. Juni 1983 in Prag statt. Vgl. Bundesminister des Innern (Hg.): Moskaus getarnte Helfer. Die Aktivitäten sowjetisch gesteuerter internationaler Einwirkungsorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1986, S. 19 f.

¹⁵⁹ Information über die zweite interne Konsultation zwischen Vertretern der KPdSU, der DKP, der SEW und der SED zu Fragen der Friedensbewegung (14. April 1983 in Berlin) (von SED-Abteilung Auslandsinformation, 18.4.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl. 108.

- Neben der grundsätzlichen Stoßrichtung, die USA als Sündenbock für das Wettrüsten anzuprangern, gab Sagladin den Bruderparteien die aktuellen Hauptlösungen der Sowjetunion bekannt. Die SEW und DKP durften jetzt in ihrem Friedenskampf mit den Forderungen werben:
 1. Keine neuen Kernwaffen in Europa (diese Formulierung akzeptierte die Sowjetunion sogar mit dem Zusatz „weder in Ost noch West“); 2. Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion bis zu positiven Ergebnissen; 3. Während der Verhandlungen keine einseitigen Veränderungen im militärischen Gleichgewicht. Sagladin war überzeugt, dass diese Forderungen von der Friedensbewegung positiv aufgenommen würden und sich damit zugleich weitere zu erwartende „demagogische Manöver“¹⁶⁰ der Reagan-Administration kontern ließen.
- Dem Vorschlag von Schmitt, „eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der vier Bruderparteien zu bilden, die sich täglich mit der Auswertung und Einschätzung des Konvents [(gemeint war der Europäische Friedenskongress)] beschäftigt und die notwendigen Maßnahmen für die operative Einwirkung abstimmt“¹⁶¹, wurde zugestimmt. Sagladin bat hierzu die SED zu prüfen, „ob diese Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit in der Hauptstadt der DDR durchführen“¹⁶² könnte. Darüber hinaus kündigte Sagladin an, dass die Sowjetunion die SEW bei den von ihr vorgesehenen Veranstaltungen in Westberlin „durch versierte politische Funktionäre [...], die in der Lage sind, an Foren, Podiumsgesprächen, Vorträgen usw. teilzunehmen und die Friedenspolitik der Sowjetunion überzeugend darzulegen“¹⁶³, unterstützen werde. Ebenso sollte der SEW Hilfe gewährt werden im Hinblick auf die Förderung von Kontakten zwischen der russisch-orthodoxen Kirche der Sowjetunion und interessierten Westberliner-Kreisen, um dadurch „die Einflussnahme auf religiös gebundene Kräfte der Friedensbewegung zu verstärken“¹⁶⁴.
- Die Planungen der SEW und der DKP sahen als nächsten Schritt vor, „in geeigneter Weise ihren Standpunkt zu diesem Konvent [(gemeint war der Europäische Friedenskongress)] in der Öffentlichkeit darzulegen.“¹⁶⁵ Die Polemik, so Schmitt, „werde so geführt, dass keine Isolierung von positiven Kräften erfolge, aber die ganze Widersprüchlichkeit der Aktion [(gemeint war der Europäische Friedenskongress)] und die davon ausgehenden Gefahren für die Friedensbewegung

¹⁶⁰ Information über die zweite interne Konsultation zwischen Vertretern der KPdSU, der DKP, der SEW und der SED zu Fragen der Friedensbewegung (14. April 1983 in Berlin) (von SED-Abteilung Auslandsinformation, 18.4.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl. 107.

¹⁶¹ Information über die zweite interne Konsultation zwischen Vertretern der KPdSU, der DKP, der SEW und der SED zu Fragen der Friedensbewegung (14. April 1983 in Berlin) (von SED-Abteilung Auslandsinformation, 18.4.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl. 105.

¹⁶² Information über die zweite interne Konsultation zwischen Vertretern der KPdSU, der DKP, der SEW und der SED zu Fragen der Friedensbewegung (14. April 1983 in Berlin) (von SED-Abteilung Auslandsinformation, 18.4.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl. 108.

¹⁶³ Information über die zweite interne Konsultation zwischen Vertretern der KPdSU, der DKP, der SEW und der SED zu Fragen der Friedensbewegung (14. April 1983 in Berlin) (von SED-Abteilung Auslandsinformation, 18.4.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl. 107.

¹⁶⁴ Information über die zweite interne Konsultation zwischen Vertretern der KPdSU, der DKP, der SEW und der SED zu Fragen der Friedensbewegung (14. April 1983 in Berlin) (von SED-Abteilung Auslandsinformation, 18.4.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl. 107.

¹⁶⁵ Information über die zweite interne Konsultation zwischen Vertretern der KPdSU, der DKP, der SEW und der SED zu Fragen der Friedensbewegung (14. April 1983 in Berlin) (von SED-Abteilung Auslandsinformation, 18.4.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl. 106.

deutlich gemacht werden. In diesem Sinne sollen auch befreundete Kräfte, Vertreter von Religionsgemeinschaften usw. zu Wort kommen.“¹⁶⁶

- Sagladin stellte heraus, dass sich die sozialistischen Staaten wie bisher unter „keinen Umständen“ am Europäische Friedenskongress offiziell beteiligen werden. Um keine Publizität zu erzeugen, sollten die Medien des Ostblocks – im Gegensatz zu den Bruderparteien SEW und DKP – keine Polemik mit dem Kongress führen, sondern stattdessen „vor allem die positiven Aktionen der Friedenskräfte der kapitalistischen Welt [...] und] besonders die Aktionen in Westberlin“¹⁶⁷ zur Zeit des Kongresses propagieren.

- Schmitt gab bekannt, dass sich die SEW mit der DKP hinsichtlich ihres Auftretens und Wirkens bezüglich des Kongresses bereits abgesprochen hätte. Mit Hilfe einer bedachten Zahl von „verbündeten Kräften“, die keineswegs hochrangig sein sollten, um die Veranstalter nicht noch aufzuwerten, wollten SEW und DKP gewährleisten, dass ihre Positionen dargelegt und antikommunistische Ausfälle zurückgewiesen werden. Darüber hinaus war es vor allem das Bestreben der DKP, auf solche Persönlichkeiten einzuwirken, die der Veranstaltung skeptisch gegenüberstanden, aber wahrscheinlich dennoch an ihr teilnehmen wollten; gemeint waren hiermit beispielsweise Kelly, Bastian und Lafontaine. Diese „Leute“ wollte die DKP dahingehend bestärken, dass sie die von ihnen „bejahte Schlüsselfrage der Friedensbewegung, die Raketenfrage, auch als die dominierende Frage auf dem Konvent [(gemeint war der Europäische Friedenskongress)] aufwerfen und sich gegen Positionen wenden, die den einigenden Nenner der [...] Antikriegsbewegung verlassen bzw. entstellen.“¹⁶⁸ Ergänzend hierzu berichtete Feist, dass die SED ihrerseits bereits entsprechende Gespräche „mit Friedensbewegungen bzw. Bruderparteien in den Niederlanden, in Dänemark, Schweden und Finnland“ führen und ihre Kontakte in diesem Sinne weiter nutzen würde.

Abgesehen von diesem umfangreichen Maßnahmenkatalog war auch das MfS in Bezug auf die Bekämpfung des blockübergreifenden Friedensansatzes von Beginn an stark involviert. Bereits Anfang der 1980er Jahre wurde der Arbeitskreis als „Feindobjekt“ eingestuft und seitdem als „Operativ-Vorgang“ (OV) bearbeitet. Entsprechend verhielt es sich mit dem vom Arbeitskreis mitorganisierten Europäischen Friedenskongress (MfS-Bezeichnung: OV „Kongress“), wobei sich das MfS in seinen Handlungen auch an den Einschätzungen und Vorgehensweisen der beiden Bruderparteien SEW und DKP orientierte.¹⁶⁹ Hierbei zum Einsatz kamen unter anderem die

¹⁶⁶ Information über die zweite interne Konsultation zwischen Vertretern der KPdSU, der DKP, der SEW und der SED zu Fragen der Friedensbewegung (14. April 1983 in Berlin) (von SED-Abteilung Auslandsinformation, 18.4.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl. 104 f.

¹⁶⁷ Information über die zweite interne Konsultation zwischen Vertretern der KPdSU, der DKP, der SEW und der SED zu Fragen der Friedensbewegung (14. April 1983 in Berlin) (von SED-Abteilung Auslandsinformation, 18.4.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl. 108.

¹⁶⁸ Information über die zweite interne Konsultation zwischen Vertretern der KPdSU, der DKP, der SEW und der SED zu Fragen der Friedensbewegung (14. April 1983 in Berlin) (von SED-Abteilung Auslandsinformation, 18.4.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl. 106.

¹⁶⁹ Vgl. Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001, S. 258.

inoffiziellen Mitarbeiter (IM) „Edith“, „Franz“, „Funke“, „Jürgen“, „Ulli“ und „Walter Rosenow“.¹⁷⁰ Das MfS unterstützte die SED, die SEW und DKP, indem es versuchte, einerseits die „Spalterkräfte“ zu isolieren sowie andererseits das Überschwappen der Friedensbewegung in die DDR zu verhindern. Grundlage dessen war eine weit reichend durchgeführte „Aufklärung“ über den Hintergrund und die Absichten von der vom MfS als „opportunistisch“, „feindlich“ oder „subversiv“ abklassifizierten Personen und Gruppen.¹⁷¹

Einen Eindruck über das Wissen des MfS illustriert folgende geheime Mitteilung, die einige Wochen vor Beginn des in Westberlin stattfindenden Europäischen Friedenskongresses vermutlich auf der Grundlage von Aussagen eines IM gefertigt wurde. Darin kündigte der Informant an, dass einige Konferenzteilnehmer (wahrscheinlich aus christlichen Kreisen) bestrebt wären, „mit unterschiedlichen Friedensgruppen in der DDR Kontakt aufzunehmen. Um diese Bestrebungen zu kanalisieren“, hieß es weiter, wäre „durch einen Vertreter der Westberliner Friedenskoordination [FRIKO] Verbindung mit dem Generalsekretär des Friedensrates der DDR, [Werner] Rümpel, aufgenommen worden“, der zugesichert hätte, „dass Partner aus christlichen Friedensgruppen der DDR für solche Gespräche zur Verfügung stehen würden.“ Einschränkend wurde aber auch darauf hingewiesen, „dass sich einige Teilnehmer der Westberliner Konferenz nicht mit solchen „gelenkten Kontakten“ zufrieden geben und versuchen würden, „auf eigene Faust in die Hauptstadt der DDR einzureisen, um sich mit Vertretern der sog. unabhängigen Friedensbewegung der DDR zu treffen.“¹⁷² Tatsächlich kam es dazu, dass „sich eine größere Gruppe von westeuropäischen Pazifisten in den Wohnung von Ulrike und Gerd Poppe [in Ostberlin] mit Vertretern der staatsunabhängigen DDR-Friedensbewegung traf“¹⁷³.

Neben der Informationsbeschaffung führte das MfS weitere „aktive“ Maßnahmen durch. Hierzu gehörte beispielsweise, dass es im Zusammenhang mit dem OV „Kongress“ gezielte Entscheidungen darüber traf, wer in die DDR einreisen durfte.¹⁷⁴ Des Weiteren, um die Konferenz zu unterminieren, brachte das MfS das Gerücht in Umlauf, dass ein Mitglied des Arbeitskreises und

¹⁷⁰ Vgl. Vorstellungen für die inhaltlichen Schwerpunkte der Veranstaltung des „Deutschen Beirates“ und der Abschlussveranstaltung zur „2. Konferenz für europäische atomare Abrüstung“ in Westberlin“ (von MfS, 6.5.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl.34 f.; Maßnahmenplan zur Weiterbearbeitung personeller Schwerpunkte im OV „Kongress“ (von MfS/Hauptabteilung XX/5, 28.7.1983), in: BStU, ZA, MfS AOP 7013/85, Bl.118-123; Hubertus Knabe: MfS und Friedensbewegung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 322-324.

¹⁷¹ So heißt es beispielsweise im Maßnahmenplan des MfS zum OV „Kongress“: [...] – Operative Kontrolle der X im ‘Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa’ durch IM ‘Franz’ [...] – Anschleusen des IM ‘Edith’ [...] durch Mitarbeit in der AG ‘Frauen für den Frieden’ [...] [usw.]“ Maßnahmenplan zur Weiterbearbeitung personeller Schwerpunkte im OV „Kongress“ (von MfS/Hauptabteilung XX/5, 28.7.1983), in: BStU, ZA, MfS AOP 7013/85, Bl.119.

¹⁷² Bestrebungen westeuropäischer Friedensbewegungen zu Kontaktaufnahmen in die DDR anlässlich der 2. Konferenz für europäische atomare Abrüstung vom 9.-14.5.1983 in Westberlin (von MfS, 25.4.1983), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 7164c, Bl. 33.

¹⁷³ Michael Ploetz: Die Rolle des DDR-„Friedensrates“ in der SED-Kampagne, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 265.

¹⁷⁴ Vgl. Maßnahmenplan zur Weiterbearbeitung personeller Schwerpunkte im OV „Kongress“ (von MfS/Hauptabteilung XX/5, 28.7.1983), in: BStU, ZA, MfS AOP 7013/85, Bl. 123.

Organisator der Konferenz Geld vom CIA bekäme. „Tatsächlich wurde diese Desinformation, unter anderem von dem Politiker der Alternativen Liste (AL), Dirk Schneider, den das MfS als IM ‘Ludwig’ führte, wiederholt über den Westberliner Arbeitskreis um Rudolf Steinke kolportiert.“¹⁷⁵ Darüber hinaus und in besonderer Härte konzentrierte sich das MfS auf die „Bearbeitung“ von ehemaligen DDR-Bürgern, die sich in der westdeutschen Friedensbewegung für den blockübergreifenden Ansatz engagierten. „Insbesondere der Schriftsteller Jürgen Fuchs, der 1977 aus der DDR ausgebürgert worden war und sich in Westberlin für eine Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Friedensgruppen einsetzte, wurde im Operativ-Vorgang ‘Opponent’ mit massiven ‘Zersetzungsmäßignahmen’ überzogen, um sein politisches Engagement einzudämmen.“¹⁷⁶ Neben Fuchs stand auch der 1983 aus der DDR ausgebürgerte Bürgerrechtler Roland Jahn im Visier des MfS.¹⁷⁷

Die SED stellte im Herbst 1983 selbstzufrieden fest, dass der Europäische Friedenskongress in Westberlin in „großer Zerstrittenheit und ohne Abschlussdokument“ geendet habe und dass die „spalterischen Kräfte“ dadurch ein „Fiasko erlitten“¹⁷⁸ hätten. Ähnlich, wenngleich nüchtern, schätzte dies auch das MfS ein. In einer der Leiterinformation der HVA vom Januar 1984 hieß es, dass der Arbeitskreis im Zuge der Durchführung des Europäischen Friedenskongress geschwächt worden sei. Ferner ließ sich aus der gleichen Quelle entnehmen, dass das MfS schon den in Vorbereitung befindlichen nächsten blockübergreifenden Friedenskongress, der 1984 in Perugia (Italien) stattfinden sollte, im Blick hatte.¹⁷⁹

Als besonders erfolgreich im Zusammenhang mit der Eindämmung des Europäischen Friedenskongresses wertete die SED die Arbeit der SEW. In einem Bericht der SED-Westabteilung vom 24. April 1984, der dem Politbüro vorgelegt wurde, hieß es: „Die Partei [(SEW)] hat sich auseinanderzusetzen mit Kräften der ‘Alternativen Liste’, der feministischen Gruppierung ‘Frauen für den Frieden’, die lediglich ca. 40 Mitglieder in Westberlin zählt, mit einigen rechten Sozialdemokraten wie Steinke, dem Organisator des Spalterkonvents ‘atomwaffenfreies Europa’. [...] Die Genossen weichen den Auseinandersetzungen in der Friedensbewegung nicht aus und finden dabei breite Unterstützung von Bündnispartnern. [Unterstreichung durch Honecker] Sie

¹⁷⁵ Hubertus Knabe: MfS und Friedensbewegung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 323.

¹⁷⁶ Hubertus Knabe: MfS und Friedensbewegung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 323 f.

Die in seinem Fall vom MfS angewandten ‚Mittel und Methoden‘ reichten vom allnächtlichen Telefonterror über die heimliche Bestellung mannigfacher Dienstleistungen und Waren auf seinen Namen bis hin zu einem Bombenanschlag im Jahr 1986.“ Zit. nach Thomas Auerbach: Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5 (1981-1987), in: Deutschland Archiv, Nr. 3/1997, S. 372.

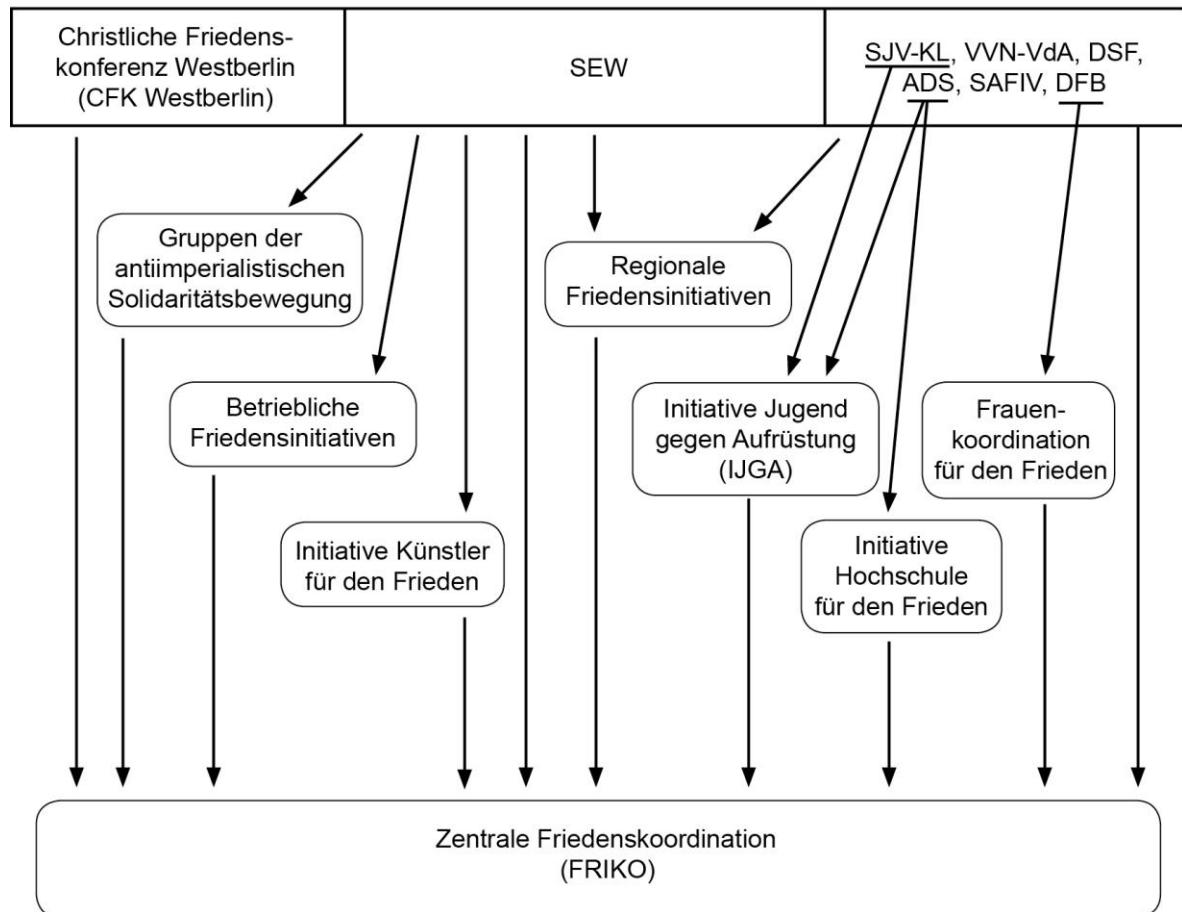
¹⁷⁷ Vgl. Udo Baron: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“, Münster 2003, S. 210 f.

¹⁷⁸ Zit. nach Hans-Peter Müller/Michael Ploetz: Ferngelekte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster 2004, S. 339.

¹⁷⁹ Vgl. Leiterinformation zur Situation und Entwicklungstendenzen in den Friedensbewegungen der BRD und anderer westeuropäischer Staaten nach Beginn der Raketenstationierung der USA in Westeuropa (von MfS/Hauptabteilung A/Abteilung VII, 9.1.1984), in: BStU, ZA, MfS ZAIG 6274, Bl. 13-15.

setzen sich gleichzeitig in kameradschaftlicher Weise mit Auffassungen kirchlicher Kreise auseinander“¹⁸⁰. Das Fazit des Berichtes war: „Dank des umsichtigen Verhaltens gelang es der SEW, gemeinsam mit dem progressiven Kern der Bündnispartner alle Spalteraktionen abzuwehren, dem Missbrauch der Friedensbewegung erfolgreich entgegenzuwirken und ihre Hauptstoßrichtung gegen die USA-Raketenstationierung zu erhalten.“¹⁸¹

Abbildung 5: Beteiligung der Westberliner Kommunisten in der Friedensbewegung



Quelle: Eigene Darstellung

¹⁸⁰ Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

¹⁸¹ Information über die Aktivitäten und die Entwicklung der SEW seit ihrem VI. Parteitag vom 15.-17. Mai 1981 (von Westabteilung an Honecker und Politbüro, 24.4.1984), in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/10.02/9, nicht paginiert.

Schluss

In den 1950er Jahren spielten die Westberliner SED-Kreisorganisationen in den Überlegungen des Politbüros der SED eine nachgeordnete Rolle. Zuständig war die Berliner SED-Bezirksorganisation, die jedoch vor allem damit beschäftigt war, für den Aufbau des Sozialismus in Ostberlin zu sorgen. Der vom Politbüro verordnete Auftrag, durch weitere Organisationen wie insbesondere die Nationale Front und die FDJ und immer neue Kampagnen die Tätigkeit des Westberliner Apparates unterstützend zu flankieren, überforderten letztlich die Koordinierungskapazitäten der Bezirksorganisation.

Ein Umschwung und eine Aufwertung der Westberliner SED-Kreisorganisationen erfolgten im Jahr 1958, als Chruschtschow sein Ultimatum verkündete und die „Freistadtlösung“ propagierte. Walter Ulbricht ließ daraufhin Anfang des Jahres 1959 innerhalb der Bezirksorganisation die Zuständigkeiten neu ordnen und sorgte für die Installierung eines Leitungsapparates, der vor Ort die Tätigkeiten der Westberliner SED-Kreisorganisationen effektiver koordinieren sollte. Ferner wurden erhebliche Anstrengungen unternommen und Devisen investiert, um die Herstellung der Parteizeitung „Die Wahrheit“ sicherzustellen.

Die Umstrukturierung bedeutete eine Zentralisierung der Leitungsstrukturen. Organisatorisch waren damit die Berliner SED-Bezirksleitung und ihr Westberliner Apparat auf den Mauerbau im August 1961 vorbereitet. Hinweise darauf, dass derartige Überlegungen bei der von Ulbricht 1959 angeordneten Umbildung bereits eine Rolle spielten, fanden sich allerdings nicht.

Die Gründung der SED-W im Jahr 1962 war schließlich nur ein logischer Schritt, der sich unumgänglich aus der Abschottung des SED-Regimes ergab. Unterstrichen wurde damit zugleich die SED-Auffassung von zwei deutschen Staaten und vom Sonderstatus Westberlins als eine eigenständige Einheit.

Die Zulassung der SED war 1946 unter Zustimmung der Westalliierten erfolgt. Der Name „SED-W“ signalisierte, dass man gewillt war die Traditionslinie fortzuführen, und war als Absicherung gedacht, um sich bei eventuellen Verbotsanstrengungen auf die Vereinbarungen von 1946 berufen zu können. Als die Existenz des Westberliner Apparates den Parteioberen in Ostberlin nicht mehr gefährdet erschien, erhielt die SED-W im Jahr 1969 den Namen „SEW“, der bereits 1962 für sie erdacht worden war.

Die SED-W/SEW war keine eigenständige Partei, sondern wurde aus Ostberlin gesteuert und vollständig von dort kontrolliert. In der ersten Hälfte der 1960er Jahre vollzog sich dies über die Berliner SED-Bezirksleitung und ihren Ersten Sekretär Paul Verner. Danach übernahm die Westabteilung die Anleitung. Bei den entscheidenden Fragen hatte stets Ulbricht beziehungsweise Honecker das letzte Wort.

Die Unterstützungsmaßnahmen der SED wurden in den 1960er Jahren planmäßig und systematisch ausgebaut. Ob Manuskriptvorlagen oder aber Gastvorträge renommierter Persönlichkeiten, es gab kaum etwas, was der Apparat der SED ausließ, um der Bruderpartei zu helfen. Zunehmende Bedeutung gewann vor allem die Sicherung der Kaderreserve und die Indoktrinierung der Mitglieder, wofür zahlreiche Studienfahrten und Schulungskurse organisiert wurden. Den Aufwand, den die SED für die SED-W/SEW betrieb, war immens.

Innerhalb der SED-W/SEW nahm eine kleine Gruppe von Führungsfunktionären, die der SED treu verbunden waren, die Vorgaben aus Ostberlin entgegen. Ein hauptamtlicher Apparat von rund 100 Parteimitarbeitern sorgte für die Umsetzung. Der autoritäre Führungsstil, die Kaderauswahl und nicht zuletzt die vollständige finanzielle Abhängigkeit von der SED sicherten die absolute Linientreue der SED-W/SEW.

Die SED-W/SEW sollte eine an die Westberliner Verhältnisse angepasste SED-Politik betreiben. Die Programmatik der SED-W/SEW hatte die Vorzüge des DDR-Sozialismus zu preisen, durfte keine SED-Tabuthemen enthalten und musste den vermeintlich eigenständigen Status Westberlins betonen. Damit waren der programmatischen Profilierung von vornherein enge Grenzen gesetzt.

Einige der Überlegungen und Politikvorschläge, die von der SED/SED-W/SEW entwickelt wurden, waren konstruktiv und innovativ. Da diese aber stets eingebunden waren in die ideologische Weltsicht der SED, hatten sie ausschließlich instrumentalen Charakter. Die Partei konnte daher zu keinem Zeitpunkt an Glaubwürdigkeit innerhalb der Bevölkerung gewinnen. Als Wahlpartei blieb sie deshalb stets unbedeutend. Diesbezüglich nahmen die Westberliner Wilhelm Pieck beim Wort, denn der hatte 1948, allerdings bezogen auf die demokratischen Parteien, gesagt: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen sich ihre Metzger selber“.

Die SED-W/SEW war vor allem eine Aktions- und Protestpartei. Kaum eine andere Organisation in Westberlin war hinsichtlich der Durchführung von Veranstaltungen und Demonstrationen derart geschult und geübt wie die SED-W/SEW. Aufgrund ihrer organisatorischen Fähigkeit zur Mobilisierung spielte sie in der Westberliner Protestbewegung eine zeitweilig einflussreiche, wenngleich nicht unumstrittene Rolle.

Die SED/SED-W war in den 1950er Jahren wie insbesondere nach dem Bau der Mauer 1961 geradezu geächtet. Dies änderte sich erst nach einigen Jahren und in Folge der Studentenbewegung. Nachdem sich zunächst erste Kontakte aufgebaut hatten, gelang es der SED-W in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zu einem Bestandteil der APO zu werden. Durch ihren dogmatischen Kurs trug die SED-W/SEW mit zum Differenzierungsprozess innerhalb der Bewegung bei und profitierte in der Phase des Ausklangs von einem Zustrom an neuen Mitgliedern.

Durch diese „Blutauffrischung“ bestärkt, strebte die SEW in den 1970er Jahren nach Dominanz im außerparlamentarischen Bereich, wodurch sie den ihr gerade erst zugewachsenen Sympathisantenkreis alsbald verprellte und sich damit ins Abseits begab. Tatsächlich war die SEW aufgrund ihres ideologischen Korsets und ihrer tradierten Denkschemata nicht fähig, glaubwürdige Antworten im Bereich der neuen sozialen Bewegungen zu entwickeln. Hinzu kam, dass sie ihren

Fokus auf die ausgefochtene Feindschaft mit den dogmatischen, insbesondere den maoistischen Kräften richtete.

Für die Westberliner Kommunisten verbesserte sich die Lage deutlich mit der zu Beginn der 1980er Jahre aufkeimenden Friedensbewegung. Die SEW war auf diesem Themenfeld jahrzehntelang kampferprob und besaß deshalb eine gute Infrastruktur. Sie gehörte mit zu den Initiatoren der Bewegung, trug zur Vernetzung und zur Mobilisierung bei und wurde nahezu problemlos zu einem integralen und dominierenden Faktor. Über ihren Friedenskampf fand sie Zugang zu weiteren Aktionsfeldern des sozialen Protestes. Somit war sie schließlich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ein allgemein weitgehend akzeptierter Bündnispartner, zugleich aber aufgrund zunehmender Mitgliederfluktuation nur noch bedingt handlungsfähig.

Die SED-W/SEW war eine Kaderpartei, ein Interventionsapparat der SED und nicht zuletzt eine Werbemaschinerie für den Weltkommunismus im Allgemeinen und die DDR im Besonderen. Sie war phasenweise in einigen gesellschaftspolitischen Bereichen und Nischen zum Teil überaus einflussreich, erzielte aber kaum Breitenwirkung und hinterließ keine nachhaltig prägenden Spuren.

Verzeichnisse

a) Abkürzungen

Abt.	Abteilung
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
ADS	Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten
AFG	Akademie für Gesellschaftswissenschaften
AG	Aktiengesellschaft
AL	Alternative Liste
APO	Außenparlamentarische Opposition
AStA	Allgemeiner Studierendausschuss
BArch	Bundesarchiv
BDKJ	Bund der katholischen Jugend
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
CDU	Christlich Demokratische Union
CFK	Christliche Friedenskonferenz
CIA	Auslandsnachrichtendienst der Vereinigten Staaten
DDR	Deutsche Demokratische Republik
deb	Literaturvertrieb GmbH „Das europäische Buch“
DEFA	Deutsche Film AG
DFB	Demokratischer Frauenbund Berlin
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DR	Deutsche Reichsbahn
DSF(-W)	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (Westberlin)
DW	Die „Wahrheit“
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ(-W)	Freie Deutsche Jugend (Westberlin)
FDP	Freie Demokratische Partei
FIW	Friedensinitiative Wilmersdorf
FRIKO	Zentrale Friedenskoordination
FU	Freie Universität Berlin
Gen.	Genosse
Genn.	Genossin
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

GI	Infanterie-Soldat
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung
IFG	Institut für Gesellschaftswissenschaften
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
IJGA	Initiative Jugend gegen Aufrüstung
IM	Inoffizieller Mitarbeiter des MfS
IML	Institut für Marxismus Leninismus
IPW	Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft (Westabteilung)
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
Jusos	Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KP	Kontaktperson
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LAB	Landesarchiv Berlin
LSD	Liberaler Studentenbund Deutschlands
MASCH	Marxistische Abendschule
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NATO	Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft
ND	Neues Deutschland
ORVAG	Organisation und Verwaltung AG
OV	Operativer Vorgang
PB	Politbüro
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PH	Pädagogische Hochschule Berlin
RBD	Reichsbahndirektion
RC	Republikanische Club
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
SAFIV	Ständiger Arbeitsausschuss für Frieden, nationale und internationale Verständigung, Westberlin
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDI	Strategische Verteidigungsinitiative
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED(-W)	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands(-Westberlin)
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SHB	Sozialdemokratischer Hochschulgremium
SJD	Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken
SJV-KL	Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht
SMAD	Sowjetische Militäramministration
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

TU	Technische Universität Berlin
T.V.O.	Treuhand-, Verwaltungs- und Organisations GmbH
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften
VSB	Verfassungsschutzbericht
VVN-VdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Verband der Antifaschisten
WEU	Westeuropäische Union
WFR	Weltfriedensrat
ZA	Zentralarchiv
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission

b) Tabellen

1. Wahlergebnisse der SED/SED-W/SEW 1946 bis 1989 in Westberlin	49
2. Ausgaben der SED zur Finanzierung der SEW von 1984 bis 1989	195
3. Einnahmen und Ausgaben der SEW in den Jahren 1985 sowie von 1988 bis 1990	196
4. Besitz- und Schuldposten der SEW im Jahr 1988	197
5. Mitgliederzahl der SED-W/SEW-Hochschulgruppen und der Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten (ADS) in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren	261
6. Wahlergebnisse der Westberliner Parteien zur Stadtverordnetenversammlung bzw. zum Abgeordnetenhaus 1946 bis 1990 in Prozent	335
7. Wahlergebnisse der Westberliner Parteien zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Prozent (Mittelwert)	336

c) Abbildungen

1. SED/SED-W/SEW gesteuerte Neben- und Vorfeldorganisationen in Westberlin	37
2. Schematische Darstellung des Parteiaufbaus der SEW für das Jahr 1977	97
3. Mitgliederzahlen der SED/SED-W/SEW von 1958 bis 1991	135
4. SEW-Medienkomplex der SED in Westberlin Ende der 1980er Jahre	209
5. Beteiligung der Westberliner Kommunisten in der Friedensbewegung	305
6. Mitgliederliste von Büro und Sekretariat der SED-W/SEW von 1962 bis 1987	337

d) Bildnachweis

Landesarchiv Berlin (LAB)

Archiv Kreuzbergmuseum

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin
(SAPMO-BArch)

Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) – Zentralarchiv Berlin (ZA)

Quellen und Literatur

I. Archivalien

Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) – Zentralarchiv Berlin (ZA)

Hauptabteilung II (Spionageabwehr)

MfS HA II 16570; MfS HA II 16574; MfS HA II 16590; MfS HA II 25012; MfS HA II 25740; MfS HA II 30281; MfS HA II 30424; MfS HA II 30600; MfS HA II 31055; MfS HA II 31056; MfS HA II 31096; MfS HA II/6 678; MfS HA II/6 1776; MfS HA II/6 1823; MfS HA II/13 1832; MfS HA II/19 14105; MfS HA II/19 14180; MfS HA II/19 14202; MfS HA II/19 14217; MfS HA II/19 14219; MfS HA II/19 14222

Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan)

MfS HA IX 4706; MfS HA IX 19916

Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund)

MfS HA XX 1611; MfS HA XX ZMA 1035

Hauptabteilung XXII (Terrorabwehr)

MfS HA XXII 814/3; MfS HA XXII 5541/11

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

MfS ZAIG 2871; MfS ZAIG 3209; MfS ZAIG 5171; MfS ZAIG 6274; MfS ZAIG 6522 (Bd.-Nr. 1); MfS ZAIG 7164c; MfS ZAIG 9782; MfS ZAIG 9797 (Teil 1 von 2); MfS ZAIG 9797 (Teil 2 von 2); MfS ZAIG 9798; MfS ZAIG 14578; MfS ZAIG 25675

Archivierter operativer Vorgang

MfS AOP 7013/85

Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung

MfS AG BKK 1296; MfS BKK 1574

Büro der Leitung/Dokumentenverwaltung

MfS BdL/Dok. 3385

Teilablagen von IM- und anderen Vorgängen

MfS A 613/85

Allgemeine Sachablage des MfS

MfS AS 306/80 Bd. 18

Landesarchiv Berlin (LAB)

Bezirksleitung Berlin der SED

Signatur: C Rep. 902,

Nr.: 27, 1030, 1031, 1048, 2030, 2031, 2032, 2034, 2045, 2905

SED-W

Signatur: C Rep. 908,

Nr.: 52, 53, 78, 79, 81, 82, 83, 84, 85, 89, 90, 100, 101, 102, 114, 120, 124

**Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin
(SAPMO-BArch)**

Politbüro des Zentralkomitees der SED

DY 30/J IV 2/2/627; DY 30/J IV 2/2/629; DY 30/J IV 2/2/854; DY 30/J IV 2/2/856; DY 30/J IV 2/2/858; DY 30/J IV 2/2/871; DY 30/J IV 2/2/959; DY 30/J IV 2/2/1046; DY 30/J IV 2/2/1058; DY 30/J IV 2/2/1090; DY 30/J IV 2/2/1210; DY 30/J IV 2/2/1414; DY 30/J IV 2/2/2049; DY 30/J IV 2/2/2207; DY 30/J IV 2/2/2221; DY 30/J IV 2/2/2249

DY 30/J IV 2/2A/379; DY 30/J IV 2/2A/649; DY 30/J IV 2/2A/670; DY 30/J IV 2/2A/676; DY 30/J IV 2/2A/683; DY 30/J IV 2/2A/932; DY 30/J IV 2/2A/952; DY 30/J IV 2/2A/1010; DY 30/J IV 2/2A/1119; DY 30/J IV 2/2A/1142; DY 30/J IV 2/2A/1157; DY 30/J IV 2/2A/1200; DY 30/J IV 2/2A/1350; DY 30/J IV 2/2A/1625; DY 30/J IV 2/2A/1626; DY 30/J IV 2/2A/1637; DY 30/J IV 2/2A/2658

Protokolle des Sekretariats des ZK der SED

DY 30/J IV 2/3/2412; DY 30/J IV 2/3/2432; DY 30/J IV 2/3/2543; DY 30/J IV 2/3/2547

Tagungen des Parteivorstandes/Zentralkomitees

DY 30/IV 2/1/214; DY 30/IV 2/1/283

Büro Axen
DY 30/IV 2/2.035/117

Büro Herrmann
DY 30/IV 2/2.037/98

Büro Honecker
DY 30/2383; DY 30/2405

Büro Krenz
DY 30/IV 2/2.039/305

Büro Lamberz
DY 30/IV 2/ 2.033/ 78

Büro Norden
DY 30/IV 2/2.028/57; DY 30/IV A2/2.028/20; DY 30/IV B2/2.028/6; DY 30/IV B2/2.028/8; DY 30/IV B2/2.028/9; DY 30/IV B2/2.028/10; DY 30/IV B2/2.028/14

Büro Ulbricht
DY 30/3546

Büro Verner
DY 30/IV 2/2.036/19; DY 30/IV 2/2.036/85; DY 30/IV 2/2.036/92

Abteilung Agitation
DY 30/IV 2/9.02/120; DY 30/IV A2/9.02/25

Westabteilung, Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, Westkommission
DY 30/J IV 2/10.02/2; DY 30/J IV 2/10.02/8; DY 30/J IV 2/10.02/9; DY 30/J IV 2/10.02/18; DY 30/IV A2/10.02/181; DY 30/J IV 2/10.04/13; DY 30/J IV 2/10.04/24;
DY 30/vorl. SED 26712; DY 30/vorl. SED 26715; DY 30/vorl. SED 37065; DY 30/vorl. SED 42682;
DY 30/vorl. SED 42683; DY 30/vorl. SED 42686; DY 30/vorl. SED 42690; DY 30/vorl. SED 42691;
DY 30/vorl. SED 42692; DY 30/vorl. SED 42693; DY 30/vorl. SED 42695; DY 30/vorl. SED 42707;
DY 30/vorl. SED 42722; DY 30/vorl. SED 42725; DY 30/vorl. SED 42726; DY 30/vorl. SED 42729;
DY 30/vorl. SED 42735

Arbeitsbüro der KPD im Zentralkomitee der SED
DY 30/IV 2/10.03/229; DY 30/IV 2/10.03/278

Abteilung Parteiorgane
DY30/IV 2/5/1015; DY30/IV 2/5/1013

Allgemeine Abteilung
DY 30/J IV 2/20.1/5; DY 30/J IV 2/202/508; DY 30/J IV 2/202/510; DY 30/J IV 2/202/511; DY 30/J IV 2/202/519

Akademie für Gesellschaftswissenschaften
DY 30/vorl. SED 21311

Institut für Marxismus-Leninismus
DY 30/vorl. SED 22004; DY 30/vorl. SED 22133; DY 30/vorl. SED 35279

Nachlass: Wilhelm Pieck
NY 4036/762

Nachlass: Hans Mahle
NY 4509/vorl. 9; NY 4509/vorl. 18

Abteilung Deutsche Demokratische Republik (DDR) im Bundesarchiv (BArch)
Volkskammer der DDR. - Teil 1: Deutscher Volksrat (1947-1949)
DA 1/3351

II. Literatur und Aufsätze

Aktionskomitee gegen Berufsverbote an der FU Berlin/Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte (Hg.): Überprüfung der politischen Treuepflicht. Berufsverbot. Dokumente, II. Teil, Berlin 1975.

Alisch, Steffen: Ein sozialistischer Musterbetrieb in der Kostenfalle. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn in West-Berlin 1980, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 10/2001, S. 109-126.

Alisch, Steffen: „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, München 2004.

Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999.

Amos, Heike: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Berlin-Hamburg-Münster 2003.

Arbeitskreis Soziale Frage und Arbeiterbewegung (Hg.): Historische Altlasten, in: Westberliner Info, Heft 4/1988, S. 10-26.

Auerbach, Thomas: Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5 (1981-1987), in: Deutschland Archiv, Nr. 3/1997, S. 369 - 377.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II, Köln 1989.

Bailey, George/Kondraschow, Sergej A./Murphy, David E.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin. Berlin 1997.

Baron, Udo: Das KOFAZ, die „Grünen“ und die DKP in der Friedenskampagne, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 198-215.

Baron, Udo: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“, Münster 2003.

Baron, Udo: Die verführte Friedensbewegung. Zur heute nachweisbaren Einflussnahme von SED und MfS, in: Die politische Meinung, Nr. 407, Oktober 2003, S. 55-61.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001.

Borowsky, Peter: Die DDR in den siebziger Jahren, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 258/1. Quartal 1998, S. 40-44.

Bouvier, Beatrix: Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD und die Folgen für die Sozialdemokratie, in: Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff (Hg.): Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg. Zur historischen Einordnung der Zwangsvereinigung, Essen 1998, S. 85-93.

von Bredow, Wilfried: Zusammensetzung und Ziele der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 24/1982, S. 3 -13.

Bundesminister des Innern (Hg.): Verfassungsschutzberichte (VSB), Bonn 1969 ff.

Bundesminister des Innern (Hg.): Die Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966, Bonn 1967, enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/10.02/181.

Bundesminister des Innern: Die Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966. Bonn, im Juni 1967.

Bundesministerium des Innern (Hg.): Die Aktion von Demokraten und Sozialisten in Berlin (ADS), in: Innere Sicherheit. Informationen des Bundesministeriums des Innern, Heft 25/14. November 1974, S. 4-8.

Bundesminister des Innern (Hg.): Moskaus getarnte Helfer. Die Aktivitäten sowjetisch gesteuerter internationaler Einwirkungsorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1986.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): DDR-Handbuch, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1985.

Burmester, Siegfried: Ein Leben zwischen Irrtum und Hoffnung, Berlin 2002.

Ciesla, Burghard: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln 2006.

Deutscher Bundestag: BT-Drucksache 12/3462.

Deutscher Bundestag: BT-Drucksache 12/3920.

Deutscher Bundestag: BT-Drucksache 12/7600.

Deutscher Bundestag: BT-Drucksache 15/1777.

Deutscher Bundestag: BT-Drucksache 13/10900.

Deutscher Bundestag: BT-Drucksache 13/11353.

Düspohl, Martin: Unermüdlicher Kampf. Politischer Protest in Kreuzberg, in: Kreuzberg Museum (Hg.): Jürgen Henschel – der Fotograf der Wahrheit. Bilder aus Kreuzberg 1976-1988. Berlin 2006, S. 80-107.

Dutschke, Rudi: Vom Antisemitismus zum Antikommunismus, in: Uwe Bergmann/Rudi Dutschke/Wolfgang Lefévre/Bernd Rabehl (Hg.): Rebellion der Studenten oder die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 58-85.

Edition ID-Archiv u. a. (Hg.): Die Geschichte der Vorgeschichte zur Geschichte – die Radikal von 1976-1980, in: Edition ID-Archiv u. a. (Hg.): 20 Jahre Radikal: Geschichte und Perspektiven autonomer Medien, Berlin u. Hamburg u. Münster 1996, S. 9-24.

Ellerbrock, Wolfgang: Gründung und erste Jahre der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1/1996, S. 85-93.

Fichter, Tilman/Lönnendonker, Siegward: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin 1979.

Fischer, Erich: Geständnisse und Bekenntnisse, Schkeuditz 2002.

Florath, Bernd: Die Europäische Union; in: Johannes Tuchel (Hg.): Der vergessene Widerstand. Zu Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur, Göttingen 2005, S. 114-139.

Forschungsinstitut der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. (Hg.): Dokumente zur Berlin-Frage. 1944-1966, München 1987.

Fricke, Karl Wilhelm: Die SED diesseits der Mauer. Reorganisation der Sozialistischen Einheitspartei in Westberlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 24/2. Dezemberheft 1962, S. 373-376.

Füre, Dorothea: Die französische Besatzungspolitik in Berlin von 1945 bis 1949. Déprussianisation und Décentralisation, Berlin 2001.

Gasteyer, Curt: Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945 bis 1993. Darstellung und Dokumentation, Bonn 1994.

Goder, Ernst u. a. (Hg.): Die SED in Berlin. Dokumente zur Vereinigung von KPD und SPD, Bd. 4, Berlin 1995.

Görtemaker, Manfred/Schroeder, Klaus (Hg.): Freie Universität Berlin 1948-1973 – Hochschule im Umbruch. Teil VI: Die ungeliebte Reform (1969-1973), Berlin 1990.

Görtemaker, Manfred: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002.

Heimann, Siegfried: Eine Stadt – zwei Oberbürgermeister, in: Historischen Kommission beim Landesvorstand der Berliner SPD (Hg.): 64 Prozent für die SPD – Erinnerung an eine Wahl vor 50 Jahren, Berlin 1999, S. 3-6.

Heimann, Siegfried: Die Wiedergründung der Berliner SPD 1945 und die Behauptung als selbständige Sozialdemokratie im Jahre 1946, in: SPD (Hg.): Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Berlin, Berlin 1996, S. 4-19.

Heimann, Siegfried: Die Sonderentwicklung der SPD in Ost-Berlin 1945-1961, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band II/3: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S.1648-1688.

Heinze, Carsten: Lebensgeschichte Geschichte- und Identitätskonstruktionen im Spiegel ostdeutscher Autobiographien nach 1989 am Beispiel von Fritz Teppich und Walter Janka, in: Bärbel von Borries-Pusback/Silke Wittich-Neven (Hg.): Facetten des Alterns in Europa, Sozialökonomischer Text Nr. 120, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg, Hamburg April 2005, S. 77-98.

Herms, Michael: Hinter den Linien. Die Westarbeit der FDJ 1945-1956, Berlin 2001.

Heß, Gerhard: Die Wohnungsnot und die Mieterbewegung, in: SEW (Hg.): Instandbesetzungen in Kreuzberg. Friede den Besetzern, Kampf den Besitzern, Berlin 1981, S. 112-127.

van Hüllen, Rudolf: Der „Krefelder Appell“, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 216-253.

Hurwitz, Harold: Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone, Köln 1990.

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.): Interview aus „Holger, der Kampf geht weiter“, in: ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.): Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Band 1, Berlin 1993, S. 96-115.

Jabs, Cornelia/Müller-Enbergs, Helmut: Der 2. Juni 1967 und die Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv, Nr. 3/2009, S. 395-400.

Jesse, Eckhard: Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung in das politische System, Berlin 1997.

Jessen, Ralph: Partei, Staat und „Bündnispartner“. Die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur, in: Judt, Matthias (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Bonn 1998, S. 27-43.

Joseph K. Witsch (Hg.): Die SED bei den Westberliner Wahlen, in: SBZ-Archiv, Nr. 4/2. Februarheft 1963, S. 50 f.

Joseph K. Witsch (Hg.): Erster Parteitag der SED West-Berlin, in: SBZ-Archiv, Nr. 10/2. Maiheft 1966, S. 145-147.

Joseph K. Witsch (Hg.): Änderungen am Statut der SED-W, in: SBZ-Archiv, Nr. 11/1. Juniheft 1966, S. 162 f.

J. Reents-Verlag (Hg.): Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen, Hamburg 1978.

Keiderling, Gerhard/Stulz, Percy: Berlin 1945-1968. Zur Geschichte der Hauptstadt der DDR und der selbständigen politischen Einheit Westberlin, Berlin 1970.

Keiderling, Gerhard: Unterschriften für die Einheit. Die erfolglose Volkskongressbewegung, in: Berlinische Monatschrift, Heft 5/1998 S. 47-50.

Keiderling, Gerhard: Die Wahl vom 5.12.1948 aus der Sicht der SED, in: Historischen Kommission beim Landesvorstand der Berliner SPD (Hg.): 64 Prozent für die SPD – Erinnerung an eine Wahl vor 50 Jahren, Berlin 1999, S. 23-26.

Klein, Thomas: SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleische der „Frontstadt“, Berlin 2009.

Klitscher, Jörg: Der Häuserkampf in Kreuzberg, in: Berlinische Monatsschrift, Heft 6/2001, 10. Jahrgang, S. 150-154.

Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, München 2001.

Knabe, Hubertus: Der lange Arm der SED. Einflussnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit auf politische Protestbewegungen in Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 38/1999, S. 11-17.

Knabe, Hubertus: Frontstadt Berlin. Die geheimen Propagandaaktionen der Stasi, in: Die politische Meinung, Nr. 381, August 2001, S. 33-36.

Knabe, Hubertus: MfS und Friedensbewegung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 298-325.

Komitee der streikenden Eisenbahner Westberlins (Hg.): Dokumentation. Der Streik bei der Deutschen Reichsbahn, 2. überarbeitete Auflage, Berlin 1980.

Kotowski, Georg/Reichhardt, Hans Joachim: Berlin als Hauptstadt im Nachkriegsdeutschland und Land Berlin 1945-1985, Berlin 1987.

Krenz, Detlef: Der Fotograf der „Wahrheit“, in: Kreuzberg Museum (Hg.): Jürgen Henschel – der Fotograf der Wahrheit. Bilder aus Kreuzberg 1976-1988. Berlin 2006, S. 45-62.

Kuhn, Katja: „Wer mit der Sowjetunion verbunden ist, gehört zu den Siegern der Geschichte.“ Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Spannungsfeld von Moskau und Ostberlin, Phil. Diss., Mannheim 2002.

Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949-1989, Berlin 1999.

Labrenz-Weiß, Hanna: Die Hauptabteilung II. Spionageabwehr (MfS-Handbuch, Teil III/7), 2. Auflage, Berlin 2001.

Landesleitung Groß-Berlin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands/Abteilung Agitation (Hg.): Für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Material für Agitatoren, Nr. 15, Berlin (wahrscheinlich 1952), S. 7-9;

Langguth, Gerd: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre (Vortrag), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 590-596.

Laufer, Jochen: Volksaufstand gegen die Siegermacht? Die Sowjetunion und der 17. Juni 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 23/2003, S. 26-32.

Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.

Lemke, Michael: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961, Köln u. Weimar u. Wien 2001.

Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln-Berlin 1955.

Lindemann, Gerhard: „Sauerteig im Kreis der gesamtchristlichen Ökumene“. Das Verhältnis der Christlichen Friedenskonferenz und dem Ökumenischen Rat der Kirchen, in: Gerhard Besier/Armin Boyens/Gerhard Lindemann (Hg.): Nationaler Protestantismus und Ökumenische Bewegung. Kirchliches Handeln im Kalten Krieg (1945-1990), Berlin 1999, S. 653-932.

Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind, Berlin 1994.

Malycha, Andreas: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 1-55.

Maruhn, Jürgen/Wilke, Manfred: Einleitung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 10-33.

Moreau, Patrick: Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 46-47/1990, S. 38-53.

Moreau, Patrick: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn u. Berlin 1992.

Müller, Hans-Peter: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 1868-1926.

Müller, Hans-Peter: Die Friedensbewegung im politischen Kalkül der sowjetischen Außenpolitik 1977-1979, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 84-116.

Müller, Hans-Peter/Ploetz, Michael: Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster 2004.

Müller, Peter: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: Richard Stöss (Hg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II, Opladen 1984, S. 2241-2273.

Müller, Werner: SED-Gründung unter Zwang – Ein Streit ohne Ende? Plädoyer für den Begriff „Zwangvereinigung“, in: Deutschland Archiv, Nr. 24/1991, S. 52-58.

Müller-Enbergs, Helmut/Wielgohs Jan/Hoffmann, Dieter (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon (digitale Ausgabe), Berlin 2001.

Müller-Plantenberg, Urs: Chile 1973-1978. Fragen an unseren Internationalismus, in: Kritik – Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Heft 18/1978, S. 89-99.

Nakath, Detlef: Deutschlandpolitik, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 305-318.

Niederstadt, Jenny: „Die Wahrheit“ – Funktionsweisen einer sozialistischen Tageszeitung in Westberlin. Einfluss der SED auf Redaktion und Inhalt der „Wahrheit“ in den 80er Jahren, Diplomarbeit, Freie Universität Berlin, Oktober 1997.

Niederstadt, Jenny: „Erbitten Anweisung!“. Die West-Berliner SEW und ihre Tageszeitung „Die Wahrheit“ auf SED-Kurs, Berlin 1999.

Notgemeinschaft für eine freie Universität (Hg.): Die „Aktionsgemeinschaft von Sozialisten und Demokraten“ (ADSsen), 6. Folge, September 1980.

Nüske, Gerd Friedrich: „Mehr Niederlagen als Siege“ – Das Ende der SEW, einer deutschen kommunistischen Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 123-145.

Oelschläger, Volker: Ich glaube nichts mehr. Der 17. Juni 1953 in den Akten, in: Sigrid Grabner, Hendrik Röder, Thomas Wernicke (Hg.): Potsdam 1945-1989. Zwischen Anpassung und Aufbegehren, Berlin 1999, S. 41-49.

Öhler, Andreas Karl: Vom Kalten Krieg zum warmen Händedruck. Bildende Kunst im kulturpolitischen Kontext deutsch-deutscher Begegnungen, in: Hannelore Offner/Klaus Schroeder (Hg.): Eingegrenzt – ausgegrenzt. Bildende Kunst und Parteienherrschaft in der DDR 1961-1989, Berlin 2000, S. 393-472.

Oschilewski, Walther G.: Zeitungen in Berlin. Im Spiegel der Jahrhunderte, Berlin 1975.

Otto, Karl A.: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Motivstruktur und politisch-organisatorische Ansätze, in: Reiner Steinweg (Hg.): Unsere Bundeswehr? Zum 25-jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution (Friedensanalysen 14), Frankfurt am Main 1981, S. 52-105.

Parteivorstand der SEW (Hg.): Arbeiterkonferenz, Berlin Oktober 1983.

Parteivorstand der SEW (Hg.): Arbeiterkonferenz. Für Frieden, Arbeit, Mitbestimmung, Berlin Oktober 1986.

Ploetz, Michael: Waffensysteme und Strategien im Kalten Krieg. in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 48-69.

Ploetz, Michael: Die Rolle des DDR-„Friedensrates“ in der SED-Kampagne, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 254-269.

Rabebl, Bernd: Die drei Anti-Springer-Kampagnen 1967/68. Kommentar zu den Arbeiten von Hubertus Knabe, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 11/2002, S. 143-150.

Rabebl, Bernd: Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des „Kalten Krieges“, Berlin 2000.

Rexin, Manfred: Die Teilung der Stadt – Eine Text- und Tondokumentation, in: Historischen Kommission beim Landesvorstand der Berliner SPD (Hg.): 64 Prozent für die SPD – Erinnerung an eine Wahl vor 50 Jahren, Berlin 1999, S. 7-22.

Ribbe, Wolfgang: Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002.

Riege, Katharina: Einem Traum verpflichtet. Hans Mahle – eine Biographie, Hamburg 2003.

Rudzio, Wolfgang: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988.

Scharrer, Manfred: Die Anfänge des FDGB. Gewerkschaftliche Monatshefte, 2/1992, S. 123-138.

Schenk, Stefanie: Horst Mahler. Seine Entwicklung vom Linksterroristen zum Rechtsextremisten, in: Herbert Kloninger (Hg.): Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus. Internationalität, Paradigmenwechsel, Jugend- und Kampagnenarbeit, Homosexualität, Brühl 2001, S. 155-240.

Scheunemann, Jürgen/Seidel, Gabriela: Was war los in West-Berlin 1950-2000, Erfurt 2002.

Schimanski, Hans: Das neue Parteistatut, in: SBZ-Archiv, Nr. 22/2. Novemberheft 1962, S. 340-342.

Schmidt, Karl-Heinz: Die westdeutsche Friedensbewegung in der Strategie von KPdSU und SED (Vortrag), in: Deutscher Bundstag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/1: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 585-590.

Schmittke, Josef: Wechsel in der Berliner SED-Leitung, in: SBZ-Archiv, Nr. 6/25. März 1959, S. 82.

Schröder, Eberhard/Zilkenat, Reiner: Der I. Parteitag der SED-W im Mai 1966, in: Konsequent, Sonderband 2/1987, S. 99-109.

Schröder, Eberhard: „An der Kette des großen Hauses“. Neofaschismus, Stalinismus und Antifaschismus aus West-Berliner Perspektive – Ein Erfahrungsbericht, in: Rundbrief. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Ausgabe 4/2002, S. 45-49.

Schröder, Eberhard: Hans Mahle – ein Leben für den Kommunismus – Gedanken und Erinnerungen anlässlich der Veröffentlichung seiner Biographie, in: Rundbrief. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Ausgabe 1/2004, S. 23-31.

Schröder, Eberhard: „... und nicht vergessen ...“. Ein persönlicher Beitrag zur Bewahrung der Geschichte der SEW, Berlin 2005.

Schröder, Jürgen: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2294-2330.

Schroeder, Klaus/Staadt, Jochen: Im Westen nichts Neues? Dokumentation zur Diskussion um den Einfluss von SED, FDJ und MfS auf die Freie Universität Berlin, Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 18/1995, Berlin Juli 1995.

Schroeder, Klaus: Westapparat und Westpolitik der KPD/SED nach 1945, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 7/1999, S. 50-58.

Schubert, Karl-Heinz: Zur Geschichte der Westberliner Basisgruppen, in: Johannes Brunner u. a. (Hg.): Aufbruch zum Proletariat. Dokumente der Basisgruppen, West-Berlin 1988, S. 6-31.

SED-W (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des I. Parteitages der SED-W, Berlin 1966.

Sekretariat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hg.): Vom Deutschen Volkskongress zum Nationalkongress. National Kongress der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Berlin 25.-26. August 1950), Berlin 1950.

Senator für Inneres Berlin (Hg.): Östliche Untergrundarbeit gegen Westberlin, Denkschrift, Erster Nachtrag, Berlin 1960.

Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die Protestbewegung unter den Studenten der Freien Universität Berlin, Berlin Juli 1967.

Senator für Inneres Berlin (Hg.): Einflussnahme der SED Westberlin auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition, Berlin 1968.

Senator für Inneres Berlin (Hg.): Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1980.

Senator für Inneres Berlin (Hg.): Der Sozialistische Jugendverband Karl Liebknecht. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeit des Sozialistischen Jugendverbandes (SJV) Karl Liebknecht mit der verfassungsmäßigen Ordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, Berlin 1982.

Senator für Inneres Berlin (Hg.): Bericht zur Infiltrationstätigkeit von Rechtsextremisten und von Linksextremisten in Berlin (West), Berlin 1988.

SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der SEW, Berlin 1969.

SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des II. Parteitages der SEW, Berlin 1970.

SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SEW, Berlin 1972.

SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SEW, Berlin 1974.

SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Berlin 1977.

SEW (Hg.): Materialien des Außerordentlichen Parteitages der SEW, Berlin 1978.

SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SEW, Berlin 1981.

SEW (Hg.): Wir haben es in der Hand. Materialien zum Friedenskampf, Berlin Januar 1982.

SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SEW, Berlin 1984.

SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SEW, Berlin 1987.

SEW (Hg.): Abschlussbericht der SEW-Untersuchungskommission, unveröffentlicht, Berlin 1990.

SEW (Hg.): Bericht des Parteivorstandes an den außerordentlichen Parteitag der SEW, unveröffentlicht, Berlin 1990.

SEW (Hg.): Rechenschaftsbericht der Revisionskommission beim Parteivorstand der SEW an den außerordentlichen Parteitag, unveröffentlicht, Berlin 1990.

Skriver, Ansgar: Von der Schülernitverwaltung zur Kampagne „Kampf dem Atomtod!“ Der Berliner Studentenkongress gegen Atomrüstung 1959 und die Auseinandersetzungen des „Gespräche“-Kreises mit der „konkret“-Gruppe, in: Ulrich Herrmann (Hg.): Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Weinheim und München 2002, S. 387-404.

Staadt, Jochen: Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993.

Staadt, Jochen: Versuche der Einflussnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V/3: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 2406-2600.

Staadt, Jochen: Die SED und die „Generale für den Frieden“, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 270-280.

Stephan, Gerd-Rüdiger: Vom Mauerbau 1961 bis zur Wende 1989, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 56-100.

Stern, Carola: Die Berlin-Krise als politisches Manöver. Worauf will Chruschtschow hinaus?, in: SBZ-Archiv, Nr. 24/25. Dezember 1958, S.378-382.

Teppich, Fritz: Der Rote Pfadfinder. Der abenteuerliche Weg eines Berliner Juden durch das 20. Jahrhundert, Berlin 1996.

Teresiak, Manfred: Vor 50 Jahren. Verschmelzung von KPD und SPD. Das Beispiel Berlin, in: Deutschland Archiv, Nr. 29/1996, S. 209-226.

Tolmein, Oliver: Die Dritte-Welt-Kriegs-Banker kommen, in: Konkret, 9/1988, S. 10-15.

Waldman, Eric: Die SEW und die sowjetische Berlinpolitik, Boppard am Rhein 1972.

Werbke, Axel: Völkerrechtliche Praxis der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1965, in: Zeitschrift für ausländisches Recht und Völkerrecht, Band 27/1967, S. 139-221.

Wilke, Manfred/Müller, Hans-Peter/Brabant, Marion: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik, Köln 1990.

Wilke, Manfred (Hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998.

Winters, Jochen: Herber Häber und der zweite Politbüro-Prozess, in: Deutschland Archiv, Nr. 1/2003, S. 5-11.

Wolf, Markus: Spionagechef im geheimen Krieg, München 1997.

Wolle, Stefan: Die SPD in Ostberlin (1946-1961), in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band II/4: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S.2941-2993.

Woyke, Wichard: NATO, in: ders. (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik, 6. Auflage, Opladen 1995, S. 325-334.

Wagenlehner, Günther: Die Auseinandersetzungen der PSV der Bundeswehr mit der „Friedensbewegung“, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 281-297.

III. Zeitungen und Zeitschriften

Analyse und Kritik
Arbeiterpolitik
Berliner Extra-Dienst
Berliner Morgenpost
Berliner Zeitung (B.Z., Westberlin)
Bild-Zeitung
Junge Welt
Der Abend
Die Klarheit
Die Schwarzen Protokolle
Der Spiegel
Der Tagesspiegel
Die Tageszeitung
Die Wahrheit
Die Welt
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Rundschau
Hamburger Abendblatt
Neues Deutschland
Neue Zürcher Zeitung
Sozialistische Initiative
Stuttgarter Zeitung
Süddeutsche Zeitung
Volksblatt Berlin

IV. Internet

Berlin-Chronik des Landesarchivs Berlin: <http://www.landesarchiv-berlin-chronik.de>

Berliner Umschau: <http://www.berlinerumschau.com>

Bernd Rabehl (Webseite): <http://freenet-homepage.de/visionen>

Blockade/Luftbrücke 1948/1949 in der Verkehrswerkstatt – ein Angebot auf dem Berliner Bildungsserver für Schulen: <http://www.bics.be.schule.de/son/verkehr/blockade/index.htm>

Deutsches Rundfunkarchiv (DRA): <http://sk.dra.de>

FDGB-Lexikon. Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945-1990), herausgegeben von Dieter Dowe/Karlheinz Kuba/Manfred Wilke: http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/rahmen/lexikon_frame.html

Hans Gellhardt (Webseite): <http://www.gellhardt.de>

Informationen zum 17. Juni 1953, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, vom Deutschlandradio und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam: <http://www.17juni53.de>

German Rock News: <http://www.germanrock.de>

Lateinamerika Nachrichten: <http://www.lateinamerikanachrichten.de>

Materialien zur Analyse von Opposition (MAO), herausgegeben von Jürgen Schröder/Dietmar Kesten: <http://www.mao-projekt.de>

Wahlergebnisse ab 1919 und Wahldatenbank ab 1946, herausgegeben vom Statistischen Landesamt Berlin: <http://www.wahlen-berlin.de>

Radio Free Europe Research: <http://osaarchivum.org>

Anhang

Tabelle 6: Wahlergebnisse der Westberliner Parteien zur Stadtverordnetenversammlung bzw. zum Abgeordnetenhaus 1946 bis 1990 in Prozent

Jahr	SPD	CDU	FDP	SED	PDS	AL	Sonstige
1946							
Berlin (West)	51,7	24,3	10,2	13,7			
Berlin (Ost)	43,6	18,7	7,8	29,8			
Berlin	48,7	22,2	9,3	19,8			
1948	64,5	19,4	16,1				
1950	44,7	24,7	23,1				DP (3,7), BHE (2,2), Kons.P. (0,8), USPD (0,7), FSU (0,3)
1954	44,6	30,4	12,8	2,7			DP (4,9), BHE (2,6), WVM (1,8), FSU (0,2), USPD (0,1)
1958	52,6	37,7	3,8	2,0			DP (3,3), FDV (0,7)
1963	61,9	28,8	7,9	1,3			
1967	56,9	32,9	7,1	2,1			AUD (1,1)
1971	50,4	38,2	8,4	2,3			AUD (0,6)
1975	42,6	43,9	7,1	1,8			BFD (3,4), KPD (0,7), KBW (0,1), Einzelbewerber (0,4)
1979	42,7	44,4	8,1	1,1		3,7	KBW (0,1)
1981	38,3	48,0	5,6	0,6		7,2	GLB (0,3)
1985	32,4	46,4	8,5	0,6		10,6	DA (1,3), LD (0,1), SVD (0,1), Ödp (0,0)
1989	37,3	37,7	3,9	0,6		11,8	REP (7,5), Ödp (0,7), DA (0,4)
1990							
Berlin (West)	29,5	49,0	7,9		1,1	6,9; B90/GR:1,3	
Berlin (Ost)	32,1	25,0	5,6		23,6	1,7; B90/GR:9,8	
Berlin	30,4	40,4	7,1		9,2	5,0; B90/GR:4,4	REP (3,1), DDD (0,1), DSU (0,2), Ödp (0,3)

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Datensätzen des Statistischen Landesamtes Berlin: Wahlergebnisse ab 1919 und Wahldatenbank ab 1946, im Internet: <http://www.wahlen-berlin.de>, Stand: 2009.

Tabelle 7: Wahlergebnisse der Westberliner Parteien zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Prozent (Mittelwert)

Jahr	SPD	CDU	FDP	SED	PDS	AL	Sonstige
1946							
Berlin (West)	51,7	24,3	10,3	13,8			
Berlin (Ost)	43,6	18,7	7,9	29,9			
Berlin	48,6	22,2	9,4	19,8			
1948	64,3	19,6	16,2				
1950	44,5	24,7	23,1				DP (3,7), BHE (2,2), Kons.P. (0,8), USPD (0,7), FSU (0,3)
1954	44,9	29,8	13,0	2,8			DP (4,8), BHE (2,5), WVM (2,0), FSU (0,2)
1958	52,3	37,7	3,8	1,9			DP (3,4), FDV (0,8)
1963	61,6	29,2	7,9	1,3			
1967	57,0	33,0	7,0	2,0			AUD (1,0)
1971	50,7	38,1	8,2	2,3			AUD (0,6)
1975	42,5	43,5	7,0	1,9			BFD (3,7), KPD (0,7), WUB (0,6), AK Umweltschutz (0,0)
1979	43,1	43,8	7,2	1,1		3,8	WUB (0,7), OLL (0,2), KBW (0,1)
1981	38,0	47,3	4,7	0,7		8,3	GLB (0,6), WUB (0,5)
1985	33,9	47,9	4,0	0,6	11,4; GRÜNE:(0,1)		DA (1,2), WUB (0,5), SVD (0,3), Ödp (0,1), AUF (0,1), WG Tegel-Süd (0,1), LD (0,0)
1989	38,4	35,6	3,3	0,6		12,6	REP (7,5), WUB (0,8), Ödp (0,7), DA (0,4), Freiheitspartei (0,0)
1992							[Berlin:] REP (8,3), Die Grauen (1,1), WUB (0,6), Ödp (0,4), DIE NATIONALEN (0,2), DSU (0,1), FORUM (0,1), WUS (0,1), KPD/RZ (0,1), W.U.B. (0,1), Die Bürger (0,0), DKP (0,0), FAP (0,0), FVP (0,0), KOB (0,0), NF (0,0), UFB (0,0), Wydoks (0,0)
Berlin (West)	31,8	35,0	5,6		0,9		
Berlin (Ost)	31,9	14,3	3,5		29,7		
Berlin	31,8	27,5	4,8		11,3		
						13,5 0,6; Bü90:12,6 8,8; Bü90:4,5	

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Datensätzen des Statistischen Landesamtes Berlin: Wahlergebnisse ab 1919 und Wahldatenbank ab 1946, im Internet: <http://www.wahlen-berlin.de>, Stand: 2009.

Abbildung 6: Mitgliederliste von Büro und Sekretariat der SED-W/SEW von 1962 bis 1987

Mitglieder	SEW									
	Sekretariat Leitung der Westberliner Juni 1962	Sekretariat der SED-W	Büro	Sekretariat Büro						
1962	1966	1970	1972	1974	1977	1981	1984	1987		
Schmitt, Horst	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Ziegler, Erich	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Mahle, Hans	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Danelius, Gerhard	x	x	x	x	x	x	x	x		
Kniestedt, Karlheinz	x	x	x	x	x	x	x	x		
Kuster, Bruno	x	x	x	x	x	x	x	x		
Redmann, Emil	x	x	x	x	x	x				
Stolle, Gerhard	x	x								
Tesch, Wilhelm	x	x								
Kurzendorfer, Herwig	x						x	x		
Ahrens, Dietmar		x	x	x	x	x	x	x	x	x
Dibbern, Else	x									
Kopp, Inge		x	x	x	x	x	x	x	x	x
Flichtbeil, Harry		x	x	x	x	x	x	x	x	x
Thomaszik, Heinz		x	x	x	x	x	x	x		
Klaar, Peter		x	x	x						
Ellert, Gerhard		x	x							
Junge, Volker					x	x	x	x		
Feske, Klaus						x	x	x	x	x
Granowski, Margot						x	x	x	x	x
Heiser, Klaus-Dieter						x	x	x	x	x
Kuhle, Jörg						x	x	x	x	x
Mrozinski, Margot						x	x	x		
Doering, Uwe						x	x	x		
Dolinski, Helga						x	x	x		
Fendt, Detlef						x	x	x		
Sieveking, Monika						x	x	x		
Grünberg, Heinz						x	x	x		
Derwenskus, Ralf								x		
Speckmann, Eberhard								x		
Lachmann, Thomas					x					

Quelle: Eigene Zusammenstellung. Vgl. Mitglieder und Kadidaten der Westberliner Leitung (von Abt. II, 29.5.1962), in: BStU, ZA, MfS HA II 30424, Bl. 311; SED-W (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des I. Parteitages der SED-W, Berlin 1966, S. 250; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des II. Parteitages der SEW, Berlin 1970, S. 232; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SEW, Berlin 1972, S. 198; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SEW, Berlin 1974, S. 213; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Berlin 1977, S. 250; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SEW, Berlin 1981, S. 233; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SEW, Berlin 1984, S. 248; SEW (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SEW, Berlin 1987, S. 291 f.

Z w i s c h e n
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland,
Bezirksleitung Groß-Berlin,
Westberliner Leitung,
vertreten durch ihren Ersten Sekretär,
Berlin-Neukölln, Schudomastr. 3,
im folgenden kurz SED Westberliner Leitung genannt,
e i n e r s e i t s ,
u n d
Herrn Bruno K u s t e r ,
Berlin-Reinickendorf I, Aroser Allee 48/ I Tr.links,
a n d e r e r s e i t s ,
wird folgende Vereinbarung getroffen:

§ 1

Die SED, Westberliner Leitung, überträgt Herrn Kuster die treuhänderische Verwaltung ihres in Westberlin belegenen beweglichen und unbeweglichen Vermögens.

§ 2

Herr Kuster verpflichtet sich, die ihm übertragene Verwaltung nach kaufmännischen Grundsätzen, unter genauer Beachtung der für Westberlin geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu führen. Er ist verpflichtet, monatlich Rechnung zu legen und der SED Westberliner Leitung vierteljährlich einen Vermögensstatus zu übergeben.

§ 3

Herr Kuster erhält für seine Tätigkeit eine Vergütung von monatlich
1 500.-- (i.W.: Eintausendfünfhundert DM) brutto,
zahlbar am 15. eines jeden Kalendermonats.

§ 4

Dieser Vertrag ist für unbestimmte Zeit geschlossen, jedoch ist jede der Parteien berechtigt, den Vertrag vierteljährlich zum Ende eines Kalenderquartals zu kündigen.

Berlin, den 1. Juli 1959.

Bruno Kuster

(Bruno Kuster)

Sozialistische Einheitspartei
Deutschland, Bezirksleitung Gross-Berlin, Westberliner Leitung,
Erster Sekretär:

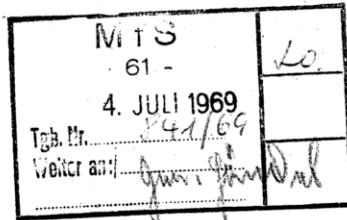
This block contains a collage of newspaper clippings from 1968. The top section features a large headline from the 'Süddeutsche Zeitung' (Berlin) about workers at Siemens. Below it is a prominent headline from 'Die Wahrheit' (Berlin) attacking Bonn's policies. Other clippings include editorials from 'Der Spiegel' and 'Die Presse' (Vienna), and a sports section from 'SPORT-SPORT'. The bottom section shows a photograph of a protest in Italy.

Informationsschreiben des MfS aus dem Jahr 1969

BStU
000276

70

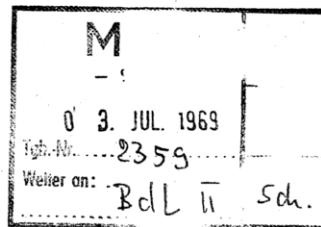
Hauptabteilung VIII



Z AIG

i m H a u s e

Berlin, den 24. Juni 1969
VIII/4/ 348 / 1 / 69
He/Schm
VIII/PIG/1731/69



Information

In der Anlage sind von einer zuverlässigen Quelle zwei Fotos enthalten, wo ersichtlich ist, wie ein Jugendlicher am 01. Mai 1969 in Westberlin ein Plakat der SEW zerreißt.

Dieses Plakat trug der ältere Herr, welcher sich am Eisenpfahl festhält. Der mit der hellen Windjacke entriß ihm das Plakat, zerriß es und schmiß es in den Rinnstein.

Tatort ist der Bezirk Neukölln nach Schluß der Demonstration. Nähere Angaben zu den Personen konnten nicht festgestellt werden.

Leiter der Hauptabteilung VIII

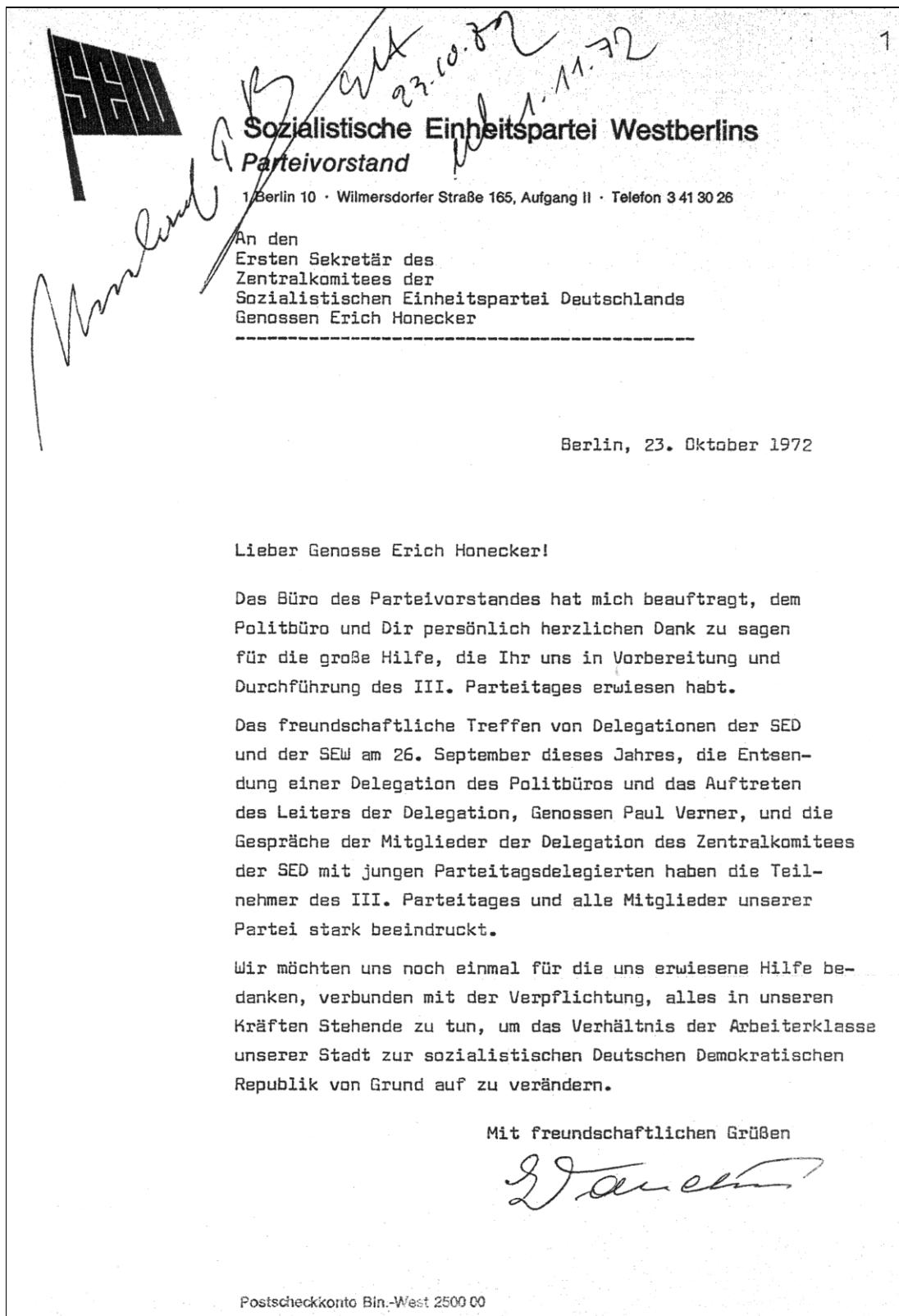
i.V.

Bauer

Anlage
2 Fotos

Bauer
Oberstleutnant

Kopie aus den Beständen der BStU: BStU, ZA, MfS HA II 16570, Bl. 276.



In der Zeit des Kalten Krieges existierte in Westberlin die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW). Es handelte sich um eine marxistisch-stalinistische Kaderpartei, deren rund 6.000 Mitglieder aktiv für den Kommunismus sowjetischer Prägung eintraten. Detailliert und kenntnisreich zeigt Olav Teichert die gesamte Geschichte der SEW auf: ihre Entstehung nach 1945 im Westteil Berlins, ihre Steuerung und Finanzierung durch die SED sowie ihre innerparteilichen Krisen bis hin zur Selbstauflösung im Jahr 1991.

Die SEW war in Westberlin überaus aktiv und bekannt. Und wenngleich die Partei bei den Wahlen nie mehr als zwei Prozent erzielte, so gelang es ihr im Laufe der Jahrzehnte, zu einem anerkannten Bündnispartner im außerparlamentarischen Bereich zu werden. Das Buch beantwortet die Fragen, wie die SEW in den 1960er Jahren in der APO-Bewegung Fuß fassen konnte, in welcher Form sie in den 1970er Jahren auf die Neue Linke reagierte und warum sie in der Friedensbewegung in den 1980er Jahren eine sehr einflussreiche Rolle spielte.